

Formel N. 1

Amts - Blatt

der

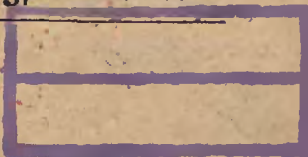


Königlichen Regierung zu Oppeln

pro 1856.



Ein und vierzigster Band.



Enthaltend:

Die Verordnungen der höchsten Staats-Behörden, des Königlichen Ober-Präsidii und des Königlichen Consistorii zu Breslau, beide für die Provinz Schlesien, der Königlichen Regierung zu Oppeln, des Königlichen Appellations-Gerichts in Ratibor, des Königlichen Provinzial-Steuer-Directorats in Breslau und anderer öffentlicher Behörden.

Oppeln,

gedruckt in der F. Weilschäuser'schen Buchdruckerel.



4074.41

II



30,000/-

X-6392	
4074/	II

141/1856

Bel. 44, Stück 1-51 (1856).

+ Around. Verz.

+ Aumerond. Beil. 1856

+ Extraord. Beil. zum Stück

12, 15, 18, 22, 24, 32-36, 57

Chronologisches Verzeichniß

der, in den, in den Monaten Januar, Februar und März 1856.
ausgegebenen Amtsblättern der Königlichen Regierung zu Oppeln, erschiene-
nen Verordnungen und Bekanntmachungen.

Datum der Verordnung.	N ^o .	Inhalt.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
I. Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.				
28. Juli 55.	67	Reglement über die Gewährung von Unterstützungen für Militair-Familien während des Kriegs-Zustandes:	Extraordin. zu Stück 12.	Beil.
3. Jan. 56.	8	Betr. die Bezeichnung der Vorstände der Provinzial-Archive, als Provinzial-Archivar, und deren Stelle im Rang-Reglement.	3	13
d. 11. "	29	Betr. das Ausscheiden der Interessenten aus der Militair-Wittwen-Pensions-Societät, sobald dieselben in den Dienst eines fremden Staats treten.	5	29
d. 16. "	30	Betr. die Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855.	5	30
d. 8. Febr.	50	Betr. die erhöhten Gebühren für die Physikats-Prüfungen. . .	10	55
d. 18. "	51	Betr. die Fürstlich Schwarzburg-Sondershausenschen Cassen-Anweisungen und den präclusivischen Termin zu deren Einziehung	10	56
d. 20. "	49	Betr. die Ausreichung neuer Zins-Coupons Serie II. zu den Schuld-Verschreibungen der Staats-Anleihe vom Jahre 1852.	9	54
d. 6. März	68	Betr. die stattgefundenen Verloosung der Schuld-Verschreibungen der Staats-Anleihe aus den Jahren 1848., 1850., 1852., 1854. und 1855. A.	12	71
d. 7. "	73	Regulativ über die Prämierung der bei den Central-Gaspel-Anstalten übergebenen, im Inlande erzeugten Cocons . . .	13	78
II. Verordnungen der Königlichen Regierung zu Oppeln.				
18. Dec. 55.	1	Betr. die Einrichtung der Kgl. Beschäl-Stationen pro 1856.	1	2



Datum	<i>M.</i>	Inhalt.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
der				
Verordnung.				
24. Dec. 55	3	Betr. den Markt-Verkehr in der Stadt Myslowitz	2	5
d. 27. "	2	Betr. die neue Auflage der Arznei-Taxe für das Jahr 1856.	1	3
d. 28. "	—	Betr. die Genehmigung von Agentur-Geschäften, und zwar für den Kaufmann Franz Czerner in Tost, der Berliner Hagel-Ver sicherungs-Gesellschaft, und des Apothekers E. Weilschäuser in Ziegenhals, der Magdeburger Vieh-Ver sicherungs-Gesellschaft, der Lebens-Pensions- und Leibren ten-Ver sicherungs-Gesellschaft „Iduna“ zu Halle a. d. S. und der Hagelschäden-Ver sicherungs-Gesellschaft „Ceres“ zu Magdeburg	1	3
d. 28. "	4	Betr. die Martini-Preise pro 1855. von Getreide und Rauch futter	2	6
d. 30. "	—	Patent-Verleihungen an den Johann Zimmermann in Chem nitz und an die Civil-Ingenieure A. Fischbein und Me stern zu Magdeburg.	1	3
d. 31. "	9	Betr. die empfohlene Schrift des Geh. expeditrenden Secretairs im hohen Ministerio des Innern, Hübner, den Schank- und Schankwirtschafts-Betrieb betr.	3	13
d. 31. "	10	Die dem Kaufmann Schüler hieselbst ertheilte Concession zur Vermittelung von Verträgen für Auswanderer nach Amerika, ist auch für das Jahr 1856. verlängert worden.	3	14
2. Jan. 56.	5	Betr. die Führung eines Verzeichnisses des An- und Abzugs von Arbeitern in den Kreisen Beuthen, Gleiwitz, Rybnick und Pless	2	7
d. 3. "	—	Belobung des Schul-Arjuvanten Grauer zu Bielitz, Kreis Falkenberg, und des Colonisten Carl Flajschka in Sophienberg, Kreis Rosenberg, für Rettung von Menschen aus der Gefahr des Verbrennens und Ertrinkens	2	10
d. 4. "	11	Betr. die Verlängerung der Concession des Kaufmanns Kurka in Tost, zur Vermittelung von Verträgen für Auswanderer nach Amerika für das Jahr 1856.	3	14
d. 5. "	—	Dem Kaufmann Franz Maicherek in Reisse ist die polizeiliche Erlaubniß zur Betreibung von Agentur-Geschäften für die Magdeburger Vieh-Ver sicherungs- und Hagelschäden-Ver sicherungs-Gesellschaft „Ceres“ ebendasselbst ertheilt worden	2	11

Datum	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
der Verordnung.				
d. 5. Jan. 1856.	19	Betr. das Allerhöchst bestätigte Statut für die Spaar-Casse des Kreises Neustadt D. S.	4	21
d. 7. "	12	Betr. die neue Apotheken-Anlage in Kattowitz, Kr. Beuthen.	3	14
d. 7. "	20	Betr. die Genehmigung zur Eröffnung des Verkehrs der Locomotiv- und Pferde-Bahnen in den oberschlesischen Gruben- und Hütten-Revieren.	4	22
d. 8. "	—	Patent-Verleihungen an den Schlosser Th. Suchland in Berlin, den Feldmesser zc. zc. Zammekenberg zu Halberstadt und an den Fabrik-Arbeiter Heinrich Rau zu Iserlohn	3	15
d. 8. "	21	Betr. den Präclufiv-Beschleiß, in Sachen, betreffend die von dem Guts-Besitzer v. Strbowski auf Klein-Gorzitz ausgeführte Wiesen-Verieselung.	4	22
d. 9. "	23	Betr. das ernannte Directorium für die Kreis-Spaar-Casse zu Rosenberg.	4	22
d. 14. "	24	Betr. die im Beuthener Kreise, mit Ausnahme der Stadt Beuthen, erloschene Rinder-Pest.	4	23
d. 16. "	32	Betr. das Erscheinen von Pocken an den Eutern der Kühe und das Abnehmen der Schutzpocken-Lymphe.	5	32
d. 17. "	31	Betr. die Etablierung von Privat-Beschäl-Stationen im hiesigen Regierungs-Departement für das Jahr 1856.	5	30
d. 18. "	22	Betr. junge Männer, welche sich vor Erfüllung der Militair-Pflicht ansäßig machen oder verheirathen, sind hierdurch ihrer Verpflichtung zum Militair-Dienste nicht entbunden. ..	4	22
d. 19. "	34	Betr. die neugebildeten utraquistischen Präparanden-Bildungs-Stationen in der Stadt Ujest und in Lowoschau, Kreis Rosenberg	6	37
d. 20. "	—	Patent-Verleihungen an den Fabrik-Besitzer F. Böke zu Berlin und den Premier-Lieutenant a. D. Müller ebendaselbst.	4	23
d. 20. "	—	Betr. die dem Buchhändler Wilhelm Förster in Beuthen D. S. ertheilte polizeiliche Erlaubniß, zur Betreibung von Agentur-Geschäften für die Hagel-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg.	4	23
d. 21. "	28	Betr. den diesjährigen Schluß der kleinen Jagd.	4	28
d. 21. "	35	Betr. die Stempelspflichtigkeit der Antste für polnische Flüchtlinge	6	37
d. 27. "	—	Betr. die den Kaufleuten J. Rothmann in Löß und B.		

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Umrisses.	Seite.
		Holländer in Leobschütz ertheilte polizeiliche Genehmigung zur Besorgung von Agentur-Geschäften für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ in Halle und für die Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Magdeburg.	5	33
d. 28. Jan. 1856.	—	Patent-Verleihung an den Maschinen-Fabrik-Director E. Hänel zu Magdeburg	5	33.
d. 29. "	36	Betr. die Eröffnung des Verkehrs auf den von der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft in Oberschlesischen Gruben- und Hütten-Revieren erbauten Zweig-Bahnen und die dahin einschlagende Polizei-Verordnung	6	38
d. 31. "	39	Betr. die Besetzung der Kreis-Physikats-Stelle des Grottkauer Kr.	7	43
d. 2. Febr.	—	Betr. Markt-Verlegung in der Stadt Baurwitz	7	44
d. 3. "	—	Patent-Verleihung an den Baumeister Fried. Hoffmann und den Maschinen-Fabrikanten L. Schwarzkopf, beide in Berlin	6	40.
d. 3. "	—	Betr. die der verwitweten Commerzien-Räthin Antonie Cecola in Ratibor, unter der Firma „Bernhard Cecola,“ ertheilte landespolizeiliche Genehmigung zur Besorgung von Agentur-Geschäften für die neue Berliner Hagel-Versicherungs-Gesellschaft	6	40
d. 5. "	40	Betr. die auf den Kreis-Chausséen von Cosel nach Leobschütz errichtete Hebestelle zu Gröbnitz und bei Autischkau.	7	43
d. 5. "	41	Betr. Polizei-Verordnung im Interesse der Auswanderer.	7	43
d. 9. "	—	Betr. die landespolizeiliche Bestätigung der Agenturen des Kaufmanns Louis Hadra in Greusburg, für die Gesellschaft zu gegenseitiger Hagelschäden-Vergütung in Leipzig, des Kammerers Carl Rutschke in Grottkau, für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft und für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ ebendasselbst, und des Franz Schneider in Peiskretscham, für dieselbe Gesellschaft, die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft und die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ zu Halle a. d. S.	7	44

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
d. 10. Febr. 1856.	48	Betr. die Uebersicht vom Schullehrer-Pensions-Fonds des Jahres 1855.	9	52
d. 12. "	—	Betr. die Verlegung der Vieh-Märkte in Ober-Glogau	8	48
d. 13. "	45	Betr. die Jahres-Rechnungen über die Schleßische evangelische Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Unterstützungs-Anstalt.	8	47
d. 17. "	—	Landespolizeiliche Genehmigung für den Kaufmann A. F. Eisner in Ziegenhals zur Besorgung von Agentur-Geschäften für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ in Halle a. d. S., für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft und für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ ebendasselbst.	8	48
d. 21. "	52	Betr. die Ausgabe der eingegangenen bescheinigten Quittungen über Domainen-Veräußerungs- und Ablösungs-Capitalien pro III. Quartal 1854.	10	56
d. 21. "	53	Betr. die dem Schullehrer Cipra zu Kelsch, im Kreise Groß-Strehlitz, ertheilte Befugniß zur Ausstellung von Legitimations-Attesten bei Pferde-Verkäufen.	10	57
d. 22. "	—	Betr. die Verlegung des Kram- und Vieh-Markts in der Stadt Reiffe.	10	57
d. 22. "	—	Betr. desgl. in der Stadt Kiefernstädtel.	10	57
d. 23. "	60	Betr. die dem Kaufmann Siegmund Löwenthal in Guttentag ertheilte widerrufliche Erlaubniß, innerhalb des Lubliner Kreises Verträge, wegen Beförderung von Auswanderern nach Amerika, abzuschließen.	11	65
d. 24. "	—	Betr. die dem Kaufmann Samuel Pollack in Neu-Verun ertheilte landespolizeiliche Genehmigung zur Betreibung von Agentur-Geschäften für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Germania“ in Berlin.	9	52
d. 24. "	—	Patent-Verleihung an den Maschinenbauer G. A. E. Krämer zu Rheinsberg und an den Kaufmann J. H. F. Prillwitz in Berlin.	9	52
d. 26. "	54	Betr. die administrative Begrenzung des im dießseitigen Regierungs-Bezirk gelegenen Otmützer Diöcesen-Antheils.	10	57

Datum	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
der Verordnung.				
d. 26. Febr. 1856.	61	Betr. die Bezeichnung der äußerlich zu gebrauchenden Arznei-Mittel durch eine blaue Etiquette und drei Kreuze.....	11	66
d. 26. "	69	Instruction wegen technisch-polizeilicher Abnahme locomobiler Dampf-Maschinen auf Bergwerken u.....	12	72
d. 4. März	—	Betr. die Erlöschung eines dem Kaufmann G. F. Wappen-hans in Berlin unter dem 12. Juni 1855. ertheilten Patents	10	58
d. 4. "	—	Patent-Verleihungen an den Kaufmann J. H. F. Brillwitz und den Schriftsteller A. Bernstein, beide in Berlin...	10	58
d. 4. "	—	Zur Betreibung von Agentur-Geschäften haben die landespolizeiliche Genehmigung erhalten: der Kaufmann Löbel Gutfreund in Jütz, für die Hagel-Versicherungs-Gesellschaft „Germania“ in Berlin; der Gasthofs-Besitzer S. Bruck in Ratibor, für die See- und Fluß-Versicherungs-Gesellschaft „Pommernania“ in Stettin und der Kaufmann Friedrich Schmotter in Gleiwitz, für die neue Berliner Hagel-Assicuranz-Gesellschaft.....	10	58
d. 6. "	62	Betr. das Erlöschen der Kinderpest in der Stadt Beuthen u.	11	66
d. 8. "	—	Patent-Verleihung an den Kaufmann J. H. F. Brillwitz in Berlin, den Seidenwirker-Meister A. Helm und Maschinenbauer F. Helm ebendaselbst und den Ingenieur Lambert Herlitschka in Düren.....	11	67
d. 8. "	—	Landespolizeiliche Erlaubniß zur Führung von Agentur-Geschäften: des Kaufmanns G. Kerger in Liegnitz für die Leipziger Hagel-Versicherungs-Gesellschaft und des Kaufmanns David Troppelowitz in Bittchen für die Gesellschaft zur gegenseitigen Hagel-Versicherung ebendaselbst.....	11	67
d. 10. "	74	Betr. die Instandsetzung der Wege und Brücken u.....	13	79
d. 18. "	—	Patent-Verlängerung für den Mechaniker Professor Theodor Schönmemann zu Brandenburg a. d. H.	12	73
d. 18. "	—	Landespolizeiliche Erlaubniß zur Führung von Agentur-Geschäften: des Kaufmanns Wilhelm Rosenbaum in Gleiwitz für die See- und Fluß-Versicherungs-Gesellschaft „Pommernania“ in Stettin; des Kaufmanns J. Kempsty in Groß-Strehlitz, für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesell-		

Datum der Verordnung.	<i>M</i>	Inhalt.	Stück des Anzählblatts.	Seite.
d. 23. Jan. 1856.	38	Betr. die Wiederbesetzung der erledigten evangelischen Pfarrstelle in Schönberg, Kreis Lauban	6	41
d. 29. "	43	Betr. die Wiederbesetzung der evangel. Pfarrstelle zu Koschütz	7	45
d. 31. "	44	Betr. die Erlassung der Beiträge zum Städte-Feuer-Societäts-Fonds pro II. Semester 1855	7	45
d. 31. "	46	Betr. die Verwaltung der Superintendentur-Geschäfte der Diöcese Sprottau durch den Pastor Winter daselbst.....	8	48
d. 10. Febr.	47	Betr. die Sommer-Vorlesungen bei der landwirthschaftlichen Lehr-Anstalt in Proskau	8	48
d. 15. "	56	Betr. den Reparatur-Bau der Stadt-Schleuse in Bromberg	10	59
d. 16. "	63	Betr. den in der Stadt Königsberg i. P. am 26sten, 27ten und 28sten Mai c. abzuhaltenden Vieh- und Pferde-Markt	11	67
d. 19. "	70	Betr. die Vorschriften, wegen Entrichtung des Bestellgeldes für portofreie Correspondenz	12	74
d. 20. "	57	Betr. die Aufnahme- u. u. Prüfung im Königl. katholischen Schullehrer-Seminar zu Breslau	10	60
d. 21. "	58	Betr. die Verhältnisse der Miteigenthümer eines Bergwerks nach dem Gesetz vom 12ten Mai 1851.....	10	60
d. 27. "	76	Betr. den beginnenden polnischen Lehr-Cursus in der Präparanden-Anstalt zu Constadt.....	13	81
im Februar	59	Betr. den Lections-Plan der Königlichen Academie in Elbena für das Sommer-Semester 1856.....	10	63
d. 3. März	64	Betr. d. Einführung einer Branntwein-Steuer i. Herzogthum Nassau	11	68
d. 3. "	65	Betr. die Schwur-Gerichts-Periode in Meisse	11	68
d. 8. "	66	Betr. desgl. in Oppeln	11	68
d. 8. "	71	Betr. desgl. in Gleswitz.....	12	75
d. 8. "	72	Betr. desgl. in Ratibor	12	75
d. 17. "	75	Betr. Einrichtung einer Bank-Commandite in Coblenz	13	80
d. 18. "	77	Betr. die von der Provinzial-Hilfs-Casse zu Breslau anzunehmenden baaren Gelder der Spaar-Cassen zu 4 pro Cent aufs Jahr	13	82

Chronologisches Verzeichniß

der, in den, in den Monaten April, Mai und Juni 1856.
ausgegebenen Amtsblättern der Königlichen Regierung zu Oppeln, erschiene-
nen Verordnungen und Bekanntmachungen.

Datum der Verordnung.	N ^o .	Inhalt.	Stück des Amtsblattes.	Seite.
I. Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.				
b. 25. Febr. 1856.	⁸⁶ / ₈₇	Betr. das allgemeine Marktscheider-Reglement und die Vor- schriften für die Marktscheider-Prüfung.....	Extraordin. Beil. zu Stück 15.	
b. 17. März	93	Betr. den Remonte-Ankauf für das Jahr 1856.....	16	101
b. 8. April	92	Betr. das aufgehobene Verbot der Ausfuhr von Pferden über die Zollgrenze gegen das Zoll-Vereins-Ausland u.	16	100
b. 11. "	104	Betr. das Porto für Sendungen unter Kreuz- oder St. eilsband	17	114
b. 12. "	105	Betr. das aufgehobene Verbot der Ausfuhr von Waffen und Kriegs-Munition.....	17	114
b. 5. Mai	129	Allerhöchstes Privilegium vom 7ten April 1856. wegen Aus- fertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Lubliner Kreises, im Betrage von 52,000 Rthlr., betr. die Ausführung eines Chaussee-Baues.....	22	135
b. 13. "	138	Betr. den Verkehr mit Branntwein und Bier nach und von Hannover.....	24	147
b. 28. "	152	Betr. das Reglement für die Benutzung der Provinzial-Archive	26	164
b. 31. "	139	Betr. den Grenz-Verkehr zwischen der diesseitigen Provinz und den angrenzenden Provinzen der K. K. Oesterreichischen Staaten	24	147
II. Verordnungen der Königlichen Regierung zu Oppeln.				
b. 15. März	78	Betr. die Privat-Beschäl-Station in Laband, Tost-Gleiwitzer Kreises.....	14	84
b. 17. "	79	Betr. die dem Kaufmann W. Rosenbaum ertheilte Erlaub- niß, zur Betreibung von Agentur-Geschäften für die Leip- ziger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.....	14	84

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
d. 17. März 1856.	80	Betr. die Etablierung einer Apotheke in Rattowitz, Kreis Beuthen, durch den Apotheker Gustav Tirpitz.....	14	84
d. 19. "	81	Betr. die den beiden Schullehrern Grundmann in Krier und Bodinet zu Wilkowitz ertheilte Befugniß zur Ausstellung von Legitimations-Attesten bei Pferde-Verkäufen u..	14	84
d. 21. "	88	Betr. die Ernennung des Directors u. für die Kreis-Spaar-Casse zu Greuzburg.....	15	95
d. 22. "	—	Geschenk des Pfarrers Wawreczko in Tarnowitz, zur Pflege armer Kranker in Tarnowitz.....	14	85
d. 26. "	94	Betr. die dem Erbrichter Wischkony zu Jernau, Kreis Leobschütz, ertheilte Befugniß zur Ausstellung von Legitimations-Attesten beim Verkauf u. von Pferden.....	16	101
d. 29. "	89	Betr. den verbotswidrigen Handel mit altem Eisen.....	15	95
d. 1. April	90	Betr. den Tarpreis der Bluteigel während der Zeit vom 1sten April bis ult. September d. J.	15	96
dito	95	Betr. die Privat-Beschäl-Station zu Hohndorf, Kreis Leobschütz	16	101
dito	96	Betr. die dem Schullehrer Sobek in Weiskat, Kreis Leobschütz, ertheilte Befugniß zur Ausstellung von Legitimations-Attesten beim Verkauf u. von Pferden.....	16	102
d. 9. "	108	Betr. das bestätigte Directorium für die Kreis-Spaar-Casse zu Lebschütz.....	18	117
d. 12. "	—	Betr. die ertheilte landespolizeiliche Genehmigung zur Beforgung von Agentur-Geschäften des Stadt-Secretairs Künzel in Lublinitz, für die Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg, in Stelle des diese Geschäfte niedergelegten landrätlichen Privat-Secretairs Apel daselbst; des Kaufmanns Alexander Drzensla in Beuthen, für die allgemeine deutsche Hagel-Versicherungs-Gesellschaft „Union“ in Belmar; des Kaufmanns W. Stenzel in Greuzburg, für die Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg; des Kaufmanns Julius Breslauer in Leobschütz, für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg und für die Vieh-Versicherungs-Gesellschaft ebendaselbst, in Stelle		

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Anschlages.	Seite.
		des für beide Societäten ausgeschiedenen Kaufmanns Sie- gismund Lust in Leobschütz	16	102
b. 14. April 1856.	—	Drei Einführungs-Patente, die dem Kaufmann J. H. F. Brill- witz in Berlin ertheilt worden sind.	16	102
b. 19. "	—	Betr. die dem Kaufmann Julius Breslauer in Leobschütz ertheilte landespolizeiliche Erlaubniß zur Besorgung von Agen- tur-Geschäften für die Lebens-Pensions- und Leibrenten- Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ zu Halle a. d. S., in Stelle des ausgeschiedenen Kaufmanns Lust daselbst.	17	115
b. 20. "	—	Patent-Verleihung an den Tuch-Fabrikanten Carl Brauß zu Kallwig a. d. Ruhr	18	118
b. 24. "	109	Betr. die Behandlung der Blitz-Ableiter auf Gebäuden.	18	118
b. 26. "	110	Betr. die dem Königl. Kreis-Gerichts-Secretair Breittkopf zu Groß-Strehlitz ertheilte landespolizeiliche Erlaubniß zur Betreibung von Agentur-Geschäften für die Aachen-Mün- chener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft und für die deutsche Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Union“ in Welmars	18	$\frac{118}{119}$
b. 26. "	—	Das dem Conrad Haserland zu Finsterwalde unter dem 13ten April 1855. ertheilte Patent, ist aufgehoben.	18	118
b. 26. "	—	Zu Agenten sind landespolizeilich bestätigt worden: der Kauf- mann Gröhlting in Netze, für die Magdeburger Lebens- Versicherungs-Gesellschaft; der Kaufmann G. A. Hübner in Neustadt, für die neue Berliner Hagel-Assicuranz-Ge- sellschaft; der Kaufmann Lehner in Gultschin, für die Magdeburger Hagel-Versicherungs-Gesellschaft, und hat der- selbe die Agentur-Geschäfte für die Hagel-Versicherungs- Gesellschaft „Germania“ in Berlin niedergelegt. Ferner haben die Agentur-Geschäfte niedergelegt: der Kaufmann A. M. Springer in Tarnowitz, für die Cölnische Hagel- schäden-Versicherungs-Gesellschaft und für die Lebens-Ver- sicherungs-Gesellschaft „Concordia“ daselbst, und der Kauf- mann D. A. J. Kaller in Groß-Strehlitz, für die Magde- burger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft.	18	119

Datum	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
der				
Verordnung.				
b. 2. Mai 1856.	114	Betr. Bestellungen auf österreichische und beziehungsweise auf preussische Gewerbs-Erzeugnisse	20	125
b. 2. "	115	Betr. die Wiederbesetzung der erledigten Kreis-Physikatsstelle in Reisse.	20	126
b. 3. "	116	Betr. den bis zum 1sten Januar 1857. verlängerten Termin zur Entrichtung der classificirten Einkommen-, Wahl- und Schlachtsteuer.	20	126
b. 4. "	111	Betr. die dem Kaufmann Joseph Pinkus in Neustadt und dem Apotheker A. Herrmann in Rosenberg ertheilte landespolizeiliche Erlaubniß zur Besorgung von Agentur-Geschäften für die Schlesische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Breslau	19	121
b. 4. "	—	Patent-Verletzung an den Stahl-Fabrikanten Friedr. Krupp zu Essen und dem Guts-Besitzer Dr. Friedr. von Hagenow zu Greifswalde	19	122
b. 4. "	—	Landespolizeiliche Genehmigung von Agentur-Geschäften für nachstehende Personen, als: den Kaufmann Joseph Pinkus in Neustadt, für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft in Erfurt; den Gastwirth Robert Steffe in Pless und den Bäckermeister S. J. Roth in Lublitz, für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg, und hat Ersterer dagegen die Agentur Geschäfte für die Stettiner Feuer-Versicherungs-Gesellschaft aufgegeben; den Gastwirth L. Uyma in Gleiwitz, für die deutsche Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Lübeck und den Kaufmann A. Hahn in Beuthen, für die Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft	19	122
b. 5. "	117	Betr. den mit dem 1sten September d. J. im hiesigen Hebammen-Institute beginnenden Lehr-Cursus in polnischer Sprache	20	126
b. 5. "	118	Betr. die ausgesetzte Belohnung von Einhundert Thalern für jede entdeckte Brandstiftung	20	126
b. 8. "	130	Betr. die dem Schullehrer Jacob Lubekki zu Deutsch-Weichsel, Kreis Pless, ertheilte Befugniß zur Ausstellung von Legitimations-Attesten beim Verkauf u. von Pferden	22	139

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Umschlags.	Seite.
d. 12. Mai 1856.	—	Landespolizeiliche Genehmigung von Agentur-Geschäften für nachstehende Personen, als: den Buchdrucker Nadek in Cosel, für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg, den Kaufmann Carl, Oswald Bulla in Leobschütz, für die Lebens-Versicherungs-Gesellschaft daselbst; den Kaufmann Ferd. Blaschke in Reisse, für die Berliner Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Germania“, wogegen der Kaufmann Möcke daselbst diese Agentur-Geschäfte niedergelegt hat; den Kaufmann Paul Gerdland hiersebst, für die Niederrheinische Güter-Assicuranz-Gesellschaft zu Wesel; den Kaufmann M. Fuchs in Gleiwitz, für die neue Transport-Versicherungs-Gesellschaft „Fortuna“ in Berlin, und den Kaufmann Eiegfried Lewy hiersebst, für die Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft...	20	127
d. 12. "	—	Der Buchhändler Wilhelm Förster in Beuthen hat die Agentur-Geschäfte für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft und für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ daselbst niedergelegt.....	20	127
d. 14. "	133	Betr. die Verpflegung der einberufenen Rekruten, Reservisten, Invaliden und Landwehrmänner.....	23	144
d. 16. "	140	Betr. die Polizei-Verordnung in Beziehung auf Bergwerke und Gräberelen.....	24	149
d. 20. "	—	Das dem Murermeister W. Silbermann zu Breslau unterm 2ten April d. J. ertheilte Patent, ist erloschen....	21	133
d. 20. "	—	Nachstehende Agentur-Geschäfte sind landespolizeilich bestätigt worden, als: des Kaufmanns Salomon Fränkel in Ratibor und des Kaufmanns J. M. Schlesinger hiersebst, beide für die Neue Transport-Versicherungs-Gesellschaft „Fortuna“ in Berlin, des Kaufmanns W. Dombrowski hiersebst und des Post-Expeditours Wilkens in Königs- hütte, beide für die Cölnische Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft; dagegen hat der Kaufmann Hirschel Löwen- stam in Guttentag die Agentur-Geschäfte für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg niedergelegt	21	134

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Seite des Anteils.	Seite.
b. 21. Mai 1856.	134	Betr. das Allerhöchst bestätigte Statut für die Spaar-Casse des Grottkauer Kreises.....	23	145
b. 21. "	135	Betr. die dem Kaufmann Joseph Scharfenberg in Guttentag ertheilte widerrufliche Erlaubniß zu Vermittelungen von Auswanderungen nach Amerika, innerhalb des Publitzner Kr.	23	145
b. 26. "	—	Betr. die dem Kaufmann Isaaß Friedländer in Guttentag ertheilte landespolizeiliche Genehmigung zur Führung von Agentur-Geschäften für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg.....	22	140
b. 26. "	—	Betr. das erloschene Patent des dem Kaufmann Sporenberg in Berlin unter dem 5ten December 1853. ertheilten Patents	22	139
b. 27. "	141	Betr. die dem Schulzen Brylka zu Auttschau, Kreis Cosel, ertheilte Befugniß zur Ausstellung von Legitimations-Attesten bei Pferde-Verkäufen u.....	24	150
b. 28. "	142	Betr. Deich-Polizei-Verordnung.....	24	150
b. 28. "	147	Betr. die vertheilten Dultungen über Domainen-Veräußerungs- und Ablösungs-Capitalien und Zinsen pro IV. Quartal 1855.	25	160
b. 3. Juni	—	Das dem Dr. philosophiae G. Krüger in Breslau unter dem 10ten Februar 1855. ertheilte Patent auf ein Verfahren, Phosphor darzustellen, ist aufgehoben.....	23	145
b. 3. "	—	Als Agenten sind landespolizeilich bestätigt worden: der Kaufmann E. G. Thomany in Creutzburg, für die preussische Renten-Versicherungs-Anstalt zu Berlin, und der Kaufmann Moritz Hamburger in Gleiwitz, für die Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.....	23	145
b. 8. "	—	Betr. die landespolizeiliche Genehmigung zu Agentur-Geschäften, und zwar: des Uhrmachers E. Jof in Ober-Glogau, für die Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft und des Maurermeisters Löwy in Ober-Glogau, für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ in Halle und für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg.....	24	152
b. 9. "	—	Patent-Verleihung an den Hörder Bergwerks- und Hütten-Verein zu Hörde und an den Muskas-Frenzel in Orfurt	24	152

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Unterblatts.	Seite.
d. 24. Juni 1856.	—	Betr. die ertheilte landespolizeiliche Erlaubniß an die beiden Kaufleute Samuel Renner in Greusburg und J. Schle- finger in Landsberg zur Besorgung von Agentur-Geschäf- ten für die Magdburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.	26	167
III. Verordnungen des Königlichen Appellations- Gerichts zu Ratibor.				
d. 5. April	97	Betr. die Wirksamkeit der Schiedsmänner im Ratiborer Appel- lations-Gerichts-Bezirk, während des Jahres 1855....	16	103
d. 25. "	112	Betr. die anderweitige Abgränzung der Geschäfts-Kreise der Ge- richts-Commission zu Myslowitz und des Kreis-Gerichts in Beuthen	19	123
d. 7. Mai	119	Betr. die anderweitige Regulirung der Schiedsmanns-Bezirke im Beuthener Kreise	20	$\frac{1+2}{1+2} \frac{8}{9}$
d. 7. "	120	Betr. desgleichen	25	160
d. 10. Juni	148	Betr. den Anfang und die Dauer der diesjährig'n Gerichts-Ferien	25	160
d. 11. "	149	Betr. die anderweitige Regulirung der Schiedsmanns-Bezirke im Kreise Falkenberg	25	160
IV. Verordnungen und Bekanntmachungen ver- schiedener Behörden.				
d. 13. März	98	Betr. das Programm zum 18ten Schleßischen Provincial-Thier- Schaufeste	16	106
d. 15. "	82	Betr. die Wiederbesetzung der erledigten evang. Pfarrstelle in Grottkau	14	85
d. 15. "	83	Betr. den bei der landwirthschaftlichen Lehr-Anstalt in Proßkau ertheilten Unterricht im Drainirungs-Wesen	14	85
—	84	Verzeichniß der auf der Universität Breslau stattfindenden Vor- lesungen im Sommer-Semester 1856	14	86
d. 27. "	85	Betr. die Prämirung der Spaar-Cassen-Interessenten	14	94
d. 30. "	99	Betr. die Wiedereröffnung d. Fahrt durch d. Bromberger Stadtschleuse	16	110
d. 7. April	91	Betr. die Ausreichung der Zins-Coupons Serie V. zu den von dem Kgl. Credit-Institut i. Breslau ausgegebenen Pfandbriefen Lit. B.	15	96

Datum der Verordnung.	<i>M.</i>	Inhalt.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
d. 4. April	100	Betr. die Rectorats- u. Prüfungen an dem Kgl. Seminar zu Bunzlau	16	110
d. 10. "	101	Betr. die Anstellung von Post-Fußboten u.	16	111
d. 13. "	102	Betr. die Ausgabe eines Haupt-Registers zur preussischen Gesetz- Sammlung für die Zeit von 18 ⁰⁶ / ₅₃	16	112
d. 18. "	113	Betr. die Wiederbesetzung der erledigten evangelischen Pfarrstelle in Rengersdorf, Kreis Rothenburg.....	19	123
d. 24. "	121	Betr. Prüfung im evangelischen Schullehrer-Seminar zu Münsterberg	20	129
d. 30. "	126	Betr. die Wiederbesetzung der erledigten evangelischen Pfarrstelle in Röchlitz bei Goldberg	21	134
d. 3. Mai	122	Betr. Prüfung im kathol. Schullehrer-Seminar zu Ob.-Glogau	20	130
d. 5. "	123	Betr. den Anfang der Schwurgerichts-Sitzung in Reisse....	20	130
d. 5. "	127	Betr. d. diesjährige allgem. Kirchen-Visitation i. d. Diöcese Grünberg	21	134
d. 7. "	124	Betr. den Anfang der Schwurgerichts-Sitzung in Gleiwitz ..	20	130
d. 7. "	125	Betr. desgl. in Ratibor	20	131
d. 8. "	128	Betr. desgl. in Oppeln	21	134
d. 21. "	131	Betr. die Vernichtung von Rentenbriefen	22	140
d. 24. "	143	Betr. die nicht zulässigen erheblichen Werths-Verringerungen rente- pflichtiger Grundstücke, ohne vorherige Genehmigung der Direc- tion der Rentenbank für Schlesien.....	24	152
—	—	Betr. die in Paris stattfindende Ausstellung landwirthschaftlicher Gegenstände.....	22	141
d. 26. "	136	Betr. die Bildung eines Ehren-Raths unter den Justiz-Commis- sarien und Notarien bei dem Königl. Ober-Tribunal in Berlin	23	145
d. 29. "	144	Betr. d. untersagte Geldsendung i. Angelegenheiten d. indirecten Steuer- Verwaltung an das Provinzial-Steuer-Directorat in Breslau	24	153
d. 31. "	145	Betr. die Angabe der mit Tabak bepflanzten Aecker.....	24	153
d. 1. Juni	146	Betr. Anstellung von Landbriefträgern u.	24	154
d. 4. "	153	Betr. die Wiederbesetzung d. erledigten evang. Pfarrstelle in Stroppen	26	168
d. 6. "	150	Betr. den Erlaß des gewöhnlichen ordentlichen Beitrags zum Städte-Feuer-Societäts-Fonds für das zweite Semester ..	25	160
d. 10. "	151	Betr. die Omnibus-Posten zwischen Beuthen und Schwientochlowitz	25	161
d. 13. "	154	Betr. die Wiederbesetzung der erledigten evang. Pfarrstelle in Rup- persdorf, Kreis Strehlen	26	168
d. 14. "	155	Betr. die Beschreibung der neuen Preuss. Banknoten zu 10 Rthlr.	26	168

Chronologisches Verzeichniß

der, in den, in den Monaten Juli, August und September 1856.
ausgegebenen Amtsblättern der Königlichen Regierung zu Oppeln, erschiene-
nen Verordnungen und Bekanntmachungen.

Datum der Verordnung.	Nr.	Inhalt.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
I. Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.				
b. 14. April 1856.	²⁰⁰ / ₂₀₁	Betr. das Gesetz über die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen der preussischen Monarchie und die Instruction vom 14ten Juli c. zur Ausführung desselben	Extraordin. Beil. zu Stück 33.	
b. 24. "	182	Betr. die Bestätigungs-Urkunde über die Errichtung einer Actien-Gesellschaft „Schlesische Bergwerks- und Hütten-Actien-Gesellschaft „Vulcan“.....	Extraordin. Beil. zu Stück 33. Extraordin. Beil. zu Stück 38.	
b. 27. Mai	137	Betr. den Erlaß eines Reglements zum Post-Gesetz.....		
b. 18. Juni	157	Betr. die diesjährige Aufnahme in das evangelische Lehrertinnen-Seminar zu Drossig, im Kreise Weiskensfeld, Regierungs-Bezirks Merseburg.....	27	173
b. 19. "	158	Betr. die Einrichtung dieser Anstalt, zur Bildung für evangelische Gouvernanten.....	27	174
b. 1. Juli	192	Betr. die Erläuterungen zur Feld-Polizei-Ordnung vom 1sten November 1847.	34	233
b. 15. "	178	Betr. Abänderung des §. 43. in dem Reglement vom 27sten Mai 1856. zum Post-Gesetz.....	31	211
b. 30. "	205	Instruction zur Ausführung des Gesetzes vom 14ten April 1856., betreffend die ländlichen Orts-Obrikeiten in den sechs östl. Provinzen der Preussischen Monarchie.....	Extraordin. Beil. zu Stück 38.	
b. 4. August	206	Betr. die Beaufsichtigung des Betriebs beweglicher Dampfessel (Locomobilen) durch die Berg-Behörden.....	36	248
b. 9. "	191	Betr. die Eröffnung der Central-Lern-Anstalt in Berlin...	34	232
b. 9. "	193	Betr. die Versendungen gedruckter Ankündigungen durch Kreuzband	34	236
b. 11. "	190	Betr. die Stempel-Freiheit der Pensions- und Unterstützungs-Anstalten bei Staats-Eisenbahnen.....	34	232
b. 26. "	156	Betr. den von des Königs Majestät Allerhöchst bestätigten Ent-		

Datum	Nr.	I n h a l t.	Seite des Amtsblatts.	Seite.
der				
Verordnung.				
		wurf der Verfassung der schlesischen Blinden-Unterrichts-Anstalt zu Breslau vom 21sten November 1853.	Extraord. Beilage zu Stück 27.	
b. 29. August 1856.	207	Betr. die wieder zu gewährende Steuer-Vergütung für ausgehenden Brantwein auf 10 Pf. für das Quart.	36	248
b. 4. Sept.	215	Betr. die Eröffnung des Landtages für die Provinz Schlesien u.	37	260
b. 8. =	232	Betr. die stattgefundene Verloosung der Schuld-Verschreibungen der Staats-Anleihen aus den Jahren 1848., 1850., 1852., 1854. und 1855.	39	277
b. 15. =	233	Betr. die zweite Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855.	39	278
b. 16. =	231	Betr. den bis ult. December 1856. verlängerten Termin zur Einstellung der Erhebung des Eingangs-Zolls für Getreide und Hülsenfrüchte u.	39	277
II. Verordnungen der Königl. Regierung zu Oppeln.				
b. 16. Juni	159	Betr. die dem Privat-Actuar Gottlieb Solibersuch zu Rosenberg ertheilte Erlaubnis zur Beforgung von Agentur-Geschäften für die Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin.	27	177
b. 18. =	—	Nachweisung der Bauhandwerker im hiesigen Reglerungs-Bezirk für das Jahr 1856.	27	180
b. 20. =	160	Betr. die von dem Kaufmann J. F. Wünschiers in Pilschen niedergelegten Agentur-Geschäfte für die Aachen-Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.	27	177
b. 23. =	161	Betr. den Transport der Leichen aus dem diesseitigen Gebiete in die Kaiserlich Oesterreichischen Lande.	27	177
b. 24. =	—	Patent-Verleihungen an den Kaufmann J. H. F. Brillwitz zu Berlin, an den Guts-Besitzer Geymer zu Wogenab bei Elbing und an den Fabrikanten F. Aug. Fischer zu Herlohn.	27	177
b. 27. =	164	Betr. die vertheilten Duittings-Bescheinigungen über die im		

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
d. 4. Juli 1856.	165	I. Quartale 1856. eingezahlten Domainen-Veräußerungs-Capitalien und Zinsen	28	188
d. 4. =	—	Betr. die dem Kaufmann David Tropplowitz in Pitschen ertheilte landespolizeiliche Erlaubniß zur Führung von Agentur-Geschäften für die Magdeburger Feuer-Versicherungs- und die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft ebendasselbst	28	188
d. 4. =	—	Betr. desgl. Partikuller Moritz Wohl in Gleiwitz desgl. für die Preuß. National-Versicherungs-Gesellschaft für Strom-Versicherungen	28	188
d. 7. =	—	Patent-Verleihungen an den Civil-Ingenieur Rauen in Berlin, den Techniker Robert Jacobi zu Hellstedt, den Professor F. Rehnau, zur Zeit in Zürich, und den Carl Höller zu Kaltenherberg, Kreis Solingen	28	188
d. 7. =	173	Betr. Markt-Verlegung im Städtel Jauditz	29	196
d. 7. =	—	Betr. die vom Regierungs-Medizinal-Rath Dr. Citner hieselbst ausgegebene Armen-Pharmakopöe	30	203
d. 8. =	168	Betr. den in der Stadt Creutzburg verlegten Arom- und Viehmarkt	30	204
d. 8. =	180	Betr. den Transport der Leichen aus dem diesseitigen Gebiet in die Kaiserlich Oesterreichischen Lande	29	196
d. 11. =	169	Betr. Errichtung von Präparanden-Bildungs-Stationen zu Rydultau und Radlin, im Kr. Rybnik	31	214
d. 11. =	169	Zur Beforgung von Agentur-Geschäften ist die landespolizeiliche Erlaubniß ertheilt worden: dem Kaufmann A. Engelke in Ober-Ologau, für die Schlesische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Breslau; dem Kaufmann A. Weiss in Cosel, für die Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft, wogegen der Buchdruckerei-Besitzer Fied. Kadel daselbst diese Geschäfts-Führung niedergelegt hat; dem Gastwirth Robert Steffe zu Pleß, für die Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, wogegen der Kaufmann Israel Wechselmann in Nicolai diese Geschäfts-Führung niedergelegt hat, und endlich dem Kaufmann S. Fränkel in Ratibor, für die Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft	29	196

Datum der Verordnung.	Nr.	Inhalt.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
b. 11. Juli 1856.	—	Patent = Verleihung an den Mechaniker Bialen in Berlin, wogegen das dem Techniker Fried. Runge daselbst unter dem 4ten Juli 1855. ertheilte Patent aufgehoben ist. . . .	29	197
b. 14. =	—	Betr. die dem Kaufmann Emanuel Hoppe in Cosel ertheilte landespolizeiliche Genehmigung zur Führung von Agentur = Geschäften für die Lebens = und Pensions = Versicherungs = Gesellschaft „Janus“ in Hamburg	30	210
b. 16. =	174	Betr. die Abänderung des Patents über die Errichtung der allgemeinen Wittwen = Verpflegungs = Anstalt vom 28sten December 1775.	30	204
b. 18. =	175	Betr. die Stereotyp = Ausgabe der heiligen Schrift.	30	204
b. 18. =	—	Patent = Verleihung an den Knopf = Fabrikanten Fr. Langenbeck zu Barmen	30	205
b. 18. =	181	Betr. die dem Maurermeister Carl Mode in Cosel ertheilte landespolizeiliche Erlaubniß zur Besorgung von Agentur = Geschäften für die Berliner Feuer = Versicherungs = Gesellschaft	31	214
b. 21. =	176	Betr. die dem Buchhändler Emil Bredell zu Rybnik ertheilte landespolizeiliche Erlaubniß zur Führung von Agentur = Geschäften für die preussische National = Versicherungs = Gesellschaft in Stettin	30	204
b. 22. =	179	Betr. die Verdingung der Gendarmerie = Fourage für das Jahr 1857.	31	212
b. 24. =	183	Betr. die ertheilte landespolizeiliche Genehmigung des Maurermeisters Carl Schrödel in Grottkau, zur Besorgung von Agentur = Geschäften für die preussische National = Versicherungs = Gesellschaft in Stettin, nachdem der Steuer = Einnehmer a. D. Wittner daselbst diese Geschäfts = Führung niedergelegt hat	32	216
b. 24. =	—	Betr. desgl. des Deconomie = Inspectors Hanke in Tarnowitz für die Lebens = und Pensions = Versicherungs = Gesellschaft „Janus“ in Hamburg	32	216
b. 26. =	186	Betr. Ausreichung der Zins = Coupons Serie III. zu der Schuld = Verschreibung der freiwilligen Staats = Anleihe vom Jahre 1848.	33	219
b. 29. =	185	Betr. das Bahn = Polizei = Reglement	Extraord. Beilage zu Stück 33.	

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Erst des Amtsblatts.	Seite.
d. 31. Juli 1856.	—	Patent-Verleihungen an den Techniker C. E. Rost, den Tuchfabrikanten F. A. Schrier zu Hungers-Weinberg bei Meissen und den Ketstenschneider Carl Bleschke in Berlin...	32	216
d. 31. =	189	Instruction zur Ausführung des Gesetzes vom 21. Mai 1855., bezüglich der Aufnahme von anziehenden Personen.....	Extraord. Beilage zu Erst 34.	
d. 7. Aug. 1856.	194	Betr. die Vorschrift, daß preussisches Vieh gegen Gesundheits-Certificates nach Böhmen eingelassen werden darf.....		237
d. 9. =	196	Kaufmann Siegmund Löwenthal zu Guttentag hat die demselben ertheilte Erlaubniß zur Vermittelung von Verträgen wegen Beförderung von Auswanderern über Bremen nach Amerika u. zurückgegeben.....	34	240
d. 11. =	—	Belobung des Carl Laqua für Rettung eines Menschen vom Tode des Ertrinkens.....	34	244
d. 10. =	188	Betr. die diesjährige Eröffnung der kleinen Jagd.....	33	230
d. 12. =	—	Betr. die dem Kaufmann Isaac Friedländer in Guttentag ertheilte landespolizeiliche Erlaubniß zur Besorgung von Agentur-Geschäften für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft.....	33	230
d. 12. =	—	Patent-Verleih, a. d. Maschinen-Fabrikanten C. Drewnitz u. Thorn	33	220
d. 12. =	195	Betr. die Einführung von Dienstbüchern für schlesische Schiffleute	34	237
d. 12. =	202/3	Kaufmann Horzela in Nicolai und Kaufmann Julius Goldberger in Leobschütz haben die Agentur-Geschäfte für die Berlinische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt, und es sind dieselben an den Kaufmann Heinrich Simon in Pless und an den Kaufmann Julius Breslauer in Leobschütz übergegangen.....	35	245
d. 12. =	204	Dem Maurermeister Lubowski in Gleiwitz ist die landespolizeiliche Erlaubniß ertheilt worden, für die Berlinische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Agentur-Geschäfte zu besorgen..	35	245
d. 13. =	197	Betr. den Ausbruch der Rinder-Pest im Königreich Polen an der diesseitigen Landes-Grenze.....	34	240
d. 16. =	—	Die Kaufleute Wilhelm Dombrowski und Samuel Lichtwitz hieselbst haben die mit polizeilicher Genehmigung übernommene Agentur für die Eisenbahn- und allgemeine		

Datum der Verordnung.	N ^o I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
	Rückversicherungs-Gesellschaft „Thuringia“ in Erfurt nieder- gelegt	35	245
b. 18. August 1856.	— Patent-Verleihung des Mechanikers Herrmann Brothmann zu Königsberg i. Pr.	34	241
b. 18. :	— Betr. die landespolizeiliche Genehmigung zur Besorgung von Agentur-Geschäften des Eduard Müller in Gletwitz, für die Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Ja- nus“ in Hamburg, wogegen der Kaufmann Isaac Kar- funkel daselbst diese Agentur-Geschäfte niedergelegt hat, und des Rent-Amts-Secretair Golch in Carlsruhe für die Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft	34	241
b. 19. :	— Markt-Verlegung in den beiden Städten Krappitz u. Myslowitz	35	246
b. 20. :	208 Betr. den Hausir-Handel im Grenz-Bezirk	36	249
b. 20. :	209 Betr. das in Neustadt D. S. vom 1sten October c. ab er- richtete Aichungs-Amt	36	253
b. 20. :	216 Betr. die dem Kaufmann J. B. Schnapka in Deuthen er- theilte landespolizeiliche Erlaubniß zur Besorgung von Agen- tur-Geschäften, für die Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt	37	260
b. 20. :	— Betr. die dem Kaufmann A. Braun in Rosenberg desgl. für die Leipziger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft	37	260
b. 21. :	— Betr. die amtliche Ausgabe der Feld-Polizei-Ordnung vom 1sten November 1847., nebst der Instruction vom 1sten Juli 1856., ist durch den Buchhandel für 3 Sgr. pro Stück zu beziehen	36	253
b. 23. :	— Markt-Verlegung in der Stadt Dittmachau	36	254
b. 25. :	217 Betr. die dem Kupferschmiede-Meister A. Engelfe in Ober- Glogau unter dem 23ten Juni d. J. ertheilte Concession zur Führung von Agentur-Geschäften, für die Schleßische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Breslau, ist zurückge- nommen und eine dergl. dem Emanuel Hoppe in Giesel ertheilt worden	37	260
b. 26. :	210 Die Oppeln-Zellwauer Chaussee ist an den Oppelner Kreis- Verband übergegangen	36	254
b. 26. :	— Der Kaufmann August M ö d e in Meisse hat die Agentur-Ge-		

Datum	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
der Verordnung.				
d. 27. August 1856.	218	Geschäfte für die Eisenbahn- und allgemeine Rück-Versicherungs-Gesellschaft „Thuringia“ niedergelegt Polizei-Verordnung wegen Instandhaltung des Fluss-Gebiets des Bieleflusses von der Oesterreichischen Landes-Grenze ab, bis zur Einnündung der Biele in die Reisse	37	261
d. 29. =	226	Kaufmann Eduard Saullich in Leobschütz hat die Agentur-Geschäfte für die Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin niedergelegt, und Kaufmann Hermann Friedländer daselbst hat diese Geschäfte übernommen . .	37	261
d. 1. Septbr.	—	Patent-Verleihung des Kaufmanns und Fabrikanten Julius Consentius in Magdeburg, und Patent-Aufhebung der Techniker Gustav Dre mel u. Friedrich Schmidt ebendasselbst	38	271
d. 2. =	—	Landespolizeiliche Bestätigung der Agenturen: des Kaufmanns Isaak Friedländer in Guttentag, für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ in Halle a. d. S.; des Kaufmanns August Pache in Zülz, für die Magdeburger Vieh-Versicherungs- und die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ in Halle a. d. S.; des Kaufmanns Colmar Teichmann in Constadt, für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“, für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft daselbst und für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“, in Halle a. d. S., wogegen der Gemeinde-Einnehmer Fiedler daselbst die Agentur-Geschäfte für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt hat, und des ehemaligen Lehrers F. A. Kunze in Borsatz bei Ratibor, für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft und für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ daselbst . . .	37	264
d. 2. =	—	Patent-Verleihung an den Besitzer der Wilhelms-Hütte, Adolph Meßern zu Wilhelms-Hütte bei Sprottau	36	254
d. 4. =	227	Regulativ wegen Einziehung der Heizungs-, Reinigungs- und Verpflegungs-Kosten für die in den gerichtlichen Gefängnissen detinirten städtischen Polizei-Gefangenen	36	254
			38	271

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Zinsblatts.	Seite.
9. Sept. 56.	—	Markt = Verlegung im Orte Verun.	38	273
b. 16. =	234	Betr. Polizei = Verordnung, wonach vom 1sten Januar 1857. ab, auf öffentlichen Straßen der Gebrauch der einfachen Reinen bei Personen = Fuhrwerken verboten ist.	39	279
b. 16. =	235	Betr. das zum 1sten October c. zu vergebende Stipendium von 200 Rthlr. zum Besuche des Königlichen Gewerbe = Instituts	39	279
b. 18. =	236	Betr. die zu Sarnow, im Königreich Polen, vollständig er- loschene Rinderpest.	39	279
b. 20. =	237	Landespolizeiliche Erlaubniß zur Führung von Agentur = Ge- schäften: des Kaufmanns A. Weiß in Ratibor, für die Versicherungs = Gesellschaft „ Thuringia “ in Erfurt und des Kaufmanns C. R. Grüttner in Ratibor, für die nieder- schlesische Güter = Affecuranz = Gesellschaft in Wesel und des Krämers Carl Kuschitzke in Alt = Grottkau, für die Le- bens = Pensions = und Leibrenten = Versicherungs = Gesellschaft „ Iduna “ in Halle a. d. S.; dagegen haben die Agentur = Geschäfte niedergelegt: der Kaufmann Friedr. Holzhausen in Gleiwitz, für die Lebens = Versicherungs = Gesellschaft in Leipzig und der Kaufmann L. J. Weigert in Rosenberg, für die Magdeburger Vieh = Versicherungs = und für die Le- bens = Pensions = und Leibrenten = Versicherungs = Gesellschaft „ Iduna “ zu Halle a. d. S.	39	279 8 ²
b. 20. =	—	Patent = Verleihungen an den Bau = Unternehmer Winand Biß- ler in Düren, den Kaufmann J. H. F. Brillwitz zu Berlin, den Ingenieur Otto Seyrig in Berlin und den Pferdewärter W. Kothke ebendasselbst; dagegen ist das dem Handelsmann J. Siebert zu Frankfurt a. M. unter dem 27sten November 1855. ertheilte Patent erloschen.	39	280
		III. Verordnungen des Königlichen Appellations- Gerichts zu Ratibor.		
b. 10. Juli	170	Betr. die Veränderungen der Schiedsmanns = Bezirke im Kreise Reiße.	29	197

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
23. Aug. 56.	211	Betr. Veränderungen der Schiedsmanns- Bezirke im Kr. Falkenberg	36	255
d. 8. Sept.	228	Betr. desgleichen im Kreise Grottkau.	38	274
d. 8. =	229	Betr. desgleichen im Kreise Beuthen	38	274
<div>IV. Verordnungen und Bekanntmachungen ver- schiedener Behörden.</div>				
d. 11. Juni	—	Betr. die Uebersicht des Standes der Ständischen Provinzial- Darlehns-Casse für Schlesien, ult. December 1855.	28	190
d. 16. =	162	Betr. die diesjährige Präparanden- Prüfung im Königl. i- katholischen Schullehrer- Seminar zu Pölskreischam	27	178
d. 18. =	167	Betr. die Präparanden- Prüfung im evangelischen Schullehrer- Seminar zu Steinau a. d. O.	28	189
d. 19. =	163	Betr. die ermäßigte Uebergangs- Abgabe von geschroteten Malze im Königreich Württemberg.	27	179
d. 20. =	166	Betr. die Wiederbesetzung der erledigten evangelischen Pfarr- stelle zu Fürstena u	28	189
d. 30. =	172	Betr. die im Jahre 1855. aufgenommenen Beiträge für die Hufelandschen Stiftungen zur Unterstützung nothleidender Ärzte und deren Wittwen	29	201
d. 1. Juli	171	Betr. die Uebersicht der Einnahmen von ausländischen Zucker an Steuern und Vergütungen, für die Zeit vom 1sten April 1855. bis Ende März 1856.	29	197
d. 15. =	177	Betr. die aufzubringenden Beiträge zum Provinzial- Land- Feuer- Societäts- Fonds	30	205
d. 15. =	187	Betr. den Rechnungs- Zustand der Provinzial- Feuer- Societäts- Casse pro 1855.	33	220
d. 2. August	198	Betr. die Uebergangs- Straßen für den Verkehr mit Brannt- wein zwischen dem Herzogthum Nassau und den angrenzen- den Vereins- Staaten u.	34	241
d. 18. =	212	Betr. die Lehrerinnen- Prüfung am Seminar zu Steinau a/O.	36	255
d. 19. =	213	Betr. die Annahme von Schiffsjungen zur preussischen Marine	36	256
d. 24. =	220	Betr. die Vorlesungen auf der landwirthschaftlichen Lehr- An- stalt in Proskau im Winter- Semester 18 ⁵⁶ / ₅₇	37	265

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Umschlags.	Seite.
27. Aug. 56.	214	Betr. die Einrichtung einer Post-Expedition in Königshuld..	36	257
d. 27. =	219	Betr. die Präparanden-Prüfung im katholischen Schullehrer- Seminar zu Ober-Glogau.....	37	264
d. 27. =	221	Betr. desgl. in Peiskretscham.....	37	266
im August	199	Betr. den Lektions-Plan für die Academie zu Eldena pro Winter-Semester 18 ⁵⁶ / ₅₇	34	243
d. 1. Sept.	222	Betr. die Verhandlungen des Schwur-Gerichts in Reisse..	37	267
d. 2. =	223	Desgl. in Ratibor.....		
d. 3. =	224	Desgl. in Gleiwitz.....		
d. 4. =	225	Desgl. in Oppeln.....		
d. 5. =	230	Betr. die Wiederbesetzung der evangelischen Pfarrstelle zu Beu- then a. d. D.	38	274
d. 6. =	238	Betr. die Rectorats- u. Prüfung am evangelischen Schulleh- rer-Seminar zu Steinau a. d. D.....	39	281
d. 15. =	239	Betr. die Verhandlungen des Schwur-Gerichts in Reisse ...	39	282

Chronologisches Verzeichniß

der, in den, in den Monaten October, November und December 1856. ausgegebenen Amtsblättern der Königlichen Regierung zu Oppeln, erschienenen Verordnungen und Bekanntmachungen.

Datum der Verordnung.	N ^o .	Inhalt.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
I. Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.				
b. 25. Spt.	240	Betrifft das Verbot des Debits der Augsburger Allgemeinen Zeitung in den Königlich Preussischen Staaten.....	40	283
b. 26. =	241	Betr. die Ernennung des Marschalls, dessen Stellvertreters und des Königlichen Commissarius für den zum 5ten October c. einberufenen Provinzial-Landtag	40	283
b. 6. Octbr.	254	Zweiter Nachtrag zu dem Regulativ vom 6ten September 1848., die Anlage von Dampfesseln betr., vom 6ten August 1856.	42	303
b. 6. =	255	Betr. die ausgelooften Schuld-Verschreibungen der freiwilligen Anleihe vom Jahre 1848. und der Staats-Anleihe vom Jahre 1850. 1852. 1854. 1855. A.....	42	304
b. 16. Novr.	284	Betr. das Verbot der Verbreitung der Zeitschrift: historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland	49	358
b. 20. =	279	Betr. die Einberufung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie zum 29sten November 1856.....	48	351
b. 30. =	292	Die Zoll-Vereins-Niederlage zu Bremen bleibt für jetzt ausgesetzt, wogegen die Suspension der Wefer-Zölle mit dem 1sten Januar 1857. in Wirksamkeit tritt.....	51	367
b. 3. Decbr.	293	Betr. die am Schlusse des Jahres 1856. in Wirksamkeit tretende Königliche Direction der Oberschleischen Eisenbahn..	51	367
b. 8. =	294	Betr. das Verbot der Verbreitung der Zeitschrift „Ernst Heiter“, deutsche Sonntags-Zeitung, und deren Beiblatt „der Tartar“	51	368
II. Verordnungen der Königlichen Regierung zu Oppeln.				
b. 14. Spt.	242	Betr. die in Slawentzyl errichtete Präparanden-Bildungs-Anstalt.	40	284

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
d. 23. Spt. 1856.	248	Die dem Kaufmann Joseph Scharffenberg in Guttentag unter dem 25ten März d. J. ertheilte Erlaubniß, zur Vermittelung von Verträgen der Beförderung von Auswanderern nach Amerika, für das Handlungshaus Pokrantz u. Comp. in Bremen, ist zurückgenommen worden.....	41	288
d. 26. =	—	Markt-Verlegung in Ziegenhals	41	293
d. 27. =	$\frac{248}{249}$	Betr. den diesjährigen Eintritt in die zu Berlin neu errichtete Muster-Zeichnen-Schule bei dem Königl. Gewerbe-Institut daselbst, nebst Reglement	41	288
d. 28. =	243	Betr. den Tarpreis eines Blutegels für die Zeit vom 1sten October c. bis ult. März f. J.	40	284
d. 1. Octbr.	250	Betr. die dem Brauerei-Pächter E. Cassirer zu Schloß-Gemeinde Ober-Ologau und dem Kaufmann Michael Steiner jun. in Plesß ertheilte landespolizeiliche Erlaubniß zur Besorgung von Agentur-Geschäften für die Schlesi'sche Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Breslau und resp. für die Versicherungs-Gesellschaft „Thuringia“ in Erfurt.....	41	293
d. 1. =	250	Nachstehende Agentur-Geschäfte sind landespolizeilich bestätigt worden: des Bureau-Assistenten Soika in Rybnik, für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ in Halle a. d. S. und für die Hagelschadens-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ und die Vieh-Versicherungs-Gesellschaft, beide in Magdeburg; des Kaufmanns Johann Joseph in Cosel, für die Versicherungs-Gesellschaft „Thuringia“ in Erfurt; des Kaufmanns Gerson Königsberger in Lublitz, für die Leipziger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft und des Kupferschmiede-Meisters A. Engelke zu Ober-Ologau für die Erfurter Hagelschadens-Versicherungs-Gesellschaft.....	41	293
d. 4. =	—	Patent-Verleihung an den Kaufmann J. H. F. Brillwitz in Berlin.....	41	294
d. 7. =	256	Verordnung, betr. das Verfahren bei Vollstreckung der wegen Diebstahls von Holz und andern Wald-Producten, erkannten Strafen	42	305

Datum	Nr.	I n h a l t.	Stich des Amtsblatts.	Seite.
der				
Verordnung.				
b. 11. Octbr. 1856.	—	Landespolizeiliche Genehmigung für den Maurermeister Franz Henke in Rosenberg zur Besorgung von Agentur-Geschäften für die Versicherungs-Gesellschaft „ Thuringia “ in Erfurt, dagegen haben die Agentur-Geschäfte niedergelegt: der Kaufmann Raschdorf in Ober-Ologau für die Berliner Hagelschäden- und für die Feuer-Versicherungs-Gesellschaft „der deutsche Phönix“, und der Kaufmann J. H. Schüller hier selbst für die Lebens-Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „ Janus “ in Hamburg	42	310
b. 14. :	260	Betr. die vertheilten Quittungen über eingezahlte Domainen-Veräußerungs- und Ablösungs-Capitalien und Zinsen für das II. Quartal d. J.	43	313
b. 16. :	264	Betr. das am 1ten August 1858. einzuführende allgemeine Landes-Gewicht	44	326
b. 18. :	265	Betr. den Gewerbe-Betrieb mit zollpflichtigen, fremden oder gleichnamigen inländischen Waaren im Grenz-Bezirk	44	326
b. 19. :	361	Betr. die Gültigkeit und Annahme der Schwarzburg-Sondershausen'schen Cassen Anweisungen von 1 Rthlr. und 5 Rthlr. noch bis zum Schlusse des Jahres 1856	43	313
b. 20. :	—	Patent-Erlöschungen des Feldmessers und Markscheider-Assistenten Immeckenberg zu Halberstadt und des Johann Zimmermann zu Chemnitz	43	313
b. 20. :	—	Landespolizeiliche Genehmigung zur Uebernahme von Agentur-Geschäften des Buchhändlers Samuel Breitbarth in Ujest für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „ Iduna “ in Halle a. d. S., für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft und für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „ Ceres “ ebendasselbst; des Privat-Secretairs Funke in Lublin für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft und des Kaufmanns M. W. Reščyński in Gletwitz für die Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Leipzig	43	314
—	—	Der interimist. Königl. Ober-Steuer-Controllleur und Landwehr-Leutnant Irgha zu Deutsch-Rasselwitz, ist für		

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
d. 26. Octbr. 1856.	—	die Rettung zweier Menschen vom Tode des Ertrinkens mit der Erinnerungs-Medaille theilhaftig worden.....	43	324
—	—	Zum Betrieb der Agentur-Geschäfte für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg und für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ in Halle a. d. S. hat der Privat-Secretair Fünke in Lublinitz die landespolizeiliche Genehmigung erhalten.....	44	333
d. 3. Novbr.	—	Betr. das vom emeritirten Gymnasial-Professor Anton Schnau- belt hier selbst vermachte Stipendien-Capital von 500 Rthl. zur Unterstützung Katholischer bei dem hiesigen katholischen Gymnasio, welche Theologie zu studiren beabsichtigen.....	44	335
d. 3. =	—	Patent-Verleihung des Königl. Musik-Directors Friedr. Wilh. Wieprecht und der Wittve des Königl. Hof-Instrumen- tenmachers Moritz in Berlin, des Fabrikanten-Commissarius Hoffmann in Breslau, des Maschinen-Fabrikanten George Baake in Berlin, des Kaufmanns C. F. Wappenhans ebendaselbst.....	45	337
d. 6. =	275	Dem Buchhändler Wilhelm Glar hier selbst ist die landespoli- zeiliche Genehmigung erteilt worden, zur Besorgung von Agentur-Geschäften für die Lebens- und Pensions-Versiche- rungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg.....	45	338
d. 8. =	—	Betr. das gewerbsteuerfreie Auffuchen von Waaren-Bestellun- gen und des Waaren-Aufsatzes in den Herzogthümern Lu- xemburg, Anhalt Dessau-Köthen und in den Fürstenthümern Lippe, Waldeck und Pyrmont.....	47	346
d. 8. =	—	Kaufmann Böbel Schleisinger in Rathbor hat die Agentur- Geschäfte der Stettiner Strom-Versicherungs-Gesellschaft nie- dergelegt.....	46	342
d. 15. =	280	Patent-Verleihung an den Gussstahl-Waaren-Fabrikanten Gu- stav Brünigshaus zu Dortmund und den Tischlermeister Lütz zu Mariaweller bei Düren.....	46	342
		Betr. den Abschluß des Hornvieh-Assicuranz-Fonds für das Jahr 1855.....	48	352

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
d. 11. Nov. 1856.	276	Betr. die Wiederbesetzung der Thierarzt = Stelle in den Kreisen Pless und Rybnik	47	347
d. 18. =	—	Dem Königlichen Kreis = Gerichts = Actuar Carl Nydam in Leobschütz ist zur Führung von Agentur = Geschäften für die große Vereins = Sterbe = Cassé in Berlin die landespolizeiliche Ge- nehmigung erteilt worden	47	347
d. 18. =	—	Patent = Erlöschungen des Königlichen Reglerungs = und Bau- raths Rosenthal in Magdeburg, des Technikers Theodor Kessler zu Sudenburg = Magdeburg und des Kaufmanns J. H. F. Prillwitz in Berlin	47	348
d. 18. =	—	Verleihungen an den Artillerie = Hauptmann a. D. Schmidt in Berlin, den Uhren = Fabrikanten Carl, Friedrich Thiemcke ebendasselbst und den Robert, Heinrich Becker und die Ge- brüder Heinrich und Wilhelm Lange zu Remscheidt . . .	48	355
d. 23. =	—	Patent = Verleihungen an den Kaufmann G. H. F. Prill- witz in Berlin und Adolph Loy ebendasselbst	50	362
d. 29. =	286	Betr. die Vereinigung der Rentdantur = Verwaltung des Rent- Amts Cosel mit der Königlichen Domainen = Rent = Cassé in Oppeln, in Cosel verbleibt eine Domainen = Unter = Receptur	50	362
d. 30. =	287	Betr. die vom 1sten Januar 1857. ab anzuwendenden neuen Formulare zu beschränkten Reise = Routen	50	362
d. 1. Decbr.	—	Nachstehende Agenturen, und zwar: des Kaufmanns Anton Ulker zu Bentzen für die Lebens = Renten = u. Versiche- rungs = Gesellschaft „Thuringia“ in Erfurt, des Kaufmanns Wilhelm Striezel in Greusburg für dieselbe Gesellschaft, wogegen derselbe die Agentur = Geschäfte für die Lebens = und Pensions = Versicherungs = Gesellschaft „Janus“ in Hamburg niedergelegt hat, des Rentmeisters Carl Baas in Grottkau für die Lebens = und Pensions = Versicherungs = Gesellschaft „Janus“ in Hamburg und des Rechnungsführers Johann Kapuste zu Tost für die Leipziger Lebens = Versicherungs- Gesellschaft, sind landespolizeilich bestätigt worden	49	358
d. 1. =	—	Patent = Verleihung an den G. Hambruch zu Elbing	49	358
d. 1. =	—	— Aufhebung für den Berg = Beamten George, August Los		

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
		zu Immendorf bei Ehrenbreitstein	49	359
b. 1. Decbr. 1856.	295	Nachtrag zur Nachweisung der Bauhandwerker im Bezirk der hiesigen Regierung pro 1856	51	368
b. 2. =	288	Betr. die Martini-Marktpreise pro 1856 . von Getreide und Rauchfutter	50	362
b. 2. =	296	Betr. die Invaliden-Pensionen an Invaliden 4ter Klasse nach zurückgelegten 60sten Lebensjahre	51	368
b. 4. =	291	Betr. das Statut des Dels-Namslau-Creuzburger-Chauffee- Bau-Vereins	Extraord. Beilage zu Stück 51.	
b. 6. =	289	Betr. die von den Feldmessern im hiesigen Verwaltungs-Bezirk für das Jahr 1856. einzureichenden Nachweisungen ihrer persönlichen und Dienst-Verhältnisse	50	363
b. 6. =	297	Betr. die dem Gerichtsmann Jacob Suraschek zu Ellguth, Kreis Rybnik, ertheilte Befugniß zur Ausstellung von Legi- timations-Attesten bei Pferde-Verkäufen u.	51	369
b. 8. =	—	Nachstehende Agentur-Geschäfte sind landespolizeilich bestätigt worden, und zwar: des pensionirten Lehrers Friedrich, Gott- hold Kunze zu Borsig, Kreis Neuthen, für die niederlän- dische Güter-Assicuranz-Gesellschaft zu Wesel, des Käm- merers Robert Renner in Sohrau, des Apothekers H. Telke in Kreuzburg und des Kaufmanns Herrmann Lie- bich in Patschkau, diesen drei letztern für die Lebens-Ver- sicherungs-Gesellschaft in Leipzig, des Deconome-Inspectors R. Hanke in Tarnowitz, für die Lebens-Renten-Aussteuer- Epaar-Cassen-Transport-Ver sicherungs-Gesellschaft „ Thu- ringia “ in Erfurt, wogegen derselbe die Agentur-Geschäfte für die Lebens-Ver sicherungs-Gesellschaft „ Janus “ in Ham- burg niedergelegt hat	50	363
b. 8. =	—	Patent-Verleihung an den Kaufmann J. H. F. Brillwitz in Berlin, auf eine durch Zeichnung und Beschreibung er- läuterte Construction von Feuerungs-Anlagen, so weit sie als neu und eigenthümlich erkannt worden ist und ohne Je- mand in der Benutzung einzelner Theile derselben zu be- hindern	50	363

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
d. 8. Decbr. 1856.	298	Betr. die im Laufe des III. Quartals 1856. eingezahlten Domainen-, Veräußerungs- u. Capitalien, der Zinsen und deren Quittungs-Bescheinigung	51	369
d. 9. =	299	Betr. die Chauffeegeld-Entrichtung auf der Straße von Falkenberg auf Friedland zu	51	369
d. 10. =	300	Betr. desgl. auf der Straße von Groß-Strehlitz über Himmelwitz bis Malapartus	51	370
d. 14. =	301	Dem Maurermeister Franke in Neustadt ist die Erlaubniß erteilt worden, für die Versicherungs-Gesellschaft „der deutsche Phönix“ Agentur-Geschäfte zu besorgen	51	370
d. 14. =	—	Zur Besorgung von Agentur-Geschäften haben die landespolizeiliche Bestätigung erhalten: der Kaufmann Theodor Kling auf in Lublitz, für die deutsche Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu Lübeck und für die Magdeburger Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft und der Secretair Becker in Falkenberg, für die Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg; dagegen haben die Agentur-Geschäfte niedergelegt: der Buchhändler A. Roth in Lublitz, für die Magdeburger Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft und der Kaufmann Louis Epstein ebendasselbst, für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft in Erfurt.	51	370
d. 14. =	—	Patent-Verleihung an den Civil-Ingenieur F. Bathe zu Breslau	51	371
d. 15. =	—	Kram- und Viehmarkt-Verlegung in der Stadt Rosenberg ..	52	375
d. 15. =	305	Dem Kaufmann Möcke in Nelsse ist die demselben schon früher erteilte Concession zur Vermittelung von Verträgen, bezuhs der Auswanderung nach Amerika, auch für das Jahr 1857. verlängert worden	52	376
III. Verordnungen des Königlichen Appellations-Gerichts zu Ratibor.				
d. 28. Sept.	243	Betr. die Neuwahl der Mitglieder und deren Stellvertreter des Ehren-Raths unter den Rechts-Anwälten und Notarien im		

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtsblatts.	Seite.
b. 9. Octbr. 1856.	257	Departement des Appellations-Gerichts in Ratibor..... Betr. Veränderungen in den Schiedsmanns-Bezirken des Salz- kenberger Kreises	40	284
b. 11. Decbr.	302	Desgl. des Coseler Kreises.....	42	310
			51	371
IV. Verordnungen und Bekanntmachungen ver- schiedener Behörden.				
b. 4. Septbr.	245	Betr. die Wahl neuer Mitglieder und deren Stellvertreter des Directorii der Berliner allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungs-Casse.....	40	285
b. 20. =	246	Betr. die Sitzungs-Periode des Schwur-Gerichts in Gletwitz	40	285
b. 24. =	247	Betr. die vom 1sten October c. ab aufgehobene Post-Expedi- tion auf dem Bahnhofe bei Reisse.....	40	285
b. 26. =	263	Betr. den Abschluß der Rechnung pro 1855. des Provinzial- Land-Feuer-Societäts-Fonds.....	43	314
i. September	251	Verzeichniß der auf der Universität Breslau im Winter-Seme- ster 18 ⁵⁶ / ₅₇ . zu haltenden Vorlesungen.....	41	294
b. 1. Octbr.	258	Betr. Anstellung von Land-Briefträgern ic.	42	311
b. 2. =	252	Betr. die sechste diesjährige Sitzungs-Periode des Schwur- Gerichts in Oppeln.....	41	301
b. 6. =	259	Betr. die Uebergangs-Strasse durch den Grenz-Ort Thalheim im Königreich Württemberg für den Verkehr mit controll- und abgabepflichtigen Gegenständen.....	42	311
b. 6. =	262	Betr. den Ausfall der abgehaltenen Lehrerinnen-Prüfung am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Steinau a. D.	43	314
b. 13. =	266	Betr. die Errichtung einer Bank-Commandite in Nordhausen.	44	334
b. 18. =	269	Uebersicht der Verwaltungs-Resultate bei der allgemeinen Un- terstützungs-Anstalt für evangelische Elementar-Schullehrer- Wittwen und Waisen in der Provinz Schlesien pro 1855.	45	338
b. 19. =	267	Betr. die Anmeldung des diesjährigen Wein-Gewinns.....	44	335
b. 22. =	268	Betr. die Eröffnung des Betriebs auf der neuen Bahnlinie von Breslau nach Posen für den Verkehr mit Personen und Gütern, vom 29. October 1856.	44	335

Datum der Verordnung.	Nr.	I n h a l t.	Stück des Amtesblatts.	Seite.
d. 22. Octbr. 1856.	270	Betr. die Wiederbesetzung des Pfarr-Amtes zu Peterswaldau, Kreis Reichenbach	45	389
d. 30. =	271	Betr. die Schwur-Gerichts-Sitzung bei dem Kreis-Gericht Oppeln	46	343
d. 30. =	272	Desgl. desgl. Gleiwitz		
d. 30. =	273	Desgl. desgl. Reisse		
d. 31. =	274	Desgl. desgl. Ratibor		
d. 7. Novbr.	277	Betr. Ausbringung von Beiträgen pro II. Semester 1856. zur Provinzial-Städte-Feuer-Societät	47	348
d. 8. =	278	Betr. den Ausfall der Prüfung pro rectoratu am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Steinau a. D.	47	349
d. 17. =	283	Betr. die Wiederbesetzung des evangelischen Pfarr-Amtes in Daubitz, Kreis Rothenburg	48	356
d. 19. =	282	Betr. die Vernichtung von Rentenbriefen	48	355
d. 24. =	285	Betr. das Aufhören der Einstellung der Erhebung des Eingangszolls von Getreide u. mit Ablauf dieses Jahres und Erhebung der ermäßigten Zollsätze vom 1sten Januar 1857. ab u.	49	359
d. 3. Decbr.	303	Betr. die in Reisse eingerichtete Telegraphen-Station, und deren Benutzung Seitens des Publicums	51	371
d. 7. =	306	Betr. die Wiederbesetzung der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Nieder-Seifersdorf, Kreis Rothenburg	52	376
d. 8. =	304	Betr. die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Post-Dienstbetriebe	51	372
d. 9. =	307	Betr. die Einrichtung der königlichen Beschäl-Stationen für das Jahr 1857. im hiesigen Regierungs-Departement ...	52	376

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 1.

Oppeln, den 3. Januar 1856.

Allgemeine Geseßsammlung.

N^o 46. enthält:

- (**N^o 4320.**) Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Deutsch-Croner Kreises im Betrage von 100,000 Rthlrn. Vom 17. October 1855.
- (**N^o 4321.**) Allerhöchster Erlaß vom 22sten October 1855., betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chausseen im Kreise Osterode: 1) von Osterode über Reichenau und Hohenstein bis zur Neidenburger Kreis-Grenze in der Richtung auf Neidenburg, 2) von Reichenau über Gilgenburg bis zur Neidenburger Kreis-Grenze in der Richtung auf Solbau oder auf Neidenburg, 3) von Hohenstein bis zur Allensteiner Kreis-Grenze in der Richtung auf Grieslinien.
- (**N^o 4322.**) Allerhöchster Erlaß vom 5ten November 1855., betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Filschne bis zur Deutsch-Croner Kreis-Grenze in der Richtung auf Schloppe und von Czarnikau bis zur Obornitzer Kreis-Grenze in der Richtung auf Rogasen.
- (**N^o 4323.**) Allerhöchster Erlaß vom 12ten November 1855., betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung des in den Kreis Strehlen fallenden Theiles der Frankensteiner Straße, von der Strehlen-Patschkauer Chaussee ab, in der Richtung nach Frankenstein über Wammelnitz und Dandwitz bis an die Kreis-Grenze.
- (**N^o 4324.**) Allerhöchster Erlaß vom 12ten November 1855., betreffend die Ver-

leihung des Rechts zur Erhebung des Chaussee-Geldes auf der auszubauenden sogenannten Militairstraße in den Kreisen Simmern und Zell, von der Gördenroth-Zeller Bezirks-Strasse über Cappel bis an die Machen-Mainzer Staats-Strasse vor Büchenbeuren.

(N. 4325.) Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Bestätigung der Actien-Gesellschaft „Credit-Verein für Handwerker in Magdeburg.“ Vom 15. December 1855.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

N. 1.

Für das Jahr 1856. werden Beschäler aus dem Königlichen Landgestüt zu Leubus auf die Dauer der Beschälzeit in folgenden Stationen des hiesigen Regierungs-Bezirks aufgestellt werden, und zwar:

1)	im Kreise Ratibor	zu Ratibor	3	Beschäler,	
2)	=	=	zu Kranowitz	3	=
3)	=	Neustadt	zu Gr.-Pramsen	3	=
4)	=	=	zu Mochau	4	=
5)	=	Reisse	zu Mährengasse	5	=
6)	=	=	zu Oppersdorf	2	=
7)	=	Leobschütz	zu Schmeisdorf	4	=
8)	=	=	zu Pohnitz	4	=
9)	=	=	zu Baucowitz	4	=
10)	=	=	zu Ratscher	3	=
11)	=	Beuthen	zu Bobreck	2	=
12)	=	Cosel	zu Sakrau	3	=
13)	=	Creuzburg	zu Rochelsdorf	3	=
14)	=	Grottkau	zu Grottkau	3	=

Abgang

den

3ten

Januar

1856.

Abgang den

1. Febr. 56.

Die Pferdezüchter, welche von diesen Hengsten Gebrauch machen wollen, werden auf die Amtsblatt-Verordnung vom 11ten April 1818. (Seite 152.) wegen der Auswahl guter und fehlerfreier Stuten aufmerksam gemacht.

In den von der Beschälkrankheit bedrohten Kreisen werden nur solche Stuten zur Deckung zugelassen, welche durch ein nicht über 4 Tage altes Attest eines approbirten Thierarztes für gesund erklärt sind.

Wir verweisen in dieser Beziehung auf die Allerhöchste Cabinets-Order vom 22sten September 1840. (Amtsblatt pro 1840. Seite 227.).

Das Kohlenbrennen wird auch im künftigen Jahre wieder in den Kreisstädten vorgenommen werden, sobald hiezu mindestens 20 Kohlen vorher angemeldet sind. Die Pferdezüchter haben ihre Anmeldungen während der Absohlungszeit bis spätestens zum 20sten

20sten Juli k. J. bei dem betreffenden Königl. Landraths=Amte anzubringen, und sind von diesem bis zum 1sten August k. J. die Original=Gesuche unmittelbar der Gestüt=Verwaltung in Teubus zu übersenden, worauf das Brennen an den dafür anzusehenden Terminen stattfinden wird.

Oppeln, den 18. December 1855.

Das Königl. Ministerium der geistlichen, Unterrichts= und Medicinal=Angelegenheiten hat für das Jahr 1856. eine neue Auflage der Arznei=Taxe herausgegeben, nach welcher sich die Apotheker vom 1sten Januar 1856. an genau zu achten haben.

Diese Arznei=Taxe ist in allen inländischen Buchhandlungen zu dem Preise von 10 Sgr. zu haben.

Oppeln, den 27. December 1855.

Es sind nachstehende Patente, und zwar:

unter dem 24sten December 1855. dem Johann Zimmermann in Chemnitz auf eine Einrichtung an Drehbänken zum Abdrehen der Eisenbahn=Wagenräder, insoweit solche nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtet worden ist;

unter dem 27sten December 1855. den Civil=Ingenieuren A. Tischbein und Mestern zu Magdeburg,

für eine Vorrichtung an hydraulischen Pressen zum Entleeren abgepreßten Del=Saamens aus Preß=Cylindern, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung, und ohne jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

beide auf die Dauer von fünf Jahren, von den obigen beiden Tagen an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Oppeln, den 30. December 1855.

Es sind nachstehende Agenturen landespolizeilich genehmigt worden, als:

1) des Kaufmanns Franz Czerner in Tost für die Berliner Hagel=Versicherungs=Gesellschaft;

2) des Apothekers C. Weils Häuser in Ziegenhals,

a. für die Magdeburger Vieh=Versicherungs=Gesellschaft;

b. für die Lebens=Pensions= und Leibrenten=Versicherungs=Gesellschaft „Iduna“ zu Halle a. d. S., und

c. für die Hagelschäden=Versicherungs=Gesellschaft „Ceres“ zu Magdeburg.

Oppeln, den 28. December 1855.

N^o 2.

Personal-Chronik.

Das königliche Provinzial-Schul-Collegium hat den bisherigen dritten Lehrer an der evangelischen Elementar-Schule Nummer 19. zu Breslau, Christian Rehbaum, zum ordentlichen Lehrer bei dem königlichen Friedrichs-Gymnasium daselbst ernannt und bestätigt.

Dem katholischen Lehrer zu Wilkowitz, Carl Gundrum, ist die Schullehrerstelle zu Krier, Plesser Kreises — dem katholischen Schullehrer Scharff zu Thule, Rosenberger Kreises, die Schullehrerstelle zu Ponoschau, Lubliner Kreises — und dem katholischen Schul-Adjunkten Robert Borzuchy die fünfte Lehrerstelle an der Stadt-Schule zu Bauerwitz, Leobschützer Kreises, verliehen worden — der bisherige Hilfs-Lehrer Adolph Linke ist als Lehrer, Organist und Küster bei der evangelischen Gemeinde zu Ottmachau, Grottkauer Kreises, angestellt — und die vormaligen Sergeanten Carl Taub und Friedrich Hennig, der ehemalige Postbote Anton Riedel und der frühere Hautboist Friedrich Zimmermann, sind als Aufseher bei der königlichen Straf-Anstalt zu Ratibor definitiv angenommen worden.

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 2.

Oppeln, den 10. Januar 1856.

Allgemeine Gesetzsammlung.

N^o 47. enthält:

- (N^o 4326.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 3ten December 1855., betreffend die Verlängerung des Tarifs zur Erhebung des Hafen- und Brückenaufzugsgeldes in Stettin.
- (N^o 4327.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 10ten December 1855., betreffend die Bestätigung der in Cöln unter dem Namen „Cölnische Privatbank“ zum Betriebe von Bank-Geschäften gebildeten Actien-Gesellschaft.
- (N^o 4328.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 10ten December 1855., betreffend die Verleihung der fiscoalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Garz nach Giewitzer Fähre auf der Insel Rügen; und
- (N^o 4329.) die Verordnung, betreffend die Großherzoglich Sächsischen und die Herzoglich Sachsen-Koburg-Gotha'schen Cassen-Anweisungen. Vom 24sten December 1855.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Unter Bezugnahme auf §. 187. der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17ten Januar 1845., wonach Uebertretungen der polizeilichen Anordnungen wegen des Markt-Verkehrs mit Geldbuße bis zu 20 Thalern, oder im Unvermögensfalle mit verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe belegt werden, wird auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850. für den Gemeinde- und Schloß-

Bezirk von Myslowitz und für die Feldmarken derjenigen ländlichen Ortschaften, welche auf den nach Myslowitz führenden öffentlichen Wegen die letzten vor der Stadt sind, folgende Polizei-Verordnung von uns erlassen.

§. 1.

Es werden wöchentlich zwei Wochenmärkte in der Stadt Myslowitz abgehalten, und zwar an jedem Dienstage und an jedem Freitage. Fällt auf einen dieser Tage ein gebotener Feiertag, so findet der Wochenmarkt am nächstfolgenden Werkeltage statt.

§. 2.

Der Wochenmarkt beginnt in den Monaten April bis einschließlich September des Morgens um 6 Uhr, und in den Monaten October bis einschließlich März des Morgens um 7 Uhr und endigt um 1 Uhr Nachmittags, bis zu welcher Stunde der Marktplatz von allen Karren, Wagen und Verkaufs-Ständen geräumt sein muß.

§. 3.

Personen, welche mit Lebensmitteln handeln, dürfen in den Monaten April, Mai, Juni, Juli und August erst von 9 Uhr, und in den übrigen Monaten erst von 10 Uhr Vormittags ab ihren Bedarf an solchen Lebensmitteln, sei es zum Handel, sei es zur eigenen Hauswirthschaft, auf dem Wochenmarkt einkaufen.

§. 4.

Gegenstände, welche an sich zum Wochenmarkt-Verkehr gehören, und von außerhalb zur Stadt gebracht werden, dürfen an Wochenmarkts-Tagen an keinem andern Orte, als auf den für den Markt-Verkehr bestimmten Plätzen (§. 6.), und eben so wenig vor, als überhaupt auf dem Wege zur Stadt, nachdem der Verkäufer die Dorf-lage der letzten, auf seinem Wege zur Stadt liegenden Ortschaft verlassen hat, verkauft oder gekauft werden.

§. 5.

Ausgenommen von der Bestimmung des §. 4. sind die nachstehend aufgeführten Gegenstände, welche täglich zum Verkauf in Häusern oder auf den Straßen herumgetragen werden dürfen: Milch, Käse, Beeren, Pilze, Krebse, Fische, frisches Obst. Auch bleibt der Verkauf dieser Gegenstände aus besonderen Localen zulässig.

§. 6.

Die Marktplätze sind der Ring und der Marktplatz an der Bahnhofstraße. Die Eintheilung dieser Plätze in besondere Bezirke für die gleichartigen Markt-Gegenstände, bleibt der besonderen Anordnung des Magistrats zu Myslowitz überlassen.

Doppeln, den 24. December 1855.

Nr 4. Die Preise vom Getreide und Rauchfutter an Martini 1855. sind in den Kreis-, Städten unseres Verwaltungs-Bezirktes durch die gezogene Fraction auf
 4 Rthlr. 8 Sgr. 5 Pf. für den Scheffel Weizen,
 3 = 18 = = = = = Roggen,

2 Rthlr.

2 Rthlr.	7 Egr.	5 Pf.	für den Scheffel Gerste,
1 =	7 =	5 =	= = = Hafer,
— =	23 =	3 =	= = = Centner Heu und
7 =	21 =	6 =	= = = das Schock Stroh

Preussisch Maasß und Gewicht festgestellt worden.

Oppeln, den 28. December 1855.

Zur Controlle des An- und Abzuges derjenigen Arbeiter, welche in den Gruben, Hütten, und mit dem Bergbau oder Hüttenbetriebe sonst noch zusammenhängenden gewerblichen Anlagen, in Steinbrüchen, Köhlereien, Ziegeleien und dergleichen, ferner beim Bau und den Reparaturen von Straßen, Canälen und Eisenbahnen, sowie beim Neubau von Gebäuden irgend einer Art in den Kreisen Butthen, Gleiwitz, Rybnitz und Pless beschäftigt werden, erlassen wir, in Gemäßheit des §. 11. des Gesetzes vom 11ten März 1850. (Gesetz-Sammlung 1850. Seite 267.) nachstehende Polizei-Verordnung.

N^o 5:

§. 1.

Der einem gewerblichen Etablissement der bezeichneten Art zunächst vorgeordnete, oder mit der unmittelbaren örtlichen Leitung eines Straßen-Canals oder Eisenbahnbaues beauftragte Beamte oder Aufseher, gleichviel, welchen Titel er führt, und ob er im Königl. oder Privatdienste steht, ist verpflichtet, ein specielles Namens-Verzeichniß der Arbeiter zu führen, dessen Rubriken der §. 2 angiebt, und in welchen sämtliche Arbeiter und Gewerksgehilfen des ihm untergebenen Aufsichts-Kreises aufgeführt sind, sie mögen über oder unter der Erde, vorübergehend oder dauernd in Arbeit stehen. Eine gleiche Obliegenheit haben auch die Betriebs-Vorsteher der Eisenerz-Förderungen, sowie die Maurer- und Zimmermeister für jede unter ihrer Aufsicht stehende Förderung, beziehungsweise Baustelle, in den vorgenannten vier Kreisen zu erfüllen.

Welchem von mehreren dem Etablissement vorgeordneten Beamten oder Aufsehern diese Verpflichtung obliege, entscheidet bei den den Königl. Berg- und Hütten-Ämtern untergeordneten Werken das vorgeordnete Berg- oder Hütten-Ämt, bei andern Staats- oder Privat-Etablissements und Arbeits-Stationen der Landrath des Kreises, welcher bezüglich der vom Staate ausgeführten Bauten mit dem Bezirksbau-Beamten sich deshalb zu vereinigen hat.

Bei Gruben führt in der Regel der erste Steiger das Verzeichniß.

§. 2

Das Verzeichniß muß enthalten:

- a. den Vor- und Familiennamen des Arbeiters;
- b. dessen Geburtsort, bei den im Auslande gebornen auch das Heimathsland;
- c. dessen gegenwärtigen Wohnort, beziehungsweise den Gemeinde-Bezirk, in welchem

- dem er seinen dauernden Aufenthalt nimmt oder fortsetzt;
 d. den Ort, an welchem er vor Beginn der Arbeit sich dauernd aufgehalten hat;
 e. den Tag, an welchem der Arbeiter sich bei der Polizei- Behörde, beziehungsweise dem Gemeinde- Vorstande (vergleiche unten §. 4.) des Bezirks, in welchem er zur Zeit wohnt, oder seinen bleibenden Aufenthalt nehmen will, laut der von dieser Behörde erteilten Bescheinigung als Neuanziehender sich gemeldet hat;
 f. den Tag der Annahme zur Arbeit;
 g. den Tag der Entlassung aus der Arbeit;
 h. Bemerkungen über Ursache der Entlassung, Führung und dergleichen mehr.

Es können in dem Verzeichnisse die beständigen und die nur vorübergehend beschäftigten Arbeiter getrennt werden.

Die zur Ausfüllung vorstehender Rubriken dienenden Notizen müssen, nach vorheriger Prüfung ihrer Richtigkeit, ohne Verzug in das Verzeichniß eingetragen werden.

§. 3.

Arbeiter oder Gewerbs- Gehülfen, welche nach einem andern Gemeinde- Bezirke, als in welchem sie bisher sich befanden, ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt verlegen, müssen binnen längstens drei Tagen nach dieser Aufenthalts- Veränderung sich bei der Ortspolizei- Behörde des neuen Wohn- oder Aufenthalts- Ortes nach §. 8. des Gesetzes vom 31sten December 1842. (Gesetz- Sammlung 1843. Seite 5.) melden, und über ihre persönlichen, namentlich auch militairischen und Steuer- Verhältnisse die erforderliche Auskunft erteilen. Ueber diese Meldung ist ihnen von der Ortspolizei- Behörde unverzüglich eine schriftliche Bescheinigung nach dem oben angeführten Gesetzes- Paragraphen stempel- und gebührenfrei zu erteilen.

Die Orts- Behörden haben ferner in den als Ausweis bei Aufenthalts- Veränderungen dienenden ebenfalls stempel- und stempelfrei ihnen nach der Amtsblatt- Verordnung vom 10ten Februar 1852. Seite 51. auszustellenden Abzugs- Attesten zu bescheinigen, ob und bis zu welchem Monate einschließlich der Abziehende die Klassensteuer berichtigt hat, und wie hoch er zu derselben veranlagt ist.

§. 4.

Wenn die vorgesezte Polizei- Behörde nicht im Gemeinde- Bezirke des Wohn- oder Aufenthalts- Ortes des neu anziehenden Arbeiters oder Gewerbs- Gehülfen ihren Sitz hat, so ist die vorerwähnte Meldung an den Ortsschulzen (Gemeinde- Vorstand) des gegenwärtigen Wohn- oder Aufenthalts- Ortes des in Rede stehenden Arbeiters zu richten. Dieser Schulze (Gemeinde- Vorstand) aber ist verpflichtet, binnen längstens drei Tagen, von obiger Meldung an gerechnet, von derselben der vorgesezten Polizei- Behörde eine schriftliche Anzeige zu machen, worauf diese die gesetzliche Prüfung der persönlichen Verhältnisse des Neuanziehenden unverzüglich vorzunehmen und die schriftliche

liche Bescheinigung (§. 3.) demselben sofort auszustellen hat.

Wenn der Arbeiter innerhalb des nämlichen Gemeinde-Bezirks seine Wohnung behält, aber die Arbeitsstätte wechselt, so braucht dessen persönliche Meldung bei der Polizei- oder Gemeinde-Behörde nicht wiederholt, dagegen muß die von dieser Behörde über die Meldung ertheilte, von dem Empfänger sorgfältig aufzubewahrende Bescheinigung, von ihm dem das Verzeichniß (§. 2.) führenden Beamten oder Aufseher des Etablissements, bei welchem er später Arbeit erhält, vorgezeigt werden, um danach die Rubrik e. des Verzeichnisses auszufüllen.

§. 5.

Die in dem §. 1. bezeichneten Königlich oder Privat-Beamten, Betriebs-Vorsteher, Aufseher, Unternehmer oder Handwerksmeister sind verpflichtet, darüber zu wachen, daß die im §. 3. und 4. vorgeschriebenen Anmeldungen neuanziehender Arbeiter pünktlich erfolgen.

Sie selbst haben am ersten Tage jedes Monats ein namentliches Verzeichniß von allen im Laufe des vergangenen Monats bei der gewerblichen Anlage oder Förderung, überhaupt der Arbeitsstätte, welche sie beaufsichtigen, neu angenommenen und abgegangenen Arbeitern und Gewerbs-Gehülfsen, der Ortspolizei-Behörde der Arbeitsstätte zu überreichen, welches den Vor- und Familiennamen der betreffenden Arbeiter, ihren Geburtsort und bei Ausländern das Vaterland, ihren Wohn- oder Aufenthalts-Ort während des gegenwärtigen Arbeits-Verhältnisses, den Tag der Annahme zur Arbeit und der Entlassung aus derselben enthalten muß. In dieses Verzeichniß sind auch die den Gemeinde-Bezirk nicht wechselnden Arbeiter oder Gewerbs-Gehülfsen aufzunehmen.

Das erste nach Publication dieser Verordnung einzureichende Verzeichniß muß auch die in der Arbeit verbleibenden, in früheren Monaten angenommenen Arbeiter enthalten.

§. 6.

Aus den im vorstehenden §. gedachten Verzeichnissen haben die Ortspolizei-Behörden, welchen sie zugehen, den Orts-Gerichten (Gemeinde-Vorständen) der Ortschaften, in welchen die neu angezogenen Arbeiter ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt genommen haben, vollständige, die Verhältnisse dieser Arbeiter, soweit sie das Verzeichniß angiebt, betreffende Auszüge und die nöthigen Notizen darüber mitzutheilen, wie hoch die neu angezogenen Arbeiter zur Klassensteuer veranlagt sind, und bis zu welchem Monate einschließlich die genannte Steuer von ihnen berichtigt ist.

§. 7.

Die Unterlassung der den neuanziehenden Arbeitern oder Gewerbs-Gehülfsen nach §. 3. und 4. obliegenden Meldung bei der Ortspolizei-, beziehungsweise Communal-Behörde, wird an den säumigen Arbeitern oder Gewerbs-Gehülfsen mit einer Geldbuße bis zu Fünf Thalern oder mit Gefängniß bis zu drei Tagen geahndet werden.

Betriebs-Vorsteher, Betriebs-Unternehmer, Aufseher oder Handwerksmeister verfallen bei nicht pünktlicher oder nicht vollständiger Erfüllung der ihnen nach §. 1, 2. und 5. dieser Verordnung obliegenden Verpflichtungen in eine Geldbuße von Einem Thaler, welche im Wiederholungsfalle bis auf Zehn Thaler erhöht werden kann, oder verhältnismäßige Gefängnißstrafe. Ortschulzen oder andere Gemeinde-Vorsteher, welche die nach §. 4. ihnen auferlegte Verpflichtung nicht pünktlich und genügend erfüllen, werden mit verhältnismäßigen Ordnungsstrafen bis zu Zehn Thalern belegt werden.

§. 8.

Auf Hütten, Gruben oder andern gewerblichen Anstalten königlichen Ressorts, und zwar auch da, wo nur deren Betrieb unter Aufsicht der königlichen Behörden steht, tritt, so weit einen königlichen Beamten die Verschulbung trifft, gegen diesen in den im §. 1., 2. und 5. erwähnten Fällen eine Ordnungsstrafe ein, deren Festsetzung von dem königlichen Landraths-Amte des Kreises bei den Dienst-Vorgesetzten des betreffenden Beamten, ebenso wie die Abhülfe der vorhandenen Mängel beantragt werden wird.

§. 9.

Die erste Einführung der vorgedachten Arbeiter-Verzeichnisse geschieht unter specieller Leitung des Landraths, beziehungsweise durch die von ihm dazu beauftragten Beamten, insbesondere bei Arbeitsstätten königlichen Ressorts unter Verständigung mit deren nächster Aufsichts-Behörde, event. unter Zuziehung eines von ihr dazu abzuordnenden höheren Betriebs-Beamten, alsbald nach Publication dieser Polizei-Verordnung.

§. 10.

Die Controлле der richtigen, gewissenhaften Eintragung sämtlicher Arbeiter und Gewerbs-Gehülfen, auf welche diese Verordnung Anwendung findet, in das Verzeichniß, unter vollständiger Ausfüllung der vorgeschriebenen Rubriken, liegt der Polizei-Obrigkeit des Bezirks ob, in welchem die Arbeitsstätte belegen ist.

Es sind zu dieser Controлле auch der Landrath im kreispolizeilichen Interesse und die von ihm hiermit beauftragten Beamten befugt und verpflichtet.

Den Gendarmen und andern Sicherheits-Beamten muß ebenfalls die Einsicht der erwähnten Arbeiter-Verzeichnisse zu dienstlichen Zwecken in jedem Augenblicke unweigerlich gewährt werden.

Oppeln, den 2. Januar 1856.

Es sind, dem Schul-Adjunkten Grauer zu Bielitz, Kreis Falkenberg, für die mit eigener Lebensgefahr ausgeführte Rettung des Müller-Gesellen Böhm aus Groß-Mahlendorf, aus der Gefahr des Verbrennens, und dem Colonisten Carl Flascha in Sophienberg, Kreis Rosenberg, für die mit eigener Gefahr bewirkte Rettung eines
drei-

dreijährigen Kindes vom Tode des Ertrinkens, Geld-Prämien bewilliget worden.
Oppeln, den 3. Januar 1856.

Zur Besorgung von Agentur-Geschäften, ist die landespolizeiliche Genehmigung ertheilt worden:

dem Kaufmann Franz Maicherek in Reisse, für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft und für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ ebendasselbst. Oppeln, den 5. Januar 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

In dem evangelischen Schullehrer-Seminare zu Münsterberg, wird die Rectorats-Prüfung pro 1856. auf den 11ten und 12ten März anberaumt. Diejenigen Candidaten, die gesonnen sind, sich dieser Prüfung zu unterwerfen, haben ihre schriftliche Meldung

- a. mit dem Universitäts-Abgangs-Zeugnisse;
- b. mit dem Zeugnisse der ersten oder zweiten theologischen Prüfung, sofern sie diese gemacht und bestanden haben;
- c. mit einem Führungs-Zeugnisse vom Superintendenten ihrer Diocese;
- d. mit einem Lebenslaufe, auf dessen Titelblatte speciell anzugeben ist: 1) Tag, Jahr, Ort und Kreis der Geburt; 2) Wohnort und Kreisstadt; 3) in welchen Jahren Candidat studirt hat und 4) ob und welche theologische und pädagogische Prüfungen derselbe gemacht hat, mit bestimmter Angabe der Zeit, bis spätestens den 20sten Februar der unterzeichneten Behörde einzureichen, wogegen die persönliche Meldung bei dem Seminar-Director Herrn Bock in Münsterberg auf den 10ten März, Abends 6 Uhr, festgestellt ist.

Breslau, den 29. December 1855.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Die öffentlichen Verhandlungen vor dem Schwur-Gericht zu Reisse, werden den 4ten Februar k. J. beginnen. Reisse, den 31. December 1855.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Personal-Chronik.

Bekanntmachung einer verdienstlichen Handlungsweise.

Der Gräflich Renard'sche Förster Lauterbach zu Bierchlesche, im Groß-Strehlizer Kreise, hat während der Cholera-Epidemie in Bierchlesche durch freiwillige Pflege der Erkrankten und durch Beaufsichtigung und Durchführung des Desinfections-Geschäfts, wesentlich zur Milde rung und Bekämpfung der Krankheit in uneigennützi ger Weise beigetragen, was hierdurch belobend anerkannt wird.

Oppeln, den 20. December 1855.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Des Königs Majestät haben den seitherigen Verweser des Landraths-Amtes des Kreises Ratibor, Ritterguts-Besitzer Friedrich, Wilhelm, Eugen v. Selchow auf Ponienzüß, zum Landrath des gedachten Kreises zu ernennen geruht — der Ackerbür ger Silvester Fehlbier zu Bauerniß, und der bisherige Stadtverordnete Johann Panua zu Tost, sind als unbesoldete Rathmänner für die Amtsdauer von sechs Jah ren erwählt und bestätigt worden — der Magistrat in Ober-Glogau hat in Ueber einstimmung mit der Stadtverordneten-Versammlung, dem Beigeordneten Apotheker Mengel daselbst, das Prädicat „Stadtältester“ verliehen — der seitherige Lehrer Nowak zu Skronskau, ist an die kath. Schule nach Zastrzigowiß, Rosenberger Krei ses, berufen worden.

Personal-Veränderungen

im Bezirke des königlichen Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat
December 1855.

A. Bei dem Appellations-Gericht:

Ernannt:

die Referendarien Carl, Ferdinand, Wilhelm Pfigner und Johann, Bernhard Gallus zu Gerichts-Äffessoren;
der Auscultator Friedrich Dedit, zum Appellations-Gerichts-Referendarius,
und der Rechts-Candidat Heinrich Kubist, zum Appellations-Gerichts-Auscultator.

Pensionirt:

der Appellations-Gerichts-Secretair Schmeling, und ist derselbe Merkhöchst zum Kanzlei-Rath ernannt worden.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von J. Weitzhäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 3.

Oppeln, den 17. Januar 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

Des Königs Majestät haben durch Allerhöchste Order vom 26ten November v. J. N^o 8.
zu bestimmen geruht, daß den Vorständen der Provinzial-Archive, deren das Rang-Reglement vom 7ten Februar 1817. wegen der erst später erfolgten Organisation dieser Institute noch nicht hat gedenken können, derselbe Rang, wie nach §. 6. des gedachten Edicts, den höheren Subalternen der Ministerien und den Assessoren der Landes-Collegien zustehen soll. Zugleich ist von Seiner Majestät genehmigt, daß diesen Beamten der Titel „Provinzial-Archivar“ unter Hinzufügung des Namens der betreffenden Provinz, beigelegt werde.

Demzufolge und in Gemäßheit der über die Art der Ausführung, wegen einiger dabei möglichen Zweifel, eingeholten Allerhöchsten Willensmeinung, werden die Vorstände der Provinzial-Archive künftighin resp. Königlicher Provinzial-Archivar von Preußen, von Schlesien, von Westphalen, von Pommern, der Provinz Sachsen, der Rhein-Provinz zu Coblenz und der Rhein-Provinz zu Düsseldorf zu tituliren sein.

Breslau, den 3. Januar 1856.

Der Königliche Wirkliche Geheime Rath und Ober-Präsident der
Provinz Schlesien.
Schleinitz.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Der Canzlei-Rath und Geheime expedirende Secretair im Ministerium des Innern, N^o 9.
Hübner beabsichtigt, im Verlage des Buchhändlers L. Gerschel zu Piegeln, eine
3 zweite

zweite Ausgabe seiner im Jahre 1846. erschienenen Schrift:

Die Preussische Gesetzgebung, in Betreff des Groß- und Kleinhandels mit geistigen Getränken, des Gast- und Schankwirthschafts- Betriebes und der Zulassung von Speise- Wirthschaften u. u., nebst einem Anhange, enthaltend die Verordnungen wegen gewisser Lustbarkeiten, welche von Gast- und Schankwirthten veranstaltet zu werden pflegen, und die dergleichen Gewerbetreibenden insbesondere angehenden Straf- Bestimmungen,

herauszugeben. Diese zweite Ausgabe ist mit großer Sorgfalt bearbeitet, und der Verfasser hat die seit dem Erscheinen der ersten Ausgabe in verschiedenen einschlagenden Materien wesentlich veränderte Gesetzgebung, bei dieser neuen Ausgabe genügend berücksichtigt, auch bisher noch nicht veröffentlichte Ministerial- Entscheidungen in dieselbe aufgenommen. Es kann diese Schrift den mit der Concessions- Ertheilung für die in Rede stehenden Gewerbe beauftragten Behörden als ein Leitfaden, so wie den betreffenden Gewerbetreibenden selbst zur Information, rücksichtlich ihrer Befugnisse und Verpflichtungen, nur empfohlen werden.

Indem wir auf diese Schrift aufmerksam machen, veranlassen wir die Königlichen Landraths- Aemter auch in den Kreis- Blättern eine besondere Bekanntmachung zu veröffentlichen. Doppeln, den 31. December 1855.

N^o 10. Die dem Kaufmann Schüler hierselbst unterm 22sten März d. J. ertheilte Concession zur Vermittelung von Verträgen, wegen Beförderung von Auswanderern über Bremen nach Amerika und Süd- Australien, für das Handlungshaus Pöfranz und Comp. zu Bremen, ist für das Jahr 1856. verlängert und zugleich auf die Kreise Beuthen, Pleß, Rybnik und Cosel zeitweise ausgedehnt worden.

Doppeln, den 31. December 1855.

N^o 11. Die dem Kaufmann Franz Kurka zu Lost unterm 17ten August v. J. ertheilte Concession zur Vermittelung von Verträgen, Behufs der Auswanderung nach Amerika über Bremen, für das Handlungshaus Fr. W. Bödcker jun. H. Aug. Heincken Nachfolger in Bremen, ist auch für das Jahr 1856. verlängert worden.

Doppeln, den 4. Januar 1856.

N^o 12. Nachdem die Anlage einer Apotheke in Rattowitz, Beuthener Kreises, höhern Orts gestattet worden ist, eröffnen wir hiermit die Concurrenz, um die Verleihung der Concession, und fordern etwaige Bewerber auf, unter Ueberreichung ihres Lebenslaufes, durch Vorlegung der Zeugnisse, welche der Ministerial- Erlaß vom 13ten Juli 1840. vorschreibt (Amtsblatt pro 1840. Seite 171.), ihre Befähigung darzuthun, sowie den Nachweis darüber beizubringen, daß sie die zur Etablirung einer Apotheke und zum Betriebe des Geschäftes erforderlichen Mittel besitzen. Wir setzen zur Meldung eine prä-

präklusivische Frist von 6 Wochen, von der Veröffentlichung des gegenwärtigen Erlasses an gerechnet.

Oppeln, den 7. Januar 1856.

Es sind nachstehende Patente:

unter dem 2ten Januar 1856.:

- 1) dem Schlossermeister Th. Suchland in Berlin,
auf ein als neu und eigenthümlich erkanntes Scharnierband in der durch Zeichnung und Modell nachgewiesenen Zusammenstellung;
- 2) dem Feldmesser und Marktscheider-Assistenten Sammeckenberg zu Halberstadt,
auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Einrichtung von Horizontal-Kreisen, zum Messen von Höhenwinkeln, so weit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist,

beide auf die Dauer von 5 Jahre und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden, wogegen das dem Pektorn unter dem 24sten Januar 1855. ertheilte Patent, auf eine Einrichtung der Theodoliten, um mittels des horizontalen Kreises Höhen-Messungen auszuführen, erloschen ist.

Oppeln, den 8. Januar 1856.

Dem Fabrik-Arbeiter Heinrich Nau zu Isferlohn ist unter dem 4ten Januar 1856. ein Patent

auf eine Schneide-Vorrichtung für saummetartige Gewebe, soweit dieselbe durch Modell und Beschreibung als neu und eigenthümlich nachgewiesen ist, und ohne jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken,

auf die Dauer von fünf Jahre, von obigem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats, ertheilt worden.

Oppeln, den 14. Januar 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Die Präparanden-Prüfung im Seminar zu Münsterberg pro 1856., wird hiermit auf Mittwoch, den 27sten bis Freitag, den 29sten Februar anberaumt, und zur persönlichen Meldung der Prüflinge bei dem Seminar-Director Mittwoch, den 27sten Februar, Vormittags 10 Uhr, festgesetzt. — Bei der persönlichen Meldung vorausgehenden schriftlichen Meldung, welche bis zum 19ten Februar erfolgen muß, sind nachstehende Ausweise einzureichen:

N^o 13.

- 1) ein Tauf-Zeugniß des Präparanden;
- 2) ein Führungs-Attest von dem Orts-Pfarrer seines dormaligen und wenn er binnen Jahresfrist noch anderswo wohnhaft gewesen sein sollte, seines vor-

maligen Aufenthalts = Ortes ausgestellt:

- 3) ein Zeugniß über die zur Aufnahme ins Seminar erhaltene Vorbildung von dem Präparanden = Bildner;
- 4) ein Zeugniß über die Leistungen und Befähigung des Präparanden bei der mit demselben vom Superintendenten der Diöcese abgehaltenen Prüfung;
- 5) ein in Gemäßheit des Rescripts vom 11ten Mai 1840. (Ministerial = Blatt 1840. S. 231.) ausgestellttes Gesundheits = Atteste, nebst einem demselben beigelegten Scheine, über die innerhalb der letzten 2 Jahre mit Erfolg wiederholte Impfung. Atteste, welche nicht vom dem Königlichen Kreis = Physicus ausgestellt sind, werden als ungültig angesehen;
- 6) eine schriftliche, von der Orts = Behörde beglaubigte Erklärung der Eltern, Vormünder oder Pfleger, daß dieselben oder sonstige Verwandte im Stande und gewilligt sind, für den aufzunehmenden Zögling sogleich bei seinem Eintritt in die Anstalt 23 Thaler Kostgeld und eine gleiche Summe am Beginn eines jeden der beiden folgenden Jahre zu erlegen, wie auch alle übrigen Unterhaltungs = Kosten auf denselben während seines Aufenthaltes im Seminar zu verwenden;
- 7) ein Lebenslauf, mit Angabe der Gründe des Entschlusses, sich dem Schullehrer = Stande zu widmen.

Auf dem Titelblatte dieser Lebensbeschreibung ist kurz anzugeben:

- a. der Tauf = und Familien = Name des Präparanden;
- b. das Alter und der Geburts = Ort, nebst Angabe des Kreises, in welchem derselbe liegt;
- c. Stand, Beruf, Wohnort des Vaters und ob die Eltern noch am Leben sind;
- d. bei wem sich der Präparand behufs seiner Vorbildung für das Seminar zuletzt aufgehalten hat;
- e. ob er der polnischen oder böhmischen Sprache mächtig ist;
- f. wie oft und wo derselbe an Präparanden = Prüfungen Theil genommen.

Von der letzten derselben ist, falls sie nicht im hiesigen Seminar stattgefunden hat, das Zeugniß über den Ausfall beizulegen.

Vor der Zulassung zur Prüfung wird jeder Präparand auch noch von dem hiesigen Anstalts = Arzte untersucht werden.

Die Präparanden müssen bis zum Tage der Prüfung das 17te Lebensjahr vollendet und das 20ste noch nicht überschritten haben.

Münsterberg, den 24. December 1855.

Der Seminar = Director.

(gez.) B o d.

Zur

Zur Prüfung der Freiwilligen zum einjährigen Militair-Dienste für den hiesigen Regierungs-Bezirk pro 1856. sind vier Termine und zwar: № 14.

auf den 7ten März,
 = = 13ten Juni,
 = = 29sten August,
 = = 24sten October,

festgesetzt worden.

Diejenigen jungen Leute, welche das Berechtigungs-Attest zum einjährigen freiwilligen Militair-Dienst zu beantragen sich für befugt erachten, haben der unterzeichneten Departements-Prüfungs-Commission mit ihrem Gesuche einzureichen:

- 1) das Tauf-Zeugniß;
- 2) ein vollständiges Zeugniß, aus welchem entweder hervorgeht, daß Bittsteller in einer der drei ersten Klassen eines Gymnasiums sich befindet, und nach einer mit ihm vorgenommenen Prüfung in allen Zweigen des Schul-Unterrichts einen solchen Grad wissenschaftlicher Vorbildung bekundet hat, welche erwarten läßt, daß er sich mit Nutzen den Wissenschaften widmen könne, oder, sofern derselbe die Universität bezogen, das beim Abgange vom Gymnasio erhaltene Zeugniß der Reife, weil sonst noch eine Prüfung vor uns erfolgen muß, die überhaupt nach Maassgabe der Umstände von unserem Ermessen abhängt;
- 3) ein ärztliches Attest über den Gesundheits-Zustand und die Körper-Beschaffenheit des Gesuchstellers, wo möglich von einem Kreis-Physikus, Ober-Stabs-Arzte, Stabs-Arzte oder vom Hausarzte ausgefertigt;
- 4) ein Morali-täts-Attest, in sofern das Nöthige über die Führung des Bittstellers nicht aus den ad 2. gedachten Zeugnissen hervorgeht;
- 5) eine Bescheinigung des Vaters oder Vormundes, daß dieser mit der Absicht des Bittstellers, der Militairpflicht durch einjährigen Dienst genügen zu wollen, einverstanden ist;
- 6) ein Attest darüber, daß der Gesuchsteller preussischer Staats-Angehöriger ist, welches, wenn der Vater, die Mutter, oder der Vormund desselben in einer Stadt wohnt, von dem dortigen Magistrate, wenn dieselben aber auf dem Lande wohnen, von dem vorgesetzten Landrathe auszustellen ist.

Die Anmeldungen werden 3 bis 4 Wochen vor dem angesetzten Prüfungs-Termine schriftlich und portofrei erwartet, worauf der Gesuchsteller mit besonderer Anweisung oder Vorladung versehen werden wird. Gleichzeitig machen wir noch darauf aufmerksam, daß nur bis zum 1sten Mai desjenigen Jahres, in welchem der Militairpflichtige sein 20stes Lebensjahr erreicht, Anmeldungs-gesuche zum einjährigen freiwilligen Militairdienste von der unterzeichneten Commission berücksichtigt werden dürfen.

Ebenso machen wir noch auf die Instruction vom 21sten Januar 1822. und die Verfügung vom 2ten März 1826. (Amtsblatt pro 1826., Extraordinaire Beilage zum

zum 11ten Stück), so wie auf die Bekanntmachung vom 18ten Juni 1826. (Amtsblatt pro 1826. Seite 160. bis 163.) aufmerksam.

Oppeln, den 1. Januar 1856.

Königliche Departements-Prüfungs-Commission für einjährige Freiwillige.

N^o 15. In dem Bezirke der hiesigen Ober-Post-Direction sind öfter Landbriefträger-, Postfußboten-, Packetträger- und sonstige contractliche Postdienststellen, mit denen in der Regel jährliche Eöhnungen von 72 bis 120 Thalern verbunden sind, zu besetzen.

Versorgungsberechtigte Militair-Personen werden aufgefordert, sich, sofern sie bereit sind, eine derartige Dienststelle zu übernehmen, dieselbe bei der Post-Anstalt ihres Wohnortes oder bei der ihrem Wohnorte zunächst belegenen Post-Anstalt zu melden. Außer den ihren Versorgungs-Anspruch begründenden Militair-Papieren haben sie bei ihrer Meldung auch alle über ihre Führung sprechenden Zeugnisse, insbesondere auch ein obrigkeitliches Attest beizubringen, welches über ihre Führung bis auf die neueste Zeit, d. i. bis zum Termine der Bewerbung, überzeugenden Aufschluß giebt.

Der Bewerber muß deutsch und polnisch lesen und schreiben können, auch im Rechnen einige Fertigkeit haben und eine Dienst-Cautio von 50 Rthlen. in Staatspapieren sogleich beim Antritt der Dienststelle erlegen können.

Durch die Annahme einer derartigen contractlichen Stelle wird übrigens der zur Versorgung berechtigte Militair-Invalide nicht behindert, eine spätere Anstellung als Post-Unterbeamte zu erstreben.

Oppeln, den 8. Januar 1856.

Der Ober-Post-Director.

In Vertretung:

Eckardt.

N^o 16. Die zweite diesjährige Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts beginnt am 2ten Februar d. J.

Gleiwitz, den 9. Januar 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

N^o 17. Die zweite diesjährige Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts beginnt am 4ten Februar. Oppeln, den 9. Januar 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

N^o 18. Die zweite diesjährige Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts wird

den

beginnen. Ratibor, den 9. Januar 1856.
Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Personal-Chronik.

Personal-Veränderungen

bei der Königlich General-Commission für Schlessen vom 1sten Juli bis ult. December 1855.

I. Es wurde ernannt:

- 1) der Diätarius Ptach zum Cassenschreiber;
- 2) dem General-Commissions-Cassen-Rendanten Hoffmann ist der Character als Rechnungs-Rath verliehen.

II. Versetzt wurden:

- 3) der Regierungs-Assessor Beck von Heiligenstadt und
- 4) der Gerichts-Assessor Masuch vom hiesigen Stadtgericht,
zur General-Commission hieselbst;
- 5) der Deconomie-Commissarius-Gehilfe von Raumer von Breslau nach
Gleiwitz.

III. Pensionirt wurde

- 6) der Vermessungs-Revisor Kastner in Leobschütz.

Personal-Veränderungen

im Bezirke des Königlich Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat
December 1855.

B. Bei den Kreis-Gerichten:

I. Bei dem Kreis-Gericht Gleiwitz:

Ernannt:

der Canzlei-Diätarius Carl Niclas zum Canzlisten.

II. Beim Kreis-Gericht Leobschütz:

Gestorben:

der Bote und Executor Benedict Kern.

III. Beim Kreis-Gericht Lubliniz:

Ernannt:

die Gerichts-Assessoren Lengsfeld und König zu Kreis-Richtern.

IV. Beim

IV. Beim Kreis-Gericht Neustadt:

Pensionirt:

der Bote und Executor Nicolaus Schmickalla vom 1sten April 1856. ab.

V. Beim Kreis-Gericht Oppeln:

Ernannt:

der interimistische Bote und Executor Carl, Friedrich Brunwald zu Carls-
ruh, definitiv zum Boten und Executor.

Berufen:

der Kreis-Richter Ludwig, Gustav Niederstetter, als Stadt-Richter an
das Stadt-Gericht Breslau vom 1sten Januar 1856. ab.

Entlassen:

der Bote und Executor Franz Kania auf seinen Antrag.

VI. Beim Kreis-Gericht Rybnick:

Gestorben:

der Bote und Executor Gruscha zu Loslau.

N a c h w e i s u n g
der gewählten und bestätigten Schiedsmänner pro Monat
December 1855.

Nr.	Namen der Ortschaften.	Kreis.	N a m e n und
			Wohnort der Schiedsmänner.
1	Groß-Lassowitz	Rosenberg	Guts-Pächter Müller zu Groß-Lassowitz

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von F. Weilschäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 4.

Oppeln, den 24. Januar 1856.

Allgemeine Gesessammlung.

N^o 1. enthält:

- (N^o 4330.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 26sten November 1855., betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte zum Bau einer Chaussee von Rothenußeln, im Kreise Minden, über Bergkirchen bis zur Werra-Brücke bei Rehme, und zum Bau einer Zweig-Chaussee von dieser Straße beim Henfeschen Kamp am Büchenberge ab bis zur Gränze des Kreises Lübbecke in der Richtung auf Schnathorst, so wie einer Chaussee von Minden über Hahlen und Hartum nach Rothenußeln.
- (N^o 4331.) Das Privilegium, wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Stolper Kreises im Betrage von 50,000 Rthlrn. Vom 10. December 1855.; und
- (N^o 4332.) Den Vertrag zwischen Preußen und Schwarzburg-Rudolstadt, wegen Uebertragung der Leitung der Gemeinheits-Theilungen und mit denselben zusammenhängenden Geschäfte im Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt auf die Königlich Preussischen Auseinandersetzungs-Behörden. Vom 10. December 1855.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Order vom 3ten December v. J. das Statut für die Spaar-Casse des Neustädter Kreises zu bestätigen geruht. N^o 19.

Oppeln, den 5. Januar 1856.

N^o 20. Nachdem die von der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft erbaute Locomotiv-Eisenbahn von der Morgenrother Hütte bis zur Carl-Emanuel-Grube vollendet und abgenommen worden ist, haben wir auf Grund des §. 22. des Gesetzes vom 3ten November 1838. die Eröffnung des Verkehrs auf dieser, wie auf den übrigen bis jetzt von gedachter Gesellschaft im Oberschlesischen Gruben- und Hütten-Revier ausgeführten Locomotiv- und Pferde-Bahnen, genehmigt.
Oppeln, den 7. Januar 1856.

N^o 21. In Sachen, betreffend die von dem Guts-Besitzer von Skrbenski auf Klein-Gorzyb, Ratiborer Kreises, beabsichtigte Verpachtung seiner daselbst belegenen Domini-
al-Wiesengrundstücke, wird von der unterzeichneten Königl. Regierung auf Grund des §. 22. des Gesetzes vom 28ten Februar 1843. zum Bescheide ertheilt:

daß, nachdem das vorschriftsmäßige Publications-Verfahren stattgefunden und alle gesetzlichen Förmlichkeiten dabei beobachtet worden, dem Mühlen-Besitzer Muziol zu Pazisk, Kreis Rybnik, seine angeblichen Ansprüche vorzubehalten, alle anderen Personen aber sowohl mit ihrem Widerspruchs-Rechte als auch ihren Ansprüchen auf Entschädigung, wie hiermit geschieht, zu präcludiren.

Gegen diesen Präklusiv-Bescheid kann ein Restitutions-Gesuch bei der unterzeichneten Königl. Regierung binnen einer zehntägigen Frist, vom Tage der Publication an gerechnet, angebracht werden.

Oppeln, den 8. Januar 1856.

N^o 22. Durch die Allerhöchste Cabinets-Order Najwyższym rozkazem Gabinetowym z vom 19ten April 1824. ist ausdrücklich be-
stimmt, daß junge Männer, welche sich vor-
Erfüllung der Militair-Pflicht ansäßig ma-
chen oder verheirathen, hierdurch ihrer Ver-
pflichtung zum Militair-Dienste nicht über-
hoben werden.
Daneben ist bestimmt, daß diejenigen, welche
sich dem Militair-Dienste widmen, sich zu
der Erfüllung ihrer Pflichten verpflichten
sollen.

Diese Bestimmung haben die Königl.
chen Landraths-Ämter auch durch die Kreis-
Blätter, sowie in sonst zweckmäßiger Weise
von Neuem zur allgemeinen Kenntniß zu
bringen.
Nakazuje się niniejszem, aby Królewskie
urzędy lantrackie wspomniane rozporzą-
dzenie i w tygodnikach powiatowych, albo
innym stosownym sposobem na nowo do-
publicznej podali wiadomości.

Oppeln, den 17. Januar 1856.

Opole, dnia 18. Stycznia 1856.

N^o 23. Für die Kreis-Spaar-Casse zu Rosenberg ist der Königl. Landrath Schemmel
da-

baselbst zum Director, der Bürgermeister Tzichon und der Beigeordnete Rothe ebenfalls zu Beisitzern des Curatoriums, sowie der Graf von Gessler auf Schoffegge, der Graf von Bethusy auf Bankau und der Graf von Schack auf Ushütz zu deren Stellvertretern gewählt und von uns bestätigt worden.

Oppeln, den 9. Januar 1856.

Nachdem die Rinderpest in den Ortschaften des Beuthener und Gleiwitzer Kreises, mit Ausnahme der Stadt Beuthen, erloschen ist, wird das in unserer Amtsblatt-Verordnung vom 5ten October 1855. (Stück 41. Seite 308.) erlassene Verbot, wegen Abhaltung von Viehmärkten und des Handels mit Vieh

für den Ost-Gleiwitzer Kreis,

hiermit aufgehoben.

Oppeln, den 14. Januar 1856.

Nr. 24.

Es sind nachstehende Patente, und zwar:

unter dem 13ten Januar 1856. dem Fabrikten-Besitzer F. Böcke zu Berlin, auf einen Centrum-Bohrer, mit verstellbaren Schneiden, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne Jemand in der Benutzung der bekannten Theile zu beschränken, und

unter dem 14ten Januar 1856. dem Premier-Lieutenant a. D. Müller zu Berlin,

auf eine mechanische Vorrichtung zur Addition und Subtraction von Geldbeträgen und andern Zahlenwerthen, in ihrer ganzen durch Modelle nachgewiesenen Zusammensetzung, und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Vorrichtungen und ihrer Theile zu beschränken,

beide Patente auf die Dauer von fünf Jahre, von jenen Tagen an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Oppeln, den 20. Januar 1856.

Dem Buchhändler Wilhelm Förster in Beuthen D. S. ist die landespolizeiliche Erlaubniß zur Betreibung von Agentur-Geschäften für die Hagelschäden-Versicherungsgesellschaft „Ceres“ in Magdeburg und für die Vieh-Assicuranz-Gesellschaft ebendaselbst ertheilt worden. Oppeln, den 20. Januar 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

In Gemäßheit des §. 22. des Ablösungs-Gesetzes vom 2ten März 1850. werden
4* hierdurch

Nr. 25.

hierdurch die Martini-Marktpreise, wie sie sich im Durchschnitt der letzten 24 Jahre, von 1832 bis einschließlich 1855., nach Weglassung der zwei theuersten und der zwei wohlfeilsten von diesen Jahren in den bei Ablösung der Real-Eaften maassgebenden Markt-Orten herausgestellt haben, wie folgt:

N ^o	N a m e n der M a r k t s t ä d t e.	24 jähriger Martini - Durchschnitts - Marktpreis und zwar aus den Jahren 1832. bis ein- schließlich 1855.											
		Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
		Der preussische Scheffel.											
		Rthl.	Sgr.	S.	Rthl.	Sgr.	S.	Rthl.	Sgr.	S.	Rthl.	Sgr.	S.
1	Beuthen.....	2	3	—	1	18	9	1	7	4	—	26	—
2	Gosel.....	1	27	4	1	15	—	1	2	7	—	22	3
3	Creuzburg.....	1	28	5	1	12	7	1	4	3	—	22	2
4	Gleiwitz.....	1	29	6	1	15	11	1	5	—	—	23	4
5	Leobschütz.....	1	27	11	1	14	2	1	1	6	—	21	5
6	Lublitz.....	2	2	—	1	16	7	1	6	2	—	26	1
7	Reisse.....	1	29	5	1	15	11	1	2	11	—	22	1
8	Neustadt.....	1	27	9	1	15	6	1	1	7	—	21	9
9	Oppeln.....	2	—	4	1	15	5	1	4	4	—	22	2
10	Patschkau.....	1	27	5	1	16	7	1	2	4	—	22	5
11	Ratibor.....	1	25	9	1	13	9	1	2	—	—	21	8
12	Groß-Strehlitz.....	1	28	10	1	14	9	1	4	1	—	24	11

zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Breslau, den 9. Januar 1856.

Königliche General-Commission für Schlesien.

Zum Zweck der Ermittlung des Geld-Betrages der auf Grund der frühern Gesetze *N^o 26.* festgestellten, in Gelde abzuführenden Roggen-Rente, werden hierdurch die maassgebenden Martini-Durchschnitts-Preise des Jahres 1855., wie folgt:

N ^o	N a m e n der M a r k t s t ä d t e.	Durchschnitts-Marktpreis am Martini 1855.											
		Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
		Der preussische Scheffel.											
		Rthl.	Sgr.	S.	Rthl.	Sgr.	S.	Rthl.	Sgr.	S.	Rthl.	Sgr.	S.
1	Beuthen.....	4	10	—	3	15	—	2	7	6	1	10	—
2	Gosel.....	4	1	3	3	10	—	2	5	7	1	4	10
3	Creuzburg.....	4	13	1	3	18	9	2	11	10	1	7	9
4	Gleiwitz.....	3	27	6	3	18	9	2	4	4	1	6	7
5	Leobschütz.....	3	20	8	3	15	6	2	4	—	1	2	3
6	Publinitz.....	4	10	6	3	22	6	2	7	6	1	12	—
7	Reisse.....	4	9	6	3	20	6	2	5	—	1	6	—
8	Neustadt.....	4	9	4	3	18	9	2	4	10	1	6	9
9	Oppeln.....	4	4	4	3	18	9	2	7	9	1	4	10
10	Patschkau.....	4	9	—	3	18	6	2	9	6	1	10	9
11	Ratibor.....	3	18	1	3	11	3	2	2	2	1	4	6
12	Grosz-Strehlitz.....	4	15	3	3	14	—	2	6	6	1	9	—

zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Breslau, den 9. Januar 1856.

Königliche General-Commission für Schlesien.

N^o 27. Zu der diesjährigen Lehrerinnen-Prüfung am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Bunzlau haben wir einen Termin auf den 6ten und 7ten März c. anberaumt.

Die Gesuche um Zulassung zur Theilnahme an dieser Prüfung sind spätestens bis zum 24sten Februar c. bei dem unterzeichneten Königlich-Provinzial-Schul-Collegium einzureichen, und sind denselben nachbenannte Zeugnisse beizufügen:

- 1) ein ärztliches Attest über den Gesundheits-Zustand;
- 2) ein selbstverfaßter Lebenslauf;
- 3) die Nachweise und Zeugnisse über die genossene Erziehung und Bildung überhaupt und über die Vorbereitung zum Schulstande insbesondere;
- 4) Zeugnisse der Orts-Behörden und des Pfarrers über den bisherigen Lebenswandel der sich Meldenden und über ihre Qualification zum Schulamte.

Die persönliche Meldung bei dem Herrn Director Stolzenburg in Bunzlau, Behufs Empfangnahme der Aufgaben zu den schriftlich anzufertigenden Arbeiten wie zu den abzuhaltenden Probe-Sectionen erfolgt am 5ten März c., Mittags 12 Uhr.

Breslau, den 11. Januar 1856.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Personal-Chronik.

Das Königliche Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hat die Berufung des ordentlichen Lehrers am Gymnasium in Krotoschin, Dr. Herrmann Hösig zum zweiten Collaborator am hiesigen Elisabeth-Gymnasium genehmigt, und die von dem Magistrate für denselben ausgefertigte Vocation ist von uns bestätigt worden. Breslau, den 10. Januar 1856.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Personal-Veränderungen

in dem Ressort des Königl. Ober-Berg-Amtes für die Schlesi'schen Provinzen in dem II. Semester 1855., soweit solche Dienstbeziehungen innerhalb des Departements die Königl. Regierung (Oppeln) berühren.

Beim Königl. Oberschlesi'schen Berg-Amt:

- 1) der Königl. Ober-Berg-Amts-Referendarius Max Kreuzwende dieich von dem Borne, zum Berg-Geschwornen für das Zabrzez Steinkohlen-Revier;
- 2) der Königl. Ober-Berg-Amts-Referendarius Maube I., zum Berg-Geschwornen für das Chorzower Steinkohlen-Revier;

3) der

- 3) der Königl. Berg-Gleve von Gellhorn, ebenso für das Ratiborer Revier;
- 4) der Königl. Berg-Geschworne Meisen, zum Berg-Inspector in Zabrze.

Beim Königl. Hütten-Amte zu Malapane:

- 1) der Königl. Maschinen-Meister Munscheid, zum Maschinen-Inspector ernannt;
- 2) der Hütten-schreiber Abt zum Hütten-Meister;
- 3) der Hütten-Amts-Cassen-Rendant Sladzyk, in gleicher Eigenschaft an das Königl. Hütten-Amt zu Gleiwitz versetzt;
- 4) An dessen Stelle der Civil-Anwärter Pyrkoisch, zum Cassen- und Rechnungsführer ernannt.

Beim Königl. Hütten-Amt zu Gleiwitz:

- 1) der Hütten-Inspector und Cassen-Rendant Kosak gestorben;
- 2) der Maschinen-Meister Ault zum Maschinen-Inspector ernannt;
- 3) der Civil-Anwärter Gering zum Hütten-Amts-Assistenten;
- 4) der Hütten-Amts-Assistent Erbs zum Ober-Berg-Amts-Assistenten;
- 5) der Hütten-Amts-Assistent Wirsig zum Buchhalter.

Bei dem Königl. Hütten-Amte zu Königschütte:

- 1) der Königl. Hütten-Meister Breustedt zum Hütten-Inspector;
- 2) der Königl. Maschinen-Meister Chuchul zum Maschinen-Inspector;
- 3) der Hütten-Amts-Cassen-Assistent Wittner zum Buchhalter;
- 4) der Hütten-Gleve Richter zum Hütten-Meister;
- 5) der Civil-Anwärter Wagner zum Hütten-Amts-Assistenten;
- 6) der Civil-Anwärter Schröder desgl.

Personal-Veränderungen

im Bereich der Königl. Intendantur des 6ten Armee-Corps.

Ernannt:

der Appellations-Gerichts-Auscultator Mann, zum Intendantur-Referendarius;
die Intendantur-Applicanten Seidler, Vorsufky und Schubert, zu Secretariats-Assistenten;

der bisherige Vorstand der Garnison-Verwaltung zu Schweidnitz, Major a. D.
v. Siegroth, zum Garnison-Verwaltungs-Ober-Inspector;

der Casernen-Inspector Reiß zu Reisse, zum Lazareth-Inspector daselbst.

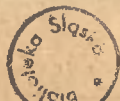
Versetzt:

der Intendantur-Assessor Scheurich nach Posen;

der Proviantmeister, Rechnungs-Rath Rasche, von Breslau nach Königsberg
in Pr.;

der Proviantmeister Mascus von Stettin nach Breslau;

die Casernen-Inspectoren Stübner und Kleinemann, resp. von Breslau nach
Posen



Posen und von Potsdam nach Breslau;
der Lazareth = Inspector Kremser von Silberberg nach Berlin, und der Garni-
son = Verwaltungs = Controllleur Hartweck von Stettin nach Silberberg, zur
Wahrnehmung der Lazareth = Inspector = Stelle.

Pensionirt:

der Lazareth = Inspector Herrmann zu Reisse.

Probeweise angestellt:

der Ober = Feuerwerker Müller vom 1sten Artillerie = Regiment, als Montirungs-
Depot = Assistent zu Breslau, und der Zahlmeister Neumann vom 3ten Ba-
taillon 23sten Landwehr = Regiments, als Casernen = Inspector in Reisse.

Nachtrag zu den Bekanntmachungen der Königl.ichen Regierung.

N^o 28.

Wegen des fortbauernben gelinden Winters und der großen Verluste, welche das
Wild im vorigen Jahre durch Ueberschwemmung und nasse Witterung erlitten hat,
finden wir uns veranlaßt, den Schluß der kleinen Jagd für den hiesigen Regierungs-
Bezirk auf Grund der Allerhöchsten Cabinets = Order vom 18ten November 1841. für
dieses Jahr auf den 1sten Februar d. J. festzusetzen, und haben die betreffenden Poli-
zei = Behörden etwaige nach dem 1sten künftigen Monats begangene Contraventionen
gegen diese Anordnung zu überwachen.

Oppeln, den 21. Januar 1856.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs = Gebäude.

Druck von F. Weiskhäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 5.

Oppeln, den 31. Januar 1856.

Allgemeine Gesetzsammlung.

N^o 2. enthält:

- (**N^o 4333.**) Den Allerhöchsten Erlass vom 17ten December 1855., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Stapelburg, in der Grafschaft Bernigerode, über Abbenrode, im Kreise Halberstadt, nach der hannöverschen Grenze;
- (**N^o 4334.**) Das Privilegium wegen Emission von 400,000 Rthlr. Prioritäts-Obligationen III. Serie der Prinz Wilhelm-Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 24sten December 1855.; und
- (**N^o 4335.**) Die Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Errichtung einer Actien-Gesellschaft unter der Benennung: „Sächsisch-Thüringische Actien-Gesellschaft für Braunkohlen-Verwerthung“ mit dem Domicil zu Halle a. d. S. vom 31sten December 1855.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

Es wird hierdurch in Erinnerung gebracht:

daß nach den für die Militair-Wittwen-Pensionirungs-Societät bestehenden Vorschriften kein Interessent dieser Societät, welcher in den Dienst eines fremden Staates übertritt, Mitglied derselben verbleiben kann, und daß daher in solchen Fällen mit dem Monate, in welchem der Uebertritt in den fremden Dienst erfolgt, das Ausscheiden aus der Societät unbedingt stattfindet.

Berlin, den 11. Januar 1856.

Kriegs-Ministerium. Militair-Deconome-Departement.

N^o 29.

N^o 30.

In der am gestrigen Tage angefangenen und heute beendigten öffentlich stattgehabten 1sten Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855., sind auf diejenigen 1500 Schuld-Verschreibungen, welche zu den am 15ten September v. J. gezogenen 15 Serien gehören, die in der beiliegenden Liste aufgeführten Prämien gefallen.

Die Besitzer dieser Schuld-Verschreibungen werden aufgefordert, den baaren Betrag der Prämien

vom 1sten April d. J. ab,

in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr, bei der Staatsschulden-Tilgungs-Casse hieselbst, Oranienstraße Nr. 94., gegen Quittung, wozu Formulare daselbst unentgeltlich verabsolgt werden, und gegen Rückgabe der Schuld-Verschreibungen nebst den dazu gehörigen Coupons Serie I. Nr. 1. bis 8. über die Zinsen vom 1sten April 1855. ab, welche nach dem Inhalte der Schuld-Verschreibungen unentgeltlich abzuliefern sind, zu erheben.

Der Betrag der etwa fehlenden Coupons wird vom Prämien-Betrage zurückbehalten.

Auswärtige, welche es vorziehen, die Prämien bei der nächsten Regierungs-Haupt-Casse zu erheben, können die Schuld-Verschreibungen zu diesem Behufe schon vom 1sten März d. J. ab an dieselbe einreichen, um dort, gegen auf die Staats-Schulden-Tilgungs-Casse lautende Quittung, den Betrag am 1sten April in Empfang zu nehmen.

Uebrigens können wir uns so wenig als die Staats-Schulden-Tilgungs-Casse in einen Schriftwechsel über die Prämien-Auszahlung einlassen, und werden dergleichen Eingaben nicht angenommen, sondern ohne Weiteres zurückgesandt werden.

Berlin, den 16. Januar 1856.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

N^o 31.

Mit Bezug auf die Amtsblatt-Verordnung vom 29sten Juni 1837. (Stück 28. Nr. 108.) werden nachstehende, im hiesigen Regierungs-Bezirk für 1856. etablierte Privat-Beschäl-Stationen bekannt gemacht:

N a c h w e i s u n g
der im Regierungs-Bezirk Oppereln pro 1856. etablirten
P r i v a t - B e s c h ä l - S t a t i o n e n.

N ^o .	Ort der Beschäl-Stationen.	Kreis.	Anzahl der Beschäler.	Namen und Stand der Besitzer.
1	Bronin	Gosel	1	Bauer Franz Nieuzhla.
2	Ozienskowiz	=	1	Ritterguts-Besitzer Dittrich.
3	Dollendzin	=	1	Ritterguts-Besitzer von Brochem.
4	Trawnig	=	1	Ritterguts-Besitzer v. Wallhofen.
5	Reisewiz	Grottkau	2	Baron von Rottenberg.
6	Lobedau	=	1	Bauer Anton Freund.
7	Casimir	Leobschütz	2	Ritterguts-Besitzer von Prittewiz.
8	Turkau	=	1	Unbauer Johann Plesch zu Osterwiz.
9	Rösnitz	=	1	Gemeinde Rösnitz.
10	Leisniz	=	1	Unbauer Joseph Kosch zu Sabschütz.
11	Wanowiz	=	1	Windmüller Anton Nietsch.
12	Beigwiz	Neisse	1	Bauer Ernst May.
13	Heinersdorf	=	1	Bauer Ignaz Ender.
14	Polnischwette	=	2	Bauer Carl Winkler.
15	Nieder-Hermisdorf ..	=	1	Bauer Johann Klaar.
16	Lassoth	=	1	Müllermeister Ignaz Hampel.
17	Patschkau	=	1	Bürger Franz Rheinert.
18	Gilau	=	1	Bauer Carl Klein.
19	Steinsdorf	=	1	Bauer Christoph Heinze.
20	Nieder-Zentritz	=	1	Mühlenbesitzer Richard Heinisch.
21	Hannsdorf	=	1	Bauer Joseph Preiskner.
22	Kreiwiz	Neustadt	4	Erbschulze Joseph Mehmet.
23	Kohlsdorff	=	1	Bauer Joseph Rieger.
24	Stiebendorff	=	1	Landesältester Anselm Meymann.
25	Chrzewitz	=	2	Kretschmer Joseph Langer.
26	Dobrau	=	1	Landesältester Graf Seherr-Thopf.
27	Siebenhuben	=	1	Kretschmer-Auszügler Joseph Otte.
28	Schwefterwiz	=	1	Mühlenbesitzer Ferdinand König.
29	Krappiz	Oppereln	2	Dominium Krappiz.

N ^o .	Ort der Beschäl-Stationen.	Kreis.	Anzahl der Beschäler.	Namen und Stand der Besitzer.
30	Saßrau, Adniglich..	Oppeln	2	Bauer Franz Walekko und Bauer Johann Kurpierz.
31	Blattnik	=	1	Kretschambesitzer Blasius Wozka.
32	Louisenhoff	Plesß	1	Fürst von Plesß.
33	Köberwitz	Ratibor	1	Bauer Anton Hanslik.
34	Janditz'	=	1	Bauer Ignaz Krause.
35	Adamowitz	=	1	Dominium Adamowitz.
36	Groß-Peterwitz	=	1	Franz Bialas.
37	Woinowitz	=	1	Dominium.
38	Ponischowitz	Loß-Gleiwitz	1	Ritterguts-Besitzer von Zawadzky.
39	Minnaberg	=	1	Freiguts-Besitzer Hagemann.
40	Oschowa	Gr.-Strehlitz	3	Graf Renard.
41	Wirthschafts-Amt Motroloyna	=	1	Derselbe.

Oppeln, den 17. Januar 1856.

- N^o 32. Da das Vorkommen von Pocken an den Ponieważ odkrycie ospy na wymionach
 Gütern der Kühe nicht nur von wissenschaft- krów nie tylko w naukowym, lecz też
 lichen, sondern — Behufs der Erneuerung i w praktycznym względzie dla odnawia-
 der Schutzpocken-Lymphe — auch von we- nia limfy ospowo-ochronnej ważną jest
 sentlich practischen Interesse ist, so werden rzeczą, wzywają się posiedziciele bydła
 die Vieh-Besitzer hiermit aufgefördert, auf niniejszém, aby na takowe ospy mieli
 dergleichen Pocken aufmerksam zu sein, und bacznosc, a o tém najkrótszą drogą przez
 auf dem kürzesten Wege durch den nächsten najblizszego lekarza, albo konowała
 Arzt oder Thierarzt den Herren Landrätthen panom lantratom spiesznie dali wiadomo-
 hiervon schleunig Anzeige zu machen. scie. Ostatni bezzwłocznie rozporzą-
 Die Letzteren haben alsdann eine Untersu- dzają, aby wysledzić rzecz przez znawców
 chung durch Sachverständige ungesäumt an- i na miejscu spisany protokół do nas
 zuordnen, und die hierüber an Ort und podać.
 Stelle aufgenommene Verhandlung an uns
 einzureichen. Takie ospy szczególnie na wiosnę
 Dergleichen Pocken werden besonders im Früh-

Frühjahr beim Wechsel der Fütterung beobachtet. Für den Fall, daß dieselben als wirkliche Kuhpocken anerkannt, und zur Entnahme und zur Verwahrung von Lymphen tauglich befunden werden, haben die Eigenthümer der Kühe eine Prämie von fünf Thalern zu gewärtigen.

Die landrathlichen Behörden haben diese Bekanntmachung durch die Kreisblätter zu veröffentlichen.

Oppeln, den 16. Januar 1856.

przy zmianie paszy dają się spotrzezcz. Gdyby uznane zostały za istotne ospy krowie, i gdyby się przydały na limfę do szczepienia, właściciele krów mogą oczekiwać premię 5 talarów.

Władzę lantrackie niniejsze oznajmienie ogłaszają w dziennikach powiatowych.

Opole, dnia 16. Stycznia 1856.

Das dem Maschinen-Fabrik-Director C. Hänel zu Magdeburg unter dem 24sten September 1854. ertheilte Patent

auf einen, in seiner ganzen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich befundenen Apparat zur Extraction des Runkelrüben-Saftes, ohne Jemand in Benutzung bekannter Theile zu behindern,

ist erloschen. Oppeln, den 28. Januar 1856.

Den Kaufleuten J. Rothmann in Tost und B. Holländer in Leobschütz ist die landespolizeiliche Genehmigung zur Besorgung von Agentur-Geschäften für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ in Halle a. d. S. und für die Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Magdeburg ertheilt worden. Oppeln, den 27. Januar 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

In dem verflossenen zweiten Semestre 1855. sind der Provinzial-Land-Feuer-Societät 161 Brandfälle, welche an bei derselben versicherten Gebäuden vorgekommen, mit einer Gesamt-Entschädigungs-Summe von . . . 70,666 Rthlr. 25 Sgr. 3 Pf. angemeldet worden. Dieser zu vergütigenden und größtentheils bereits liquidirten und zur Zahlung festgesetzten Brandschaden-Summe tritt noch ein verhältnismäßiger Aufwand an Loh- und anderen Prämien, an Kosten für die Aufnahme und Abschätzung der Brandschäden, so wie für Feststellung der Taxen über zur Versicherung zugetretene Gebäude, ferner an Bureau-Unkosten und Tantieme-Vergütigungen für die Feuer-Societäts-Directoren und Steuer-Einnehmer in den 57 Kreisen der Provinz hinzu.

Zu

Zu Deckung aller dieser Ausgaben ist die Ausschreibung eines
(2¼) **zwei und ein viertelfachen Beitrags = Simplums**
erforderlich, wonach die Associaten auf jedes Hundert Versicherung
in der ersten Klasse 1 Sgr. 6 Pf.,
in der zweiten Klasse 3 Sgr. — Pf.,
in der dritten Klasse 6 Sgr. — Pf.,
in der vierten Klasse 9 Sgr. — Pf.,

Kirchen aber nur die Hälfte dieser Sätze zu entrichten haben.

Nach Vorschrift des §. 25. des revidirten Feuer = Societäts = Reglements vom 1sten September 1852. bestimme ich hiermit, daß die Einziehung dieser Beiträge von den leistungspflichtigen Associaten, und deren vollständige Einlieferung an das Königl. Kreis = Steuer = Amt bis spätestens den 30sten März 1856. bewirkt werden muß, welcher Tag als die äußerste Zahlungsfrist festgesetzt wird, nach deren Ablauf alle rückständigen Beiträge von den Restanten ohne weitere Verwarnung durch Execution eingetrieben werden müssen. Diese Restanten haben die Orts = Behörden dem Kreis = Steuer = Amte, mittelst eines in duplo zu übergebenden Resten = Verzeichnisses, binnen 3 Tagen, nach Ablauf des äußersten Zahlungs = Termins, nachzuweisen, widrigenfalls selbige wegen Vertretung der nicht nachgewiesenen Rest = Beträge persönlich in Anspruch genommen werden.

Breslau, den 16. Januar 1856.

Der Provinzial = Land = Feuer = Societäts = Director.
von Schleinitz.

Personal = Chronik.

Der berittene Gendarm Rzezac zu Pilchowiz, Kreis Rybnik, hat am 19ten Juni 1853. die Wittve Franzisca Bytomski und ihren Sohn Alois Bytomski aus Pilchowiz vom Ertrinken aus tiefen, ihre Wohnung umgebenden, plötzlich durch einen Wolkenbruch entstandenen Fluthen gerettet.

Dieser menschenfreundlichen Handlung ertheilen wir die verdiente Anerkennung.

Oppeln, den 16. Januar 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Der bisherige interimistische Lehrer Dr. Eduard Hirsch, ist mit Genehmigung des Königl. Ministerii der geistlichen, Unterrichts = und Medizinal = Angelegenheiten zum ordentlichen Lehrer am Königl. Friedrichs = Gymnasium in Breslau ernannt
und

und bestätigt worden.

Breslau, den 17. Januar 1856.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Zur Personal-Chronik
des Ober-Post-Directions-Bezirks Oppeln.

Im Bezirke der hiesigen Ober-Post-Direction sind folgende Personal-Veränderungen eingetreten:

Versezt:

der Ober-Post-Secretair Echemund aus Breslau als commissarischer Vorsteher zum Post-Amte in Beuthen D. S., die Post-Expedienten Mosler von Beuthen D. S. nach Strehlen und Korn von Oppeln nach Reisse; der Post-Expediteur Illing von Gogolin nach Tost.

Angestellt und bestätigt:

der frühere Forst-Secretair Matthias Tussack als Post-Expediteur in Zabrze, und der Hilfs-Unterbeamte Johann Eiß in Lublinz als Briefträger- und Wagenmeister-Gehülfe bei der Post-Expedition daselbst.

Ausgeschieden:

der Post-Expediteur Beck in Tost.

Oppeln, den 26. Januar 1856.

Der Ober-Post-Director.

In Vertretung:

Eckardt.

Im Amts-Bereiche des königlichen Consistorii für die Provinz Schlessen sind beschäftigt worden:

der bisherige Pector an der Haupt- und Pfarrkirche zu St. Elisabeth in Breslau Carl, Julius Ehler als zweiter Prediger an der St. Salvator-Kirche daselbst, und

der bisherige Diaconats-Verweser zu Trachenberg Johann, David, Gustav Kluge als Pfarrer der evangelischen Gemeinde zu Groß-Bargen, Militisch-Trachenberger Kreises.

Der Bürgermeister Diebel zu Krappitz, ist als Mitglied der Kreis-Ersatz-Commission — und der Kaufmann und Stadtverordnete A. Nickel zu Patschkau als unbefohlener Rathmann erwählt und bestätigt worden — dem bisherigen zweiten Lehrer Julius Radlick zu Woißschnik, ist die erste Lehrerstelle an der Stadtschule daselbst und

— und dem Schullehrer und Organisten Kny zu Goselwitz, ist die Organisten- und Schullehrerstelle zu Seichwitz, Rosenberger Kreises, verliehen worden — der bisherige Hilfslehrer Andreas Kusber zu Bütz, ist als Organist und zweiter Lehrer — und der seitherige Schul-Adjuvant August Flgner daselbst, als vierter Lehrer an der dortigen kath. Stadtschule angestellt worden — der Kreis-Cassendiener Mehner zu Neustadt hat die Kreisbotenstelle daselbst erhalten.

**Das Sach-Register zum Amtsblatt für 1855. der hiesigen
Königlichen Regierung, hat die Presse verlassen, und ist das
Exemplar für 10 Sgr. zu haben bei
der Amtsblatt-Redaction.**

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von F. Weilschäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 6.

Oppeln, den 7. Februar 1856.

Allgemeine Gesefzsfammlung.

N^o 3. enthält:

- (N^o 4336.) Das Statut des Domsfen = Klein = Beuschwitzer Deich = Verbandes. Vom 24sten December 1855.
- (N^o 4337.) Das Statut des Hammer Deich = Verbandes. Vom 24sten December 1855.
- (N^o 4338.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 24sten December 1855., betreffend die Verleihung fisealischer Vorrechte in Bezug auf die bei dem Baue und der Unterhaltung der Chaussee von Bernau nach Weifsenfee erforderlichen Grundstücke und Materialien.
- (N^o 4339.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 31sten December 1855., betreffend die Verleihung fisealischer Vorrechte für den Bau der Chaussee von Boitzenburg, im Kreife Templin, nach Greifenberg, im Kreife Angermünde; und
- (N^o 4340.) Die Bekanntmachung über die unterm 24sten December 1855. erfolgte Allerhöchste Bestätigung des Statuts der Bernau = Weifsenfeer Chaussee = Gefellschaft. Vom 11ten Januar 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichcn Regierung.

Wir haben die ferneren beiden utraquisitischen Präparanden = Bildungs = Stationen:

- 1) in Ujest beim Lehrer Morawicz, und
- 2) in Lowoschau, Kreis Rosenberg, beim Lehrer Krause

errichtet.

N^o 34.

Die Anmeldungen zum Eintritt sind bei den genannten Lehrern und außerdem für Ujest beim Herrn Kreis = Schulen = Inspector, Pfarrer Möser, und für Lwowoschau beim Herrn Pfarrer Eudenia in Rosenberg anzubringen.

Oppeln, den 19. Januar 1856.

N^o 35. Nach einer Bestimmung der königlichen Ministerien des Innern und der Finanzen vom 30sten November vorigen Jahres, unterliegen die nach Abschnitt 2 a. des Reglements vom 21sten Juni 1853. (Extraordinaire Beilage zu Stück 35. des hiesigen Amtsblattes) den polnischen Flüchtlingen für einen bestimmten Zeitraum zu bewilligenden Aufenthalt = Karten als amtliche Urteste, einer Stempel = Abgabe von 15 Sgr.

Dagegen sind die von den polnischen Flüchtlingen, Behufs der Erlangung solcher Aufenthalt = Karten, nach Abschnitt 1 d. jenes Reglements beizubringenden Führungs = Urteste stempelfrei, weil sie lediglich die Ausstellung eines anderen stempelpflichtigen Documentes vorbereiten.

Polnische Flüchtlinge, auf welche die Bestimmungen des Reglements vom 21sten Juni 1853. Anwendung finden, haben daher vom 1sten Januar d. J. an, eine Stempel = Abgabe von 15 Sgr. bei Einlösung der gedachten, ihre Duldung in Preussen bedingenden Aufenthalt = Karten, und zwar so oft deren Erneuerung nach den bestehenden Vorschriften nöthig ist, zu entrichten.

Die königlichen Landraths = Aemter werden veranlaßt, daß alle bereits stempelfrei ausgefertigten Aufenthalt = Karten gegen stempelpflichtige Karten sofort ausgetauscht werden.

Oppeln, den 21. Januar 1856.

N^o 36. Nachdem die Eröffnung des Verkehrs auf den von der Oberschlesischen Eisenbahn = Gesellschaft im Oberschlesischen Gruben = und Hütten = Revier erbauten Zweigbahnen genehmigt worden ist, wird auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizei = Verwaltung vom 11ten März 1850., vorbehaltlich weiterer Anordnungen, folgende Polizei = Verordnung für die vorgedachten Zweigbahnen von uns erlassen.

§. 1.

Das Planum gedachter Eisenbahnen und die dazu gehörigen Böschungen, Dämme, Gräben, Brücken u. dergl. m. dürfen vom Publicum, außer den Stellen, die zu Ueberfahrten und Uebergängen bestimmt sind, nicht betreten werden.

§. 2.

Mit Ausnahme der Chefs der Militair =, Communal = und Polizei = Behörden, die am Orte des Bahnhofes ihren Sitz haben, oder innerhalb deren Bezirkes der Bahnhof belegen ist, der executiven Polizei = Beamten und der in Ausübung ihres Dienstes befindlichen Steuer = Beamten, darf Niemand ohne Erlaubniß = Karte die Bahnhöfe

höfe und die dazu gehörigen Gebäude außerhalb derjenigen Räume betreten, welche nach ihrer Bestimmung dem Publicum geöffnet sind.

§. 3.

Das eigenmächtige Eröffnen oder Uebersteigen der Barrieren und sonstigen Einfriedigungen, desgleichen das Durchschlüpfen unter jenen Absperrungen, ist untersagt.

§. 4.

Die Bahn darf nur an denjenigen Stellen, die zu Ueberfahrten und Uebergängen für das Publicum bestimmt sind, überschritten werden, und zwar nur alsdann, wenn die Barrieren geöffnet sind. Das Ueberschreiten der Bahn muß ohne allen unnöthigen Verzug geschehen.

§. 5.

Das Hinüberschaffen von Pflügen, Eggen und andern Geräthen, so wie von Baumstämmen und schweren Gegenständen darf, sofern solche nicht getragen werden, nur auf Wagen oder untergelegten Schleifen erfolgen. Wer die ihm obliegende Aufsicht auf Vieh dergestalt vernachlässigt, daß dasselbe das Planum der Bahn betritt, wird bestraft.

§. 6.

Die bloß zum Privat-Gebrauch bestimmten Uebergänge für die Eigenthümer der von der Bahn durchschnittenen Grundstücke, dürfen nur von den Berechtigten, unter den für sie geltenden besonders bestimmten Bedingungen benutzt werden. Anderen ist deren Benutzung untersagt.

§. 7.

Sind die Ueberfahrten geschlossen, so müssen Fuhrwerke, Reiter, Pferde, Treiber und Viehheerden auf den die Bahn kreuzenden Wegen in der durch Merkpfähle zu bezeichnenden Entfernung von den Verschuß-Barrieren das Wiedereröffnen derselben abwarten.

§. 8.

Vorsätzliche und fahrlässige Beschädigungen der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen und Betriebsmittel nebst Zubehör, ingleichen das Hinauslegen von Steinen oder sonstigen hindernden Gegenständen auf das Planum der Bahn werden, insofern nicht nach den allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen eine härtere Strafe stattfindet, nach Maafgabe der Schluß-Bestimmung gegenwärtiger Verordnung mit polizeilicher Strafe geahndet.

§. 9.

In gleicher Weise wird bestraft, wer falschen Alarm macht, Signale nachahmt, Ausweich-Vorrichtungen verstellt oder solche Handlungen begeht, durch welche eine Störung des Betriebes veranlaßt werden kann.

§. 10.

Wer den vorstehenden Anordnungen unter §. 1. bis einschließlich 9. zuwiderhandelt,

belt, verwirkt dadurch eine Polizeistrafe bis zu 10 Thalern, event. entsprechende Gefängnißstrafe. Oppeln, den 28. Januar 1856.

Unter dem 25ten Januar 1856., ist dem Baumeister Friedrich Hoffmann und dem Maschinen-Fabrikanten L. Schwarzkopf in Berlin, ein Patent, auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene mechanische Vorrichtung zur Austiefung von Gewässern und Zutageförderung der Erdmassen, soweit dieselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu hindern, auf die Dauer von fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats verliehen worden. Oppeln, den 3. Februar 1856.

Der verwittweten Frau Commerzien-Räthin Antonie Cecola in Ratibor, ist unter der Firma „Bernhard Cecola“ die landespolizeiliche Genehmigung zur Betreibung von Agentur-Geschäften für die neue Berliner Hagel-Versicherungs-Gesellschaft, ertheilt worden. Oppeln, den 3. Februar 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Nr 37.

L i s t e

der aufgerufenen und der Königl. Controlle der Staats-Papiere im Rechnungs-Jahre 1855. als gerichtlich mortificirt nachgewiesenen Staats-Papiere.

I. Staatsschuld-Scheine.

Lit. B. à 500 Rthlr.:

Nr. 8,264.

Lit. C. à 400 Rthlr.:

Nr. 6,219.

Lit. E. à 200 Rthlr.:

Nr. 16,778. und Nr. 18,288.

Lit. F. à 100 Rthlr.:

Nr. 14,666. 18,883. 21,091. 21,092. 38,591. 38,592. 48,476. 57,744. 57,745. 58,489. 65,323. 102,442. 102,738. 117,736. 119,601. 120,566. 120,567. 128,243. 137,346. 137,855. 139,000. 142,507. 142,508. 142,509. 142,510. 144,715. 166,916. 204,156. 210,246. und 210,247.

Lit.

Lit. G. à 50 Rthlr.:

Nr. 1,080. 3,055. 12,728. 17,889. 25,938. 28,748. 28,749. 28,750. 28,821. 36,727. und 39,877.

Lit. H. à 25 Rthlr.:

Nr. 242. 3,535. 6,190. 6,494. 26,455. 31,021. 31,022. 31,023. 31,024. 31,025. 37,515. 48,491. 52,863. und 54,246.

III. Rummärfche Schuld-Verschreibungen.

Lit. E. à 200 Rthlr.:

Nr. 908.

Lit. F. à 100 Rthlr.:

Nr. 1,433. 1,592. 2,238. und 2,572.

Lit. G. à 50 Rthlr.:

Nr. 41. 206. 226. 1,923. 1,924. 1,925. 1,926. 2,206. 2,207. 2,708. und 3,214.

III. Rummärfche Schuld-Verschreibungen.

Lit. F. Nr. 4. à 100 Rthlr.

IV. Schuld-Verschreibungen der freiwilligen Staats-Anleihe vom Jahre 1848.

Lit. A. à 1000 Rthlr.:

Nr. 2,408.

Lit. C. à 100 Rthlr.:

Nr. 14,509. und 37,959.

Lit. D. à 50 Rthlr.:

Nr. 10,739.

V. Schuld-Verschreibungen der Staats-Anleihe vom Jahre 1850.

Lit. B. à 500 Rthlr.:

Nr. 6,038. und 6,039.

Berlin, den 5. Januar 1856.

Königliche Controlle der Staats-Papiere.

Durch das Ableben des Diaconus Wehner in Schönberg, Kreis Lauban, ist das dortige Diaconat erledigt worden. Dasselbe gewährt ein Einkommen von circa 350 Rthlr. und übt die Patronats-Rechte der Königl. Obrist-Lieutenant von Zastrow in Berlin aus. Breslau, den 23. Januar 1856. Nr 38.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

Personal-Chronik.

Das Königliche Consistorium für die Provinz Schlesien hat den bisherigen Predigt-

digt = Amts = Candidaten Gustav Tentsch als Pfarrer der evangelischen Gemeinde zu Giersdorf, Hirschberger Kreises, bestätigt.

Bei der Königl. Straf = Anstalt zu Ratibor sind folgende Personal = Veränderungen vorgekommen:

der Rentant Dill ist als Betriebs = Inspector an die Königl. Straf = Anstalt zu Werden, Regierungs = Bezirk Düsseldorf, versetzt — und die dadurch erledigte Rentantenstelle dem seitherigen Hülf = Inspector Weißflog bei der neuen Straf = Anstalt zu Berlin verliehen worden — der vormalige Hausvater Krzyzanowski ist zum Polizei = und Deconomie = Inspector befördert, und

der seitherige Feldwebel im Königl. 19ten Infant. = Regimente August Ziele, ist als Hausvater angestellt worden.

Der Apotheker Reide zu Lubliniz ist als Beigeordneter für die Amtsbauer von 6 Jahren erwählt und bestätigt — und der Schul = Adjutant Leischner ist als 7ter Lehrer an der katholischen Schule zu Beuthen D. S. angestellt worden.

Der katholische Schullehrer Biel zu Zauchwitz, Leobschütz Kreises — und der Kreis = Physicus, Sanitäts = Rath Dr. Preyß zu Grottkau, sind verstorben.

Der bisherige Archipresbyterats = Verweser Bannert zu Tost, ist zum wirklichen Erzpriester des Toster Cirkels ernannt — dem seitherigen Lehrer zu Ruptawiec, Johann Reiß, ist die evangelische Schullehrerstelle zu Staude, Pleßer Kreises — und dem Lehrer Carl Hollert zu Oppeln, ist die Organisten = und erste Lehrerstelle an der katholischen Stadt = Schule zu Guttentag verliehen — der Bauführer Conrad Kruhl aus Leobschütz, ist auf Grund des Ministerial = Rescripts vom 24ten Decem = ber 1855. als solcher vereidigt worden.

Amts-Blatt

der Königlischen Regierung zu Oppeln.

Stück 7.

Oppeln, den 14. Februar 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlischen Regierung.

Die Physicats-Stelle des Grottkauer Kreises ist erledigt.

N^o 39.

Qualificirte Bewerber können sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse binnen vier Wochen bei uns melden. Oppeln, den 31. Januar 1856.

Im Anschlusse an die Erlasse vom 12ten Juni 1854. und 21sten März v. J. machen wir bekannt, daß auf den Kreis-Chausseen von Cosel bis Leobschütz, ferner eine Hebestelle in dem Dorfe Gröbnig, so wie eine dergleichen westlich von Antischkau an dem Punkte errichtet worden ist, wo die Chaussee sich mit der Landstraße von Ratibor nach Ober-Glogau kreuzt, und daß bei jeder derselben die tarismäßige Abgabe für eine volle Meile erhoben werden wird.

N^o 40.

Ausgeschlossen hievon ist, bezüglich der Hebestelle zu Gröbnig, der Seiten-Verkehr nach und von Bauernitz, so wie der Verkehr zu Gröbnig und zu Schönbrunn, für welchen nur der $\frac{1}{2}$ meilige Satz zu entrichten ist.

Dasselbe gilt in Ansehung der Hebestelle bei Antischkau für den Verkehr zu Antischkau, Grauden, Jacobsdorf und Militsch nach und von Gnadenfeld, resp. Cosel. Oppeln, den 5. Februar 1856.

Im Interesse der Auswanderer und insbesondere zum Schutz derselben gegen betrügerische Speculationen, wird auf Grund des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850., §. 11. und 12., folgende Polizei-Verordnung erlassen:

N^o 41.

- 1) der Verkauf von Billets zur Weiterbeförderung der Auswanderer oder Reisenden von den überseeischen oder dahinter gelegenen Plätzen, sei es für Eisenbahnen, Dampfschiffe, Canalboote oder für sonstige Transportmittel, wird für

- den Bereich unseres Verwaltungs-Bezirktes hiermit untersagt;
- 2) Uebertretungen werden mit einer Polizeistrafe von 10 Rthlr und im Unvermögensfalle mit verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe geahndet. Auswanderungs-Agenten, welche sich einer solchen Uebertretung schuldig machen, wird überdem die fernere Erneuerung ihrer Concession versagt, resp. letztere unverzüglich entzogen werden;
 - 3) sämtliche Auswanderungs-Agenten haben ein gedrucktes oder deutlich geschriebenes Exemplar dieser Verordnung in ihrem Geschäfts-Local an einer in die Augen fallenden Stelle anzuschlagen und stets leserlich zu erhalten;
 - 4) die Unterlassung der unter Nr. 3. enthaltenen Vorschrift wird mit einer Geldstrafe von 1 bis 3 Thalern, eventuell mit entsprechender Gefängnißstrafe geahndet.
- Oppeln, den 5. Februar 1856.
-

Der im diesjährigen Kalender am 14ten Mai d. J. anstehende Kram-, Roß- und Viehmarkt zu Bauerwitz, wird auf den 30sten April d. J. verlegt.

Oppeln, den 2. Februar 1856.

Es sind nachstehende Agenturen landespolizeilich bestätigt worden und zwar:

des Kaufmanns Louis Hadra in Creutzburg, für die Gesellschaft zu gegenseitiger Hagelschäden-Vergütung in Leipzig;

des Kammerers Carl Kuschke in Grottkau, für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft und für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ ebendasselbst, und

des Franz Schneider in Peiskretscham, für dieselbe Gesellschaft, die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft und für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ zu Halle a. d. S.

Oppeln, den 9. Februar 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlichen Appellations-Gerichts zu Ratibor.

N^o 42. Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 6ten April 1854. (Extraordinaire Beilage zum Oppelner Regierungs-Amtsblatte pro 1854. Stück 19. ad XL.) machen wir ferner bekannt, daß der aus den Ortschaften Plümkenu, Süßenrode und Georgenwerk bestehende Schiedsmanns-Bezirk Nr. 17. des Oppelner Kreises, in zwei Bezirke getheilt worden ist, nämlich:

17^a. Plümkenu und Süßenrode,
17^b. Georgenwerk.

Die Schiedsmanns-Bezirke Plümkenu und Süßenrode Nr. 17^a, und Zedlig und Neuwedel Nr. 40. bleiben, wie bisher, einander gegenseitig substituirt.

Der Bezirk Plümkenu und Süßenrode Nr. 17^a vertritt den Bezirk von Georgenwerk Nr. 17^b, wogegen der Letztere keinem andern Bezirke substituirt wird.
Ratibor, den 1. Februar 1856.

VII. Bekanntmachungen vermischten Inhalts.

Die Pfarrstelle zu Koischwitz, mit welcher bisher die zu Greibnig verbunden gewesen, ist durch das am 14ten d. Mts. erfolgte Ableben des Consistorial- und Schulraths Siegert erledigt worden. Erstere Stelle, welche nach den früher aufgestellten Nachweisungen ein Einkommen von 750 Rthlr. gewährt, ist Landesherrlichen Patronats; über die Pfarrstelle zu Greibnig, deren Einkommen in circa 480 Rthlr. besteht, übt der Magistrat zu Piegritz die Patronatsrechte aus.

Nr 43.

Breslau, den 29. Januar 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

Nach unserer Amtsblatt-Bekanntmachung vom 4ten Juni v. Js., ist den bei der Provinzial-Städte-Feuer-Societät Versicherten der gewöhnliche ordentliche Beitrag pro II. Semester v. Js. unter dem Vorbehalt der etwaigen Ausschreibung eines außerordentlichen Beitrages erlassen worden. Mit Bezug hierauf, bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Ausschreibung eines dergleichen Beitrages für den obigen Zeitraum nicht nothwendig geworden ist.

Nr 44.

Breslau, den 31. Januar 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Personal-Chronik.

Die Kaufleute Joseph Radloffsky, Louis Schmachthahn und der Gasthofs-Besitzer Julius Liebig zu Reisse, sind als unbesoldete Rathsherren auf die Dauer von 6 Jahren erwählt und bestätigt worden — der Erzprieester Stadtpfarrer Mahey zu Groß-Strehlitz — und der kathol. Schullehrer Röcker zu Deutsch-Samke, Falkenberger Kreises, sind verstorben.

Nach-

N a c h w e i s u n g
der gewählten und bestätigten Schiedsmänner pro Monat
Januar 1856.

Nr.	Namen der Ortschaften.	Kreis.	N a m e n und Wohnort der Schiedsmänner.
1	Schwandorf	Neisse	Wirthschafts-Inspector Louis Schar zu Schwandorf.
2	Schirokau	Publinitz	Schullehrer Johann Koziz- rowsky II. zu Schirokau.
3	Ponoschau und Bieberstein	dito	Lehrer Joseph Scharff zu Ponoschau.
4	Biskupitz, Drzegow, Ruda und Schomberg	Beuthen	Rentmeister Gaidzik zu Ruda.
5	Budzow und Donnerstmarkt	Rosenberg	Gerichts-Actuaris Janas zu Landsberg.
6	Mühlsdorff und Kohlsdorf	Neustadt	Schullehrer Kossubeck zu Mühlsdorff.
7	Falkenberg	Falkenberg	Maurermeister Anton Küh- nel zu Falkenberg.
8	Krier	Ples	Schullehrer Gundrum zu Krier.
9	Miserau	Ples	Scholze und Gärtner Gode- zik zu Miserau.
10	Kaminiez, Koniomiz, Karchowiz, Lubek, Kladzlas	Gleiwitz	Schullehrer Johann Klytta zu Kaminiez.
11	Langendorff	Ratibor	Lehrer Jacob Bitta zu Lan- gendorff.
12	Kosmütz	desgl.	Lehrer Maximilian Frank zu Kosmütz.
13	Babrzeg	desgl.	Lehrer Johann Rachel zu Babrzeg.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von G. Weisshäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 8.

Oppeln, den 21. Februar 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 4. enthält:

(**N^o 4344.**) Den Allerhöchsten Erlaß vom 19ten December 1855., betreffend die Genehmigung des Statuts der unter dem Namen „Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft“ in Magdeburg gegründeten Actien-Gesellschaft.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Es versteht sich zwar von selbst, daß die Namen der Ortschaften, welche in der Rubrik 2. der alljährlich von den Herren Superintendenten an das Directorium der Schleßischen evangelischen Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Unterstützungs-Anstalt nach §. 55. des Reglements vom 29sten Juli 1825. einzureichenden Jahres-Rechnungen anzugeben sind, in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt werden müssen. Nicht überall werden jedoch die Special-Rechnungen in dieser, die Revision der Haupt-Rechnung erleichternden Form angelegt, und wird daher auf die allgemeine, genaue Beobachtung dieser Form hiermit zugleich mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß es auch in Bezug auf die Revision der in der Rubrik 7. nachgewiesenen Collecten-Gelder nothwendig ist, diejenigen der aufgeführten Ortschaften, welche Kirch-Orter sind, durch Unterstreichen und eine der laufenden, deutschen Ziffer vorgesezte separat zählende römische Ziffer auszuzeichnen.

Oppeln, den 13. Februar 1856.

N^o 45.

Der Viehmarkt zu Ober-Glogau findet nicht zugleich an den Tagen der Krammärkte, welche in diesem Jahre den 11ten März, 24sten Juni, 19ten August und 18ten November anberaumt sind, sondern Tagß vorher statt.

Oppeln, den 12. Februar 1856.

Dem Kaufmann A. F. Elsner in Ziegenhals ist die landespolizeiliche Genehmigung zur Besorgung nachstehender Agentur-Geschäfte ertheilt worden, und zwar:

- 1) für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ in Halle an der Saale;
 - 2) für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft, und
 - 3) für die Magdeburger Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres.“
- Oppeln, den 17. Februar 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

№ 46. Wir haben mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, u. Angelegenheiten die bisher von dem Superintendenten Keller in Sprottau geführte Ephoral-Verwaltung der Diocese Sprottau interimistisch dem Pastor secund. Winter daselbst übertragen, und wird solches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Breslau, den 31. Januar 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

Verzeichniß

№ 47. der Vorlesungen für das Sommer-Semester 1856. bei der Königlichen Höheren landwirthschaftlichen Lehr-Anstalt in Proskau.

- | | |
|---|--------------------------------|
| 1) Landwirthschaftliche Betriebslehre | Geh. Reg.-Rath Heinrich. |
| 2) Specieller Pflanzen- und Wiesenbau | } Deconomie-Rath
Settegast. |
| 3) Schafzucht. | |
| 4) Anleitung zur Wirthschaftsführung größerer Güter, mit
Hinweisung auf den hiesigen Betrieb, mit Demonstra-
tionen | |
| 5) Landwirthschaftliche Geräthe- und Maschinenkunde.... | |
| 6) Ueber Trockenlegung der Felder | Lehrer Wenz. |

7) Ge-

- | | |
|--|---------------------------------|
| 7) Gestaltlehre der Pflanzen und Systemkunde, mit besonderer Berücksichtigung der landwirthschaftlichen Culturpflanzen | Prof. Dr. Heinzel. |
| 8) Krankheiten der Pflanzen | |
| 9) Demonstrationen an lebenden Pflanzen und Uebungen im Bestimmen derselben, mit Excursionen | |
| 10) Practische Uebungen in anatomisch = physiologischen Untersuchungen an den landwirthschaftl. Culturpflanzen .. | |
| 11) Organische Chemie | Prof. Dr. Kroker. |
| 12) Technologie | |
| 13) Analytische Chemie | |
| 14) Practische Uebungen in chemischen Arbeiten im Laboratorium | |
| 15) Uebungen im Niveliren, Feldmessen und Planzeichnen. | Rendant Schneider. |
| 16) Waldbau und Forstschuß | Oberförster Wagner. |
| 17) Landwirthschaftliche Baukunde | Bau-Insp. Gottgetreu. |
| 18) Gesundheitspflege der landwirthschaftl. Hausthiere | Depart. = Thierarzt
Lütkenß. |
| 19) Innere Krankheiten der Hausthiere, mit besonderer Beziehung auf acute und ansteckende | |
| 20) Obstbaumzucht mit Demonstrationen | Institutsgärtner Hannemann. |
- Die Vorlesungen beginnen den 7ten April c. Anmeldungen zur Aufnahme Studirender oder sonstige, die landwirthschaftliche Lehr = Anstalt betreffende Anfragen, sind entweder mündlich oder schriftlich an den Unterzeichneten zu richten, der jede gewünschte Auskunft gern ertheilen wird. Proßkau, den 10. Februar 1856.

Der Director der Königl. landwirthschaftlichen Lehr = Anstalt.
Geheime Regierungs = Rath (gez.) Heinrich.

Personal = Chronik.

Nachweisung

der Personal = Veränderungen im Departement des Königl. Appellations = Gerichts
zu Ratibor pro Monat Januar 1856.

A. Bei dem Appellations = Gericht:

Ernannt:

die Appellations = Gerichts = Referendarien:

1) Friedrich, Alexander Gutsch,

2) Herr =

- 2) Herrman Kneusel,
- 3) Hugo Köcher,
- 4) Theodor Sommer und
- 5) Benno Fränkel,

zu Gerichts-Assessoren,
und die Auscultatoren Paul Warsitz und Julius Sußmann zu Appella-
tions-Gerichts-Referendarien.

Berufen:

der Gerichts-Assessor Kirchner und der Referendarius August Elsner aus
dem hiesigen Departement in das des Appellations-Gerichts Breslau; der
Gerichts-Assessor Emil, Gustav Leonhard und Auscultator Hubert Maube
aus dem Departement des Appellations-Gerichts Breslau, ferner der Aus-
cultator Dr. juris Theodor, Friedrich Harries aus dem Departement des
Kammer-Gerichts in das hiesige.

Ausgeschieden:

der Auscultator Julius Pleßner auf seinen Antrag.

Gestorben:

der Appellations-Gerichts-Rath Flaminus.

B. Bei den Kreis-Gerichten:

I. Bei dem Kreis-Gericht Gleiwitz:

Gestorben:

der Gefangenwärter Rajowiz zu Gleiwitz.

II. Beim Kreis-Gericht Grottkau:

Ernannt:

der Kreis-Gerichts-Rath Carl, Theodor Gierth aus Schönau zum Kreis-
Gerichts-Director.

III. Beim Kreis-Gericht Leobschütz:

Berufen:

der Kreis-Richter von Schirnding an das Kreis-Gericht Groß-Strehlitz.

IV. Beim Kreis-Gericht Reisse:

Ernannt:

die interimistisch angestellten Boten und Executoren August Kunze, Joseph
Ulbrich und Ferdinand Kleiber als solche definitiv.

V. Beim Kreis-Gericht Groß-Strehlitz:

Ausgeschieden:

der Kreis-Richter Herrmann Wenzel auf seinen Antrag.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von F. Weilschäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 9.

Oppeln, den 28. Februar 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 5. enthält:

- (N^o 4342.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 7ten Januar 1856., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussee von Heinsberg über Braunsrath, Saefeln, Hoengen und Lüddern bis an die Landes-Gränze in der Richtung auf Sittard in Holland.
- (N^o 4343.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 14ten Januar 1856., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau mehrerer Kreis-Chausseen im Kreise Pr. Stargard des Regierungs-Bezirks Danzig.
- (N^o 4344.) Das Privilegium, wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Pr. Stargardter Kreises, im Betrage von 120,000 Rthlrn. Vom 14ten Januar 1856.
- (N^o 4345.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 14ten Januar 1856., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für die von dem Mannsfelder Seekreise, im Regierungs-Bezirk Merseburg, beabsichtigten Chaussee-Bauten.
- (N^o 4346.) Das Privilegium, wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Mannsfelder Seekreises, im Regierungs-Bezirk Merseburg, zum Betrage von 215,000 Rthlr. Vom 14ten Januar 1856.
- (N^o 4347.) Das Privilegium, wegen fernerer Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Deichbau-Gesellschaft zur Melioration des Nieder-Oberbruchs, im Betrage von 100,000 Rthlr. Vom 21sten Januar 1856.; und

auf eine Zange zum Schränken (Biegen) der Zähne in Sägeblättern, in der durch ein Modell nachgewiesenen, und durch Beschreibung erläuterten Zusammensetzung, und

unter dem 29sten Januar 1856. dem Kaufmann F. H. F. Prillwitz in Berlin, ein Patent

auf Vorrichtungen zum Stimmen von Saiten-Instrumenten, in der durch Modell und Zeichnung nachgewiesenen Zusammensetzung,

beide Patente auf die Dauer von fünf Jahre, von den obigen Tagen an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Oppeln, den 24. Februar 1856.

s i c h t

Fonds pro 1855.

Ausgabe													Bestand am Jahreschlusse.							
currente																				
Rest aus dem Vorjahre.		pensionirte Schullehrer		Pensions- Anwärter		Zum Ankauf von Capitalien und diverse		Total- Summe.		in Staats- Papieren.		baar.								
waren vor- handen		empfangen an reglements- mäßiger Pension.		waren no- tirt		empfangen aus den erhöhten Beiträgen an Unter- stützungen														
Rthr. sgr. pf.		Rthr. sgr. pf.		Rthr. sgr. pf.		Rthr. sgr. pf.		Rthr. sgr. pf.		Rthr.		Rthr. sgr. pf.								
43	10	—	49	1729	10	—	—	236	20	—	—	—	—	2009	10	—	4375	152	21	3

Gesellschaft „Germania“ in Berlin ertheilt worden.

Oppeln, den 24. Februar 1856.

Ber-

Nachtrag zu den Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

Nr 49. Vom 3ten k. M. ab werden die den Zeitraum vom 1sten April 1856. bis dahin 1860. umfassenden Zins-Coupons Serie II. zu den Schuld-Verschreibungen der Staats-Anleihe vom Jahre 1852. bei der Controlle der Staats-Papiere hieselbst, Dranienstraße Nr. 92., Vormittag von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonntage und der drei letzten Tage jedes Monats, ausgereicht werden.

Zu diesem Behufe müssen die Schuld-Verschreibungen mit einem, nach den Apoints und Nummern geordneten und aufgerechneten Verzeichnisse, wozu Formulare ebendasselbst unentgeltlich zu haben sind, dort eingereicht werden.

Auswärtige können ihre Obligationen entweder, durch hiesige Bevollmächtigte beim Annahme-Bureau präsentiren lassen, oder sie unter dem portofreien Vermerk:

„Schuld-Verschreibungen der Staats-Anleihe von 1852., zur Beifügung neuer Coupons“ resp. „mit neuen Coupons“

an die nächste Regierungs-Haupt-Casse einsenden, und werden sie mit den Coupons portofrei durch dieselbe zurückerhalten.

Die Portofreiheit wird jedoch nur bis zum 1sten November d. J. fortbauern. Mit diesem Tage tritt die Portopflichtigkeit für alle solche Sendungen ein, und es werden auch die Documente mit den beigefügten Coupons den Einreichern auf ihre Kosten zurückgesandt werden.

Uebrigens kann weder die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden, noch die Controlle der Staats-Papiere, sich mit irgend Jemanden wegen Ausreichung der Coupons in einen Schriftwechsel einlassen, und werden alle derartige Schreiben, welche etwa dessenungeachtet bei uns eingehen, ohne Weiteres zurückgesandt werden.

Berlin, den 20. Februar 1856.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 10.

Oppeln, den 6. März 1856.

Allgemeine Gesefzſammlung.

N^o 6. enthält:

- (N^o 4349.) Das Statut des Bauffe = Eſchwirtſchener Deich = Verbandes. Vom 21ſten Januar 1856.
- (N^o 4350.) Das Privilegium, wegen Emission von Prioritäts = Obligationen der Berlin = Anhaltſchen Eiſenbahn = Geſellſchaft, zum Betrage von Einer Million Thaler. Vom 4ten Februar 1856.
- (N^o 4351.) Die Bekanntmachung, betreffend die Errichtung einer Actien = Geſellſchaft unter der Firma: „Neue Dampfer = Compagnie“ mit dem Domicil zu Stettin. Vom 12ten Februar 1856.; und
- (N^o 4352.) Die Bekanntmachung, betreffend die unter dem 4ten Februar d. J. erfolgte Allerhöchſte Beſtätigung der Statuten einer Actien = Geſellſchaft unter der Benennung: „Bergbau = Geſellſchaft Neu = Eſſen“ mit dem Domicil zu Eſſen. Vom 13ten Februar 1856.

Verordnungen der höchſten Staats = Behörden.

Die durch die Erlaſſe vom 1ſten December 1825. und 31ſten Juli 1839. auf 15 Rthlr. feſtgeſetzten Gebühren für die Phyſikats = Prüfungen, von denen 5 Rthlr. für die ſehr zeitraubende ſchriftliche, und 10 Rthlr. für die practiſche und mündliche Prüfung berechnet werden, ſtehen nicht mehr im richtigen Verhältniß zu der durch den Andrang zu dieſer Prüfung und durch den oft anſehnlichen Umfang der Probe = Arbeiten in neuerer Zeit erheblich geſteigerten Mühwaltung der Examinatoren. Ich habe

habe daher beschlossen, diese Gebühren fortan auf 26 Rthlr. zu erhöhen, wovon 14 Rthlr. gleich bei Zufertigung der *Themata medico-legalia* werden eingezogen werden, und 12 Rthlr. bei der Meldung zur practischen und mündlichen Prüfung an die General-Casse des Ministeriums zu entrichten sind. Diejenigen Candidaten, welche gegenwärtig die practische und mündliche Prüfung zu absolviren haben, zahlen für diese 14 Rthlr. Berlin, den 8. Februar 1856.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
(gez.) von Raumer.

An sämtliche Königlichen Regierungen.

Die vorstehende Bestimmung wird hierdurch zur Kenntniß der practischen Aerzte gebracht. Oppeln, den 16. Februar 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

N^o 51. Nach einer Benachrichtigung des Fürstlich Schwarzburgischen Ministeriums zu Sondershausen werden innerhalb der präclusivischen zwölfmonatlichen Frist, vom 1sten Januar bis Ende des Jahres 1856., die in Gemäßheit des Gesetzes vom 11ten März 1854. emittirten Fürstlich Schwarzburg-Sondershausenschen Cassen-Anweisungen zu 1 und 5 Thalern eingezogen, und verlieren nach Ablauf der zwölfmonatlichen Frist ihre Gültigkeit. Berlin, den 18. Februar 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe
und öffentliche Arbeiten.

Der Finanz-Minister.

gez. von der Heydt.

gez. von Bodelschwingh.

An die Königliche Regierung zu Oppeln. M. f. G. IV. 363. F. M. I. 5072.

Das Publicum wird hiervon in Kenntniß gesetzt.

Oppeln, den 27. Februar 1856.

Königliche Regierung.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

N^o 52. Die bei uns eingegangenen bescheinigten Quittungen über Domainen-Veräußerungs- und Ablösungs-Capitalien und Zinsen pro III. Quartal 1855., sind heute den betreffenden Domainen-Rent-Ämtern und Kreis-Steuer-Cassen zur Ausshändigung an die Interessenten zugefertigt worden, welches den Vektern, Behufs deren Empfangnahme, bekannt gemacht wird.

Oppeln, den 21. Februar 1856.

Dem Schullehrer Cipra zu Keltisch, im Kreise Groß-Strehlitz, ist auf Grund des §. 7. des Gesetzes vom 12ten Februar 1843. die Befugniß erteilt worden, für die Einsassen der Gemeinden Keltisch und Borowian, welche Pferde verkaufen, vertauschen, verschenken oder sonst veräußern wollen, die vorgeschriebenen Legitimations-Atteste fempel- und kostenfrei auszufertigen. N^o 53.

Oppeln, den 21. Februar 1856.

In der administrativen Begrenzung des in den diesseitigen königlichen Staaten gelegenen Ollmüßer Diöcesen-Antheils, treten am 9ten k. Mts. folgende Veränderungen ein: N^o 54.

Die Zahl der mit den Schul-Inspectionen-Bezirken kongruenten Archipresbyterats-Sprengel (Decanate) wird von vier auf drei reducirt. Mit diesen drei Decanaten kongruiren die neu gebildeten Schul-Inspectionen-Bezirke abermals.

Die neuen Decanats- und resp. Schul-Inspectionen-Bezirke heißen:

- 1) Katscher;
- 2) Leobschütz, und
- 3) Hultschin.

In dem ersten Bezirk sind die Geschäfte des Decanats und Kreis-Schulen-Inspectors dem Fürstbischöflichen Commissarius, Regierungs- und Schulrath a. D., Ehren-Domherr Ulrich in Katscher übertragen worden; im Leobschützer Sprengel übernimmt die beiderseitigen Functionen der Consistorial-Rath, Pfarrer Rücker in Leisnig, und im Hultschiner Bezirk fungirt der Pfarrer Richter in Hultschin als Decanat weiter, während der Pfarrer Philipp zu Zauditz in die Geschäfte des Kreis-Schulen-Inspectors im letztgenannten Bezirk eintritt.

Oppeln, den 26. Februar 1856.

Der in der Stadt Reisse vom 5ten bis 8ten Mai d. J. anberaumte Krammarkt, wird auf

den 21sten bis 24sten April d. J.,

und der Viehmarkt vom 3ten Mai d. J. auf

den 19ten April d. J.

verlegt. Oppeln, den 22. Februar 1856.

Der nach dem diesjährigen Kalender den 26sten März in Kieferstädtel angesetzte Krammarkt, wird auf

den 2ten April d. J.

verlegt. Der den 25sten März anberaumte Viehmarkt findet den 1sten April d. J. statt. Oppeln, den 22. Februar 1856.

Daß dem Kaufmann C. F. Wappenhans in Berlin unter dem 12ten Juni 1855. ertheilte Patent,

auf eine Kämm-Maschine,
ist erloschen; dagegen sind neue Patente ertheilt worden:
unter dem 26sten Februar 1856.:

- 1) dem Kaufmann S. H. F. Prillwitz in Berlin,
auf eine Lochmaschine für Papier- und Jacquard-Maschinen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfegung, und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, und
 - 2) dem Schriftsteller A. Bernstein ebendasselbst,
auf eine Telegraphen-Vorrichtung, zur gleichzeitigen Beförderung mehrerer Depeschen auf einem Drahte nach derselben Richtung, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfegung, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken,
- beide Patente auf die Dauer von fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats.
Dppeln, den 4. März 1856.

Zur Betreibung von Agentur-Geschäften haben die landespolizeiliche Genehmigung erhalten:

- 1) der Kaufmann Pöbel Gutfreund in Bütz, für die Hagel-Versicherungs-Gesellschaft „Germania“ in Berlin;
 - 2) der Gasthofs-Besitzer S. Bruck in Ratibor für die See- und Fluß-Versicherungs-Gesellschaft „Pommerania“ in Stettin, und
 - 3) der Kaufmann Friedrich Schmotter in Gleiwitz für die neue Berliner Hagel-Asscuranz-Gesellschaft.
- Dppeln, den 4. März 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlichen Appella- tions-Gerichts zu Ratibor.

N^o 55. Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 6ten April 1854. (Extraordinaire Beilage zum Dppelner Regierungs-Amtsblatte pro 1854. Stück 19.) ad XIII. machen wir ferner bekannt, daß der aus den Ortschaften Langendorf und Kosmütz bisher bestandene Schiedsmanns-Bezirk N^o 8. des Ratiborer Kreises in zwei Bezirke getheilt ist, nämlich:

N^o 8. Kosmütz,

N^o

N^o 44. Tangendorf.

Außerdem ist der aus den Ortschaften Zabrzeg und Kauthen bisher bestandene Schiedsmanns-Bezirk N^o 39. des Ratiborer Kreises in zwei Bezirke getheilt, und zwar:

N^o 39. Kauthen,

N^o 45. Zabrzeg.

Das Substitutions-Verhältniß wird daher anderweitig regulirt, daß die Schiedsmänner des Bezirks

N^o 35. Deutsch-Crawarn mit N^o 39. Kauthen,

N^o 43. Stadt Hultschin mit N^o 44. Tangendorf,

N^o 28. Stadt und Dorf Beneschau mit N^o 8. Kosmütz,

N^o 45. Zabrzeg mit N^o 30. Bielau, Buslawitz und Zawade-Beneschau
sich gegenseitig substituiren. Ratibor, den 16. Februar 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

In Folge unserer Bekanntmachung vom 8ten November v. J. setzen wir das Handel treibende Publicum davon in Kenntniß, daß der Reparaturbau der hiesigen Stadtschleuse durch die günstige Temperatur des verflossenen Monats in dem Maaße gefördert werden konnte, daß deren Wiedereröffnung gegen Ende künftigen Monats zu gewärtigen steht. Bromberg, den 15. Februar 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

N^o 56.

A. Die diesjährige Aufnahme-Prüfung findet in dem unterzeichneten Seminar am 17ten und 18ten März c. statt, und haben sich die Prüflinge am Montage nach dem Palm-Sonntage, früh um 6 Uhr, in dem Prüfungs-Saale der Anstalt gemeinsam einzufinden, nachdem sie bis zum 12ten März c. außer den resp. noch nachzubringenden Wiederimpfungs-Bescheinigungen folgende Schriftstücke eingereicht: 1) einen Bericht über ihre Weiterbildung seit der Vorprüfung; 2) ein verschlossenes Zeugniß über Fleiß und Führung; 3) eine von der Orts-Behörde beglaubigte Erklärung der Eltern oder deren Stellvertreter, bezüglich der Unterhaltungs-Kosten während der Seminar-Zeit.

Die Genehmigung zu der genannten Prüfung haben bereits 38 Schulbesessene, in Folge der von ihnen bestandenen Vorprüfung erhalten. Sollten sich, bei der reducirten Aufnahmezahl von nur 30 Zöglingen, gleichwohl noch andere achtzehnjährige Präparanden melden wollen, so haben sie ihrem Gesuche außer den oben genannten zwei letzten Schriftstücken noch das Taufzeugniß, den Communionsschein, ein Gesundheits-Attest vom Königlichem Kreis-Physicus, den Ausweis über ihre Vorbildung und einen selbstgefertigten Lebenslauf beizubringen.

N^o 57.

B. Für

B. Für die Nach- und Commissions-Prüfung sind herkömmlich die ersten Tage der Bittwoche bestimmt. Während, wie bekannt ist, die Adjubanten die Genehmigung dazu bei der Königl. Regierung nachzusuchen haben, haben sich die Commissions-Prüflinge mit ihrem Gesuche an das Provinzial-Schul-Collegium zu wenden, und dem Gesuche ihr Taufzeugniß, das vorschriftsmäßige Gesundheits-Attest, die nöthigen Zeugnisse über ihre Vorbildung fürs Schulsach und ihr sittliches Verhalten, und den Lebenslauf beizufügen.

Die Betheiligten werden Montag den 28ten April, früh um 6 Uhr, zu gemeinsamer Anmeldung erwartet.

Breslau, den 20. Februar 1856.

Königliches katholisches Schullehrer-Seminar.

Der Director Baucke.

N^o 58. Nachstehendes, von Sr. Excellenz dem Herrn Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zur Ausführung der §§. 8. und 9. des den 12ten Mai 1851. über die Verhältnisse der Miteigenthümer eines Bergwerks ergangenen Gesetzes, unter Abänderung des Artikels II. der Instruction vom 6ten März 1852., erlassene Rescript:

„Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Berufung auf schiedsrichterliche Entscheidung, welche das Gesetz vom 12ten Mai 1851. über die Verhältnisse der Miteigenthümer eines Bergwerks in §. 8. jedem Betheiligten gegen gewerkschaftliche Beschlüsse darüber gestattet, ob der Beschluß zum gemeinsamen Besten der Gewerkschaft gereiche, in der Ausführung auf Hindernisse gestoßen ist, welche den beabsichtigten Zweck des Gesetzes, das Einzel-Interesse der Miteigenthümer bei der Verwaltung des gemeinschaftlichen Berg-Eigenthums auf dem kürzesten Wege zu wahren, bisher nicht haben erreichen lassen.

Das Gesetz vom 12ten Mai 1851. spricht in den §§. 8. und 9. aus:

daß es jedem Betheiligten frei steht, die schiedsrichterliche Entscheidung anzurufen, daß das Schieds-Gericht dadurch gebildet werden soll, daß der widersprechende Theil der Gewerkschaft (die Minorität) den einen, der andere Theil (die Majorität) den andern Schieds-Richter zu wählen hat, und daß das Berg-Amt, wenn die Schieds-Richter sich nicht vereinigen können, den Obmann zuordnen soll.

Ueber die Art und Weise der Wahl der Schieds-Richter enthält das Gesetz keine Bestimmung; es überträgt aber in §. 27. die Ausführung des Gesetzes dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, und ermächtigt sonach denselben, auch hierüber die nöthigen Vorschriften zu ertheilen.

Bei Erlass der zur Ausführung des Gesetzes vom 12ten Mai 1851. unter dem 6ten März 1852. ergangenen Instruction, ist indeß eine nähere Anweisung darüber, wie die schiedsrichterliche Entscheidung einzuleiten, die Wahl der Schieds-Richter vorzunehmen-

zunehmen und deren Ausspruch herbeizuführen sei, nicht getroffen, indem davon ausgegangen worden, daß es Sache des Repräsentanten der Gewerkschaft (des Gruben-Vorstandes) sei, bei Aufnahme einer jeden Verhandlung über gewerkschaftliche Beschlüsse sogleich auch den gegen einen Majoritäts-Beschluß erhobenen Widerspruch und die Berufung auf schiedsrichterliche Entscheidung zu constatiren, und daß von demselben sodann auch sofort die Wahl der Schieds-Richter veranlaßt werde.

Demgemäß ist im Artikel II. der Instruction angeordnet, daß die amtliche Wirksamkeit des Berg-Amtes erst dann einzutreten habe, wenn die von beiden Theilen erwählten Schieds-Richter zusammengetreten sind, und sich zu einem gemeinschaftlichen Ausspruch nicht vereinigen können. Die Erfahrung hat indessen gelehrt, daß auf diesem Wege die Schwierigkeiten nicht zu beseitigen sind, welche sich der Ausführung des §. 8. des Gesetzes entgegen gestellt haben.

Wenn nun das Gesetz vom 12ten Mai 1851. in den §§. 13., 18. und 20. den Repräsentanten (Gruben-Vorstand) als General-Bevollmächtigten der Gewerkschaft in ihrer Gesamtheit bezeichnet, und ihm daher lediglich die Vertretung der Interessen des Gesamt-Eigenthums, nicht aber die Vertretung der Interessen einzelner Miteigenthümer zuweist, so liegt es allerdings an sich nicht in der Stellung des Repräsentanten (Gruben-Vorstandes), seinerseits die Berufung einzelner Betheiligter auf schiedsrichterliche Entscheidung gegen gewerkschaftliche Beschlüsse anzunehmen, und die Wahl der Schieds-Richter zu veranlassen, da dies eine Angelegenheit ist, bei der zwei Theile der Gewerkschaft, die Majorität, welche den Beschluß gefaßt hat, und die Minorität, welche den Beschluß angreift, sich gegenüber stehen.

Mit Rücksicht hierauf finde ich mich demnach veranlaßt, auf Grund des §. 27. des Gesetzes vom 12ten Mai 1851., zur Ausführung der §§. 8. und 9. dieses Gesetzes, und unter Abänderung des Artikels II. der Instruction vom 6ten März 1852. zu bestimmen was folgt:

- 1) die im §. 8. des Gesetzes vom 12ten Mai 1851. jedem Betheiligten gestattete Anrufung der schiedsrichterlichen Entscheidung ist in einer, von sämmtlichen dem gewerkschaftlichen Beschlusse Widersprechenden unterzeichneten Provocation, unter allgemeiner Angabe der Gründe des Widerspruches, an das Berg-Amt zu richten.
- 2) Das Berg-Amt beruft nach Eingang der Provocation die sämmtlichen Gewerke zu einer nicht über 14 Tage hinaus zu schiebenden Versammlung zur Wahl der beiderseitigen Schieds-Richter.
- 3) Die Vorladung zu dieser Versammlung erfolgt an die einzelnen Mitglieder der Gewerkschaft, und zwar:
 - a. an den oder die Unterzeichner der Provocation, mit Verweisung auf dieselbe zur Wahl eines Schieds-Richters, unter der Verwarnung:

daß der Einzelne im Falle des Ausbleibens sich der von den übrigen
Wider-

Widersprechenden zu treffenden Wahl unterwerfe, für den Fall des Ausbleibens aller Unterzeichner der Provocation aber angenommen werden würde, sie ließen ihren Widerspruch gegen den gewerkschaftlichen Beschluß fallen, und verzichteten auf schiedsrichterliche Entscheidung;

b. an die übrigen Gewerke, unter abschriftlicher Mittheilung der Provocation, zur Wahl eines Schieds-Richters, und mit der Warnung:

daß der Ausbleibende sich der von den übrigen, nicht zu den Provocanten gehörenden, Gewerken zu treffenden Wahl unterwerfe.

Die erfolgten Vorladungen sind durch Insinuations-Documente der Post oder der zustellenden vereideten Boten zu beschleunigen.

- 4) Dem Repräsentanten wird gleichfalls eine Abschrift der Provocation mit der Benachrichtigung von der Berufung der Gewerken-Versammlung zur Kenntnissnahme zugefertigt.
- 5) In der einberufenen Gewerken-Versammlung leitet ein bergamtlicher Commissarius die Wahl der beiden Schieds-Richter.
- 6) Kann auf der einen oder andern Seite wegen Ausbleibens aller Betheiligten die Wahl nicht vollzogen werden, so ist dies in dem von dem bergamtlichen Commissarius aufzunehmenden Protocolle zu constatiren. Sind es alsdann die Provocanten, welche die Wahl nicht vollzogen haben, so fertigt das Berg-Amt dem Repräsentanten eine Ausfertigung des Protocolls mit der Eröffnung zu, daß der Widerspruch gegen den gewerkschaftlichen Beschluß beseitigt sei. Sollte dagegen wider Erwarten auf Seiten der Provocanten die Wahl wegen Ausbleibens aller Betheiligten nicht erfolgen können, so hat das Berg-Amt, unter Einreichung des Protocolls, dem Ober-Berg-Amt Bericht zu erstatten, und meine weitere Anweisung für den speciellen Fall zu erwarten.
- 7) Wird die Wahl auf beiden Seiten vollzogen, so setzt das Berg-Amt die gewählten Schieds-Richter sofort nach dem Wahl-Termine von der auf sie gefallenen Wahl in Kenntniss, und bestimmt ihnen zur Abgabe ihrer Entscheidung eine nicht über vier Wochen hinaus zu setzende Frist.
- 8) Können die Schieds-Richter sich über einen gemeinschaftlichen Ausspruch nicht vereinigen, so haben sie dies innerhalb derselben Frist dem Berg-Amt anzuzeigen, welches dann ohne Verzug den Obmann ernennt, der binnen 14 Tagen mit den Schieds-Richtern zusammen zu treten, die Entscheidung herbei zu führen und diese dem Berg-Amt zuzustellen hat.
- 9) Eine Ausfertigung der schiedsrichterlichen Entscheidung wird durch das Berg-Amt dem Repräsentanten zur Mittheilung an die Gewerkschaft zugefertigt.

Gegenwärtiger Erlaß ist als Ergänzung der Instruction vom 6ten März 1852. durch

durch die Amtsblätter zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 19. Februar 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
gez. von der Seydt.

An
das Königliche Ober-Berg-Amt
zu
V. 1206. Breslau.

wird hierdurch publicirt.

Breslau, den 21. Februar 1856.

Königliches Preussisches Ober-Berg-Amt.

L e c t i o n s - P l a n

der Königlichen staats- und landwirthschaftlichen Academie zu Elbena bei Greifswalde
pro Sommer-Semester 1856.

Die Vorlesungen an der hiesigen Königl. staats- und landwirthschaftlichen Academie werden für das nächste Sommer-Semester am 7ten April c. beginnen, und sich auf nachbenannte Unterrichts-Gegenstände beziehen: Nr 59.

1) Ein- und Anleitung zum academischen Studium; 2) Staats-Wirthschaftslehre, Director Professor Dr. Baumstark. 3) Allgemeiner Acker- und Pflanzenbau; 4) Landwirthschaftliche Geräthe- und Maschinenkunde; 5) Practische Uebungen im Bo- nitiren, Professor Dr. Segniß. 6) Besonderer Acker- und Pflanzenbau; 7) Wie- senbau; 8) Practische Landwirthschaftliche Demonstrationen, academischer Administrator Rohde. 9) Obstbaumzucht und Landwirthschaftliche Verschönerungskunst, Garten- Inspector Fühlke. 10) Allgemeine Viehzucht- und Pferdelehre und Pferdekennt- niß und Hufbeschlag; 11) Lehre von den inneren Krankheiten der Hausfaugethiere, Departements-Thierarzt Dr. Fürstenberg. 12) Forstwirthschaftliche Productions- lehre nebst Excursionen, academischer Forstmeister Wiese. 13) Bodenkunde; 14) Or- ganische Experimental-Chemie; 15) Analytische Chemie und Uebungen im chemischen Laboratorium; 16) Physik, Professor Dr. Trommer. 17) Pflanzensystematik und Anleitung zum Bestimmen der Pflanzen; 18) Pflanzen-Geographie; 19) Botanische Excursionen, Dr. Zessen. 20) Feldmessen und Niveliren, Professor Dr. Grub- nert. 21) Landwirthschaftliche Constructionslehre nebst Demonstrationen; 22) Wege- und Wasserbau für Landwirthe, Baumeister Müller. 24) Landwirthschafts-Recht, Professor Dr. Beseler. Elbena, im Februar 1856.

Der Director der Königl. staats- und landwirthschaftlichen Academie.
Dr. C. Baumstark.

Personal-Chronik.

Bekanntmachung.

Der Maurer-Geselle Ludwig Urbanek und der 12 jährige August Wielencki zu Rybnik, haben durch schnelle und entschlossene Hilfeleistung den 13 jährigen Knaben Franz Fabriek am 1sten Januar d. J. vom Ertrinken im dortigen Schlosteiche gerettet.

Diese löbliche That bringen wir zur öffentlichen Kenntniß.
Oppeln, den 14. Februar 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung.

Die sämmtlichen Geschäfte des Deconomie-Commissarius Gruner zu Reisse, sind mit dem 18ten d. M. auf den Gerichts-Assessor Masuch daselbst übergegangen. Es wird dieses mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Geschäfts-Local des ic. Masuch sich Berliner Straße Nr. 153. befindet.

Breslau, den 26. Februar 1856.

Königliche General-Commission für Schlesien.

Des Königs Majestät haben allergnädigst geruht:

dem Forst-Inspector, Hauptmann v. Wedelstädt hierselbst, das Prädicat als „Forstmeister“ und

dem Domainenpächter, Ober-Amtmann Pratsch zu Bobland, den Character als Amts-rath
zu verleihen.

Der Bürgermeister Friße in Rybnik ist ausgeschieden, und der seitherige Oberlehrer Gruchel daselbst zum Bürgermeister der Stadt Rybnik erwählt und bestätigt worden — der evangelische Schul-Amts-Candidat Gürlich ist als Lehrer und Organist zu Guttentag — der bisherige Hilfslehrer Braun ist als Organist, Cantor, Küster und Schullehrer bei der neu constituirten evangelischen Schul- und Kirchen-Gemeinde zu Nicolai, Plesser Kreises — und der katholische Schullehrer Knepper zu Tschirmkau, als Schullehrer, Organist und Küster zu Zauchwitz, Leobschützer Kreises, angestellt worden.

Der katholische Lehrer und Organist Tarka zu Pawlau, Ratiborer Kreises, ist verstorben.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von F. Weilschäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlischen Regierung zu Oppeln.

Stück 11.

Oppeln, den 13. März 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 7. enthält:

- (N^o 4353.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 21sten Januar 1856., betreffend die Verleihung der físcalischen Vorrechte für die von dem Kreise Schweidniß ausgebaute Straße von der Reichenbacher Kreisgrenze in der Richtung von Lauterbach bis an die Schweidniß-Reichenbacher Staats-Chaussée zur Verbindung mit Schweidniß.
- (N^o 4354.) Die Befätigungs-Urkunde, betreffend die Errichtung einer Actien-Gesellschaft mit dem Domicil zu Danzig, unter dem Namen: „Danziger Rheberei-Actien-Gesellschaft.“ Vom 4ten Februar 1856.; und
- (N^o 4355.) Die Bekanntmachung über die unterm 12ten Februar 1856. erfolgte Genehmigung eines Nachtrages zu dem Statut der Mühlheimer Dampffschlepp- = Schiffahrts- Gesellschaft. Vom 21sten Februar 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlischen Regierung.

In Gemäßheit des Gesetzes vom 7ten Mai 1853. ist dem Kaufmann Siegmund Löwenthal in Guttentag die widerrufliche Erlaubniß ertheilt worden, innerhalb des Lubliner Kreises Verträge wegen Beförderung von Auswanderern über Bremen direct nach den vereinigten Staaten von Nordamerika, nach Canada, nach Südamerika und Australien für das Geschäft des Schiffsmäklers Eduard John in Bremen zu vermitteln.

Oppeln, den 23. Februar 1856.

N^o 60.

Polizei=Verordnung.

Nr 61. Schon öfter und noch neuerdings sind durch entstellte und unverständliche Benennungen von Arznei=Mitteln, so wie durch Verwechslung des äußern Gebrauchs derselben mit dem inneren, Unglücksfälle veranlaßt worden.

Zur Verhütung derselben geben wir den Apothekern auf:

jedem der folgenden, in der Pharmacopöe enthaltenen Arznei=Mittel und ihren Zusammensetzungen, wenn sie im Wege des Hand=Verkaufs abgegeben werden, eine blaue Etiquette anzuhängen, auf welcher das Wort: „äußerlich“ nebst drei Kreuzen deutlich gedruckt steht:

Acida mineralia,
Kreosotum,
Liq. amoniac. caust.,
Linim. Aeruginis,
Liq. Chlorig.,
Aqua plumbica,
Mixt. vulnerar. acid.,
Ol. terebinth.,
Ozanium,
Petroleum,
Sp. camphorat.,
Bals. peruv.,
Zinc. sulphuric.,
Cupr. sulphuric.,
Cerussa,
Lythargyrum,
Minium.

Außerdem wird den Apothekern aufgegeben, diese Vorsichtsmaßregeln auch auf alle anderen, in der Pharmacopöe nicht enthaltenen und daher hier nicht namentlich aufgeführten Mittel von ähnlicher gefährlicher Wirkung auszubehnen.

Zugleich wird noch bemerkt, daß die hinsichtlich des Debits directer Gifte, sowie des Verbots der Abgabe sämtlicher übrigen heftig wirkenden Mittel im Wege des Hand=Verkaufs bestehenden gesetzlichen Verordnungen, durch diese zusätzliche Bestimmung gar nicht berührt werden.

Oppeln, den 26. Februar 1856.

Nr 62. Mit Bezug auf die Amtsblatt=Bekanntmachung vom 14ten Januar d. J. (Stück 4. Seite 23.) wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß sowohl in der Stadt Beuthen als auch im Königreich Polen, innerhalb eines mehrmeiligen Umkreises längs der schlesischen Landes=Gränze, die Kinderpest erloschen ist. Demzufolge
wer:

werden die in den Amtsblatt-Verordnungen vom 15ten September v. J. (Stück 39. S. 302.) und vom 5ten October v. J. (Stück 41. S. 308.) erlassenen Verbote hinsichtlich des Grenz-Verkehrs, so wie wegen Abhaltung von Viehmärkten und des Handels mit Vieh, hiermit aufgehoben. Oppeln, den 6. März 1856.

Unter dem 28sten Februar 1856. ist dem Kaufmann S. H. F. Prillwitz in Berlin ein Einführungs-Patent auf mechanische Webestühle zur Herstellung von sammetartigen Geweben, in ihrer durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, soweit dieselbe als neu und eigenthümlich erkannt worden, und ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken;

unter dem 2ten März 1856.

1) dem Seidenwirker-Meister A. Helm und Maschinenbauer F. Helm in Berlin, ein Patent auf ein durch Modell und Beschreibung nachgewiesenes und als neu erkanntes Hilfsmittel zur Bewegung des Prismas der Jacquard-Maschinen, und

2) dem Ingenieur Lambert Herlitschka in Düren, ein dergleichen auf eine combinirte electro-magnetische Musterkarton-Schlage- und Copir-Maschine, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, und ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile derselben zu beschränken,

alle drei Patente auf die Dauer von fünf Jahre, von den obigen Tagen an gerechnet und für den ganzen Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Oppeln, den 8. März 1856.

Zur Führung von Agentur-Geschäften haben die landespolizeiliche Genehmigung erhalten:

der Kaufmann G. Kerger in Liegnitz für die Leipziger Hagel-Versicherungs-Gesellschaft, und

der Kaufmann David Tropplowitz in Pilschen für die Gesellschaft zur gegenseitigen Hagelschäden-Versicherung ebendaselbst.

Oppeln, den 8. März 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Amtsblatt-Verfügung vom 25sten Januar c. (Amtsblatt S. 13.) wegen Sistirung der Vieh- und Pferdemärkte im

im diesseitigen Regierungs-Bezirk, auf den Pferdemarkt in Königsberg keine Anwendung findet, der letztere vielmehr auch in diesem Jahre, und zwar am 26sten, 27sten und 28sten Mai abgehalten werden wird.

Königsberg, den 16. Februar 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

N^o 64. In Folge eines Erlasses des Herrn Finanz-Ministers, Excellenz, wird mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 16ten October v. J., Amtsblatt pro 1855. Stück 44. Seite 331., die Einführung einer Branntweinsteuer im Herzogthum Nassau betreffend, hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das damals mitgetheilte Verzeichniß der Uebergangsstraßen u. insofern eine Aenderung erleidet, als die Straße von Bugbach nach Gleeberg und die Uebergangsstelle Gleeberg ausfallen, dagegen die Straße von Bugbach nach Brandoberndorf als Uebergangsstraße bestimmt, und zu Brandoberndorf eine Uebergangs-Steuerstelle errichtet worden ist.

Breslau, den 3. März 1856.

Der Wirkliche Geheime Ober-Finanz-Rath und Provinzial Steuer-Director.
v. Bigeleben.

N^o 65. Den 7ten April d. J. beginnen die öffentlichen Verhandlungen vor dem Schwur-Gericht zu Reisse. Reisse, den 3. März 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

N^o 66. Die dritte diesjährige Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts, beginnt am 7ten April. Oppeln, den 8. März 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Personal-Chronik.

Personal-Veränderungen bei der Forst-Verwaltung.

- 1) Der Förster Both zu Sedlitz, Oberförsterei Krasschow, ist verstorben, und
- 2) die dadurch erledigte Försterstelle dem Forst-Aufscher Richter verliehen worden;
- 3) der Förster Hawel zu Morzinek, Oberförsterei Zellowa, ist aus dem Dienst entlassen, und
- 4) die dadurch erledigte Försterstelle dem Förster Bajan, unter Versetzung von Mainzod nach Morzinek, verliehen worden;

5) der

- 5) der Förster Kochalski zu Grudschütz, in der gleichnamigen Oberförsterei, ist vom 1sten April c. ab in den Ruhestand versetzt, und
- 6) die dadurch erledigte Försterstelle zu Grudschütz dem Förster Adolph Grund, seither in Dchojez, Oberförsterei Rybnik, verliehen;
- 7) der Forst-Aufscher Skoczowski zu Kupferberg, Oberförsterei Grudschütz, ist zum Förster befördert worden, und ihm die Verwaltung der Försterstelle zu Mainzock, Oberförsterei Zelowa, übertragen;
- 8) dem Corps-Zäger Schmidt ist die interimistische Verwaltung der Forst-Aufscherstelle zu Kupferberg, Oberförsterei Grudschütz, ferner
- 9) dem Forst-Aufscher Wagner zu Münchhausen, Oberförsterei Krascheow, die interimistische Verwaltung der Försterstelle zu Dchojez, Oberförsterei Rybnik, so wie
- 10) dem Corps-Zäger Kritschel die Verwaltung der Forst-Aufscherstelle zu Wolfschaus, Oberförsterei Dambrowka, und
- 11) dem Corps-Zäger Tiebe die Verwaltung der Forst-Aufscherstelle zu Münchhausen, Oberförsterei Krascheow, auf sechsmonatliche Probezeit übertragen worden.

Personal-Veränderungen

im Bereich der Königl. Intendantur des 6ten Armee-Corps.

Ernannt:

die Applicanten: Auscultator Reichelt, Sochmann und Eschenhorn zu Intendantur-Secretariats-Assistenten;
der Montirungs-Depot-Assistent Krüger in Breslau zum Controlleur.

Versetzt:

der überzählige Intendantur-Assessor Dalgas von Königsberg nach Breslau;
der überzählige Intendantur-Secretair Kunze von hier nach Stettin;
die Intendantur-Secretariats-Assistenten Hartmann, von Münster nach Breslau und Seidler von hier nach Coblenz;
der Garnison-Verwaltungs-Inspector Basch von Cosel nach Berlin, und
der controlleführende Casernen-Inspector, Intendantur-Secretair Reiffert aus Torgau, zur Wahrnehmung der Geschäfte als Vorstand der Garnison-Verwaltung zu Cosel.

Nachweisung
der gewählten und bestätigten Schiedsmänner pro Monat
Februar 1856.

Nr.	Namen der Ortschaften.	Kreis.	Namen und Wohnort der Schiedsmänner.
1	Rybnik	Rybnik	Bürgermeister Gruchel zu Rybnik.
2	Petersdorff (v. Welczek), Petersdorff (Städtisch), Neudorff (Colonie)	Gleiwitz	Schullehrer Franz Beyer zu Petersdorff.
3	Plesch, Sandau (Städtisch) und Zankowitz	Plesch	Particulier und Rathmann Seidel zu Plesch.
4	Schädlich, Schädlich-Kalus, Grzeblowitz, Louisenhoff u. Schloß Plesch	Plesch	Gerbermeister Heinrich Schwistek zu Schädlich.
5	Stadt Nicolai, zweiter Bezirk	Plesch	Lehrer Grunitzky zu Nicolai.
6	Stadt Nicolai, erster Bezirk	Plesch	Rathmann Samuel Steinmeyer zu Nicolai.
7	Lichtenberg	Grottkau	Schullehrer Robert Schneeweiß zu Lichtenberg.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von F. Weillshäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 12.

Oppeln, den 20. März 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

In der am heutigen Tage öffentlich stattgehabten Verloosung sind von den Schuld-Verschreibungen der Staats-Anleihen aus den Jahren 1848., 1850., 1852., 1854. und 1855. A. die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden, welche den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt werden, den darin verschriebenen Capital-Betrag vom 1sten October d. J. ab, in den Vormittags-Stunden von 9 bis 1 Uhr, entweder bei der Staats-Schulden-Zilgungs-Casse hieselbst, Dranienstraße Nr. 94., oder bei der nächsten Regierungs-Haupt-Casse, gegen Quittung und Rückgabe der Schuld-Verschreibungen mit den dazu gehörigen, nach dem 1sten October d. J. fälligen Zins-Coupons, baar in Empfang zu nehmen.

Nr 68.

Der Geldbetrag der etwa fehlenden, unentgeltlich abzuliefernden Zins-Coupons, wird von dem zu zahlenden Capital zurückbehalten.

Da die gezogenen Schuld-Verschreibungen nicht sämmtlich an Einem Tage geprüft und ausgezahlt werden können, so können dieselben schon vom 1sten September d. J. ab, zur Prüfung bei den gedachten Cassen vorgelegt werden; auch werden dort Formulare zu den Quittungen unentgeltlich verabfolgt.

Auf der Anlage sind zugleich die Nummern der aus früheren Verloosungen noch rückständigen und nicht mehr verzinslichen Schuld-Verschreibungen der Anleihen aus den Jahren 1850. und 1852. mit abgedruckt, und werden die Inhaber an die Einreichung derselben und Erhebung der Capitalien, zur Vermeidung weiteren Zins-Verlustes, erinnert.

Die Nummern der aus den früheren Verloosungen der freiwilligen Anleihe vom Jahre 1848. noch rückständigen Schuld-Verschreibungen, können wegen ihrer überaus großen Anzahl nicht von Neuem abgedruckt werden, und wird deshalb auf die zu

seiner Zeit veröffentlichten Verloosungs-Listen verwiesen.

Berlin, den 6. März 1856.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Instruction

wegen technisch-polizeilicher Abnahme locomobiler Dampf-Maschinen auf Bergwerken, Muthungen oder Schürf-Arbeiten
im District des Königl. Ober-Berg-Amtes zu Breslau.

Nr 69.

Zur vorschriftsmäßigen Ueberwachung der Aufstellung und des Betriebes derjenigen locomobilen Dampf-Maschinen, welche auf Bergwerken, Muthungen oder Schürf-Arbeiten in dem Districte der unterzeichneten Königl. Behörden zur Anwendung gelangen, wird mit Bezug auf §. 5. der Amtsblatt-Verordnung vom 24ten Juli 1855. hierdurch angeordnet, was folgt:

§. 1.

An die Stelle der Orts-Polizei-Behörden, welchen sonst die Ueberwachung der Aufstellung und des Betriebes der locomobilen Dampf-Maschinen obliegt, sollen, in Betreff der locomobilen Dampf-Maschinen auf Bergwerken, Muthungen oder Schürf-Arbeiten die Königl. Berg-Geschwornen des betreffenden Reviers, beziehungsweise die zur Zeit auf den Bergwerken des Staats angestellten Königl. Berg-Inspectoren treten.

§. 2.

Sobald daher ein Berg-Geschwornener durch das Berg-Amt oder durch den Repräsentanten eines Bergwerks, durch einen Muther oder Schürfer, oder durch den Bevollmächtigten desselben benachrichtigt worden ist, daß auf einem Bergwerke, einer Muthung oder einer Schürf-Arbeit eine locomobile Dampf-Maschine in Anwendung kommen soll, hat sich derselbe binnen acht Tagen an den Ort der Aufstellung zu begeben und unter Zuziehung des gewerkschaftlichen Betriebs-Beamten, resp. des Muthers, Schürfers oder dessen Bevollmächtigten, eine Verhandlung über den Befund aufzunehmen und diese an das Berg-Amt einzureichen.

§. 3.

In dieser Verhandlung ist festzustellen, ob und in wie weit die vorgeschriebenen Bedingungen in Bezug auf die zur Anwendung auf dem Bergwerke, der Muthung oder der Schürf-Arbeit bestimmte locomobile Dampf-Maschine erfüllt sind, oder ob und welche Umstände etwa vorhanden sind, welche eine Ausnahme von den Bedingungen zulassen.

§. 4.

§. 4.

Auf Grund der Verhandlung (§§. 2. und 3.) hat das Berg = Amt nach Befinden der Umstände entweder ohne Weiteres die Erlaubniß zur Inbetriebsetzung der Locomobile auf der in der Verhandlung bezeichneten Stelle zu erteilen, oder dieselbe zu unterlagen; in dem Falle aber, wo es eine Ausnahme von jenen Bedingungen zulässig findet, dieß der Königlichen Regierung zur weiteren Entscheidung mitzutheilen. In jedem dieser drei Fälle, hat das Berg = Amt den Repräsentanten, Muther oder Schürfer, resp. deren Bevollmächtigten, sowie den betreffenden Berg = Geschwornen von dem Geschehenen Kenntniß zu geben.

§. 5.

Die Inbetriebsetzung einer Locomobile hat der betreffende Berg = Geschworne der Polizei = Behörde des Orts anzuzeigen, und von dieser Anzeige eine Abschrift an das Berg = Amt einzureichen.

§. 6.

Bei Locomobilen, welche zur Förderung bestimmt sind, findet außer den allgemeinen Vorschriften, die Verfügung des unterzeichneten Ober = Berg = Amtes vom 8ten April 1854., wegen Anbringung von geeigneten Brems = Vorrichtungen, Anwendung.

§. 7.

Die gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1sten April d. J. in Kraft.

Oppeln, den 26. Februar 1856.

Breslau, den 26. Februar 1856.

Königl. Preuß. Regierung.

Königl. Preuß. Ober = Berg = Amt.

Dem Mechaniker, Professor Theodor Schöne mann zu Brandenburg a. d. H., ist das unter dem 24sten October 1851. auf fünf Jahre ertheilte Patent,

auf eine Brücken = Waage, in der durch Zeichnung, Modell und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung,

bis zum 24sten October 1858. verlängert worden.

Oppeln, den 18. März 1856.

Die landespolizeiliche Genehmigung zur Führung von Agenturen ist ertheilt worden:

- 1) dem Kaufmann Wilhelm Rosenbaum in Gleiwitz für die See = und Fluß = Versicherungs = Gesellschaft „Pomerania“ in Stettin;
- 2) dem Kaufmann S. Kempßky in Groß = Strehlitz für die Gesellschaft zur gegenseitigen Hagelschäden = Vergütung in Leipzig;
- 3) dem Kaufmann Löbel Panofsky in Tarnowitz für die Hagelschäden = Versicherungs = Gesellschaft zu Erfurt, und
- 4) dem pensionirten Garnison = Lehrer Kunze in Ratibor für die Lebens = und Pensions = Versicherungs = Gesellschaft „Janus“ in Hamburg.

Oppeln, den 18. März 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Nr 70. Der §. 57. des Regulativs über das Post-Tax-Wesen vom 18ten December 1824. (Gesetz-Sammlung Seite 225.) bestimmt, daß das Bestellgeld „an den Briefträger zu entrichten ist,“ und auch für portofreie Correspondenz bezahlt werden muß. Das Bestellgeld für die von den Königlichen Gerichts-Behörden ausgehenden Verfügungen und Ausfertigungen muß daher, wenn die Bestellung derselben durch einen Briefträger bewirkt worden ist, gleichviel, ob diesen gerichtlichen Verfügungen und Ausfertigungen, Behändigungscheine (Insnuations-Documente) beigelegt, und gleichviel, ob sie als portofreie Justiz-Sache bezeichnet sind, oder nicht, ebenfalls an den Briefträger entrichtet und mithin von den Adressaten eingezogen werden, denen es überlassen bleibt, Ersatz-Ansprüche, die sie deshalb an den Absender oder an einen sonst theilhaftigen Dritten zu haben glauben, diesen gegenüber geltend zu machen.

In letzterer Beziehung enthält die an die Königlichen Gerichts-Behörden ergangene allgemeine Verfügung des Herrn Justiz-Ministers vom 12ten März 1855., die postamtlichen Insnuationen der gerichtlichen Verfügungen betreffend (Justiz-Ministerial-Blatt Seite 150.) hiermit übereinstimmend, unter Nr. 4. die nachstehende Bestimmung:

„Den Zeugen und Sachverständigen ist das bei der postamtlichen Insnuation der an sie erlassenen Vorladungen verausgabte Bestellgeld auf ihr Verlangen, gleichzeitig mit der Vergütung der Reise- und Zehrkosten für Rechnung der kostenpflichtigen Parthei zu erstatten.

Wird daher dem Briefträger, resp. Landbriefträger, nach erfolgter Bestellung einer zur Post gegebenen gerichtlichen Verfügung oder Ausfertigung, die Bezahlung des Bestellgeldes dafür verweigert, so liegt der betreffenden Post-Anstalt ob, die executivische Beitreibung des unbezahlt gebliebenen Bestellgeldes von dem Adressaten zu veranlassen. Da eine solche executivische Beitreibung jedesmal zur geschlichen Folge hat, daß von dem Adressaten, außer dem Bestellgelde, auch noch die Executions-Gebühren eingezogen werden müssen, welche nach dem Tarife vom 30sten Juli 1853. (Gesetz-Sammlung Seite 923.) zum Ansatz kommen, und, Falls nicht auf die Mahnung des Executors sofort Zahlung erfolgt, den Betrag des Bestellgeldes bei Weitem übersteigen, so wird das Publicum hierauf, zur Vermeidung von Weiterungen und Nachtheilen, aufmerksam gemacht.

Berlin, den 19. Februar 1856.

General-Post-Amt.

gez. Schmöckert.

Die

Die dritte diesjährige Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts beginnt am 7ten April d. J. **Nr 71.**
Gleiwitz, den 8. März 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Die dritte diesjährige Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts wird den 7ten April d. J. beginnen. **Nr 72.**
Ratibor, den 8. März 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Personal-Chronik.

Er. Majestät der König haben allergnädigst geruht:
den bisherigen Regierungs-Assessor v. Ernst hieselbst zum Regierungs-Rath zu ernennen, und
dem Kreis-Steuer-Einnehmer Karwat zu Rybnick den Character als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Dem vormaligen Bürgermeister, Rittmeister a. D. v. Pelchrzim zu Sobrau, ist das Prädicat „Stadt-Altester“ ertheilt worden — die durch das Ableben des katholischen Lehrers Werner zur Erledigung gekommene Küster-, Schullehrer- und Organistenstelle zu Groß-Peterwitz, Ratiborer Kreises, ist dem bisherigen Lehrer in Stolzmuß, Leobschützer Kreises, Eberhard Mludetz, verliehen — der katholische Schul-Adjutant Willmann ist als Schullehrer zu Tschirnka, Leobschützer Kreises — der katholische Schul-Adjutant Fauernick als Schullehrer und Organist zu Janowitz, Ratiborer Kreises — der katholische Schul-Adjutant Wawrzick ist als erster Mäthchenlehrer und Organist zu Ottmachau, Grottkauer Kreises — der seitherige Hülfs-Ganzlist Schenck ist als Regierungs-Ganzlist angestellt — und dem ehemaligen Sergeanten Litzmann ist eine Regierungs-Ganzlei-Dienerstelle verliehen worden.

Der katholische Pfarrer Weiß zu Janowitz, Ratiborer Kreises, ist verstorben.

Nachweisung

der Personal-Veränderungen im Departement des Königlichen Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat Februar 1856.

A. Bei dem Appellations-Gericht:

Ernannt:

die Auscultatoren Victor Barthelmann, Eduard Radtke, Löbel Tarlau,
Franz

Franz Otte und Wilhelm Fuchs zu Appellations- Gerichts- Referendarien.
Versetzt:

der Referendarius Ebbel Tarlau in das Departement des Appellations- Gerichts Breslau, der Gerichts- Assessor, Dr. juris Friedenthal, aus dem Departement des Kammer- Gerichts, und der Gerichts- Assessor Bremme aus dem Departement des Appellations- Gerichts zu Halberstadt in das hiesige Departement.

B. Bei den Kreis- Gerichten:

I. Beim Kreis- Gericht Beuthen:

Pensionirt:

der Salarien- Cassen- Rendant von Kern vom 1sten Juli d. J. ab.

II. Bei dem Kreis- Gericht Gleiwitz:

Ernannt:

der Bureau- Assistent Theodor Provinzki aus Landsberg zum Bureau- Assistenten und Depostal- Rendanten.

III. Beim Kreis- Gericht Leobschütz:

Pensionirt:

der Bote und Executor Leopold Walter II. vom 1sten Juli 1856. ab.

IV. Beim Kreis- Gericht Reisse:

Ernannt:

der Kreis- Gerichts- Secretair und Depostal- Rendant Somig aus Gleiwitz zum Depostal- Rendanten, vom 1sten April 1856. ab.

V. Beim Kreis- Gericht Oppeln:

Pensionirt:

der Gefangen- Wärter Bartholomäus Schattka zu Kupp, vom 1sten Juli 1856. ab.

VI. Beim Kreis- Gericht Pleß:

Versetzt:

der Kreis- Richter Kuhr an das Kreis- Gericht Neustadt.

VII. Beim Kreis- Gericht Rosenberg:

Ernannt:

der Civil- Supernumerar und Actuar I. Klasse Eduard Barbarino zum Bureau- Assistenten, mit der Bestimmung seiner Function als Sportel- Receptor bei der Gerichts- Commission Landsberg.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs- Gebäude.

Druck von G. Weilschäuser in Oppeln.

Extraordinaire Beilage

zum Amts-Blatt der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 12.

Allerhöchster Cabinets-Befehl.

Ich genehmige das Mir mittelst Ihres gemeinschaftlichen Berichts vom 26sten Juli c. vorgelegte, hier wieder beigefügte Reglement über die Gewährung von Unterstützungen für Militair-Familien während des Kriegszustandes und trage Ihnen auf, dasselbe in Stelle der, durch die Cabinets-Order vom 16ten Januar 1836. bestätigten Grundsätze über die Gewährung von dergleichen Unterstützungen zur Anwendung zu bringen. Erdmannsdorf, den 13. August 1855.

gez. Friedrich Wilhelm.

Für den abwesenden Finanz-Minister:

gegengez. v. Westphalen.

v. Raumer.

Graf v. Walder ee

An die Minister des Innern, der Finanzen und des Krieges

R e g l e m e n t

N^o 67.

über die Gewährung von Unterstützungen für Militair-Familien während des Kriegszustandes

§. 1

Bei eintretendem Kriegszustande*) erhalten die Familien der Offiziere, Mannschaften und Feld-Administrations-Beamten, so lange sie getrennt von ihren Männern oder Vätern leben müssen, Unterstützungen nach den hierunter folgenden Bestimmungen, welche an die Stelle der (§. 329. des Reglements über die Geld-Verpflegung der Armee im Kriege erwähnten) unterm 16ten Januar 1836. Allerhöchst genehmigten Grundsätze treten.

§. 2.

Empfangs-Berechtigung.

Berechtigt zum Empfange der ausgesetzten Unterstützungen sind die Familien der

*) Confr. §. 34. des Reglements über die Geld-Verpflegung der Armee im Kriege.

bei der mobilen und immobilen Armee Dienste leistenden, in dem anliegenden Tarife näher bezeichneten Personen*) und zwar:

- a. der Offiziere bis zum Hauptmann oder Rittmeister II. Classe einschließlich aufwärts,
- b. der mit denselben in gleichen Einkommens-Verhältnissen stehenden Beamten und Aerzte,
- c. der Unterbeamten,
- d. der Unteroffiziere und Mannschaften, einschließlich der Rekruten, Trainsoldaten und Handwerker (confr. die Bestimmung unter 3. dieses Paragraphen).**).

Ausgeschlossen von der Berechtigung zum Empfange dieser Unterstützung sind dagegen die Familien

- 1) der Offiziere, welche nicht zur Kategorie a. gehören,
- 2) der Beamten, deren Gehalt mit Ausschluß der Feldzulage mehr als 720 Thlr. jährlich beträgt***),
- 3) der Unteroffiziere und Mannschaften, einschließlich der Trainsoldaten und Handwerker, welche in Folge der Mobilmachung aus dem Reserve- und Landwehr-Verhältniß eingezogen und nach Maßgabe des Gesetzes vom 27sten Februar 1850. anderweit unterstützt werden,
- 4) der Privatdiener der Offiziere und Beamten, welche nicht als Trainsoldaten gelöhnt werden.

Wenn immobile, am Garnison-Orte noch im Genuße des Services sich befindende Offiziere oder Beamten in Fällen, wo sie abkommandirt, oder sonst aus dienstlicher Veranlassung von ihren Familien getrennt sind, außer ihrem Gehalte, Tages-Gelder oder entsprechende Remunerationen beziehen, so bleibt für diese Familien der Unterstützungs-Anspruch ebenfalls ausgeschlossen.

§. 3.

Von den im §. 2. unter a. bis d. benannten Familien sind indeß zum Empfange der Unterstützung nur berechtigt:

- 1) Frauen, welche mit ihren Männern in ungetrennter Ehe leben,

*) Ohne Unterschied, ob dieselben bei dem Eintritte der Mobilmachung bereits in der Armee Dienste leisteten, oder dazu aus Pensions-Beamten- oder Privat-Verhältnissen erst herangezogen werden.

**) Die Familien der zu d. gedachten Personen, wenn diese bei einer Mobilmachung eingezogen sind, ohne dem Reserve- und Landwehr-Verhältniß anzugehören, ohne also nach dem Gesetze vom 27sten Februar 1850. zum Empfange der den Kreisen auferlegten Unterstützung berechtigt zu sein, erhalten die ausgesetzten Unterstützungen auch in dem Falle, wo der Truppentheil u., zu dem sie eingezogen sind, zeitweise an demselben Orte verbleibt, in welchem die Familie wohnt.

***). Es macht hierbei keinen Unterschied, ob das Gehalt ganz aus dem Militair-Fonds, oder aus einem Civil-Fonds oder zum Theil aus letzterem bezogen wird.

2) eheliche Kinder, zu deren Unterhalte der Vater, wenn auch nur theilweise verpflichtet ist.

§. 4.

u n t e r s t ü t z u n g e n .

Die zu gewährenden Unterstützungen bestehen:

für die Familien der Offiziere und Beamten in einer Servis-Unterstützung,
für die Familien der Unteroffiziere, Mannschaften und Unterbeamten in einer
Servis-, Brenn-Material- und Brot-Unterstützung.

Die Monatssätze, nach welchen die Servis-, Brennmaterialien und Brot-Unterstützungen zu gewähren sind, gehen aus dem Tarif (§. 2.) hervor.

Diejenigen Familien der Unteroffiziere und Mannschaften, welche bei dem Eintritte der Mobilmachung einem Garnison-Verbande angehörten und sich in dem Genuße des freien Schul-Unterrichts für ihre Kinder oder der Kinder-Schulgelber, so wie in dem Genuße der freien Arznei-Verpflegung und ärztlichen Behandlung in Krankheitsfällen befanden, verbleiben in diesem Genuße auch während des Kriegs-Zustandes; wogegen diejenigen Familien, deren Männer oder Väter erst bei der Mobilmachung aus ihren heimatlichen Verhältnissen zum Dienst herangezogen werden, von diesen Beneficien ausgeschlossen sind. (Siehe die §§. 12. bis 14.)

§. 5.

Servis-Unterstützung.

Die Höhe der Servis-Unterstützung richtet sich:

nach dem Garnison-Orte, resp. dem Wohnorte (Städte I. und II. Klasse)
und nach der Charge oder Stelle des Mannes oder Vaters.

§. 6.

Verläßt eine Familie den Garnison-Ort, resp. den frühern Wohnort, und wählt einen andern Aufenthalts-Ort im Inlande, so verbleibt ihr die Servis-Unterstützung nach dem Satze des verlassenen Garnison- oder frühern Wohnortes.

§. 7.

Nach der Charge oder Stelle des Mannes oder Vaters zerfallen die Familien in sechs Kategorien, für deren jede der Tarif (§. 2.) besondere Servis-Unterstützungssätze normirt.

Die Sätze der ersten vier Kategorien werden entweder der Frau oder den mütterlosen Kindern gewährt.

In der fünften und sechsten Kategorie sind sowohl für die Frau als auch für jedes Kind unter 14 Jahren besondere Sätze normirt, welche nebeneinander gewährt werden dürfen.

§. 8.

Bei der Gewährung ist diejenige Charge oder Stelle entscheidend, welche der Mann oder Vater in der mobilen oder immobilen Armee bekleidet, dergestalt, daß sich

die Servis-Unterstützung der Familie erhöht, wenn der Mann oder Vater nach seiner Charge oder Stelle in eine höhere Kategorie übergeht.

Findet sich die Charge oder Stelle eines Mannes oder Vaters, dessen Familie nach §. 2. zur Zahl der Berechtigten gehört, in dem Tarife nicht verzeichnet, so ist die Familie derjenigen Kategorie zuzutheilen, zu deren Rangstufe der Mann oder Vater gehört.

§. 9.

Familien, denen in Kasernen oder anderen königlichen Gebäuden Wohnung eingeräumt wird, empfangen die normirten Servis-Unterstützungen nur zur Hälfte.

§. 10.

Brot-Unterstützung.

Die Brot-Unterstützung ist nur für die Familien der Unteroffiziere und Mannschaften und der Unter-Beamten bestimmt. Sie wird gewährt:

für die Frau entweder mit 4 Stück sechspfündigen Kommissbrotten oder mit 18 Pfunden Mehl monatlich, oder mit dem Betrage der zur Zeit des Empfanges bestimmungsmäßig zulässigen Geld-Vergütung,
für jedes Kind unter 14 Jahren mit der Hälfte der für die Frau normirten Sätze.

Durch das Verlassen des Garnison-Ortes, resp. früheren Wohnortes, geht das Anrecht auf die Brot-Unterstützung nicht verloren.

§. 11.

Brenn-Materialien-Unterstützung.

Auch die Brenn-Materialien-Unterstützung ist eine nur den Familien der Unteroffiziere und Mannschaften und der Unterbeamten zustehende Competenz, welche entweder der Frau oder den mütterlosen Kindern zu gewähren ist, gleichviel, ob sich diese am Garnison-Orte aufhalten, oder denselben verlassen haben.

Die Unterstützung besteht zunächst in der, von der befugten Behörde zu ertheilenden Erlaubniß, in den benachbarten königlichen Forsten an bestimmten Tagen in der Woche Raff- und Leseholz einzusammeln.

An Orten, wo die Erlaubniß nicht ertheilt werden kann, erhält jede Familie in den fünf Wintermonaten, vom 1sten November bis Ende März, entweder eine halbe Klafter hartes Knüppelholz, oder das ortsübliche Surrogat, wobei anzunehmen ist, daß das harte Knüppelholz dem Kiehn- u. Klobenholze an Heizkraft gleichstehe.

Kann die Natural-Verabreichung nicht stattfinden, so tritt an deren Stelle die Geld-Vergütung nach dem von der Orts-Behörde zu bescheinigenden localen Werthe.

Anfuhrkosten werden für das in natura verabreichte Brenn-Material nicht vergütet.

§. 12.

Kinder-Pflege- und Kinderschul-Geld und freier Schul-Unterricht.

Für die Gewährung der Kinder-Pflege- und Kinder-Schulgelder, so wie für den freien Schul-Unterricht bleiben die Friedens-Bestimmungen auch während des Kriegs-

Kriegszustandes in der Art maßgebend, daß in der Berechtigung der Familie durch den Ausmarsch des Vaters keine Veränderung eintritt.

§. 13.

Arznei-Verpflegung.

Die zur Arznei-Verpflegung der Soldaten-Familien im Frieden ausgesetzten Fonds bleiben für die darauf angewiesenen Familien nach den darüber gegebenen Friedens-Bestimmungen auch nach dem Ausmarsche des Vaters zahlbar.

Eine Ueberschreitung der ausgesetzten Mittel darf nicht stattfinden.

§. 14.

Ärztliche Behandlung.

Die nach §. 13. zur Theilnahme an der Arznei-Verpflegung berechtigten Soldaten-Familien werden, wenn sich Militair-Ärzte an ihrem Wohnorte befinden, in Erkrankungsfällen von diesen kostenfrei behandelt.

An Orten, in welchen sich keine Militair-Ärzte befinden, treten die Soldaten-Familien, in Ansehung ihrer ärztlichen Behandlung, in die Kategorie der übrigen bürgerlichen Einwohner.

§. 15.

Beginn der Unterstützungen.

Der Anspruch auf die Gewährung beginnt:

A. Bei der Servis-Unterstützung,

1) für die Familien der selbsteingemiethteten Männer oder Väter mit dem Zeitpunkt, an welchem die Zahlung des Servises oder der Mieths-Entschädigung in Folge des Ausmarsches aus der Garnison aufhört;

2) für die Familien der casernirten oder einquartirten Männer oder Väter mit dem Tage des Ausmarsches;

3) für die Familien der Offiziere und Beamten, welche zur Zeit der Mobilmachung nicht servisberechtigt waren, so wie der Rekruten und Trainsoldaten, mit dem Tage, an welchem die Männer oder Väter in Folge ihrer Einberufung zum Militair-Dienste, ihre Familie verlassen.

B. Bei der Brot-Unterstützung,

mit dem Tage des Ausmarsches des Mannes oder Vaters, resp. mit dem Tage, an welchem derselbe seine Familie verlassen muß.

C. Bei der Brenn-Materialien-Unterstützung,

ebenfalls mit dem Tage des Ausmarsches des Mannes oder Vaters, resp. mit dem Tage, an welchem derselbe seine Familie verlassen muß, sofern dieser Tag in die §. 11. gedachte fünfmonatliche Periode fällt, sonst erst mit dem Beginn dieser Periode.

D. Bei dem Eintritte eines Avancements erfolgt die Zahlung der höhern Unterstützung vom 1sten desjenigen Monats ab, welcher auf den Monat folgt, in welchem die Beförderung officiell bekannt gemacht ist.

§. 16.

§. 16.

Aufhören der Unterstützungen.

Die Gewährung derjenigen Familien-Unterstützungen, welche nur für die Dauer des Kriegszustandes bestimmt sind, hört im Allgemeinen mit der Rückkehr der Truppentheile zc. in die Friedens-Garnison auf.

Die Gewährung hört schon vor dem Ablauf des Kriegszustandes auf, wenn

A. der Mann oder Vater

- 1) als Offizier in das Gehalt eines Hauptmanns oder Rittmeisters erster Classe rückt, als Beamter in eine Kategorie von gleichen Einkommens-Verhältnissen übergeht;
- 2) in Folge der Selbstentleibung, der Todesstrafe, der Desertion oder des sonstigen Ausscheidens aus dem Dienst im Rapport bestimmungsmäßig in Abgang gebracht wird;
- 3) vier Wochen lang vermisst ist;
- 4) als Offizier oder Beamter in Gefangenschaft ein Inaktivitäts-Gehalt bewilligt erhält. (Confr. §§. 352. bis 356. des Reglements über die Geld-Verpflegung der Armee im Kriege).

In allen vorstehend unter 1. bis 4. genannten Fällen werden die Unterstützungen so lange fortgewährt, bis die Nachricht von den die Einstellung veranlassenden Umständen bei der Provinzial-Intendantur eingeht.

Nur beim Abgang durch Tod im Felde, in Folge Verwundung oder Krankheit, können die Familien-Unterstützungen noch sechs Monate lang nach dem Eingange der Todes-Nachricht bei der Provinzial-Intendantur, fortgewährt werden, sofern der Kriegszustand nicht früher abläuft, und demnach die Verabreichung der Familien-Unterstützungen allgemein wegfällt.

B. Die berechtigten Familien-Glieder

- 1) den Mann oder Vater als Markenderinnen zc. begleiten, oder ihm nach dem Standorte seines Truppentheils zc. folgen und hiermit ihren Wohnort verändern;
- 2) ins Ausland ziehen;
- 3) versterben;
- 4) als Kinder unter 14 Jahren, welche für ihre Person eine Servis- und Brot-Unterstützung empfangen, das vierzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben.

Ueber den Ablauf des Kriegszustandes hinaus können die Familien-Unterstützungen fortgewährt werden, wenn der Mann oder Vater

- a. bei der Rückkehr der Truppentheile zc. einen neuen Garnison-Ort angewiesen erhält, in diesem Falle bis zu demjenigen Zeitpunkte, an welchem es der Familie gestattet wird, sich nach dem neuen Garnison-Orte zu begeben und ihr die bestimmungsmäßigen Umzugs-Kosten bewilligt werden;

b. bei

- b. bei der Rückkehr seines Truppentheils 2c. in die Friedens-Garnison abcom-mandirt und dadurch an der Vereinigung mit seiner Familie verhindert wird; in diesem Falle bis zu drei Monaten über den Monat der Rückkehr des Trup-pentheils 2c. hinaus;
- c. durch Verwundung oder Krankheit verhindert ist, mit seinem Truppentheile 2c. in die Friedens-Garnison zurückzukehren; in diesem Falle bis zur Rückkehr nach erfolgter Genesung.

§. 17.

Festsetzung der zu gewährenden Familien-Unterstützungen.

Die Festsetzung der Familien-Unterstützungen erfolgt durch die Provinzial-Inten-danturen. Behörden, Truppentheile und Administrationen haben daher vor ihrem Ausmarsche namentliche Verzeichnisse der zum Empfange von Unterstützungen berech-tigten Familien nach dem anliegenden Schema aufzustellen und gehörig bescheinigt der Provinzial-Intendantur des Corps zu übersenden, welche befugt ist, sich zur Prüfung der gemachten Angaben die Trau- und Tausscheine vorlegen zu lassen.

Kann die Aufstellung der Verzeichnisse durch die ausmarschirenden Behörden, Trup-pen und Administrationen nicht erfolgen, so ist dieselbe von der Commandantur, und wenn eine Commandantur nicht am Orte ist, vom Magistrate des Garnison-Ortes zu bewirken.

§. 18.

Anweisung der Geld-Gewährungen.

Nach erfolgter Festsetzung hat die Provinzial-Intendantur

- a. die Servis- und die in Gelde zu gewährenden Brenn-Materialien-Unterstützungen auf die Garnison-Verwaltung,
- b. die in Gelde zu gewährenden Brot-Unterstützungen auf die Magazin-Ver-waltung,

des Garnison-Ortes zur fortlaufenden Zahlung in Monats-Beträgen anzuweisen.

Befindet sich am Orte keine Garnison- und keine Magazin-Verwaltung, so wer-den die Zahlungen von der Orts-Communal-Casse geleistet, wonach die Provinzial-Intendanturen ihre Anweisungen einrichten.

Die Servis-Unterstützungen werden monatlich postnumerando gezahlt.

§. 19.

Anweisung der Natural-Gewährungen.

Die Natural-Verabreichung der Brot-Unterstützungen erfolgt aus königlichen Magazinen auf Anweisung der Provinzial-Intendanturen. Wegen der Natural-Ver-abreichung der Brenn-Materialien-Unterstützung haben sich die Provinzial-Intendan-turen mit den Regierungen zu benehmen und diesen Auszüge aus den Verzeichnissen über die zum Empfange berechtigten Familien mitzutheilen, wenn die Natural-Ver-abreichung durch Einsammeln von Rast- und Pechholz oder durch Verabreichung aus be-

benachbarten königlichen Forsten oder aus königlichen Holzhöfen erfolgen kann. Die Regierungen erlassen alsdann auf Grund der Auszüge die nöthigen Anweisungen.

§. 20.

Quittungen.

Die Familien haben über die empfangenen Unterstützungen Quittungen nach dem anliegenden Schema auszustellen.

§. 21.

Liquidation.

Königliche und Communal-Cassen, welche Familien-Unterstützungen gezahlt haben, stellen darüber allmonatlich eine Liquidation nach dem anliegenden Schema auf und reichen solche mit den Quittungen der Empfänger belegt, der Provinzial-Intendantur des Corps ein. Damit Letztere im Stande ist, die in den Liquidationen ausgebrachten Geld-Vergütungen für das nicht in natura gewährte Feuerungs-Material nach den Local-Preisen festzustellen, haben die Regierungen der Provinzial-Intendantur von den bestehenden Holz-Tagen und den Veränderungen derselben die erforderlichen Mittheilungen zu machen.

Für das in natura verabreichte Brenn-Material sind Seitens der Forst-Ämter oder Holzhof-Verwaltungen die nach den bestehenden Taxen aufgestellten Kosten-Liquidationen bei der betreffenden Regierung einzureichen, welche sie nach erfolgter Feststellung der Provinzial-Intendantur zur Erstattungs-Anweisung übersendet.

Für das eingesammelte Raff- und Escholz wird der Forst-Verwaltung keine Vergütung gewährt.

Das in natura verabreichte Brot haben die Magazin-Verwaltungen in ihren Jahres-Rechnungen als „extraordinaire Unterstützungen für zurückgebliebene Familien“ unter einem besonderen Abschnitt in Ausgabe zu stellen.

§. 22.

Erstattung.

Die Provinzial-Intendanturen haben die ihnen zugehenden Liquidationen zu revidiren und festzustellen und die festgestellten Beträge auf die Corps-Zahlungsstellen zur Erstattung und zur Herausgabe,

die Servis- und Brenn-Materialien-Unterstützungen, beim Servis-Fonds,

die Brot-Unterstützungen, beim Natural-Verpflegungs-Fonds des Kriegs-Jahres-Etats der immobilen Armee anzuweisen.

§. 23.

Verfahren in Ansehung der Kinder-Pflege- und Kinder-Schul-Gelder und der Arznei-Gelder.

Die Anweisung der Kinder-Pflege- und Kinder-Schul-Gelder und der Arznei-Gelder erfolgt ebenfalls durch die Provinzial-Intendanturen und zwar auf dieselben Fonds

Fonds des Kriegs=Jahres=Stats der immobilen Armee, auf welche diese Gelder im Frieden auf den Friedens=Stat angewiesen werden.

§. 24.

Benachrichtigungen über eintretende Veränderungen.

Alle Commando=Behörden, Truppen und Administrationen, für deren Familien Unterstützungen gewährt werden, sind verpflichtet, der Provinzial=Intendantur ihres Corps von den eintretenden Veränderungen in den Personen der Männer und Väter, welche nach §. 16. die Einstellung der Familien=Unterstützungen oder nach §. 8. eine Erhöhung derselben bedingen, sofort Nachricht zu geben.

Die Provinzial=Intendanturen haben dahin zu sehen, daß Ueberhebungen verhütet werden und sich bei Ausübung der nothwendigen Controлле mit den Feld=Intendanturen in Verbindung zu setzen.

Berlin, den 26. Juli 1855.

Der Minister des Innern.

gez. v. Westphalen.

Der Finanz=Minister.

v. Bodelschwingh.

Der Kriegs=Minister.

gez. Graf v. Waldersee.

Anlage I.

T a r i f

der

Monatssätze an Servis=, Brot= und Brennmaterialien=
Unterstützungen

für

Militair=Familien während des Kriegszustandes.

N^o
der
Rat^e =
gorien.

Bezeichnung der Familien
nach der
Charge oder Stelle des Mannes oder Vaters.

1. Die Frau oder die mütterlosen Kinder:
eines Hauptmanns oder Rittmeisters mit dem Gehalte 2. oder 3. Klasse
= Militär = Intendantur = Assessors
= Divisions = Auditeurs
= Ober = Lazareth = Inspectors bei einem Haupt = Feld = Lazareth
2. Die Frau oder die mütterlosen Kinder:
eines Divisions = Predigers
3. Die Frau oder die mütterlosen Kinder:
eines Premier = oder Seconde = Rentnants
= Intendantur = Referendars als Abtheilungs = Vorsehers
= Intendantur = Secretaires
= Intendantur = Expedienten und Calculators
= Intendantur = Assistenten
= Intendantur = Registrators
= Zahlmeisters
= Oberjägers des reitenden Feldjäger = Corps
= Stabs = oder Bataillons = Arztes
= Ober = oder Assistenz = Arztes
= Kassirers
= Buchhalters
= Cassen = Schreibers
= Feld = Magazin = Rentanten
= " " Controllenrs
= " " Assistenten
= " " Bachmeisters
= Stabs = Apothekers
= Ober = "
= Unter = "
= Lazareth = Inspectors
= Rentanten
= Secretaires
= Feld = Post = Secretaires
= Feld = Post = Expedienten
4. Die Frau oder die mütterlosen Kinder:
eines reitenden Feldjägers
= Feldwebels
= Wachtmeisters
= Oberfeuerwerkers
= Unteroffiziers als etatsmäßiger Schreiber bei den mobilen höheren Commando = Be-
hörden, beim stellvertretenden General = Commando, bei den stellvertretenden
Infanterie = Brigade = Commandos
= Unterarztes
= Medizins =

Monatsätze.

A. Der Servis-Unterstützung						B.		C.	
in einer Stadt 1. Klasse.			in einer Stadt 2. od. 3. Klasse und auf dem Lande.			d Brot-Unter- stützung.		der Brennmaterialien-Unter- stützung während der 5 Wintermonate vom 1. November bis Ende März.	
Thl.	Sgr.	Pf.	Thl.	Sgr.	Pf.				
4	—	—	3	—	—				
3	15	—	2	18	9	—			
2	15	—	1	26	3	—			
1	15	—	1	3	9				

zu 4. 5. 6.

a. Die Frau jeder dieser Kategorien 4 Stück Commisbrote à 6 Pfd. od. 18 Pfd. Mehl oder den Betrag der zur Zeit des Empfanges bestimmungsmäßig zulässigen Vergütung in baarem Gelde.

zu 4. 5. 6.

Jede Familie ins gesamt eine halbe Klafter hartes Knüppelholz, oder das ortsübliche Surrogat (conf. §. 11.) entweder in natura oder den Geldebetrag dafür nach dem jetzigen Local-Verthe,

Bemerkung zur Kategorie 4. bis 6. incl.

Dieserigen Familien dieser Kategorien, deren Väter aus dem Reserve- und Landwehr-Verhältnis eingezogen sind, und welche daher nach Maßgabe des Gesetzes vom 27sten Februar 1850. anderweit Un-

Bemerkung zur Kategorie 4. bis 6. incl.
 Diejenigen Familien dieser Kategorien, deren Väter aus dem Reserve- und Landwehr-Verhältnis eingezogen sind, und welche daher nach Maßgabe des Gesetzes vom 27ten Februar 1850. anderweit Un-

N^o
der
Sta-
gorien.

Bezeichnung der Familien
nach der
Charge oder Stelle des Mannes oder Vaters.

5. a. die Frau
- eines Küsters
 - = Cassendieners bei der Corps-Kriegs-Casse
 - = chirurgischen Instrumentenmachers } bei den Feld-Lazarethen
 - = Revier-Arzt
 - = Briefträgers } bei den Feld-Posten
 - = Schaffners
- b. für ein jedes Kind dieser Kategorie, bis dasselbe das vierzehnte Lebensjahr zurückgelegt hat
6. a. die Frau
- eines Feuerwerkers
 - = Unteroffiziers als etatsmäßiger Schreiber bei den mobilen Truppen, beim Com-
mando des Train-Bataillons, bei der Inspection der Ersatz-Escadrons, bei
den interimistischen Festungs-Inspectionen, beim Commando der immobilen
Artillerie, beim Commando der Artillerie-Kriegsbesatzung, bei den stellvertre-
tenden Stäben der Landwehr-Bataillone, bei den Ersatz-, Besatzungs- und
immobilen Feld-Truppen
 - = Apotheken-Handarbeiters bei den Feld-Lazarethen
- b. ein jedes Kind dieser Kategorie, bis dasselbe das vierzehnte Lebensjahr zurückgelegt hat
- eines Unteroffiziers, welcher nicht zu den Kategorien 4. und 5. gehört
 - = Sattlers
 - = Büchsenmachers
 - = Kürschmiers
 - = jeden Militärs, welcher nach dem Kriegs-Verpflegungs-Reglement zur Zahl der
Mannschaften gerechnet wird
 - = Ober-Schmieds } bei den Proviant-Colonnen
 - = Handwerkers }
 - = Ober-Bäckers } bei den Feld-Bäckerei-Colonnen
 - = Ober-Schlächters }
 - = Ober-Maurers }
 - = Handwerkers }
 - = Lazareth-Gehülfen } bei den Feld-Lazarethen
 - = Krankenwärters }
 - = Postillons bei einem Feldpost-Unte.

Monatsfäße.

A. Der Servis-Unterstützung						B.		C.	
in einer Stadt 1. Klasse.			in einer Stadt 2. od. 3. Klasse und auf dem Lande.			der Brot-Unter- stützung.		der Brennmaterialien-Unter- stützung während der 5 Wintermonate vom 1. November bis Ende März.	
Zhl.	Egr.	Pf.	Zhl.	Egr.	Pf.				
1	15	—	1	3	9				
1	—	—	—	22	6	b. Ein jedes Kind derselben Kategorie bis zum zurückgelegten 14. Lebensjahre 2 Stück Commisbrote à 6 Pfd. od. 9 Pfd. Mehl, oder den Betrag der zur Zeit des Empfanges bestimmungsmäßig zulässigen Vergütung in baarem Gelde.			
—	7	6	—	5	7½				
—	15	—	—	11	3	sofern die Familie nicht verpflichtet wird, sich Raff- und Leseholz einzufahren.			
—	7	6	—	5	7½				
						terstützung zu empfangen haben, sind zum Empfange der nebengedachten Unterstützung nicht berechtigt. ad 5. Sind von einer Familie nur 1, 2 od. 3 mütterlose, zum Empfange der Unterstützung berechtigte Kinder vorhanden, so empfangen sie zusammen den Servissatz zu 5 a. und es fällt dagegen die Servis-Unterstützung nach dem Satze 5 b. weg. ad 6. Ist von einer Familie nur 1 mütterloses, zum Empfange der Unterstützung berechtigtes Kind vorhanden, so empfängt es den Servissatz zu 6 a.			

terstützung zu empfangen haben, sind zum Empfange der nebenbedachten Unterstützung nicht berechtigt.

ad 5. Sind von einer Familie nur 1, 2 od. 3 mütterlose, zum Empfange der Unterstützung berechnete Kinder vorhanden, so empfangen sie zusammen den Servisfah zu 5 a. und es fällt dagegen die Servis-Unterstützung nach dem Sage 5 b. weg.

ad 6. Ist von einer Familie nur 1 mütterloses, zum Empfange der Unterstützung berechtigtes Kind vorhanden, so empfängt es den Servisfah zu 6 a.

== .. Ihr. .. Sgr. .. Pf. ==

buchstäblich 2c. 2c. 2c.

find mir für den Monat..... 18.....

und zwar: an Serviſ-Unterſtützung

für mich 0 Thlr. 0 Sgr. 0 Pf.

für meine 0 Kinder à 0 Sgr.

0 Pf. 0 Thlr. 0 Sgr. 0 Pf.

== 0 Thlr. 0 Sgr. 0 Pf.

Für den Fall diese Competenzen in Gelde gewährt werden.

an Brot = Unterstützung

für mich 4 Stück Commis:

brote à 6 Pf. zu 0 Sgr.

0 Pf. 0 Thlr. 0 Sgr. 0 Pf.

für meine 0 Kinder à 2 Com=

mißbrote zusammen O Com=

misbrote à 6 Pfd. zu 0 Sgr.

0 Pf. 0 Thlr. 0 Sgr. 0 Pf.

== 0 Thlr. 0 Sgr. 0 Pf.

an Brennmaterialien = Unterstützung

für mich und meine Kinder $\frac{1}{2}$ Klafter hartes Knüppel-

holz in baarem Gelde 0 Thlr. 0 Sgr. 0 Pf.

zusammen wie oben 0 Thlr. 0 Egr. 0 Pf.

von der heute richtig gezahlt worden,
 worüber diese Quittung.

Ort und Datum

Name

Frau des Unteroffiziers N. N. vom ten

Bataillon ten Infanterie-Regiments.

Die Richtigkeit vorstehender Namens-Unterschrift bescheinigt mit dem Bemerken, daß die Frau N. N. (und ihr resp. ihre Kinder N. N.) noch am Leben ist (sind) und im Monat N. N. ihren Wohnsitz in N. N. gehabt hat (haben).

Ort und Datum

Orts = resp. Polizei = Behörde.

NB. Eine Quittung Namens mutterloser Kinder wird mit den entsprechenden Abänderungen ausgestellt.

Figur=

Liquidations-Schema.

Anlage 4.

Liquidation

über die

von de zu

im Monat 18 . .

gezahlten Familien-Unterstützungen.

1800

Druck von J. Weisshäuser in Oppeln.

Druck von J. Weisshäuser in Oppeln.		
Druck von J. Weisshäuser in Oppeln.	Druck von J. Weisshäuser in Oppeln.	Druck von J. Weisshäuser in Oppeln.

Druck von J. Weisshäuser in Oppeln.

Druck von J. Weisshäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 13.

Oppeln, den 27. März 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 8. enthält:

- (N^o 4356.) Das Privilegium zur Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Cöln, zum Betrage von 750,000 Rthlr. Vom 28sten Januar 1856.
- (N^o 4357.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 4ten Februar 1856., betreffend die Verleihung der fisealischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der darin bezeichneten Kreis=Chausseen im Kreise Marienwerder.
- (N^o 4358.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Februar 1856., betreffend den Organismus der Telegraphen=Vermaltung und das Rangverhältniß der Telegraphen=Beamten; und
- (N^o 4359.) Den Nachtrag zu dem Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Meliorations=Societät der Bocher Heide, bis zum Betrage von 50,000 Rthlr., vom 29sten August 1853., zur Ausgabe von 50,000 Rthlr. neuer Obligationen. Vom 12ten Februar 1856.

N^o 9. enthält:

- (N^o 4360.) Das Statut für die Genossenschaft zur Entwässerung der Grundstücke an dem Dräsig=, Neppow= und Sarcben=See in dem Neu=Stettiner Kreise, Regierungs=Bezirk Cöslin. Vom 20sten Februar 1856.
- (N^o 4361.) Das Gesetz, betreffend die Ergänzung des §. 31. der Städte=Ordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30sten Mai 1853. Vom 25sten Februar 1856.
- (N^o 4362.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 25sten Februar 1856., betreffend die

fernere Vertretung der Herrschaft Cappenberg und Scheda auf dem Westphälischen Provinzial-Landtage; und
(N. 4363.) Die Bekanntmachung der Ministerial-Erklärung vom 20sten Februar 1856., betreffend eine Uebereinkunft mit der Herzoglich Nassauischen Regierung wegen Ergreifung wirksamer Maassregeln zur gegenseitigen Verhütung und Bestrafung von Feld-, Forst-, Jagd- und Fischerei-Freveln in den Gränz-Gebieten. Vom 12ten März 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

Regulativ

über die Prämiirung der bei den Central-Haspel-Anstalten übergebenen, im Inlande erzeugten Cocons.

N. 73. Mit Bezug auf das Regulativ vom 17ten Juni 1853. wird hinsichtlich der in den 3 nächsten Jahren 1856., 1857. und 1858. für inländische, bei den Central-Haspel-Anstalten übergebene Seiden-Cocons zu gewährende Prämien, Folgendes hierdurch festgesetzt:

- 1) diejenigen Seidenbauer, welche ihre Cocons an eine der durch das Amtsblatt bekannt gemachten Central-Haspel-Anstalten zum Abhaspeln abliefern oder verkaufen, erhalten für die Meke Cocons die unten näher angegebene Prämie;
- 2) diejenigen Seidenzüchter, von deren Cocons 10 Meken, oder weniger 1 Pfund Rohseide liefern, erhalten die höhere; diejenigen, von deren Cocons mehr wie 10, aber nicht mehr als 14 Meken zu 1 Pfund Rohseide erforderlich sind, die niedere; diejenigen, bei denen auch 14 Meken noch nicht ein volles Pfund geben, können auf keine Prämie Anspruch machen.
- 3) Die Prämie wird für den bezeichneten Zeitraum auf 2½ Sgr. für die Meke der bessern, und auf 1¼ Sgr. für die Meke der geringeren Cocons festgesetzt.
- 4) Die Central-Haspel-Anstalten sind verpflichtet, während der Dauer dieser Prämien-Bewilligung in ihren Empfangs-Localen einen Lohn-Tarif auszuhängen und inne zu halten, wonach der Haspellohn bei guten Cocons, 6 auf den Faden, 1 Rthlr. für das Pfund Rohseide nicht übersteigt. Bei mehreren Cocons auf den Faden wird ein ermäßigter, bei schlechteren, oder wenn weniger auf einen Faden gehaspelt werden, ein höherer Lohn erhoben. Klagen über fehlerhaftes Haspeln sind bei dem Königlichen Landes-Deconomie-Collegium anzubringen. Jedem Seidenzüchter bleibt überlassen, ob er seine Cocons an die Haspel-Anstalt verkaufen, oder denselben zum Haspeln gegen Lohn

Lohn anvertrauen will.

- 5) Seidenzüchter, welche die Prämie in Anspruch nehmen, haben ihre Cocons bei einer der Haspel-Anstalten zur Abmessung, Prüfung der Qualität, und zur Abhaspelung gegen Lohn oder zum Verkauf einzusenden. Die nach der daselbst vorgenommenen Prüfung und Festsetzung zukommenden Prämien, werden ihnen sodann von dem Besitzer der betreffenden Haspel-Anstalt gegen Quittung gezahlt.
- 6) Diejenigen Haspel-Anstalten, bei welchen die Prämie erhoben werden kann, sind zur Zeit:

In der Provinz Brandenburg:

Seidenzüchter Lehrer Rammow in Berlin.

Seidenfabrikant Heese in Steglitz,

Seidenzüchter Hussack in Bornim bei Potsdam,

Kirchhofsgärtner Schlicht in Frankfurt.

In der Provinz Schleßen:

Emerit. Postmeister Krinte in Bunzlau.

In der Provinz Posen:

Seminarlehrer Kiszewski in Paradies bei Meseritz.

In der Provinz Sachsen:

Lehrer Ehrhardt in Prettin, Kreis Torgau.

In der Rhein-Provinz:

Königliche Arresthaus-Verwaltung in Coblenz.

Berlin, den 7. März 1856.

Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten.

gez. v. Mantouffel.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Bei der obwaltenden Nothwendigkeit, die Instandsetzung der im Laufe des Winters schadhaft gewordenen Wege und Brücken zu bewerkstelligen, werden die dazu verpflichteten Grundbesitzer und Gemeinden mit Bezug auf das schlesische Wege-Reglement vom 11ten Januar 1767. und die diesfälligen Amtsblatt-Verordnungen angewiesen, mit der vorschriftsmäßigen Instandsetzung der Wege und Brücken, Räummung der Seitengräben und Nachpflanzung der eingegangenen oder beschädigten Straßen-Bäume, sobald es die Witterung gestattet, unverzüglich vorzugehen.

Die landrätthlichen Behörden haben die Orts-Vorsteher hierbei genau und streng zu controlliren, und nach Umständen executivische Maaßregeln mit aller Strenge anzu-

№ 74.

zuwenden, sofern Grundbesitzer oder Gemeinden ihren diesfälligen Verpflichtungen nicht gehörig genügen sollten.

Oppeln, den 10. März 1856.

Unter dem 14ten März 1856. ist dem Kaufmann J. H. F. Prillwitz in Berlin ein Einführungs-Patent:

auf einen mechanischen Webstuhl zur Herstellung von Teppichen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

auf die Dauer von fünf Jahre;

unter dem 17ten März 1856. den Schmiede-Meistern Gebrüder Friedrich und Reinhard Bender zu Wiesbaden ein Patent

auf einen durch Modelle in seiner ganzen Zusammensetzung als neu nachgewiesenen Wende-Pflug, ohne Jemand in Benutzung bekannter Theile zu behindern,

auf die Dauer von fünf Jahre, und

unter dem 19ten März 1856. dem Sattlermeister A. Jacob in Berlin, ein dergleichen,

auf eine durch Beschreibung und Modelle nachgewiesene Vorrichtung von Reitsätteln, um dieselben der Körperform des Pferdes anzupassen, so weit dieselben für neu erkannt worden und ohne Jemand in Benutzung bekannter Theile zu behindern,

ebenfalls auf die Dauer von fünf Jahren, von den obigen Tagen an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Oppeln, den 24. März 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

N^o 75. In Gemäßheit des Publicandums des Herrn Chefs der Preussischen Bank vom 23ten v. M., bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die von dem Bank-Comtoir in Cöln abhängige Bank-Commandite in Coblenz am 1sten April d. J. eröffnet werden wird. Die von derselben zu betreibenden Geschäfte bestehen in:

- 1) Discontirung von Wechseln auf Coblenz und Ankauf von Wechseln auf Berlin und andere inländische Plätze, an welchen sich Filial-Anstalten der Preussischen Bank befinden, so wie von ausländischen Wechseln, welche an der Berliner Börse einen Cours haben;
- 2) Ertheilung von Darlehen gegen Verpfändung edler Metalle, inländischer Staats-, Communal-, Ständischer und anderer öffentlicher, auf jeden Inhaber

ber lautender Papiere und dem Verderben nicht ausgesetzter, leicht verkäuflicher Landes-Producte und Waaren;

- 3) Ausstellung von Anweisungen auf die Haupt-Bank und deren Filial-Anstalten in den Provinzen, so wie Einlösung von Anweisungen dieser Anstalten auf die Bank-Commandite;
- 4) Besorgung des An- und Verkaufs öffentlicher Papiere für Rechnung öffentlicher Behörden und Anstalten;
- 5) Annahme von Wechseln und sonstigen zahlbaren Effecten zur Einziehung;
- 6) Annahme der zur zinsbaren und unzensbaren Belegung bei dem Bank-Comtoir in Cöln bestimmten Gelder von Behörden, Anstalten und Privat-Personen, worüber die Anträge auf Ausfertigung der Bank-Obligationen aber Seitens der Deponenten direct an das genannte Bank-Comtoir zu richten sind.

Die Verwaltung der Bank-Commandite in Coblenz ist dem Bank-Buchhalterei-Assistenten Insel und dem Stadt-Empfänger und Gymnasial-Cassen-Empfänger Schmidt daselbst gemeinschaftlich übertragen worden und sind daher Beider Unterschriften bei allen rechtsverbindlichen Erklärungen und Ausfertigungen der Bank-Commandite erforderlich.

Berlin, den 17. März 1856.

Königliches Preussisches Haupt-Bank-Directorium.

Von Ostern d. J. ab, beginnt in der evangelischen polnischen Präparanden-Anstalt zu Constadt wieder ein neuer Cursus, weshalb auf unsere betreffende Bekanntmachung vom 6ten December 1851. in den Amtsblättern der Königlichen Regierungen zu Oppeln und Breslau verwiesen wird.

Die Anmeldung neuer Zöglinge polnischer Zunge, die 15 bis 16 Jahr alt, und sonst geeignet zum Schulsache sein müssen, geschieht bei dem Vorsteher der Anstalt, Pastor pr. Prusse in Constadt, schriftlich oder mündlich bis zum 1sten April d. J.

Breslau, den 27. Februar 1856.

Kgl. Provinzial-Schul-Collegium
für Schlesien.

Od Wielkiej nocy r. b. w szkole przygotowawczej polskiej ewangelickiej dla nauczycieli w Walczynie zacznie się zaś nowy bieg nauk, dla czego odsyła się na obwiesaczenie nasze względem tej szkoły zdnia 6^{go} Grudnia 1851^{go} roku w Tygodniku urzędowym Regencyi Opolskiej i Wrocławskiej.

N^o 76.

Zameldowanie nowych uczniów polsku mówiących, lat mających 15 do 16^{stu} zdalnych do urzędu szkolnego, przyjmuje się u dyrektora tej szkoły Xiedza starszego Prusse w Walczynie listownie lub ustnie aż do 1^{go} Kwietnia r. b. Wrocław, dnia 27^{go} Lutego 1856. r.

Królewska-Pruskie Kolegium
Szkolne Prowincyalne dla Śląska.

Nr 77. Die schlesische Provinzial-Hilfs-Casse nimmt nach §. 4. 5. ihres Statuts vom 24sten Mai 1853. baare Gelder der Spar-Cassen, der Provinzial-Gemeinde- und Instituten-Cassen zur Verzinsung mit Vier Procent aufs Jahr an, und zahlt solche Gelder nach einer auch ihr freistehenden sechsmonatlichen Kündigung zurück. Anerbietungen sind an die unterzeichnete Direction zu richten.

Breslau, am 18. März 1856.

Direction der Provinzial-Hilfs-Casse für Schlesien.

Personal-Chronik.

Bekanntmachung.

In Folge der zuletzt stattgehabten Prüfungen pro venia concionandi und pro ministerio, erhielten:

A. Die Erlaubniß zu predigen die Candidaten der Theologie:

- 1) Heinrich, Friedrich Lange aus Breslau;
- 2) Carl, Gottlieb, Otto Müller aus Leopoldshain, Kreis Görlitz;
- 3) Johann, Gottlob Weikert aus Friedrichsthal, Kreis Bunzlau.

B. Das Zeugniß der Wählbarkeit zu einem geistlichen Amte in der evangelischen Kirche, die Candidaten des Predigt-Amtes:

- 1) Gustav, Edmund Buchwald aus Melanne, Kreis Görlitz, 33 Jahr alt;
- 2) Carl, Friedrich, Albert Franz aus Schwerta, Kreis Lauban, 26 Jahr alt;
- 3) Herrmann Neugebauer aus Ratibor, 25½ Jahr alt;
- 4) Carl, Friedrich, Eduard Schulz aus Böhmischdorf bei Brieg, 29½ Jahr alt;
- 5) Paul, Heinrich, Rudolph Ulrich aus Neufirch bei Goldberg, 25¾ Jahr alt;
- 6) Carl, Julius Wende aus Vollenhain, 33½ Jahr alt.

Breslau, den 7. März 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

Amts-Blatt

der Königl.ichen Regierung zu Oppeln.

Stück 14.

Oppeln, den 3. April 1856.

Allgemeine Gesefzsfammlung.

N^o 10. enthält:

(**N** 4364.) Das Gefefz, betreffend das Verfahren gegen ausgewanderte Militair-pflichtige und beurlaubte Landwehrmänner. Vom 18ten März 1856.

N^o 11. enthält:

(**N** 4365.) Den Allerhöchften Erlafz vom 12ten Februar 1856., betreffend die Verleihung der fisealifchen Borrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chausfee von Gnesen bis zur Mogelnoer Kreis-Gränze in der Richtung auf Schubin, und von Klefo bis zur Wongrowiecer Kreis-Gränze in der Richtung auf Mieszyfko; und

(**N** 4366.) Das Privilegium, wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Societät zur Regulirung der Gewässer in der Bokeler und Maftholter Niederung in der Provinz Weftphalen, bis zum Betrage von 80,000 Rthlr. Vom 20ften Februar 1856.

N^o 12. enthält:

(**N** 4367.) Den Allerhöchften Erlafz vom 12ten Februar 1856., betreffend die Verleihung der fisealifchen Borrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chausfee von Fraustadt bis zur Bomfter Kreis-Gränze, in der Richtung auf Wollstein.

(**N** 4368.) Den Allerhöchften Erlafz vom 12ten Februar 1856., betreffend die Verleihung der fisealifchen Borrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chausfee von der Birnbaumer Kreis-Gränze bei Rosenthal über Meserif und Bentfchen, bis zur Bomfter Kreis-Gränze, in der Richtung auf Wollstein.

- (M 4369.) Die Allerhöchste Concession und Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Erweiterung des Rheinischen Eisenbahn-Unternehmens. Vom 5ten März 1856.; und
- (M 4370.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 19ten März 1856., betreffend die Einsetzung einer Behörde unter der Firma: „Königliche Commission für den Bau der Kreuz-Küstrin-Frankfurter Eisenbahn“ mit dem Sitze in Frankfurt a. d. D.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

- Nr 78.** Mit Bezug auf die Amtsblatt-Bekanntmachung vom 17ten Januar d. J., betreffend die diesjährigen Privat-Beschäl-Stationen, wird hierdurch nachträglich bekannt gemacht, daß dem Ritterguts-Besitzer und Landes-Ältesten Freiherrn von Welczek auf Laband, im Kreise Loß-Gleiwitz, gestattet worden ist, seine beiden Hengste, und zwar:
- 1) ein Rappe, Vollblut, 14 Jahr alt, und
 - 2) ein Fuchs, Halbblut, 6 Jahr alt,
- als Beschäler an dem genannten Orte aufzustellen.
- Oppeln, den 15. März 1856.
-
- Nr 79.** Dem Kaufmann W. Rosenbaum zu Gleiwitz ist in Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. die Erlaubniß ertheilt worden, für die Leipziger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Agentur-Geschäfte zu besorgen.
- Oppeln, den 17. März 1856.
-
- Nr 80.** Dem Apotheker Gustav Tirpitz zu Breslau ist die Personal-Concession zur Errichtung einer Apotheke zu Rattowitz, im Kreise Beuthen, ertheilt worden.
- Oppeln, den 17. März 1856.
-
- Nr 81.** Den Schullehrern Gundrum zu Krier und Ignaz Bodinet zu Wilkomy, Plesser Kreises, ist auf Grund des §. 7. des Gesetzes vom 13ten Februar 1843. die Befugniß ertheilt worden, für die Einsassen der Gemeinden Krier und Wilkomy, welche Pferde verkaufen, vertauschen, verschenken oder sonst veräußern wollen, die vorgeschriebenen Legitimations-Atteste stempel- und kostenfrei auszufertigen.
- Oppeln, den 19. März 1856.
-

Der Pfarrer Bawreczko in Larnowiz hat dem dortigen Magistrate ein Capital von 100 Thalern mit der Bestimmung geschenkt, daß die Zinsen davon zur Pflege armer Kranker verwendet werden sollen. Dies wird hiermit öffentlich belobt.

Oppeln, den 22. März 1856.

Daß dem Kaufmann F. H. F. Prillwitz zu Berlin unter dem 7ten Mai 1855. ertheilte Einführungs-Patent,

auf ein Verfahren zur Herstellung von Metall-Spiegeln,
ist aufgehoben.

Oppeln, den 31. März 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Durch das Ableben des Pastors Simon in Grottkau, ist das dortige evangelische Pfarramt erledigt worden. Dasselbe gewährt ein Einkommen von circa 500 Rthlr. und steht die Wiederbesetzung desselben dem evangelischen Gemeinde-Kirchenrathe zu Grottkau zu.

Nr 82.

Breslau, den 15. März 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlessien.

Das unterzeichnete Directorium der Königl. landwirthschaftlichen Lehr-Anstalt in Proßkau macht, unter Bezugnahme auf die durch die Amtsblätter der Königl. Regierungen veröffentlichte Anzeige vom 26ten April v. J., bekannt, daß in Folge höherer Anordnung auch in diesem Jahre denjenigen Königl. Beamten, Geometern und Landwirth. welche sich von dem Drainirungs-Wesen nähere Kenntniß und Anschauung verschaffen wollen, durch die hiesige Lehr-Anstalt Gelegenheit hierzu dargeboten werden soll. Diejenigen, welche hiervon Gebrauch zu machen wünschen, werden daher ersucht, sich in der Zeit vom 8ten bis 21sten Juni c. hieselbst einzufinden, wo der Lehrer der Landwirthschaft, Herr Wenz, sich der Unterweisung Fremder unterziehen und hierzu die hieselbst im Gange befindlichen Drain-Arbeiten benützen wird.

Nr 83.

Anmeldungen hierzu werden möglichst bald erbeten.

Proßkau, den 15. März 1856.

Der Director und Geheime Regierungs-Rath.
gez. Heinrich.

Verzeichniß

der

auf der Universität Breslau im Sommer-Semester 1856. vom 7ten April an zu haltenden Vorlesungen.

(Die mit * bezeichneten Vorlesungen werden öffentlich oder unentgeltlich gehalten.)

Theologie.

A. Evangelische Facultät.

Theologische Encyclopädie, Herr Professor Dr. Näbiger. Erklärung der Psalmen, Herr Professor Dr. Middeldorpf. * Erklärung des Propheten Hoseas, Herr Professor Dr. Näbiger. Erklärung des Evangeliums des Matthäus, mit steter Berücksichtigung der übrigen Evangelien, Herr Professor Dr. Gaupp. Erklärung des Evangeliums Johannis, Herr Lic. Dr. Hahn. Erklärung der Briefe an die Korinther, Herr Professor Dr. Näbiger. Erklärung des Hebräerbriefs, Herr Professor Dr. Middeldorpf. * (Privatissime und gratis) Leitung exegetischer Uebungen, betreffend das Neue Testament, in noch zu bestimmender Stunde, Herr Lic. Dr. Hahn. Darstellung der Theologie des Neuen Testaments, Derselbe. Der Kirchen-Geschichte erste Hälfte, Herr Professor Dr. Semisch. * System der christlich kirchlichen Alterthümer, Herr Professor Dr. Böhmer. Christliche Symbolik, vierstündig, Herr Professor Lic. Meuß. Theorie des christlichen Lebens (christliche Moral-Theologie), dreimal oder viermal, Herr Professor Dr. Böhmer. Der praktischen Theologie erster und dritter Theil (Liturgik und Lehre vom Kirchen-Regiment), Herr Prof. Dr. Gaupp.

* Theologisches Seminar: Exegetisch-kritische Uebungen über das Alte Testament, Herr Professor Dr. Middeldorpf; Uebungen in der theologischen Auslegung des Neuen Testaments, Herr Professor Dr. Böhmer; kirchengeschichtliche Uebungen, Herr Professor Dr. Hahn; dogmen-historische Uebungen, Herr Professor Dr. Semisch.

* Praktisches Institut: Homiletische Uebungen, Herr Professor Dr. Gaupp; homiletische und catechetische Uebungen, Herr Professor Lic. Meuß.

B. Katholische Facultät:

* Biblische Hermeneutik und Kritik, Hr. Prof. Dr. Friedlieb. * Kritische Geschichte der heil. Bücher des Alten Bundes, Hr. Prof. Dr. Movers. Erster und zweiter Theil der Einleitung in die gesammte Theologie, Hr. Prof. Dr. Balzer. Erklärung der Genesis, Hr. Prof. Dr. Movers. * Exegetische Uebungen im Alten Testament, Derselbe. Erklärung des Römerbriefs, Hr. Prof. Dr. Friedlieb. * Exe-

getische Uebungen im Königl. theologischen Seminar, Derselbe. * Exegetisches Repetitorium, Hr. Prof. Lic. Stern. * Erklärung der Kirchen-Geschichte des Eusebius im Königl. theolog. Seminar, Hr. Prof. Dr. Ritter. Der Kirchen-Geschichte zweiter Theil, Derselbe. * Repetitorium und Disputatorium über die vorzüglichsten Kapitel der Kirchen-Geschichte, Derselbe. * Erklärung außerlesener, patristischer Stücke im theolog. Seminar, Hr. Prof. Dr. Baltzer. * Dogmatisches Repetitorium, Hr. Prof. Dr. Reinkens. Der Dogmatik zweiter Theil, Derselbe. * Repetitorium über die Hauptpunkte der katholischen Dogmatik und Moral, Hr. Prof. Dr. Bittner. Generelle Moral-Theologie oder Einleitung in die katholische Moral-Theologie, Derselbe. Der Moral-Theologie specieller Theil, Hr. Prof. Lic. Stern. * Repetitorium über praktische Theologie, Hr. Prof. Dr. Vohl. * Homiletik, Derselbe. Fortsetzung der Vorlesungen über praktische Theologie, Derselbe.

Die Uebungen im katholisch-theologischen Seminar leiten die Herren Professoren DD. Ritter, Balzer, Movers, Friedlieb.

Rechtswissenschaft.

Encyclopädie und Methodologie der Rechtswissenschaft, Hr. Dr. Schirmer. Naturrecht oder Rechts-Philosophie, Hr. Dr. Eberth. * Examinatorium und Disputatorium über Naturrecht, Hr. Prof. Dr. Abegg. Geschichte und Institutionen des Römischen Rechts, Hr. Prof. Dr. Gizler und Hr. Prof. Dr. Mommsen. * Geschichte des Römischen Civil-Verfahrens, Hr. Dr. Schirmer. * Erläuterung von Stellen aus Cicero, die sich auf das Recht beziehen, Herr Prof. Dr. Mommsen. Pandekten mit Ausschluß des Personen- und Pfandrechts, Hr. Prof. Dr. Huschke. Erbrecht, Derselbe. * Pfandrecht, Derselbe. * Personenrecht, Hr. Prof. Dr. Gizler. * Uebung in schriftlichen Ausarbeitungen und Disputatorium über Materien des Römischen Rechts, Hr. Prof. Dr. Mommsen. Repetitorien und Examinatorien über das Civilrecht, privatissime, Hr. Dr. Schirmer. Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, Hr. Prof. Dr. Gaupp. * Erklärung der Lex Frisionum und Lex Saxonum, Derselbe. Gemeines und Preussisches Lehnrecht, mit Berücksichtigung der einschlagenden neuern Gesetze, Derselbe. Kanonisches und Kirchenrecht der katholischen und evangelischen Kirche, Derselbe. Gemeines und Preussisches Criminalrecht, Herr Prof. Dr. Abegg. * Ueber die verschiedenen Strafrechts-Theorien, Derselbe. * Erklärung der Peinlichen Gerichts-Ordnung Kaiser Karls V., Hr. Dr. Eberth. Gemeiner und Preussischer Civil-Prozeß, Hr. Prof. Dr. Abegg. Europäisches Völkerrecht, Hr. Prof. Dr. Gaupp. Preussisches Landrecht, Hr. Prof. Dr. Gizler.

Heilkunde.

* Encyclopädie und Hodegetik des ärztlichen Studiums, Hr. Prof. Dr. Henschel.
 * Ausgewählte Kapitel der Entwicklungs-Geschichte, Hr. Prof. Dr. Reichert. Vergleichende Anatomie, Hr. Prof. Dr. Barkow. * Zootomisch-praktische Uebungen, Derselbe. Osteologie und Synthesmologie, Hr. Dr. Grosser. Gefäßlehre, Derselbe.
 * Normale und pathologische Histologie, Hr. Dr. Aubert. Allgemeine und der erste Theil der speciellen Physiologie des Menschen, Hr. Prof. Dr. Reichert. Die mikroskopische Textur und Structur des menschlichen Körpers, Derselbe. Physiologische und mikroskopische Untersuchungen im physiologischen Institute, Derselbe. Allgemeine und specielle Physiologie des Nerven-Systems und der Sinnesorgane, Hr. Dr. Aubert. Mikroskopische Uebungen in der normalen und pathologischen Histologie, Derselbe. Die gesammte Geschichte der Medicin, Hr. Prof. Dr. Henschel. Allgemeine Therapie, Hr. Dr. Heymann. Medicinische Botanik mit pharmakologischen Demonstrationen, Hr. Prof. Dr. Göppert. * Diätetik, Hr. Dr. Nega. Arzneimittel-Lehre des Pflanzen- und Thierreichs, Hr. Prof. Dr. Henschel. Ueber die chemischen Arzneimittel, Hr. Dr. Seydel. Deutschlands Mineral-Brunnen, Derselbe. * Ueber ärztlich gebrauchte Säuren, Derselbe. * Anatomisch-pathologische Morphologie, Hr. Prof. Dr. Barkow. Pathologische Anatomie, Hr. Dr. Nühle. Ueber Auscultation und Percussion, Derselbe. Pathologie und Therapie, Hr. Prof. Dr. Frerichs. * Ausgewählte Kapitel der speciellen Pathologie, Derselbe. * Ueber syphilitische Krankheiten, Hr. Dr. Heymann. * Ueber Kinderkrankheiten, Hr. Dr. Burchard. * Ueber Kinderkrankheiten, Hr. Dr. Paul. * Ueber Erkenntniß und Heilung der Seelenstörungen, Hr. Dr. Neumann. Praktische Uebungen im Blödsinnigkeits-Erklärungs-Verfahren, Derselbe. Augen-Heilkunde, Hr. Prof. Dr. Benedict. Dieselbe, Hr. Prof. Dr. Middeldorpf. Die Wund-Arzneikunst und Operations-Lehre, erster Theil, Herr Prof. Dr. Benedict. Chirurgie, erster Theil, Hr. Prof. Dr. Middeldorpf. * Ueber Luxationen, Derselbe. Ueber Knochen-Brüche und Verrenkungen, Herr Dr. Klose. * Ueber Eingeweide-Brüche, Derselbe. * Die Lehre von den Bandagen und Instrumenten, Hr. Prof. Dr. Benedict. * Examinatorium und Repetitorium über Chirurgie, Derselbe. Ueber Knochen-Krankheiten, Hr. Dr. Paul. Chirurgisches Repetitorium, Derselbe. Frauen-Krankheiten, Hr. Prof. Dr. Betschler. * Geburtshilfliche Operations-Uebungen, Derselbe. Ueber Geburtshilfe, Hr. Dr. Burchard. * Ueber geburtshilfliche Erforschung, Derselbe. Gerichtliche Medicin, Hr. Dr. Klose. Gerichtlich-medizinische Uebungen, Derselbe. Medicinische Klinik und Poliklinik, Hr. Prof. Dr. Frerichs. Klinik der Chirurgie und Augen-Heilkunde, Herr Prof. Dr. Benedict. Klinik für Geburtshilfe und Frauenkrankheiten, Hr. Prof. Dr. Betschler. Chirurgische und augenärztliche Poliklinik, Hr. Prof. Dr. Middeldorpf.

Herr Dr. Kuh wird, durch Krankheit verhindert, in diesem Semester keine Vorlesungen halten.

Philosophische Wissenschaften.

Psychologie, Hr. Prof. Dr. Kahlert. Psychologie und Logik, Hr. Dr. Dginski. Logik, Hr. Prof. Dr. Elvenich. Metaphysik, Hr. Prof. Dr. Branitz. Religions-Philosophie, Hr. Dr. Gröger. Ethik, Hr. Dr. Dginski. Aesthetik, Derselbe. *Einführung in die Pädagogik, Hr. Dr. Suckow. *Ueber die Kantische Philosophie, Hr. Prof. Dr. Elvenich. *Ueber die Hegelsche Philosophie, Hr. Prof. Dr. Branitz. *Philosophisches Disputatorium, Hr. Dr. Dginski.

Mathematische Wissenschaften.

Analytische Geometrie, Hr. Prof. Dr. Joachimsthal. Algebra, Derselbe. Integral-Rechnung, Hr. Dr. Schröder. Sphärische Astronomie, Hr. Prof. Dr. Galle. *Ueber Interpolation, Derselbe. *Ausgewählte Kapitel der analytischen Mechanik, Herr Dr. Schröder. *Mathematische Uebungen, Herr Professor Dr. Joachimsthal.

Naturwissenschaften.

System der Physik, Hr. Prof. Dr. Frankenheim. Experimental-Physik, Hr. Dr. Marbach. *Ueber die Polarisation des Lichts, Derselbe. *Physikalische Uebungen, privatissime, Hr. Prof. Dr. Frankenheim. Technologie, Hr. Dr. Marbach. Organische Experimental-Chemie nach seinem Grundriß der organischen Chemie, Herr Prof. Dr. Löwig. Pharmaceutische Chemie, Hr. Prof. Dr. Duflos. *Die Elemente der analytischen Chemie, Derselbe. *Stöchiometrie, Hr. Prof. Dr. Löwig. Die Lehre von der Erkennung und Erforschung der chemischen Gifte, Hr. Prof. Dr. Duflos. Arbeiten im chemischen Laboratorium, privatissime, Hr. Prof. Dr. Löwig. *Pharmaceutisch-chemisches Repetitorium, Hr. Prof. Dr. Duflos. Allgemeine Naturgeschichte, Hr. Dr. Körber. Mineralogie, Hr. Prof. Dr. Römer. Geognosie, Hr. Dr. Scharenberg. *Geognosie des nördlichen Deutschlands, Herr Prof. Dr. Römer. Paläontologie, Derselbe. *Ueber Vulkanismus, Hr. Dr. Scharenberg. *Geognostische Excursionen, Derselbe. Allgemeine Botanik, Hr. Prof. Dr. Göppert. Systematische oder specielle Botanik mit Demonstrationen der Familien im botanischen Garten, Derselbe. Die natürlichen Pflanzen, Hr. Dr. Cohn. *Ueber kryptogamische Pflanzen, Hr. Dr. Körber. Medicinische Botanik der officinellen Pflanzen nach ihren natürlichen Familien mit pharmacologischen Demonstrationen, im botanischen Museum und botanischen Garten, Hr. Prof. Dr. Göppert. *Ueber Geschichte, Geographie und charakteristische Formen der Pflanzen, im botanischen Garten, Derselbe. *Pflanzen-Geographie, Hr. Dr. Cohn. *Botanische Excursionen in der Umgegend von Breslau, Hr. Prof. Dr. Göppert. Zoologie nach seinem Handbuche, Hr. Prof. Dr. Gravenhorst. *Herpetologie nach Cuviers's Thierreich, Derselbe. *Ueber mikroskopische Pflanzen und Thiere, Hr. Dr. Cohn.

Staats-

Staats- und Kameral-Wissenschaften.

Politik und Polizei-Wissenschaft, Hr. Prof. Dr. Tellkamp. National-Deconomie, Derselbe. Politische Deconomie, Hr. Dr. Bergius. Statistik der wichtigsten Staaten, Hr. Prof. Dr. Tellkamp. * Ueber das Münz-, Geld- und Bankwesen, mit besonderer Beziehung auf den Preussischen Staat, Hr. Dr. Bergius. * Repetitoria über die Staats-Wissenschaften, Hr. Prof. Dr. Tellkamp.

Geschichte und deren Hilfswissenschaften.

* Quellenkunde der alten Geschichte, Hr. Dr. Cauer. Disputatorium über alte Geschichte, privatissime, Hr. Prof. Dr. Junkmann. Geschichte des Mittelalters, Derselbe. * Geschichte der christlichen Colonien und Missionen, II. Theil, Derselbe. * Charakteristik der wichtigsten deutschen Geschichtsschreiber des Mittelalters, Hr. Dr. Grünhagen. Die Geschichte der neuern Zeit, vom Jahre 1789. ab, Hr. Prof. Dr. Köppl. * Uebungen des historischen Seminars, Derselbe.

Litteratur und Philologie.

1) Orientalische.

Grammatik der hebräischen Sprache, Hr. Dr. Magnus. Hebräische Grammatik, verbunden mit practischen Uebungen aus dem A. T., Hr. Pector Dr. Neumann. * Auserlesene Abschnitte aus den historischen Büchern des A. T., Derselbe. Uebungen im Uebersetzen des A. T., verbunden mit einer Wiederholung der hebräischen Formenlehre, Hr. Dr. Magnus. * Grammatik der chaldäischen Sprache, nebst Uebungen im Uebersetzen der chaldäischen Stücke des A. T., namentlich des Esra und Daniel, Derselbe. * Fortsetzung der Erklärung der syrischen Chrestomathie von Kirsch, Herr Prof. Dr. Bernstein. * Arabische Grammatik, Hr. Professor Dr. Schmölbers. * Erklärung schwieriger arabischer Schriftsteller, Derselbe. * Erklärung leichter arabischer Schriftsteller (zweiter Cursus), Hr. Dr. Magnus. * Sadi's Gulistan, Herr Prof. Dr. Stenzler. * Sanskrit-Sprache, zweiter Cursus, Derselbe. * Erklärung von Sanskritstellen, Hr. Prof. Dr. Schmölbers.

2) Classische.

Encyclopädie der Philologie, Hr. Prof. Dr. Haase. Fortsetzung der griechischen Litteratur-Geschichte, Hr. Prof. Dr. Wagner. * Griechische Historiographie und das Xenophontische Buch vom Staat der Athener, Hr. Dr. Bernays. Römische Alterthümer, Fortsetzung, Hr. Prof. Dr. Ambrosch. Tacitus Annalen Buch I. nebst Einleitung über Tacitus Leben und Schriften, Hr. Prof. Dr. Haase. * Uebungen des philologischen Seminars, Hr. Prof. Dr. Schneider. * Uebungen des philologi-
schen

ſchen Seminars, Hr. Prof. Dr. Haase. *Philologische Uebungen, Derselbe. *Uebungen im Lateinisch = Sprechen und Schreiben, Hr. Prof. Dr. Wagner. *Erklärung der classischen Alterthümer des Königl. Museums, Hr. Prof. Dr. Ambrosch.

3) Neuere.

Deutsche Grammatik, Hr. Prof. Dr. Rückert. Gothische Grammatik und Erklärung des Wiflaß, Hr. Dr. Rumpelt. Althochdeutsche Grammatik und Erklärung ausgewählter Stücke des Otfried und Notker, Derselbe. *Mittelhochdeutsche Grammatik, Hr. Dr. Pfeiffer. *Geschichte der deutschen Volksdichtung, Hr. Prof. Dr. Rückert. Erklärung der Nibelungen, Derselbe. *Erklärung der Gudrun, Hr. Dr. Pfeiffer. Deutsche Mythologie, Hr. Dr. Rumpelt. *Altdeutsche Uebungen, Hr. Dr. Pfeiffer. *Ueber Lessings Leben und Schriften, Hr. Prof. Dr. Kahlert. *Provenzalische Grammatik, Hr. Dr. Karow. *Erklärung älterer romanischer Sprachdenkmale, Derselbe. *Barbier's Jambes, Hr. Rector Böckel. Uebungen im Französisch = Sprechen und Schreiben (wobei Gothe's Egmont in's Französische übersezt wird), Derselbe. *Geschichte der italienischen Literatur, Hr. Dr. Karow. Anfangsgründe der italienischen Sprache, Hr. Rector Marchetti. *Erklärung des pastor fido von Guarini, Derselbe. Uebungen im Italienisch = Sprechen und Schreiben, privatissime, Derselbe. *Neugriechische Grammatik, Hr. Dr. Peucker. *Erklärung der lyrischen Gedichte des Christopulos, Derselbe. *Drei Curfus der polnischen Sprache, Hr. Rector Dr. Krainiski. *Polnische Grammatik nebst Uebungen nach seinem Elementar-buche, Hr. Rector Friß. *Uebungen im Polnischen für schon Geübtere nach einem zu bestimmenden Buche, Derselbe. *Polnische Literatur, Hr. Rector Dr. Krainiski. *Kanzel = Beredsamkeit in polnischer Sprache, Derselbe.

Schöne und gymnastische Künste.

*Harmonielehre (erste Hälfte), Hr. Dr. Baumgart. *Stimmbildung, theoretisch = practisch, Hr. Musikdirector Dr. Mosewius. *Mozarts dramatische Compositionen, Analyse, Derselbe. *Orgelspiel, Hr. Dr. Baumgart. *Uebungen vierstimmiger geistlicher Gesänge, Hr. Musikdirector Dr. Mosewius. Zeichenkunst, Hr. Siegert. Zeichenkunst naturwissenschaftlicher Gegenstände, Hr. Weiß. Reitkunst, Hr. Stallmeister Preusse. Fechtkunst, Hr. Eöbeling. Tanzkunst, Hr. Arene.

Besondere academische Anstalten und wissenschaftliche Sammlungen.

Die Universitäts-Bibliothek wird alle Montage, Mittwoche, Donnerstage und Sonnabende von 2 — 4 Uhr, alle Diensttage, Mittwoche, Freitage und Sonnabende aber von 11 — 12 Uhr geöffnet, und werden daraus Bücher theils zum Lesen in dem dazu bestimmten Zimmer, theils zum häuslichen Gebrauche, gegeben. Die Bedingungen zeigt ein Anschlag

an der Thür des Lesezimmers. Die Studenten-Bibliothek ist Dienstag und Freitag von 2 — 3 Uhr zum Ausleihen der Bücher, von 2 — 4 Uhr zum Lesen geöffnet. Auch stehen die drei Stadt-Bibliotheken an bestimmten Tagen zum öffentlichen Gebrauche offen.

Die bei der Universität befindlichen Sammlungen von Naturgegenständen und Präparaten, von physikalischen Instrumenten u. s. w., so wie das Archiv, das Münzcabinet, das Alterthümer-Museum und die Gemälde-Sammlung werden den Liebhabern auf Verlangen gereicht. Das zoologische Museum insbesondere ist für die Studirenden Mittwochs von 11 — 1 Uhr, für das übrige Publicum Montags von 11 bis 12 Uhr geöffnet; eben so die Sternwarte, Mittwochs und Sonnabends von 9 — 11 Uhr Vormittags.

Der botanische Garten ist dem größeren Publicum jeden Freitag geöffnet. Studirende und andere Freunde der Pflanzenkunde erhalten auf Verlangen für das Sommer-Semester von dem Director des Instituts Einlaß-Karten, mit welchen sie täglich, den Sonntag ausgenommen, den Garten besuchen können. Der botanische Gärtner darf wöchentlich einmal gegen ein Honorar eine bestimmte Anzahl Pflanzen-Exemplare zum Einlegen an Studirende abgeben.

Personal-Chronik.

Bekanntmachung.

Auf Grund der am 11ten und 12ten d. Mts. am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Münsterberg bestandenen Prüfung pro rectoratu ist:

- 1) dem Candidaten der Theologie Ernst, Heinrich, Adolf Beling aus Neustädtel, Kreis Freistadt;
- 2) dem Candidaten der Theologie Carl, Stanislaus, Hugo Knoll aus Breslau;
- 3) dem Schulamts-Candidaten Friedrich, Ferdinand Piegel aus Wernigerode in der Provinz Sachsen;
- 4) dem Candidaten der Theologie Carl, Heinrich, Gottlieb Ludwig aus Schreibersdorf, Kreis Lauban;
- 5) dem Candidaten der Theologie Carl, Eduard, Theodor Schiebel aus Reichenbach, bei Görlitz;
- 6) dem Candidaten der Theologie Ludwig, Wilhelm Seiffarth aus Raumburg a. S.,

in Folge der dargelegten wissenschaftlichen und practischen Tüchtigkeit, die Qualification zur Uebernahme von Rectorstellen, so wie

7) dem Lehramts-Candidaten Franz Sarklowsky aus Rosenberg, welcher die Rectorats-Prüfung bereits im Jahre 1855. bestanden, nachträglich die Befähigung ertheilt worden, evangelischen Religions-Unterricht in Land- und Stadtschulen zu ertheilen. Breslau, den 20. März 1856.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Dem Provinzial-Steuer-Secretair Herpsch zu Breslau ist durch Allerhöchst vollzogenes Patent der Character als Rechnungs-Rath verliehen worden.

Breslau, den 22. März 1856.

Der Wirkliche Geheime OberFinanz-Rath und Provinzial Steuer-Director.
v. Bigeleben.

Der Förster Niedergesäß zu Dambrowka, ist unter Verleihung des Characters als königlicher Hegemeister vom 1sten Juli c. ab in den Ruhestand versetzt, und die dadurch erledigte Verwaltung der Försterstelle zu Dambrowka dem Förster Wlossak zu Podewils, unter Versetzung nach Dambrowka, übertragen worden.

Die Guts-Besitzer Graf Richard v. Posadowsky-Wehner auf Groß-Panow, und Alfred v. Roschützki auf Groß-Wilkowiz, Beuthener Kreises, sind als Kreis-Deputirte erwählt und bestätigt worden — der bisherige Kreis-Vicar Klunsky ist als Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Ludwigsthal, Lubliner Kreises, bestätigt — dem bisherigen Predigt-Amts-Candidaten Eduard Methner ist das Amt eines Diaconats-Verweisers und Hilfsgeistlichen bei der evangelischen Kirchgemeinde zu Trachenberg übertragen — der Feldmesser Adolph Jaunert aus Leobschütz, und der königliche Feldjäger Eduard Grosch aus Nachowiz, sind als Feldmesser vereidet — dem Forst-Aufseher Gabriel ist die Försterstelle zu Groß-Döbern, Oppelner Kreises, verliehen — der Lehrer Otto in Zülz, ist als Lehrer an der evangelischen Schule zu Dirschel, Leobschützer Kreises, angestellt — und der Regierungs-Supernumerarius Soyaur ist auf seinen Antrag aus dem Staatsdienste entlassen worden.

Der königliche Deconomie-Commissions-Rath a. D. Hermann Löwe, ist als Bürgermeister zu Pless;
der königliche Rechts-Anwalt, Hauptmann a. D. Theodor Pätzold zu Ober-Glogau, Neustädter Kreises, und
der Bürger Otto v. Marklowski zu Rybnick,
sind als Beigeordnete;
der Kreis-Exactor, Alderbürger Kluczny zu Krappitz, und
der Kaufmann Gräupner zu Pöslau,
sind als unbefohlene Rathmänner

erwählt und bestätigt worden — der bisherige Lehrer in Groß-Deutschen, Julius Buckethal, ist als Lehrer an der evangelischen Schule zu Krogullno, Oppelner Kreises — der katholische Schul-Adjutant Kracyzynski als Schullehrer zu Babitz, Ratiborer Kreises, angestellt — und der katholische Schullehrer Harupa in Nicolai, Plesser Kreises, ist entlassen worden.

Nachtrag zu den Bekanntmachungen vermischter Behörden.

N 83. Um das heilsame Spaar=Cassen=Wesen zu fördern, verwendet die schlesische Provinzial=Hilfs=Casse grundgesetzlich die Hälfte ihres jährlichen Zins=Gewinnes zu Prämien für beharrliche Spaarer, welche

- 1) dem Stande der kleinen (ohne Gesellen arbeitenden) Handwerks=Meister oder der nicht selbstständigen Handwerks=Arbeiter, der Fabrik= oder Bergwerks=Arbeiter, der Tagelöhner, oder der Dienstboten angehören — welche
- 2) ihr Spaar=Cassen=Conto während der letzten drei Jahre nicht durch Entnahme von Capital oder Zinsen verringert haben — und welche
- 3) nicht wegen notorischer Wohlhabenheit oder sittlicher Unwürdigkeit ausgeschlossen werden müssen.

Demgemäß ist so eben die Hälfte des Zins=Gewinnes aus dem Verwaltungs=Jahre 18⁵³/₅₄. zur Vertheilung gekommen; es sind 423 Spaarer, darunter 84 Handwerker, 29 Fabrik= und Tagearbeiter und 300 Dienstboten, und welche bei 37 verschiedenen Spaar=Cassen mit einem Einlage=Capital von überhaupt 35,282 Rthlr. 15 Sgr. concurrirten, mit 25 Procent dieses ihres Einlage=Capitals prämiirt; der hierzu erforderliche Betrag von 8,820 Rthlr. 18 Sgr. 9 Pf., ist den betreffenden Spaar=Cassen=Verwaltungen zugestellt und dort einem jeden der prämiirten Interessenten ein Betrag von 25 Procent seiner Einlage auf seinem Conto gutgeschrieben worden.

Indem wir die erfolgte Prämien=Vertheilung vorschriftsmäßig bekannt machen und uns der Hoffnung hingeben, daß dieselbe, wie es ihr Zweck ist, zu beharrlichen Spaaren anfeuern werde, knüpfen wir daran die fernere Bekanntmachung, daß demnächst zur Vertheilung des Zins=Gewinnes aus dem Verwaltungs=Jahre 18⁵⁴/₅₅. geschritten werden wird. Wir fordern daher alle diejenigen Spaar=Cassen=Interessenten, welche nach Maafgabe des durch die Amtsblätter veröffentlichten Prämiirungs=Reglements vom 22sten October 1854. §. 3. 4. einen Anspruch auf eine Prämie machen zu können glauben, hiemit auf, sich binnen sechs Wochen und längstens bis zum 15ten Mai c. bei derjenigen Spaar=Casse, bei welcher sie ihre Einlage gemacht haben, zu melden und ihren Anspruch zu begründen. Auf spätere und auf solche Anträge, welche nicht bei der betreffenden Spaar=Casse angebracht worden, kann eine Rücksicht nicht genommen werden.

Breslau, am 27. März 1856.

Direction der Provinzial=Hilfs=Casse für Schlesien.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs=Gebäude.

Druck von F. Weilschäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlischen Regierung zu Oppeln.

Stück 15.

Oppeln, den 10. April 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlischen Regierung.

Für die Kreis-Spaar-Casse zu Kreuzburg ist der Herr Graf v. Reichenbach auf Polnisch-Würbisch zum Director, der Vorwerks-Besitzer Koschinsky zu Pittschen und der Erbscholtisei-Besitzer Freytag zu Sarnau als Beisitzer des Curatorii, sowie der Herr Ritterguts-Besitzer von Eisenschmidt auf Jacobsdorf, der Bürgermeister Bierwagen in Constadt und der Erbscholtisei-Besitzer Lipinski in Gottersdorf zu deren Stellvertretern gewählt und von uns bestätigt worden.

Nr 88.

Oppeln, den 21. März 1856.

Polizei-Verordnung.

Um den überhandnehmenden Eisendiebstählen in den Kreisen Rosenberg, Lublinitz, Beuthen, Pless, Rybnitz und Tost-Gleiwitz zu begegnen, wird hierdurch auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850., und unter Bezug auf §. 49. der Gewerbe-Ordnung vom 17ten Januar 1845. und §. 68. der Verordnung vom 9ten Februar 1849., für den Umfang der vorgebachten 6 Kreise folgende Polizei-Verordnung erlassen:

Nr 89.

- 1) der Betrieb des stehenden Handels mit altem Eisen jeglicher Art ist abhängig von einer besonderen polizeilichen Erlaubniß. Dieselbe ist in den Städten von der Polizei-Obrigkeit, auf dem Lande von dem Landrath, und zwar jedesmal für das betreffende Kalender-Jahr zu erteilen, und muß versagt werden, wenn die Communal-Behörde nach Anhörung der Gemeinde-Vertretung das Bedürfniß oder die Nützlichkeit des beabsichtigten Gewerbe-Betriebes nach den örtlichen Verhältnissen nicht anerkennt;
- 2) die Bestimmung ad 1. findet auf Diejenigen, welche den Handel mit altem

Eisen erst beginnen wollen, sofort, auf Diejenigen, welche denselben bereits betrieben, allererst vom 1sten Juli c., Anwendung;

- 3) wer den vorstehenden Anordnungen zuwider, den Handel mit altem Eisen betreibt oder fortsetzt, verurtheilt eine Geldstrafe von 5 bis 10 Thalern, oder verhältnißmäßige Gefängnißstrafe.

Oppeln, den 29. März 1856.

- N^o 90. Durch Verfügung des Königl. Ministerii der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 26sten März d. J., ist der Taxpreis eines Blutegels für die Zeit vom 1sten April bis ult. September d. J. auf 3 Sgr. festgesetzt worden.

Oppeln, den 1. April 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

- N^o 91. Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 23sten Januar c. bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß nunmehr die Ausreichung der Zins=Coupons Serie V. zu den von uns ausgegebenen Pfandbriefen B. durch unsere Cassé (im Gebäude der Königl. Regierung) in der in unserer Bekanntmachung vom 12ten November v. J. bezeichneten Art, jedoch nur an den ersten drei Tagen der Woche, fortgesetzt wird.

Breslau, den 1. April 1856.

Königliches Credit-Institut für Schlesien.

Personal-Chronik.

Nachweisung

der Personal-Veränderungen im Departement des Königl. Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat März 1856.

A. Bei dem Appellations-Gericht:

Ernannt:

die Auscultatoren Heinrich Weith, Bruno, Ernst Merkel und Dr. juris Theodor, Friedrich Harries zu Appellations-Gerichts-Referendarien.

Ausgeschieden:

der Referendarius Gruhmann, Behufs Uebertritts in das Departement des Appel-

Appellations=Gerichts Breslau, und der Referendarius Bruno, Ernst Merkel, Behufs Uebertritts in das Departement des Appellations=Gerichts Glogau.

Gestorben:

der Auscultator Carl v. Vincke.

B. Bei den Kreis=Gerichten:

I. Beim Kreis=Gericht Deuthen:

Ernannt:

die interimistischen Boten und Executoren Leopold Saworski und Franz Michalski, und die Gefangenwärter Gottlieb Franke und Joseph Artelt zu Tarnowitz, als solche definitiv.

II. Beim Kreis=Gericht Cosel:

Ernannt:

der interimistische Bote und Executor Oswald Dittrich als solcher definitiv.

III. Beim Kreis=Gericht Falkenberg:

Ernannt:

die interimistischen Boten und Executoren Kretschmer II. und Perche und der interimistische Gefangenwärter Bräuer als solche definitiv.

IV. Bei dem Kreis=Gericht Gleiwitz:

Ernannt:

der interimistische Bote und Executor Joseph Fay zu Tost als solcher definitiv.

V. Beim Kreis=Gericht Grottkau:

Ernannt:

der interimistische Gefangenwärter Grumann definitiv zum Gefangenwärter.

VI. Beim Kreis=Gericht Leobschütz:

Ernannt:

der interimistische Gefangenwärter Johann Raimann zu Leobschütz und der interimistische Bote und Executor Anton Thomczyk zu Bauerwitz als solche definitiv.

VII. Beim Kreis=Gericht Neustadt:

Ernannt:

die interimistischen Gefangenwärter Friedrich Kahlert, Joseph Schwarzer und Gottlieb Schöpke als solche definitiv.

VIII. Beim Kreis=Gericht Oppeln:

Ernannt:

die interimistischen Gefangenwärter Franz Jarosch zu Kupp und Michael Schindler zu Oppeln, sowie der interimistische Bote und Executor Carl Linkert zu Oppeln als solche definitiv.

IX. Beim Kreis=Gericht Ratibor:

Ernannt:

der

der interimistische Gefangenwärter Trondt zu Ratibor und der interimistische Bote und Executor Rudolph Walter zu Hultschin als solche definitiv.

X. Beim Kreis-Gericht Rosenberg:

Ernannt:

der interimistische Bote und Executor Duda definitiv zum Boten und Executor.

XI. Beim Kreis-Gericht Rybnik:

Ernannt:

die interimistischen Boten und Executoren Ernst Kolbe und Albert Kirsch als solche definitiv.

Entlassen:

der Bote und Executor Ludwig Pawliza zu Pöslau auf seinen Antrag.

XII. Beim Kreis-Gericht Groß-Strehlitz:

Ernannt:

der interimistische Gefangenwärter Gottfried Neumann definitiv zum Gefangenwärter.

Nachweisung

der gewählten und bestätigten Schiedsmänner pro Monat
März 1856.

Nr.	Namen der Ortschaften.	Kreis.	Namen und Wohnort der Schiedsmänner.
1	Löwitz	Leobschütz	Viertelbauer Franz Scholl zu Löwitz.
2	Woiffelsdorf	Grottkau	Bauerguts-Besitzer Johann Kuschel zu Woiffelsdorf.
3	Piebischau, Birawa, Alt-Cosel und Sackenbom	Cosel	Schullehrer Pelka zu Birawa.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude,

Druck von G. Weilschäuser in Oppeln.

Extraordinaire Beilage

zum Amts-Blatt der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 15.

Allgemeines Markscheider-Reglement.

Ueber die Verrichtung und Bezahlung der Markscheider-Arbeiten bei den unter der Aufsicht der Berg-Behörde stehenden Werken, wird auf Grund der §§. 53. und 93. der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17ten Januar 1845. (Ges.-S. 41.) verordnet, was folgt:

§. 1.

I. Bestellung der Markscheider.

Die Markscheider-Arbeiten bei den unter der Aufsicht der Berg-Behörde stehenden Bergwerken, Hüttenwerken und Steinbrüchen, dürfen nur von denjenigen Personen verrichtet werden, welche nach vorgängiger Prüfung von den Ober-Berg-Aemtern als Markscheider bestellt, und als solche vereidigt sind.

§. 2.

Die Ober-Berg-Aemter dürfen nur solche Personen als Markscheider bestellen, von deren Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit sie sich überzeugt haben.

§. 3.

Bei Ausfertigung der Bestallung hat das Ober-Berg-Amt in der Regel zugleich den Bergamts-Bezirk zu bestimmen, in welchem der Markscheider seinen Wohnsitz zu nehmen hat, und zur Ausführung von Markscheider-Arbeiten so befugt, als auf Verlangen der Berg- und Hüttenwerks-Besitzer oder der Berg-Behörde verpflichtet ist, ohne ihm jedoch einen rechtlichen Anspruch auf die ausschließliche Verrichtung der Arbeiten in diesem Bezirke einzuräumen.

§. 4.

Markscheider, welche zwar geprüft, mit Bestallung versehen und vereidigt sind, jedoch einen bestimmten Geschäftskreis noch nicht zugewiesen erhalten haben, dürfen nur im Auftrage oder mit besonderer Genehmigung des betreffenden Berg-Amtes Markscheider-Arbeiten verrichten.

§. 5.

Der Markscheider ist für die Richtigkeit seiner Arbeiten und Ausgaben verantwort-

lich und haftet für jeden Schaden, welcher durch Mängel oder Unrichtigkeiten derselben herbeigeführt wird.

§. 6.

Derselbe ist zur strengsten Amts-Verschwiegenheit verpflichtet; er darf die in Händen habenden Pläne, Observationen oder sonstigen Zeichnungen und Notizen einem Unbefugten nicht einsehen lassen. Zuwiderhandlungen haben die Zurücknahme der Bestallung zur Folge (§. 8.), und verpflichten überdies zum vollständigen Ersatz des den Bethetheiligten daraus entstandenen Schadens.

§. 7.

Die Markscheider sind der Disciplin der Berg-Behörde unterworfen, und können nach den Bestimmungen der §§. 19. und 21. des Gesetzes vom 21sten Juli 1852. (Ges. = S. S. 465.) mit Ordnungsstrafe belegt werden. Dergleichen Strafen werden in erster Instanz von dem Director des Berg-Amtes, und in zweiter Instanz von dem Ober-Berg-Amte, unter Vorbehalt des Recurses an das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, verfügt.

§. 8.

Die nach §§. 1. bis 4. ausgefertigten Bestallungen können nach Vorschrift der §§. 71. bis 74. der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17ten Januar 1845. (G. S. S. 41.) zurückgenommen werden.

§. 9.

Die Bestallung eines Markscheiders, sowie der Wohnsitz desselben und der ihm angewiesene Bergamts-Bezirk (§. 3.), ist durch das Ober-Berg-Amt in dem betreffenden Regierungs-Amtsblatte bekannt zu machen, wie auch die Zurücknahme der Bestallung (§. 8.).

§. 10.

II. Verrichtung der Markscheider = Arbeiten.

Die Geschäfte des Markscheiders bestehen in Aufnahmen und rislichen Darstellungen zum Zwecke des ersten Angriffs und des Fortbetriebes der Werke, sowie der Begrenzung und Sicherung des Vergeigenthums und der Zubehörungen desselben, insbesondere in

- a. der Aufnahme von Schürf-, Muthungs-, Verleihungs-, Concessions- und Permissions-Rissen, Absteckung von Grubenfeldern, Setzung von Grenzmarken (Stufen oder Lochsteinen), von Stollenstufen zc.;
- b. der Aufnahme von Grubenbauen und deren Darstellung in Grund- und Auf-rissen nebst den erforderlichen Tageplänen, Durchschnitten zc., sowie der Anfertigung der Grubenbilder;
- c. den periodischen Nachtragungen der Grubenbilder;
- d. den Messungen in der Grube und über Tage und Zulegung derselben, Be-

hufs

- hufs der Angabe von Schächten, Bohrlöchern, Stollen, Strecken und Durchschlägen aller Art, nebst diesen Angaben selbst;
- e. den Abwägungen von Lagerböschern, Stollen und Stollenpunkten, Strecken und Bausohlen überhaupt;
 - f. der Aufnahme und Abwägungen zur Anlage von Wegen, Eisenbahnen, Wasserläufen und anderen Tagebauten, welche bei den unter Aufsicht der Bergbehörde stehenden Werken zur Ausführung kommen;
 - g. der Aufnahme von den bei den Werken occupirten Grundstücken und der Berechnung der Flächen derselben, sowie den Abwägungen von Wasserläufen, Gefällen etc., Behufs der etwaigen Entschädigungen.

§. 11.

Messungen und Berechnungen der in §. 10. unter g. erwähnten Art haben nur dann öffentlichen Glauben, wenn der Markscheider die Bestallung als Feldmesser besitzt; wenn nicht, muß jederzeit die Erklärung der Grundbesitzer oder der sonstigen Interessenten beigebracht werden, daß sie die Angaben des Markscheiders als richtig anerkennen.

§. 12.

Die Ober-Berg-Aemter haben nach den verschiedenen örtlichen Verhältnissen und nach den jedesmaligen Zwecken der Markscheider-Arbeiten in besonderen Instructionen zu bestimmen:

- 1) die Gegenstände der Aufnahme und rißlichen Darstellung;
- 2) das anzuwendende Maß, die Länge und Eintheilung, die Prüfung und Justirung der Schnüre und Meßketten;
- 3) die Winkel- und Nivellir-Instrumente, deren Größe, Eintheilung und Einrichtung, Revision und Justirung, Beobachtung der magnetischen Abweichungen;
- 4) die Vorrichtung der Markscheiderzüge, Gegen- und Währzüge;
- 5) die Nebemessungen in der Grube und über Tage;
- 6) das Schlagen von Zeichen und Pfählen für die Controlle oder Revision, sowie für die Nachtragungen;
- 7) die Buchung der Observationen, die Schemas für die Bücher und die Art der Berechnung der Sohlen und Saigerteufen;
- 8) das Zulegen der Züge, die Orientirung, Auszeichnung und Beschreibung der Pläne, die Zahl der Grund- und Aufrisse, das Format und dieervielfältigung der Grubenbilder, auch die Aufbewahrung der verschiedenen Exemplare;
- 9) die je nach dem Zwecke der Riße anzuwendenden verjüngten Maßstäbe;
- 10) die Zeit und Art der Nachtragungen der Grubenbilder und anderer Pläne;
- 11) die Vermerkung der Arbeiten und der Angaben des Markscheiders, sowie der

von ihm dem Aufsichts-Beamten ertheilten Anweisungen in dem Rechenbuche des Werkes;

12) die Einrichtung der Observationsbücher, des Geschäfts-Journals, sowie der Liquidationen über Gebühren, Diäten, Reisekosten und die zu erstattenden Auslagen;

13) die Zahl der Gehülfen (Kettenzieher, Anstecker etc.) und die Schichtlöhne derselben.

Bei Nichtbefolgung der Bestimmungen dieser Instructionen kann der Bergamts-Director gegen die Markscheider Geldstrafen bis 3 Thaler, das Ober-Berg-Amt dagegen bis zur Höhe von 30 Thalern verhängen. (§. 7.)

§. 13.

Sind Gegenstände aufzunehmen, über welche der Markscheider der Angaben anderer Personen bedarf, wie z. B. Markscheiderstufen, durchsetzende Gänge, Flöze, Sprung- und andere Klüfte, Erzmittel, Verdrückungen u. dgl. m. in der Grube, oder Grenzen, Lochsteine, ausgehende, zugefüllte Schurfe und Schächte u. s. w. über Tage, so hat derselbe von den betreffenden Aufsichts-Beamten über solche Gegenstände genaue Notizen einzuziehen, auch nöthigen Falles besondere Verhandlungen aufzunehmen, worin jene Angaben constatirt werden, um sich dadurch bei etwa später hervortretenden Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten seiner Aufnahme und Inrislegung gegen Verantwortlichkeit zu sichern.

§. 14.

Werden bei einer rißlichen Darstellung neben einer neuen Aufnahme zugleich vorhandene Pläne benutzt, so hat der Markscheider zuvor die letzteren zu prüfen, auch auf seinen Rissen dasjenige, was von jenen Plänen übernommen ist, soviel als möglich kenntlich zu machen. Wenn sich hierin später Unrichtigkeiten herausstellen, so liegt dem Markscheider der Beweis ob, daß, und wie er die Richtigkeit der alten Pläne untersucht hat.

Wird dieser Beweis nicht genügend befunden, so trifft ihn dieselbe Verantwortlichkeit, wie bei Unrichtigkeiten einer eigenen Aufnahme.

§. 15.

III. Beaufsichtigung und Revision der Markscheider-Arbeiten.

Die Arbeiten der nach §§. 1. bis 4. bestellten Markscheider eines Bergamts-Bezirks unterliegen der Aufsicht und Controlle des hiermit ein für allemal beauftragten Bergamts-Markscheiders. Zu diesem Zweck ist dem letzteren von dem Ober-Berg-Amt eine besondere Instruction zu ertheilen, welche sich den Bestimmungen der im §. 12. erwähnten Instructionen anschließt.

Darin sind auch die Grenzen der zulässigen Differenzen je nach dem Zwecke der verschiedenen Arbeiten festzustellen. Im Allgemeinen soll hierbei als Regel gelten, daß

a. in

- a. in grundrisslichen Darstellungen die Differenz in der horizontalen Länge höchstens 10 Zoll auf 100 Lachter, oder $\frac{1}{800}$;
- b. die seitliche Abweichung einer Linie von 100 Lachter Länge an ihrem Endpunkte nicht mehr als 15 Zoll;
- c. bei Nivellements in der Grube, bei Anwendung des Gradbogens, die Höhen-Differenz nicht über 1 Zoll auf 100 Lachter oder $\frac{1}{8000}$, dagegen bei Anwendung hydrostatischer Instrumente nicht über 1 Zoll auf 250 Lachter, oder $\frac{1}{20000}$ der horizontalen Länge betragen darf, und daß
- d. bei Angabe von Schächten und Gegenörtern die Durchhiebe in der Regel genau auf einander treffen müssen, in keinem Falle aber die Fehler mehr betragen dürfen, als die Hälfte der vorstehend unter a. b. und c. festgesetzten Differenzen.

§. 16.

Wer bei der Richtigkeit der Markscheider-Arbeiten erweislich ein Interesse hat, wie außer dem Auftraggeber z. B. der Eigenthümer angrenzender Bergwerke oder einzubringender Stollen, der Besitzer von Tage-Gebäuden in der Nähe der Baufelder oder ein anderer Oberflächen-Eigenthümer, kann eine Revision jener Arbeiten verlangen. Diese ist bei dem Berg-Amte des Bezirks zu beantragen, welches den controlirenden Markscheider (§. 15.) zur Untersuchung der Sache beauftragt, und den Markscheider, welcher die bemängelte Arbeit ausgeführt hat, davon in Kenntniß setzt. Letzterem steht es frei, bei der Revision persönlich zu erscheinen oder einen anderen Markscheider zu seinem Vertreter zu bestellen. Im Falle des Ausbleibens wird mit der Revision dennoch vorgegangen.

§. 17.

Die Revision (§. 16.) beginnt in der Regel mit der Einsicht und Prüfung der Observations-Bücher, der Berechnung der Schnüre und Vergleichung mit den Zulagen, den Grundrissen und Profilen; erst dann, wenn dies nicht genügt, um vorgekommene Fehler festzustellen, ist zu den erforderlichen Nachmessungen durch Wehrzüge zu schreiten.

§. 18.

Die Ergebnisse der Revision sind in einer Verhandlung ausführlich darzulegen. Diese Verhandlung ist, wenn der Markscheider, dessen Arbeit revidirt worden, oder ein Stellvertreter desselben anwesend ist, von dem einen oder anderen mit zu unterzeichnen, und dann von dem Revisor nebst den betreffenden Plänen, Observationen u. s. w. mit einem gutachtlichen Berichte dem Berg-Amte zu übergeben.

Findet das Berg-Amt die Differenzen von der Art, daß die Arbeit für ganz oder theilweise unbrauchbar zu erklären ist, so hat dasselbe darüber zu bestimmen, ob die Rectification der Arbeit durch den Markscheider, welcher sie ausgeführt hat, oder für seine Rechnung durch einen Anderen bewirkt werden soll, und ob derselbe überdies die Kosten des Revisions-Verfahrens zu tragen hat.

Ergiebt sich dagegen, daß die Arbeit fehlerfrei, oder doch, daß die gefundenen Differenzen das zulässige Maaß (§. 15.) nicht übersteigen, so hat der Extrahent die Kosten der Revision zu tragen.

§. 19.

Gegen die Entscheidung des Berg-Amtes (§. 18.) kann sowohl der Markscheider, dessen Arbeit revidirt worden ist, als auch der Extrahent (§. 16.) innerhalb vier Wochen nach der Zustellung der Verfügung, bei dem Ober-Berg-Amte des Districts den Recurs anbringen.

Dem Ober-Berg-Amte bleibt es überlassen, auf Grund der erhaltenen Vorlagen Entscheidung zu treffen, oder Behufs derselben eine Superrevision durch einen zweiten Revisor, unter Zuziehung des ersten Revisors und des Markscheiders, welcher die Arbeit geliefert hat, zu veranlassen.

Durch den Recurs-Bescheid des Ober-Berg-Amtes ist nicht nur über die Beschaffenheit der Arbeit, über die gegen die Richtigkeit der Revision erhobenen Einwendungen und über die etwa nöthig werdenden Rectificationen, Vervollständigung oder Neufertigung zu entscheiden, sondern auch in Betreff der sämmtlichen Kosten zu bestimmen, wem solche zur Last zu legen, resp. ob und wie sie zu repartiren sind.

Gegen diese Entscheidung findet eine weitere Berufung nicht statt.

§. 20.

Wenn sich bei der gewöhnlichen Controlle (§. 15.) Unrichtigkeiten finden, welche die zulässigen Differenzen übersteigen, so hat der controllirende Markscheider solches dem Berg-Amte anzuzeigen, welches eine Revision der bemängelten Arbeit veranlaßt.

Die Bestimmungen der §§. 16. bis 19. finden hierbei Anwendung.

§. 21.

Stellt sich bei der Einbringung eines Schachtes, eines Ortes oder bei anderen markscheiderischen Vermessungen und Angaben heraus, daß letztere unrichtig gewesen sind, so hat der betreffende Revier-Beamte hiervon dem Berg-Amte Anzeige zu machen.

Dieses läßt das Sachverhältniß, unter Zuziehung des Markscheiders, welcher die Angabe gemacht hat, untersuchen und feststellen. Die diesfälligen Verhandlungen werden dem betreffenden Werkbesitzer mitgetheilt, welchem es überlassen bleibt, seinen Anspruch auf Ersatz des ihm durch die unrichtige Angabe erwachsenen Schadens gegen den Markscheider vor dem ordentlichen Richter zu verfolgen.

§. 22.

In allen Fällen, wo nach §§. 18. bis 21. die Unrichtigkeit einer Arbeit des Markscheiders erwiesen, wird derselbe, abgesehen von dem Falle richterlicher Entscheidung (§. 21.), das erste und zweite Mal in eine, nach der Größe des Fehlers zu bemessende Ordnungsstrafe genommen. (§§. 7. und 12.)

Kommt ein solcher Fall mehr als drei Male vor, oder werden überhaupt die

Arbeiten eines Markfscheiders so unrichtig und mangelhaft befunden, daß in Betreff der Zuverlässigkeit oder der Befähigung desselben begründete Zweifel entstehen, so sind die Arbeiten und die darüber gepflogenen Verhandlungen dem Ober-Berg-Amte zur Beschlußnahme darüber vorzulegen, ob das Verfahren wegen Zurücknahme der Bestallung (§. 8.) einzuleiten sei.

§. 23.

IV. Bezahlung der Markfscheider=Arbeiten.

Die Arbeiten der Markfscheider werden entweder nach Gebührensäken oder nach Diätensäken bezahlt.

Hat zwischen dem Markfscheider und Demjenigen, welcher sie mit Verrichtung der Arbeiten beauftragt hat, wegen der Bezahlung derselben eine rechtsgültige Einigung nicht stattgefunden, so gelten die nachfolgenden Bestimmungen (§§. 24. — 35.).

§. 24.

An Markfscheider= Gebühren werden berechnet:

Nr.	Bei den nachstehend angegebenen Arbeiten.	Für Each. ter.	a.		b.	
			unter		über	
			T a g e			
			Spz	S	Spz	S
1	Beim Ziehen mit dem Compas und Gradbogen nach der flachen Schnurlänge.....	10	8	—	4	—
2	Mit dem Compas allein — dito.....	10	6	—	3	—
3	Mit dem Gradbogen allein — dito.....	10	6	—	3	—
4	Beim bloßen Messen mit Schnurkette oder Nachtermaaß. Unter Nr. 1. bis 4. werden bei 20 Grad Steigung und darüber die doppelten Sätze berechnet	10	1	—	—	6
5	Bei dem Abstecken von Linien in gewöhnlichem Terrain..	10	—	—	1	—
6	Bei desgleichen in waldigem, bergigen oder sumpfigen Terrain.....	10	—	—	2	—
7	Bei der Aufnahme mit Visir-Instrumenten nach den Stations-Längen.....	10	—	—	2	—
8	Für die Bestimmung eines wesentlichen Punktes durch zwei oder mehrmalige Einschneidung..... Unter Nr. 7. sind die Seiten-Abmessungen, und unter Nr. 8. die Bestimmungen näher und unwesentlicher Punkte nicht zu berechnen.	—	—	—	5	—

N ^o	Bei den nachstehend angegebenen Arbeiten.	Für Lach- ter.	a. unter		b. über	
			T a g e.			
			Sgr.	S.	Sgr.	S.
9	Bei dem Ablothen von Schächten (Saigerschnüre)	10	10	—	10	—
10	Bei dem bloßen Messen der Schachtstiefen	10	5	—	5	—
11	Für die Angabe eines Ortspunktes, eines Schachtpunktes, einer Ortsstunde (Prahm), einer Markscheiderstufe, und für jede andere derartige Angabe	—	20	—	20	—
	Bloße Markscheiderzeichen sind nicht zu berechnen.					
12	Bei Nivellements mit hydrost. Instrumenten nach der ab- gewogenen Länge im günstigen Terrain	10	—	—	1	—
	Bei dergleichen in bergigen, waldigen oder sumpfigen Ter- rain	10	—	—	2	—
	Bei dergleichen wenn die Längen nicht gemessen werden, für jeden abgewogenen Winkel	—	—	—	3	—

In Fällen, wo nach dem Ermessen des Berg-Amtes bei der Aufnahme mit dem Compaß (Nr. 1. und 2. unter a.) mehrfach kürzere als 5 Lachter Schnüre genommen werden müssen, ist den Markscheidern gestattet, statt der Schnurlänge die einzelnen Winkel, und zwar mit der Hälfte der obigen Sätze, zu 4 Sgr. und 3 Sgr. pro Winkel in Ansatz zu bringen.

Bei Anwendung anderer Instrumente zur Messung horizontaler Winkel, als des Compasses, hat das Berg-Amt die Gebührensätze besonders festzustellen, oder zu bestimmen, daß die Arbeit nach Diäten (§. 30.) liquidirt wird.

§. 25.

Bei einem jeden Zuge werden die Längen, für welche gleiche Gebührensätze (§. 24.) bestehen, zusammengerechnet, und zur Rundung der Summen ist fallen zu lassen, was unter 5 Lachter bleibt, wogegen 5 Lachter und mehr für volle 10 Lachter zu rechnen sind.

In gleicher Art sind bei Nachtragungen der Grubenbilder zc. die an einem Tage gezogenen Längen desselben Werthes zu summiren und abzurunden.

§. 26.

Ist nach der Markscheider-Instruction (§. 12.) eine Arbeit doppelt zu verrichten, wie in der Regel bei Schacht- und andern Durchschlags-Angaben, so wie bei wichtigen Nivellements geschehen muß, so werden Zug und Gegenzug berechnet. Für mehr als zwei Züge sind Gebühren nicht zu beanspruchen.

§. 27.

§. 27.

Für die in §. 24. bestimmten Gebühren hat der Markscheider die nachfolgend angegebenen Gegenstände fertig und gehörig geordnet zu liefern:

A. An Zeichnungen:

a. bei Schacht- und Durchschlags-Angaben:

1) die Zulage des Zuges mit der vollständigen Auszeichnung, den Schnur- und Anweiselinien;

2) die Zulage des Gegenzuges, jedoch nur in den Linien der Schnüre (in der Regel auf einem Blatte mit Nr. 1.).

Ist mehr als zwei Mal gezogen, so sind die Zulagen ebenfalls abzuliefern, wenn auch eine Bezahlung nicht erfolgen kann (§. 26.);

3) das zugehörige Profil oder nöthigenfalls mehrere dergleichen, gewöhnlich auf demselben Blatte;

b. bei Aufnahme neuer Grubenbilder, nach näherer Vorschrift des Ober-Berg-Amtes (§. 12.) die Lage-Situation und die nöthigen Grund- und Aufrisse.

Von jedem dieser Risse ist eine Originalzeichnung, welche als Fundamentalkriß dient, und eine Reinzeichnung zu liefern;

c. bei bloßen Lagerissen, als Vermessungs-, Concessions- und anderen Situations-Plänen:

1) ein Brouillon mit den Stationslinien, und

2) eine Reinzeichnung;

d. bei Nivellements-Rissen (Profilen):

1) ein Brouillon, und

2) eine Reinzeichnung, beide mit eingeschriebenen Saigerhöhen;

e. Nachtragungen sind auf beiden Exemplaren der unter b. c. und d. angegebenen Risse vollständig einzuzichnen.

B. An Schriftstücken:

1) die Observationsbücher in einer Reinschrift mit den berechneten und darin eingetragenen Sohlen und Saigerteufen (A. a. b. c. und e.), oder nur der Saigerteufen (d.) mit Summirung der Längen (§. 25.);

2) die nach §. 13. aufgenommenen Verhandlungen und erforderlichen Erläuterungen im Falle von Flächen-Ermittelungen, wie z. B. von Grubenfeldern, von zu entschädigenden Bodenflächen u. dgl. m., auch

3) die Berechnung solcher Flächen beziehungsweise in besonderen Vermessungs-Registern.

§. 28.

Vermessungen und Nivellements von anderen, als den im §. 24. bezeichneten
2 Arten,

Arten, oder Aufnahmen mit anderen als den gewöhnlichen Markscheider- (Winkelmaaß-) Instrumenten, werden, falls nicht darüber besonders bestimmt (§. 24.), oder mit den Auftraggebern etwas anderes vereinbart ist, nach Diätensätzen bezahlt.

In diesen Fällen ist auch die Anfertigung der Zeichnungen (§. 27. A.) besonders, und zwar ebenfalls nach Diätensätzen zu berechnen.

§. 29.

Bei Beschäftigung gegen Diäten muß der Markscheider täglich mindestens acht Stunden arbeiten.

Diese Beschäftigung ist sowohl in dem Geschäfts-Journale des Markscheiders (§. 12. Nr. 12.), als auch in dem Observations-Buche anzugeben, und zwar auch dann, wenn in Letzteres keine gemessenen Längen, Höhen oder Winkel einzutragen sind, wie z. B. bei bloßen Abmessungen im Felde, beim Aufnehmen mit dem Nivellir-Apparat, bei Zeichnarbeiten u. dgl. m.

§. 30.

Wenn bei der Ertheilung des Auftrages nicht besondere Bestimmungen gegeben oder vereinbart sind, so erhält der Markscheider sowohl für jeden Tag, an welchem er ohne Gebührenverdienst arbeitet (§. 29.), als auch für jeden Reisetag, ohne Unterschied, ob an dem Letzteren auch noch gearbeitet worden ist oder nicht, einen Diätensatz von Zwei Thaler.

§. 31.

Das Copiren von Plänen aller Art ist nach folgenden Sätzen zu vergütigen:

für ein Quadrat-Achtellachter oder 100 Quadratpall des bezeichneten Raumes, wobei die Aufschrift in einer mäßigen und der Deutlichkeit entsprechenden Größe mitgerechnet wird, bei einem verjüngten Maßstabe von

$\frac{1}{500}$ bis $\frac{1}{1000}$	der natürlichen Größe —	Rthlr. 20	Sgr.,
über $\frac{1}{1000}$ = $\frac{1}{2000}$	=	=	1 = — =
= $\frac{1}{2000}$ = $\frac{1}{4000}$	=	=	1 = 10 =

Copien, welche nach einem anderen größeren oder kleineren Maßstabe, als wonach das Original gefertigt ist, gezeichnet werden, sind nach dem Maßstabe der Copie und so zu berechnen, daß den obigen Sätzen ein Viertel derselben zugesetzt wird.

Copien in einem noch kleineren Maßstabe als demjenigen von $\frac{1}{4000}$ der natürlichen Größe, sind nach Diätensätzen (§. 30.) zu bezahlen.

§. 32.

Sind Pläne theils nach vorhandenen Karten, theils nach neuen Aufnahmen anzufertigen, so wird die Uebertragung wie eine Copie (§. 31.), und die neue Aufnahme wie eine Nachtragung (§. 26. A. e.) berechnet.

§. 33.

Markscheider erhalten an Reisekosten, einschließlich für die Fortschaffung der Instrumente, Karten u. s. w.:

- a. bei Reisen auf Eisenbahnen und auf Dampffschiffen für die Meile 7 Egr. 6 Pf., und außerdem für jeden Zu- und Abgang nach und von der Eisenbahn 15 Egr.;
- b. bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen oder Dampffschiffen zurückgelegt werden, für die Meile 20 Egr.

§. 34.

Werden den Markscheidern zu den Gruben- und Tagezügen geeignete Hülfsarbeiter nicht gestellt, so können sie dieselben für Rechnung der Interessenten annehmen. Das Nähere hierüber, sowie die Zahl solcher Arbeiter und die ihnen zu bewilligenden Lohnsätze bestimmt die §. 12. erwähnte Instruction.

§. 35.

Für das zu den Karten u. verwendete Zeichenpapier der besten Qualität sind für 100 Quadrat Zoll 2 Egr., und wenn dasselbe auf Rathum oder Leinwand gezogen ist, 4 Egr. zu vergütigen; andere Auslagen für Zeichnen- und Schreibmaterialien jedoch nicht.

Ueber Buchbinder- und andere Handwerker-Arbeiten sind die Rechnungen beizubringen, nach denen die Erstattung erfolgt.

§. 36.

Die Liquidation der Gebühren, Diäten oder Auslagen ist auf den Antrag des Markscheiders oder Desjenigen, für welchen Markscheider-Arbeiten verrichtet sind, von dem Berg-Amte festzusetzen. Dasselbe kann zur Durchsicht und Bescheinigung der Observationsbücher, in Bezug auf die Uebereinstimmung mit der an den Rissen geschehenen Arbeit, insbesondere hinsichtlich der periodischen Nachtragung der Grubenbilder, ein für allemal einen Beamten beauftragen.

§. 37.

Auch wenn in Folge einer Uebereinkunft zwischen dem Markscheider und dem Auftraggeber eine Liquidation der Gebühren, Diäten und Auslagen überhaupt nicht stattfindet, ist der Markscheider verpflichtet, die Observationsbücher vorschriftsmäßig zu führen, dieselben sorgfältig aufzubewahren und jederzeit auf Verlangen dem Berg-Amte oder einem von diesem beauftragten Beamten vorzulegen.

§. 38.

Werden bei Revision der Liquidationen (§. 36.) oder der Observationsbücher (§. 37.) Fehler gefunden, welche nicht bloß calculatorische, sondern auf die Richtigkeit der Arbeiten von Einfluß sind, so hat das Berg-Amte im Wege der Untersuchung nach den Bestimmungen §§. 15. bis 22. zu verfahren.

Berlin, den 25. Februar 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
(gez.) von der Heydt.

Vorschriften

für
die Prüfung der Markscheider.

Ueber die Ausbildung und die Prüfung Derjenigen, welche zu Markscheidern bestellt werden wollen, wird mit Bezug auf §. 1. des Allgemeinen Markscheider-Reglements vom heutigen Tage bestimmt, was folgt:

§. 1.

Schulbildung.

Zum Nachweis der Schulbildung ist beizubringen, entweder:

- a. ein Zeugniß der Reife für die erste Classe eines Gymnasiums, oder
- b. die Bescheinigung der Reife des Abgangs aus der ersten Classe einer Real- oder höheren Bürgerschule, welcher die Befugniß, Abiturienten-Zeugnisse auszustellen, beigelegt ist.

Besitzt der Candidat die Feldmesser-Qualität, so bedarf es dieses Nachweises nicht; auch wird derselbe von Offizieren des stehenden Heeres, welche die Prüfung als Offizier bestanden haben, nicht verlangt, ebensowenig von Berg-Cleven oder Berg-Referendarien, welche die Markscheider-Prüfung ablegen wollen.

§. 2.

Praktische Beschäftigung.

Sodann ist erforderlich, daß der Candidat mindestens

- a. ein Jahr lang bergmännische Handarbeiten auf Werken, welche unter der Aufsicht der Berg-Behörde stehen, betrieben und
- b. drei Jahre lang bei einem von der Berg-Behörde bestellten Markscheider in den verschiedenen Zweigen des Geschäftes gearbeitet habe.

In diese Zeit von zusammen vier Jahren wird die Zeit, während welcher der Candidat eine Bergschule besucht hat, eingerechnet.

Diejenigen, welche die Feldmesser-Prüfung abgelegt haben, desgleichen Berg-Cleven und Berg-Referendarien, haben (zu b.) nur eine zweijährige Beschäftigung mit Markscheider-Arbeiten nachzuweisen.

§. 3.

Meldung.

Die Meldung zur Prüfung geschieht schriftlich bei dem Ober-Berg-Amte des Districts, in welchem der Candidat praktisch beschäftigt gewesen ist (§. 2b.).

Beizufügen sind:

- 1) ein selbst verfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf, worin Name, Alter,

Alter, Geburtsort, Name und Stand der Eltern und die kurze Geschichte der Ausbildung auf der Schule und im Fache (§. 2.) angegeben sein müssen;

- 2) das Schul- = Zeugniß (§. 1.);
- 3) die Atteste über die practische Beschäftigung, beziehungsweise über den Besuch der Berg- = Schule (§. 2.), sowie über Fleiß und Führung während dieser Zeit;
- 4) ein ärztliches Gesundheits- = Attest;
- 5) die Zeugnisse über die Ableistung der Militair- = Dienstpflicht oder über Befreiung von derselben. Feldmesser haben ihre Bestallung, frühere Offiziere das Patent einzureichen; der Beifügung eines Schul- = Zeugnisses bedarf es in diesen Fällen nicht.

Von Berg- = Geleuten und Berg- = Referendarien wird nur der §. 2. gedachte Nachweis gefordert.

§. 4.

Prüfungs-Commission.

Wenn gegen die Zeugnisse (§. 3.) nichts zu erinnern ist, oder die mangelhaften vervollständigt worden sind, beauftragt das Ober- = Berg- = Amt ein Berg- = Amt mit der Abhaltung der Prüfung.

Es wird hierzu eine Prüfungs- = Commission gebildet, welche in der Regel aus

- a. dem Bergamts- = Director,
- b. einem Berg- = Meister und
- c. dem Berg- = Amts- = Markscheider

besteht; das Berg- = Amt ist jedoch befugt, nach seinem Ermessen auch noch andere Personen als Examinatoren zuzuziehen, wie z. B. für die Mathematik den betreffenden Lehrer an der Bergschule.

§. 5.

Prüfung.

Die Prüfung richtet sich

- a. auf die Fertigkeit im Zeichnen und in der Planbeschreibung;
- b. auf die eigentlichen Markscheider- = Geschäfte;
- c. auf die bezüglichen Hülfswissenschaften,

und besteht in:

- 1) bildlichen Aufgaben;
- 2) einer Markscheider- = Arbeit;
- 3) einem schriftlichen Aufsatze;
- 4) einem mündlichen Examen.

§. 6.

Probezeichnungen.

Zum Nachweise der erlangten Fertigkeit im Zeichnen, insbesondere in allen Arten

ten des Planzeichnens, so wie in den bei der Planbeschreibung üblichen Schriftarten hat der Candidat einige, von ihm nach Mustern gezeichnete und beschriebene Blätter vorzulegen. Außerdem wird ihm von der Commission (§. 4.) die Copirung einer Zeichnung aufgegeben, welche er unter der Aufsicht des Marktscheiders auszuführen hat.

Bei Auswahl der Vorlage ist darauf zu sehen, daß darin verschiedene topographische Gegenstände und einige Colorirungen vorkommen; das Blatt darf aber nur eine mäßige Größe einnehmen, um nicht mehr als 3 Tage Zeit zu erfordern. Die darauf verwendete Zeit, so wie die Richtigkeit der Arbeit ist auf der Copie von dem Marktscheider zu bescheinigen.

Diese Prüfung muß im Laufe der für die Lieferung der Probearbeiten (§. 5. Nr. 2. und 3.) bestimmten Frist (§. 9.) stattfinden.

§. 7.

Marktscheider-Aufgabe.

Als marktscheiderische Aufgabe (§. 5. Nr. 2.) hat die Commission einen größeren, aus Gruben- und Tagezug bestehenden Probegug zu wählen, mit Seigerhöhen-Bestimmung, einigen Schlüsselpunkten und einer oder mehreren Durchschlags-Angaben, auch mit Darstellung von Lagerstätten-Verhältnissen.

Der Zug ist doppelt zu machen und zuzulegen, um Zug und Gegenzug vergleichen zu können.

Die Grund- und Aufrisse müssen vorschriftsmäßig ausgezeichnet und beschrieben, auch das Observations-Buch und die Berechnung der Schnüre, überhaupt alles so vollständig geliefert werden, wie das Marktscheider-Reglement und die speciellen Instructionen vorschreiben.

Die Pläne und zugehörigen Observationen zc. muß der Candidat, unter Angabe des Datums, mit der Erklärung unterzeichnen, daß er sie ohne eines Andern Hilfe aufgenommen und angefertigt habe.

§. 8.

Schriftliche Probearbeit.

Als schriftliche Probearbeit (§. 5. Nr. 3.) kann die Beschreibung und Begründung des bei der marktscheiderischen Arbeit angewendeten Verfahrens aufgegeben, jedoch auch ein anderes Thema aus der Marktscheider-Kunst gewählt werden.

Diese Arbeit muß von dem Candidaten eigenhändig geschrieben und von der Erklärung an Eidesstatt, daß er sich dabei nicht der Hilfe eines Andern und etwa nur des Gebrauchs gedruckter Bücher bedient habe, begleitet sein.

§. 9.

Einreichungsfristen.

Für die Einsendung der Arbeiten §§. 7. und 8. bestimmt die Commission eine angemessene Frist, welche nur wegen Krankheit oder anderer unabwendbarer Hindernisse

nisse verlängert werden kann. Werden die Arbeiten weder in der ersten, noch auch in der zweiten Frist eingereicht, so wird angenommen, daß der Candidat auf die Ablegung der Prüfung verzichtet habe.

Findet die Commission die eingeleferten Arbeiten nicht genügend, so berichtet sie hierüber, und das Ober-Berg-Amt eröffnet dem Candidaten, welche Ausstellungen gegen seine Arbeiten gemacht und weshalb dieselben nicht als probemäßig anerkannt worden sind.

§. 10.

Mündliche Prüfung.

Sind die Arbeiten (§§. 6. 7. und 8.) probemäßig befunden, so wird innerhalb längstens 2 Monaten nach dem Eingange der letzten Arbeit, der Termin zur mündlichen Prüfung angesetzt.

Diese Prüfung, welche im Beisein sämmtlicher Examinatoren (§. 4.) stattfindet, verlangt:

- a. in der Arithmetik fertiges Rechnen mit ganzen, gebrochenen und benannten Zahlen, in Proportionen und Progressionen, Ausziehung der Wurzeln *ic. ic.* bis zu der Auflösung unreiner quadratischer Gleichungen;
- b. in der ebenen Geometrie, die Anwendung der Lehrsätze, sowohl hinsichtlich ihrer Beweise, als in den verschiedenen daraus entspringenden und darauf beruhenden Aufgaben;
- c. in der Trigonometrie, die Anwendung der ebenen und der Hauptlehrsätze der sphärischen Trigonometrie, um mit Hilfe der trigonometrischen Tafeln die Aufgaben zu lösen, welche bei der Meßkunst und insbesondere bei dem Markscheider vorkommen;
- d. in der practischen Markscheide- und Nivellirkunst, gründliche Kenntniß der Maasse, der Meß-Instrumente, ihrer Einrichtung und Handhabung, Mängel und Justirung, ferner des ganzen Verfahrens bei dem Ziehen unter und über Tage, Vermeidung und Ueberwindung der dabei vorkommenden Schwierigkeiten und Hindernisse, Gewandheit im Berechnen der Schnüre, in den verschiedenen Methoden des Zulegens *ic.*, in der anschaulichen Darstellung verschiedener Grubenbaue und verwickelter Lagerstätten-Verhältnisse, überhaupt diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten, welche zur Ausübung der Markscheidekunst erforderlich sind;
- e. in der Bergbaukunde, die einem Markscheider unentbehrlichen allgemeinen Kenntnisse, insbesondere von den verschiedenen Grubenbauen (Stollen, Schächten, Strecken *ic.*) und deren Verbindung in den verschiedenen Abbau-Systemen, von der Auffuchung und Ausrichtung der Lagerstätten *ic.*, von der Wetterführung, Wasserlösung *ic. ic.*,

- f. in der Geognosie und Oricognosie, nicht mehr, als in den Berg-Schulen gelehrt wird, namentlich in Betreff der nughbaren Mineralien und der Art ihres Vorkommens u., endlich
- g. in Dienst- und Geschäftskunde, die allgemeine Bekanntschaft mit der Bergwerks-Versassung, mit der Gliederung der Behörden und den Verhältnissen der Bergwerks-Besitzer, ferner mit den wesentlichsten gesetzlichen Vorschriften über Behandlung der Schürf-, Muth- und Verleihungssachen, sowie über die Ausübung der Berg-Polizei, insbesondere mit der Stellung der Marktscheider zu den Behörden und zu den Auftraggebern, mit den Formen des amtlichen Schriftwechsels u. s. w.

Bei Candidaten, welche die Feldmesser-Qualität besitzen, kann die Prüfung in den mathematischen Doctrinen (a. b. und c.) sich auf die Anwendungs-Beispiele aus dem Gebiete der Marktscheide-Kunst beschränken.

Bei den Berg-Eleven oder Berg-Referendarien ist die Prüfung mehr auf das practische Marktscheiden (unter d. und g.) zu richten.

§. 11.

Prüfungs-Protocoll.

Ueber die Prüfung (§. 10.) wird ein Protocoll aufgenommen und von dem vor-sitzenden Berg-Amts-Director und allen Examinatoren unterzeichnet. Dasselbe muß die einzelnen Gegenstände, in welchen geprüft worden ist, kurz angeben und für jeden Theil der Prüfung ein bestimmtes Urtheil enthalten, wobei folgende Prädicate zu ge-brauchen sind:

- a. mit Auszeichnung bestanden, wenn der Candidat in allen wesentlichen Punkten das Maaß der vorgeschriebenen Erfordernisse überschreitet;
- b. gut bestanden, wenn er in der einen oder anderen Beziehung höheren An-forderungen genügt;
- c. vor-schriftsmäßig bestanden, wenn er die vorgeschriebenen Leistungen vollständig erfüllt hat;
- d. nicht bestanden.

Am Schlusse des Protocolls ist ein gemeinsames Urtheil über den Ausfall der ganzen mündlichen Prüfung, unter Gebrauch derselben Prädicate, abzugeben.

§. 12.

Werden mehrere Candidaten zugleich geprüft, so kann die Verhandlung zwar in ein Protocoll gefaßt werden, es ist aber über jeden Candidaten besonders zu berichten und jedem Berichte ein Auszug aus dem Protocolle beizufügen.

„Mehr als drei Candidaten dürfen nicht zusammen geprüft werden.

§. 13.

Die Probe-Arbeiten (§§. 6. 7. und 8.) und das Protocoll (§. 11.) sind unter Wieder-

Wiederanschluß der Zeugnisse (§. 3.) mit dem Berichte der Commission, in welchem sie sich darüber, ob und wie der Candidat bestanden hat, aussprechen muß, dem Berg-Amt einzureichen, und von diesem dem Ober-Berg-Amt zu übersenden.

Das Ober-Berg-Amt hat sodann dem Candidaten, wenn er vorschriftsmäßig bestanden hat, nach §. 3. oder nach §. 4. des allgemeinen Markscheider-Reglements die Bestallung auszufertigen, und in dem einen, wie in dem anderen Falle die Vereidigung zu veranlassen.

§. 14.

Wiederholung der Prüfung.

Ist die Prüfung ungenügend ausgefallen, so hat das Ober-Berg-Amt dies dem Candidaten zu eröffnen.

Zu einer Wiederholung der ersten Prüfung, dieselbe mag ganz oder nur theilweise ungenügend ausgefallen sein, kann sich der Candidat nicht vor Ablauf eines Jahres, welches von dem letzten Tage der mündlichen Prüfung ab gerechnet wird, wieder melden.

Besteht der Candidat auch die zweite Prüfung nicht, so ist eine fernere Zulassung desselben nicht statthast.

§. 15.

Uebergangs-Bestimmungen.

Junge Männer, welche sich für das Markscheiderfach ausbilden und bei dem Erscheinen des allgemeinen Markscheider-Reglements bereits die practische Lehrzeit (§. 2b.) angetreten haben, können, ohne den Nachweis desjenigen Grades der Schulbildung, welchen §. 1. verlangt, zur Markscheider-Prüfung zugelassen werden.

§. 16.

In Betreff Derjenigen, welche vor dem Erscheinen des allgemeinen Markscheider-Reglements eine Prüfung im Markscheiden abgelegt haben, als Markscheider aber noch nicht bestellt worden sind, bleibt dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vorbehalten, in jedem einzelnen Falle darüber zu entscheiden, ob sie zur Bestellung als Markscheider zugelassen sind, oder sich zuvor nach Maassgabe der hier gegebenen Bestimmungen noch einer Prüfung zu unterwerfen haben.

Berlin, den 25. Februar 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
gez. von der Heydt.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 16.

Oppeln, den 17. April 1856.

Allgemeine Geseflsammlung.

N^o 13. enthält:

(**N^o 4371.**) Die Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Statuten der unter der Firma „Bergischer Gruben- und Hütten-Verein“ mit dem Domicil zu Düsseldorf, errichteten Actien-Gesellschaft. Vom 10ten März 1856.

N^o 14. enthält:

(**N^o 4372.**) Den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Februar 1856., betreffend die Verleihung der ficalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Gorzohn an der Landsberg-Posener Staats-Chaussee über Birnbaum und Birke nach Bronke.

(**N^o 4373.**) Den Allerhöchsten Erlaß vom 20sten Februar 1856., betreffend die Verleihung der ficalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussee von Inden, im Kreise Süllich, nach Weisweiler, im Kreise Düren.

(**N^o 4374.**) Den Allerhöchsten Erlaß vom 25ten Februar 1856., betreffend die Verleihung der ficalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussee von Treis, im Kreise Cochem, durch das Flaumbachsthal bis zur Mörsdorfer Straße.

(**N^o 4375.**) Den Allerhöchsten Erlaß vom 5ten März 1856., betreffend die Verleihung der ficalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chausseen von Schlochau nach Jacobsdorf, von Pr. Friedland nach Neustettin und von Hammerstein bis zur conig-bütower Staats-Straße.

(**N^o 4376.**) Den Allerhöchsten Erlaß vom 10ten März 1856., betreffend eine Ab-

änderung des Statuts der Meliorations-Societät der Boker Haide, vom 24sten Juli 1850.

- (M 4377.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 19ten März 1856., betreffend die Ausführung der Bestimmungen in Bezug auf die Disciplinar-Untersuchungen gegen preussische in den luxemburgischen Zolldienst übernommene Beamte.
- (M 4378.) Das Gesetz wegen Herabsetzung der Tara-Vergütung für rohen Kaffee in Ballen oder Säcken. Vom 31sten März 1856., und
- (M 4379.) Die Verordnung wegen Herabsetzung der Tara-Vergütung für rohen Kaffee in Ballen oder Säcken. Vom 31sten März 1856.

V 15. enthält:

- (M 4380.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 5ten März 1856., betreffend die Erhöhung des Zinsfußes der Obligationen der Societät für die Meliorationen des Odrabruches von vier auf fünf vom Hundert.
- (M 4381.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 10ten März 1856., betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussée von der Mackenrode-Breitenworbiser Chaussée bei Limlingerode ab über Stöckey, Püderode, Weissenborn und Zwinge bis zur hannöverschen Gränze in der Richtung auf Gieboldshausen und Nordheim.
- (M 4382.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 10ten März 1856., betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussée von Traben nach Strohbüsch.
- (M 4383.) Das Statut des Alt-Passarger Deichverbandes. Vom 19ten März 1856.; und
- (M 4384.) Die Bekanntmachung, betreffend die Erhöhung des Grund-Capitals der Actien-Gesellschaft Bergwerks-Verein Friedrich-Wilhelmshütte zu Mühlheim a. d. Ruhr. Vom 1sten April 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

- N** 92. Auf Grund Allerhöchster Genehmigung wird das Verbot der Ausfuhr von Pferden über die Zollgrenze gegen das Zoll-Vereins-Ausland und über die Grenzen gegen das Königreich Hannover, das Herzogthum Braunschweig und das Großherzogthum Luxemburg, welches durch die Bekanntmachungen vom 18ten December 1854., vom 8ten und 20sten Januar und 17ten März 1855. angeordnet worden ist, hierdurch
wieder

wieder aufgehoben.

Berlin, den 3. April 1856.

Der Minister des Innern.
v. Westphalen.

Der Finanz-Minister.
v. Bodelschwingh.

Regierungs-Bezirk Oppeln.

Nr 93.

Zum Ankaufe von Remonten im Alter von drei bis einschließlich sechs Jahren, sind in dem angrenzenden Regierungs-Bezirk Breslau in diesem Jahre nachstehende, Morgens um 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden, und zwar:

den 13ten Mai in Brieg;
= 14ten = = Heinrichau;
= 15ten = = Nimptsch;
= 17ten = = Dels.

Die von der Militair-Commission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort baar bezahlt.

Die erforderlichen Eigenschaften eines Remonte-Pferdes werden als hinlänglich bekannt vorausgesetzt und nur noch bemerkt, daß Pferde, deren Mängel den Kauf gesetzlich rückgängig machen, und Krippenseßer, welche sich als solche innerhalb der ersten zehn Tage herausstellen, dem früheren Eigenthümer auf seine Kosten zurückgesandt werden.

Mit jedem erkauften Pferde sind eine neue starke leberne Trense, eine Gurthalfter und zwei hanfene Stricke, ohne besondere Vergütung, zu übergeben.

Berlin, den 17. März 1856.

Kriegs-Ministerium. Abtheilung für das Remonte-Wesen.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Dem Erbrichter Wyszkonj zu Zernau, Leobschüzer Kreises, ist auf Grund des §. 7. des Gesetzes vom 13ten Februar 1843. die Befugniß ertheilt worden, für die Einsassen der Gemeinde Zernau, welche Pferde verkaufen, vertauschen, verschenken oder sonst veräußern wollen, die vorgeschriebenen Legitimations-Atteste stempel- und kostenfrei auszufertigen.

Nr 94.

Oppeln, den 26. März 1856.

Mit Bezug auf die Amtsblatt-Bekanntmachung vom 17ten Januar d. J., betreffend die diesjährigen Privat-Beschäl-Stationen, wird hierdurch bekannt gemacht, daß dem Anbauer Anton Beier zu Hohndorf, Leobschüzer Kreises, nachträglich gestattet

Nr 95.

worden ist, seinen braunen Hengst, 8 Jahr alt, 5 Fuß 2 Zoll groß und ohne Abzeichen, als Beschäler an dem genannten Orte aufzustellen.

Oppeln, den 1. April 1856.

N 96.

Dem Schullehrer Sobek in Waissak, Leobschüzer Kreises, ist auf Grund des §. 7. des Gesetzes vom 13ten Februar 1843. die Befugniß ertheilt worden, für die Einsassen der Gemeinde Waissak, welche Pferde verkaufen, vertauschen, verschenken oder sonst veräußern wollen, die vorgeschriebenen Legitimations-Altteste stempel- und kostenfrei auszufertigen.

Oppeln, den 1. April 1856.

Die landespolizeiliche Genehmigung zur Besorgung von Agentur-Geschäften ist ertheilt worden:

- 1) dem Stadt-Secretair Künzel in Lubliniz, für die Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg in Stelle des diese Geschäfte niedergelegten Landrathlichen Privat-Secretairs Apel daselbst;
- 2) dem Kaufmann Alexander Drzensla in Beuthen, für die allgemeine deutsche Hagel-Versicherungs-Gesellschaft „Union“ in Weimar;
- 3) dem Kaufmann W. Stenzel in Creuzburg, für die Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg;
- 4) dem Kaufmann Julius Breslauer in Leobschütz,
 - a. für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg, und
 - b. für die Vieh-Versicherungs-Gesellschaft ebendaselbst,
 in Stelle des für beide Societäten ausgeschiedenen Kaufmanns Siegidmund Luft in Leobschütz.

Oppeln, den 12. April 1856.

Unter dem 7ten und 10ten April 1856. sind dem Kaufmann F. H. F. Prillwitz in Berlin drei Einführungs-Patente,

- a. auf durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte, in ihrer ganzen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkannte Feuerungs-Anlagen, ohne Jemand in der Benutzung des denselben zu Grunde liegenden Principis und-bekannter Theile zu beschränken;
- b. auf einen Erweiterungs-Bohrer für Steine, so weit derselbe in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung als neu und eigenthümlich anerkannt ist, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, und
- c. auf mechanische Webestühle, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewie-

wiesenen Zusammensetzung, und ohne Jemand in der Verwenbung bekannter Mittel zu beschränken,
auf die Dauer von fünf Jahre, von jenen Tagen an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.
Oppeln, den 14. April 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlichen Appellations-Gerichts zu Ratibor.

Im Departement des unterzeichneten Appellations-Gerichts, zu welchem 16 Kreise mit 1,003,874 Seelen gehören, sind im Jahre 1855. von 732 Schiedsmännern 35,334 Streitsachen verhandelt und davon beendigt worden: N^o 97.

a. durch Vergleich.....	25,454.;
b. durch Zurücknahme der Klage...	2,513.;
c. durch Ueberweisung an den Richter	7,148.;
am Schlusse des Jahres blieben anhängig.	219.;
zusammen...	35,334.

Von den anhängig gewesenen Streitsachen sind verglichen worden:
im Kreise Beuthen.... durch 40 Schiedsmänner 1932 Sachen;

=	=	Cosel.....	=	36	=	987	=
=	=	Creuzburg..	=	29	=	1285	=
=	=	Falkenberg..	=	38	=	983	=
=	=	Gleiwitz....	=	39	=	1496	=
=	=	Grottkau...	=	54	=	981	=
=	=	Leobschütz...	=	62	=	2532	=
=	=	Lublinitz....	=	36	=	1545	=
=	=	Reisse.....	=	79	=	1948	=
=	=	Neustadt....	=	53	=	2138	=
=	=	Oppeln.....	=	73	=	2071	=
=	=	Pleß.....	=	49	=	1469	=
=	=	Ratibor....	=	46	=	2024	=
=	=	Rosenberg..	=	31	=	1211	=
=	=	Rybnik.....	=	34	=	1559	=
=	=	Gr.-Strehlitz	=	33	=	1293	=

Folgende Schiedsmänner haben mehr als 100 Vergleiche gestiftet:

- 1) Kieger in Leobschütz..... 499.;
- 2) Wicke in Leobschütz..... 451.;

3) Kunz

3)	Künzel in Publiniz.....	350.;
4)	Sabisch in Neisse.....	324.;
5)	Koschützki in Gleiwitz.....	315.;
6)	Troll in Rattowitz, Kreis Beuthen.....	275.;
7)	Bönisch in Schnellewalde, Kreis Neustadt.	273.;
8)	Reichert in Rosenberg.....	248.;
9)	Laska in Tost.....	242.;
10)	Renner in Creuzburg.....	241.;
11)	Schwarzer in Charlottenhoff, Kr. Beuthen	241.;
12)	Schütz in Alt-Zabrze, Kreis Beuthen.....	234.;
13)	Johann Mitschein in Hultschin.....	230.;
14)	Mispel in Ottmachau.....	217.;
15)	Jul. Mitschein in Schillersdorf, Kr. Ratibor	213.;
16)	Feicke in Friedland, Kreis Falkenberg.....	201.;
17)	Wittke in Grottkau.....	184.;
18)	Striekel in Creuzburg.....	180.;
19)	Mehl in Gr.-Obbern, Kreis Oppeln.....	167.;
20)	Gellert in Stodoll, Kreis Rybnik.....	160.;
21)	Thamme in Carlsruhe, Kreis Oppeln.....	159.;
22)	Creuzmann in Siemianowitz, Kr. Beuthen	155.;
23)	Kendtschmidt in Rosenberg.....	153.;
24)	Matuschek in Loslau.....	152.;
25)	Lipka zu Colonowska, Kreis Gr.-Strehlitz.	152.;
26)	Pampuch zu Rogau, Kreis Oppeln.....	151.;
27)	Ring zu Kottchanowitz, Kreis Rosenberg...	147.;
28)	Küas in Nieder-Rydultau, Kreis Rybnik..	145.;
29)	Brleger in Leobschütz.....	144.;
30)	Pierschke in Alt-Schalkowitz, Kr. Oppeln	141.;
31)	Bottländer in Pshaw, Kreis Rybnik...	139.;
32)	Ulrichs in Pitschen.....	133.;
33)	Wohnik in Slawikau, Kreis Ratibor.....	133.;
34)	Grabowsky in Gr.-Rauden, Kreis Rybnik	133.;
35)	Welz in Neisse.....	132.;
36)	Glapel in Neustadt.....	131.;
37)	Kirschner in Krascheow, Kreis Oppeln..	130.;
38)	Wagner in Ratibor.....	130.;
39)	Kokott zu Gr.-Stanisch, Kr. Gr.-Strehlitz	128.;
40)	Jacubek in Orzesche, Kreis Pleß.....	128.;
41)	Wilkens in Creuzburg.....	127.;

42)	Scheinert in Patschkau.....	124.;
43)	Schindler zu Schönbrunn, Kreis Leobschütz	123.;
44)	Lary in Poppelau, Kreis Oppeln.....	122.;
45)	Kotschi in Orzupowiz, Kreis Rybnik	120.;
46)	Seyfried in Koschowitz, Kreis Beuthen ..	116.;
47)	Siebler in Cosel.....	116.;
48)	Meyer in Kattowitz, Kreis Beuthen.....	114.;
49)	Frank in Kzienzowiesch, Kr. Gr. = Strehlitz.	113.;
50)	Knetsch in Wichrau, Kreis Rosenberg....	113.;
51)	Pollak in Beneschau, Kreis Ratibor.....	112.;
52)	Dziadek in Gellin, Kreis Neustadt.....	110.;
53)	Koronowski in Alt-Tarnowitz, Kr. Beuthen	110.;
54)	Notag in Nieder-Elguth, Kreis Greuzburg	110.;
55)	Meyer in Giersdorf, Kreis Neisse.....	109.;
56)	Pyrczek in Bytom, Kreis Plesz.....	109.;
57)	Dehnisch in Chroszcz, Kreis Oppeln....	108.;
58)	Klug in Plesz.....	108.;
59)	Kurka in Tost.....	108.;
60)	Weiß in Dobrau, Kreis Neustadt.....	107.;
61)	Slany in Koschowitz, Kreis Cosel.....	106.;
62)	Sylvester in Odersch, Kreis Ratibor....	106.;
63)	Oppler in Plania, Kreis Ratibor.....	105.;
64)	Springer in Ziegenhals.....	105.;
65)	Fröhlich zu Casimir, Kreis Leobschütz	102.;
66)	Pierschalla zu Cziffek, Kreis Cosel.....	102.;
67)	Brückner zu Bladen, Kreis Leobschütz....	101.;
68)	Raschdorff zu Ober-Glogau.....	101.;
69)	Scheer zu Koschmieder, Kreis Lublinitz....	101.

Die uneigennützigte erfolgreiche Thätigkeit der genannten Schiedsmänner wird hierdurch belobt, mit dem Bemerken, daß den Schiedsmännern ad 1. 2. 3. 4. 5. 6. 8. 9. 10. 12. 13. 14. 16. 17. 18. 19. 21. 23. 24. 25. 26. 29. 30. 31. 33. 36. 37. 38. 40. 41. 42. 44. 45. 46. 47. 48. 52. 53. 54. 56. 57. 58. 59. 62. 63. 69. schon früher und zum Theil seit einer Reihe von Jahren eine gleiche öffentliche Anerkennung ihrer erfolgreichen Wirksamkeit zu Theil geworden ist.

Ratibor, den 5. April 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Nr 98.

Program m

zu dem

Achtzehnten Schlesischen Provinzial-Thierschaufeste.

Das Fest findet am 3ten (dritten) Juni d. J. auf dem Platze am Schießwerder bei Breslau statt, und besteht in der Schaustellung von Thieren und landwirthschaftlichen Geräthschaften, in der Vertheilung von Preisen für die besten Schaustücke und in der Verloosung anzukaufender Thiere und Geräthe.

I. Thierschau.

Es sind folgende Preise ausgesetzt:

Für Pferde,

die in Schlessen gezogen und noch in der Hand des Züchters sind.

A. Königspreise.

- 1—5) Für gute Zuchtstuten fünf Prämien, 1 à 80, 1 à 50, 1 à 40, 1 à 30 und 1 à 25 Thaler nebst Fahne, unter folgenden Bedingungen: a. die Zuchtstute muß im Besiß eines bauerlichen Pferdezüchters sich befinden; b. sie muß alle zu einer guten Zuchtstute erforderlichen Eigenschaften besitzen; c. sie muß ein Füllen haben, oder doch bedeckt, und daß sie es sei genügend bescheiniget sein.

B. Der von dem Präsidenten des Central-Vereins ausgesetzte Preis.

- 6) Für den besten Zuchthengst: ein Ehrenpreis oder eine große goldene Medaille nebst Fahne.

C. Vereinspreise.

- 7) Für die edelste Zuchtstute, die schon ein

- Füllen gehabt hat oder tragend ist: ein Ehrenpreis nebst Fahne.
8) Für die nächstbeste: eine goldene Medaille nebst Fahne.
9) = das beste edle Gebrauchspferd (Zuruspferd), nicht unter 4, nicht über 8 Jahre alt: ein Ehrenpreis nebst Fahne.
10) = das nächstbeste: eine goldene Medaille nebst Fahne.
11) = das drittbeste: eine silberne Medaille nebst Fahne.
12) = das beste Arbeitspferd: 40 Thlr. nebst Fahne.
13) = das nächstbeste: eine silberne Medaille nebst Fahne.
14) = das beste Edelfüllen, 2 oder 3 Jahre alt: ein Ehrenpreis nebst Fahne.
15) = das nächstbeste: eine goldene Medaille nebst Fahne.
16) = das drittbeste: eine silberne Medaille nebst Fahne.
17) = das beste 2- oder 3jährige Füllen eines Arbeitspferdes: 30 Thlr. oder,

oder eine goldene Medaille nebst Fahne.

Von dieser Concurrenz sind Vollblut- und Renn-Pferde ausgeschlossen, da sie anderweit ihre Würdigung finden.

Für Kinder,

die in Schlesien gezogen und noch in der Hand des Züchters sind.

A. Die von der Stadt Breslau ausgesetzten Preise.

- 18) Für die beste Kuh eines bäuerlichen Besitzers 60 Thlr. Gold nebst Fahne.
- 19) = die beste Ferse eines bäuerlichen Besitzers: 40 Thlr. Gold nebst Fahne.

B. Vereinspreise.

- 20) Für den vorzüglichsten inländ. Stier: Ehrenpreis nebst Fahne.
- 21) = den nächstbesten: Ehrenpreis nebst Fahne.
- 22) = den vorzüglichsten im Auslande geborenen Stier: ein Ehrenpreis nebst Fahne.
- 23) = die vorzüglichste inländ. Kuh: ein Ehrenpreis nebst Fahne.
- 24) = die nächstbeste: 25 Thaler nebst Fahne.
- 25) = die drittbeste: eine silberne Medaille nebst Fahne.
- 26) = die vorzüglichste im Auslande geborene Kuh: ein Ehrenpreis nebst Fahne.
- 27) = die nächstbeste: eine silberne Medaille nebst Fahne.
- 28) = die vorzüglichste inländische Ferse (Kalbe): ein Ehrenpreis nebst

Fahne.

- 29) Für die nächstbeste: 15 Thaler nebst Fahne.
- 30) = die drittbeste: eine silberne Medaille nebst Fahne.
- 31) = das vorzüglichste Paar inländischer Zugochsen: ein Ehrenpreis nebst Fahne.
- 32) = das nächstbeste Paar: eine goldene Medaille nebst Fahne.
- 33) = das drittbeste Paar: eine silberne Medaille nebst Fahne.

Nur gefesselte Stiere können in den umfriedigten Schauraum aufgenommen werden.

Schafe.

Zur Aufstellung von Schafen und Wollviehen (V.) werden die erforderlichen Anstalten getroffen sein. Es können Thiere aller Länder gestellt, aus derselben Schäferci aber nicht mehr als 10 Stück aufgenommen werden; — für jede aufzustellende Abtheilung muß ein Schild mitgebracht werden, auf welchem der Name des Gutes verzeichnet ist; auch muß der Geburtsort ausländischer und nicht in den Händen der Züchter befindlicher Thiere angegeben sein. Es wird mit Zuversicht erwartet, daß nur gesunde Schafe gestellt werden. Den Schaustellern werden silberne Erinnerungs-Medaillen verabreicht.

Für Mastvieh.

Für Mastthiere, welche in Schlesien gezogen und erweislich von den gegenwärtigen Besitzern von Anfang bis zu Ende gemästet worden sind, werden folgende Prämien ausgesetzt:



- | | |
|--|---|
| <p>34) Für den schwersten Mastochsen: ein Ehrenpreis oder 60 Thlr. nebst Fahne.</p> <p>35) = den nächstschwersten: 40 Thaler nebst Fahne.</p> <p>36) = den dritten eine Fahne.</p> <p>37) = die schwerste Mastkuh: 30 Thlr. nebst Fahne.</p> <p>38) = die nächstschwerste: eine Fahne.</p> <p>39) = das schwerste nicht über acht Wochen alte Saugkalb: 12 Thaler nebst Fahne.</p> | <p>40) Für das nächstschwerste: 8 Thlr. nebst Fahne.</p> <p>41) = das dritte: eine Fahne.</p> <p>42) = den schwersten Masthammel: 10 Thlr. nebst Fahne.</p> <p>43) = den nächstschwersten: 8 Thlr. nebst Fahne.</p> <p>44) = den dritten: eine Fahne.</p> <p>45) = das schwerste Schwein: 10 Thlr. nebst Fahne.</p> <p>46) = das nächstschwerste: 8 Thlr. nebst Fahne.</p> <p>47) = das dritte: eine Fahne.</p> |
|--|---|

Um denjenigen bauerlichen Concurrenten, welche aus größeren Entfernungen Thiere hierher zur Schau bringen, die baaren Verwendungen zu vergüten, und um die entfernteren Gegenden mit den näheren Umgebungen der Hauptstadt in dieser Beziehung auf einen möglichst gleichen Standpunkt zu stellen, soll für jedes Stück ungemästetes Rindvieh, welches aus einer größeren Entfernung als 4 Meilen der Thierschau zugeführt, und hier nicht prämiirt wird, ein Weitepreis von 10 Egr. auf jede Meile des Herweges gewährt werden. Außerdem aber wird für jedes anher gestellte Schau-thier, welches entweder auf dem diesjährigen Thierschaufeste eines Zweig-Vereins außerhalb der Rennbahn prämiirt, oder welches als schauwürdig von einem Zweig-Vereine anhergewiesen worden, im Falle es hier nicht prämiirt wird, eine silberne Erinnerungs-Medaille ausgereicht werden.

Allgemeines. Für mehrere Thiere derselben Art und desselben Geschlechts kann derselbe Bewerber nicht mehrere Preise verlangen, dagegen aber für verschiedene Thiere in verschiedenen Concurrenzen.

Anmeldung. Alle zur Schau zu stellenden Thiere und Geräthschaften müssen bis zum 1sten Juni d. J. bei dem Vorstande des landwirthschaftlichen Central-Vereins angemeldet werden. Es werden zwar auch noch späterhin Thiere oder Geräthschaften aufgenommen werden, sofern es die vorhandenen Räume gestatten, — doch können dieselben nicht mehr in dem Verzeichnisse der am Tage des Festes auszugebenden Fest-Ordnung erscheinen.

Bei der Anmeldung von Thieren zur Schau oder zum Verkauf wird gebeten, die Züchtungs- und Besitz-Atteste, sowie das National der Thiere nach untenstehendem Schema gleichzeitig mit einzureichen; desgleichen wird Anzeige gewärtigt, ob von den hier getroffenen Veranstaltungen des Vorstandes zur Unterbringung und Pflege der Thiere Gebrauch gemacht werden will.

Die einzureichenden Nachweise müssen folgende Angaben enthalten: 1) Name, Stand, Wohnort des Züchters und Besitzers; 2) Geschlecht des Thieres; 3) Alter; 4) Farbe und Abzeichen; 5) Größe (Fuß, Zoll); 6) Abkunft des Thieres (bei dem Rindvieh die Angabe der Race); 7) ob das Thier nur zur Schau gestellt wird, oder auch veräußert ist.

II. Aufstellung von Ackergeräthen.

Für die Aufstellung von landwirthschaftlichen Maschinen und Geräthschaften aller Art, die ein besonderes Interesse darbieten und deshalb zur Schau gestellt, oder die zum Verkauf angeboten werden, wird ein besonderer Platz reservirt bleiben. Auch solche Gegenstände müssen bis zum 1sten Juni angemeldet werden. An Prämien werden für die bestgearbeiteten Maschinen ausgesetzt: eine goldene Medaille — 15 Thlr. — 10 Thlr.

III. Verloosung von Thieren und landwirthschaftlichen Geräthen.

Bei der Thierschau wird ein Ankauf und eine Verloosung von Thieren und landwirthschaftlichen Geräthschaften veranstaltet werden, und der Umfang dieses Ankaufs nach der Zahl der abzufegenden Loose sich richten. (Vergl. Nr. IV.)

IV. Ausgabe von Loosen und Eintrittskarten.

Loose. Zur Deckung der Kosten für den Ankauf der zu verloosenden Gegenstände werden Loose à 15 Sgr. ausgegeben werden; dieselben sind hier zu haben:

- in der Canzlei der General-Landschafts-Direction, Ohlauerstraße 45.;
- = = Buchhandlung von W. G. Korn, Schweidnitzerstraße 47.;
- = = = = Graß, Barth und Comp., Herrenstraße 20.;
- = = Handlung von Wiener und Süßkind, Ohlauerstraße 5. und 6.;
- = = = = Wilsch Heilborn, Königsplatz 3b.

Auch sind die königlichen Landrath's-Aemter ersucht worden, den Absatz von Loosen zu vermitteln.

Der Besitz eines Loose's gewährt lediglich die Theilnahme an dem Verloosungsge-
schäfte, aber nicht den Eintritt in die geschlossenen Räume.

Eintrittskarten. Am Tage der Thierschau selbst werden besondere Eintritts-
karten zur Tribüne à 15 Sgr. und für die übrigen geschlossenen Räume à 5 Sgr.
ausgegeben werden; dieselben werden auch schon einige Tage vorher bei den hiesigen
Loos-Debit-Stellen zu haben sein; diese Karten gewähren indeß nicht die Rechte eines
Loose's.

Der Erlöß der Eintrittskarten wird ganz, von dem der Loose werden 10 Pro-
cent zu den Kosten der Veranstaltung für die Thierschau zurückbehalten; die übrigen
90 Procent des Erlößes für Loose werden zu den beabsichtigten Ankäufen verwandt.

Zeit-

Zeiteintheilung. Der Ankauf von Thieren und Geräthschaften beginnt früh um 7 Uhr. Um 8 Uhr wird die Kasse auf dem Plage eröffnet. Die Vertheilung der Preise, Medaillen und Fahnen findet um 11 Uhr, — demnächst die festliche Vorbeiführung aller zur Schau gestellten Thiere, mit Ausschluß der Schafe, — und schließlich die Verloosung der angekauften Gegenstände statt.

V. Ausstellung von Wollvließen, Flächsen, Gespinnsten und Seide.

Eine Ausstellung von Wollvließen, Flächsen und Gespinnsten findet in den Tagen vom 1sten bis 4ten Juni in dem Börsen-Gebäude statt. An Wollvließen können aus derselben Schäferei nicht mehr als sechs aufgenommen werden. Die Herren Einzender werden ersucht, die Vliese nicht fest zu verpacken, damit der eigenthümliche Wollbau unverändert erhalten bleibe. Neben den Vliesen von selbstgezoogenen Thieren können auch solche von erkaufsten, mit Angabe des Züchtungsortes, ausgestellt werden.

Für die von schlesischen Flachszüchtern einzusendenden Flächse und für das von schlesischen Handspinnern gearbeitete Flachs-garn werden folgende Prämien ausgesetzt:

- a. für die besten Flachsproben, sofern jede derselben mindestens 20 Pfd. enthält: eine goldene Medaille, ein Preis à 20 Thlr., 1 à 15 Thlr. und 1 à 10 Thlr. (Der Flachs muß ausgearbeitet sein.)
- b. für das beste Gespinnst, sofern davon wenigstens ein Stück vorgelegt wird: ein Preis à 10 Thlr., 1 à 5 Thlr., 1 à 3 Thlr.

Für die von schlesischen Seidenzüchtern auszustellende Seide, sofern der Aussteller wenigstens 1 Pfund auslegt, drei Preise: 10 Thlr. — 5 Thlr. — eine silberne Medaille.

Das Eintrittsgeld zu dieser Ausstellung ist auf 5 Sgr. festgesetzt.

Breslau, am 13. März 1856.

Der Vorstand des landwirthschaftlichen Central-Vereins für Schlessen.

N^o 99. In Verfolg unserer Bekanntmachung vom 15ten November v. J. setzen wir das handeltreibende Publicum davon in Kenntniß, daß der Reparatur-Bau der hiesigen Stadt-Schleuse vollendet und die Passage durch dieselbe seit dem 20sten d. M. eröffnet worden ist. Bromberg, den 30. März 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

N^o 100. Zur Rectorats-Prüfung an dem Königlichen Seminare zu Bunzlau ist ein Termin auf den 7ten und 8ten Mai d. J., und zur Nachprüfung der dazu verpflichteten früheren Seminar-Söglinge sowohl, als der früheren Com-
mis-

missions-Prüflinge, sowie zur Commissions-Prüfung für die außerhalb der Seminarien gebildeten evangelischen Schul-Amts-Bewerber auf die Tage vom 5ten bis 7ten Mai d. J. angesetzt. Die Gesuche um Theilnahme an der Rectorats-Prüfung sind bei der unterzeichneten Behörde, die der Nachprüflinge bei der Königlichen Regierung zu Piesnitz, die der nicht im Seminar gebildeten Schul-Amts-Bewerber bei dem Königlichen Waisenhaus- und Seminar-Director Stolzenburg zu Bunzlau spätestens bis zum 30sten April d. J., letztere unter Beifügung folgender Papiere einzureichen:

- 1) eines ärztlichen Zeugnisses über den Gesundheits-Zustand;
- 2) eines selbstgefertigten Lebenslaufes;
- 3) der Nachweise und Zeugnisse über genossene Erziehung und Bildung überhaupt, und über die Vorbereitung zum Schul-Amte insbesondere;
- 4) der Zeugnisse von der Orts-Behörde und dem Pfarrer über den bisherigen Lebenswandel und über die Qualification zum Schul-Amte.

Die an der Rectorats-Prüfung Theilnehmenden melden sich bei dem Königlichen Waisenhaus- und Seminar-Director Stolzenburg in Bunzlau am Dienstag den 6ten Mai, Nachmittag um 5 Uhr, die Nachprüflinge und Schul-Amts-Bewerber melden sich am Sonntag den 4ten Mai, Nachmittag um 5 Uhr daselbst.

Breslau, den 4. April 1856.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium von Schlesien.

In dem Bezirke der hiesigen Ober-Post-Direction sind öfter Landbriefträger-, Postfußboten-, Packetträger- und sonstige contractliche Postdienststellen, mit denen in der Regel jährliche Eöhnungen von 72 bis 120 Thalern verbunden sind, zu besetzen.

Versorgungsberechtigte Militair-Personen werden aufgefördert, sich, sofern sie bereit sind, eine derartige Dienststelle zu übernehmen, dieselbe bei der Post-Anstalt ihres Wohnortes oder bei der ihrem Wohnorte zunächst gelegenen Post-Anstalt zu melden. Außer den ihren Versorgungs-Anspruch begründenden Militair-Papieren haben sie bei ihrer Meldung auch alle über ihre Führung sprechenden Zeugnisse, insbesondere auch ein obrigkeitliches Attest beizubringen, welches über ihre Führung bis auf die neueste Zeit, d. i. bis zum Termine der Bewerbung, überzeugenden Aufschluß giebt.

Der Bewerber muß deutsch und polnisch lesen und schreiben können, auch im Rechnen einige Fertigkeit haben und eine Dienst-Cautio von 50 Rthlren. in Staatspapieren sogleich beim Antritt der Dienststelle erlegen können.

Durch die Annahme einer derartigen contractlichen Stelle wird übrigens der zur Versorgung berechtigte Militair-Invalide nicht behindert, eine spätere Anstellung als Post-

Post = Unterbeamte zu erstreben. Oppeln, den 10. April 1856.

Der Ober = Post = Director.

In Vertretung:

Edardt.

Nr 102. Zur Preussischen Gesetzsammlung ist für die Zeit von 18⁰⁶/₅₃. ein Haupt-Register ausgearbeitet, das durch Vermittelung der Königlichen Post = Anstalten zum Preise von 1 Rthlr. pro Exemplar von hier bezogen werden kann.

Bestellungen auf das Haupt-Register werden von den nächstgelegenen Post = Anstalten angenommen. Berlin, den 13. April 1856.

Debits = Comptoir der Gesetzsammlung.

Personal-Chronik.

Das Königliche Consistorium für die Provinz Schlessen hat folgende Vocationen bestätigt:

für den bisherigen Diaconus der evangelischen Gemeinde zu Reichenbach, Ober-Lausitz, Adolph Wäpoldt zum Ober = Pfarrer daselbst;

für den bisherigen zweiten Pastor Philipp zu Bosanowo, zum zweiten Pastor der evangelischen Gemeinde zu Gubrau;

für den bisherigen Predigt = Amts = Candidaten Theodor Grambsch, zum Pfarrer der evangel. Gemeinde in Prausnitz, Militsch = Trachenberger Kreises, und

für den bisherigen Predigt = Amts = Candidaten Oswald Greulich, zum Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Schreibersdorff, Laubaner Kreises.

Der Baumeister Sasse ist zum Königlichen Kreis = Baumeister mit Anweisung seines Wohnsitzes zu Königshütte ernannt — der Feldmesser Maximilian Kolley aus Gleiwitz ist als solcher vereidigt — und der Kaufmann Pyrkosch zu Ratibor ist als unbefolgter Rathsherr für eine Amtsdauer von 6 Jahren erwählt und bestätigt worden.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs = Gebäude.

Druck von J. Weisskhäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 17.

Oppeln, den 24. April 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 16. enthält:

(*N^o* 4385.) Die Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Errichtung einer Actien-Gesellschaft, unter der Firma: „Tarnowitzer Actien-Gesellschaft über Bergbau- und Eisenhütten-Betriebe.“ Vom 19ten März 1856.

N^o 17. enthält:

(*N^o* 4386.) Das Gesetz, betreffend einige Abänderungen des Gesetzes über die Dienst-Vergehen der Richter vom 7ten Mai 1851., (Gesetz-Sammlung S. 218.) und die Einführung eines Ehrenrathes für die Rechts-Anwälte bei dem Ober-Tribunal. Vom 26sten März 1856.

(*N^o* 4387.) Das Gesetz über die Bestrafung unbefugter Gewinnung oder Aneignung von Mineralien. Vom 26sten März 1856.; und

(*N^o* 4388.) Das Gesetz, betreffend die Forterhebung eines Zuschlages zur classificirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachtsteuer. Vom 15ten April 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

Regierungs-Bezirk Oppeln.

Zum Ankaufe von Remonten im Alter von drei bis einschließlich sechs Jahren, sind in dem angrenzenden Regierungs-Bezirk Breslau in diesem Jahre nachstehende, Morgens um 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden, und zwar:

N^o 103.

den 13ten Mai in Brieg;
 = 14ten = = Heinrichau;
 = 15ten = = Nimptsch;
 = 17ten = = Dels.

Die von der Militair-Commission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort baar bezahlt.

Die erforderlichen Eigenschaften eines Remonte-Pferdes werden als hinlänglich bekannt vorausgesetzt und nur noch bemerkt, daß Pferde, deren Mängel den Kauf gesetzlich rückgängig machen, und Krippenseker, welche sich als solche innerhalb der ersten zehn Tage herausstellen, dem früheren Eigenthümer auf seine Kosten zurückgesandt werden.

Mit jedem erkauften Pferde sind eine neue starke leberne Trense, eine Gurthälfte und zwei hanfene Stricke, ohne besondere Vergütung, zu übergeben.

Berlin, den 17. März 1856.

Kriegs-Ministerium. Abtheilung für das Remonte-Wesen.

N 104. Vom 1sten Mai d. J. ab, wird das Porto für Sendungen unter Kreuz- oder Streifband, welche bei einer Preussischen Post-Anstalt aufgegeben werden, und nach einer anderen Preussischen Post-Anstalt bestimmt sind, ohne Unterschied der Entfernung, von 6 Silber-Pfennigen auf 4 Silber-Pfennige pro Zollloth excl. ermäßigt. Bedingung ist jedoch nach wie vor, daß die Sendungen den Bestimmungen im §. 10. des Reglements zu dem Gesetze über das Postwesen entsprechen und daß sie gleich bei der Aufgabe frankirt werden.

Zur Erleichterung der Francatur sind Freimarken zu 4 Pfennigen (auf weißen Papier mit hellgrünen Druck) angefertigt worden, welche vom gedachten Tage ab, bei den Post-Anstalten käuflich zu erhalten sein werden.

Bezüglich des Debits und der Anwendung dieser Marken, gelten dieselben Bestimmungen, wie hinsichtlich der bereits vorhandenen Marken.

Der Satz von 4 Pfennigen findet vom 1sten Mai d. J. ab auch für die Kreuz- oder Streifband-Sendungen nach andern Staaten des Post-Vereins Anwendung, und können bei Sendungen dieser Art die neuen Marken ebenfalls benutzt werden.

Berlin, den 11. April 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
 gez. von der Heydt.

N 105. Auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom 11ten d. Mts. wird das durch die Verfügungen vom 20sten März, 10ten Juni 1854. und 10ten März 1855. angeordnete Verbot der Durchfuhr, beziehungsweise Ausfuhr von Waffen und Kriegs-Munition hier-

hierdurch aufgehoben.

Berlin, den 12. April 1856.

Der Finanz-Minister.
von Bodelschwingh.


Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

In Stelle des Kaufmanns Lust in Leobschütz, ist dem Kaufmann Julius Breslauer daselbst die landespolizeiliche Genehmigung zur Besorgung von Agentur-Geschäften für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ zu Halle a. d. S. ertheilt worden.

Oppeln, den 19. April 1856.

Personal-Chronik.

Nachdem der in deutscher Sprache abgehaltene diesjährige Lehr-Cursus in dem hiesigen Königlichen Hebammen-Lehr-Institute beendet und die Schülerinnen geprüft worden, sind die nachstehend genannten Candidatinnen von uns als Hebammen approbirt worden:

- 1) für den Kreis Beuthen:
die verhehelichte Leopoldine Loske aus Bogusshüt;
- 2) für den Kreis Grottkau:
die unverhehelichte Emma Materne aus Ottmachau;
- 3) für den Kreis Leobschütz:
a. die verhehelichte Magdalena Tasche aus Sabschütz;
b. die verhehelichte Marianna Siebert zu Posniz;
- 4) für den Kreis Reisse:
a. die verhehelichte Theresia Bieliger aus Passoth;
b. die verhehelichte Veronica Hoffmann aus Deutschwette;
- 5) für den Kreis Neustadt: 
a. die verhehelichte Johanna Mitulla aus Friedersdorf;
b. die unverhehelichte Johanna Hanke aus Elsnig;
- 6) für den Kreis Oppeln:
die Wittwe Rosalie Barth aus Proskau;
- 7) für den Kreis Ratibor:
a. die verhehelichte Johanna Studnicky aus Gultschin;

b. die

b. die verehelichte Maria Blaszczyk aus Ratibor;

8) für den Kreis Rybnik:

a. die verehelichte Emilie Figulla aus Sohrau;

b. die verehelichte Maria Gallus aus Sohrau für die Ortschaft Ruptau;

9) für den Kreis Groß-Strehlitz:

die verehelichte Maria Christoph aus Roswadze.

Oppeln, den 1. April 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Der Gymnasial-Director Nieberding von dem Gymnasium in Necklinghausen, ist in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium in Gleiwitz, und der Gymnasial-Lehrer Dr. Winkler vom Gymnasium in Oppeln an das Gymnasium in Leobschütz als Oberlehrer versetzt worden.

Sr. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Landrathe des Falkenberger Kreises, Grafen Seherr-Thoss, die nachgesuchte Dienst-Entlassung in Gnaden zu bewilligen — der Bürgermeister Bergmann zu Patschkau ist als Mitglied der Kreis-Ersatz-Commission des Reisser Kreises erwählt und bestätigt — und der Regierungs-Supernumerarius Rotheiny ist als Assistent bei der combinirten Steuer-Casse zu Kreuzburg angestellt worden.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von J. Weilschäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 18.

Oppeln, den 1. Mai 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

Regierungs-Bezirk Oppeln.

Zum Ankaufe von Remonten im Alter von drei bis einschließlich sechs Jahren, sind in dem angrenzenden Regierungs-Bezirk Breslau in diesem Jahre nachstehende, Morgens um 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden, und zwar: N^o 107.

den 13ten Mai in Brieg;

= 14ten = = Heinrichau;

= 15ten = = Nimptsch;

= 17ten = = Dels.

Die von der Militair-Commission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort baar bezahlt.

Die erforderlichen Eigenschaften eines Remonte-Pferdes werden als hinlänglich bekannt vorausgesetzt und nur noch bemerkt, daß Pferde, deren Mängel den Kauf gesetzlich rückgängig machen, und Krippenscher, welche sich als solche innerhalb der ersten zehn Tage herausstellen, dem früheren Eigenthümer auf seine Kosten zurückgesandt werden.

Mit jedem erkauften Pferde sind eine neue starke lederne Trense, eine Gurthälfte und zwei hanfene Stricke, ohne besondere Vergütung, zu übergeben.

Berlin, den 17. März 1856.

Kriegs-Ministerium. Abtheilung für das Remonte-Wesen.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichcn Regierung.

Für die Kreis-Spaar-Casse zu Leobschütz ist der Königl. Landrath Herr Waa- N^o 108.
21 gen

gen zu Leobschütz zum Director, der Kreis = Justizrath a. D. Herr Kößler und der Beigeordnete Herr Engel, beide zu Leobschütz, zu Besitzern des Curatoriums gewählt und von uns bestätigt worden.

Oppeln, den 9. April 1856.

N^o 109. Bekanntlich gewährt nur ein solcher Blitzableiter Schutz, bei welchem die Leitungsschienen genau zusammengefügt sind. Ist diese Verbindung schadhaft, so springt der Blitz leicht ab; der Blitzableiter wird dann dem Gebäude eher nachtheilig als nützlich.

Es ist deshalb nöthig, die Blitzableiter in jedem Frühjahr zu untersuchen zu lassen, damit Beschädigungen alsbald abgeholfen werde.

Indem wir diese Maassnahme in Erneuerung bringen, weisen wir die Herren Landräthe an, diese Bekanntmachung in die Kreis = Blätter sofort aufzunehmen, und unter Mitwirkung der Bezirks = Baubeamten darauf zu halten, daß die Revision der Blitzableiter an denjenigen öffentlichen Gebäuden unsers Ressorts, bei deren Unterhaltung der Fiskus als Eigenthümer, Kirchen = Patron u. s. w. theilhaftig ist, alljährlich erfolgt.

Zu diesem Zwecke ist die Bekanntmachung von Zeit zu Zeit im Kreis = Blatte zu wiederholen, rücksichtlich derjenigen Behörden und Beamten aber, welche die Beobachtung obiger Anordnung vernachlässigen sollten, uns zum weiteren Einschreiten gegen dieselben Anzeige zu machen. Oppeln, den 24. April 1856.

N^o 110. Dem Königlichen Kreis = Gerichts = Secretair Breittkopf zu Groß = Strehlitz, ist in Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. die landespolizeiliche Erlaubniß ertheilt worden, für die Aachen = Münchener Feuer = Versicherungs = Gesellschaft Agentur = Geschäfte zu besorgen, nachdem der seitherige Agent Adam dieses Geschäft aufgegeben hat. Oppeln, den 26. April 1856.

Unter dem 18ten April 1856. ist dem Tuch = Fabrikanten Carl Braus zu Kettwig a. d. Ruhr ein Patent,

auf eine Maschine zum Waschen von Tuch, in der durch Modell und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf die Dauer von fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Oppeln, den 26. April 1856.

Das dem Conrad Haferland zu Finsterwalde, unter dem 15ten April 1855. ertheilte Patent,

auf

auf einen Apparat zur Controllirung der Droschken = Kutscher,
ist aufgehoben. Oppeln, den 26. April 1856.

Zu Agenten sind landespolizeilich bestätigt worden:

- 1) der Kaufmann Gröbbling in Reisse, für die Magdeburger Lebens = Versicherungs = Gesellschaft;
- 2) der Kaufmann G. A. Hübner in Neustadt D. S., für die neue Berliner Hagel = Assurance = Gesellschaft;
- 3) der Kaufmann S. M. Lehnert in Hultschin, für die Magdeburger Hagel = Versicherungs = Gesellschaft und hat derselbe die Agentur = Geschäfte für die Hagel = Versicherungs = Gesellschaft „Germania“ in Berlin niedergelegt.

Ferner haben die Agentur = Geschäfte niedergelegt:

- 4) der Königl. Kreis = Gerichts = Secretair Breittkopf in Groß = Strehlig, für die deutsche Hagelschäden = Versicherungs = Gesellschaft „Union“ in Weimar;
- 5) der Kaufmann A. M. Springer in Tarnowitz, für die Eölnische Hagelschäden = Versicherungs = Gesellschaft und für die Lebens = Versicherungs = Gesellschaft „Concordia“ ebendaselbst; und
- 6) der Kaufmann D. A. J. Kaller zu Groß = Strehlig, für die Magdeburger Vieh = Versicherungs = Gesellschaft.

Oppeln, den 26. April 1856.

Personal - Chronik.

Bekanntmachung.

Für die Kreis = Vermittelungs = Commission des Reisser Kreises sind auf Grund des Gesetzes über die Benützung der Privat = Flüsse vom 28ten Februar 1843.

a. zu Mitgliedern:

- 1) der Landes = Älteste Krautwald zu Volkmannsdorf,
- 2) der Bürgermeister Kuken in Reisse,
- 3) der Kreis = Taxator Schwarzer zu Weigenberg;

b. zu Stellvertretern:

- 1) der Guts = Besitzer von Lindeiner = Wildau zu Giersdorf,
 - 2) der Bürgermeister Bergmann zu Patschkau,
 - 3) der Erbschulze Buchmann zu Groß = Neundorf,
- gewählt und von uns bestätigt worden.

Oppeln, den 19. April 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Seitens des Königl. Hohen Ministerii des Innern ist dem Werkmeister Künzel zu Antonienhütte, für die mit eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung des Knaben Mainka vom Tode des Ertrinkens, die Erinnerungs-Medaille verliehen worden.

Er. Fürstlichen Gnaden, der Herr Fürstbischof zu Breslau, hat wegen der Größe des Pleßner Kreises dessen Schul-Inspection getheilt, und nachdem der bisherige Schulen-Inspector Hawlißki in Verun auf sein Amt resignirt, den Pfarrer Bradzidlo in Warschowiz für den ersten Antheil, und den Pfarrer Troska in Woschütz für den zweiten Antheil zum Schulen-Inspector ernannt — nach Abgang des Schulen-Inspectors Schneider zu Gräßen aber die Schul-Inspections-Verwaltung im Falkenberger Kreise dem Pfarrer Igner in Falkenberg vorläufig provisorisch anvertraut. —

Dem bisherigen Schullehrer zu Salzbrunn, Oppelner Kreises, Julius Kluger, ist die Schullehrerstelle zu Gorreck, desselben Kreises, verliehen worden — der Gymnasial-Zeichnen- und Schreiblehrer Friedrich Kariger zu Leobschütz ist als Lehrer an der katholischen Elementar-Schule daselbst angestellt — und dem bisherigen Lehrer an der evangelischen Schule zu Gräfenort, 12. Stock, ist die Organisten- und Schullehrerstelle zu Krappitz verliehen worden.

Nachbenannte katholische Schul-Adjunkten haben Lehrerstellen erhalten:
Theobald Gröger, die Lehrerstelle zu Stolzmiß, Leobschützer Kreises;
Anton Heisig, die Lehrerstelle zu Byrowa, Groß-Strehlitzer Kreises, und
Johann Wicke, eine Lehrerstelle an der Elementar-Schule zu Leobschütz.

Extraordinaire Beilage

zum Amts-Blatt der Königl. Regierung zu Oppeln.
Stück 18.

Bestätigungs-Urkunde,

N^o 106.

betreffend

die Errichtung einer Actien-Gesellschaft unter der Firma:

„Tarnowitzer Actien-Gesellschaft für Bergbau und Eisenhütten-Betrieb.“

Vom 19ten März 1856.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u. thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir, nachdem sich eine Actien-Gesellschaft mit dem Domicil zu Tarnowitz, in Oberschlesien gebildet hat, welche die Ausübung aller Arbeiten, die unter dem Namen Eisenhütten-Betrieb zu verstehen sind, als: Darstellung von Ganz-Roh Eisen, Eisengußwaaren und schmiedbarem Eisen, sowie Ausbeutung von Eisenerz aller Art und Steinkohlen — ferner das Auffuchen und den Ankauf von Eisenerzen aller Art und von Steinkohlen, die Erlangung und Erwerbung oder Pachtung der zu ihrer Ausbeutung erforderlichen Concessionen, — endlich den Handel mit Eisenwaaren, sowie den Verkauf von allen aus den Eisenerzen überhaupt zu gewinnenden Producten zum Zweck hat, die Errichtung dieser Gesellschaft unter der Firma: „Tarnowitzer Actien-Gesellschaft für Bergbau und Eisenhütten-Betrieb“ auf Grund des Gesetzes vom 9ten November 1843. genehmigt, und die in dem gerichtlichen Acte vom 29sten December 1855. festgestellten und verlautbarten Gesellschafts-Statuten bestätigt haben.

Wir befehlen, daß diese Urkunde dem gerichtlichen Acte vom 29sten December 1855. für immer verbunden, und nebst dem wörtlichen Inhalte der Statuten durch die Gesetz-Sammlung und durch das Amtsblatt Unserer Regierung zu Oppeln zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden soll.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Inseigel.

Gegeben Charlottenburg, den 19. März 1856.

(L. S.)

(gez.) Friedrich Wilhelm.
v. d. Heydt. Simon.

Statut

der

Tarnowitzer Actien-Gesellschaft für Bergbau und Eisenhütten-Betrieb.

Erster Titel.

Bildung, Sitz, Dauer und Gegenstand der Gesellschaft.

Artikel 1.

Unter dem Vorbehalte der landesherrlichen Genehmigung wird zwischen den unterzeichneten Personen und allen Denjenigen, welche sich durch Erwerbung von Actien betheiligen werden, eine Actien-Gesellschaft gebildet.

Sie führt den Namen:

„Tarnowitzer Actien-Gesellschaft für Bergbau und
Eisenhütten-Betrieb.“

Artikel 2.

Der Sitz der Gesellschaft ist zu Tarnowitz in Ob. Schlesien.

Artikel 3.

Die Dauer der Gesellschaft ist auf fünfzig Jahre bestimmt. Sie beginnt mit dem ersten Tage des Monats, welcher auf denjenigen folgt, in dem die amtliche Bekanntmachung der landesherrlichen Genehmigung des Statuts stattfindet.

Die Verlängerung der Dauer kann durch eine General-Versammlung in Gemäßheit des Artikels 42. beschlossen werden, welcher Beschluß der landesherrlichen Genehmigung bedarf.

Artikel 4.

Der Zweck der Gesellschaft ist:

- 1) Ausübung aller Arbeiten, welche man unter dem Namen Eisenhütten-Betrieb versteht, als: Darstellung von Ganz-Roh Eisen, Eisengußwaaren und schmiedbarem Eisen, sowie Ausbeutung von Eisenerzen aller Art und Steinkohlen;
- 2) das Auffuchen und der Ankauf von Eisenerzen aller Art und von Steinkohlen, die Erlangung und Erwerbung oder Pachtung der zu ihrer Ausbeutung erforderlichen Concessionen;
- 3) der Handel mit Eisenwaaren, sowie der Verkauf von allen, aus den Eisenerzen überhaupt zu gewinnenden Producten.

Zweiter Titel.

Grund-Capital, Actien, Actionaire.

Artikel 5.

Das Grund-Capital der Gesellschaft besteht aus 600,000 Rthln. Preussisch Courant, getheilt in 6000 Actien, jede im Betrage von 100 Rthlr. Preussisch Courant.

Von diesem Grund-Capitale werden sofort 400,000 Rthlr. emittirt, der Rest auf Beschluß der General-Versammlung.

Ar =

Artikel 6.

Die Actien werden nach dem, diesem Statute beigegebenen Formulare in laufenden Nummern auf jeden Inhaber ausfertigt und ausgegeben, wenn der volle Betrag zur Gesellschafts-Casse berichtigt ist.

Bis dahin werden mit Nummern bezeichnete, auf den Namen des Inhabers lautende Quittungs-Bogen ausgegeben, auf denen über die Einzahlung quittirt wird. Dieselben werden, sobald der Betrag der Actien voll eingezahlt ist, gegen die Actien-Documente ausgewechselt.

Die Quittungs-Bogen können übertragen werden, doch muß der Uebertrag von dem Cedenten und Cessionar unterschrieben und in den Registern der Gesellschaft vermerkt sein.

Auf den Quittungs-Bogen wird durch ein Mitglied des Verwaltungsrathes der Gesellschaft oder durch eine andere hierzu besonders delegirte Person der geschene Uebertrag notirt.

Die Gesellschaft kann verlangen, daß die Unterschrift der Parteien amtlich beglaubigt wird. Der erste Zeichner sowohl, als die Cessionare bleiben bis vierzig Procent des Actien-Betrages verpflichtet.

Artikel 7.

Die Actien werden von drei Mitgliedern des Verwaltungsrathes unterzeichnet und denselben Dividenden-Scheine nach dem beigelegten Formulare auf eine gewisse Anzahl von Jahren nebst Talon beigegeben, welche nach Ablauf des letzten Jahres gegen Einlieferung des Talons durch neue ersetzt werden.

Artikel 8.

Die Einzahlungen für die ursprünglich auszugebenden Actien erfolgen nach erlangter Allerhöchster Genehmigung des Statuts auf Grund einer besonderen Aufforderung des Verwaltungsrathes in Raten, sowie es die Fortführung des Unternehmens erfordert.

Die Aufforderungen geschehen in den Artikel 13. genannten Blättern.

Nach Allerhöchster Bestätigung des Statuts müssen sofort mindestens zehn Procent und demnächst innerhalb des ersten Jahres mindestens weitere zehn Procent eingezahlt werden.

Die Einzahlungen erfolgen bei der Casse der Gesellschaft zu Tarnowiz.

Wer innerhalb vier Wochen nach erfolgter Aufforderung nicht zahlt, verfällt in eine Conventional-Strafe von einem Viertel des ausgeschriebenen Betrages; erfolgt die Zahlung nach vorheriger neuer Aufforderung nicht binnen weiteren vier Wochen, vom Tage der Aufforderung an gerechnet, so ist der Verwaltungsrath berechtigt, entweder

- a. die Zahlung nebst Strafe und Zinsen gerichtlich einzuziehen, oder
- b. die bereits ausgegebenen Actien-Quittungs-Bogen als verfallen und die durch die Raten-Zahlungen, sowie durch die ursprüngliche Unterzeichnung dem Ac-

tionair gegebenen Ansprüche auf den Empfang der Actien für vernichtet zu erklären, welche Erklärung durch die öffentlichen Blätter (Artikel 13.) unter Angabe der Nummer erfolgt.

An die Stelle der für verfallen erklärten Quittungs-Bogen werden neue unter derselben Nummer ausgefertigt und durch einen vereideten Makler der Börse zu Breslau für Rechnung des ursprünglichen Inhabers verkauft.

Dieser Fall soll auch

- c. bei Sterbefällen, Fällissements, Auseinandersetzungen und in ähnlichen, vom Verwaltungs-Rathe für angemessen erachteten Fällen eintreten.

Eine Verzinsung der eingezahlten Beträge, bis daß die Actien vollständig eingezahlt sind, findet nicht statt.

Artikel 9.

• Ueber den Betrag der Actien hinaus ist der Actionair, unter welcher Benennung es auch sei, zu Zahlungen nicht verpflichtet, den einzigen Fall der im Artikel 8. vorgesehenen Conventional = Strafe ausgenommen.

Artikel 10.

Jede Actie ist untheilbar und kann nur durch Eine Person vertreten werden.

Artikel 11.

Gehen Actien verloren, so werden an Stelle derselben neue ausgefertigt, sobald die ersteren den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gemäß mortificirt sind.

Die Kosten des Verfahrens fallen nicht der Gesellschaft, sondern dem Betheiligten zur Last.

Artikel 12.

Jeder Actionair nimmt durch die Zeichnung oder den Erwerb einer Actie Domicil im Bezirke der Königl. Kreis = Gerichts = Commission zu Tarnowitz.

Alle Insinuationen erfolgen gültiger Weise, falls der Actionair nicht in dem Bezirke wohnt, an die in diesem Domicil wohnende, von ihm zu bestimmende Person nach Maafgabe der §§. 20. 21. Titel 7. Theil I. der Allgemeinen Gerichts = Ordnung, und in Ermangelung der Bestimmung einer Person auf dem Secretariate der Königl. Kreis = Gerichts = Commission zu Tarnowitz.

Artikel 13.

Alle öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in dem
Preussischen Staats-Anzeiger,
der Breslauer Zeitung zu Breslau,
der Schlesischen Zeitung zu Breslau und
dem Kreisblatte zu Beuthen in Ob. = Schlesien.

Geht eins der Blätter ein, so soll die Veröffentlichung in den übrig bleibenden Blättern so lange genügen, bis die nächste General-Versammlung an die Stelle des einz-

eingegangenen Blattes ein anderes mit Genehmigung der Königlischen Regierung bestimmt hat.

Außerdem ist die Königlische Regierung befugt, sobald sie es für erforderlich hält, die Wahl anderer Gesellschafts-Blätter zu fordern oder solche nöthigenfalls vorzuschreiben.

Dritter Titel.

Von dem Verwaltungs-Rathe.

Artikel 14.

Die Gesellschaft wird von einem aus zwölf Mitgliedern bestehenden Verwaltungs-Rathe und einem Director verwaltet.

Die Mitglieder des Verwaltungs-Rathes werden von der General-Versammlung der Actionaire ernannt. Die über die Wahl gerichtlich oder notariell aufzunehmende und auszufertigende Verhandlung bildet seine Legitimation; drei Mitglieder des Verwaltungs-Rathes müssen in Tarnowik wohnen.

Jedes Mitglied des Verwaltungs-Rathes muß mindestens zwanzig Actien besitzen oder solche binnen vier Wochen nach erfolgter Wahl erwerben; sonst bleibt es dem Verwaltungs-Rathe überlassen, aus der Zahl der Actionaire das fehlende Mitglied bis zur nächsten General-Versammlung zu ersetzen. Die Documente der Actien werden bei der Gesellschaft niedergelegt.

Artikel 15.

Der Verwaltungs-Rath wählt auf die Dauer von je einem Jahre einen Vorsitzenden, der seinen Wohnsitz in Tarnowik nehmen muß, und zwei Stellvertreter, die mit ihm den sogenannten Ausschuss bilden (Art. 16.). Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Der Verwaltungs-Rath beräth und verfügt innerhalb der Grenzen des Statuts über alle Angelegenheiten der Gesellschaft, soweit solche nicht der Beschlußnahme der General-Versammlung vorbehalten oder dem Director übertragen sind. Namentlich bestimmt er über die Anlegung disponibler Fonds und über die Höhe der zu bewilligenden oder in Anspruch zu nehmenden Credite. Er entscheidet über die Erwerbung und Veräußerung von Immobilien, über Neubauten, große Reparaturen, sowie über Lage, Plan und Umfang der anzulegenden Werke.

Er erkennt über alle wichtigen Verträge, welche sich auf Regulirung der Preise und des Absatzes der Producte beziehen. Er ernennt den Director und die übrigen Beamten. Er bestimmt die Gehälter der Beamten und insbesondere die von den Cassen-Beamten zu stellenden Cautionen.

Er erläßt und ändert die für den Director maßgebenden Instructionen.

Artikel 16.

Alle Ausfertigungen des Verwaltungs-Rathes und die öffentlichen Bekanntmachungen werden von dem Vorsitzenden oder einem Mitgliede des Ausschusses unterschrieben.

Art.

Artikel 17.

Der Verwaltungs-Rath's-Ausschuß controllirt den Director und bilbet das Casen-Curatorium.

Artikel 18.

Der Verwaltungs-Rath versammelt sich regelmäßig in jedem Quartale, und zwar am zweiten Donnerstage des ersten Quartals-Monats, in Tarnowik.

Zu diesen ordentlichen, sowie zu außerordentlichen Sitzungen wird der Verwaltungs-Rath unter Beifügung der Tages-Ordnung durch den Vorsitzenden oder einen seiner Vertreter schriftlich eingeladen.

Artikel 19.

Der in dieser Art berufene Verwaltungs-Rath ist beschlußfähig bei Anwesenheit von neun Mitgliedern, unter denen sich der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter befinden muß.

Die Entscheidung erfolgt durch Majorität von zwei Drittel der Anwesenden.

Artikel 20.

Die zu wählenden Mitglieder des Verwaltungs-Rathes werden auf drei Jahre ernannt.

Nach Verlauf jeden Jahres scheiden vier Mitglieder aus.

Die erste theilweise Erneuerung des Verwaltungs-Rathes erfolgt in der ordentlichen General-Versammlung des Jahres 1858.

In den ersten zwei Jahren werden die Ausscheidenden durch das Loos, und später durch das Dienstalter bezeichnet.

Ausscheidende sind wieder wählbar.

Kommt in außergewöhnlicher Weise die Stelle eines Mitgliedes des Verwaltungs-Rathes zur Erledigung, so wird diese vorläufig für die Dauer bis zur nächsten General-Versammlung von dem Verwaltungs-Rathe aus der Zahl der Actionaire ersetzt. Die definitive Wiederbesetzung erfolgt durch die Wahl der General-Versammlung.

Artikel 21.

Für das erste Mal sind zu Mitgliedern des Verwaltungs-Rathes ernannt:

- 1) der Director Anton Klauß zu Tarnowik;
- 2) der königliche Geheime Commissions-Rath Friedrich W. Grundmann zu Rattowik;
- 3) der Kreis-Gerichts-Rath Robert von Gilgenheimb zu Tarnowik;
- 4) der Dr. med. Leopold Wolff zu Tarnowik;
- 5) der Kaufmann Salomon Cohn zu Tarnowik;
- 6) der Bergwerks-Besitzer Joseph Heinze zu Domb;
- 7) der Schichtmeister Friedrich Geißler zu Tarnowik;
- 8) der Kaufmann Samuel Traube zu Breslau;

9) der

- 9) der Königl. Staats-Anwalt W. Hundt zu Tarnowiz;
- 10) der Ritterguts-Besitzer Carl von Koschützky aus Groß-Wilkowiz;
- 11) der Königl. Kreis-Gerichts-Secretair und Kanzlei-Director Gottfried Denke zu Tarnowiz;
- 12) der Expeditur Moriz Silbergleit zu Gleiwiz.

Artikel 22.

Der Verwaltungs-Rath wird nicht besoldet, er bezieht jedoch, außer dem Ersage für die durch seine Functionen veranlaßten Auslagen, für seine Mithwaltung drei Procent vom reinen Gewinn (nach Artikel 36.).

Der Verwaltungs-Rath vertheilt die Tantieme unter seine Mitglieder.

Vierter Titel.

Von dem Director.

Artikel 23.

Zur speciellen Führung der Geschäfte nach der zu ertheilenden Dienst-Instruction wird von dem Verwaltungs-Rathe ein Director ernannt.

Seine Legitimation bildet die von dem Verwaltungs-Rathe zu ertheilende Vollmacht oder Bestallung.

Der Verwaltungs-Rath bestimmt dessen Besoldung und die Höhe der von ihm zu stellenden Caution.

Artikel 24.

Der Director ist mit der Ausführung der Beschlüsse des Verwaltungs-Rathes beauftragt, setzt denselben über die Lage aller Gesellschafts-Angelegenheiten in Kenntniß und beantragt bei demselben die Ernennung, Kündigung und Absetzung der Angestellten und Agenten der Gesellschaft.

Er führt alle Prozesse im Namen der Gesellschaft, ertheilt zu diesem Ende Vollmachten mit dem Rechte der Substitution. Er unterzeichnet die Correspondenz und versteht alle Geschäfte, die ihm durch den Verwaltungs-Rath speciell und durch Vollmacht übertragen werden.

Artikel 25.

Der Director ist beratendes Mitglied des Verwaltungs-Rathes; es steht ihm frei, in wichtigen oder schwierigen Fällen den Zusammentritt des Verwaltungs-Rathes bei dem Vorsitzenden zu beantragen.

Fünfter Titel.

Von den General-Versammlungen.

Artikel 26.

Die General-Versammlung stellt die Gesamtheit der Actionaire dar. Ihre Entscheidungen sind für Alle, selbst für die Abwesenden, verbindlich.

Ar=

Artikel 27.

Sie besteht aus denjenigen Actionairen, deren jeder mindestens fünf Actien besitzt. Jeder hat so viel Stimmen, so viel Mal er fünf Actien besitzt. Keiner kann aber mehr als 20 Stimmen haben.

Artikel 28.

Die ordentliche Versammlung der Actionaire findet statt am zweiten Donnerstage des Mai jeden Jahres, und im Falle derselbe ein Fest- oder Feiertag ist, an dem darauf folgenden Werktag in einem näher zu bezeichnenden Locale am Sitze der Gesellschaft. Der Tag der Versammlung wird den Actionairen vier Wochen vorher durch Insertion in die Artikel 13. genannten Blätter bekannt gemacht.

Artikel 29.

Spätestens in den beiden letzten Tagen vor jeder General-Versammlung müssen die Actionaire, welche an derselben Theil nehmen wollen, sich in dem Bureau der Gesellschaft durch Vorzeigung der Actien, resp. Quittungsbogen, legitimiren, und dieselben dort deponiren, oder deren am dritten Orte erfolgte Niederlegung auf eine der Direction genügende Weise darthun. Gleichzeitig muß jeder Actionair ein von ihm unterschriebenes Verzeichniß der ihm gehörigen Actien, resp. Quittungsbogen, in einem doppelten Exemplar übergeben, von denen das eine zurückbleibt, das andere, mit dem Siegel der Gesellschaft und dem Vermerke der Stimmenzahl versehen, ihm zurückgegeben wird.

Dies letztere dient als Einlaßkarte zur General-Versammlung.

Für Actien, auf welche Ratenzahlungen rückständig sind, findet keine Befugniß zur Theilnahme an der General-Versammlung statt.

Der zur Theilnahme an der General-Versammlung berechtigte Actionair kann sich durch einen stimmberechtigten Actionair vertreten lassen.

Durch einen und denselben Bevollmächtigten können jedoch, ausschließlich seiner eigenen, nur zwanzig Stimmen vertreten werden.

Artikel 30.

Außerordentliche General-Versammlungen finden statt, sobald dies von dem Verwaltungs-Rathe für nöthig erachtet worden, oder sobald Actionaire, welche zusammen mindestens fünfhundert Actien besitzen, bei dem Verwaltungs-Rathe schriftlich darauf antragen.

Der Verwaltungs-Rath beruft die außerordentlichen General-Versammlungen mittelst öffentlicher Bekanntmachung durch die im Artikel 13. genannten Blätter.

Die Bekanntmachungen sollen wenigstens vier Wochen vor der Versammlung stattfinden und den Gegenstand der Berathung enthalten.

Artikel 31.

Alle Beschlüsse der General-Versammlung werden mittelst absoluter Stimmenmehrheit der Anwesenden gefaßt, vorbehaltlich der im Artikel 39. und 42. vorgese-

nen

nen Fälle; sind die Stimmen gleich, so entscheidet der Vorsitzende. Die Abstimmung ist öffentlich, oder, falls es von zehn Mitgliedern verlangt wird, geheim.

Artikel 32.

Die Wahlen werden mittelst geheimen Scrutiniums vorgenommen. Tritt nicht die absolute Stimmen-Mehrheit bei dem ersten Scrutinium hervor, so werden die Abstimmungen über die Candidaten jedesmal mit Ausschluß des mit den wenigsten Stimmen Versesehenen fortgesetzt, bis die absolute Stimmen-Mehrheit für einen erlangt ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet das von dem Vorsitzenden zu ziehende Loos.

Artikel 33.

Der zeitige Vorsitzende des Verwaltungs-Rathes führt auch den Vorsitz in der General-Versammlung und ernennt die Scrutatoren.

In den ordentlichen General-Versammlungen werden die Geschäfte nach folgender Tages-Ordnung verhandelt:

- 1) Bericht des Verwaltungs-Rathes über die Lage des Geschäfts im Allgemeinen und über die Resultate des verflossenen Jahres insbesondere;
- 2) Wahl der Mitglieder des Verwaltungs-Rathes;
- 3) Berathung und Beschlußnahme über die Anträge des Verwaltungs-Rathes, sowie über die Anträge einzelner Actionaire.

Letztere müssen vierzehn Tage vor der General-Versammlung dem Verwaltungs-Rathe schriftlich eingereicht sein;

- 4) Wahl von drei Commissarien, welche den Auftrag erhalten, die Bilancen mit den Scripturen und Büchern der Gesellschaft zu vergleichen und, falls dieselben in Ordnung befunden worden, bei dem Verwaltungs-Rathe die Ertheilung der Decharge zu beantragen.

Bei Berathung und Beschlußnahme über Anträge ist jeder Eingriff in die specielle Geschäfts-Verwaltung zu vermeiden.

Die Protocolle der General-Versammlungen werden notariell oder gerichtlich aufgenommen.

Artikel 34.

In den außerordentlichen General-Versammlungen wird nur über diejenigen Gegenstände verhandelt, welche in der öffentlichen Bekanntmachung bei der Berufung bezeichnet sind.

Sechster Titel.

Bilanz, Dividende, Reserve-Fonds.

Artikel 35.

Am 31sten December jeden Jahres wird von dem Director ein vollständiges Inventarium über die Besitzungen, Vorräthe, Ausstände und Passiva der Gesellschaft aufgenommen, in ein besonderes dazu eingerichtetes Register eingetragen und dem Verwaltungs-Rathe zur Prüfung und Feststellung vorgelegt.

In diesem Bilanz=Inventarium werden alle Immobilien, Maschinen, Rohstoffe und Fabrikate nach ihrem wahren Werthe zur Zeit der Aufstellung des Inventars, vom Verwaltungs=Rathe für sicher geachtete Forderungen nach dem Nennwerthe, zweifelhafte ausstehende Forderungen aber nach dem Werthe, der ihnen durch Beschluß des Verwaltungs=Rathes beigelegt wird, zum Ansatz gebracht. Wie viel von dem Werthe der Immobilien und Mobilien abgeschrieben werden soll, bestimmt der Verwaltungs=Rath.

Immobilien dürfen niemals über den Kostenpreis angesetzt werden.

Der Ueberschuß der Activa über die Passiva bildet den Jahres=Gewinn der Gesellschaft.

Die Bilanz wird alljährlich im Monat März durch die im Artikel 13. genannten Blätter öffentlich bekannt gemacht.

Artikel 36.

Von dem Jahres=Gewinn (Artikel 35.) werden vorweg genommen

- 1) zehn Procent zur Bildung eines Reserve=Fonds;
- 2) drei Procent für die Mitglieder des Verwaltungs=Rathes.

Der Rest des Jahres=Gewinnes wird als Dividende unter die Actionaire vertheilt.

Artikel 37.

Der Reserve=Fonds, welcher im Geschäfte verbleibt, soll zwanzig Procent des eingezahlten Actien=Capitals nicht übersteigen; bis zur Erreichung dieser Höhe werden jährlich zehn Procent von dem reinen Gewinn abgesetzt. Er ist zur Befreiung unvorhergesehener Ausgaben bestimmt und kann nur auf besonderen, von der General=Versammlung genehmigten Vorschlag des Verwaltungs=Rathes zur Verwendung kommen.

Wird der Reserve=Fonds angegriffen, so wird er auf gleiche Weise ergänzt.

Artikel 38.

Die Auszahlung der Dividenden erfolgt halbjährig am 15ten Februar und 15ten August gegen Einreichung der Coupons bei der Cassé der Gesellschaft. Wird der Betrag binnen vier Jahren nach eingetretenen Fälligkeits=Terminen nicht erhoben, so verfällt derselbe der Gesellschaft.

Siebenter Titel.

Auflösung der Gesellschaft und Liquidation.

Artikel 39.

Die Auflösung soll stattfinden, wenn die Verluste die Hälfte des Gesellschafts=Capitals übersteigen und wenn dieselbe gleichzeitig von einer Anzahl von Actionairen, welche wenigstens drei Viertel der sämtlichen Actien vertreten, verlangt wird. Die Auflösung der Gesellschaft kann aber nur in einer besonders dazu berufenen General=Versammlung durch eine Mehrheit von drei Viertel der anwesenden oder vertretenen Actionaire, vorbehaltlich der landesherrlichen Genehmigung, beschloffen werden. In die-

dieser General-Versammlung ist jeder Actionair, gleichviel, wie viel Actien er besitzt, stimmberechtigt und wird jede vertretene Actie für Eine Stimme gerechnet.

Die Befugnisse der Königl. Regierung zur Auflösung der Gesellschaft in Gemäßheit des Gesetzes vom 9ten November 1843. werden hierdurch nicht geändert.

Artikel 40.

Im Falle der Auflösung der Gesellschaft (Artikel 3. und 39.) bestimmt diese den Modus der Liquidation und die Anzahl der Liquidatoren durch Beschluß der General-Versammlung.

Die General-Versammlung ernennt die Liquidatoren und bestimmt ihre Befugnisse.

Achter Titel.

Schlichtung von Streitigkeiten und Abänderungen des Statuts.

Artikel 41.

Streitigkeiten zwischen der Gesellschaft und ihren Actionairen dürfen, mit Ausnahme der im Artikel 8. genannten Fälle, nur durch Schiedsmänner entschieden werden, von denen jeder Theil einen wählt. Ein Obmann tritt nur dann hinzu, wenn die beiden Schiedsrichter sich binnen acht Tagen nicht einigen können.

In diesem Falle ernennt der Director des Königl. Kreis-Gerichts zu Beuthen in Ob.-Schlesien den Obmann. Schiedsrichter und Obmann müssen im Kreise Beuthen wohnen.

Verzögert einer der streitenden Theile auf die ihm durch einen Notar oder gerichtlich insinuirte Aufforderung des Gegners die Ernennung des Schiedsrichters länger als acht Tage, so muß er sich gefallen lassen, daß der andere Theil beide Schiedsmänner ernennt.

Das Schiedsgericht hat seinen Ausspruch innerhalb spätestens vier Wochen zu thun.

Gegen den schiedsrichterlichen Spruch findet, den Fall der Nichtigkeit ausgenommen, kein Rechtsmittel statt. Für das Verfahren des Schiedsgerichts sind die Bestimmungen der §§. 167. ff. Theil I. Titel 2. der Allgemeinen Gerichts-Ordnung maßgebend.

Artikel 42.

Abänderungen des Statuts können in einer General-Versammlung mit einer Mehrheit von drei Viertel der anwesenden oder vertretenen Stimmen beschlossen werden, wenn deren allgemeiner Inhalt bei der Einberufung angedeutet worden. Alle Abänderungen des Statuts bedürfen der landesherrlichen Genehmigung.

Neunter Titel.

Verhältniß der Gesellschaft zur Staats-Regierung.

Artikel 43.

Die Königl. Regierung ist befugt, einen Commissarius zur Wahrnehmung des Aufsichtsrechts für beständig oder für einzelne Fälle zu bestellen. Dieser Commissarius kann nicht nur den Verwaltungs-Rath, die General-Versammlung, oder die sonstigen

Organe der Gesellschaft gültig zusammenberufen und ihren Berathungen beiwohnen, sondern auch jederzeit von den Büchern, Registern, Rechnungen und sonstigen Verhandlungen und Schriftstücken der Gesellschaft, ihren Cassen und Anstalten, Einsicht nehmen.

Vorübergehende Bestimmungen.

Artikel 44.

Es wird hierdurch den Herren:

- 1) dem Königlichen Geheimen Commissions-Rath Friedrich, Wilhelm Grundmann zu Kattowitz,
- 2) dem Königlichen Staats-Anwalt Wilhelm Hundt zu Tarnowitz,
- 3) dem Güter-Director Anton Klauka ebendaher,

Vollmacht und Auftrag erteilt, die landesherrliche Genehmigung der Gesellschaft nachzusuchen, sowie diejenigen Abänderungen der Statuten und Zusätze zu denselben Namens der Contrahenten anzunehmen, welche die Staats-Regierung vorschreiben wird.

Diese Abänderungen sollen für sämtliche Contrahenten und für alle in Gemäßheit des Artikel 1. beitretenden Actionaire ebenso rechtsverbindlich sein, als wenn sie wörtlich in dem gegenwärtigen Statut aufgenommen worden.

Artikel 45.

Die Kosten, welche für die Errichtung der gegenwärtigen Statuten und die Constatuirung der Gesellschaft aufzuwenden sind, werden von ihr getragen.

Actie
№.....

Auszu-
schneidens
der
Talon.

Dieser Talon
wird gebunden
und beruht im
Archiv der
Gesellschaft.

Tarnowitzer Actien-Gesellschaft für Bergbau und Eisenhütten-Betrieb.

100 Thaler.

100 Thaler.

Tarnowitzer Actien-Gesellschaft für Berg-
bau und Eisenhütten-Betrieb.

Gegründet durch gerichtlichen Vertrag vom
...ten 185., bestätigt durch
Allerhöchste Urkunde vom ...ten
..... 185..

Actie №.....
über

Einhundert Thaler Preuß. Courant.

Der Inhaber ist bei der Tarnowitzer Ac-
tien-Gesellschaft für Bergbau und Eisen-
hütten-Betrieb für den Betrag von
„Einhundert Thaler“
betheiligt, und hat alle statutenmäßigen
Rechte und Pflichten. Dieser Actie sind
zwölf Dividendenscheine pro
185.. bis 18.. einschließ-
lich nebst Talon beigelegt.

Ausgefertigt Tarnowitz, den ...ten
..... 185..

Der Verwaltungsrath.

(Eigenhändige Unterschrift dreier Mitglie-
der des Verwaltungsrathes.)

(Troßener
Stempel.)

Eingetragen sub Fol. des Registers.
(Eigenhändige Unterschrift des Control-Beamten.)

100 Thaler.

100 Thaler.

Tarnowitzer Actien-Gesellschaft für Bergbau und Eisenhütten-Betrieb.

Anweisung zur Actie №.....

Eigenhändige Unterschrift des Control-Beamten.
(Troßener Stempel.)
Eingetragen in das Coupon-Register.

Allerhöchste Bestätigungs-Urkunde und Auszug aus dem Gesellschafts-Statute.

Wir Friedrich Wilhelm, K. K.

(Sodann inser. die, die Rechte und Pflichten der Actio-
naire betreffenden Statuts-Paragraphen, soweit nöthig
und zweckmäßig.)

Inhaber empfängt am 186... gegen diese Anweisung die zweite Serie der
Dividendencheine zu der umflehend bezeichneten Stelle.
Ferner, den 185...

Der Verwaltungsrath.

(Unterschrift dreier Mitglieder per Facsimile.)

Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Oppeln pro 185...,
Stück N^o

12.	11.
10.	9.
8.	7.
6.	5.
4.	3.
2.	1.
<p>Tarnowitzer Actien - Gesellschaft für Bergbau und Eisenhütten - Betrieb.</p> <p>(Trockener) Dividendenschein (Stempel.) zu der Actie Nr.</p> <p>Der Inhaber empfängt am 15ten Februar 185.. gegen diesen Schein an der Gesellschafts-Casse zu Tarnowitz oder an den bekannt zu machenden Stellen die statutenmäßig ermittelte Dividende für das II. Semester des Geschäfts-Jahres pro 185..</p> <p align="center">Der Verwaltungsrath.</p> <p align="center">(Unterschrift dreier Mitglieder per Facsimile.)</p>	<p>Tarnowitzer Actien - Gesellschaft für Bergbau und Eisenhütten - Betrieb.</p> <p>(Trockener) Dividendenschein (Stempel.) zu der Actie Nr.</p> <p>Der Inhaber empfängt am 15ten Februar 185.. gegen diesen Schein an der Gesellschafts-Casse zu Tarnowitz oder an den bekannt zu machenden Stellen die statutenmäßig ermittelte Dividende für das I. Semester des Geschäfts-Jahres pro 185..</p> <p align="center">Der Verwaltungsrath.</p> <p align="center">(Unterschrift dreier Mitglieder per Facsimile.)</p>
<p>Eingetragen Fol.</p> <p>(Eigenhändige Unterschrift des Control-Beamten.)</p>	<p>Eingetragen Fol.</p> <p>(Eigenhändige Unterschrift des Control-Beamten.)</p>

12.	11.
10.	9.
8.	7.
6.	5.
4.	3.
2.	1.
<p>Zahlbar am 15ten August 185..</p> <p>Für das I. Semester des Geschäfts-Jahres 185..</p>	<p>Zahlbar am 15ten Februar 185..</p> <p>Für das II. Semester des Geschäfts-Jahres 185..</p>
<p>Artikel 38. Die Dividenden verfahren zu Gunsten der Gesellschaft nach Ablauf von vier Jahren, von dem Tage ab gerechnet, an welchem dieselben zahlbar gestellt sind.</p>	<p>Artikel 38. Die Dividenden verfahren zu Gunsten der Gesellschaft nach Ablauf von vier Jahren, von dem Tage ab gerechnet, an welchem dieselben zahlbar gestellt sind.</p>

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 19.

Oppeln, den 8. Mai 1856.

Allgemeine Gesetzsammlung.

N^{os} 18. u. 19. enthalten:

- (N^o 4389.) Das Gesetz, betreffend die Abänderungen der §§. 41. bis 46. der Feld = Polizei = Ordnung vom 1sten November 1847. Vom 13ten April 1856.
- (N^o 4390.) Das Gesetz, betreffend die Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen des Einführungs = Gesetzes zum Strafgesetz = Buch. Vom 14ten April 1856.
- (N^o 4391.) Das Gesetz, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Strafgesetz = Buches. Vom 14ten April 1856.
- (N^o 4392.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 21sten April 1856., betreffend die Publication einer neuen amtlichen Ausgabe des Strafgesetz = Buches.
- (N^o 4393.) Das Privilegium, wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Königsberger Stadt = Obligationen, im Betrage von 225,000 Thaler. Vom 5ten März 1856.
- (N^o 4394.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 10ten März 1856., betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde = Chaussee von Alsdorf nach Herzogenrath.
- (N^o 4395.) Das Gesetz über die Nuzungen und Lasten aus der vorläufigen Straffestsetzung wegen Uebertretungen. Vom 26sten März 1856.
- (N^o 4396.) Die Bekanntmachung, betreffend die unterm 26sten März 1856. erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Actien = Gesellschaft unter dem Namen „Dortmunder Bergbau = und Hütten = Gesellschaft“ mit dem Domicil zu Dortmund. Vom 4ten April 1856.

- (N^o 4397.) Das Privilegium, wegen Ausgabe von 850,000 Rthlr. Prioritäts-Obligationen III. Serie der Aachen=Düsseldorfer Eisenbahn=Gesellschaft. Vom 7ten April 1856.
- (N^o 4398.) Das Privilegium, wegen Ausgabe von 850,000 Rthlr. Prioritäts-Obligationen III. Serie der Ruhrort=Crefeld Kreis Gladbacher Eisenbahn=Gesellschaft. Vom 7ten April 1856.; und
- (N^o 4399.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 7ten April 1856., betreffend die Ertheilung des Expropriations-Rechts für die Kreuz=Cüstrin=Frankfurter Eisenbahn.
-

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

N^o 111.

Dem Kaufmann Joseph Pinkus in Neustadt und dem Apotheker A. Herrmann in Rosenberg ist in Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. die Erlaubniß ertheilt worden, für die Schlessische Feuer=Versicherungs=Gesellschaft in Breslau und für die vaterländische Feuer=Versicherungs=Gesellschaft in Elberfeld Agentur=Geschäfte zu besorgen.

Oppeln, den 4. Mai 1856.

Es sind folgende Patente verliehen worden:
unter dem 23ten April 1856.

- 1) dem Stahl-Fabrikanten Friedrich Krupp zu Essen,
auf eine, nach vorgelegter Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erkannte Verbesserung in der Construction der Zafetten, und
 - 2) dem Guts-Besitzer Dr. Friedrich von Hagenow zu Greifswalde,
auf die Construction eines Aderlaß=Schneppers, soweit dieselbe nach dem vorgelegten Probe-Instrument als neu und eigenthümlich erkannt worden ist,
- beide Patente auf die Dauer von fünf Jahre, von dem obigen Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats.

Oppeln, den 4. Mai 1856.

Es sind nachstehende Agentur=Geschäfte landespolizeilich genehmigt worden:

- 1) des Kaufmanns Joseph Pinkus in Neustadt für die Hagelschäden=Versicherungs=Gesellschaft in Erfurt;
 - 2) des Gastwirths Robert Steffe in Pilsch, und
 - 3) des Bäckermeisters S. S. Roth in Lublink, für die Hagelschäden=Versicherungs=Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg, und hat ersterer dagegen die Agen-
- tur=

- tur = Geschäfte für die Stettiner Feuer = Versicherungs = Gesellschaft aufgegeben ;
4) des Gastwirths L. Uyma in Gleiwitz für die deutsche Lebens = Versicherungs = Gesellschaft in Lübeck, und
5) des Kaufmanns M. Hahn in Beuthen, für die Magdeburger Lebens = Versicherungs = Gesellschaft.

Oppeln, den 4. Mai 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlichen Appellations = Gerichts zu Ratibor.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Ortschaften Rattowitz **N^o 112:** und Klein = Dombrowka, Beuthener Kreises, von dem Bezirk der Gerichts = Commission zu Myslowitz vom 1sten Juli c. ab abgetrennt, und dem unmittelbaren Bezirk des Kreis = Gerichts zu Beuthen D. S. zugeschlagen worden sind.

Ratibor, den 25. April 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Durch das Ableben des Pastors Pfeiffer in Rengersdorf, Kreis Rothenburg, ist **N^o 113:** das dortige evangelische Pfarr = Amt erledigt worden. Dasselbe gewährt ein Einkommen von über 800 Rthlr., und üben die Dominien Ober = und Nieder = Rengersdorf das Patronats = Recht aus.

Breslau, den 18. April 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlessien.

Personal = Chronik.

Bekanntmachung.

Des Königs Majestät haben allergnädigst geruht, dem Hütten = Factor Brzosa zu Groß = Borek, im Kreise Rosenberg, für die vollführte Lebens = Rettung der beiden Frauen Grzeschok und Kallus aus dem dortigen tiefen Mühlgraben, das Verdienst = Ehrenzeichen für Rettung aus Gefahr zu bewilligen.

Oppeln, den 19. April 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Der

Der Kreis=Gerichts=Rath Schück zu Neustadt D. S. ist zur Dienstleistung in das Regierungs=Collegium getreten — die bisherigen Kreis=Taxatoren Gufinde zu Chroszczütz und Kubis zu Kollanowitz, Oppelner Kreises, sind ihrer Functionen als Kreis=Taxatoren für immer enthoben worden.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs=Gebäude.

Druck von F. Weillshäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 20.

Oppeln, den 15. Mai 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Nach einer Benachrichtigung der Königlichen Ministerien vom 17ten v. Mts. ist zwischen der diesseitigen und der Kaiserlich Oesterreichischen Regierung, mit Rücksicht auf den Artikel 18. des zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossenen Handels- und Zoll-Vertrages vom 19ten Februar 1853. in Betreff der Fälle, in welchen Bestellungen auf österreichische und beziehungsweise auf preussische Gewerbs-Erzeugnisse und Producte vorliegen, eine Verständigung darüber herbeigeführt,

N^o 114.

daß es weder in Preußen den Oesterreichischen, noch in Oesterreich den Preussischen Gewerbetreibenden und Producenten verwehrt sei, ihre Erzeugnisse auf Bestellung an inländische Parteien über die Grenze zu bringen, daß es hierbei gleichgültig sei, ob jene die Gegenstände selbst überbringen, oder auf andere Weise an den Besteller übersenden, sobald sie nur nicht damit haushalten, keine anderweite Polizei- oder Gewerbe-Vorschrift und keine Zoll-Vorschrift übertreten, daß jedoch zu einer Bestellung ein bestimmter Auftrag über die Menge und Beschaffenheit der zu übersendenden Waaren für erforderlich zu erachten sei, dagegen eine allgemeine Aufforderung, welche an einen Gewerbetreibenden etwa dahin gerichtet wird, mit Waaren einer gewissen Gattung zu dem Besteller an dessen Wohnort zu kommen, nicht ausreiche, um den Begriff einer Bestellung zu erfüllen.

Wir bringen dies zur Nachachtung der Behörden und zur Kenntniß der betheiligten Gewerbetreibenden.

Oppeln, den 2. Mai 1856.

Durch den am 27sten v. Mts., erfolgten Tod des Königlichen Kreis-Physikus Dr.

N^o 115.

Begasse zu Meisse, ist die Physikats-Stelle daselbst erledigt worden.

Wir fordern daher qualifizierte Bewerber auf, sich mit Einreichung des Lebenslaufes und der Fähigkeits-Zeugnisse längstens innerhalb vier Wochen zu melden.

Oppeln, den 2. Mai 1856.

Nr 116. Das Gesetz, betreffend die Forterhebung eines Zuschlags zur klassificirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Wahl- und Schlachtsteuer, vom 15ten v. Mts., wie solches in Nr. 17. der Gesetz-Sammlung für das laufende Jahr Seite 204. Nr. 4388. mit nachstehenden Worten abgedruckt ist:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie, was folgt:

§. 1.

Der auf Grund des Gesetzes vom 20sten Mai 1854. Nr. 4027. (Gesetz-Sammlung S. 314.) bis zum 1sten April 1856. genehmigte Zuschlag von 25 Procent zur klassificirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Wahl- und Schlachtsteuer, wird bis zum 1sten Januar 1857. forterhoben.

§. 2.

Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Inseigel.

Gegeben Charlottenburg, den 15. April 1856.

(L. S.)

(gez.) **Friedrich Wilhelm.**

v. d. Heydt. Simons. v. Raumer. v. Westphalen.

v. Bodelschwingh. Gr. v. Waldersee. Für den Minister für die landwirthschaftl.

Angelegenheiten:

v. Manteuffel.

wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Oppeln, den 3. Mai 1856.

Nr 117. Mit dem 1sten September d. J. beginnt im hiesigen Königlichem Hebammen-Institute ein neuer Lehr-Cursus in polnischer Sprache.

Die landrätthlichen Behörden haben mit Bezug auf die Amtsblatt-Bekanntmachung vom 29sten Januar 1841. und in unserer Circular-Verfügung vom 16ten November 1849. erlassenen Bestimmungen in denjenigen Gemeinden, in welchen die Anstellung von Hebammen ein wirkliches Bedürfnis ist, die nöthigen Wahlen anzuordnen und die betreffenden Candidatinnen, unter Beifügung der erforderlichen Atteste und der Verpflichtungs-Verhandlungen spätestens bis zum 16ten Juli d. J. bei uns anzumelden.

Von

Von den Herren Kreis-Physikern wird erwartet, daß sie nicht nur das Bedürfnis zur Anstellung von Hebammen den Landraths-Ämtern rechtzeitig anzeigen werden, um verspätete Wahlen, welche die Zurückweisung der Candidatinnen nothwendig zur Folge haben müssen, zu vermeiden, sondern auch genau auf Alter, Fassungs-Vermögen und auf die Kenntniß derjenigen Sprache, in welcher der Lehr-Cursus stattfindet, sowie vor Einberufung zu Lekturen darauf zu sehen, daß die Candidatinnen sich nicht im Zustande der Schwangerschaft befinden.

Oppeln, den 5. Mai 1856.

Es sind in der neuesten Zeit in mehreren Kreisen unseres Departements, namentlich Leobschütz, Oppeln, Cosel, Lublinitz und Rosenberg wiederholt erhebliche Brand- Unglücksfälle vorgekommen, welche wahrscheinlich durch ruchlose Hand herbeigeführt worden sind. Wir finden uns daher veranlaßt, für die Entdeckung der Thäterschaft in jedem einzelnen Falle eine Belohnung bis zu „Einhundert Thaler“ zuzusichern, wenn dadurch die absichtliche Brandstiftung in einer Weise nachgewiesen wird, daß der Thäter mit Aussicht auf Erfolg zur Bestrafung gezogen werden kann.

Die landrathlichen und magistratualischen Behörden werden angewiesen, diese Bekanntmachung durch die Kreis- und Stadtblätter sofort zu veröffentlichen.

Oppeln, den 5. Mai 1856.

N^o 118.

Es sind nachstehende Agentur-Geschäfte landespolizeilich genehmigt worden:

- 1) des Buchdruckers Radek in Cosel, für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg;
- 2) des Kaufmanns Carl, Oswald Bulla in Leobschütz, für die Lebens-Versicherungs-Gesellschaft daselbst;
- 3) des Kaufmanns Ferdinand Blaschke in Meisse, für die Berliner Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Germania“, wogegen der Kaufmann Möcke daselbst diese Agentur-Geschäfte niedergelegt hat;
- 4) des Kaufmanns Paul Eckerland hierselbst, für die Niederrheinische Güter-Assicuranz-Gesellschaft zu Wesel;
- 5) des Kaufmanns M. Fuchs in Gleiwitz, für die neue Transport-Versicherungs-Gesellschaft „Fortuna“ zu Berlin, und
- 6) des Kaufmanns Siegfried Lewy hierselbst, für die Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Der Buchhändler Wilhelm Förster in Beuthen hat die Agentur-Geschäfte für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft und für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ ebendasselbst niedergelegt.

Be r i c h t i g u n g.

Der Königl. Kreis-Gerichts-Secretair Breittkopf in Groß-Strehlitz hat die Agentur-Geschäfte für die deutsche Hagelschaden-Versicherungs-Gesellschaft „Union“ in Weimar nicht niedergelegt, wie dies im diesjährigen Amtsblatt Pag. 119. irrtümlich abgedruckt worden, sondern es ist demselben vielmehr die landespolizeiliche Genehmigung zur Führung der Agentur-Geschäfte für diese Gesellschaft erteilt worden. Oppeln, den 12. Mai 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Appellations-Gerichts zu Ratibor.

Nr. 119. Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 6ten April 1854. (Extraordinaire Beilage zum Oppelner Regierungs-Amtsblatte pro 1854. Stück 19.) ad I. machen wir ferner bekannt, daß in nachbenannten Schiedsmanns-Bezirken des Beuthener Kreises, folgende Veränderungen vorgekommen sind:

- 1) der aus den Ortschaften Chorzow, Erdmannswille, Nieder-Haiduk, Ober-Haiduk, Mittel-Lagiewnik, Ober-Lagiewnik bestehende Schiedsmanns-Bezirk Nr. 17. ist in zwei Bezirke getheilt, nämlich:

Nr. 17 a. Chorzow, Erdmannswille, Nieder-Haiduk und Ober-Haiduk;

Nr. 17 b. Mittel-Lagiewnik und Ober-Lagiewnik.

Beide Bezirke sind einander gegenseitig substituirt. Der Bezirk 17 a. vertritt noch den Bezirk Nr. 27. Maczeikowiz, wogegen der Letztere keinem andern Bezirke substituirt ist.

- 2) Der aus den Ortschaften Bogutschütz und Ignakdorf bestehende Schiedsmanns-Bezirk Nr. 10. ist ebenfalls in zwei Bezirke getheilt, nämlich

Nr. 10 a. Bogutschütz,

Nr. 10 b. Ignakdorf.

Beide Bezirke sind einander gegenseitig substituirt. Der Bezirk 10 b. vertritt außerdem noch den aus den Ortschaften Bedersdorf, Domb, Josephsdorf, Rattowiz, Salenze bestehenden Schiedsmanns-Bezirk Nr. 3. des Beuthener Kreises, wogegen der Letztere keinem andern Bezirke substituirt ist.

- 3) Der Schiedsmanns-Bezirk Makoschau, Nr. 28., ist mit dem aus den Ortschaften Dorotheendorf, Mathesdorf, Zabrze, Alt-Zabrze, Klein-Zabrze und Zabrze bergmännisch bestehenden Schiedsmanns-Bezirk Nr. 19 a. vereinigt worden.

Das Substitutions-Verhältniß wird dahin anderweit regulirt, daß der Bezirk 19 a. und der Bezirk Sosnizka, 19 b., einander gegenseitig vertreten.

Ratibor, den 7. Mai 1856.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 6ten April 1854. (Extraordinaire Beilage zum Oppelner Regierungs= Amtsblatte pro 1854. Stück 19.) ad I. machen wir ferner bekannt, daß der aus den Ortschaften Bibiella, Brinnitz, Alt=Chechlau, Neu=Chechlau, Zendryffel, Neudeck, Orzech, Rudy=Piekar, Trockenberg, Truschütz, Groß=Zyglin, Klein=Zyglin bestehende Schiedsmanns=Bezirk Nr. 4. des Beuthener Kreises, in zwei Bezirke getheilt worden ist, nämlich:

Nr 120:

Nr. 4a. Alt=Chechlau, Neu=Chechlau, Neudeck, Orzech, Rudy=Piekar und Trockenberg;

Nr. 4b. Bibiella, Brinnitz, Zendryffel, Truschütz, Groß=Zyglin, Klein=Zyglin.

Diese beiden Bezirke sind einander gegenseitig substituirt. Der Bezirk 4b. tritt auch den Bezirk Georgenberg Nr. 22., wogegen der letztere keinem anderen Bezirke substituirt ist.

Ratibor, den 7. Mai 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß am evangelischen Schul=Lehrer=Seminare zu Münsterberg

Nr 121:

- 1) die Commissions=Prüfung für die außerhalb der Seminare gebildeten Schulamts=Bewerber, sowie die Nachprüfung der mit Nr. III. entlassenen früheren Seminaristen, den 26ten und 27ten Juni c.,
- 2) die Lehrerinnen=Prüfung am 27ten und 28ten Juni stattfinden wird.

Die Gesuche um Theilnahme an der Lehrerinnen= und Commissions=Prüfung sind bei der unterzeichneten Behörde, die in Betreff der Nachprüfung bei der Königl. Regierung und zwar spätestens bis zum 11ten Juni c. einzureichen. Der Termin zur persönlichen Vorstellung bei dem Director des Seminars, ist für die Commissions= und Nachprüfung auf den 25ten Juni, Nachmittag um 6 Uhr, für die Lehrerinnen=Prüfung auf den 26ten Juni, Nachmittag um 6 Uhr, bestimmt.

Den Gesuchen um Theilnahme an der Lehrerinnen= und Commissions=Prüfung ist beizulegen:

- 1) ein ärztliches Attest über den Gesundheits=Zustand;
- 2) ein selbstverfertiger Lebenslauf;
- 3) die Nachweise über genossene Erziehung und Bildung überhaupt und über die Vorbereitung zum Schulstande insbesondere;
- 4) Zeugnisse der Orts=Behörde oder des Pfarrers über ihren bisherigen Lebenswandel und ihre Qualification zum Schulamte;

für die Nachprüfung dagegen nur:

- 1) daß

- 1) das beim Abgange vom Seminare erhaltene Zeugniß, und, falls die Nachprüfung schon ein- oder zweimal ohne Erfolg gemacht worden, auch die betreffenden Zeugnisse;
- 2) ein vom Revisor ausgestelltes und vom Superintendenten bestätigtes Zeugniß über sittliche Führung und Leistungen während der Amtsführung.

Außerdem ist bei den Meldungen zu den genannten Prüfungen auf dem Titelblatte des Lebenslaufes anzugeben:

- 1) der vollständige Name;
 - 2) Tag, Jahr, Ort und Kreis der Geburt;
 - 3) Wohnort und Kreis = Stadt;
 - 4) bei wem und wo der Aspirant, resp. die Aspirantin vorgebildet worden ist.
- Breslau, den 24. April 1856.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium für Schlesien.

Nr 122. Zur Nach- und Extra-Prüfung im hiesigen Seminare, ist ein Termin auf den 14ten und 15ten Juli d. J. angesetzt. Die Gesuche um Theilnahme an der Nachprüfung sind bei der Königlichen Regierung in Oppeln, und die der Extra-Prüflinge bei dem Königlichen Provinzial-Schul-Collegio in Breslau, letztere unter Beifügung folgender Papiere, einzureichen:

- 1) eines ärztlichen Attestes über den Gesundheitszustand;
- 2) eines selbstverfaßten Lebenslaufes;
- 3) der Nachweisung über genossene Erziehung und Bildung überhaupt und über die Vorbereitung zum Schulfache insbesondere, und
- 4) die Bescheinigung der Orts-Behörde und des Pfarrers über bisherigen unbescholtenen Lebenswandel und über Qualification zum Schullehramte.

Die an der Prüfung Theilnehmenden melden sich bei dem Unterzeichneten den 13ten Juli c., Nachmittag um 7 Uhr.

Ober-Glogau, den 3. Mai 1856.

Königliches katholisches Schullehrer-Seminar.

Nr 123. Die öffentlichen Verhandlungen vor dem Schwur-Gericht zu Reisse, werden den 9ten Juni d. J. beginnen. Reisse, den 5. Mai 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Nr 124. Die vierte diesjährige Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts beginnt am 9ten Juni d. J.

Gleiwitz, den 7. Mai 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Die vierte diesjährige Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts wird den **N^o 125.**
9ten Juni d. J. beginnen.

Ratibor, den 7. Mai 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Personal-Chronik.

Personal-Veränderungen

im Departement des Königl. Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat
April 1856.

A. Bei dem Appellations-Gericht:

Ernannt:

der Stadt-Gerichts-Rath Heinrich, Otto, Leopold Plathner zu Breslau und
der Kreis-Gerichts-Director Georg Springmühl zu Wehlar zu Appella-
tions-Gerichts-Räthen;

der Appellations-Gerichts-Referendarius Paul Sohn zum Gerichts-Assessor,
unter Ueberweisung aus dem Departement des Appellations-Gerichts zu Bres-
lau in das hiesige Departement;

der Auscultator Otto Friebänder zum Appellations-Gerichts-Referendarius;
die Rechts-Candidaten Victor Warsitz und Emil Adamczyk zu Appellations-
Gerichts-Auscultatoren.

Versezt:

der Appellations-Gerichts-Rath Milewski, unter Ernennung zum Kammer-
Gerichts-Rath an das Königl. Kammer-Gericht zu Berlin;

der Referendarius Wilhelm Altschaffel aus dem Departement des Appellations-
Gerichts Breslau in das hiesige Departement.

B. Bei den Kreis-Gerichten:

I. Beim Kreis-Gericht Beuthen:

Ernannt:

der Gerichts-Assessor Lothar Fritsch zum Kreis-Richter.

II. Bei dem Kreis-Gericht Gleiwitz:

Pensionirt:

der Secretair Ullmann vom 1sten August d. J. ab.

III. Beim Kreis-Gericht Ratibor:

Gestorben:

der

der Kreis = Gerichts = Rath Zweigel;
der Kreis = Richter Roth;
der Gefangenwärter Kasparek.

Verzeichniß
der gewählten und bestätigten Schiedsmänner pro Monat
April 1856.

Nr.	Namen der Ortschaften.	Kreis.	N a m e n und
			Wohnort der Schiedsmänner.
1	Heinersdorf	Neisse	Schullehrer Schmidt zu Heinersdorf.
2	Roselwitz	Rosenberg	Lehrer Franz Dirbach zu Roselwitz.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs = Gebäude.

Druck von J. Weilschäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 21.

Oppeln, den 22. Mai 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 20. u. 21. enthalten:

- (N. 4400.) Die Städte-Ordnung für die Provinz Westfalen. Vom 19ten März 1856.
 - (N. 4401.) Die Landgemeinde-Ordnung für die Provinz Westfalen. Vom 19ten März 1856.
 - (N. 4402.) Das Gesetz, betreffend die Erhaltung der Einheit der Rechts-Grundsätze in den richterlichen Entscheidungen des Ober-Tribunals. Vom 7ten Mai 1856.; und
 - (N. 4403.) Das Gesetz, den Betrieb der Dampffessel betreffend.
-

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Das dem Maurermeister N. Silbermann zu Breslau unter dem 2ten April d. J. ertheilte Patent

auf eine Hilfs-Maschine für Satinir-Werke zur Bildung der Pache,
ist erloschen. Oppeln, den 20. Mai 1856.

Es sind nachstehende Agentur-Geschäfte landespolizeilich bestätigt worden:

- 1) des Kaufmanns Salomon Fränkel in Ratibor, und
- 2) des Kaufmanns J. M. Schlesinger hierselbst, beide für die neue Transport-Versicherungs-Gesellschaft „Fortuna“ in Berlin;
- 3) des Kaufmanns W. Dombrowski hierselbst, und

4) des Post-Expeditours Wilkens in Königshütte, beide für die Cölnische Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft.

Dagegen hat

5) der Kaufmann Hirschel Löwinstam in Guttentag, die Agentur-Geschäfte für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg niedergelegt.

Oppeln, den 20. Mai 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

N^o 126. Durch das Ableben des Pastors Penzholz in Röchlitz bei Goldberg, ist das dortige evangelische Pfarr-Amt erledigt worden. Dasselbe gewährt ein Einkommen von c. 700 Rthlr. und ist die Stelle landesherrlichen Patronats.

Breslau, den 30. April 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

N^o 127. Höherer Anordnung gemäß, sollen auch in diesem Jahre die außerordentlichen allgemeinen Kirchen-Visitationen, nach dem Vorbilde der reformatorischen Zeit, fortgesetzt werden. Es wird demgemäß durch eine besondere, aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern bestehende Commission, unter Leitung des königlichen General-Superintendenten der Provinz Dr. Hahn, eine General-Visitation in der Diocese Grünberg abgehalten,

am 23sten d. Mts., Vormittag um 9 Uhr,
in der Kirche zu Grünberg durch einen feierlichen Gottesdienst eröffnet, und den 10ten Juni geschlossen werden, welches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Breslau, den 5. Mai 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

N^o 128. Die vierte diesjährige Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts, beginnt am 9ten Juni.

Oppeln, den 8. Mai 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 22.

Oppeln, den 29. Mai 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 22. enthält:

(N^o 4404.) Das Gefef, betreffend die Aufhebung des Artikels 88. der Verfaffungs-Urkunde vom 31ften Januar 1850. Vom 30ften April 1856., und

(N^o 4405.) Das Gefef, betreffend die Fefiftellung des Staats-Haushalts-Stats für 1856. Vom 14ten Mai 1856.

Verordnungen der höchften Staats-Beörden.

Das nachstehende Allerhöchfte Privilegium vom 7ten April 1856., welches wörtlich also lautet:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

Nachdem von den Kreißständen des Lubliner Kreiffes, im Regierungs-Bezirk Oppeln, auf dem Kreistage vom 28ten November 1855. beschloffen worden, die zur Ausführung des Baues einer Chaussee von Lublinz nach Tworog erforderlichen Geldmittel im Wege einer Anleihe zu beschaffen, wollen Wir auf den Antrag der gedachten Kreißstände, zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit Zins-Coupons versehene, Seitens der Gläubiger unkündbare Obligationen zu dem angenommenen Betrage von 52,000 Thalern ausstellen zu dürfen, da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger noch der Schuldner etwas zu erinnern gefunden hat, in Gemäßheit des §. 2. des Gefefes vom 17ten Juni 1833. zur Ausstellung von Obliga-

tionen zum Betrage von 52,000 Thalern, in Buchstaben: Zwei und Fünfzig Tausend Thalern, welche in folgenden Apoints:

1)	15,000	Thaler	a	1000	Thaler;
2)	11,000	=	=	500	=
3)	17,400	=	=	100	=
4)	7,000	=	=	50	=
5)	1,600	=	=	25	=

52,000 Thaler,

nach dem anliegenden Schema auszufertigen, mit Hülfe einer Kreissteuer mit fünf Procent jährlich zu verzinsen, und nach der durch das Loos zu bestimmenden Folge-Ordnung vom 1sten Januar 1857. ab mit wenigstens jährlich Ein Procent des Capitals zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere Landesherrliche Genehmigung mit der rechtlichen Wirkung ertheilen, daß ein jeder Inhaber dieser Obligation die daraus hervorgehenden Rechte, ohne die Uebertragung des Eigenthums nachweisen zu dürfen, geltend zu machen befugt ist.

Das vorstehende Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter ertheilen, und wodurch für die Befriedigung der Inhaber der Obligation eine Gewährleistung Seitens des Staats nicht übernommen wird, ist durch die Gesetz-Sammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Charlottenburg, den 7. April 1856.

(L. S.)

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gegenez.) von der Heydt. von Westphalen. von Bodelschwingh.

Privilegium

wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Lubliner Kreises, im Betrage von 52,000 Thalern.

Obligation des Lubliner Kreises

Litr.....Nz.....

über Thaler Preussisch Courant.

Auf Grund der unterm bestätigten Kreistags-Beschlüsse vom 28sten November 1855. wegen Aufnahme einer Schuld von 52,000 Thalern, bekennt sich die ständische Commission für den Chaussee-Bau des Lubliner Kreises Namens des

des Kreises durch diese, für jeden Inhaber gültige, Seitens des Gläubigers unkündbare Verschreibung zu einer Schuld von Thalern Preussisch Courant, nach dem Münzfuße von 1764., welche für den Kreis contrahirt worden und mit fünf Procent jährlich zu verzinsen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von 52,000 Thalern geschieht vom Jahre 1857. ab allmählig innerhalb eines Zeitraums von Jahren, aus einem zu diesem Behufe gebildeten Tilgungs-Fonds von wenigstens Ein Procent jährlich, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuld-Verschreibungen, nach Maaßgabe des genehmigten Tilgungs-Planes.

Die Folge-Ordnung der Einlösung der Schuld-Verschreibungen wird durch das Loos bestimmt. Die Ausloosung erfolgt vom Jahre 1857. ab in dem Monate Januar jeden Jahres. Der Kreis behält sich jedoch das Recht vor, den Tilgungs-Fonds durch größere Ausloosungen zu verstärken, sowie sämtliche noch umlaufende Schuld-Verschreibungen zu kündigen. Die ausgelosten sowie die gekündigten Schuld-Verschreibungen werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und einen Monat vor dem Zahlungs-Termine in dem Amtsblatte der königlichen Regierung zu Oppeln, sowie in einer zu Breslau erscheinenden Zeitung.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Capital zurückzuzahlen ist, wird es in halbjährlichen Terminen in der Zeit vom ten bis ten und vom ten bis ten von heute an gerechnet, mit fünf Procent jährlich in gleicher Münzsorte mit jenem verzinsert.

Die Auszahlung der Zinsen und des Capitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der ausgegebenen Zins-Coupons, beziehungsweise dieser Schuld-Verschreibung, bei der Kreis-Communal-Casse in Lubliniz, und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeits-Termins folgenden Zeit.

Mit der zur Empfangnahme des Capitals präsentirten Schuld-Verschreibung sind auch die dazu gehörigen Zins-Coupons der späteren Fälligkeits-Termine zurückzuliefern. Für die fehlenden Zins-Coupons wird der Betrag vom Capital abgezogen.

Die gekündigten Capital-Beträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungs-Termine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren nicht erhobenen Zinsen, verjähren zu Gunsten des Kreises.

Das Aufgebot und die Amortisation verlorener oder vernichteter Schuld-Verschreibungen erfolgt nach Vorschrift der Allgemeinen Gerichts-Ordnung Theil I. Titel 51. §. 120. seq. bei dem königlichen (Kreis-) Gerichte zu Lubliniz.

Zins-Coupons können weder aufgeboten noch amortisirt werden. Doch soll Demjenigen, welcher den Verlust von Zins-Coupons vor Ablauf der vierjährigen Verjährungs-Frist bei der Kreis-Verwaltung anmeldet, und den stattgehabten Besitz

der Zins=Coupons durch Vorzeigung der Schuld=Verschreibung oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zins=Coupons gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit dieser Schuld=Verschreibung sind 10 halbjährige Zins=Coupons bis zum Schlusse des Jahres 18.... ausgegeben. Für die weitere Zeit werden Zins=Coupons auf fünfjährige Perioden ausgegeben.

Die Ausgabe einer neuen Zins=Coupons=Serie erfolgt bei der Kreis=Communal=Casse zu Lubliniz gegen Ablieferung des der älteren Zins=Coupons=Serie beigebrachten Talons. Beim Verluste des Talons erfolgt die Aushändigung der neuen Zins=Coupons=Serie an den Inhaber der Schuld=Verschreibung, sofern deren Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der Kreis mit seinem Vermögen.

Dessen zu Urkunde haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift ertheilt.

Lubliniz, den ten 1856.

Die ständische Commission für den Chausseebau im Lublinizer Kreise.

Zins=Coupon

zu der Kreis=Obligation des Lublinizer Kreises Littr. M.....

über Thaler zu fünf Procent Zinsen

über Thaler Silbergroschen.

Der Inhaber dieses Zins=Coupons empfängt gegen dessen Rückgabe in der Zeit vom ten bis resp. vom ten bis und späterhin die Zinsen der vorbenannten Kreis=Obligation für das Halbjahr vom bis mit (in Buchstaben) Thalern Silbergroschen bei der Kreis=Communal=Casse zu Lubliniz.

Lubliniz, den ten 1856.

Die ständische Kreis=Commission für den Chausseebau
im Lublinizer Kreise.

Dieser Zins=Coupon ist ungültig, wenn dessen Geldbetrag nicht innerhalb vier Jahren nach der Fälligkeit, vom Schluß des betreffenden Halbjahres an gerechnet, erhoben wird.

T a l o n

zur Kreis-Obligation des Kreises.

Der Inhaber dieses Talons empfängt gegen dessen Rückgabe zu der Obligation des Lubliner Kreises

Litr. M über Thaler à fünf Procent
Zinsen die te Serie Zins-Coupons für die 5 Jahre 18.... bis 18.... bei der
Kreis-Communal-Casse zu Lubliniz.

Lubliniz, den ten 1856.

Die ständische Kreis-Commission für den Chausseebau
im Lubliner Kreise.

dessen Original im Geheimen Staats-Archiv niedergelegt worden ist, wird hierdurch
in beglaubigter Form ausgefertigt.

Berlin, den 5. Mai 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
gez. von der Seydt.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Dem Schullehrer Jacob Lubetzki zu Deutsch-Weichsel, Plesser Kr., ist auf Grund des §. 7. des Gesetzes vom 13ten Februar 1843. die Befugniß ertheilt worden, für die Einfassen der Gemeinde Deutsch-Weichsel, welche Pferde verkaufen, vertauschen, verschenken oder sonst veräußern wollen, die vorgeschriebenen Legitimations-Atteste stempel- und kostenfrei auszufertigen. N^o 130.

Oppeln, den 8. Mai 1856.

Das dem Kaufmann A. Sparenberg in Berlin unter dem 5ten December 1853. ertheilte Patent

auf eine Vorrichtung an Schieß-Gewehren zum selbstthätigen Aufsetzen der Zündhütchen,
ist erloschen.

Oppeln, den 26. Mai 1856.

Dem Kaufmann Isaac Friedländer in Guttentag ist die landespolizeiliche Genehmigung zur Führung von Agentur-Geschäften für die Hagelschäden-Versicherungsgesellschaft „Ceres“ in Magdeburg ertheilt worden.
Oppeln, den 26. Mai 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

N^o 131. Nachstehende Verhandlung:

Verhandelt auf der Königl. Rentenbank zu Breslau, den 21sten Mai 1856.

In Gegenwart der Abgeordneten der Provinzial-Vertretung:

1) des Königlich Credit-Instituts-Directors Herrn Grafen v. Hoverden;

2) des Herrn Banquier Stadtrath Franck, und

3) des öffentlichen Notars Herrn Justiz-Rath Beyer von hier,

erfolgte im heutigen Termin auf Grund eines bei den Acten niedergelegten speciellen Verzeichnisses, und nachdem die Löschung der einzelnen Alpoints in den Stammbüchern und Lösch-Registern erfolgt ist, die Vernichtung der aus den früheren Verloosungen in dem letzten Halbjahr zur Zahlung präsentirten und resp. eingelösten Rentenbriefe der Provinz Schlessen nebst den dazu gehörigen Zins-Coupons, und zwar:

70 Stück Lit. A. à 1000 Rthlr. im Werthe von 70,000 Rthlr.;

21 „ „ B. à 500 „ „ „ „ 10,500 „

51 „ „ C. à 100 „ „ „ „ 5,100 „

35 „ „ D. à 25 „ „ „ „ 875 „

46 „ „ E. à 10 „ „ „ „ 460 „

zusammen 223 Stück im Werthe von 86,935 Rthlr.

Die Vernichtung geschah durch Feuer, welches in Gemäßheit der §§. 46. und 48. des Rentenbank-Gesetzes vom 2ten März 1850. hiermit registrirt wird.

B. g. u.

(gez.) v. Hoverden. Franck.

(L. S.) (gez.) Carl, Ernst, Georg Beyer, Notar zu Breslau.

a. u. s.

(gez.) Koch. Greiff. Partowicz.

wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Breslau, den 21. Mai 1856.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Schlessen.

Bekanntmachung.

Der Landes-Deconomie-Rath Weyhe ist beauftragt, sich als Commissar des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten zu der vom 23ten Mai bis 7ten Juni zu Paris stattfindenden Ausstellung landwirthschaftlicher Gegenstände zu begeben und die Interessen der Preussischen Landwirthe wahrzunehmen. Es wird diesen, sowie anderen dießseitigen Unterthanen, welche die Ausstellung besichtigen oder besuchen, überlassen, sich an den gedachten Commissarius zu wenden.

Seine Wohnung in Paris wird im Bureau der Königlich Preussischen Gesandtschaft in Paris zu erfragen sein.

Nr 132.

Personal-Chronik.

Bekanntmachung.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerh. Cabinets-Order vom 19ten April d. J. den Maurer-Polier Carl Siegwant zu Alt-Cosel, die Annahme und Führung des Namens seines natürlichen Vaters: „Köhler“, zu gestatten geruht.

Dppeln, den 5. Mai 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung.

Auf Grund der am 7ten und 8ten d. Mts. am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Bunzlau bestandenen Prüfung pro rectoratu, ist den Candidaten der Theologie Georg, Heinrich Kölling aus Pitschen und Friedrich, Julius Wittich aus Wohlau, in Folge der dargelegten wissenschaftlichen und practischen Tüchtigkeit, die Qualification zur Uebernahme von Rectorstellen ertheilt worden.

Breslau, den 15. Mai 1856.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Der Feldmesser Friedr. Carl Schwedler aus Rybnik, ist als solcher vereidigt worden.

Das Königliche Consistorium für die Provinz Schlessen hat folgende Vocationen bestätigt:

für den bisherigen Kreis-Vicar Olshausen, zum Pfarrer der evangelischen Gemeinde zu Günthersdorf, Grünberger Kreises;

für

für den bisherigen Predigt-Amts-Candidaten Krüger, zum Pfarrer der evangelischen Gemeinde zu Holzkirch, Laubaner Kreises, und
für den bisherigen Pastor Uhler in Steinkunzendorff, zum Pastor der evangelischen Gemeinde zu Groß-Kniegnitz, Rimpfcher Kreises.

Als städtische Beigeordnete für eine Amtsbauer von 6 Jahren sind erwählt und bestätigt worden:

der Rathmann Siebler zu Cosel;
= = Radt zu Zülz, und
= Kaufmann Fritsch zu Landsberg.

Verstorben sind:

die katholischen Schullehrer
Matuschek zu Petersheide, Grottkauer Kreises;
Bill zu Haatsch, Ratiborer Kreises;
Siske zu Czuchow,
und Bednarsch zu Kniezenitz, } Rybniker Kreises.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von J. Weisshäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 23.

Oppeln, den 5. Juni 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 23. u. 24. enthalten:

- (N^o 4406.) Das Gefef, die Bewilligung einer Zins-Garantie für das Anlage-Capital der Ruhr-Sieg-Eisenbahn betreffend. Vom 30ften April 1856.
- (N^o 4407.) Das Gefef, betreffend die Verminderung der unverzinslichen Staats-Schuld um Funfzehn Millionen Thaler, sowie die Ausgabe verzinslicher Staatsschuld-Verschreibungen über 16,598,000 Thaler. Vom 7ten Mai 1856.
- (N^o 4408.) Das Gefef, wegen Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen der Bank-Ordnung vom 5ten October 1846. Vom 7ten Mai 1856.
- (N^o 4409.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 7ten Mai 1856., betreffend die Bestimmung, daß die Directoren der Berg-Aemter zur vierten Rang-Classe der höhern Provinzial-Beamten (der Ober-Berg-Räthe) gehören sollen.
- (N^o 4410.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 14ten April 1856., betreffend die Erhebung der Schifffahrts-Abgaben auf der Deime und dem großen und kleinen Friedrichs-Graben, und
- (N^o 4411.) Das Gefef, betreffend die Uebernahme einer Zins-Garantie für das Anlage-Capital einer Eisenbahn von Stargard über Belgard nach Ködlin, mit einer Zweigbahn nach Colberg. Vom 15ten Mai 1856.

N^o 25. enthält:

- (N^o 4412.) Das Gefef, betreffend die Abänderung des Artikels 42. und die Auf-

hebung des Artikels 114. der Verfassungs-Urkunde vom 31sten Januar 1850. Vom 14ten April 1856.

- (*N* 4413.) Das Gesetz, betreffend die ländlichen Orts-Obrikeiten in den sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie. Vom 14ten April 1856.
- (*N* 4414.) Das Gesetz, betreffend die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie. Vom 14ten April 1856.
- (*N* 4415.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 21sten April 1856., betreffend die Genehmigung der von dem General-Landtage der schlesischen Landschaft wegen Abänderung der Regulative vom 13ten November 1848. und 11ten Mai 1849. ic. gefaßten Beschlüsse.
- (*N* 4416.) Die Bekanntmachung, betreffend die unter dem 14ten April 1856. erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten der Actien-Gesellschaft unter dem Namen: „Schlesische Bergwerks- und Hütten-Actien-Gesellschaft Vulkan“ mit dem Domicil zu Beuthen in Ober-Schlesien. Vom 24sten April 1856.
- (*N* 4417.) Die Bekanntmachung über die unterm 14ten April 1856. erfolgte Allerhöchste Bestätigung des Statuts des Actien-Vereins zum haufseemäßigen Ausbau der Straße von Dhlau nach Strehlen vom 24sten September 1853. Vom 25sten April 1856., und
- (*N* 4418.) Die Bekanntmachung, betreffend die unterm 14ten Januar 1856. erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Actien-Gesellschaft unter dem Namen: „Bergbau-Gesellschaft Holland,“ mit dem Domicil zu Wattenscheid. Vom 27sten April 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

N 133. Nach einer Eröffnung des Königlichen Finanz-Ministerii vom 8ten Mai d. J., ist durch den Herrn Kriegs-Minister der §. 17. des Reglements vom 5ten October 1854. über Verpflegung der Rekruten, Reservisten, Invaliden und Landwehrmänner, dessen Bestimmungen wir mittelst unserer Amtsblatt-Bekanntmachung vom 8ten December 1848. (Extraord. Beilage zu Stück Nr. 52. pro 1854.) zur öffentlichen Kenntniß gebracht haben, in folgender Weise erläutert worden:

Zu §. 17. Eine Ausnahme machen die einzeln direct nach den Garde-Landwehr-Bataillons = Stabs-Quartieren einberufenen Heerespflichtigen, welche die Marsch-Verpflegungs-Competenz nach den §§. 35. und 38. des Reglements erhalten, sofern sie nicht in dem Bezirke des mit dem Garde-Landwehr-Bataillon an einem und dem

demselben Orte garnisonirenden Provinzial-Landwehr-Bataillons ihre Heimath haben.

Vorstehende Bestimmung bringen wir zur Kenntniß sowohl der Einsassen, als auch der Behörden unseres Regierungs-Bezirks, namentlich der Gemeinde-Vorstände, welche den nach dem Garde-Landwehr-Bataillons-Stabs-Quartiere einberufenen Heerespflichtigen bei deren Absendung vom bisherigen Wohn-, resp. Aufenthalts-Orte die Marsch-Verpflegungs-Competenz vorzuschreiben haben.

Oppeln, den 14. Mai 1856.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Order vom 30sten April d. J. das Statut für die Spaar-Casse des Grottkauer Kreises zu bestätigen geruht.

N^o 134.

Oppeln, den 21. Mai 1856.

In Gemäßheit des Gesetzes vom 7ten Mai 1853. ist dem Kaufmann Joseph Scharf-
fenberg in Guttentag, die widerrufliche Erlaubniß ertheilt worden, innerhalb des
Pudliner Kreises Verträge wegen Beförderung von Auswanderern über Bremen di-
rect nach Nord- und Süd-Amerika und Süd-Australien für das Handlungshaus
Pökrantz und Comp. in Bremen, zu vermitteln.

N^o 135.

Oppeln, den 21. Mai 1856.

Daß dem Dr. philosophiae G. Krüger zu Breslau unter dem 10ten Februar 1855. ertheilte Patent,

auf ein Verfahren, Phosphor darzustellen,

ist aufgehoben. Oppeln, den 3. Juni 1856.

Als Agenten sind landespolizeilich bestätigt worden:

der Kaufmann E. C. Thomany in Creuzburg, für die preussische Renten-Ver-
sicherungs-Anstalt zu Berlin, und

der Kaufmann Moriz Hamburger in Gleiwitz, für die Magdeburger Lebens-
Versicherungs-Gesellschaft.

Oppeln, den 3. Juni 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Nachdem durch das Gesetz vom 26sten März d. J. angeordnet, daß die Verordnung vom 30sten April 1847. über die Bildung eines Ehren-Rathes unter den Justiz-
Commissarien und Notarien auch beim Königlichen Ober-Tribunal zur Anwendung
kommen soll, sind am 24sten d. M.

N^o 136.

zu Mitgliedern des Ehren-Raths unter den Rechts-Anwälten des
Königlichen Ober-Tribunals:

- 1) der Justiz-Rath Boots,
- 2) der Justiz-Rath Wagner I.,
- 3) der Justiz-Rath Sßmer,
- 4) der Justiz-Rath Reusche,
- 5) der Rechts-Anwalt Dorn;

und zu deren Stellvertretern:

- 1) der Justiz-Rath Strohn,
- 2) der Justiz-Rath Simson.

gewählt worden.

Demnächst hat der Ehren-Rath

zu seinem Vorsitzenden

den Justiz-Rath Reusche

gewählt.

Dies wird in Gemäßheit des §. 26. der Verordnung vom 30sten April 1847.
hierdurch öffentlich bekannt gemacht. Berlin, den 26. Mai 1856.

Der Erste Präsident des Königlichen Ober-Tribunals, Staats-Minister
U h d e n.

Personal-Chronik.

Bekanntmachung.

In die Stelle des verstorbenen Predigers Knüttell als Mitglied des Directo-
riums der schlesischen evangelischen Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Unterstützungs-
Anstalt, ist durch Stimmenmehrheit der Diaconus Herbststein an der Kirche zu St.
Elisabeth hieselbst erwählt worden.

Breslau, den 19. Mai 1856.

Königliche Regierung.

Abtheilung für die Kirchen-Verwaltung und das Schulwesen.

Im Amts-Bereiche des Königlichen Provinzial-Schul-Collegii ist der seitherige
Collaborator Klemens an der Königlichen Waisen- und Schul-Anstalt zu Bunzlau
als Lehrer an derselben definitiv angestellt worden.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von F. Weilschäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 24.

Oppeln, den 12. Juni 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 26. enthält:

(N^o 4419.) Die Befätigungs-Urkunde, betreffend die Errichtung einer Actien-Gesellschaft unter dem Namen: „Cölnische Maschinenbau-Actien-Gesellschaft“ mit dem Domicil zu Cöln.

Verordnungen der höchsten Staats-Beörden.

Zur Ergänzung des mit der Bekanntmachung vom 31sten December 1853. veröffentlichten Verzeichnisses derjenigen Straßen und Abfertigungs-Stellen, welche beim Verkehr mit Branntwein und Bier nach und von Hannover inne zu halten sind, wird bekannt gemacht, daß die Eisenbahnstrecke von Bünde bis Melle zur Ueberfuhr der bezeichneten Gegenstände eröffnet worden ist, und zu Bünde und Melle Abfertigungs-Stellen errichtet sind.

N^o 138.

Berlin, den 23. Mai 1856.

Der Finanz-Minister.
gez. von Bodelschwingh.

In Betreff des Gränz-Verkehrs zwischen der diesseitigen Provinz und den angränzenden Provinzen der K. K. Oesterreichischen Staaten, sind nachstehende Bestimmungen vereinbart worden, welche ich hiermit zur öffentlichen Kenntniß und Nachachtung Seitens der Behörden und des theiligten Publicums bringe.

N^o 139.

§. 1. Für die als unverdächtig bekannten Bewohner der unmittelbar an der Gränze zwischen Preußen und Oesterreich belegenen Ortschaften, bedarf es zum Verkehr in den angränzenden österreichischen Ortschaften in der Regel gar keiner passpolizeilichen Legitimation.

Die Bewohner derjenigen preussischen Ortschaften indessen, welche einem Kaiserl. Oesterreichischen Gränz-Zoll-Umt gegenüber liegen, dürfen die Gränze nur auf der Zollstraße überschreiten, und müssen sich bei dem Gränz-Zoll-Unte melden. Dasselbe gilt von denjenigen Personen, welche zollpflichtige Waaren bei sich führen.

§. 2. Zum weiteren Verkehr innerhalb der Preussischen Gränz-Kreise Görlitz, Lauban, Löwenberg, Hirschberg, Schönau, Vollenhain, Landskron, Waldenburg, Schweidnitz, Reichenbach, Frankenstein, Glas, Habelschwerdt, Grottkau, Reisse, Neustadt, Leobschütz, Ratibor, Rybnik, Pleß, Beuthen, und der Kaiserl. Oesterreichischen Gränz-Umts-Bezirke:

a. in Böhmen:

der Umts-Bezirke Friedland, Reichenberg, Gablonz, Morchenstern, Eisenbrod, Semil, Ober-Rochlitz, Starckenbach, Hohenelbe, Marchendorf, Schaplar, Arnau, Trautenau, Politz, Braunau, Nachod, Neustadt a. D., Mittau, Dobruscha, Reichenau, Senftenberg, Grulich und Landskron;

b. in Mähren:

der politischen Umts-Bezirke Altstadt und Mährisch-Ostrow;

c. in Schlesien:

der ganzen Provinz Oesterreich-Schlesien;

d. für Krakau:

des ganzen Krakauer Kreises, und der Bezirke Biala, Dźwiczin, Kenty, Andrzejau und Wadowice, und auf einen Zeitraum von vier Wochen genügen Certificate, welche für Preussische Unterthanen von den betreffenden Landraths-Ämtern im Blanquet vollzogen, und von den Magisträten, Dominien, oder Rent-Ämtern für das einzelne Individuum ausfertigt werden, während für Oesterreichische Unterthanen die Ausfertigung durch die Kaiserlichen Bezirks-Behörden erfolgt.

§. 3. Ebenso wird den Einwohnern der Provinz Schlesien der 14 tägige Aufenthalt in Oesterreichisch-Schlesien, Mähren und Böhmen gestattet, wenn sie mit Passkarten versehen sind, die beim Ein- und Austritt an der Oesterreichischen Gränze abgestempelt werden müssen.

§. 4. In allen übrigen Fällen muß jeder Preussische Unterthan, welcher in den Oesterreichischen Staaten reisen, oder sich daselbst aufhalten will, sich durch einen von der betreffenden Bezirks-Regierung ausfertigten, nach den Kaiserl. Oesterreichischen Staaten lautenden Paß, oder durch ein Wanderbuch legitimiren.

Dieser Verpflichtung haben alle Preußen, und namentlich auch die Bewohner
der

der im §. 2. erwähnten Gränz-Kreise, zu genügen, wenn sie sich länger als vier Wochen in Oesterreich aufhalten, oder über die ebendasselbst bezeichneten Oesterreichischen Gränz-Districte hinaus, in das Innere von Oesterreich reisen wollen, desgleichen auch solche Personen, welche Behufs Erlernung eines Handwerks, oder um in ein Dienst-Verhältniß zu treten, nach den Oesterreichischen Nachbar-Provinzen sich begeben.

§. 5. Ebenso tritt für Personen, welche nach Mähren, Böhmen, oder Oesterreichisch-Schlesien mit Paßkarten reisen, die Verpflichtung der Legitimation durch die im §. 4. gedachten Urkunden ein, wenn sie ihren derartigen Aufenthalt über den 14 tägigen Zeitraum verlängern, oder noch andere Provinzen der Oesterreichischen Monarchie bereisen wollen.

§. 6. Die Visirung des Passes durch die Kaiserlich Oesterreichische Gesandtschaft wird für Einwohner der Provinz Schlesien erforderlich, wenn sie auf ihrer Reise nach Oesterreich den Sitz einer Oesterreichischen Gesandtschaft oder eines Oesterreichischen Consulats berühren, oder an einem solchen Orte die Reise beginnen.

§. 7. Alle zu Reisen nach den Oesterreichischen Staaten ausgestellten Legitimationen (Certificate, Paßkarten, Pässe, Wanderbücher) sind beim Ueberschreiten der Gränze den Kaiserlich Oesterreichischen Gränz-Zoll-Ämtern, dort aber, wo Polizei-Behörden aufgestellt sind, diesen zur Visirung vorzulegen.

Breslau, den 31. Mai 1856.

Der Königl. Wirkliche Geheime Rath und Ober-Präsident der
Provinz Schlesien.
v. Schleinitz.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Auf Grund des §. 11. des Gesetzes vom 11ten März 1850. (Gesetz-Sammlung pro 1850. Seite 265.) erlassen wir für den ganzen Umfang unseres Regierungs-Bereichs, nachstehende Polizei-Verordnung in Beziehung auf Bergwerke und Gräbereien, welche Behufs des Gewinnes von solchen Mineralien betrieben werden, die kein Gegenstand des Berg-Regals sind. N^o 140.

§. 1.

Bei dergleichen Bergwerken oder Gräbereien darf kein Aufseher angestellt werden, auch Niemand eine Thätigkeit als Aufseher ausüben, welcher nicht ein von einem Königl. Berg-Ämte ausgestelltes Attest über seine Befähigung zu einer solchen Function besitzt.

§. 2.

Die Arbeit in den bezeichneten Bergwerken oder Gräbereien ist, sobald sie über
27* ein

ein Pächter unter Tage niedergeht, nur dann erlaubt, wenn unter den Arbeitern mindestens ein von einem Königlichem Berg-Amte zu dergleichen Arbeiten für qualificirt erachteter Bergmann sich befindet.

§. 3.

Uebertretungen der vorstehenden Bestimmungen werden sowohl an dem Eigenthümer der gedachten Bergwerke oder Gräbereien, als auch an dem ihren Betrieb leitenden Vorsteher, und im Falle des §. 1. zugleich noch an der ohne den Besitz des vorgeschriebenen Attestes die Aufsicht in solchen Bergwerken oder Gräbereien führenden Person, mit einer Geldbuße bis zu Zehn Thalern, oder verhältnismäßiger Gefängnißstrafe geahndet werden.

Oppeln, den 16. Mai 1856.

N^o 141. Dem Schulzen Brylka zu Autischkau, im Coseler Kreise, ist auf Grund des §. 7. des Gesetzes vom 13ten Februar 1843. die Befugniß ertheilt worden, für die Einfassen der Gemeinde Autischkau, welche Pferde verkaufen, vertauschen, verschenken oder sonst veräußern wollen, die vorgeschriebenen Legitimations-Atteste stempel- und kostenfrei auszufertigen.

Oppeln, den 27. Mai 1856.

Deich-Polizei-Berordnung.

N^o 142. Zum Schutze der Deiche, der dazu gehörigen Uferdeckungen und der Haupt-Gräben in den Niederungen an der Oder und deren Nebenflüssen, wird auf Grund der §§. 11. und 12. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850. (Gesetz-Sammlung pro 1850. Seite 265.) nachstehende polizeiliche Berordnung erlassen:

§. 1.

Mit Geldbuße von 10 Egr. bis 10 Thalern oder verhältnismäßiger Gefängnißstrafe (cfr. §. 335. des Straf-Gesetzbuches) wird bestraft:

- 1) wer unbefugt die Deiche und die dazu gehörigen Banquets, namentlich aber die Böschungen der Deiche und die Uferdeckungen betritt;
- 2) wer auf den Deichen, deren Banquets und den Uferdeckungen Vieh hütet, führt, treibt oder herumtreten läßt; wer auf denselben unbefugt reitet oder mit Wagen oder Schubkarren fährt;
- 3) wer unbefugt den Deichkörper und die Uferdeckungen als Ablagerungs-Platz oder auf ähnliche Art benützt;
- 4) wer die Deiche und Haupt-Gräben und ihre Zubehörungen, namentlich also den Deichkörper selbst, das Deichbanquet, die Schleusen und Durchlässe, die Pflanzungen und Auf- und Abfahrten, die Deichpegel und Wasserstands-Marken, die Stations-Pfähle, Barrieren und Wachthäuser, die aufgestellten Bau- und

und Vertheidigungs=Materialien, als: Fäschinen, Steinhäufen u. dgl., die Bau=Utenfilien, die Graben=Böschungen, die Graben=Schleusen und Brücken, in irgend einer Weise beschädigt;

5) wer die Haupt=Gräben, Behufs der Durchfahrt mit Fäschinen, zuwirft, oder sonst in irgend einer Weise die Vorfluth hemmt;

6) wer unbefugt die Deich= und Graben=Schleusen und die Deich=Barrieren öffnet oder schließt;

7) wer sich eines Verstoßes gegen die in den Statuten des betreffenden Deich=Verbandes und in §. 19. und 20. der darin in Bezug genommenen allgemeinen Bestimmungen für künftig zu erlassende Deich=Statute vom 14ten November 1853. enthaltenen Vorschriften über die im Binnenlande und resp. im Vorlande geltenden Nutzungs=Beschränkungen schuldig macht, nach welchen

a. die Grundstücke am innern Rande des Deichs oder des Deichbanquets auf eine bestimmte Breite vom Fuße desselben ab weder beackert noch bepflanzt, sondern nur als Gräseerei benutzt, auch das Vorland eine Ruthe breit, vorlängs des Deichfußes, nicht geackert oder sonst von der Rasendecke entblößt werden darf;

b. Stein=, Sand=, Torf= und Lehm=Gruben, Teiche, Brunnen, Gräben, oder sonstige künstliche Vertiefungen des Erdreichs, innerhalb 20 Ruthen vom innern Fuße des Deiches ab nicht angelegt, auch Fundamente zu neuen Gebäuden innerhalb 5 Ruthen von da ab nicht eingegraben;

c. die Borde der Haupt=Gräben 2 Fuß breit unbeackert, und mit dem Weidewich verschönt bleiben;

d. innerhalb 3 Fuß von jedem solchen Grabenborde Bäume und Hecken nicht gepflanzt werden dürfen;

e. der Auswurf aus den Haupt=Gräben von den Eigenthümern der anliegenden Grundstücke binnen einer bestimmten Frist bis auf Eine Ruthe Entfernung vom Graben fortgeschafft werden muß;

f. Binnen=Verwallungen und Quellbeiche in der Niederung ohne Genehmigung des Deichhauptmannes nicht angelegt oder verändert werden dürfen.

§. 2.

Demjenigen, welchem die Gras=Nutzung auf einer Deichstrecke zusteht, kann die Behütung derselben mit Schaafen von der Deich=Verwaltungs=Behörde unter den jedesmal näher festzusetzenden Bedingungen (zu denen vor Allen die gehört, daß die Schaafe nur bei trockenem Wetter und nur quer über den Deich getrieben werden dürfen) gestattet werden.

§. 3.

Sofern die oben gerügten Zuwiderhandlungen und Unterlassungen durch die be=glei=

gleitenden Umstände den Thatbestand eines Vergehens oder Verbrechens darstellen, so tritt die in den Strafgesetzen bestimmte strengere Ahndung ein.

Außerdem geht in allen Fällen die Verpflichtung zum Ersatz des verursachten Schadens, resp. zur Wiederherstellung des früheren Zustandes, neben der Strafe her.

Bei Pfändungen sind die Vorschriften des §. 413. bis 465. Tit. 14. Theil I. Allgemeinen Landrechts zu beobachten.

Oppeln, den 28. Mai 1856.

Die landespolizeiliche Genehmigung zu Agentur-Geschäften haben erhalten:
der Uhrmacher C. Zok zu Ober-Glogau für die Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, und
der Maurermeister Löwy in Ober-Glogau, für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ in Halle und für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg.

Oppeln, den 8. Juni 1856.

Es sind nachstehende Patente verliehen worden, und zwar:
unter dem 27sten Mai 1856.: dem Hörder Bergwerks- und Hütten-Vereine zu Hörde,

auf eine mechanische Vorrichtung zum Umbiegen der Ränder der Scheiben-Räder für Eisenbahn-Fahrzeuge, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, und ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile derselben zu beschränken, und

unter dem 28sten Mai 1856.: dem Musikus Frenzel in Erfurt,
auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Mechanik für Pianos, soweit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist,

beide Patente auf die Dauer von fünf Jahre, von den obigen beiden Tagen an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats.

Oppeln, den 9. Juni 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

N^o 143. Wir haben bereits durch die Bekanntmachung vom 7ten November 1854. darauf hinzuwirken gesucht, daß alle erheblichen Werths-Verringerungen rentepflichtiger Grundstücke zeitig zu unserer Kenntniß gelangen. Wir sehen uns veranlaßt, jene Bekanntmachung in folgender Art zu erneuern und zu erweitern.

Nach §§. 23., 24., 441., 442. Tit. 20. Th. I. Allgemeinen Landrechts, darf kein

kein Besitzer eines rentepflichtigen Grundstücks oder eines dazu gehörigen Rechtes, ohne Einwilligung der mit den Befugnissen eines bevorzugten Hypotheken-Gläubigers versehenen Königl. Rentenbank, das Grundstück in seinem Werthe so erheblich verschlechtern, daß die Sicherheit der Rente dadurch beeinträchtigt wird. Zu solchen Verschlechterungen gehören: das Abtragen und sonstige Eingehenlassen der Gebäude und ebenso die Förderung und Wegnahme unterirdischer oder auf der Oberfläche befindlicher Fossilien, als Lehm, Ziegelerde, Eisenstein u. s. w. Wir sind befugt, dergleichen Handlungen durch gerichtliches Einschreiten Schranken zu setzen, oder die Ablösung der Renten zu fordern.

Wir veranlassen daher alle Orts-Gerichte und ersuchen die Polizei-Verwaltungen und die Magisträte der Provinz, sobald der Besitzer eines rentepflichtigen Grundstücks am Orte oder des davon erworbenen Nutzungsrechts, Handlungen der angegebenen Art, durch welche die Sicherheit der Rentenbank-Rente irgend gefährdet wird, vornimmt, oder die Gebäude eingehen läßt, uns davon ungefüßt Anzeige zu machen, damit die nöthigen weiteren Maafregeln von uns ergriffen werden können. Dies gilt, wie bemerkt, auch besonders von der Förderung der Fossilien, auf welche somit vorzügliches Augenmerk zu richten sein wird.

Breslau, den 24. Mai 1856.

Königliche Direction der Rentenbank für Schlesien.

Die Amtsblatt-Bekanntmachungen vom 1ten Januar 1840. und vom 8ten December 1852., wonach Geldsendungen in Angelegenheiten der indirecten Steuer-Verwaltung weder an meine Person, noch an das Provinzial-Steuer-Directorat gerichtet werden sollen, sind mehrfach unbeachtet geblieben, und hat, da die früher bestandene Provinzial-Steuer-Casse seit dem 1sten Januar 1853. aufgehoben worden, die Abnahme von dergleichen Geldsendungen verweigert, und die Rücksendung derselben auf Kosten des Absenders veranlaßt werden müssen. Es wird deshalb wiederholt auf jene Bestimmung aufmerksam gemacht und dabei bemerkt, daß alle Zahlungen in Zoll-, Steuer- und Stempel-Angelegenheiten bei den betreffenden Haupt-Zoll- und Haupt-Steuer-Ämtern zu leisten sind, und daß, sofern an das Provinzial-Steuer-Directorat geldwerthe Documente zur Einsicht übersendet werden, es erforderlich ist, dies auf der Adresse neben dem angegebenen Geldwerthe ersichtlich zu machen, damit den Absendern durch die Nichtannahme solcher Briefe nicht unnöthige Porto-Auslagen entstehen.

Breslau, den 29. Mai 1856.

Der Wirkliche Geheime OberFinanz-Rath und Provinzial Steuer-Director.
v. Bigeleben.

Zur Verhütung der gesetzlichen Strafen, in welche die mit dem Anbau von Tabak N^o 143.
sich

sich beschäftigenden Bewohner verfallen, wenn sie die mit Tabak bepflanzten Acker der Steuer- Behörde nicht rechtzeitig anmelden, bringe ich die Bestimmungen des §. 5. und 7. der Allerhöchsten Cabinets-Order vom 29sten März 1828. hierdurch mit der Aufforderung in Erinnerung, zur Vermeidung der in der Steuer-Ordnung vom 8ten Februar 1819. §. 60. et seq. bestimmten Strafen, ihre mit Tabak bepflanzten Grundstücke vor Ablauf des Monats Juli einzeln, nach Lage und Größe in Morgen und Quadrat-Ruthen Preussisch, der Steuer- oder Zoll- Behörde des Bezirks, in welchem die Grundstücke liegen, genau und wahrhaft anzumelden.

Breslau, den 31. Mai 1856.

Der Wirkliche Geheime Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Director.

In Vertretung:

Der Ober-Regierungs-Rath. Daniel.

Nr 146. In dem Bezirke der hiesigen Ober-Post-Direction sind öfter Landbriefträger-, Post-fußboten-, Packetträger- und sonstige contractliche Postdienststellen, mit denen in der Regel jährliche Eöhnungen von 72 bis 120 Thalern verbunden sind, zu besetzen.

Versorgungsberechtigte Militair-Personen werden aufgefordert, sich, sofern sie bereit sind, eine derartige Dienststelle zu übernehmen, dieserhalb bei der Post-Anstalt ihres Wohnortes oder bei der ihrem Wohnorte zunächst belegenen Post-Anstalt zu melden. Außer den ihren Versorgungs-Auspruch begründenden Militair-Papieren haben sie bei ihrer Meldung auch alle über ihre Führung sprechenden Zeugnisse, insbesondere auch ein obrigkeitliches Attest beizubringen, welches über ihre Führung bis auf die neueste Zeit, d. i. bis zum Termine der Bewerbung, überzeugenden Aufschluß giebt.

Der Bewerber muß deutsch und polnisch lesen und schreiben können, auch im Rechnen einige Fertigkeit haben und eine Dienst-Cautio von 50 Rthlrn. in Staatspapieren sogleich beim Antritt der Dienststelle erlegen können.

Durch die Annahme einer derartigen contractlichen Stelle wird übrigens der zur Versorgung berechtigte Militair-Invalide nicht behindert, eine spätere Anstellung als Post-Unterbeamte zu erstreben. Oppeln, den 1. Juni 1856.

Der Ober-Post-Director.

In Vertretung:

Edardt.

Personal-Chronik.

In Folge der zuletzt stattgehabten beiden theologischen Prüfungen, ist nachbenannten Candidaten:

1) Da-

- 1) Daniel, Ludwig, August von Cölln von hier,
- 2) Carl, Joachim, Thomas Haupt aus Kottwitz, Kreis Sagan,
- 3) Paul, Otto Rauch aus Sauer,
- 4) Louis Kenner aus Hayrau,

die Erlaubniß zum Predigen ertheilt worden.

✓ Gleicherweise haben die Candidaten des Predigt-Amtes:

- 1) Johann, Friedrich, Paul Dilm aus Spiller bei Löwenberg, 26½ Jahr alt;
- 2) Johann, Georg, Wilhelm Meißner aus Münsterberg, 33 Jahr alt;
- 3) Albert, Herrmann, Gustav Parel aus Kauern bei Ohlau, 32 Jahr alt;
- 4) Theodor, Carl, Gottfried Neumann aus Schmiedeberg, 24½ Jahr alt,

das Zeugniß der Wählbarkeit zu einem geistlichen Amte erhalten, von welchem der Letztere erst nach Erreichung des canonischen Alters am 3ten October c., Gebrauch zu machen berechtigt ist.

Breslau, den 27. Mai 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

Dem katholischen Schulanths-Candidaten Herden aus Stolzenau, Gläzer Kreises, ist die Erlaubniß zur Annahme einer Hauslehrerstelle ertheilt worden — dem seitherigen Hilfslehrer Bärtsch zu Proskau, ist die Organisten- und Schullehrerstelle zu Sacrau-Turawa, Oppelner Kreises, verliehen — und der bisherige Rentamts-Gehülfe Meisner in Kupp ist als Regier.-Supernumerarius angenommen worden.

Personal-Veränderungen

im Bereich der Königlichen Intendantur des 6ten Armee-Corps.

Versetzt:

- die Intendantur-Secretariats-Assistenten Kuhnert und Borsuckh, resp. nach Coblenz und Königsberg;
- der Reserve-Magazin-Rendant, Proviantmeister Säbrich, von Brieg nach Aschersleben;
- der Depot-Magazin-Verwalter Freiherr von Rosen, von Garz nach Brieg;
- der Proviant-Amts-Assistent Hoffmann I. zu Breslau, als Depot-Magazin-Verwalter nach Rauen;
- der Proviant-Amts-Assistent Burow, von Rathenow nach Breslau.

Ernannt:

- die Proviant-Amts-Applicanten Gregor und Haase in Reisse, zu überzähligen Assistenten.

Pensionirt:

der Montirungs-Depot-Rendant Bötkel zu Breslau, mit dem Allerhöchst verliehenen Character als Rechnungs-Rath, vom 1sten Juli d. J. ab.

Personal-Veränderungen

im Departement des Königlichen Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat
Mai 1856.

A. Bei dem Appellations-Gericht:

Ernannt:

der Appellations-Gerichts-Referendarius Carl, Friedrich Wagner zum Gerichts-
Assessor;

der Kreis-Gerichts-Bureau-Assistent Zinke zu Falkenberg, zum Bureau-Assistenten.

Ausgeschieden:

der Referendarius August Wenzel, Behufs Uebertritts in das Departement
des Kammer-Gerichts zu Berlin, und

der Referendar Emil Volkmer, Behufs Uebertritts in das Departement des
Appellations-Gerichts Breslau.

Versezt:

die Auscultatoren: Salomon Königsberger und Herrmann Knoblauch aus
dem Departement des Appellations-Gerichts Breslau, in das hiesige De-
partement.

Pensionirt:

der Votc Raban Siebold.

B. Bei den Kreis-Gerichten:

I. Beim Kreis-Gericht Beuthen:

Ausgeschieden:

der Kreis-Richter und Gerichts-Commissarius Peterex zu Myslowitz auf sei-
nen Antrag.

II. Beim Kreis-Gericht Cosel:

Ernannt:

der Kreis-Richter Carl Fürbringer zum Kreis-Gerichts-Director.

III. Beim Kreis-Gericht Falkenberg:

Ernannt:

der Civil-Supernumerarius, Actuar I. Klasse, August Christ zu Ratibor, zum
Bureau-Assistenten vom 1sten Juli d. J. ab.

IV. Beim Kreis-Gericht Leobschütz:

Pensionirt:

der Bote und Executor Moiss Walter vom 1sten September 1856. ab.

V. Beim Kreis-Gericht Neustadt:

Gestorben:

der Bote und Executor Joseph Johnscher.

VI. Beim Kreis-Gericht Pleß:

Ernannt:

der Civil-Supernumerarius, Actuar I. Klasse, Rudolph Wintermantel aus
Rosenberg, zum Bureau-Assistenten vom 1sten Juli d. J. ab.

Versetzt:

der Secretair Soblik an das Kreis-Gericht Beuthen, vom 1sten Juli d. J. ab.

VII. Beim Kreis-Gericht Ratibor:

Pensionirt:

der Gefangen-Wärter Joseph Pientek vom 1sten October d. J. ab.

VIII. Beim Kreis-Gericht Rosenberg:

Versetzt:

der Kreis-Richter Möllendorff von der Gerichts-Commission Landsberg, an
das Kreis-Gericht Probschütz, vom 1sten Juli d. J. ab.

IX. Beim Kreis-Gericht Rybnik:

dem Secretair Beninde ist der Titel: „Canzlei-Director“ beigelegt worden.

N a c h w e i s u n g
der gewählten und bestätigten Schiedsmänner im Departement des Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat Mai 1856.

N ^o .	Namen der Ortschaften.	Kreis.	N a m e n und Wohnort der Schiedsmänner.
1	Bobrek, Miechowiz und Rokittnitz	Beuthen	Förster Knitschowski zu Miechowiz.
2	Georgenwerk	Oppeln	Schullehrer Otto Zinke zu Georgenwerk.
3	Blottnitz, Centawa, Groß-Plud- nitz und Rogomischütz	Groß-Strehlitz	Polizei-Verwalter Reiskner zu Centawa.
4	Stadt Ober-Glogau	Neustadt	Kaufmann Nicodem Wiedorn zu Ober-Glogau.
5	Stadt Ratibor, Bezirk III.	Ratibor	Gerbermeister Anton Duda zu Ratibor.
6	Stadt Ratibor, Bezirk II.	dito	Brauerei-Besitzer Eduard Ender zu Ratibor.
7	Stadt Oppeln, Ober-Bezirk	Oppeln	Buchhändler Wilhelm Klar zu Oppeln.
8	Keltzsch und Borowian	Groß-Strehlitz	Schullehrer Joseph Cipra zu Keltzsch.
9	Maktkirch	Cosel	Gutsbesitzer Carl Machat zu Maktkirch.
10	Tschirmkau	Leobschütz	Schullehrer Franz Willmann zu Tschirmkau.

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 25.

Oppeln, den 19. Juni 1856.

Allgemeine Gesetzsammlung.

N^o 27. enthält:

- (N^o 4420.) Den Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-Vertrag mit der Republik Mexiko. Vom 10ten Juni 1855., ratificirt am 31sten December 1855.
- (N^o 4421.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 30sten April 1856., betreffend die Verleihung des Expropriations-Rechts für den Bau der Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahn; und
- (N^o 4422.) Das Gesetz, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Kreuz über Landsberg a. W. und Küstrin nach Frankfurt a. O., und einer Eisenbahn von Saarbrücken einerseits nach Trier, und andererseits bis zur Großherzoglich Luxemburgischen Grenze bei Wasserbillig in der Richtung auf die Stadt Luxemburg. Vom 7ten Mai 1856.

N^o 28. enthält:

- (N^o 4423.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 15ten Mai 1856., betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rhein-Provinz vom 15ten Mai 1856., an die auf dem rheinischen Provinzial-Landtage im Stande der Städte vertretenen Gemeinden von weniger als 10,000 Einwohnern.
- (N^o 4424.) Die Städte-Ordnung für die Rhein-Provinz. Vom 15ten Mai 1856.; und
- (N^o 4425.) Das Gesetz, betreffend die Gemeinde-Verfassung in der Rhein-Provinz. Vom 15ten Mai 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

- N^o 147.** Die bei uns eingegangenen bescheinigten Quittungen über Domainen-Veräußerungs- und Ablösungs-Capitalien und Zinsen **pro IV. Quartal 1855.**, sind heute den betreffenden Domainen-Rent-Nemtern und Kreis-Steuer-Cassen zur Aushändigung an die Interessenten zugefertigt worden, welches den Letzteren, Behufs deren Empfangnahme, bekannt gemacht wird.
Oppeln, den 28. Mai 1856.
-

Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlichen Appellations-Gerichts zu Ratibor.

- N^o 148.** Während der Gerichts-Ferien, d. i. vom 21sten Juli bis 1sten September, wird bei den Gerichten nur in denjenigen Angelegenheiten verhandelt und verfügt werden, welche eine besondere Beschleunigung erfordern. Es sind daher Anträge und Gesuche lediglich auf derartige Angelegenheiten zu beschränken und als „Feriensachen“ zu bezeichnen.
Ratibor, den 10. Juni 1856.
- N^o 149.** Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 6ten April 1854. (Extraordinaire Beilage zum Oppelner Regierungs-Amtsblatt **pro 1854. Stück 19.**) **ad IV.** machen wir ferner bekannt, daß der Schiedsmanns-Bezirk Niewodnik **N^o 25.** des Falkenberger Kreises, mit dem Schiedsmanns-Bezirk Norok **N^o 7.** vereinigt worden ist.
Das Substitutions-Verhältniß wird dahin anderweit regulirt, daß der aus den Ortschaften Stadt Schurgast, Weißdorff, Dorf und Schloß Schurgast bestehende Schiedsmanns-Bezirk **N^o 15.** dem vereinigten Bezirke von Norok und Niewodnik **N^o 7.** substituirt wird, wogegen der Letztere keinen andern Bezirk vertritt.
Ratibor, den 11. Juni 1856.
-

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

- N^o 150.** Der Zustand der Schlessischen Provinzial-Städte-Feuer-Societät gestattet es auch in diesem Jahre, den bei derselben Versicherten die Zahlung des gewöhnlichen ordentlichen Beitrages für das zweite Semester — natürlich unter Vorbehalt etwaniger Ausschreibung außerordentlicher Beiträge, falls diese wider Verhoffen nothwendig werden sollten — hiermit zu erlassen. Dieser Beitrags-Erlaß beschränkt sich jedoch auf diejenigen Versicherten, deren Gebäude bereits vom 1sten Semester d. J. ab versichert sind,
daher

daher von den erst für das zweite Semester d. J. bereits genehmigten, oder später noch von uns zu genehmigenden neu Zutretenden, resp. den erhöhten Versicherungen die Beiträge wie seither eingezogen, und am Schluß des Semesters vorchriftsmäßig verrechnet werden müssen. — Ebenso erleidet hierdurch die Einzahlung der fixirten Jahres-Beiträge von den im §. 35. des revidirten Provinzial-Städte-Feuer-Societäts-Reglements vom 1sten September 1852. benannten, nach einem besondern Abkommen zur Versicherung zugelassenen Gebäuden keine Abänderung, daher solche den 1sten k. Mts. pünktlich einzuzahlen sind.

Sämmtliche Magistrate der Provinz werden hiermit angewiesen, diese Bestimmung sofort zur Kenntniß der Versicherten zu bringen.

Breslau, den 6. Juni 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Bei den Omnibus-Posten zwischen Beuthen und Schwientochlowitz können unterwegs nur an folgenden Orten Personen aufgenommen werden, wenn im Wagen noch unbefetzte Plätze vorhanden sind:

N^o 151.

1) In der Stadt Beuthen D. S.:

a. vor dem Wegehauptschen Gasthose;

b. auf dem Ringe, dem Silberfeldschen Gasthose gegenüber.

2) Beim Chausseehause in Lagiewnik.

3) In Königshütte:

a. beim Posthause;

b. bei der Passagierstube im Poscheßschen Gasthose.

4) Bei der Barrière in Erdmannswille.

Das Personengeld beträgt:

zwischen Beuthen und Lagiewnik 4 Sgr.;

= Lagiewnik und Königshütte 2 =

= Königshütte und Erdmannswille . . . 2 =

= Erdmannswille und Schwientochlowitz 2 =

An denjenigen Orten, welche vorstehend nicht als Haltestellen bezeichnet sind, ist die Aufnahme von Personen unzulässig.

Reisegepäck kann unterwegs nur in soweit aufgenommen werden, als es sich ohne Belästigung der Passagiere im Personen-Raume unterbringen läßt.

Wer sich die Murreise von unterwegs sichern will, muß sich vorher bei den Post-Anstalten in Beuthen oder Schwientochlowitz einschreiben lassen.

Oppeln, den 10. Juni 1856.

Der Ober-Post-Director.

In Vertretung:

Edardt.

Per=

Personal-Chronik.

Bekanntmachung.

Den bisherigen Marktscheider-Assistenten Hugo Young und Carl Aschenborn, ist auf Grund ihrer bestandenen Prüfung die Concession zu selbstständiger Verrichtung von Marktscheider-Arbeiten in dem Oberschlesischen Berg-Amts-Bezirk erteilt und dem Ersteren vorläufig sein Wohnsitz zu Königshütte, dem Letzteren zu Beuthen D. S. angewiesen worden. Breslau, den 9. Juni 1856.

Königliches Preussisches Ober-Berg-Amt.

Das Königliche Consistorium für die Provinz Schlessien hat die Vocationen für den bisherigen Pfarr-Vicar Storch in Günthersdorf, zum Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Pomben, Sauerischen Kreises, und für den bisherigen Vicar Prochaska zum polnischen Pastor an der evangelischen Kirche ad St. Andrean zu Namslau bestätigt. —

Der Regierungs-Assessor v. Koscielski ist dem hiesigen Regierungs-Collegio überwiesen — und dem seitherigen Pfarrer in Alt-Budkowiz, Augustin Berzik, ist die Pfarre zu Groß-Strehlitz verliehen worden.

Verstorben sind die nachbenannten katholischen Schullehrer:

Kirsch zu Polnisch-Neudorf, Oppelner Kreises;
Pawelke zu Friedrichsfelde, Oppelner Kreises;
Klink zu Kößling, Leobschützer Kreises;
Damed zu Eucholona, Gr.-Strehlitzer Kreises, und
Kozany zu Brande, Falkenberger Kreises.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von F. Weisshäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 26.

Oppeln, den 26. Juni 1856.

Allgemeine Gesefzsfammlung.

N^o 29. enthält:

- (N^o 4426.) Das Gefefz, wegen Befteuerung des Braumalz=Schrootes in den hohenzollernfchen Landen. Vom 17ten Mai 1856.
- (N^o 4427.) Das Gefefz, betreffend den Kleinhandel mit Getränken und den Gafte- und Schankwirthfchafts=Betrieb in den hohenzollernfchen Landen. Vom 17ten Mai 1856., und
- (N^o 4428.) Das Gefefz, betreffend die anderweite Regelung der Wirthfchafts=Abgaben für den Schank von Wein und Branntwein, und für den Kleinhandel mit diefen Getränken in den hohenzollernfchen Landen. Vom 21ften Mai 1856.

N^o 30. enthält:

- (N^o 4429.) Den Allerhöchften Erlaß vom 26ften März 1856., betreffend die Verleihung der fiscalfchen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chausfee von Schönberg nach Herzberg, im Ruppiner Kreife des Regierungs=Bezirks Potsdam.
- (N^o 4430.) Den Allerhöchften Erlaß vom 7ten April 1856., betreffend die Verleihung der fiscalfchen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde=Chausfee von Eßternacher Brück über Vollandorf nach Wallendorf, im Kreife Bitburg.
- (N^o 4431.) Das Statut des Verbandes zur Regulirung der Nothe. Vom 14ten April 1856.
- (N^o 4432.) Das Privilegium zur Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Bonn, zum Betrage von 180,000 Thaler. Vom

30sten April 1856.

- (*N*. 4433.) Die Bekanntmachung, betreffend die Errichtung einer Actien-Gesellschaft unter dem Namen: „Berliner Brotsabrik-Actien-Gesellschaft“, mit dem Domicil zu Berlin. Vom 14ten Mai 1856.
- (*N*. 4434.) Die Bekanntmachung, betreffend die unter dem 7ten Mai 1856. erfolgte Allerhöchste Bestätigung des Statuts einer Actien-Gesellschaft unter dem Namen: „Bergbau-Actien-Gesellschaft Tremonia“, mit dem Domicil zu Dortmund. Vom 17ten Mai 1856.;
- (*N*. 4435.) Die Bekanntmachung, betreffend die unterm 12ten Mai 1856. erfolgte Allerhöchste Bestätigung einer Actien-Gesellschaft unter dem Namen: „Bergbau-Actien-Gesellschaft Neu-Duisburg“, mit dem Domicil zu Duisburg. Vom 18ten Mai 1856., und
- (*N*. 4436.) Die Bekanntmachung, den ersten Nachtrag zu dem Statute der Eisenbahn- und allgemeinen Rückversicherung-Gesellschaft „Thuringia“ zu Erfurt betreffend. Vom 4ten Juni 1856.

N^o 31. enthält:

- (*N*. 4437.) Das Gesetz, einige Abänderungen des Patents über die Errichtung der allgemeinen Wittwen-Versorgungs-Anstalt vom 28sten Decem-ber 1775. betreffend. Vom 17ten Mai 1856.
- (*N*. 4438.) Die Bekanntmachung, betreffend die unter dem 17ten Mai 1856. erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Actien-Gesellschaft unter dem Namen: „Vulkan, Actien-Gesellschaft für Hüttenbetrieb und Bergbau“, mit dem Domicil zu Duisburg. Vom 25sten Mai 1856.;
- (*N*. 4439.) Die Bekanntmachung, betreffend die unter dem 21sten Mai 1856. erfolgte Allerhöchste Genehmigung zur Erhöhung des Grund-Capitals des Hörder Bergwerks- und Hütten-Vereins, so wie die Allerhöchste Bestätigung der Abänderungen und Ergänzungen des Vereins-Statuts. Vom 1sten Juni 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

Reglement

für

die Benutzung der Provinzial-Archive.

§. 1.

Alle Behörden, Corporationen und Privat-Personen im Bereich der Provinz,
welche

welche ein königliches Provinzial-Archiv zu geschäftlichen Zwecken benutzen wollen, haben sich mit ihren desfalligen Anträgen an den Ober-Präsidenten zu wenden. Die Anträge von Unter-Behörden, Corporationen und Privat-Personen können auch der betreffenden königlichen Regierung mit dem Ersuchen der Beförderung an den Ober-Präsidenten und zum Zweck der eventuellen Beifügung eines Gutachtens übergeben werden.

§. 2.

Anfragen um bloße Auskunft darüber, ob die Archive Etwas in Betreff des den Fragenden interessirenden Gegenstandes enthalten, dürfen auch bei den Archiv-Vorständen unmittelbar angebracht und von diesen beantwortet werden.

§. 3.

Die Provinzial-Archivare sind ermächtigt, über einzelne Standes-, Verwandtschafts- und Besitz-Verhältnisse, sowie über Wappen und Siegel und einzelne Erlebnisse bestimmter Familien, resp. Individuen auf Ersuchen eines Gliedes der betreffenden Familie aus archivalischen Quellen geschichtliche Auskunft zu ertheilen. Umfassendere Archiv-Benutzungen zu biographischen oder familiengeschichtlichen Ermittlungen und Forschungen sind an die §. 5. gestellte Bedingung geknüpft.

§. 4.

Wo der Archivar unter obwaltenden besonderen Umständen aus Auskunfts-Ertheilungen, wie sie §. 2. und 3. demselben im Allgemeinen gestattet werden, Gefährdungen öffentlicher Interessen oder auch der Interessen dritter Privat-Personen besorgen muß, hat derselbe über das an ihn ergehende Ansuchen an den Ober-Präsidenten zu berichten, oder den Ansuchenden an denselben zu verweisen.

§. 5.

Die Erlaubniß zu nicht geschäftlicher Benutzung der Provinzial-Archive, sei es zu eigener Belehrung oder zum Behuf literarischer Arbeiten, ist bei dem Ober-Präsidenten nachzusuchen, und dabei die Ausdehnung der gewünschten Benutzung möglichst genau anzugeben. Benutzungen, welche sich auf Daten von Urkunden zur Feststellung von Chronologieen, auf Siegel und überhaupt auf ganz vereinzelt, kein practisches Staats- oder Privat-Interesse berührende Notizen beschränken, dürfen die Archivare ohne Anfrage gewähren.

§. 6.

Alle zu Privat-Zwecken, auch zum Behuf literarischer Arbeiten entnommenen Abschriften von Archivalien, sowie aus Archivalien gemachte Auszüge, werden erst dann freiverfügbares Eigenthum des Verfertigers oder seines Auftraggebers, wenn sie dem Archiv-Vorstande vorgelegt, und ein weiterer Gebrauch derselben für zulässig erklärt worden ist. Vor dieser Vorlegung und Erklärung dürfen sie aus dem Archiv-Local nicht entfernt werden, widrigenfalls der Benutzende nicht nur seine sofortige Ausschließung vom Besuch des Archivs, sondern auch eine Reclamation seiner Abschriften und

Excerpte zu gewärtigen hat.

§. 7.

Bei den Anfragen und Ansuchen im Archiv und der daselbst gestatteten oder auch amtlich berechtigten Benutzung von Archivalien, dürfen die Besuchenden nur mit besonderer Erlaubniß des Archivars und unter steter Aufsicht eines Archiv-Beamten das Innere des Archivs betreten. Von Archivalien, ingleichen Archiv-Repertorien, auch Dienst-Acten, sowie Handschriften, Büchern, Landkarten und allen sonstigen Subsidien der Archiv-Verwaltung, dürfen sie nicht eigenmächtig Kenntniß nehmen, sondern nur von dem, was ihnen vorgelegt und insoweit die Kenntnißnahme davon ihnen gestattet wird.

§. 8.

Die Verabfolgung von Archivalien außerhalb des Archiv-Locals darf mit Ausnahme von Einforderungen Seitens des Minister-Präsidenten oder des Directoriums der Staats-Archive, nur mit Genehmigung des Ober-Präsidenten stattfinden.

§. 9.

Behörden und Corporationen, sowie Privat-Personen außerhalb der Provinz, können ihr Ansuchen um Archiv-Benutzung an den Ober-Präsidenten oder auch an die oberste Archiv-Behörde richten.

§. 10.

Die Vergütung für die Mühwaltung der Archivare, wenn sie in wissenschaftlichem oder practischem Interesse Abschriften von Archivalien besorgen, Zusammenstellungen archivalischer Daten und Notizen liefern, oder auch Excerpte aus Archivalien anfertigen, ist, abgesehen von größeren archivalischen Arbeiten, bei welchen die Honorirung Sache des Uebereinkommens mit dem Extrahenten ist, nach folgenden Sätzen zu bemessen:

- Copialien für jeden Bogen, je nach der leichteren oder schwierigeren Lesbarkeit, 10 bis 20 Sgr.;
- für Abschrift einer Ahnentafel bis zu 16 Ahnen 1 Rthlr.; für Abschrift eines Stammbaumes pro Bogen 1 Rthlr.;
- für Vidimation einer von einem Privat-Interessenten selbst oder dessen Beauftragten genommenen Abschrift bis zu zwei Bogen 15 Sgr.; für jeden weiteren Bogen 5 Sgr.;
- für Vidimation einer von Archivswegen besorgten Abschrift 15 Sgr.;
- für Mittheilung von Notizen aus dem Archiv, Zusammenstellung archivalischer Daten und Anfertigung von Excerpten innerhalb der reglementsmäßigen Befugniß der Archivare, je nach der dabei gehabten Mühwaltung, 15 Sgr. bis 5 Rthlr.;
- für Auslieferung oder Ueberbringung, resp. Beförderung zur Post, einer vom Archiv besorgten, resp. vidimirten Abschrift, oder einer demselben Extrahenten gleich-

gleichzeitig zugehenden Mehrzahl solcher Abschriften, erhält der Archiv-Diener 5 Sgr.

Der bei einem Schriftstück etwa erforderliche Stempel wird besonders berechnet.

Ueber Beschwerden wegen vermeintlich zu hoher Liquidation hat der Ober-Präsident zu befinden. Berlin, den 28. Mai 1856.

Der Minister-Präsident.

(gez.) von Manteuffel.

Indem ich vorstehendes Reglement hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringe, glaube ich wegen der oft verkannten allgemeinen Bestimmung des diesseitigen Provinzial-Archivs darauf aufmerksam machen zu müssen, wie das gedachte Archiv dazu bestimmt ist, allen in der Provinz vorhandenen und im Staats-Eigenthum befindlichen oder demselben künftig zuwachsenden Urkunden, Acten und sonstigen archivalischen Schriftstücken, deren die laufende Geschäftsführung nicht mehr bedarf, die aber wegen ihrer geschichtlichen Bedeutung oder auch wegen der Möglichkeit eines dereinst wiederkehrenden practischen Interesses der sorgsamten Erhaltung werth zu erachten sind, eine den Bedürfnissen des practischen, wie der wissenschaftlichen (insonderheit des der Landes-Geschichte förderlichen) Gebrauchs entsprechend geregelte Aufbewahrung zu sichern. Wenn ich vertrauen darf, daß Seitens der Königlichen Behörden der Provinz auf die Ueberweisung derartiger, dem Zweck des Archivs förderlicher Archivalien und Urkunden vorzugsweise Bedacht genommen werden wird, so wird es die Archiv-Verwaltung nur um so mehr zu besonderem Danke verpflichten, wenn auch nicht Königliche Behörden, Communal-Verwaltungen, sonstige Corporationen und Privat-Personen durch Zuwendungen der Art, dem Archiv die Verfolgung wissenschaftlicher, insbesondere auf die Landes-Geschichte gerichtete Zwecke, fördern helfen.

Breslau, den 9. Juni 1856.

Der Königliche Wirkliche Geheime Rath und Ober-Präsident

der Provinz Schlesien.

v. Schleinitz.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Den Kaufleuten Samuel Renner in Greupburg und C. Schlesinger in Landsberg, ist die landespolizeiliche Erlaubniß erteilt worden, für die Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, Agentur-Geschäfte zu besorgen.

Dppeln, den 24. Juni 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

- N^o 153. Durch den Tod des Pastors Mücke in Stroppen, ist das dortige evangelische Pfarramt erledigt worden. Dasselbe gewährt ein Einkommen zwischen 7 bis 800 Thaler, und übt das Patronats-Recht der Kammerherr von Schulze auf Conradswaldau aus. Breslau, den 4. Juni 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

- N^o 154. Durch das Ableben des Pastors Sadebeck in Ruppertsdorf, Kreis Strehlen, ist das dortige evangelische Pfarramt erledigt worden. Dasselbe gewährt ein Einkommen von 800 Rthlr. und übt das Patronats-Recht der Majoratsherr Graf Sauerma auf Ruppertsdorf aus. Breslau, den 13. Juni 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

- N^o 155. Nachstehend bringen wir die Beschreibung der auf Grund des Gesetzes vom 7ten Mai d. J. (Gesetz-Sammlung S. 342. folg.) auszugebenden Banknoten zu 10 Thalern zur öffentlichen Kenntniß. Berlin, den 14. Juni 1856.

Königlich Preussisches Haupt-Bank-Directorium.

Beschreibung der Preussischen Banknoten zu 10 Thalern.

Die Noten zu 10 Rthlr. der Preussischen Bank sind 5 Zoll 5 Linien lang und 3 Zoll 6 Linien hoch. Zu denselben ist weißes Hanf-Papier verwendet und jede Note mit zwei Wasserzeichen versehen, welche die Zahl 10. darstellen.

Beide Seiten der Noten sind mit guillichirten Platten in grüner Farbe dergestalt bedruckt, daß die Linien der Muster und die in stehender Schrift ausgeführte Bezeichnung „Preussische Banknote“ in den beiden Zeilen oben und unten, und „10 Thaler 10.“ an beiden Seitenwänden der Schaufseite genau die Linien und die Schrift der Rückseite decken.

I. Die Schaufseite enthält:

- 1) unten auf einem Schilde die Strafandrohung dreimal wiederholt in Diamantschrift-Druck;
- 2) zu beiden Seiten Verzierungen, welche oben gekrönte Adler, darunter kleine Schilde mit einer 10 und der Umschrift „Prussian Banknote“ auf der rechten Seite, „Billet de la Banque de Prusse“ auf der linken Seite, und am Fußende Figurengruppen enthalten, von welchen die linksseitige die Gerechtigkeit mit Waage und Schwert, die rechtsseitige den Krieg mit Lanze und Schild, umgeben von geflügelten Knaben mit den auf Handel, Landwirth-

wirthschaft, Kunst und Wissenschaft Bezug habenden Attributen vorstellen. Von den Adlern laufen Blättergehänge bis zu verzierten Knöpfen ab, zwischen denen in Bogenform die Bezeichnung: **Preussische Banknote** in verzierter Schrift angebracht ist. Sämmtliche Verzierungen sind schwarz in Kupferdruck-Manier.

Der Raum zwischen den Verzierungen enthält als Unterdruck die Strafandrohung 45 Mal wiederholt in Diamantschrift mit lilafarbigem Typendruck;
3) das Königlich Preussische Wappen und dem Text.

Zehn Thaler

zahlt die Haupt-Bank-Casse in Berlin ohne Legitimations-Prüfung dem Einlieferer dieser Banknote, welche bei allen Staats-Cassen statt baaren Geldes und Cassen-Anweisungen in Zahlung angenommen wird.

Berlin, den 15. Mai 1856.

Haupt-Bank-Directorium.

v. Lamprecht. Witt. Meyen.

Schmidt. Dechenb. Boywod.

und neben dem Wappen, links eine der Litt. A. B. C. oder D., rechts die laufende Nummer in Typendruck.

II. Die Kehrseite enthält:

- a. in Schwarz und Buchdruck-Manier das Spiegelbild des Wappens und des Textes mit den Unterschriften der Mitglieder des Haupt-Bank-Directorii;
- b. in brauner Farbe rechts neben dem Text den Adlerstempel der Commission zur Controllirung der Banknoten mit den Unterschriften der Mitglieder: Costenoble. H. C. Carl. Klemm, links neben dem Text die Werthzahl 10. in verziertem Felde mit der Unterschrift Zehn Thaler.
- c. Unter den Unterschriften der Mitglieder des Haupt-Bank-Directorii in brauner Farbe das Wort: Ausgefertigt, und den geschriebenen Namen des ausfertigenenden Beamten.

Personal-Chronik.

Zur Personal-Chronik
des Ober-Post-Directions-Bezirks Oppeln.

Im Bezirke der hiesigen Ober-Post-Direction sind folgende Personal-Veränderungen eingetreten:

Ernannt:

der

der Orts-Post-Cassen-Controlleur Reinhardt-Hormuth in Oppeln zum Postmeister; der Post-Secretair Horn in Oppeln zum Ober-Post-Secretair; die Post-Assistenten Selle in Leobschütz und Lehmann in Ratibor zu Post-Secretairen.

Angestellt und bestätigt:

der frühere Post-Expeditions-Gehilfe Chrometzka in Oppeln als Post-Expedient; der Post-Expeditions-Gehilfe Friederici in Gogolin, der Ober-Grenz-Controlleur und Zoll-Einnehmer Wiester in Bodzanowitz und der Gräfl. Henckelsche Calculator Paul Schwig in Neudeck als Post-Expediteure; der frühere Hautboist Florian Blasig in Meisse als Wagenmeister-Gehilfe bei dem Post-Amte daselbst, der frühere Land-Briefträger Johann, Joseph May und der ehemalige Postillon Andreas Kaletka als Hilfsbriefträger bei den Post-Ämtern, resp. in Ratibor und Gleiwitz.

Berufen:

der Post-Secretair Lehmann von Ratibor nach Sorau i. L., die Post-Expedienten Rogge von Neustadt D. S. nach Landeshut und Sonczek von Grottkau nach Neustadt D. S.; die Post-Expediteure Wilkens von Königshütte nach Gnadenfeld und Tokisch von Gnadenfeld nach Ratiborerhammer; der Postbote Schikora von Oppeln nach Königshütte; der Briefträger und Wagenmeister Adaschkiwitz aus Rybnik und der Packbote Pelka aus Randzin, als interimistische Post-Conducteure zum Post-Amte in Beuthen D. S.

Ausgeschieden:

die Post-Expediteure Molski in Bodzanowitz und Kauber in Neudeck.

Gestorben:

der Briefträger- und Wagenmeister-Gehilfe Marczy in Greupburg D. S. Oppeln, den 11. Juni 1856.

Der Ober-Post-Director.

In Vertretung:

Edardt.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 27.

Oppeln, den 3. Juli 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 32. enthält:

- (N^o 4440.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 7ten April 1856., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Lubliniz nach Tworog, zum Anschluß an die nach Larnowitz führende Kunststraße.
- (N^o 4441.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 14ten April 1856., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Dardeßheim, im Kreise Halberstadt, des Regierungs-Bezirks Magdeburg, über Zilly, Langeln und Schmaßfeld nach Wernigerode.
- (N^o 4442.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 21sten April 1856., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum Bau einer Chaussee von Eilenstedt, im Kreise Oschersleben, über den sogenannten Wasserthalsweg bis zu der Straße von Halberstadt über Schwanebeck nach dem Neuen Damme bei Neuwegerleben.
- (N^o 4443.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 21sten April 1856., betreffend die Erhebung eines Wegegeldes für Benutzung des Treibeldammes von Königberg in Pr. nach Holstein.
- (N^o 4444.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 30sten April 1856., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussee von Niederzier, im Kreise Düren, über Hambach nach Stetternich, im Kreise Jülich.
- (N^o 4445.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 30sten April 1856., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung

- der Kreis = Chaussee von Demmin nach Tarmen.
- (*N* 4446.) Das Statut des Neumarkter Deich = Verbandes. Vom 30sten April 1856.
- (*N* 4447.) Das Gesetz, betreffend die Einführung der für die älteren Landes = theile geltenden Bestimmungen über die gewerblichen Unterstützungs = Cassen in den Hohenzollernschen Landen. Vom 7ten Mai 1856.; und
- (*N* 4448.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Mai 1856., betreffend eine Ergänzung des §. 26. des revidirten Reglements für die Land = Feuer = Societät der Neumark. Vom 17ten Juli 1846.

N^o 33. enthält:

- (*N* 4449.) Das Privilegium, wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis = Obligationen des Lubliner Kreises, im Betrage von 52,000 Rthlr. Vom 7ten April 1856.
- (*N* 4450.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 30sten April 1856., betreffend die Verleihung der fisciatischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde = Chaussee von Quedlinburg über Hoym nach Aschersleben, durch die Stadt = Gemeinden Quedlinburg und Aschersleben.
- (*N* 4451.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Mai 1856., betreffend die Verleihung der fisciatischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Moorsleben über Behndorf und Schwanefeld bis zur Kreis = Grenze in der Richtung auf Walbeck; und
- (*N* 4452.) Das Statut des Alt = Cöln = Peisterwiger Deich = Verbandes. Vom 17ten Mai 1856.

N^o 34. enthält:

- (*N* 4453.) Das Statut des Verbandes der Wiesen = Besitzer in der Gemeinde Preißt, im Kreise Wittburg, des Regierungs = Bezirks Trier. Vom 30sten April 1856.
- (*N* 4454.) Das Statut des Verbandes der Wiesen = Besitzer in der Gemeinde Losheim im Kreise Merzig, des Regierungs = Bezirks Trier. Vom 7ten Mai 1856.
- (*N* 4455.) Das Statut des Verbandes der Wiesen = Besitzer in der Gemeinde Nieder = Losheim, im Kreise Merzig, des Regierungs = Bezirks Trier. Vom 7ten Mai 1856.
- (*N* 4456.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 17ten Mai 1856., betreffend die Verleihung der fisciatischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von der Grenze des Kreises Salzwehel gegen Neuen = dorf über Calbe a. d. M. bis zur Kreis = Grenze gegen Wernstedt.
- (*N* 4457.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 17ten Mai 1856., betreffend die Verleihung der fisciatischen Vorrechte für die Unterhaltung einer Guts = und

und Gemeinde=Chaussee im Oscherslebener Kreise, des Regierungs=Bezirks Magdeburg, von Eilenstedt zum Anschlusse an die Chaussee von Halberstadt über Röderhof, Eilsdorf und Schlankstedt nach dem Neuen Damme bei Neu=Wegerleben, und über diese Chaussee hinaus bis Dingelsstedt.

(N^o 4458.) Den Allerhöchsten Erlass vom 26sten Mai 1856., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Zinten über Groß=Klingbeck nach Ludwigsort, im Kreise Heiligenbeil; und

(N^o 4459.) Die Bekanntmachung über die unterm 21sten Mai 1856. erfolgte Allerhöchste Bestätigung des Statuts des Tennenberg=Peilauer Actien=Chausseebau=Vereins vom 4ten Juli 1854. Vom 8. Juni 1856.

Verordnungen der höchsten Staats=Behörden.

In das evangelische Lehrerinnen=Seminar zu Droyßig, im Kreise Weiskensfelds, können Anfangs October d. J. wiederum zwanzig evangelische Jungfrauen aus sämtlichen Provinzen der Monarchie Aufnahme zu ihrer Ausbildung in dem Lehrerinnen=Berufe finden.

N^o 157:

Die Einrichtung des Seminars, als einer in Bekenntniß und Leben ernst evangelisch=christlichen Anstalt, welche für den Dienst an Elementar= und Bürger=Schulen erfahrene und geübte Lehrerinnen vorzubilden will, hat sich bisher als segensreich bewährt, und ist durch die früher, zuletzt unter dem 6ten Juli v. J. erlassenen Verfügungen (Staats=Anzeiger Nr. 158.) bekannt.

Die in monatlichen Raten vor auszuzahlende Pension beträgt jährlich nur 60 Thaler. Zur Unterstützung dürftiger und würdiger Zöglinge, in der Regel jedoch erst vom 2ten Jahre des Aufenthalts im Seminar an, sind außerdem noch Fonds vorhanden.

Zur Aufnahme in das Seminar sind, mit Ausnahme der Ausbildung in der Musik, im Wesentlichen diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten erforderlich, wie sie in dem Regulativ vom 2ten October 1854. für die Vorbildung evangelischer Seminar=Präparanden vorgeschrieben sind, außerdem Fertigkeit in weiblichen Handarbeiten. Ein Anfang im Verständniß der französischen Sprache, sowie im Clavierspielen, Gesang und Zeichnen, sind erwünscht.

Im Uebrigen gelten alle in der Bekanntmachung vom 6ten Juli v. J. enthaltenen Bestimmungen auch für die diesjährige Aufnahme. Die Zulassung zu der letzten ist bis längstens zum 25sten Juli d. J. bei derjenigen Königlichen Regierung, in deren Verwaltungs=Bezirk die Bewerberin wohnt, unter Einreichung der in den Amts=

blättern demnächst näher zu bezeichnenden Zeugnisse und Schriftstücke nachzusehen.

Die zur Aufnahme fähig Befundenen, haben ihre Einberufung in das Seminar seiner Zeit von hier aus zu gewärtigen. Berlin, den 18. Juni 1856.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

Im Auftrage:
gez. Schulze.

Die evangelischen Jungfrauen in unserem Departement, die sich dem Lehr- und Erziehungsfache widmen wollen, und die Aufnahme in das Seminar zu Droyßig wünschen, werden aufgefordert, mit Einreichung der im Amtsblatt 1853. Nr. 23. Seite 151. angeführten Schriftstücke sich bei uns spätestens bis zum 25sten Juli d. J. zu melden und das Weitere zu gewärtigen.

Oppeln, den 24. Juni 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

N^o 158.

In der von des Herrn Fürsten von Schönburg-Waldenburg Durchlaucht gestifteten, unter der unmittelbaren Leitung des Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten stehenden Bildungs-Anstalt für evangelische Gouvernanten zu Droyßig, im Regierungs-Bezirk Merseburg, beginnt am 4ten October d. J. ein neuer Cursus, zu welchem der Zutritt einer Anzahl von 15 bis 20 jungen Damen offen steht.

Die Hauptaufgabe der Anstalt ist, für den höheren Lehrerinnen-Beruf geeignete evangelische Jungfrauen zunächst in christlicher Wahrheit und in christlichem Leben selbst so zu begründen, daß sie befähigt und geneigt werden, die ihnen später anzuvertrauenden Kinder in Liebe und Selbstverläugnung ihrem Herrn und Heiland zuzuführen.

Sodann sollen sie theoretisch und practisch mit einer guten und einfachen Unterrichts- und Erziehungskunst bekannt gemacht werden, in welcher Beziehung sie in dem mit dem Institut in enger Verbindung stehenden Pensionat für Töchter höherer Stände lehrend und erziehend mit beschäftigt werden.

Ein besonderes Gewicht wird auf die Ausbildung in der französischen und englischen Sprache, sowie in der Musik gelegt. Geborene Engländerinnen und Französinen leiten namentlich die Conversation in den genannten Sprachen. Der Unterricht in Geschichte, Pitteratur und sonstigen zur allgemeinen Bildung gehörigen Gegenständen findet seine angemessene und ausreichende Vertretung, sucht aber, streng die Zwecke der weiblichen Bildung in das Auge fassend, jede Verflachung zu vermeiden und in dem Nothwendigen Vertiefung des Gemüthslebens zu erzielen.

Die Einrichtung der Anstalt bietet zur Betheiligung an häuslichen Arbeiten, soweit diese das Gebiet auch der körperlichen Pflege und Erziehung angehen, geordnete Gelegenheit.

Der Cursus der Anstalt dauert zwei Jahre. Die Entlassung erfolgt nach der
vor

vor einer königlichen Commission bestandenen Prüfung und mit einem von der ersten ausgestellten Qualifications-Zeugniß, welches in der Regel auch die Befähigung für den Unterricht in höheren Töchter-Schulen bezeugen wird.

Die Zöglinge zahlen eine in monatlichen Raten voraus zu entrichtende Pension von 100 Thalern jährlich, wofür sie den gesammten Unterricht, Wohnung, volle Beköstigung, Bett und Bettwäsche, Heizung und Beleuchtung frei haben.

Ermäßigung oder Erlass der Pension kann nicht stattfinden.

Die Meldungen zur diesjährigen Aufnahme sind unmittelbar an mich, spätestens bis zum 25ten August d. J. einzureichen.

Nach Maßgabe der gesammten Einrichtung der Droyßiger Erziehungs-Anstalten und ihres letzten Zweckes werden nur solche Jungfrauen wohlthun, sich zur Aufnahme in das Gouvernanten-Institut zu melden, welche sich mit dem Worte Gottes nach Lehre und Lebens-Ordnung in Uebereinstimmung wissen, sich nicht durch äußere Rücksichten zur Wahl des Berufes einer Lehrerin bestimmen lassen, sondern durch ein lautes Verlangen getrieben werden, an ihrem Theile in Familie und Schule für das Reich Gottes mitzuwirken und ihrem Herrn in treuer Liebe an den Kindern zu dienen.

Hinsichtlich der Vorkenntnisse ist zu verlangen, daß die Aspirantinnen in der elementarischen und religiösen Ausbildung mindestens den Anforderungen des Regulativs vom 2ten October 1854. über die Präparanden-Bildung genügen. Dazu muß kommen:

- a. in der Geographie Einsicht in die wichtigsten Lehren der mathematischen Geographie, Uebersicht über alle Erdtheile, specielle Bekanntschaft mit der Geographie Deutschlands und die Fertigkeit, sich auf der Karte zu orientiren;
- b. in der Geschichte klare und geordnete Uebersicht der Epochen und Perioden der allgemeinen Geschichte, sichere Kenntniß der Haupt-Ereignisse und Personen. In der vaterländischen Geschichte specielle Kenntniß und die Fertigkeit, Hauptmomente zusammenhängend und klar mündlich darzustellen;
- c. im Französischen fließendes und richtiges Lesen; feste Aneignung der Formenlehre, incl. der unregelmäßigen Zeitwörter; Fertigkeit, leichtere historische Prosa geläufig in das Deutsche zu übertragen; möglichst ausgedehnte Wörter- und Phrasenkenntniß;
- d. im Englischen fließendes und richtiges Lesen und Kenntniß der Formenlehre mit Einschluß der unregelmäßigen Zeitwörter; ein Anfang im Uebersetzen leichter Prosa. — Geringere Kenntniß in der englischen Sprache schließt jedoch von der Aufnahme nicht unbedingt aus;
- e. in der Musik im Allgemeinen klare Anschauung der Tonverhältnisse; im Clavierspielen eine durch das Studium einer bewährten Elementar-Clavierschule gewonnene technisch-gründliche Vorbildung und Bekanntschaft mit den leichteren classischen Werken, z. B. von Haydn und Mozart. Im Gesang reine und sichere Intonation, Kenntniß der Tonleitern in einfachen rhythmischen

Gestaltungen; Fertigkeit, Choral-Melodien und Volkslieder mit und ohne Clavier-Begleitung ausdrucksvoll zu singen;

f. Fertigkeit und Tüchtigkeit in den weiblichen Hand-Arbeiten, welche für das Haus gehören.

Den an mich einzureichenden Meldungen ist beizufügen:

- 1) der Geburts- und Tauf-Schein, wobei bemerkt wird, daß Jungfrauen unter 18 Jahren Aufnahme nicht finden können.
- 2) ein Zeugniß der Orts-Polizei-Behörde über sittliche Führung; ein eben solches von dem Orts-Geistlichen und Beichtvater über das Leben der Aspirantin in der Kirche und in der christlichen Gemeinschaft. In demselben ist zugleich ein Urtheil über die Kenntnisse der Bewerberin in den christlichen Religions-Wahrheiten und in der biblischen Geschichte, nach Maßgabe der Bestimmungen in dem Regulativ vom 2ten October 1854. auszusprechen;
- 3) ein Zeugniß des betreffenden Königl. Kreis-Physicus über normalen Gesundheitszustand, namentlich, daß die Bewerberin nicht an Gebrechen leidet, welche sie an der Ausübung des Lehr- und Erziehungs-Geschäftes hindern werden, und daß sie in ihrer körperlichen Entwicklung so weit vorgeschritten ist, um für einen zweijährigen Aufenthalt in der Anstalt ohne Gefährdung ihrer Gesundheit geeignet zu sein;
- 4) eine Erklärung der Eltern, oder Vormünder, oder sonst glaubhaft geführter Nachweis, daß das Pensions-Geld von 100 Thalern jährlich auf zwei Jahre gezahlt werden soll;
- 5) ein selbst geschriebener Lebenslauf, aus welchem der bisherige Bildungsengang der Aspirantin zu ersehen und auf die Entwicklung ihrer Neigung zu dem erwählten Beruf zu schließen ist;
- 6) die aus den bisher besuchten Schulen und Bildungs-Anstalten zuletzt erhaltenen Zeugnisse.
- 7) Außerdem hat sich die Bewerberin bei einem von ihr selbst zu wählenden Director, oder Lehrer einer höheren öffentlichen Unterrichts-Anstalt, oder einem Königl. Schul-Rath einer Prüfung zu unterwerfen und denselben um Ausstellung eines Zeugnisses über ihre Kenntnisse in der deutschen, französischen und englischen Sprache und Literatur, sowie in den Real-Gegenständen zu ersuchen. Dieses Zeugniß ist nebst den schriftlich angefertigten Prüfungs-Arbeiten der Meldung beizufügen.

Hinsichtlich der erlangten musikalischen Ausbildung genügt, wenn nicht das Zeugniß eines Musikverständigen beigebracht werden kann, die eigene Angabe über die seither betriebenen Studien.

Denjenigen Bewerberinnen, welchen in diesem Jahre Aufnahme zu Theil werden kann, wird die dießfällige Benachrichtigung seiner Zeit zugehen.

In das mit dem Gouvernanten-Institut verbundene Pensionat für evangelische Töchter höherer Stände können Anfangs October ebenfalls Töchter vom 9ten bis 15ten Lebensjahre noch Aufnahme finden. Dieselben sind bei dem Königlichem Seminar-Director Krißinger in Drossig bei Zeitz anzumelden, von welchem auch ausführliche Programme über das Pensionat bezogen werden können.

Berlin, den 19. Juni 1856.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

Im Auftrag:
gez. Schulze.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Dem Privat-Actuar Gottlieb Golibersuch zu Rosenberg, ist in Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. die Erlaubniß erteilt worden, für die Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin Agentur-Geschäfte zu besorgen. N^o 159.
Oppeln, den 16. Juni 1856.

Der Kaufmann S. F. Wünschirz in Pittschen, hat die unterm 8ten September v. J. landespolizeilich bestätigte Agentur für die Aachen-Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt. N^o 160.
Oppeln, den 20. Juni 1856.

Zufolge eines zwischen der diesseitigen und der Kaiserlich Oesterreichischen Regierung in neuester Zeit getroffenen Abkommens, wird fortan der Transport einer Leiche aus dem diesseitigen Gebiete in die Kaiserlich Oesterreichischen Lande und umgekehrt gestattet sein, wenn N^o 161.

- a. die zu transportirende Leiche in einem doppelten Sarge, wovon der innere von hartem Holze sein muß, aufbewahrt wird;
- b. der Leiche ein angemessener Begleiter, welcher außer dem Leichen-Passe auch ein Reise-Document für sich selbst bei sich zu führen hat, beigegeben ist.

Kaiserlich Oesterreichischer Seits werden die Leichen-Pässe nur auf Einen Monat, welche Zeit nöthigenfalls verlängert wird, von den Länder-Chefs, in Ungarn von den Statthaltereien-Abtheilungs-Präsidenten, ausgestellt werden.

Dies wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Oppeln, den 23. Juni 1856.

Es sind nachstehende Patente erteilt worden, und zwar:

unter dem 10ten und 14ten Juni 1856. dem Kaufmann S. H. F. Prillwitz in Berlin zwei Einführungs-Patente,

a. auf

- a. auf eine vereinigte Bohr- und Ruth-Maschine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne die Anwendung bekannter Theile zu beschränken, und
 - b. auf eine hydraulische Delpresse, soweit dieselbe nach vorgelegter Zeichnung und Beschreibung, als neu und eigenthümlich erkannt ist, ohne die anderweite Benutzung der bekannten Theile zu beschränken;
- unter dem 17ten Juni 1856. dem Guttsbesitzer Geyßmer zu Wogenab bei Elbing:

auf eine Erudte-Maschine, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, und

unter demselben Datum, dem Fabrikanten Fr. Aug. Fischer zu Iserlohn:

auf eine mechanische Vorrichtung zur Herstellung der Befestigungs-Augen an Fisch-Angeln, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Hülfsmittel zu beschränken,

sämmtlich auf die Dauer von fünf Jahren, von den obigen Tagen an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats.

Oppeln, den 26. Juni 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Nr 162. Die diesjährige Präparanden-Prüfung für das hiesige Königl. katholische Schullehrer-Seminar, wird den 10ten und 11ten Juli c. stattfinden. Die Gesuche um Zulassung zur Theilnahme an dieser Prüfung sind spätestens bis zum 6ten k. Mts. einzureichen und denselben nachbenannte Zeugnisse beizufügen:

- 1) ein Taufschein;
- 2) ein Zeugniß über den ersten Abendmahls-Empfang;
- 3) ein von dem Königl. Kreis-Physicus ausgestelltes Attest über den Gesundheits-Zustand;
- 4) ein specificirtes Zeugniß über die zur Aufnahme in das Seminar erhaltene Vorbildung;
- 5) ein von dem Schul-Revisor und Schulen-Inspector vollzogenes Zeugniß über Fleiß, Kenntnisse und Führung;
- 6) eine von der Orts-Behörde beglaubigte Erklärung seitens des Vaters, oder des Vormundes, daß für den nöthigen Unterhalt während der Seminarzeit entsprechend gesorgt werden wird;
- 7) ein selbstverfaßter Lebenslauf, auf dessen Titelblatte kurz anzugeben ist: a. der Tauf-

Tauf= und **Familien=Name**; **b.** Tag, Jahr, Ort, Kreis der Geburt; **c.** Stand und Wohnort des Vaters, oder des Vormundes; **d.** der Name des Lehrers, bei welchem der Präparand seine Vorbildung für das Seminar gewonnen, und **e.** ob und wann er an der Präparanden-Prüfung theilgenommen.

Die persönliche Meldung der Examinanden bei dem Director, bei welcher sie demselben die Schreib-, Aufsatz- und Liederbücher des letzten Jahres vorzeigen werden, erfolgt den 10ten Juli c., früh um 6 Uhr.

Peiskretscham, den 16. Juni 1856.

Königliches katholisches Schullehrer-Seminar.

Der Director. Wanjura.

Mit Bezugnahme auf die unterm 15ten Juli 1854. in die Regierungs=Amtsblätter aufgenommenene Uebersicht der Steuersätze, welche in denjenigen Vereins=Staaten u., wo innere Steuer auf die Hervorbringung oder Zubereitung gewisser Erzeugnisse gelegt sind, von den gleichnamigen vereinsländischen Erzeugnissen erhoben werden können, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß im Königreich Württemberg die Uebergangs=Abgabe vom geschroteten Malze (Abschnitt V. zu 2. der vorgedachten Uebersicht) von 24 auf 22 Kreuzer oder 6 Sgr. 3 $\frac{3}{4}$ Pf. vom Württembergischen Simri ermäßigt worden ist. N^o 163.

Breslau, den 19. Juni 1856.

Der Wirkliche Geheime Ober Finanz=Rath und Provinzial Steuer=Director.
v. Bigeleben.

Personal-Chronik.

Die Vocation für den bisherigen Predigt-Amts=Candidaten Martin Philipp Freyer zum Straf=Anstalts=Geistlichen in Striegau, ist bestätigt worden.

Breslau, den 10. Juni 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

Nachweisung
der Bauhandwerker im Bezirk der Königlichen Regierung zu Oppeln pro 1856.

N ^o .	Kreis.	Gewerbe.	Namen der Bauhandwerker.	Wohnort.
A. Maurermeister.				
1	Beuthen	Maurermeister	Wilhelm Ritter	Beuthen
2	"	"	Carl Heintze	dito
3	"	"	Ferdinand Steinmetz	dito
4	"	"	Joseph Rappold	dito
5	"	"	Goldstein	dito
6	"	"	Ferdinand Herrmann	dito
7	"	"	Franz Mrowiez	Tarnowitz
8	"	"	Heinrich Herzog	dito
9	"	"	Alexander Berger	Myslowitz
10	"	"	Ernst Knaut	dito
11	"	"	Albert Müller	dito
12	"	"	Haase.	Rattowitz
13	"	"	Reinhold Sonczek	dito
14	"	"	Heinrich Harnisch	Königshütte
15	"	"	Valentin Kuschina	Mieschowitz
16	"	"	Wilhelm Silber	Zabrze
17	"	"	Otto, Ferdinand Klopß	dito
18	Gosel	"	Johann Kierstein	Gosel
19	"	"	Carl Mode	dito
20	Greuzburg	"	Johann, Ernst Hoffmann	Greuzburg
21	"	"	Carl Zechelius	dito
22	"	"	Wilhelm Debitius	Constadt
23	"	"	Richard Prieser	Pittschen
24	"	"	Carl Häusler	dito
25	Falkenberg	"	Anton Kühnel	Falkenberg
26	"	"	Franz Hunder	dito
27	"	"	Gottlieb Kuger	Schurgast
28	Grottkau	"	Carl Ratscheß	Grottkau
29	"	"	Carl Schrödel	dito
30	"	"	Eugen Mertin	Ottmachau

N ^o	Kreis.	Gewerbe.	Namen der Bauhandwerker.	Wohnort.
31	Grottkau	Maurermeister	Alexander Winkler	Dittmachau
32	=	=	Joseph Rehlert	Wingenberg
33	=	=	Benjamin Scholz	Hennersdorf
34	Leobschütz	=	Carl Biesel	Leobschütz
35	=	=	Ferdinand Pietsch	dito
36	=	=	Robert Schnürpfeil	dito
37	=	=	Knobel	dito
38	=	=	Carl Kugel	Löwitz
39	=	=	Mathes Nowak	Fürstl. Langenau
40	=	=	August Knäbel	Bauernwitz
41	Lublinitz	=	Adolph Ossig	Lublinitz
42	=	=	Lorenz Gonska	Guttentag
43	=	=	Bartholomäus Nowinski	dito
44	Neisse	=	August Hettwer	Neisse
45	=	=	Carl Feilhauer	dito
46	=	=	Franz Faulhaber	dito
47	=	=	Theodor Goldammer	dito
48	=	=	Julius Müller	dito
49	=	=	Franz Sembtner	Patschkau
50	=	=	Wilhelm Kunze	dito
51	=	=	Franz Hackenberg	Röppernig
52	Neustadt	=	Joseph Wolff	Neustadt
53	=	=	Athanasius Franke	dito
54	=	=	Carl, Gottlob Gluck	Ober-Glogau
55	=	=	Franz Janekko	dito
56	=	=	Simon Löwe	dito
57	=	=	Rudolph Raschdorff	dito
58	=	=	Johann Gabriel jun.	Bälz
59	=	=	Johann Mehr	Deutsch-Rasselwitz
60	=	=	Anton Heinisch	Klein-Strehlitz
61	=	=	Carl Nowak	Städtel Steinau
62	Oppeln	=	August Salisch	Oppeln
63	=	=	Johann Schwarz	dito

Nr.	Kreis.	Gewerbe.	Namen der Bauhandwerker.	Wohnort.
64	Oppeln	Maurermeister	Julius Bruch	Oppeln
65	=	=	Anton, Carl Seidel	Krappitz
66	=	=	Johann Schikorra	Carlsruhe
67	=	=	August Schubert	dito
68	Plesch	=	Friedrich Beck	Plesch
69	=	=	Wilhelm Czech	dito
70	=	=	Valentin Dlugai	Nicolai
71	=	=	August Kunze	dito
72	Ratibor	=	Johann Falk	Ratibor
73	=	=	Julius Starke	dito
74	=	=	Joseph Benke	dito
75	=	=	Hans Quaschinsky	dito
76	=	=	Louis Höniger	dito
77	=	=	Leopold Adler	dito
78	=	=	Gustav, Adolph Schulze	dito
79	=	=	Carl Jaroschek	Hultschin
80	=	=	Adolph Gloger	Ruchelna
81	=	=	Wilhelm Krömer	Marquartowitz
82	Rosenberg	=	Franz Hanke	Rosenberg
83	=	=	Leopold Schweizer	dito
84	Rybnik	=	Ernst Lorenz	Rybnik
85	=	=	Johann Jaroschek	dito
86	=	=	August Gönzel	dito
87	Groß-Strehlitz	=	Carl Schubert	Groß-Strehlitz
88	=	=	Joseph Klein	dito
89	=	=	Joseph Heinze	Ujest
90	Loß-Gleiwitz	=	Alexander Degner	Gleiwitz
91	=	=	Wilhelm Zöllin	dito
92	=	=	August Kern	dito
93	=	=	Salomon Lubowski	dito
94	=	=	Mois Wachtel	dito
95	=	=	Adolph Wynschig	Colonie Neuborf
96	=	=	August Hermisch	Peiskretscham
97	=	=	Constantin von Koschützki	Gleiwitz.

N ^o	Kreis.	Gewerbe.	Namen der Bauhandwerker.	Wohnort.
B. Zimmermeister.				
1	Beuthen	Zimmermeister	Carl Hoffmann	Beuthen
2	"	"	Robert Kannevischer	dito
3	"	"	Adolph Lorenz	Myßlowitz
4	"	"	Ernst Kramer	Rosberg
5	"	"	Johann Kozulla	Tarnowitz
6	"	"	Heinrich Strecker	dito
7	"	"	Julius Hensel	Kattowitz
8	"	"	Ottomar Carlitzsch	Mittel-Lagiewnik
9	"	"	Wilhelm Schmidt	Zabrze
10	Gosel	"	Gustav Kornacker	Gosel
11	"	"	Carl Langer	Gnadenfeld
12	"	"	Ignaz Nowak	Sacrau
13	"	Zimmer- u. Mühlenbaumeister	Wilhelm Kober	Jacobswalde
14	"	Zimmermeister	Wilhelm Weirauch	Pichnia
15	Kreuzburg	"	Christ., Friedr. Kannevischer	Kreuzburg
16	"	"	Arthur, Theodor Pögel	dito
17	"	"	Joseph Stephan	dito
18	Falkenberg	"	Gottlieb Arndt	Baumgarten
19	"	"	Franz Scheiblich	Grüben
20	Grottkau	"	Carl Mende	Grottkau
21	"	"	Lorenz Olbricht	dito
22	"	"	Amand Hübner	Ottmachau
23	"	"	Albert Pflug	dito
24	Leobschütz	"	Carl Ludwig	Leobschütz
25	"	"	Ernst Neumann	dito
26	"	"	Franz Gieschner	Rassiedel
27	"	"	Johann Baber	Tschirnkau
28	"	"	Franz Traufeld	Piltzsch
29	Publinitz	"	Heinrich Poppe	Publinitz
30	"	"	Herrmann Klingauf	dito
31	"	"	Friedrich Schnabel	Zielonna

Nr.	Kreis.	Gewerbe.	Namen der Bauhandwerker.	Wohnort.
32	Reisse	Zimmermeister	Heinrich Kretschmer	Reisse
33	"	"	Franz Hahnel	dito
34	"	"	Gottlieb Haude	dito
35	"	"	Carl Teichmann	dito
36	"	"	August Buchmann	dito
37	"	"	Carl Hartmann	dito
38	"	"	Franz Adam	Patschkau
39	"	"	Jacob Drathschmidt	dito
40	Neustadt	"	Carl Zeißner	Neustadt
41	"	"	Friedrich Zeißner	dito
42	"	"	Friedrich Eisenreich	Ober-Glogau
43	"	"	Thomas Gorezko	dito
44	Oppeln	"	Carl Bruck	Oppeln
45	"	Zimmer- u. Mühlenbaumeister	Robert Lorenz	dito
46	"	Zimmermeister.	Emmerich Stephanowitz	Carlsruhe
47	"	"	Anton Buja	Krappitz
48	Plesß	"	Constantin Bep	Plesß
49	"	"	Joseph Raschdorf	dito
50	"	"	Albert Berger	Nicolaï
51	Ratibor	"	Joseph Seidel	Ratibor
52	"	"	Johann Wanke	dito
53	"	"	Robert Raschdorf	dito
54	Rosenberg	"	Carl, Julius Bergtich	Rosenberg
55	Rybnitz	"	Johann Szukowski	Rybnitz
56	"	"	Heinrich, August Seifert	dito
57	Groß-Strehlitz	"	Adolph Herbig	Groß-Strehlitz
58	"	"	Franz Apfeld	Ujest
59	Tost-Gleinitz	"	Gustav Gochlovius	Gleinitz
60	"	"	Reinh. Kurpan	dito
61	"	"	Math. Meyer	dito
62	"	"	Hugo Schulz	dito

Nr.	Kreis.	Gewerbe.	Namen der Bauhandwerker.	Wohnort.
63	Tost = Gleiwitz	Zimmermeister	Friedrich Buttke	Gleiwitz
64	=	=	Venzeslaus Hlubeſ	dto.

C. Mühlenbaumeister.

1	Neustadt	Mühlenbaumeister	Umand Stephan	Zülz.
---	----------	------------------	---------------	-------

D. Brunnenmeister.

1	Falkenberg	Brunnen- und Röhrmeister	Franz Theuer	Kleuschnitz
2	Grottkau	Brunnenmeister	Franz Larisch	Grottkau
3	Tost = Gleiwitz	Brunnen- und Röhrmeister	Johann, Wilh. Stoj	Gleiwitz.

E. Steinmetzmeister.

1	Reiſſe	Steinmetzmeister	Joseph Alder	Reiſſe
2	=	=	Heinrich Menzel	dito
3	=	=	Franz Alder	Groß-Kunzenborf
4	Tost = Gleiwitz	=	Joseph Habbig	Gleiwitz.

F. Schiffs-Zimmermeister.

1	Cosel	Schiffszimmer- mann	Jacob Wiczorek	Cosel
2	=	=	Joseph Klipper	Brzezcz
3	=	=	Andreas Dlesch	Pogorzellek
4	=	=	Joseph Sczodry	Randryn
5	Oypeln	Schiffsbauer	Johann Kammla	Chroszczütz
6	=	=	Lorenz Dudzik	dto.

G. Flickmaurer.

1	Creuzburg	Flickmaurer	Daniel Zygan	Taschkowitz
2	Ratibor	=	Joseph Thomisek	Ratibor.

H. Flickzimmerleute.

1	Ratibor	Flickzimmermann	Lorenz Rudezki	Ratibor
---	---------	-----------------	----------------	---------

N ^o	Kreis.	Gewerbe.	Namen der Bauhandwerker.	Wohnort.
2	Ratibor	Fließzimmermann	Vincent Michulla	Pangendorf
3	=	=	Philipp Nowak	Raschütz
4	Rosenberg	=	Johann Nowak	Utschütz
5	Rybník	=	Franz Michalik	Kokoschütz
I. Dach- und Schieferdecker.				
1	Gosel	Dachdecker	Franz David	Gosel
2	Grottkau	Schieferdecker	Joseph Rischer	Ottmachau
3	Leobschütz	=	Eduard Nietsch	Rnispel
4	=	=	Johann Dittel	Fürstl. Pangenau
5	=	=	Carl Blut	Leobschütz
6	=	=	Joseph Brannert	dito
7	Neisse	=	Franz Neumann	Arnoldsdorf
8	=	=	Johann Ritter	dito
9	=	=	Franz Schmidt	dito
10	=	=	Carl Hoffmann	Neisse
11	=	=	Joseph Hettwer	dito
12	Neustadt	=	Franz Schönweiss	Zülz
13	=	Schiefer- und Ziegeldecker	Johann Roglik	Ober- Glogau
14	Oppeln	=	Benedict Emmeler	Schodnia
15	Ratibor	=	Friedrich Schreiber	Ratibor
16	Ratibor	Dachdecker	Johann Przibeliuß	dito
17	Rosenberg	Dach- und Schie- ferdecker	Samuel Gambla	Kraschau
18	Groß- Strehlitz	Dachdecker	Joseph Ehrlich	Groß- Strehlitz
19	Dost- Gleiwitz	Schieferdecker	Joseph Schiller	Gleiwitz

Oppeln, den 18. Juni 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs- Gebäude.

Druck von G. Weisskhäuser in Oppeln.

Extraordinaire Beilage

zum Amts-Blatt der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 27.

Auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 15ten August d. J. will Ich dem wieder beige-schlossenen verbesserten Entwürfe der Verfassung der schlesischen Blinden-Unterrichts-Anstalt zu Breslau, vom 21sten November 1853, wie hierdurch geschieht, Meine Bestätigung ertheilen. — Die andere Anlage Ihres Berichts erfolgt gleichfalls zurück.

Nr 156.

Puttbus, den 26. August 1854.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

Für den Minister des Innern.

(ggez.) v. Raumer.

(ggez.) v. Manteuffel.

An die Minister des Innern und der geistlichen,
Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

Revidirte Verfassung

der schlesischen Blinden-Unterrichts-Anstalt zu Breslau.

§. 1. Die Blinden-Unterrichts-Anstalt zu Breslau ist bisher durch den unterzeichneten schlesischen Verein für Blinden-Unterricht, welcher am 14ten November 1817. gegründet, durch die Allerhöchsten Cabinets-Ordres vom 30sten April 1820. und 24sten Juli 1821. anerkannt, am 7ten April 1824. landesherrlich bekräftigt ist, und durch die Allerhöchste Cabinets-Order vom 15ten Juni 1831. die Rechte milder Stiftungen, namentlich Stempel- und Sportelfreiheit bewilligt erhalten hat, als deren Vorstand vertreten worden, und tritt von nun an in alle dem Verein bisher bewilligten und eingeräumten, so wie in alle von demselben erworbenen Rechte.

§. 2. Die Anstalt führt die Bezeichnung:

„Schlesische Blinden-Unterrichts-Anstalt“

und behält das Siegel des bisherigen schlesischen Vereins für Blinden-Unterricht, den Kopf des Homer darstellend, mit der Umschrift „coecus sed lucidus“, als das zur Beglaubigung ihrer Urkunden (§§. 26., 34., 36., 44., 49.) erforderliche Siegel bei.

§. 3. Dem Verwaltungs-Rathe (§§. 24. — 31.) und dem Vorstande desselben (§§. 32 — 38.) liegt die Leitung der Anstalt ob.

§. 4. Die Anstalt ist dem Ober-Aufsichtsrechte des Staates unterworfen.

Dieses Recht wird von dem Königl. Ober-Präsidium der Provinz Schlesten oder der künft. an dessen Stelle eintretenden Staats-Behörde nach Maaßgabe dieser Verfassung und im Uebrigen in dem gesetzlichen Umfange und mit den dieser Behörde beigelegten Befugnissen durch die Königl. Regierung zu Breslau ausgeübt.

Ihren Gerichtsstand hat die Anstalt bei dem Königl. Stadt-Gerichte zu Breslau.

3 w e d.

§. 5. Der Zweck der Anstalt ist, in derselben Blindgeborene und Blindgewordene, und zwar solche, welche entweder des Augenlichts gänzlich beraubt sind, oder in dem Maaße an den

den Augen leiden, daß ihnen der Unterricht auf die für Sehende übliche Weise nicht ertheilt werden kann, so weit dieselben noch bildungsfähig sind, durch Unterricht auszubilden, damit sie ihre körperlichen und geistigen Kräfte gebrauchen lernen, sich ein nützlicheres und froheres Dasein bereiten und ihren Unterhalt ganz oder zum Theil sich selbst erwerben können.

Aufnahme.

§. 6. In die Anstalt werden solche aufgenommen, welche ihre Heimath in Preussisch-Schlesien und den mit dieser Provinz vereinigten Landestheilen haben. Nur ausnahmsweise kann Einzelnen aus andern Provinzen des Preussischen Staates oder aus anderen Staaten die Aufnahme in die Anstalt gestattet werden (§. 10.).

§. 7. Weder Geschlecht noch Religions-Bekennniß hindert die Aufnahme; der Vorstand des Verwaltungs-Raths bestimmt aber die Bedingungen derselben, die Gegenstände, die Art und die Dauer des Unterrichts, und ob den Aufzunehmenden der Unterricht und der Aufenthalt in der Anstalt gegen Entgelt oder unentgeltlich zu gewähren sei. (§. 38 a.)

§. 8. Zur Aufnahme in die Anstalt ist erforderlich:

- a. daß die Aufzunehmenden, so lange die Mittel der Anstalt nicht eine frühere Aufnahme gestatten, das 12te Lebensjahr zurückgelegt haben, und daß dieses durch ein vorschriftsmäßiges Geburts-Zeugniß nachgewiesen werde;
- b. daß dieselben wirklich blind, nicht bloß schwachsichtig sind (§. 5.), mit keinem körperlichen Gebrechen, insbesondere keiner ansteckenden, Ekel oder Abscheu erregenden, unheilbaren, oder auch nur sehr langwierig oder unsicher heilbaren Krankheit behaftet, nicht blödsinnig oder wahnsinnig, und innerhalb der letzten zwei Jahre revaccinirt sind, welches alles durch das Zeugniß eines bekannten Arztes oder des Kreis- oder Stadt-Physikus nachgewiesen werden muß;
- c. daß die Eltern oder Vormünder der Aufzunehmenden und die Communen, welchen sie angehören, durch Ausstellung eines Reversees sich verpflichten, die Bekleidungs-Gelder und nach Umständen die geforderte Pension zu entrichten, die Zöglinge auf ihre Kosten zu überbringen und abzuholen, dieselben auch nach der Entlassung aus der Anstalt, diese möge nach beendigtem Unterrichte oder aus sonstigen Gründen (§. 21.) erfolgen, wieder aufzunehmen;
- d. daß die Aufzunehmenden mit der von der Anstalt für erforderlich erachteten Wäsche und Bekleidung vollständig und in gutem Stande versehen sind, widrigenfalls das Mangelhafte oder Fehlende hier ergänzt und der verauslagte Kostenbetrag von den Angehörigen oder Communen sogleich erstattet werden muß.

§. 9. Die Verleihung der vom Staate, den Provinzial-Vertretern oder Privat-Personen bereits gestifteten oder noch zu stiftenden Freistellen erfolgt nach den bei der Stiftung dieser Stellen festgestellten Bedingungen. Auch sollen die Bedingungen, unter welchen einzelne Wohlthäter der Anstalt Vermächtnisse und Geschenke zufließen lassen, beachtet werden, so weit die Grundgesetze der Anstalt diese zulassen.

§. 10. Die Aufzunehmenden erhalten in der Anstalt, außer Unterricht, eine gleichmäßige Beköstigung, Wohnung, Vereinigung und Bedienung. Ausnahmsweise soll solchen, deren Eltern oder Angehörige in Breslau wohnen oder sie auf ihre Kosten außerhalb der Anstalt unterbringen

gen wollen, gestattet werden, unter den vom Verwaltungs-Rathe festzusetzenden Bedingungen, an dem Unterrichte Theil zu nehmen.

Wird durch ein obrigkeitliches Zeugniß die Dürftigkeit der Angehörigen bescheinigt, so kann die Pension, wenn die Mittel der Anstalt dies gestatten, ganz oder theilweise erlassen werden. Diejenigen aber, welche ihre Heimath nicht in Preussisch-Schlesien und den mit dieser Provinz vereinigten Landestheilen haben, dürfen nur gegen Entrichtung der vollen, für jetzt auf 120 Rthl. festgesetzten, nach den Zeitverhältnissen zu erhöhenden Pension aufgenommen werden.

§. 11. So lange der Zögling sich in der Anstalt befindet, sorgt diese für die Wäsche und Bekleidung desselben. Zu deren Instandhaltung und Erneuerung werden in allen Fällen, sowohl wenn eine Pension gezahlt wird, als wenn die unentgeltliche Aufnahme oder eine Freistelle bewilligt worden ist, für einen männlichen Zögling 8 Rthlr. jährlich, für einen weiblichen Zögling 6 Rthlr. jährlich in halbjährigen Terminen in Voraus entrichtet. Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf diejenigen, welchen gestattet ist, nur am Unterrichte Theil zu nehmen (§. 10.).

§. 12. Die Pensionaire, Fundatisten und Freizöglinge werden überall gleich gehalten und behandelt, und findet für keinen derselben eine Bevorzugung statt.

§. 13. Die Angemeldeten werden nach der Zeit ihrer Anmeldung in die Listen eingetragen, zeitig nach der Reihenfolge in die offen werdenden Stellen einberufen, und wenn die Bedingungen zur Aufnahme (§. 8.) erfüllt sind, nach vorheriger Untersuchung durch den Arzt der Anstalt aufgenommen.

Unterricht und Dauer desselben.

§. 14. Der Unterricht erstreckt sich auf sämtliche Gegenstände des Elementar-Unterrichts, auf Musik, Stimmen der Flügel-Instrumente, Korbflechten, Strohflechten, Stuhlbezügen und andere den Blinden mögliche Handarbeiten, je nach den Fähigkeiten.

§. 15. Der Unterricht selbst wird in zwei Haupt-Abtheilungen ertheilt. Die jüngeren, zur eigentlichen Schule gehörigen Zöglinge nehmen an allen Unterrichts-Gegenständen Theil; die älteren werden vorzugsweise in Handarbeiten und Musik unterrichtet und nehmen außerdem nur an den Gedächtniß-Uebungen der Jüngeren Theil. In der Regel dauert der Unterricht in der ersten Abtheilung drei Jahre, in der zweiten zwei Jahre. Schnellere oder langsamere Ausbildung oder besondere Umstände rechtfertigen die Abkürzung (§§. 20., 21.) oder die Ausdehnung der Dauer des Unterrichts.

§. 16. Außer dem in der Anstalt ertheilten confessionellen Religions-Unterrichte erhalten die noch nicht confirmirten evangelischen Zöglinge den Confirmanden-Unterricht, und die katholischen, die noch nicht das heilige Sacrament des Altars empfangen haben, den Vorbereitungs-Unterricht dazu durch Geistliche ihres Bekenntnisses. Außerdem werden sämtliche Zöglinge angehalten, an Sonn- und Festtagen an der gottesdienstlichen Feier in ihren Kirchen Theil zu nehmen und den täglichen Morgen- und Abend-Gebeten in der Anstalt beizuwohnen.

Erziehung und Disciplin.

§. 17. Außer den Unterrichtsstunden bleiben die Zöglinge stets unter der Aufsicht der Lehrer, welche auch ihre Spiele und Leibesübungen leiten oder mit ihnen Spaziergänge unternehmen. Kein Zögling darf sich diesen Uebungen oder irgend einem Unterrichts-Gegenstande eigenmächtig entziehen.

Nur der Vorstand des Verwaltungs-Rathes kann unter besondern Umständen von einem oder dem andern Gegenstande entbinden.

§. 18. Bei Krankheitsfällen sorgt die Anstalt für ärztliche und wundärztliche Pflege.

§. 19. Die in der Anstalt von den Zöglingen gefertigten Arbeiten werden verkauft. Ein Theil des Gewinnes bleibt dem Verfertiger und wird demselben bei seinem Abgange eingehändigt.

§. 20. Sämmtliche Zöglinge sind der Hausordnung unterworfen. Wo die in derselben angeordneten Strafen wegen Alters nicht mehr anwendbar oder nicht mehr wirksam erscheinen, oder die Uebertretungen einen nachtheiligen Einfluß auf die übrigen Zöglinge der Anstalt ausüben, tritt sofortige Entfernung und Entlassung des betreffenden Zöglings aus der Anstalt ein.

Entlassung

§. 21. Die Entlassung der Zöglinge tritt in der Regel nach erfolgter Ausbildung ein. Aus den im §. 20. angegebenen Gründen, oder, wenn sich bei einem Zöglinge nach dessen Aufnahme Krankheits-Erscheinungen zeigen, welche schon dessen Aufnahme unmöglich gemacht hätten (§. 8b.), oder, wenn die Ausbildung eines Zöglings nach der Ansicht des Vorstandes des Verwaltungs-Rathes durch langwieriges Siechthum gehindert wird, wird dessen sofortige Entlassung nothwendig.

§. 22. In allen Fällen wird den Orts-Behörden, Eltern, Vormündern oder denen, welche die Aufnahme beantragt haben, die Entlassung des betreffenden Zöglings von dem Vorstande des Verwaltungs-Rathes zeitig angezeigt, damit diese ihn zur festgesetzten Zeit abholen und so dessen Zusendung auf ihre Kosten vermeiden können.

§. 23. Bei der Entlassung erhalten die Zöglinge das Entlassungs-Zeugniß und außer den Ersparnissen (§. 19.), wenn sie dessen würdig und bedürftig sind, einiges Handwerkzeug, damit sie in ihrer Heimath von den erlernten Fertigkeiten sofort Gebrauch machen können.

Die Anstalt erkennt zwar sonst eine weitere Verpflichtung gegen die entlassenen Zöglinge nicht an, überläßt diese vielmehr der Sorge ihrer Angehörigen und Communen, wird ihnen aber auch ihre fernere Theilnahme nicht entziehen, und so weit der hierzu bestimmte Fond reicht, in einzelnen Fällen solchen entlassenen Zöglingen, welche sich der Sittlichkeit, Ordnungsliebe und Thätigkeit befleißigen und dessen bedürftig sind, durch Geld, Arbeits-Material oder Handwerkzeug zu helfen suchen.

Der Verwaltungs-Rath und dessen Mitglieder.

§. 24. Der Verwaltungs-Rath, welcher in die Stelle des bisherigen schlesischen Vereins für Blinden-Unterricht tritt und sich frei gebildet hat, ist unbeschränkt in der Wahl neuer Mitglieder, deren Aufnahme weder durch Stand, noch Confession bedingt wird, deren gewöhnlicher Wohnort jedoch Breslau sein muß. Er soll mindestens aus 12 Mitgliedern bestehen, kann aber bis auf 16 vermehrt werden.

§. 25. Außer diesen ordentlichen Mitgliedern können in und außerhalb Breslau wohnende, welche sich um die Anstalt besonders verdient gemacht haben, zu Ehren-Mitgliedern ernannt werden. Sie sind berechtigt, an den Berathungen des Verwaltungs-Rathes, ohne ein Stimmrecht mit den ordentlichen Mitgliedern, Theil zu nehmen.

§. 26. Das aufgenommene Mitglied erhält ein mit dem Siegel der Anstalt (§. 2.) versehenes und von dem Vorstande des Verwaltungs-Rathes vollzogenes Diplom. Der Jahresbericht weist die Mitglieder des Verwaltungs-Rathes nach.

Die Wahl jedes in den Verwaltungs-Rath aufzunehmenden Mitgliedes muß von der königlichen Regierung vorher genehmigt werden.

§. 27. Jedes ordentliche Mitglied hat Sitz und Stimme in den Sitzungen des Verwaltungs-Rathes und ist berechtigt und verpflichtet, für das Beste der Anstalt mitzuwirken. Auch ist dasselbe verpflichtet, die ihm aufgetragenen Geschäfte gemäß dem Beschlusse des Verwaltungs-Rathes zu übernehmen und gewissenhaft auszuführen. Keinem Mitgliede können jedoch auf diese Weise Zumuthungen gemacht werden, welche mit seinen sonstigen Amts- und Berufs-Pflichten unvereinbar sind, oder es zu Ausgaben verpflichten.

§. 28. Jedem Mitgliede steht der Austritt aus dem Verwaltungs-Rathe zu jeder Zeit frei. Ordentliche Mitglieder, welche durch sechs Monate der Anstalt ihre Thätigkeit gänzlich entziehen, oder während dieser Zeit an den Sitzungen des Verwaltungs-Rathes nicht Theil nehmen, oder ihren gewöhnlichen Wohnsitz von Breslau verlegen, können auch ohne ihre ausdrückliche Erklärung als ausgetreten erachtet werden. Sollte der Verwaltungs-Rath im Interesse der Anstalt die Ausschließung eines Mitgliedes nothwendig finden, so sind, wenn dasselbe zuvor zur Rechtfertigung seiner Handlungsweise aufgefordert worden, zur Ausschließung eines solchen Mitgliedes zwei Drittheile sämmtlicher Stimmen der ordentlichen Mitglieder erforderlich. Eine Beschwerde gegen eine solche Beschlußnahme ist nicht zulässig.

§. 29. Dem Beschlusse des Verwaltungs-Rathes werden vorbehalten:

- a. die Aufnahme der ordentlichen und Ehren-Mitglieder;
- b. die Wahl des Directors, der beiden Vorsteher und derjenigen Mitglieder, welchen besondere, die Anstalt verpflichtende Functionen übertragen werden sollen;
- c. die Prüfung und Entscheidung über ihre etwaigen Ablehnungsgründe, so wie über länger als drei Monate dauernde Vertretungen derselben;
- d. die Ausschließung von Mitgliedern;
- e. die Anstellung, Befolgung und Entlassung der Lehrer und Beamten (§. 49.);
- f. die Feststellung des Unterrichts-Plans;
- g. die Feststellung der Eats und Bewilligung aller Ausgaben über den Etat, Entscheidung über die gelegte Jahres-Rechnung und Ertheilung der Decharge;
- h. die Anlegung oder Einziehung des der Anstalt gehörigen Capital-Vermögens, die Verschuldung, Belastung oder Veräußerung, so wie jede Hauptänderung des unbeweglichen Vermögens der Anstalt;
- i. alle Abänderungen der Verfassung der Anstalt.

§. 30. Der Beschluß über diese bei der Einladung zur Sitzung des Verwaltungs-Rathes besonders bekannt zu machenden Gegenstände findet in der Regel in den abzuhaltenden Sitzungen statt, in welchen die absolute Stimmen-Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder entscheidet. Bei Gleichheit der Stimmen giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Die nicht erschienenen Mitglieder sind von dem Beschlusse in Kenntniß zu setzen und diesen anzuerkennen verbunden. Nur bei den in §. 29., d. h. i. angegebenen Gegenständen ist die Zustimmung von zwei Drittheilen der sämmtlichen ordentlichen Mitglieder nothwendig. Darum müssen, wenn in der Sitzung nicht so viel zustimmende Mitglieder anwesend waren, die abwesenden zur Abgabe ihrer schriftlichen Erklärung aufgefordert werden.

§. 31. In jeder Sitzung des Verwaltungs-Rathes sind die Beschlüsse und Verabredungen in das Protocoll aufzunehmen, welches die erschienenen Mitglieder nachweist und von diesen vollzogen werden muß.

Vorstand des Verwaltungs-Rathes.

§. 32. Der Director und zwei Vorsteher bilden den Vorstand des Verwaltungs-Raths. Diese werden jedesmal auf drei Jahre dergestalt durch Mehrheit der Stimmen gewählt, daß alljährlich einer von ihnen ausscheidet, der jedoch wieder gewählt werden kann.

§. 33. Der Director hat die Oberleitung des Verwaltungs-Rathes und der Anstalt, und ist der erste Vorgesetzte des gesammten Personals der Anstalt.

§. 34. An ihn gelangen sämmtliche für die Anstalt eingehenden Schreiben, Sachen und Gelder, insofern letztere nicht unmittelbar an den Rendanten abgegeben werden, und die mündlich anzubringenden Gesuche.

Derselbe bewahrt das Siegel (§. 2.) und die Schriften der Anstalt und verfügt in allen laufenden Angelegenheiten, welche nicht der Beschlußnahme des Verwaltungs-Rathes (§. 29.) oder des Vorstandes (§. 38.) vorbehalten sind, selbstständig.

§. 35. Der Director beruft die mindestens alle Vierteljahre einmal abzuhaltenden ordentlichen und die von ihm sonst für nothwendig erachteten außerordentlichen Sitzungen, führt darin den Vorsitz und vertheilt alle Geschäfte.

§. 36. Dem Vorstande liegt die Ausführung der gefaßten Beschlüsse des Verwaltungs-Rathes ob; er besorgt für die Anstalt die Correspondenz, vollzieht die abgehenden Schreiben, fertigt in vorkommenden Fällen die Diplome (§. 26.) und Proceß-Vollmachten, so weit die Repräsentanten von der ihnen ertheilten Befugniß (§§. 44., 45.) nicht Gebrauch machen, aus, und ertheilt in Processen die zu deren Führung erforderliche Information.

§. 37. Wie der Director und die beiden Vorsteher die Geschäfte unter sich vertheilen wollen, bleibt ihrer Verabredung vorbehalten. Den letzteren liegt aber außer dem Director zunächst die Aufsicht über die Anstalt und das derselben gehörige Vermögen ob, und sind dieselben verpflichtet, bemerkte Mängel und Uebelstände zur baldigen Abhülfe anzuzeigen.

§. 38. Zur gemeinsamen Berathung und Beschlußnahme des Directors und der beiden Vorsteher, wobei die Stimmen-Mehrheit entscheidet, gehören:

- a. die Aufnahme der sich meldenden Blinden und die Feststellung der Bedingungen, unter denen die Aufnahme erfolgen soll;
- b. die Art der Ausführung der vom Verwaltungs-Rathe beschlossenen Unternehmungen;
- c. die bis zur nothwendigen Beschlußnahme des Verwaltungs-Raths zu ergreifenden Maßregeln zur Erhaltung der Anstalt und ihres Vermögens;
- d. die Verwendungen innerhalb der Bestimmungen der Etats;
- e. die Prüfung der Gesuche entlassener Zöglinge, die Bewilligung der ihnen aus dem hierzu bestimmten Fond zu gewährenden Unterstützungen bis zu dem vom Verwaltungs-Rathe festgestellten Betrage, und wie diese Unterstützung erfolgen soll;
- f. die Anstellung und Entlassung des Dienst-Personals (§. 49.).

Cassen-Curatoren.

§. 39. Das Amt der Cassen-Curatoren bei dem Depositorium und bei der Anstalts-Casse ist zweien Mitgliedern des Verwaltungs-Raths zu übertragen, von denen einer aus den bef-

beiden Vorstehern gewählt werden kann. Dieselben haben zwei der Schlüssel zu der mit drei verschiedenen Schlössern versehenen Depositalkasse und die nächste Aufsicht über die Cassenverwaltung.

§. 40. Sie sind verpflichtet, das Depositorium jährlich einmal, die Hauptcasse mindestens vierteljährlich zu revidiren, und über den Befund dem Verwaltungs-Rath zu berichten. Außerordentliche Revisionen des Depositorii und der Haupt-Casse müssen sie außerdem jährlich wenigstens einmal vornehmen, wenn diese mit ihrer Zuziehung nicht durch den Director selbst oder in dessen Auftrage durch einen der beiden Vorsteher, der nicht zugleich Cassen-Curator ist, im Jahre vorgenommen sein sollte.

§. 41. Einem der Cassen-Curatoren soll zugleich das Amt eines Controleurs bei der Haupt-Casse übertragen werden, weshalb die Quittungen über die eingegangenen Gelder außer von dem Rendanten auch von diesem mit vollzogen werden müssen.

§. 42. Die Cassen-Curatoren haben die Verpflichtung, auf die Sicherheit der Cassen und die Amtsführung des Rendanten Acht zu haben, darauf zu halten, daß die Zinsen und sonstigen Gelder, welche zur Cassen eingehen sollen, zu derselben wirklich eingezogen werden, die Bestände der Cassen sich nicht anhäufen und ungenützt liegen bleiben, daher wenn sich Gelder zur Ausleihung oder zur zinsbaren Anlegung eignen und darüber nicht bereits anderweit disponirt worden, dieses anzuzeigen oder durch den Rendanten anzeigen zu lassen.

Stellvertreter.

§. 43. In Verhinderungsfällen des Directors sind die beiden Vorsteher verpflichtet, dessen Geschäfte zu übernehmen. In Verhinderungsfällen eines der Vorsteher oder der Cassen-Curatoren können die Geschäfte derselben vom Director einem der ordentlichen Mitglieder des Verwaltungs-Raths übertragen werden. Dauert die Vertretung länger als drei Monate, so ist die Zustimmung des Verwaltungs-Raths nothwendig (§. 29c.).

Repräsentanten.

§. 44. Zur Wahrnehmung der Rechte der Anstalt nach außen sind, aus der Zahl der ordentlichen Mitglieder des Verwaltungs-Raths mit Ausschließung des Directors, auf drei Jahre sechs Repräsentanten zu erwählen, von denen mindestens drei zur Ausübung des betreffenden Geschäfts nothwendig, aber auch genügend sein sollen. Diese weisen ihre Berechtigung als erwählte Repräsentanten durch Vorlegung einer vom Director des Verwaltungs-Rathes vollzogenen, und mit dem Siegel der Anstalt (§. 2.) versehenen Vollmacht nach, in welcher der Director zugleich bescheiniget, daß jene verfassungsmäßig erwählt sind. Das beigebrückte Siegel der Anstalt legitimirt den Director als solchen (§. 34.).

§. 45. Die Vollmacht kann dahin ausgestellt werden, daß die Repräsentanten berechtigt sind, für die Anstalt Verträge zu schließen, insbesondere Cessionen zu leisten oder der Anstalt geleistete zu acceptiren, Capitalien und Zinsen aus öffentlichen Cassen und von Privat-Personen zu erheben, über dieselben zu quittiren, Schenkungen anzunehmen, Verzicht zu leisten, Pfandrechte aufzugeben, Löschungs-Consense zu ertheilen, Incoursezungen zu bewirken, Grundstücke zu erwerben, zu verkaufen und zu veräußern, Kaufgelder zu creditiren, alle im Interesse der Anstalt erforderlichen Anträge bei Hypotheken-Behörden zu machen, Vergleiche zu schließen, Vollmachten jeder Art auszustellen, etwaige Prozesse für die Anstalt selbst zu führen und diese darin, auch überall beim Subhastations-Verfahren zu vertreten, Erkenntnisse und andere Verfügungen in Empfang zu nehmen, Rechtsmittel einzuwenden, oder Entscheidungen für rechtskräftig anzuerkennen,

nen, auch die Entscheidung eines Rechtsstreites einem schiedsrichterlichen Ausspruche zu unterwerfen.
Rechnungs-Legung und Verwaltung des Vermögens der Anstalt.

§. 46. Alle drei Jahre wird vom Verwaltungs-Rathe der Etat für den Zeitraum der drei nächstfolgenden Jahre festgestellt, und ist derselbe der Aufsichts-Behörde zur Prüfung vorzulegen. Die Ausgaben, welche in diesem speciell ausgeführt sind und in regelmäßigen Zeiten wiederkehren, sind vom Rendanten auf den Grund des Etats zu leisten. Andere Ausgaben sind, so weit sie innerhalb der Grenzen des Etats geschehen sollen, auf Anweisung des Directors und eines der beiden Vorsteher (§. 38 d.), so weit sie außer dem Etat erfolgen sollen, nur auf ausdrückliche Anweisung des Verwaltungs-Rathes durch dessen Vorstand (§§. 29 g., 36.) vom Rendanten zu leisten.

§. 47. Das der Anstalt gehörige Capital-Vermögen und die baar eingehenden Gelder dürfen nur dem Zwecke der Anstalt gemäß verwendet werden. Gelder, welche nach Abzug der Ausgaben erübrigt oder von einzelnen Wohlthätern zur Vermehrung des Stiftungs-Vermögens gegeben werden, müssen zinsbar angelegt werden, wobei der Verwaltungs-Rath die Grundsätze der vom Staate ausgesprochenen pupillarischen Sicherheit zu beachten hat.

§. 48. Am Schlusse jedes Jahres ist vom Rendanten die Rechnung zu legen und Anfang Februar abzuliefern, welche dem Verwaltungs-Rathe zur Prüfung und Decharge vorgelegt wird.

Ein Extract dieser Jahres-Rechnung ist durch den jedesmaligen Jahres-Bericht zu veröffentlichen, in welchem zugleich über die Fortschritte und die Wirksamkeit der Anstalt Kenntniß gegeben und ein Verzeichniß der eingegangenen Beiträge, Vermächtnisse und Geschenke mitgetheilt wird.
Lehrer, Beamte und Dienst-Personale.

§. 49. Die Lehrer und Beamten werden vom Verwaltungs-Rath erwählt, ihre Rechte und Pflichten ergiebt der mit ihnen geschlossene Vertrag.

Das Dienst-Personale wird nach den Bestimmungen der Gefinde-Ordnung beurtheilt. Die Annahme und Entlassung des weiblichen Dienst-Personals kann einem der Beamten übertragen werden.
Auflösung des Verwaltungs-Raths.

§. 50. Sollte jemals der Verwaltungs-Rath veranlaßt werden, sich aufzulösen, so ist derselbe verpflichtet, vorher über die Anstalt und das Vermögen derselben auf eine dem ursprünglichen Zwecke entsprechende und von der Staats-Behörde zu genehmigende Weise zu verfügen.
Geltung der Verfassung.

§. 51. Diese Verfassung bleibt in Kraft, bis eine Aenderung derselben vom Verwaltungs-Rathe auf verfassungsmäßigem Wege beschlossen und auch von der Staats-Behörde bestätigt worden ist.
Vollzogen von sämmtlichen Mitgliedern des schlesischen Vereins für Blinden-Unterricht.

Breslau, den 21. November 1853.

Dr. Schönborn, Gymnasial-Director. Heine, Geheimer Ober-Regierungs-Rath.
Schwurz, Stadt-Gerichts-Rath. Daniel Latuffek, Weih-Bischof und Dom-Propst.
Bartsch, Bürgermeister. C. A. Krause jun., Zimmer-Meister. Dr. Kahlert, Professor.
J. J. Müller, Kaufmann. C. Krause, Propst und Pastor. Dobe, Maurermeister.
Beyersdorf, Kaufmann. Sander, Regierungs-Secretair. Schubert, Justiz-Rath.
Schulz, Particuller. v. Willich, Regierungs-Rath.

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 28.

Oppeln, den 10. Juni 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 35. enthält:

- (N^o 4460.) Das Privilegium, wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Mhauser Kreifes, im Betrage von 100,000 Rthlr. Vom 12ten Mai 1856.
- (N^o 4461.) Das Gefef, betreffend die Einführung eines allgemeinen Landes-Gewichts. Vom 17ten Mai 1856.
- (N^o 4462.) Den Allerhöchften Erlaf vom 19ten Mai 1856., betreffend die Errichtung einer Handelskammer für den Kreis Bochum.
- (N^o 4463.) Den Nachtrag zu dem Statut des Wittenberger Deich-Verbandes vom 7ten October 1850. Vom 28ften Mai 1856.
- (N^o 4464.) Das Gefef, betreffend die Abfchätzung von Landgütern zum Behufe der Pflichttheils-Berechnung in der Provinz Weftfalen. Vom 4ten Juni 1856.
- (N^o 4465.) Das Gefef, betreffend die erleichterte Umwandlung altvorpommerscher und hinterpommerscher Lehne in Familien-Fideicomiffe. Vom 10ten Juni 1856.
- (N^o 4466.) Die Bekanntmachung, betreffend die unterm 9ten Juni 1856. erfolgte Allerhöchfte Befätigung der Statuten einer Actien-Gefellfchaft unter dem Namen: „Magdeburger Bergwerks-Actien-Gefellfchaft“, mit dem Domicil zu Magdeburg. Vom 16ten Juni 1856.; und
- (N^o 4467.) Die Bekanntmachung, betreffend die unterm 11ten Juni 1856. erfolgte Allerhöchfte Befätigung der Statuten einer Actien-Gefellfchaft unter dem Namen: „Rheinifche Bergbau- und Hüttenwesen-Actien-Gefellfchaft“, mit dem Domicil zu Duisburg. Vom 19ten Juni 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

N^o 164. Die Quittungs- Bescheinigungen der Staats- Schulden- Tilgungs- Cassé, über die im Laufe des I. Quartals d. J. eingezahlten Domainen-Veräußerungs- und Ablösungs- Capitalien und Zinsen, sind von uns heute an die betreffenden Special-Cassen gesandt worden, was den Einzahlern, Behufs Empfangnahme derselben, bekannt gemacht wird.
Oppeln, den 27. Juni 1856.

N^o 165. Dem Kaufmann David Tropplowitz in Pittschen, ist in Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. die Erlaubniß ertheilt worden, für die Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Agentur-Geschäfte zu besorgen, wogegen der Kaufmann Abraham Mühsam daselbst diese Geschäfte niedergelegt hat.
Oppeln, den 4. Juli 1856.

Als Agenten sind ferner noch landespolizeilich bestätigt worden:
der Kaufmann David Tropplowitz in Pittschen, für die Magdeburger Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft, und
der Particulier Moriz Wohl in Gleiwitz, für die Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft für die Strom-Versicherungs-Branche.
Oppeln, den 4. Juli 1856.

Es sind nachstehende Patente ertheilt worden, und zwar:
unter dem 23sten Juni 1856.:

- a. dem Civil-Ingenieur Nauen in Berlin,
auf eine mechanische Vorrichtung zum Schärfen der Zähne von Sägeblättern, in der durch Modell nachgewiesenen Zusammensetzung, und ohne Jemand in der Benützung einzelner bekannter Theile zu beschränken;
- b. dem Techniker Robert Jacobi zu Hettstedt,
auf einen durch Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erkannten Signal-Apparat für Dampf-Kessel;
- c. dem Professor Dr. Reuhaur, zur Zeit in Zürich,
auf die durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Verbindung eines eigenthümlich gebauten Vertheilungs-Schiebers auf einen darüber vorstellenden Schieber zum Ab- und Umstellen der Dampf-Maschinen, soweit dieselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist, und
- d. dem Carl Höller zu Kaltenherberg, Kreis Solingen,
auf eine Duse für Schmiede-Feuer, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Ausführung, und ohne Jemand in der Verwendung

bekannter Theile zu beschränken,
sämmtlich auf die Dauer von fünf Jahre, von dem obigen Tage an gerechnet und
für den Umfang des preussischen Staats.
Oppeln, den 4. Juli 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Durch das Ableben des Pastors Baumgart in Fürstenau, bei Mettkau, ist das N^o 166.
bortige evangelische Pfarr-Amt erledigt worden. Dasselbe gewährt ein Einkommen
von circa 450 Rthlr. und übt die Königliche Hof-Kammer der Königlichen Familien-
güter das Collaturrecht bei dieser Stelle aus.

Breslau, den 20. Juni 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

Die Präparanden-Prüfung im Seminar zu Steinau a./D. pro 1856. wird hier- N^o 167.
mit auf den 25ten und 26ten August c. anberaumt und zur persönlichen Meldung
der Prüflinge bei dem Seminar-Director, Sonntag den 24ten August c., Nachmit-
tag um 4 Uhr, festgesetzt. — Bei der, der persönlichen Meldung vorausgehenden schrift-
lichen Meldung, welche bis zum 16ten August erfolgen muß, sind nachstehende Aus-
weise einzureichen:

- 1) Ein Tauf=Zeugniß des Präparanden;
- 2) Ein Führungs=Attest von dem Orts=Pfarrer seines dormaligen und, wenn
er binnen Jahresfrist noch anderswo wohnhaft gewesen sein sollte, seines vor-
maligen Aufenthalts=Ortes ausgestellt;
- 3) Ein Zeugniß über die zur Aufnahme ins Seminar erhaltene Vorbildung von
dem Präparanden=Bildner;
- 4) Ein Zeugniß über die Leistungen und Befähigung des Präparanden bei der
mit demselben vom Superintendenten der Diocese abgehaltenen Prüfung;
- 5) Ein in Gemäßheit des Rescripts vom 11ten Mai 1840. (Ministerialblatt
1840., Seite 231.) ausgestelltes Gesundheits=Attest nebst einem demselben
beigefügten Scheine über die innerhalb der letzten zwei Jahre mit Erfolg wie-
derholte Impfung. — Atteste, welche nicht von dem Königlichen Kreis=Physsi-
cus ausgestellt sind, werden als ungültig angesehen;
- 6) Eine schriftliche, von der Orts=Behörde beglaubigte Erklärung der Eltern,
Vormünder oder Pfleger, daß dieselben oder sonstige Verwandte im Stande
und gewilligt sind, für den aufzunehmenden Zögling sogleich bei seinem Ein-
tritt in die Anstalt 23 Rthlr. Kostgeld und eine gleiche Summe am Beginn

eines jeden der beiden folgenden Jahre zu erlegen, wie auch alle übrigen Unterhaltungskosten auf denselben während seines Aufenthaltes im Seminar zu verwenden.

- 7) Ein Lebenslauf mit Angabe der Gründe des Entschlusses, sich dem Schullehrerstande zu widmen.

Auf dem Titelblatte dieser Lebens-Beschreibung ist kurz anzugeben:

- a. der Tauf- und Familienname des Präparanden;
 - b. das Alter und der Geburts-Ort, nebst Angabe des Kreises, in welchem derselbe liegt;
 - c. Stand, Beruf, Wohnort des Vaters und ob die Eltern noch am Leben sind;
 - d. bei wem sich der Präparand, Behufs seiner Vorbildung für das Seminar, zuletzt aufgehalten hat;
 - e. wie oft und wo derselbe an Präparanden-Prüfungen Theil genommen.
- Von der letzten derselben ist, falls sie nicht im hiesigen Seminar stattgefunden hat, das Zeugniß über den Ausfall beizulegen.

Vor der Zulassung zur Prüfung wird jeder Präparand auch noch von dem hiesigen Anstalts-Arzte untersucht werden.

Die Präparanden müssen bis zum Tage der Prüfung das 17te Lebensjahr vollendet und das 20ste noch nicht überschritten haben.

Steinau a./D., den 18. Juni 1856.

Der Seminar-Director.

Jungklaaf.

U e b e r s i c h t

des Standes der Ständischen Provinzial-Darlehnss-Casse für Schlesien
ultimo December 1855.

Activa.

- 1) Cassen-Bestand:

- a. geprägtes Geld, Cassen-Anweisungen, Banknoten und Darlehns-Cassenscheine..... 139,743 Rtl. 13 Sg. 7 Pf.
- b. Provinzial-Obligationen..... 606,950 Rtl. — Sg. — Pf.

- 2) Forderungen:

- a. Darlehne:

- 1) an Private..... 668,037 Rtl. — Sg. — Pf.
- 2) an Kreis-Corporationen und Gemeinden 33,100 Rtl. — Sg. — Pf.
- 3) an Reich-Verbände..... 269,000 Rtl. — Sg. — Pf.

Für

Für die Forderungen ad 1. sind als Sicherheit deponirt:

Hypothesen	555,474 Rtl.			
cours habende Papiere nach dem Nennwerthe	76,040 Rtl.			
Bürgschafts-Urkunden ...	65,376 Rtl.			
Wechsel als suppletorische Sicherheit	181,455 Rtl.			
b. rückständige Zinsen von Darlehen und Effecten	8,694 Rtl.	19	Sg.	4 Pf.
c. Beitrag der Provinz zum Betriebs- und Defektions-Fonds	500,000 Rtl.	—	Sg.	— Pf.
3) der Darlehns-Casse als einstweiliger Betriebs-Fond vorgeschossene Effecten und Hypothesen-Instrumente	277,235 Rtl.	—	Sg.	— Pf.

Passiva.

1) Ausgefertigte Provinzial-Obligationen	1,030,000 Rtl.	—	Sg.	— Pf.
2) Darlehns-Cassenscheine im Umlauf	500,000 Rtl.	—	Sg.	— Pf.
3) Erhaltene Vorschüsse:				
a. in Courant	182,634 Rtl.	10	Sg.	10 Pf.
b. in Effecten und Hypothesen	277,235 Rtl.	—	Sg.	— Pf.
4) Zinsen von Obligationen, Darlehns-Cassenscheinen und Vorschüssen	27,979 Rtl.	29	Sg.	— Pf.

Zugleich wird nachrichtlich bemerkt, daß bis heut überhaupt an Darlehen zugesichert und angenommen worden sind:

1) an Private	693,654 Rtl.
2) an Kreis-Corporationen und Gemeinden	284,250 Rtl.
3) an Deich-Verbände	509,000 Rtl.

zusammen... 1,486,904 Rtl.

wovon abgehoben worden:

ad 1.	676,369 Rtl.
ad 2.	59,150 Rtl.
ad 3.	399,000 Rtl.

zusammen... 1,134,519 Rtl.

Breslau, den 11. Juni 1856.

Directorium der Ständischen Provinzial-Darlehn-Casse für Schlesien.

Personal-Chronik.

Der seitherige Collaborator Dr. Ernst Wahner zu Groß-Glogau ist zum ordentlichen Lehrer am Gymnasium zu Oppeln ernannt, der Candidat Dr. Franke zum Collaborator am katholischen Gymnasium zu Groß-Glogau befördert, und die Vocation für den bisherigen Predigt-Amts-Candidaten Reinhold Schmidt zum Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Patschau, Kreis Neisse, bestätigt worden.

Personal-Veränderungen

bei der Königl. General-Commission für Schlesien, in der Zeit vom 1sten Januar bis ult. Juni 1856.

I. Es wurden ernannt:

- 1) der Bürgermeister Dr. Meizen zu Hirschberg, bei seinem Uebertritt zur General-Commission, zum Regierungs-Assessor;
- 2) der Diätarius Cafflet zu Bureau-Assistenten und Kanzlei-Inspector.

II. Versetzt wurden:

- 3) der Regierungs-Assessor Beck, zur Königl. Regierung zu Aachen, der Regierungs-Rath Gade zu Greifswalde, zur hiesigen General-Commission; der Gerichts-Assessor und Special-Commissarius Schröder zu Groß-Strehlitz, nach Tarnowitz; der Gerichts-Assessor Schwarz zu Breslau, als Special-Commissarius nach Groß-Strehlitz; der Gerichts-Assessor Masuch zu Breslau, als Special-Commissarius nach Neisse; der Deconomie-Commissarius Kummer und der Deconomie-Commissions-Gehülfe von Raumer zu Gleiwitz nach Sohrau D. S.; der Deconomie-Commissarius Sommer zu Naumburg a. B. nach Priebus; der Deconomie-Commissions-Gehülfe Knüttell zu Ratibor nach Cosel; der Vermessungs-Revisor Wäge zu Görlitz nach Breslau.

III. Pensionirt wurden:

- 4) der Vermessungs-Revisor Geißler zu Breslau;
- 5) der Secrétaire, Hauptmann Kahl.

IV. Ausgeschieden sind:

- 6) der Deconomie-Commissarius Bruner zu Neisse;
- 7) der Gerichts-Assessor und Special-Commissarius Urends zu Breslau.

Personal-Veränderungen

im Departement des Königl. Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat
Juni 1856.

A. Bei dem Appellations-Gericht:

Ernannt:

der Auscultator Paul Wenzel zum Appellations-Gerichts-Referendarius; die
Rechts-Candidaten Heinrich Albrecht und Gustav, Adolph Wolff, zu
Auscultatoren.

Berufen:

der Auscultator Julius, Ernst, Herrmann Friedländer aus dem Departement
des Kammer-Gerichts in das hiesige Departement.

Ausgeschieden:

der Gerichts-Assessor Paul Scholz und der Referendarius Hermann Strzybny,
beide auf ihren Antrag; der Referendarius Wilhelm Klose, und der Aus-
cultator Gustav, Adolph Wolff, Behufs Uebertritts in das Departement des
Appellations-Gerichts Breslau.

B. Bei den Kreis-Gerichten:

I. Beim Kreis-Gericht zu Beuthen:

Berufen:

der Kreis-Richter Fritsch, vom Kreis-Gericht Beuthen an die Gerichts-Ab-
theilung zu Tarnowitz.

Ausgeschieden:

der Secretair und Sportel-Receptor Theobald Kretschowski auf seinen An-
trag.

Gestorben:

der Kreis-Gerichts-Rath und Abtheilungs-Dirigent Kunisch.

II. Beim Kreis-Gericht Falkenberg:

Gestorben:

der Kreis-Richter Reimann.

III. Beim Kreis-Gericht Neustadt:

Pensionirt:

der Bote und Executor Gottlob Holley zu Lencznitz, vom 1sten October 1856. ab.

IV. Beim Kreis-Gericht zu Oppeln.

Ernannt:

der Gerichts-Assessor Herrmann, Albrecht Schulz, zum Kreis-Richter.

Gestorben:

der Bureau-Assistent Heller.

V. Beim

V. Beim Kreis=Gericht zu Pleß:

Ernannt:

der Gerichts=Assessor Emanuel, Theodor Hoffmann, zum Kreis=Richter.

Bersezt:

der Kreis=Richter Schulz vom 1sten August d. J. ab, an das Kreis=Gericht Ratibor.

VI. Beim Kreis=Gericht zu Ratibor:

Bersezt:

der Kreis=Richter Duede von der Gerichts=Commission Hultschin an das Kreis=Gericht Ratibor.

VII. Beim Kreis=Gericht Rybnik:

Ernannt:

der Hilfsbote und Executor Anton Lanczet, definitiv zum Boten und Executor.

VIII. Beim Kreis=Gericht Groß=Strehlitz.

Ernannt:

der Hilfsbote und Executor Franz Nowak, definitiv zum Boten und Executor.



Redaction des Amtsblattes im Regierungs=Gebäude.

Druck von F. Weisskäuser in Oppeln.

Extraordinaire Beilage

zum Amts-Blatt der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 28.

General-Verfügung

Nr 137.

des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
Betr. den Erlass eines Reglements zum Postgesetze.

Das Reglement vom 31sten Juli 1852. (zum Gesetze über das Postwesen vom 5ten Juni 1852.) wird vom 1sten Juni d. J. ab aufgehoben.

An die Stelle jenes Reglements tritt vom gleichen Termine ab, das hier beige-schlossene Reglement vom 27sten Mai c. Dasselbe enthält wie das frühere drei Ab-schnitte:

- I. von der Versendung der Briefe, Gelder und Güter,
- II. von der Beförderung der Personen auf den ordentlichen Posten,
- III. von der Extrapost- und Courier-Beförderung.

Nachdem für den Wechsel-Verkehr im Post-Vereine nähere Bestimmungen über die äußere Beschaffenheit und die Behandlung der Postsendungen verabredet worden (Post-Amtsblatt Nr. 14.), ist der Abschnitt I. des neuen, obigen Reglements darauf berechnet, daß derselbe außer dem Versendungs-Verkehr innerhalb Preußens auch den mit den anderen Post-Vereins-Staaten umfaßt. Dadurch ist für den Versendungs-Verkehr mit der Post im Interesse des Publicums und zur Erleichterung der Post-Anstalten das Nebeneinanderbestehen zweier Reglements vermieden.

Die Abschnitte II. und III. des neuen Reglements enthalten gegen die frühere Fassung keine weitere Neuerung, als eine Aenderung der Paragraphen-Zahlen; die jetzigen Sätze für Extrapost- und Courier-Pferde sind bei der Uebersarbeitung des Ab-schnitts III. berücksichtigt.

Um die Currenthaltung der Postdienst-Instruction (resp. der Dienst-Instruction für Post-Expediture) zu erleichtern, erfolgt zum Hineinlegen oder Einheften in dieselbe:

- 1) ein Exemplar des neuen §. 4., Abth. 1. Abschn. V. der Postdienst-Instruc-tion oder der Post-Expeditur-Instruction,
- 2) ein Exemplar des neuen §. 110. ibidem der Postdienst-Instruction oder des §. 109. der Post-Expeditur-Instruction.

Diesen Exemplaren sind die künftig maßgebenden Ausführungs-Bestimmungen gleich gegenübergestellt.

Den etwaigen Mehrbedarf an Exemplaren dieser beiden Paragraphen haben die Post-Anstalten bei den Königlichen Ober-Post-Directionen und letztere bei der geheimen Canzlei des General-Post-Amtes schnellig zu bestellen.

Sollte die Anwendung der Ausführungs-Bestimmungen in einzelnen Fällen Erörterungen mit dem Publicum veranlassen, so haben die Post-Anstalten den Interessenten die Ausführungs-Bestimmungen zur Einsicht vorzulegen.

Die Veröffentlichung des Reglements durch die Regierungs-Amtsblätter und die Umarbeitung des Aushangs bei den Post-Anstalten über die Beschaffenheit der Postsendungen, wird inzwischen veranlaßt werden.

Berlin, den 27. Mai 1856.

R e g l e m e n t

zu

dem Gesetze über das Postwesen.

Das auf Grund des §. 50. des Gesetzes über das Postwesen vom 5ten Juni 1852. erlassene Reglement vom 31sten Juli 1852. ist nach Maßgabe der zwischen den Verwaltungen des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins vereinbarten Bestimmungen über die äußere Beschaffenheit und die Behandlung der Post-Sendungen einer Revision unterworfen worden, und tritt in Folge dessen vom 1sten Juni 1856. ab, nachstehendes verändertes Reglement in Kraft, dessen Bestimmungen bei Benutzung der Königlichen Posten zu Versendungen oder Reisen als ein Bestandtheil des zwischen dem Absender oder Reisenden einerseits, und der Post-Verwaltung andererseits eingegangenen Vertrages zu erachten sind.

Erster Abschnitt.

Von der Versendung der Briefe, Gelder und Güter.

§. 1.

Allgemeine Beschaffenheit der Post-Sendungen.

Die mit der Post zu versendenden Briefe, Gelder und Güter müssen nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen gehörig adressirt und gezeichnet (signirt) und haltbar verpackt und verschlossen sein.

§. 2.

A d r e s s e.

Die Adresse muß den Bestimmungs-Ort, so wie die Person Desjenigen, an wel-

welchen die Zustellung erfolgen soll, so bestimmt bezeichnen, daß jeder Ungewißheit darüber vorgebeugt wird.

Dies gilt auch bei solchen mit **poste restante** bezeichneten Gegenständen, für welche die Post Garantie zu leisten hat. Bei gewöhnlichen Briefen mit dem Vermerk „**poste restante**“ darf statt des Namens des Empfängers eine Angabe in Buchstaben, Ziffern u. s. w. angewendet sein.

§. 3.

Außenseite der Briefe.

Außer den, auf die Beförderung oder Bestellung einer Sendung bezüglichen Angaben darf noch der Name oder die Firma des Absenders, sonst aber soll keine, einer brieflichen Mittheilung gleich zu achtende Notiz auf der Außenseite enthalten sein.

Im Zuwiderhandlungsfalle kann ausnahmsweise die Beförderung eintreten, in so fern nach dem Ermessen des Post-Beamten der Annahmestelle aus der Notiz unzweifelhaft erhellt, daß damit weder eine Entziehung des Porto, noch eine Injurie oder sonst strafbare Handlung beabsichtigt wird.

Der etwaige Frankirungs-Vermerk (frei, franco, fr. rc.) darf auf der Adresse nicht durchstrichen, radirt oder abgeändert sein.

§. 4.

Gewicht der Briefe.

Das Gewicht der Sendungen in Brief- oder ähnlicher Form soll 16 Loth nicht übersteigen. Wegen der Briefe mit declarirtem Werthe vergleiche §. 11., wegen der Kreuz- und Streifband-Sendungen, so wie wegen der Muster-Sendungen, §§. 15. und 16.

Bei gewöhnlichen und recommandirten Briefen nach Orten des Preussischen Post-Bezirks können die Post-Anstalten jedoch über das Gewicht von 16 Loth in so weit hinausgehen, als bei mäßiger Ueberschreitung desselben die Sendung nach ihrer sonstigen Beschaffenheit noch zur zweckmäßigen Verpackung geeignet ist.

Nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Post-Verkehrs werden gewöhnliche Briefe über 4 Loth, mit Ausnahme der portofreien Dienstbriefe, welche bis zum Gewichte von 1 Pfunde angenommen und stets mit der Briefpost befördert werden können, als Fahrpost-Sendungen behandelt, wenn nicht deren Beförderung mit der Briefpost Seitens des Absenders durch einen Beisatz auf der Adresse oder durch ausreichende Frankirung mit Marken verlangt ist.

§. 5.

Begleitbrief bei Fahrpost-Sendungen.

Jeder Fahrpost-Sendung, mit Ausnahme derjenigen in Brief- oder ähnlicher Form bis zum Gewichte von 16 Loth, muß ein Begleitbrief beigegeben sein, welcher mit Geld oder sonstigen Gegenständen von angegebenen Werthe nicht beschwert sein darf, übrigens entweder aus einem förmlich verschlossenen Briefe oder einer bloßen

Adresse bestehen kann, mindestens jedoch aus einem Viertel Bogen Papier gefertigt sein muß.

§. 6.

Erfordernisse eines Begleitbriefes.

Auf dem Begleitbrief oder der Begleit-Adresse muß die äußere Beschaffenheit der Sendung (eine Kiste bloß, eine Kiste in Leinen, ein Faß u. s. w.), ferner die Bezeichnung (Signatur), und wenn der Werth declarirt wird, die Werth-Angabe, enthalten sein. Werden Schriften, gedruckte Sachen mit schriftlichen Einschaltungen, Aeten und andere Gegenstände, für welche nach der Preussischen Portotaxe das Briefporto erhoben wird, in Packeten versandt, so muß, wenn die Sendung nicht nach einem anderen Staate des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins bestimmt ist, der Gegenstand derselben auf dem Begleitbriefe oder der Begleit-Adresse angegeben werden. Der Begleitbrief oder die Begleit-Adresse muß mit einem Abdrucke desselben Patschaftes, mit welchem die Sendung verschlossen ist, versehen sein.

§. 7.

Mehrere Fahrpost-Stücke zu einem Begleitbriefe.

Zu einem Begleitbriefe können zwar mehrere Stücke gehören, jedoch nicht zugleich Stücke mit und solche ohne Werths-Declaration.

Gehören mehrere Stücke mit Werths-Declaration zu einem Begleitbriefe, so muß auf demselben der Werth von jedem Stücke besonders angegeben sein.

§. 8.

Signatur.

Die Bezeichnung (Signatur) einer Sendung muß entweder aus der vollständigen Adresse, oder aus mehreren großen lesbaren Buchstaben oder Zeichen, darf aber niemals aus Nummern allein bestehen. Dieselbe muß den Bestimmungs-Ort übereinstimmend mit der Bezeichnung auf dem Begleitbriefe enthalten.

Bei nach- oder zurückzusendenden Post-Sendungen muß die Bezeichnung des Bestimmungs-Ortes von der Post-Anstalt kostenfrei entsprechend abgeändert werden.

Die Signatur muß dauerhaft und haltbar sein; sie muß bei Wild, bei Geflügel in Netzen, bei Fleischwaaren, welche leicht Fett absetzen, und bei Wärme- oder Hefesendungen in Beuteln, auf einem hinlänglich großen und gut befestigten Stück Holz oder Leder angebracht sein. Ein Aufkleben von Signaturen mittelst eines Stückes Papier u. s. w. auf Packete ist unzulässig.

§. 9.

Verpackung.

Die Verpackung der Sendungen muß nach Maßgabe der Länge der Transportstrecke, des Umfangs der Sendung und der Beschaffenheit des Inhalts, haltbar und sicher eingerichtet sein.

Bei Gegenständen von geringerem Werthe, welche nicht unter Druck leiden, und nicht Fett oder Feuchtigkeit absetzen, daher auch bei Schriften = oder Acten = Sendungen, genügt im Allgemeinen bei einem Gewichte bis zu ungefähr sechs Pfund, wenn die Dauer des Transportes verhältnißmäßig kurz ist, eine Emballage von haltbarem Packpapier mit angemessener Verschnürung.

Auf größere Entfernungen zu versendende Gegenstände, so wie alle schwerere Fahrpost = Gegenstände, müssen, insofern nicht der Inhalt und Umfang eine andere festere Verpackung erfordert, mindestens in mehrfache Umschläge von starkem Packpapier verpackt sein.

Sendungen von bedeutenderem Werthe, insbesondere solche, welche durch Rässe, Reibung oder Druck leicht Schaden nehmen, z. B. Spitzen, Seidenwaaren u. s. w., müssen nach Maßgabe ihres Werthes, Umfanges und Gewichts in genügend sicherer Weise in Wachsleinwand, Pappe (Pappdeckel), in gut beschaffenen und nach Umständen emballirten Kisten u. s. w. verpackt sein.

Sendungen mit einem Inhalte, welcher anderen Post = Sendungen schädlich werden könnte, müssen so verpackt sein, daß eine solche Beschädigung fern gehalten wird. Mit Flüssigkeiten angefüllte kleinere Gefäße (Gläser, Krüge u. s. w.), sind noch besonders in starken Kisten, Kübeln oder Körben zu verwahren. Fässer, in denen Flüssigkeiten zur Versendung kommen, müssen stark bereist und die Reifen gehörig befestigt sein.

Weintrauben = Sendungen können, wenn sie binnen 24 Stunden den Bestimmungs = Ort erreichen, in Körben oder Holzschachteln verpackt sein, sonst aber nur in wasserdichten Fässern angenommen werden.

Sendungen von Blutegeln müssen so beschaffen sein, daß von dem Inhalte des Gefäßes nichts herausdringen kann.

In dem bloßen Zusammenbinden mehrerer zur Versendung bestimmten Gegenstände kann eine vorschriftsmäßige Verpackung derselben nicht gefunden werden. Wild kann, wenn es nicht mehr blutet, unverpackt zur Beförderung angenommen werden. Wenn aber z. B. mehrere Rehe oder Hasen oder Hasanen u. s. w. als Ein Packet angesehen werden sollen, so müssen sie nicht bloß an den Enden, sondern auch in der Mitte, und zwar hier mittelst eines starken, fest umgelegten und versiegelten Leinwandstreifens, zusammengebunden, oder überhaupt in Rehe, Kisten und dergleichen verpackt sein; in dem einen wie in dem anderen Falle kommt es auf die Angabe der Kopffzahl nicht an. Werden die gedachten Gegenstände nicht auf solche Weise zu Einem Packete vereinigt, so dürfen sie überhaupt nicht zusammen befestigt, sondern müssen einzeln signirt und auf dem Begleitbriefe demgemäß als einzelne Packete bezeichnet sein; zu einem Begleitbriefe können dieselben indeß gehören.

Ueberhaupt ist das Zusammenbinden mehrerer förmlichen Packete, wie z. B. mehrerer Hutschachteln, mehrerer Beutel Hefe, mehrerer Cigarren = Kisten u. s. w., nicht
als

als eine vorschriftsmäßige Verpackung anzusehen; dergleichen Gegenstände müssen, wenn sie als Ein Packet durch die Post versandt werden sollen, in Ein Gebind eingeschlossen sein.

Kleines Geflügel, wie z. B. Rebhühner, Krammetsvögel u. s. w., muß bei der Versendung in einer Einballage, z. B. in Nezen, enthalten, und darf mit größeren, etwa bloßgehenden Stücken nicht zusammengebunden sein.

Packete, die nicht vernäht sind, Schachteln und Kober, müssen stets verschnürt sein. Eben so ist bei vernähten Packeten und bei vernagelten Kisten stets dann eine Verschnürung zu benutzen, wenn solches zur Verstärkung der Haltbarkeit und zur leichteren Handhabung der Sendung nöthig erscheint.

Wird eine Verschnürung angebracht, so muß dieselbe so beschaffen und festgestiegelt sein, daß sie ohne Verletzung der Sendung und der Siegel nicht abgestreift oder geöffnet werden kann.

§. 10.

V e r s c h l u ß.

Der Verschuß einer jeden Postsendung muß haltbar und so eingerichtet sein, daß ohne Beschädigung oder Eröffnung desselben dem Inhalte nicht beizukommen ist. (Wegen der Kreuz- und Streifband-Sendungen, sowie der Muster-Sendungen, vergleiche §§. 15. und 16.)

Bei Briefen nach Gegenden unter heißen Himmelsstrichen darf zum Verschuß Siegellack oder ein anderes, durch Wärme sich auflösendes Material, nicht benutzt werden.

Der Verschuß einer jeden Fahrpost-Sendung, mit Ausnahme der undeclarirten in Brief- oder ähnlicher Form bis zum Gewichte von 16 Loth, so wie mit Ausnahme der Vorschuß- und Einzahlungsbriefe, muß in Befestigung der Schlüsse durch Siegellack mit Abdruck eines ordentlichen Petschaftes bestehen.

Briefe mit declarirtem Werthe (wegen der Geldsendungen siehe §. 11.) müssen mit einem Kreuz-Couvert und mit fünf gleichen Siegeln verschlossen sein.

§. 11.

Verpackung und Verschuß der Geldsendungen.

Briefe mit Geld oder Geldeswerth (Gold, Silber, Papiergeld, Werth-Papieren u. s. w.) müssen mit einem haltbaren Kreuz-Couvert versehen und mit fünf gleichen Siegeln gut verschlossen sein.

Geldstücke (desgleichen z. B. auch Ringe ic.), welche in Briefen versandt werden, müssen in Papier oder dergleichen eingeschlagen und innerhalb des Briefes so befestigt sein, daß eine Veränderung ihrer Lage während des Transports nicht stattfinden kann.

Briefe mit Geld oder Geldeswerth dürfen das Gewicht von 16 Loth niemals übersteigen. Zur Beförderung nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins können Briefe mit baarem Gelde nur bis zum Gewichte von 8 Loth, Briefe mit

mit Papiergeld hingegen ebenfalls bis zum Gewichte von 16 Loth angenommen werden. In wie weit einzelne Post-Verwaltungen des Vereins Briefe mit baarem Gelde bis zu einem höheren Gewichte als 8 Loth zulassen, wird von der obersten Post-Be-
hörde besonders bekannt gemacht.

Schwerere Geldsendungen sind in Packeten, Beuteln, Kisten oder Fässern fest zu verpacken.

Sendungen bis zum Gewichte von 3 Pfund, sofern der Werth bei Papiergeld nicht 3000 Rthlr. oder 5000 Fl. und bei baarem Gelde nicht 300 Rthlr. oder 500 Fl. übersteigt, dürfen in Packeten von starkem, mehrfach umschlagenem und gut verschnürten Papier versendet werden.

Bei schwererem Gewichte und bei größeren Summen muß die äußere Verpackung in haltbarem Leinen, Wachseleinwand oder Leder bestehen, gut umschnürt oder vernäht und die auswendige Naht versiegelt sein.

Geldbeutel (Säcke), welche keine weitere Verpackung erhalten, müssen von wenigstens doppelter Leinwand, die Naht darf nicht auswendig, der Kropf nicht zu kurz, und da, wo der Knoten geschürzt ist, und außerdem über beiden Schnur-Enden, muß das Siegel deutlich aufgedrückt sein. Die Schnur, welche den Kropf umgiebt, muß durch den Kropf selbst hindurch gezogen werden. Dergleichen Sendungen sollen nicht über 50 Pfund schwer sein.

Die Geldkisten müssen von starkem Holz angefertigt, gut gefügt und fest vernagelt sein, oder gute Schlösser haben; sie dürfen nicht mit überstehenden Deckeln versehen, und Eisenbeschläge müssen fest und dergestalt eingelassen sein, daß sie andere Gegenstände nicht zerschneiden können. Ueber 50 Pfund schwere Kisten müssen gut be-
reift und mit Handhaben (Handschlingen) versehen sein.

Die Geldfässer müssen gut bereift, die Schlußreifen angenagelt und an beiden Böden dergestalt verschnürt und versiegelt sein, daß ein Öffnen des Fasses ohne Ver-
letzung der Umschnürung oder des Siegels nicht möglich ist.

Bei Packeten mit baarem Gelde in größeren Beträgen muß der Inhalt gerollt sein. Gelder in Fässern oder Kisten müssen in Beuteln oder Packeten verpackt sein.

Hinsichtlich des Maximal-Gewichts der Geldfässer und Geldkisten kommen die Vorschriften des §. 14. zur Anwendung.

§. 12.

Behandlung reglementswidrig beschaffener Sendungen.

Alles, was nicht den vorstehenden Bestimmungen gemäß adressirt, signirt, verpackt und verschlossen ist, kann dem Absender zur vorschriftsmäßigen Adressirung, Signirung, Verpackung und Verschließung zurückgegeben werden.

Verlangt jedoch der Einlieferer, der ihm geschehenen Bedeutung ungeachtet, die Beförderung der Sendung in ihrer mangelhaften Beschaffenheit, so muß solche, — vorausgesetzt, daß die Sendung nach einem Orte des Inlandes gerichtet ist, — in so
weit

weit geschehen, als aus den gerügten Mängeln ein Nachtheil für andere Postgüter oder eine Störung der Ordnung im Dienstbetriebe nicht zu befürchten ist, der Einlieferer auch auf Ersatz und Entschädigung verzichtet und diese Verzichtleistung auf der Adresse, z. B. durch die Worte: „auf meine Gefahr“, ausdrückt und unterschreibt. Wird über die Sendung ein Einlieferungsschein ertheilt, so hat die Post-Anstalt von der Verzichtleistung des Absenders auf dem Scheine Notiz zu nehmen. Es wird alsdann, im Falle eines Verlustes oder Schadens, vermuthet, daß derselbe in Folge jener Mängel entstanden ist.

Sind aber auch dergleichen Mängel bei der Einlieferung der Sendung nicht gerügt worden, so hat dennoch der Absender alle die Nachtheile zu vertreten, welche erweislich aus einer vorschriftswidrigen Adressirung, Signirung, Verpackung und Verschließung hervorgegangen sind.

§. 13.

Von der Post-Beförderung ausgeschlossene Gegenstände.

Zur Versendung mit der Post dürfen nicht aufgegeben werden Gegenstände, deren Beförderung mit Gefahr verbunden ist, namentlich alle durch Reibung, Luftzudrang oder Druck und sonst leicht entzündliche Sachen, so wie ägende Flüssigkeiten. Dahin gehören z. B. Schießpulver, Feuerwerks-Gegenstände, Reib- oder Streichzündker, Schießbaumwolle, Phosphor, Knallgold, Knallsilber, Knallquecksilber, Aether oder Naphtha, Mineralsäuren u. s. w. Auch Riehnruß-Schwärze ist zur Beförderung mit der Post nicht zuzulassen.

Die Post-Anstalten sind befugt, in Fällen des Verdachts, daß die Sendungen Gegenstände der obigen Art enthalten, vom Aufgeber die Declaration des Inhalts zu verlangen.

Diejenigen, welche verbotene Sachen unter unrichtiger Declaration, oder mit Verschweigung des Inhalts der Sendung, zur Post aufgeben, haben — vorbehaltlich der Bestrafung nach den Landesgesetzen — für jeden daraus entstehenden Schaden zu haften.

§. 14.

Zur Post-Beförderung bedingt zugelassene Gegenstände.

Flüssigkeiten, dergleichen Sachen, die dem schnellen Verderben und der Fäulniß ausgesetzt sind, unförmlich große Gegenstände, so wie Bäume, Sträucher und dergleichen, ferner lebende Thiere, können von den Post-Anstalten zurückgewiesen werden.

Für dergleichen Gegenstände, wenn dieselben dennoch zur Beförderung angenommen werden, so wie für leicht zerbrechliche Gegenstände und für in Schachteln verpackte Sachen, leistet die Post-Verwaltung keinen Ersatz, wenn durch die Natur des Inhalts der Sendung oder durch die Beschaffenheit der Verpackung auf dem Transporte eine Beschädigung oder ein Verlust entstanden ist.

Die im §. 13. ausgesprochene Befugniß der Post-Anstalten, Declarationen des Inhalts zu verlangen, tritt auch in solchen Fällen ein, wo Grund zu der Annahme vor-

vorliegt, daß die Sendungen Flüssigkeiten, dem schnellen Verderben und der Fäulniß ausgesetzte Sachen, oder lebende Thiere enthalten.

Wenn Flüssigkeiten als solche nicht declarirt sind, so hat der Absender den Schaden zu ersetzen, welcher in Folge der Beförderung derartiger Sendungen anderen Postgütern verursacht wird.

Sendungen von Wildpret sind während warmer oder heißer Jahreszeit nur dann zur Beförderung durch die Post anzunehmen, wenn sich berechnen läßt, daß dieselben, ohne zu verderben, den Bestimmungs-Ort erreichen werden.

Sendungen von Butter sind nur in der Jahreszeit vom Monat October bis einschließlich April, und Sendungen von Käse ohne Unterschied der Jahreszeit nur dann, wenn der Käse keinen erheblichen Geruch verbreitet, zur Beförderung durch die Post anzunehmen.

Das Gewicht einer Fahrpost-Sendung soll im Allgemeinen 100 Pfund nicht erheblich übersteigen. Zur Beförderung im Inlande können jedoch auch schwerere Sendungen zugelassen werden, sofern dieselben ihrer Beschaffenheit nach und nach Maßgabe der vorhandenen Post-Transportmittel, zur Beförderung mit der Post nicht ungeeignet sind, und sich absehen läßt, daß ihre Handhabung unterwegs besondere Schwierigkeiten nicht verursachen werde. In wie weit auch nach fremden Post-Bezirken schwerere Sendungen angenommen werden dürfen, wird von der obersten Post-Behörde besonders bekannt gemacht.

§. 15.

Kreuzband-Sendungen.

Zeitungen, Journale, periodische Werke, Druckschriften, durch den Druck, durch Lithographie oder Metallographie vervielfältigte Musikalien, Kataloge, Prospective, Preis-Courante, Lotterie-Gewinnlisten, Ankündigungen und sonstige Anzeigen, desgleichen Correcturbogen ohne beigefügtes Manuscript, müssen, wenn die Kreuzband-Taxe Anwendung finden soll, uneingebunden oder brochirt unter schmalem Streif- oder Kreuzband eingeliefert und bei der Einlieferung frankirt werden.

Uebrigens muß das Streif- oder Kreuzband dergestalt angelegt sein, daß dasselbe abgestreift, und die Beschränkung des Inhalts der Sendung auf Gegenstände, deren Versendung unter Band gestattet ist, erkannt werden kann.

Die Versendung der bezeichneten Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband ist unzulässig, wenn dieselben nach ihrer Fertigung durch Druck u. s. w. außer der Adresse geschriebene, oder auf andere Weise, z. B. durch Stempel oder Druck beigefügte Ziffern oder Zusätze erhalten haben. Es kann jedoch den Preis-Couranten, Circularen und Empfehlungsschreiben Adresse, Datum und Namens-Unterschrift, der äußern Adresse eines Streif- oder Kreuzbandes der Name oder die Firma des Absenders, und den Correctur-Bogen können Aenderungen und Zusätze, welche zur Correctur gehören und auf diese sich beschränken, hinzugefügt werden.

Mehrere Exemplare unter einem Streif- oder Kreuzbande müssen im Falle der Unterschrift von einem und demselben Absender (Firma) unterzeichnet, und dürfen nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adress-Umschlägen versehen sein.

Circulare von Handlungshäusern dürfen mit der handschriftlichen Unterzeichnung der Firma von mehreren Theilnehmern der Handlung versehen sein.

Streif- oder Kreuzband-Sendungen, bei denen die Adresse nicht nur den eigentlichen Adressaten bezeichnet, sondern zugleich die Bestimmung enthält, daß die Sendungen auch anderen Personen mitgetheilt werden sollen, sind, wenn sie am Schalter aufgegeben werden, zurückzuweisen, wenn im Briefkasten vorgefunden, mit dem vollen Briefporto zu belegen.

Streif- und Kreuzband-Sendungen dürfen nur bis zum Gewichte von 16 Loth angenommen werden, und werden jederzeit als zur Briefpost gehörig behandelt. Die Taxe für Streif- und Kreuzband-Sendungen beträgt für den ganzen Bezirk des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins, ohne Unterschied der Entfernung, 4 Silberpfennige pro Zollloth exclusive.

Für dergleichen Sendungen, welche den obigen Bestimmungen nicht entsprechen oder unfrankirt eingeliefert werden, ist das gewöhnliche Briefporto zu entrichten.

§. 16.

Waarenproben- und Muster-Sendungen.

Waarenproben und Muster müssen, wenn auf die dafür zugestandene Porto-Ermäßigung Anspruch gemacht wird, dergestalt verpackt sein, daß die Beschränkung des Inhalts auf diese Gegenstände leicht ersichtlich ist.

Diesen Sendungen darf, wenn die ermäßigte Taxe eintreten soll, nur ein einfacher Brief angehängt sein, welcher bei der Austaxirung mit der Waarenprobe oder dem Muster zusammen zu wiegen ist.

Ist der Brief schwerer, oder sind die Waarenproben oder Muster in den Brief gelegt, so wird die Sendung, d. h. Brief und Probe zusammen, als gewöhnlicher Brief taxirt.

Für Waarenproben und Muster, welche vorschriftsmäßig verpackt sind, wird im ganzen Bereiche des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins für je 2 Loth excl. das einfache Briefporto nach der Entfernung, wenn die Sendungen nach inländischen Orten bestimmt sind, jedoch als Maximum das sechsfache Briefporto erhoben.

Derlei Sendungen werden nur bis zum Gewichte von 16 Loth angenommen und als Briefpost-Sendungen behandelt.

§. 17.

Recommandirte Briefe.

Die Recommendation ist nur zulässig:

- 1) bei gewöhnlichen Briefen;
- 2) bei Streif- oder Kreuzband-Sendungen;

3) bei

3) bei Briefen mit Waarenproben oder Mustern.

Es wird durch das Wort „recommandirt“ ausgedrückt.

Wünscht der Absender einer recommandirten Briefpost-Sendung die von dem Adressaten auszustellende Empfangs-Bescheinigung (Ablieferungsschein, Retour-Recepisse) zu erhalten, so muß ein solches Verlangen durch die Bemerkung: „gegen Ablieferungsschein“ („Retour-Recepisse“) auf der Adresse ausgedrückt sein, und der Absender sich namhaft machen.

Ueber eine recommandirte Sendung wird dem Absender eine Bescheinigung der geschehenen Einlieferung (ein Einlieferungsschein) ertheilt. Für recommandirte Briefe so wie für recommandirte Sendungen unter Band (§. 15.) oder mit Proben (§. 16.) ist außer dem gewöhnlichen Porto eine Gebühr von 2 Silbergroschen, ohne Rücksicht auf die Entfernung und das Gewicht, zu erheben.

Recommandirte Sendungen werden nur mit der Briefpost befördert, und müssen, wenn sie nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins bestimmt sind, frankirt werden.

§. 18.

Declaration.

Die Declaration des Werthes einer Sendung muß, wenn sie im Falle des Verlustes oder der Beschädigung der Sendung bei der Ersagleistung maßgebend sein soll, bei Briefen mit Geld oder sonstigem Inhalte von Werth auf der Adresse des Briefes, und bei anderen Sendungen sowohl auf der Adresse des Begleitbriefes, als auf der Sendung bei der Signatur, angegeben werden.

Die Declaration des Werthes einer Sendung ist in Preussischer Silberwährung auszudrücken, und es darf bei Sendungen nach Orten des Inlandes der declarirte Betrag den gemeinen Werth der Sendung nicht übersteigen. Besteht eine Sendung aus fremden Geldsorten oder aus Goldmünzen, so hat der Aufgeber (und ausbühlsweise der annehmende Post-Beamte) die Reduction vorzunehmen, und den Werth der Sendung auf der Adresse in Silber-Courant auszudrücken. Bei der Versendung von cours-habenden Papieren und Documenten ist der Coursverth, welchen dieselben zur Zeit der Einlieferung haben, bei der Versendung von hypothekarischen Documenten, Wechseln und ähnlichen Documenten derjenige Betrag anzugeben, welcher zur Erlangung einer rechtsgültigen neuen Ausfertigung des Documents, oder zur Beseitigung der aus dem Verluste entstehenden Hindernisse, die verbriefte Forderung einzuziehen, voraussichtlich zu verwenden sein würde. Ist aus dem Inhalte der Declaration zu ersehen, daß dieselbe den vorstehenden Regeln nicht entspricht, so kann die Sendung zur Berichtigung der Declaration zurückgegeben werden. Ist letzteres aber auch nicht geschehen, so darf dennoch aus einer irthümlich zu hohen Declaration ein Anspruch auf Erstattung des entsprechenden Theiles der Affecuranz-Gebühr nicht hergeleitet werden.

Ueber Sendungen mit declarirtem Werthe wird ein Einlieferungsschein ertheilt.

§. 19.

Baare Einzahlungen.

Die Post-Verwaltung übernimmt es, Beträge unter und bis zu 50 Rthlr. in cassenmäßigen Gelde von den Absendern anzunehmen und an Adressaten innerhalb des Preussischen Postverwaltungs-Bezirks auszuzahlen (Baare Einzahlung). Zur Auszahlung an Adressaten in anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins können Einzahlungen nur bis zur Höhe von 10 Rthlrn. zugelassen werden.

Jeder Einzahlung muß ein gewöhnlicher Brief, der bei Einzahlungen nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins nur einfach sein darf, oder ein lediges Couvert beigegeben werden.

Baare Einzahlungen auf Sendungen unter Band, Sendungen mit Waarenproben, auf recommandirte Briefe, auf Briefe mit declarirtem Werthe und auf Begleitbriefe zu Packeten mit und ohne Werths-Declaration zu leisten, ist unzulässig.

Auf der Adresse des Briefes oder Couverts muß der Empfänger genau bezeichnet und der Betrag der baaren Einzahlung mit den Worten:

„Hierauf eingezahlt“
vermerkt, die Thaler- oder Guldensumme auch in Zahlen und in Buchstaben ausgedrückt sein.

Dem Absender wird über die geleistete Einzahlung ein Einlieferungsschein ertheilt.

Für baare Einzahlungen ist vom Absender oder vom Empfänger, je nachdem die Sendung frankirt oder unfrankirt aufgegeben wird, zu entrichten:

- a. das tarifmäßige Briefporto für den Brief oder die Brief-Adresse;
- b. die Einzahlungs-Gebühr. Diese beträgt als Minimum 1 Sgr., sonst aber von der eingezahlten Summe für jeden Thaler oder Theil eines Thalers $\frac{1}{4}$ Sgr.

Die baaren Einzahlungen werden bei der Beförderung als Fahrpost-Sendungen behandelt.

§. 20.

Vorschuß-Sendungen. (Nachnahme.)

Die Post-Verwaltung übernimmt es, Beträge bis zur Höhe von 50 Rthlrn. (oder 75 Fl. Conv. M. oder 87½ Fl. Rheinl.) von Adressaten innerhalb des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins-Bezirks einzuziehen. (Vorschuß-Sendungen. Nachnahme-Sendungen. Postvorschüsse.)

Briefe und sonstige Sendungen, auf welche dergleichen Beträge eingezogen werden sollen, müssen auf der Adresse den Vorschuß-Betrag mit den Worten:

„Vorschuß oder Nachnahme“
und die Thaler- oder Guldensumme in Zahlen und in Buchstaben ausgedrückt enthalten.

Vorschußbriefe dürfen nicht recommandirt werden.

Der Absender erhält bei der Aufgabe der Sendung eine Bescheinigung, daß der Betrag des Vorschusses ausgezahlt werden solle, sobald die Sendung von dem Adressaten eingelöst worden sei.

Eine Vorschuss-Sendung darf nur gegen Verichtigung des Vorschuss-Betrages ausgehändigt werden. Sie muß spätestens 14 Tage nach dem Eingange der Post-Anstalt am Aufgaborte zurückgesandt werden, wenn dieselbe innerhalb dieser Frist nicht eingelöst wird. Dieses gilt auch von den Vorschuss-Sendungen mit dem Vermerke „poste restante.“

Die Zurückgabe der nicht eingelösten Vorschuss-Sendungen erfolgt an denjenigen, welcher die Bescheinigung über Reservierung des Post-Vorschusses zurückgibt. Ist es eine Sendung mit declarirtem Werthe, so werden die Vorschriften beachtet, welche für Zurückgabe solcher Sendungen gegeben sind. (Vergleiche S. 25.)

Erst durch die Einlösung einer Vorschuss-Sendung überkömmt die Post-Verwaltung die Verbindlichkeit zur Auszahlung des Vorschuss-Betrages. Von der erfolgten Einlösung muß der Post-Anstalt am Aufgaborte mit nächster Post Nachricht gegeben werden, und diese zahlt hierauf den Vorschuss-Betrag an denjenigen aus, welcher die Bescheinigung über Reservierung des Vorschusses zurückgibt. Eine Prüfung der Legitimation desjenigen, welcher den Schein zurückbringt, liegt der Post-Anstalt nicht ob.

Wenn einzelne Corporationen, Gesellschaften oder Personen sich jedesmal die Auszahlung des Vorschusses gleich bei Einlieferung der Sendungen zu sichern wünschen, so ist mit Genehmigung der vorgesetzten Ober-Post-Direction eine Cautionsleistung einzuleiten, wonächst bis zur Höhe einer solchen bei der Casse der Ober-Post-Direction zu deponirenden Cautions, Post-Vorschüsse an die Caventen gleich bei Einlieferung der Sendung gezahlt werden sollen.

Wird eine Vorschuss-Sendung, auf welche der Betrag des Vorschusses gleich bei der Einlieferung gezahlt worden ist, nicht eingelöst, so muß der Absender den erhobenen Betrag zurückzahlen.

Für Vorschuss-Sendungen wird außer dem gewöhnlichen Porto eine Gebühr (Procura-Gebühr) erhoben, welche beträgt, die Sendung mag angenommen werden oder nicht:

1) bei Sendungen nach Orten des Inlandes:

unter 5 Egr.	nichts;
von 5 bis 15 Egr.	1 Egr.;
über 15 Egr. von halben zu halben Thalern:	
a. bis 10 Rthlr.	1 =
b. über 10 Rthlr., außer den Sägen bis	
10 Rthlr.	½ =

2) bei Sendungen nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins:

für

für jeden Thaler oder Theil eines Thalers $\frac{1}{2}$ Sgr., im Minimum aber 1 Sgr.

Eine Vorausbezahlung des Porto und der Gebühr ist zulässig, aber nicht nothwendig. Bei Rücksendungen wird die Gebühr für den Vorschuß nicht noch einmal angelegt.

Die Vorschuß-Sendungen werden bei der Beförderung als Gegenstände der Fahrpost behandelt.

§. 21.

Express-Briefe.

Sendungen, welche sogleich nach der Ankunft den Adressaten durch besondere Boten zugestellt werden sollen, müssen auf der Adresse wörtlich den Vermerk:

„durch Expressen zu bestellen“

enthalten.

Für derartige Bestellungen sind zu entrichten:

- a. wenn die Bestellung am Orte der betreffenden Post-Anstalt erfolgt, für einen Brief $2\frac{1}{2}$ Sgr., für einen Brief nebst Packet bis zum Gewichte von 5 Pfd., 5 Sgr.;
- b. wenn die Bestellung außerhalb des gedachten Ortes erfolgt, für einen Brief für jede Meile 5 Sgr., für jede halbe Meile $2\frac{1}{2}$ Sgr., und für jede viertel Meile $1\frac{1}{4}$ Sgr., im Ganzen jedoch nicht unter $2\frac{1}{2}$ Sgr. für jede Bestellung; für einen Brief nebst Packet bis zum Gewichte von 5 Pfund das doppelte der vorstehenden Sätze.

Packete bis 5 Pfund werden dem bestellenden Boten mitgegeben, wenn der Absender nicht ein Anderes ausdrücklich verlangt. Bei schwereren Packeten wird nur der Begleitbrief, bei Sendungen mit declarirtem Werthe nur das Formular zum Ablieferungs-Scheine (§. 29.) bestellt.

Mit der Annahme von Briefen und sonstigen Sendungen zur expressen Bestellung an Adressaten, die im Orte selbst oder im eigenen Land-Bezirk der Post-Anstalt wohnen, haben die Post-Anstalten sich nicht zu befassen. Ebenso wenig haben dieselben Versendungen mittelst expresser Boten nach solchen Orten zu besorgen, an welchen sich ebenfalls eine Post-Anstalt befindet und wohin eine Post geht.

Im Verkehr zwischen Preußen und anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins ist die Bestellung durch expresse Boten nur bei Briefen zulässig, und auch bei diesen nur dann, wenn sie recommandirt sind. Für jeden am Orte der Abgabe-Post-Anstalt zu bestellenden Expressbrief ist, wenn die Bestellung am Tage erfolgt, eine Bestell-Gebühr von 3 Sgr., und wenn die Bestellung zur Nachtzeit erfolgt, von 6 Sgr. zu entrichten. Für die außerhalb des Orts der Abgabe-Post-Anstalt zu bestellenden Expressbriefe sind außer dem dafür dem Boten zu zahlenden Lohn,

Lohn, ohne Unterschied, ob die Bestellung am Tage oder zur Nachtzeit erfolgt, 3 Egr. für die Beschaffung des Boten zu entrichten.

Das Botenlohn für die expresse Bestellung kann nach Gutbefinden des Absenders vorausbezahlt, oder dessen Zahlung dem Adressaten überlassen werden. In allen Fällen bleibt jedoch der Absender für die Berichtigung der Bestell-Gebühr verhaftet.

§. 22.

Ort der Einlieferung.

Die Einlieferung der Briefe, Gelder, Pakete und sonstigen Sendungen muß in den Post-Anstalten an denjenigen Beamten geschehen, welcher an der Annahmestelle den Dienst verrichtet.

Nur gewöhnliche unfrankirte Briefe, in so fern sie dem Francozwange nicht unterliegen, ingleichen solche gewöhnliche Briefe, Streif- oder Kreuzband-Sendungen, für welche das Porto durch aufgeklebte Post-Freimarken oder gestempelte Brief-Couvertés entrichtet ist (S. 38.), können in die Briefkasten gelegt, und auch den Conducteuren, Postilloncn, Postfußboten (Beförderern der Botenposten) und Landbriefträgern, wenn dieselben sich unterwegs im Dienst befinden, übergeben werden.

§. 23.

Zeit der Einlieferung.

Die Einlieferung muß während der Dienststunden der Post-Anstalten, und, wenn die Versendung des eingelieferten Gegenstandes mit der nächsten dazu geeigneten Post erfolgen soll, noch vor der Schlußzeit dieser Post geschehen.

Bei denjenigen Post-Anstalten, bei denen eine tägliche Post-Verbindung in der Richtung des Bestimmungs-Ortes nicht besteht, dürfen Geldbriefe und Pakete mit declarirtem Werthe aus dem Orte in der Regel erst an dem Tage, an welchem die betreffende Post abgeht, oder, wenn der Abgang derselben in die Nacht- oder Frühstunden fällt, erst am Abende vorher, angenommen werden. Derartige Sendungen, welche von durchreisenden oder nicht am Orte wohnenden Personen ausgehen, unterliegen jedoch dieser Beschränkung nicht.

a. Dienststunden.

Die Dienststunden der Post-Anstalten für den Verkehr mit dem Publicum sind:

- 1) in dem Sommer-Halbjahr (vom 1sten April bis letzten September) von 7 Uhr Morgens bis 1 Uhr Mittags;
- 2) in dem Winter-Halbjahr (vom 1sten October bis letzten März) von 8 Uhr Morgens bis 1 Uhr Mittags, und
- 3) zu allen Jahreszeiten von 2 Uhr Nachmittags bis 8 Uhr Abends.

An Sonntagen fallen jedoch die Dienststunden von 9 Uhr Morgens bis 5 Uhr Nachmittags aus. An solchen gesetzlichen Festtagen, welche nicht auf einen Sonntag treffen, ferner am Geburtstage Sr. Majestät des Königs, werden die Dienststunden in der Weise beschränkt, daß in der Zeit von 9 Uhr Morgens bis um 5 Uhr Nach-

Nachmittags, sowohl des Vormittags als auch des Nachmittags zwei Stunden ausfallen, in der Zwischenfrist aber mindestens während zwei Stunden der Dienst-Verkehr mit dem Publicum ununterbrochen stattfindet. Die ausfallenden Stunden werden für jede Post-Anstalt durch die vorgesezte Ober-Post-Direction besonders bestimmt. Die getroffene Festsetzung muß zur Kenntniß des Publicums gebracht werden.

Die Ober-Post-Directionen sind ermächtigt:

- 1) bei einzelnen Post-Anstalten den vorstehend unter 1., 2. und 3. genannten Dienststunden eine größere Ausdehnung zu geben, wobei aber von den Bestimmungen wegen Beschränkung der Dienststunden an Sonn- und gesetzlichen Festtagen nicht abgewichen werden darf;
- 2) in Ansehung solcher Post-Expeditionen, welche durch einen allein stehenden Beamten verwaltet werden, die Dienststunden in so weit zu beschränken, als es zur Erleichterung des allein stehenden Beamten nothwendig, und in Beziehung auf den Postenlauf, ohne Gefährdung der Interessen des Publicums, zulässig ist;
- 3) in Fällen eines vorübergehenden außerordentlichen Verkehrs-Bedürfnisses Abweichungen von den obigen Festsetzungen wegen Beschränkung der Dienststunden an Sonn- und gesetzlichen Festtagen zeitweise nachzulassen.

Ausdehnungen und Beschränkungen der Dienststunden müssen zur Kenntniß des Publicums gebracht werden.

b. Schlußzeit.

Die Schlußzeit tritt ein:

- 1) für gewöhnliche Briefe, Streif- oder Kreuzband-Sendungen und Sendungen mit Waarenproben oder Mustern, über welche dem Absender ein Einlieferungs-Schein nicht zu erteilen ist;
eine halbe Stunde vor dem planmäßigen Abgange der Post,
und bei Posten, welche den Ort passiren,
eine halbe Stunde vor dem planmäßigen Weitergange der Post.
Auf Bahnhof=Post-Expeditionen tritt für die bezeichneten Gegenstände die Schlußzeit erst fünf Minuten vor dem planmäßigen Abgange des betreffenden Zuges ein; auch können diese Gegenstände, wenn sie sonst dazu geeignet sind, bis unmittelbar vor dem Abgange des Zuges in die an den Eisenbahn-Postwagen angebrachten Briefkasten gelegt werden;
- 2) für Briefe u. s. w., über welche dem Absender ein Einlieferungs-Schein zu erteilen ist, und für Packete mit oder ohne Werths-Declaration:
zwei Stunden vor dem planmäßigen Abgange der Post,
und bei Posten, welche den Ort passiren,
zwei Stunden vor dem planmäßigen Weitergange der Post.

Bei Post-Transporten auf Eisenbahnen werden diese Schlußzeiten um so viel ver-

verlängert, als erforderlich ist, um die Gegenstände von der Post-Anstalt nach dem Bahnhofs zu transportiren, und auf dem Bahnhofs selbst überzuladen.

Die Ober-Post-Directionen sind verpflichtet, wo die Umstände es gestatten, insbesondere bei den Bahnhofs-Post-Expeditionen, die Schlußzeiten so viel als thunlich abzukürzen. Zu jeder Verlängerung der Schlußzeiten ist die Genehmigung der obersten Post-Behörde erforderlich.

Vergleichen Maßregeln müssen zur Kenntniß des Publicums gebracht werden.

Bei Posten, die außerhalb der gewöhnlichen Dienststunden abgehen, bildet der Ablauf der Dienststunden die Schlußzeit, in so fern nicht, nach Maßgabe des Abganges der Post, die Schlußzeit nach den vorstehenden Festsetzungen früher eintritt.

Die an den Dienst-Localien der Post-Anstalten befindlichen Briefkasten müssen bei Eintritt der Schlußzeit jeder Post und zu den außerhalb der gewöhnlichen Dienststunden abgehenden Posten auch noch vor deren Abgang geleert werden. Bei Sendungen, welche in Briefkasten fern des Post-Dienstlocals gelegt werden, ist auf Mitbeförderung mit der zunächst abgehenden Post nur in so weit zu rechnen, als die Sendungen nach der gewöhnlichen Zeit der Leerung der Kasten vor Schluß der betreffenden Posten zum Post-Dienstlocal gelangen. Zu welchen Zeiten die Kasten regelmäßig geleert werden, ist zur Kenntniß des Publicums zu bringen.

§. 24.

Einkieferungschein.

In allen den Fällen, in welchen nach den vorangegangenen Bestimmungen die geschehene Einkieferung durch einen von der Post-Anstalt zu ertheilenden Einkieferungschein zu bescheinigen ist, darf sich der Einkieferer nicht entfernen, ohne den Einkieferungschein in Empfang genommen zu haben, widrigenfalls, und in so fern die geschehene Einkieferung nicht aus den Büchern oder Karten ersichtlich ist, dieselbe für nicht geschehen erachtet werden muß.

§. 25.

Zurücknahme aufgegebener Postsendungen.

Die zur Post eingelieferten Sendungen können von dem Absender vor deren Zustellung an den Adressaten zurückgenommen werden.

Die Zurücknahme kann erfolgen am Orte der Aufgabe oder am Bestimmungs-Orte, ausnahmsweise auch, in so fern dadurch keine Störung des Expeditions-Dienstes herbeigeführt wird, an einem unterwegs gelegenen Umspeiditions-Orte.

Zur Zurückforderung und Zurücknahme wird Derjenige für legitimirt erachtet, der den Einkieferungschein, wenn aber ein solcher nicht ertheilt ist, das Petschaft, mit welchem der Brief oder das Packet versiegelt worden ist, und ein von derselben Hand, von welcher die Original-Adresse der Sendung geschrieben ist, geschriebenes Duplicat derselben vorzeigt.

Die Zurückgabe erfolgt im ersten Falle gegen Zurückgabe des Einkieferungs-

Scheins, wenn aber ein solcher nicht ertheilt ist, gegen Auslieferung eines von dem Siegel zu nehmenden Abdruckes und des Duplicats der Adresse.

Ist die Sendung bereits abgegangen, so hat Derjenige, welcher dieselbe zurückfordert, den Gegenstand bei der Post-Anstalt des Abgangs-Ortes schriftlich so genau zu bezeichnen, daß derselbe unzweifelhaft als der reclamirte zu erkennen ist. Die gedachte Post-Anstalt fertigt das Reclamations-Schreiben aus, welchem die Post-Anstalten des betreffenden Courses Folge zu leisten haben.

Soll die Zurückforderung auf telegraphischem Wege geschehen, so darf eine diesfallige Depesche nicht abgesandt, oder derselben Folge gegeben werden, wenn nicht die Post-Anstalt des Aufgabs-Ortes amtlich bescheinigt hat, daß der Absender sich als zur Zurückforderung berechtigt bei derselben legitimirt habe; daß dies geschehen, muß in der Depesche bemerkt sein.

Ist die Sendung noch nicht abgegangen, so wird das haar erlegte Franco, nicht aber das durch Marken entrichtete Franco zurückgegeben.

Ist die Sendung bereits abgesandt, so hat der Absender das Porto wie für eine gewöhnliche Retour-Sendung zu entrichten, und zwar bei Fahrpost-Sendungen bis zu und von dem Orte, von dem der Gegenstand zurückgesandt wird.

§. 26.

Expedition.

Welchen Weg die Post-Sendungen zu nehmen haben, um den Adressaten zugeführt zu werden, wird von der Post-Behörde bestimmt. Dieselbe hat in der Regel die schnellsten Beförderungs-Gelegenheiten zu benutzen, welche sich für Sendungen der betreffenden Kategorie in der Richtung des Bestimmungs-Ortes darbieten. Bei Fahrpost-Sendungen nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins ist jedoch in besonderen Fällen, wenn durch die Versendung auf einem anderen, als dem gewöhnlichen Wege, ein Vortheil erreicht werden kann, dem Aufgeber freigestellt, den Expeditiions-Weg selbst zu bestimmen.

§. 27.

Herstellung des Verschlusses und Eröffnung der Sendungen durch die Post-Beamten.

Hat sich das Siegel oder der anderweite Verschuß einer Sendung gelöst, so wird derselbe von den Post-Beamten, unter Brückung des Postiegels und Hinzufügung der Namens-Unterschrift des betreffenden Post-Beamten, wieder hergestellt.

Ist durch die gänzliche Lösung des Siegels oder anderweitigen Verschlusses einer Sendung mit haarem Gelde oder mit geldwerthen Papieren die Herausnahme des Gegenstandes der Sendung möglich geworden, so wird vor Herstellung des Verschlusses erst festgestellt, ob der declarirte Betrag der Sendung noch vorhanden ist.

Bei Post-Anstalten, wo zwei oder mehrere Beamte zugleich im Dienste anwesend sind, wird zur Herstellung des Verschlusses und beziehungsweise zur Feststellung des Inhalts, sofort ein zweiter Beamter als Zeuge hinzugerufen. Ist ein zweiter

Be-

Beamter nicht im Dienste, jedoch ein vereideter Post-Unterbeamter zugegen, so wird dieser als Zeuge hinzugerufen.

Hat nach den vorstehenden Bestimmungen ein anderweiter Verschluss der Sendung durch Post-Beamte stattgefunden, so ist bei Ankunft der Sendung am Bestimmungs-Orte der Adressat davon in Kenntniss zu setzen und aufzufordern, zur Eröffnung der Sendung in Gegenwart eines Post-Beamten im Post-Bureau innerhalb der zu bestimmenden Frist sich einzufinden. Leistet der Adressat dieser Aufforderung keine Folge, oder verzichtet derselbe ausdrücklich auf Eröffnung der Sendung, so ist mit deren Bestellung und Aushändigung nach Maßgabe der folgenden Vorschriften zu verfahren. Etwaige Erinnerungen, welche der erschienene Adressat bei Eröffnung der Sendung gegen den Inhalt erhebt, sind in das Protocoll aufzunehmen, durch welches der Befund festgestellt wird.

Waltet der Verdacht ob, daß mit der Einlieferung einer Sendung eine Porto-Contravention unternommen worden ist, so sind die Post-Anstalten berechtigt, von dem Absender oder von dem Adressaten zu verlangen, daß derselbe die Sendung innerhalb einer bestimmten Frist in Gegenwart eines Post-Beamten eröffne. Leistet der Absender oder der Adressat der Aufforderung keine Folge, so kann die Eröffnung der Sendung von einem Post-Beamten erfolgen, welcher nach Maßgabe der obigen Bestimmung einen zweiten Post-Beamten oder Post-Unterbeamten zuziehen hat.

In allen Fällen müssen sich die Post-Beamten jeder über den Zweck der Eröffnung hinausgehenden Einsicht der Sendung enthalten, auch muß über die geschehene Eröffnung ein Protocoll aufgenommen werden, in welchem die Veranlassung der Maßregel, der Hergang bei derselben und der Erfolg anzugeben sind.

Streif- und Kreuzband-Sendungen (§. 15.) zum Zwecke der Controlle zu öffnen und einzusehen, sind die Post-Beamten auch ohne weiteres Verfahren befugt.

Die vorstehenden Festsetzungen beziehen sich nur auf die Behandlung der Post-Sendungen innerhalb des Preussischen Post-Bezirks.

§. 28.

Erneuerung der Verpackung.

Ergiebt die Verpackung einer Sendung sich unterwegs als mangelhaft, und steht zu befürchten, daß die fehlerhafte Verpackung bei der Weiterbeförderung die Beschädigung oder das theilweise oder gänzliche Verderben der Sendung herbeiführen, oder eine nachtheilige Einwirkung auf andere Sendungen zur Folge haben möchte, so muß, unter Feststellung des Thatbestandes, eine neue Verpackung der Sendung stattfinden, wobei so weit als thunlich die ursprüngliche Verpackung unter der neuen beizubehalten ist.

Die Kosten für die neue Verpackung werden durch kostenfreie Anrechnung von dem Adressaten, und, so fern dieser die Zahlung verweigert, von dem durch ihn namhaft zu machenden Absender eingezogen.

§. 29.

Umfang der Verbindlichkeit der Post-Verwaltung in Ansehung der Bestellung.

Die Verbindlichkeit der Preussischen Post-Verwaltung, die angekommenen Gegenstände dem Adressaten ins Haus senden (bestellen) zu lassen, beschränkt sich:

- 1) auf gewöhnliche und recommandirte Briefe;
- 2) auf gewöhnliche und recommandirte Streif- und Kreuzband-Sendungen und Sendungen mit Waarenproben und Mustern;
- 3) auf Begleitbriefe zu Packeten ohne Werth's-Declaration;
- 4) auf Formulare zu den Ablieferungs-Scheinen über Briefe und Pakete, deren Werth declarirt ist;
- 5) auf Formulare zu den Ablieferungs-Scheinen (Assignmenten) über Briefe mit baaren Einzahlungen.

Wo auf Grund der Vorschrift des §. 51. des Regulativs vom 18ten December 1824. (Gesetz-Sammlung Seite 225.) von einer Commune Anordnungen getroffen sind, nach welchen von Conducteuren und Postillonon gewöhnliche Briefe, Streif- oder Kreuzband-Sendungen und Sendungen mit Waarenproben oder Mustern abgegeben werden, haftet die Post-Verwaltung für deren Bestellung an den Adressaten nicht.

Soweit die Post-Verwaltung die Bestellung nicht übernimmt, müssen Briefe, deren Werth declarirt ist, und Pakete, ihr Werth mag declarirt sein oder nicht, auf Grund des behändigten Formulars zu dem Ablieferungs-Scheine oder des behändigten Begleitbriefes von der Post abgeholt werden.

Wo Einrichtungen für die Bestellung der Pakete und Geld-Sendungen bestehen oder getroffen werden, wird die Gebühr-für die Bestellung nach den von dem General-Post-Amte in jedem einzelnen Falle nach Maßgabe der Local-Verhältnisse bestimmten Sätzen erhoben.

An denjenigen Orten, wo besondere Einrichtungen zur Annahme und Bestellung solcher Briefe, welche für den Ort selbst bestimmt sind, (Stadtbriefe) bestehen, ist für dergleichen Briefe zu erheben:

- a. für einen gewöhnlichen Brief, (auch Sendungen unter Streif- und Kreuzband) 1 Sgr.;
- b. für einen recommandirten Brief, einschließlich der Recommandations-Gebühr von 1 Sgr. 2 =
- c. für einen Brief mit Geld bis zum Betrage von 1 Rthlr. 1 =
- d. für einen Brief mit Geld bis zum Betrage über 1 bis 50 Rthlr. 2 =

Auch an Orten, wo eine besondere Stadtpost-Einrichtung nicht besteht, müssen die Post-Anstalten undeclarirte Briefe zur Bestellung im Orte für dieselbe Gebühr annehmen.

Für Briefe an solche Adressaten im Orte und im Land-Bezirke, welche ihre

Correspondenz von der Post abholen lassen, soll die Gebühr jedoch im Falle der Abholung den Satz von $\frac{1}{2}$ Egr. nicht überschreiten.

Wenn ein und derselbe Absender 100 Stück Stadtbriefe und darüber auf einmal einliefert, so wird für jeden Brief nur ein Bestellgeld von $4\frac{1}{2}$ Pfennigen erhoben; doch müssen in diesem Falle die Briefe frankirt werden. Unter gleichen Bedingungen hat ein Absender von 25 Stück Briefen und darüber bis zu 100 excl., für jeden Brief nur $\frac{1}{2}$ Egr. zu entrichten.

Bei der Bestellung an Adressaten außerhalb des Orts der Post-Anstalt durch die Landbriefträger wird an Landbrief-Bestellgeld erhoben:

der einfache Satz des Bestellgeldes, je nach besonderer Bestimmung von $\frac{1}{2}$ bis 1 Egr.:

- a. für Briefe und Packete bis 16 Loth incl.;
- b. für Geldbriefe bis zum Betrage von 1 Rthlr.;
- c. für Briefe mit Insinuations-Documenten;
- d. für Begleitbriefe zu Packeten ohne Werths-Declaration, sowie für Formulare zu den Ablieferungs-Scheinen, in so fern das Packet, die Sendung mit declarirtem Werthe, oder der auszahlende Geld-Betrag Seitens des Empfängers von der Post abgeholt wird;

der doppelte Satz des Bestellgeldes mit 2 Egr.:

- a. für Briefe und Packete über 16 Loth;
- b. für Geldbriefe und Geldpackete, welche mehr als 1 Rthlr. enthalten;
- c. für recommandirte Briefe, deren Bestellung von dem Landbriefträger zugleich mit dem Ablieferungs-Scheine erfolgt;
- d. für Briefe (Adressen), auf welche baare Einzahlungen geleistet worden sind, und die dazu gehörigen Ablieferungs-Scheine, in so fern der Landbriefträger das Geld zugleich mit überbringt.

Die für einzelne Orte und Kreise angeordneten ermäßigten Landbrief- u. Bestellgeldsätze, bleiben auch ferner bestehen.

Den obigen Bestellgeldsätzen unterliegen auch die portofreien (Dienst-) Sendungen, in so fern Ausnahmen nicht ausdrücklich bestimmt sind. Für portofreie Dienstbriefe, welche bei einer Post-Anstalt an Adressaten im Land-Bezirk zur Abholung von der Post eingeliefert werden, ist jedoch das Bestellgeld nicht anzusetzen.

Die Ober-Post-Directionen sind befugt, Ablösungen des Landbrief-Bestellgeldes durch Aversa anzunehmen, und hierüber besondere Abkommen zu treffen.

§. 30.

Zeit der Bestellung.

Die Post-Behörde bestimmt, wie oft täglich und in welchen Fristen die Orts-Briefträger die eingegangenen Briefe u. s. w. zu bestellen haben, und an welchen Tagen

Lagen die Landbriefträger Bestellungen nach Orten, an welchen sich Post-Anstalten nicht befinden, zu bewirken haben.

Die nach dem Verlangen der Absender „durch Expressen“ zu bestellenden Gegenstände (§. 21.) müssen in allen Fällen, auch wenn sie zur Nachtzeit eintreffen, ohne Verzug bestellt werden, so fern nicht von dem Absender oder Empfänger ein Anderes ausdrücklich bestimmt ist.

Briefe mit dem Vermerke auf der Adresse: „poste restante“ werden bei der Post-Anstalt des Bestimmungs-Ortes einstweilen aufbewahrt und dem Adressaten behändigt, wenn sich derselbe zur Empfangnahme meldet und auf Erfordern legitimirt.

§. 31.

An wen die Bestellung geschehen muß.

Die Bestellung Seitens der Preussischen Post-Anstalten erfolgt an den Adressaten selbst oder an dessen legitimirten Bevollmächtigten. Der Adressat, welcher einen Dritten zur Empfangnahme der an ihn zu bestellenden Gegenstände bevollmächtigen will, muß die Vollmacht schriftlich ausstellen und in dieser die Gegenstände genau bezeichnen, zu deren Empfangnahme der Bevollmächtigte ermächtigt sein soll. Die Unterschrift des Machtgebers unter der Vollmacht muß, wenn deren Richtigkeit nicht ganz außer Zweifel steht, wenigstens von dem Gemeinde- oder Bezirks-Vorsteher oder von einem anderen Beamten, welcher zur Führung eines amtlichen Siegels berechtigt ist, unter Beidrückung desselben, beglaubigt sein, und es muß die Vollmacht bei der Post-Anstalt, welche die Bestellung ausführen läßt, niedergelegt werden.

Ist außer dem Adressaten noch ein Anderer, wenn auch nur zur näheren Bezeichnung der Wohnung des Adressaten, auf der Adresse genannt, z. B. an N. N. bei N. N., so ist dieser zweite Adressat auch ohne ausdrückliche Ermächtigung als Bevollmächtigter des Adressaten zur Empfangnahme gewöhnlicher Briefe, Streif- und Kreuzband-Sendungen und Sendungen mit Waarenproben oder Mustern anzusehen. Ist ein Gasthof als Wohnung des Adressaten auf der Adresse angegeben, so kann die Bestellung der zuletzt bezeichneten Gegenstände an den Gastwirth auch in dem Falle erfolgen, wenn der Adressat noch nicht eingetroffen ist.

Wird der Adressat oder dessen nach den vorstehenden Bestimmungen legitimirter Bevollmächtigter in seiner Wohnung nicht angetroffen, oder wird dem Briefträger oder Boten der Zutritt zu ihm nicht gestattet, so erfolgt die Bestellung

der gewöhnlichen Briefe, Streif- oder Kreuzband-Sendungen und Sendungen mit Waarenproben oder Mustern

an einen Haus- oder Comptoir-Beamten, ein erwachsenes Familienglied oder sonstigen Angehörigen, oder an einen Diensthoten des Adressaten, beziehungsweise dessen Bevollmächtigten, oder an den Portier des Hauses. Wird Niemand angetroffen, an den hiernach die Bestellung geschehen kann, so erfolgt dieselbe an den Hauswirth oder an den Miether einer Wohnung im Hause.

Handelt es sich um die Bestellung eines Express-Briefes, so kann die Behändigung, wenn der Adressat oder dessen Bevollmächtigter nicht angetroffen wird, oder besondere Umstände die Bestellung an ihn verhindern, an ein erwachsenes Familienglied oder an einen Haus- oder Comptoir-Beamten geschehen.

Die Behändigung an dritte Personen ist aber unzulässig, wenn es sich um die Bestellung

- 1) einer recommandirten Sendung (§. 17.), oder
- 2) eines Begleitbriefes zu einem Packete (§. 29. Nr. 3.), oder
- 3) eines Formulars zum Ablieferungs-Scheine (§. 29. Nr. 4. und 5.)

handelt, vielmehr müssen diese Gegenstände stets an den Adressaten oder dessen legitimirten Bevollmächtigten selbst bestellt werden.

Die Bestellung recommandirter Sendungen darf nur gegen Empfangs-Bekennniß geschehen, und hat der Adressat oder dessen Bevollmächtigter zu diesem Behufe das ihm von dem Briefträger oder Boten vorzulegende Formular zu unterschreiben und zu unterzeichnen.

§. 32.

Berechtigung des Adressaten zur Abholung der Briefe u. s. w.

Will Jemand die im §. 29. bezeichneten Gegenstände nicht auf die im §. 31. bestimmte Weise sich zusenden lassen, sondern von der Post-Anstalt selbst abholen oder abholen lassen, so muß er solches in einer schriftlichen Erklärung aussprechen, und diese Erklärung, in welcher die abzuholenden Gegenstände genau bezeichnet sein müssen, bei der Post-Anstalt niederlegen. Die schriftliche Erklärung muß auf gleiche Weise beglaubigt sein, wie die Vollmacht im Falle des §. 31. Die Aushändigung erfolgt alsdann innerhalb der für den Geschäfts-Verkehr mit dem Publicum festgesetzten Dienststunden, und die Post-Anstalt ist für die richtige Bestellung nicht verantwortlich, auch liegt derselben eine Prüfung der Legitimation Desjenigen, welcher sich zum Abholen meldet, nicht ob.

Die mit den Posten ankommenden gewöhnlichen Briefe müssen für die abholenden Correspondenten eine halbe Stunde nach der Ankunft zur Ausgabe gestellt werden. Eine Verlängerung dieser Frist ist nur mit Genehmigung der obersten Post-Behörde zulässig.

Bei recommandirten Briefen, bei Briefen und Packeten mit declarirtem Werthe und bei Briefen mit baaren Einzahlungen wird zunächst nur das Formular zum Ablieferungs-Schein, und bei Packeten, deren Werth nicht declarirt ist, der Begleitbrief, an den Abholer verabsolgt.

Die Bestellung erfolgt jedoch, der abgegebenen Erklärung des Adressaten ungeachtet, auf gewöhnlichem Wege:

- 1) wenn der Absender es verlangt und dieses Verlangen auf der Adresse z. B. durch den Vermerk:

„durch

„durch Expressen zu bestellen“

- ausdrücklich ausgesprochen hat (§. 21.); in der bloßen Vorausbezahlung des gewöhnlichen Bestellgeldes kann ein solches Verlangen nicht gefunden werden;
- 2) wenn es auf die Bestellung amtlicher Verfügungen mit Behändigungs-Scheinen (Insinuations-Documenten) ankommt;
 - 3) wenn der Adressat nicht am Tage nach der Ankunft, oder, wenn er außerhalb des Ortes der Post-Anstalt wohnt, nicht innerhalb der nächsten drei Tage, den zu bestellenden Gegenstand abholen läßt.

§. 33.

Aushändigung der Sendungen nach erfolgter Behändigung der Begleitbriefe und der Formulare zu den Ablieferungs-Scheinen.

Die Aushändigung der Pakete, deren Werth nicht declarirt ist, erfolgt während der Dienststunden in der Post-Anstalt an Denjenigen, welcher sich zur Abholung meldet und den zu dem Pakete gehörigen Begleitbrief vorzeigt. Die Bedruckung des Begleitbriefes mit dem dazu bestimmten Stempel der Post-Anstalt vertritt den Beweis der geschehenen Aushändigung.

Briefe und Pakete, deren Werth declarirt ist, so wie die zu den Paketen mit declarirtem Werthe gehörigen Begleitbriefe, ferner Briefe, auf welche baare Einzahlungen geleistet worden sind, nebst dem darauf auszahlenden baaren Gelde, endlich recommandirte Sendungen, welche von der Post abgeholt werden (§. 32.), werden an Denjenigen ausgehändigt, welcher der Post-Anstalt das über die Sendung sprechende untersiegelte, und mit dem Namen des Adressaten unterschriebene Formular zum Ablieferungs-Schein überbringt und aushändigt.

Eine Untersuchung über die Richtigkeit der Unterschrift und des Siegels unter dem Ablieferungs-Scheine, so wie eine weitere Prüfung der Legitimation Desjenigen, welcher diesen Schein oder den Begleitbrief überbringt, liegt der Post-Anstalt nicht ob. Es ist vielmehr eines Jeden Sache, dafür zu sorgen, daß die vorschriftsmäßig bestellten Formulare zu den Ablieferungs-Scheinen und die Begleitbriefe, nicht von Unbefugten zur Abholung der Sendungen gemißbraucht werden können.

Wo übrigens die Post-Verwaltung ausnahmsweise die Bestellung der Briefe mit declarirtem Werthe und der Pakete übernommen hat, wie dieses in einzelnen großen Städten, und in Ansehung der Pakete von niedrigem Gewichte und der Sendungen mit declarirtem Werthe von geringerem Betrage der Fall ist, kommen die obigen Bestimmungen nicht zur Anwendung, vielmehr erfolgt alsdann die Bestellung an den Adressaten selbst, und, so weit Ablieferungs-Scheine Anwendung finden, gegen Quittung desselben.

§. 34.

Briefe, welche an Post-Anstalten couvertirt sind.

Wenn Briefe unter Couvert an Post-Anstalten zur Distribution oder Weiterbeför-

förderung geschickt werden, so sind solche Briefe nicht zurückzusenden, sondern, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die ganze Sendung frankirt gewesen oder nicht, einzeln mit dem vollen Briefporto zu belegen. Für die von den Adressaten nicht angenommenen Briefe hat der Aufgeber das angelegte Porto zu entrichten.

§. 35.

Nachsendungen der Post-Sendungen.

Hat der Adressat seinen Aufenthalts- oder Wohnort verändert, und ist sein neuer Aufenthalts- oder Wohnort bekannt, so werden ihm Briefpost-Gegenstände nachgesendet, wenn er nicht eine andere Bestimmung ausdrücklich getroffen hat.

Bei Fahrpost-Sendungen, mit Einschluß der Vorschußbriefe und der Briefe, worauf Baarzahlungen stattgefunden haben, erfolgt die Nachsendung nur auf ausdrückliches Verlangen des Absenders, oder, bei vorhandener Sicherheit für Porto und Ausgaben, auch des Adressaten. Letzterer ist in solchem Falle von dem Vorliegen einer Sendung amtlich und portofrei in Kenntniß zu setzen.

§. 36.

Unbestellbare Postsendungen.

Briefe und andere Sendungen sind für unbestellbar zu erachten:

- 1) wenn der Adressat am Bestimmungs-Orte nicht zu ermitteln, und die Nachsendung nach vorstehendem §. 35. nicht möglich oder nicht zulässig ist;
- 2) wenn die Sendung mit dem Vermerke „poste restante“ versehen ist, und nicht binnen 2 Monaten, vom Tage des Einlangens an gerechnet, von der Post abgeholt wird;
- 3) wenn eine Sendung mit Postvorschuß, auch wenn sie mit „poste restante“ bezeichnet ist, innerhalb 14 Tagen nicht eingelöst worden ist;
- 4) wenn die Annahme verweigert wird.

Bevor in dem Falle ad 1. eine Sendung mit oder ohne Werths-Declaration deshalb als unbestellbar angesehen wird, weil mehrere dem Adressaten gleichbenannte Personen im Orte sich befinden und der wirkliche Empfänger nicht sicher zu unterscheiden ist, muß der Begleitbrief nach dem Aufgabe-Orte zurückgesandt werden, um den Absender, wenn derselbe an der äußeren Beschaffenheit des Begleitbriefes erkannt, oder sonst auf geeignete Weise ermittelt werden kann, zur näheren Bezeichnung des Adressaten zu veranlassen. Die Uebersendung des Begleitbriefes geschieht zwischen den Post-Anstalten unter Couvert und als Postsache.

Alle anderen Postsendungen sind, wenn sie als offenbar unbestellbar erkannt sind, ohne Verzug nach dem Aufgabe-Orte zurückzusenden. Nur bei Sendungen, die einem schnellen Verderben unterliegen, muß, sofern nach dem Ermessen der Aufgabe-Post-Anstalt Grund zu der Besorgniß vorhanden ist, daß das Verderben auf dem Rückwege eintreten werde, von der Rücksendung abgesehen werden, und die Veräußerung des Inhalts für Rechnung des Aufgebers erfolgen.

In allen vorgedachten Fällen ist der Grund der Zurücksendung, oder eintretenden Falls, daß und weshalb die Veräußerung erfolgt sei, auf dem Begleitbriefe zu vermerken.

Die zurückzusendenden Gegenstände dürfen nicht eröffnet, müssen vielmehr noch mit dem, vom Aufgeber aufgedruckten Siegel verschlossen sein. Eine Ausnahme hiervon tritt nur ein bezüglich der Briefe, welche von einer Person gleichlautenden Namens irthümlich geöffnet wurden, und bezüglich der Briefe, welche Loose oder Dofferten zu Glücksspielen enthalten, die von den Adressaten nach den für sie geltenden Landesgesetzen nicht benutzt werden dürfen. Bei irthümlicher Eröffnung von Briefen durch Personen gleichlautenden Namens ist übrigens, so fern dies möglich ist, eine von letzteren selbst unter Namens-Unterschrift auf die Rückseite des Briefes niederzuschreibende bezügliche Bemerkung beizubringen.

§. 37.

Behandlung unbestellbarer Sendungen.

Die nach Maßgabe der Vorschrift des §. 36. unbestellbaren und deshalb an den Abgangs-Ort zurückgehenden Sendungen werden an den Absender zurückgegeben.

Bei der Bestellung und Behändigung einer zurückgekommenen Sendung an den ermittelten Absender wird nach den für die Bestellung und Aushändigung einer Sendung an den Adressaten gegebenen Vorschriften verfahren. Der über eine Sendung dem Absender ertheilte Einlieferungs-Schein muß bei der Rückgabe der Sendung zurückgegeben werden.

Kann die Post-Anstalt am Abgangs-Orte den Absender nicht ermitteln, so wird der Brief an die vorgesezte Ober-Post-Direction eingesandt, welche denselben mittelst Stempels als unbestellbar zu bezeichnen und durch Eröffnung den Absender zu ermitteln hat. Die mit der Eröffnung beauftragten, zur Verschwiegenheit besonders zu verpflichtenden Beamten, nehmen Kenntniß von der Unterschrift und dem Orte, müssen jedoch jeder weiteren Durchsicht sich enthalten. Der Brief wird hiernächst mit einem Dienstiegel, welches die Inschrift trägt: „Amtlich eröffnet durch die Ober-Post-Direction in N.“ wieder verschlossen.

Wird der Absender ermittelt, derselbe verweigert aber die Annahme, oder läßt innerhalb 14 Tagen nach Behändigung des Begleitbriefes oder des Formulars zum Ablieferungs-Scheine die Sendung nicht abholen, so können zum Verkauf geeignete Gegenstände öffentlich verkauft werden. Courshabende Papiere sind durch einen vereideten Mäkler zu verkaufen. Der Erlös und die etwa vorgefundenen baaren Gelder werden nach Abzug des Porto und der sonstigen Gebühren und Kosten der Post-Armen-Casse überwiesen.

Briefe und andere werthlose und deshalb zum Verkauf nicht geeignete Gegenstände können nach Ablauf der Frist vernichtet werden.

Ist der Absender auch auf die vorher vorgeschriebene Weise nicht zu ermitteln, so

so werden gewöhnliche Briefe und andere werthlose, und deshalb zum Verkauf nicht geeignete Gegenstände nach Verlauf von drei Monaten, vom Tage des Eingangs derselben bei der Ober-Post-Direction gerechnet, vernichtet; dagegen wird

- 1) bei Briefen, deren Werth declarirt ist, oder in denen sich bei der Eröffnung Gegenstände von Werth vorgefunden haben, ohne daß dieser declarirt worden ist;
- 2) bei Packeten mit und ohne Werths-Declaration, der Absender öffentlich aufgefordert, sich innerhalb vier Wochen zu melden und die unbestellbaren Gegenstände in Empfang zu nehmen. Die zu erlassende öffentliche Aufforderung, welche eine genaue Bezeichnung des Gegenstandes unter Angabe des Abgangs- und Bestimmungs-Ortes, der Person des Adressaten und des Tages der Einlieferung enthalten muß, wird durch Aushang in der Post-Anstalt des Abgangs-Ortes, und durch einmalige Einrückung in den öffentlichen Anzeiger des Amtsblatts des Regierungs-Bezirktes, in welchem der Abgangs-Ort liegt, bekannt gemacht.

Inzwischen lagern die Sendungen auf Gefahr des Absenders, und nur Sachen, welche dem Verderben ausgesetzt sind, können sofort verkauft werden.

Bleibt die öffentliche Aufforderung ohne Erfolg, so wird mit dem Verkaufe der Sachen und mit Vereinnahmung der Geld-Beträge zur Post-Armen-Casse nach obiger Bestimmung verfahren.

Meldet sich der Absender oder der Adressat später, so zahlt ihm die Post-Armen-Casse die ihr zugeflossene Summe, jedoch ohne Zinsen zurück.

Sind unbestellbare Sendungen im Auslande zur Post gegeben, so werden sie dorthin zurückgeschickt, und es bleibt das weitere Verfahren der ausländischen Post-Anstalt überlassen.

§. 38.

Entrichtung des Porto und der sonstigen Gebühren.

Für alle durch die Post zu versendenden Gegenstände, denen nicht die Porto-Freiheit ausdrücklich zugestanden ist, müssen das Porto und die sonstigen Gebühren nach Maßgabe des Tarifs entrichtet werden.

In so fern das Gegentheil nicht ausdrücklich bestimmt ist, können sowohl Briefe als Gelder und Pakete nach der Wahl des Absenders frankirt oder unfrankirt zur Post eingeliefert werden. Eine theilweise Frankirung ist nicht zulässig.

Ist jedoch das Franco am Abgangs-Orte zu niedrig erhoben und berechnet worden, so wird der fehlende Betrag als Porto zugeschlagen und vom Adressaten erhoben. Letzterer kann in solchem Falle, und wenn die Sendung im Inlande oder in einem anderen Staate des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins zur Post gegeben war, die Ausfolgung derselben ohne Porto-Zahlung verlangen, in so fern er den Absender namhaft macht und das Couvert oder die Begleit-Adresse, oder eine Copie davon,

zurückzunehmen gestattet. Der fehlende Betrag wird alsdann vom Absender eingezogen.

Ist eine Briefpost-Sendung vom Absender durch Marken oder gestempelte Couverts (siehe unten) ungenügend frankirt, so wird der fehlende Betrag ebenfalls dem Adressaten als Porto angesetzt. Die Verweigerung der Nachzahlung des Porto gilt in diesem Falle für eine Verweigerung der Annahme des Briefes.

Bei frankirten Sendungen nach inländischen Orten kann auch das gewöhnliche Stadt- und Landbrief-Bestellgeld vorausbezahlt werden, jedoch nur mit der Maßgabe, daß dessen Erstattung nicht verlangt werden kann, wenn die Sendung nicht bestellt, sondern vom Adressaten abgeholt worden ist.

Briefe an Se. Majestät den König und Ihre Majestät die Königin, an die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses und an die Mitglieder der Fürstenhäuser Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen dürfen, so fern diesen Briefen nicht in Folge des gebrauchten Rubrums oder sonst die Porto-Freiheit zusteht, nur frankirt eingeliefert werden.

Briefe, für welche das Porto bei der Einlieferung zu entrichten ist, werden, wenn sie unfrankirt oder mit ungenügender Francatur im Briefkasten vorgefunden werden, dem Absender zurückgegeben, und, wenn derselbe nicht bekannt ist, gleich den unbestellbaren Briefen behandelt.

Briefe u. s. w., auf deren Adresse der Frankirungs-Vermerk (frei, franco, fr. u. s. w.) durchstrichen, radirt oder abgeändert ist (§. 3.), müssen bei der Annahme zurückgewiesen werden. Werden Briefe u. s. w. mit einem solchen oder mit einem nicht durchstrichenen u. s. w. Frankirungs-Vermerke im Briefkasten vorgefunden, ohne daß das Porto dafür durch Freimarken oder durch gestempelte Brief-Couverts entrichtet worden ist, so wird die Ungültigkeit des Frankirungs-Vermerkes amtlich attestirt, und die Briefe werden als unfrankirt behandelt.

Franco-Marken und gestempelte Brief-Couverts können zum Frankiren in demselben Umfange, wie baares Geld, benutzt werden. So weit als thunlich sind die Marken auf die Vorderseite der Briefe u. s. w. zu kleben.

Sendungen, welche bei einer Preussischen Post-Anstalt mit Marken einer fremden Post-Verwaltung frankirt aufgeliefert werden, werden innerhalb des Preussischen Post-Bezirks als unfrankirt behandelt, und die darauf befindlichen Marken als ungültig bezeichnet. Bei Briefpost-Sendungen nach anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins wird jedoch der Werth der Marken, wenn dieselben der Verwaltung des Bestimmungs-Landes angehören, durch die Post-Anstalt des Bestimmungs-Orts dem Adressaten gut gerechnet. Eben so wird bei Sendungen aus anderen Staaten des Deutsch-Oesterreichischen Vereins nach Preußen, der Werth der darauf etwa befindlichen Preussischen Marken (resp. verwendeten Couverts) zu Gunsten des Adressaten vom Porto abgezogen.

Für Sendungen, welche erweislich im Preussischen Post-Bezirk auf der Post verloren gegangen sind, wird kein Preussisches Porto gezahlt und das etwa gezahlte erstattet. Dasselbe gilt von solchen Sendungen, deren Annahme wegen vorgekommener Beschädigung vom Adressaten verweigert wird, in so fern die Beschädigung von der Preussischen Post-Verwaltung zu vertreten ist.

Wird die Annahme eines Gegenstandes von dem Adressaten verweigert, oder ist der Adressat nicht zu ermitteln, so ist der Absender, selbst wenn er den Gegenstand der Sendung nicht zurücknehmen will, das tarifmäßige Porto und die Gebühren zu zahlen verbunden.

Hat der Adressat die Sendung einmal angenommen, so ist er, sofern in Vorstehendem nicht ein Anderes bestimmt ist, zur Entrichtung des Porto und der Gebühren verpflichtet, und kann sich davon durch spätere Rückgabe der Sendung nicht befreien. Die Königlichen Behörden sind jedoch befugt, auch nach erfolgter Annahme und Eröffnung portopflichtiger Sendungen die Brief-Couverts zu dem Zwecke an die Post-Anstalt zurückzugeben, das von dem Absender nicht vorausbezahlte Porto von diesem nachträglich einzuziehen.

In Fällen, wo das Porto creditirt wird, ist dafür eine Conto-Gebühr innerhalb des Tages von 5 Procent des creditirten Porto, als Minimum jedoch monatlich 5 Sgr. zu erheben.

§. 39.

Estafetten-Beförderung.

In Bezug auf die Beförderung von Sendungen durch Estafetten kommen innerhalb des Preussischen Post-Bezirks folgende Bestimmungen in Anwendung:

a. Annahme.

Briefe und andere Gegenstände können zur estafettenmäßigen Beförderung nur bei solchen Post-Anstalten eingeliefert werden, welche in Orten, woselbst sich eine Post-Station befindet, oder an Eisenbahnen liegen, und deren Züge zur Beförderung der eingelieferten Sendung zweckmäßig benutzen können.

b. Gewicht und Beschaffenheit der Depeschen.

Mit Estafetten werden überhaupt nur Gegenstände bis zum Gesamt-Gewichte von 20 Pfunden befördert. Briefe bis zum Gewichte von 8 Loth müssen mit haltbarem Papier convertirt, schwerere Briefe und Pakete aber in Wachseleinwand verpackt und in einem solchen Format zur Post eingeliefert werden, daß sie in der Estafetten-Tasche Raum finden.

Die Adresse muß der Vorschrift des §. 2. entsprechen.

Eine Werths-Declaration ist bei Estafetten-Sendungen nicht zulässig.

Ueber die Einlieferung einer Estafetten-Sendung erhält der Absender einen Einlieferungs-Schein.

c. Be-

c. Beförderungsweise.

Die Beförderung geschieht zu Pferde oder mittelst eines Carriols. Eisenbahnzüge werden, in so fern der Absender nicht ausdrücklich die Beförderung zu Pferde angeordnet hat, ganz oder theilweise benutzt, wenn berechnet werden kann, daß die Estafetten-Depeschen mit denselben ihren Bestimmungs-Ort eher, oder wenigstens eben so früh erreichen, als bei der Beförderung zu Pferde.

d. Abfertigungs- und Beförderungs-Zeit.

Die zu Pferde oder mittelst Carriols zu befördernden Estafetten müssen am Abgangs-Orte fünfzehn Minuten nach Aufgabe der Depesche abgefertigt werden. Auf den Stationen, welche die Estafette unterwegs berührt, werden zur Abfertigung zehn Minuten bewilligt. Beträgt die Entfernung der Posthalterei vom Posthause über 200 Schritt, so werden fünfzehn Minuten zur Abfertigung zugestanden.

Die Beförderung muß in derselben Zeit bewirkt werden, welche für die Beförderung der Couriere im dritten Abschnitte bestimmt ist.

Estafetten-Depeschen, welche mit der Eisenbahn versandt werden sollen, erhalten stets mit dem zunächst abgehenden dazu geeigneten Zuge ihre Beförderung.

Sie müssen bei einer unmittelbar an der Eisenbahn belegenen Post-Anstalt 15 Minuten vor Abgang des betreffenden Zuges, bei einer nicht unmittelbar an der Eisenbahn belegenen Post-Anstalt aber nur um so viel früher eingeliefert werden, als zum Transport der Depesche vom Posthause nach der Eisenbahn erforderlich ist.

e. Bestellung am Bestimmungs-Orte.

Die durch Estafetten eingegangenen Gegenstände müssen, auch wenn sie zur Nachtzeit eintreffen, ohne Verzug bestellt werden, so fern vom Absender oder Empfänger nicht ausdrücklich ein Anderes bestimmt ist. Sie müssen derjenigen Person behändigt werden, an welche die Adresse lautet. Wird dies durch besondere Umstände verhindert, so kann die Aushändigung an Haus- und Comptoir-Beamte oder erwachsene Familienglieder des Adressaten geschehen. Der Empfänger muß dem Ueberbringer darüber quittiren und die Stunde des Empfanges dabei bescheinigen.

f. Zahlungsätze für Estafetten, welche zu Pferde oder mittelst Carriols befördert werden.

Die Expeditions-Gebühr für eine Estafette beträgt 15 Sgr.

Nur die Post-Anstalt des Absendungs-Ortes, oder, wenn die Estafette vom Auslande kommt, die zuerst berührt werdende Preussische Post-Station, ist zur Ansetzung der Expeditions-Gebühren und zur Ausfertigung eines Passes berechtigt.

Die Zahlung für ein Estafetten-Pferd erfolgt nach demselben Satze, welcher für ein Courier-Pferd feststeht.

Außer der Zahlung für das Pferd sind diejenigen Gefälle an Chauffee-, Damm-, Brücken- und Fährgeld 2c. zu entrichten, welche auf der von der Estafette berührten Tour nach den bestehenden Tarifen zur Erhebung kommen.

Für Briefe, Schriften und sonstige Gegenstände, welche mittelst Estafetten ver-

sandt

sandt werden, und das Gewicht von 2 Pfund überschreiten, muß von dem Absender außer den Estafetten-Gebühren noch ein besonderes Porto gezahlt werden. Dasselbe beträgt bei Briefen und Schriften für jedes Loth über 2 Pfund das einfache Briefporto. Für andere Gegenstände wird das 2 Pfund überschreitende Gewicht mit der Packet-Taxe belegt.

Auf Post-Plouten, wo die Beförderung der Estafetten von Station zu Station geschieht, werden die Rittgebühren nach der wirklichen postmäßigen Entfernung berechnet.

Bei Estafetten nach Orten außerhalb der Poststraße müssen Entfernungen unter und bis zu zwei Meilen, für zwei Meilen voll bezahlt werden.

Geht die Estafette von einer Station nach einem solchen, auf der Poststraße belegenen Orte, welcher sich vor der nächsten Station befindet und nicht zwei Meilen entfernt ist, so erfolgt die Zahlung ebenfalls für zwei Meilen, jedoch nur in dem Falle, wenn die Entfernung zur nächsten Station zwei Meilen beträgt. Ist die ganze Stations-Entfernung unter zwei Meilen, so geschieht die Zahlung nur für so viel Meilen, als die ganze Stations-Entfernung beträgt.

Für Estafetten aus einem Post-Stationsorte nach einem Eisenbahnhofe, resp. Haltepunkte, oder umgekehrt, sind die tarifmäßigen Gebühren nach der wirklichen Entfernung, mindestens aber für eine Meile zu berechnen, wenn die Entfernung unter und bis eine Meile beträgt.

Wünscht der Absender einer Estafette, welche nur bis zur nächsten Station oder nach einem Orte geht, der ohne Pferdewechsel erreicht werden kann, die Zurückbeförderung der Antwort durch den Postillon, welcher die Estafette überbracht hat, so ist dieses zulässig, wenn der Postillon den Rückritt innerhalb sechs Stunden nach seiner Ankunft und nicht vor Ablauf von so viel Stunden, als die Tour Meilen hat, antreten kann. Der Absender der Depesche muß seinen Wunsch aber gleich bei Aufgabe derselben der Post-Anstalt anzeigen, damit der Postillon danach angewiesen werden kann. Für den Rückritt wird dann nur die Hälfte der reglementsmäßigen Rittgebühren gezahlt.

Die Erhebung des Chaussée-, Damm-, Brücken- und Fährgeldes geschieht sowohl für die Tour als für die Retour nach dem Tarife.

Die Ausstellung eines neuen Estafetten-Passes für die Retour ist nicht erforderlich, daher auch die Expeditions-Gebühren nur einmal zu entrichten sind.

Für die Bestellung eines jeden mit Estafette eingehenden Briefes werden am Bestimmungs-Orte 5 Sgr. erhoben.

g. Zahlungssätze für Estafetten, welche mit der Eisenbahn befördert werden.

Für estafettenmäßige Beförderung von Sendungen auf Eisenbahnen werden erhoben:

- a. die Estafetten-Expeditions-Gebühren nach den oben angegebenen Sätzen;
- b. das

- b. das tarifmäßige Porto nach Maßgabe des vollen Gewichts, mit Berücksichtigung des Inhalts, und zwar für die nach der directen Entfernung zu berechnenden Strecken, welche die Estafetten-Depesche auf der Eisenbahn zurücklegt;
- c. das vom Empfänger zu entrichtende Bestellgeld für jede Estafetten-Depesche mit 5 Sgr., außerdem, wenn wegen mangelnder Post-Begleitung ein besonderer Begleiter zur Sicherung der Sendung mitgegeben werden muß;
- d. das tarifmäßige Personengeld für die Hin- und Rückreise des Begleiters auf einem Plage dritter Klasse;
- e. die Diäten des Begleiters mit 15 Sgr. für jeden angefangenen Tag, welcher zur Hinreise des Begleiters und zur Rückreise desselben mit dem nächsten Zuge erforderlich ist.

h. Berichtigung der Kosten.

Der Absender einer Depesche muß sämtliche Kosten, mit Ausnahme des Bestellgeldes, bei der Absendung bezahlen. Können dieselben von der absendenden Post-Anstalt nicht genau angegeben werden, so muß ein angemessener Geld-Betrag depontirt, und die Feststellung des Kosten-Betrages bis zur Rückkunft des Estafetten-Passes ausgesetzt werden.

Zweiter Abschnitt.

Von der Beförderung der Personen auf den ordentlichen Posten.

§. 40.

Meldung zur Reise.

Die Meldung zur Reise mit den ordentlichen Posten kann stattfinden:

- a. bei den Post-Anstalten, oder
- b. an den unterwegs belegenen und von den Ober-Post-Directionen öffentlich bekannt gemachten Haltepunkten.

a. Bei den Post-Anstalten.

Bei den Post-Anstalten kann die Meldung frühestens acht Tage vor dem Tage der Abreise, und spätestens vor dem Schlusse der Post für die Personen-Beförderung geschehen.

Der Schluß der Post für die Personen-Beförderung tritt ein:

wenn im Hauptwagen oder in den bereits gestellten Beichaisen noch Plätze offen sind, fünf Minuten, und
wenn dieses nicht der Fall ist, sondern die Bestellung von Beichaisen erforderlich wird, fünfzehn Minuten

vor der festgesetzten Abgangszeit der betreffenden Post.

Die Meldung muß innerhalb der für den Geschäfts-Verkehr mit dem Publicum bestimmten Dienststunden (§. 23.) geschehen, doch bleibt für Reisende, welche von weiterher kommen, und mit der nächsten vor Beginn der Dienststunden abgehenden Post

Post weiter reisen wollen, die Zeit zur Meldung außerhalb der Dienststunden bis zum Schlusse der betreffenden Post offen, auch kann die Meldung ausnahmsweise bis zum Abgange der Post zugelassen werden, wenn dadurch der Abgang der Post nicht verzögert wird.

Erfolgt die Meldung bei einer Post-Anstalt mit Station, so kann die Annahme nur dann wegen mangelnden Platzes verweigert werden, wenn zu der betreffenden Post Beichaisen überhaupt nicht gestellt werden, und die Plätze im Hauptwagen schon vergeben sind, oder auf den Unterwegs-Stationen die Plätze im Hauptwagen bei Ankunft der Post schon besetzt sind.

Erfolgt die Meldung bei einer Post-Anstalt ohne Station, so findet die Annahme nur unter dem Vorbehalte statt, daß in dem Hauptwagen und in den etwa mitkommenden Beichaisen noch unbefetzte Plätze sich darbieten.

b. An Haltepunkten.

Die Meldung an Haltepunkten kann nur dann berücksichtigt werden, wenn noch unbefetzte Plätze im Hauptwagen oder in den Beichaisen offen sind. Der Reisende muß an diesen Haltepunkten, wenn die Post anhält, ohne Aufenthalt der Post sofort einsteigen. Gepäck von solchen Reisenden kann nur in so weit zugelassen werden, als dasselbe ohne Belästigung der übrigen Passagiere im Personen-Raum leicht untergebracht werden kann. Die Packräume des Wagens dürfen dabei nicht geöffnet werden, auch ist jedes längere Anhalten der Post unstatthaft.

Wünschen Reisende sich die Beförderung mit der Post von einer Post-Anstalt ohne Station oder von einer Haltestelle ab zu sichern, so müssen sie sich bei der vorliegenden Post-Anstalt mit Station melden, von dort ab einen Platz nehmen und das Personengeld dafür erlegen.

§. 41.

Personen, welche von der Reise mit der Post ausgeschlossen sind.

Von der Reise mit der Post sind ausgeschlossen:

- 1) Kranke, welche mit epileptischen oder Gemüthsleiden, mit ansteckenden oder Ekel erregenden Uebeln behaftet sind;
- 2) Personen, welche durch Trunkenheit, durch unanständiges oder rohes Benehmen, oder durch unanständigen oder unreinlichen Anzug Anstoß erregen;
- 3) Gefangene;
- 4) Erblindete Personen ohne Begleiter, und
- 5) Personen, welche Hunde oder geladene Schießwaffen mit sich führen wollen.

Wird erst unterwegs wahrgenommen, daß ein Passagier zu den vorstehend bezeichneten Personen gehört, so muß derselbe an dem nächsten Umspannungs-Orte von der Weiterbeförderung ausgeschlossen werden.

§. 42.

Passagier = Billet.

Geschieht die Meldung zur Reise bei einer Post-Anstalt, so erhält der Reisende gegen baare Entrichtung des Personengeldes ein Billet, in welchem

- 1) der Tag und der Bestimmungsort der Reise angegeben sind,
- 2) die Zeit des Abganges der Post bestimmt, und
- 3) der Platz, welchen der Reisende im Wagen einzunehmen hat, durch eine Nummer bezeichnet ist.

Es ist Sache des Reisenden, gleich bei Lösung des Passagier-Billets zu prüfen, ob dasselbe den Tag und Bestimmungs-Ort der Reise richtig bezeichnet. Nach der ohne Erinnerung erfolgten Annahme des Passagier-Billets kann der Einwand, daß der Tag oder der Bestimmungs-Ort der Reise in demselben unrichtig angegeben sei, nicht mehr zugelassen werden.

Die Zeit des Abganges der Post kann bei Posten, deren Abgang von dem Eintreffen anderer Posten oder Eisenbahnzüge abhängt, nur dahin bestimmt werden:

die Post geht ab Stunden Minuten nach Ankunft des 1sten,
2ten u. Eisenbahnzuges (der Post) aus

und es liegt in dergleichen Fällen dem Reisenden ob, die möglichst früheste Abgangszeit zur Richtschnur zu nehmen.

Die Nummer des Passagier-Billets richtet sich nach der Reihenfolge, in welcher die Meldung zur Mitreise geschehen ist, doch steht es Jedermann frei, bei der Meldung unter den im Hauptwagen noch unbefetzten Plätzen sich einen bestimmten Platz zu wählen.

Personen, die sich an Halteplätzen gemeldet haben und aufgenommen worden sind, können ein Passagier-Billet erst bei der nächsten Post-Anstalt ausgestellt erhalten, und haben bei dieser, oder wenn sie nicht so weit fahren, an den Conducteur oder Postillon das Personengeld zu entrichten.

§. 43.

Grundsätze der Personengeld-Erhebung.

Das Personengeld wird berechnet:

- 1) nach der von dem Reisenden mit der Post zurückzulegenden Meilenzahl, und
- 2) nach dem für den Cours pro Meile angeordneten Satze.

Das Personengeld kommt bei der Meldung bis zum Bestimmungs-Orte zur Erhebung, so fern dieser auf dem Course liegt, und sich an demselben eine Post-Anstalt befindet.

Will der Reisende seine Reise über den Cours hinaus oder auf einem Seiten-Course fortsetzen, so kann das Personengeld nur bis zu dem Endpunkte oder bis zu dem Uebergangspunkte des Courses erlegt werden. Der Reisende kann auch nur bis zu diesen Punkten das Passagier-Billet erhalten, und muß sich an diesen Punkten wegen

wegen Fortsetzung der Reise von Neuem melden, und einen Platz lösen.

a. Bei Reisen von Halteplätzen aus.

Für die Beförderung von Halteplätzen ab wird, so fern die dort zugehenden Personen sich nicht etwa einen Platz von der vorliegenden Station ab gesichert haben, das Personengeld

nach Maßgabe der wirklichen Entfernung bis zur nächsten Station, oder wenn die Reisenden schon vorher an einem Zwischenorte abgehen, bis zu diesem erhoben.

Wollen an Halteplätzen zugegangene Personen mit derselben Post von der nächsten Station ab weiter befördert werden, so haben sie dort den Platz für die weitere Reise zu lösen.

b. Bei Reisen nach Zwischenorten.

Für Plätze, welche bei einer Post-Anstalt zur Reise bis zu einem zwischen zwei Stationen auf dem Course gelegenen Orte (Zwischenorte), gleichviel ob sich in demselben eine Post-Anstalt befindet oder nicht, genommen werden, kommt das Personengeld nach der wirklich zurückzulegenden Meilenzahl, als Minimum jedoch der Betrag für eine halbe Meile, zur Erhebung.

c. Für Kinder.

Für Kinder in dem Alter unter drei Jahren wird ein besonderes Personengeld nicht erhoben. Dieselben dürfen jedoch keinen besonderen Platz einnehmen, sondern müssen auf dem Schooße einer erwachsenen Person, unter deren Obhut sie reisen, mitgenommen werden.

Für Kinder in dem Alter über drei Jahre ist dagegen das volle Personengeld zu erheben, und demgemäß auch ein besonderer Platz zu bestimmen. Nehmen jedoch Familien einen der abgeschlossenen Wagenräume oder auch nur eine Sitzbank ganz ein, so kann ein Kind bis zum Alter von 8 Jahren unentgeltlich, zwei Kinder aber Können für das Personengeld für nur eine Person befördert werden, in so fern die betreffenden Personen mit den Kindern sich auf die von ihnen bezahlten Sitzplätze beschränken. Diese Vergünstigung kann nur für den Hauptwagen unbedingt, für Bechassen aber nur in so weit zugestanden werden, als auf Verbehaltung der ursprünglichen Plätze zu rechnen ist.

§. 44.

Erstattung von Personengeld.

Die Erstattung von Personengeld an die Reisenden ist nur in den folgenden Fällen zulässig:

- 1) wenn die Post-Anstalt die durch die Annahme des Reisenden eingegangene Verbindlichkeit ohne dessen Verschulden nicht erfüllen kann, mithin in allen Fällen, wo wegen des Ausbleibens weiterherkommender Posten, wegen Unterbrechung der Communication in Folge von Natur-Ereignissen u. s. w. die

betreffende Post um die bestimmte Zeit nicht abgefertigt werden kann, oder unterwegs die weitere Beförderung der Reisenden mit der Post unthunlich geworden ist;

- 2) wenn bei Post-Anstalten ohne Station die dort angenommenen Reisenden in Ermangelung unbesetzter Plätze in dem Hauptwagen oder in den etwaigen Beichaisen zurückbleiben müssen.

Die Erstattung erfolgt gegen Rückgabe des Passagier-Billets mit demjenigen Betrage des Personengeldes, welcher von dem Reisenden für die mit der Post noch nicht zurückgelegte Strecke erhoben worden ist.

§. 45.

Verbindlichkeit der Reisenden in Betreff der Abreise.

Die Passagiere müssen vor dem Posthause oder an den sonst dazu bestimmten Stellen den Wagen besteigen, und sich in Folge dessen an diesen Stellen zu der im Passagier-Billet bezeichneten Abgangszeit zur Abreise bereit halten, auch das Passagier-Billet sowohl beim Besteigen des Wagens, als während der ganzen Dauer der Reise zu ihrer Legitimation bei sich führen, widrigenfalls sie es sich selbst beizumessen haben, wenn sie, weil sie sich auf das vom Postillon gegebene Signal zur Abfahrt nicht gemeldet haben, oder weil sie sich zur Mitreise nicht legitimiren können, von der Mit- oder Weiterreise ausgeschlossen werden, und des bezahlten Personengeldes verlustig gehen. Haben dergleichen Reisende Reisegepäck auf der Post, so wird solches bis zu der Post-Anstalt, auf welche das Passagier-Billet lautet, befördert, und bis zum Eingange der weiteren Bestimmung von Seiten der zurückgebliebenen Person aufbewahrt.

§. 46.

Plätze der Reisenden.

Die Ordnung der Plätze im Hauptwagen ergiebt sich aus den Nummern über den Sitzplätzen, und wenn mehrere Beichaisen zu derselben Post gestellt sind, aus der Reihenfolge der Beichaisen.

In Absicht auf die Folge der Plätze in den Beichaisen gilt als Regel, daß zuerst die sämmtlichen Eckplätze der Hauptbank, der Rückbank und des Cabriolets, dann in derselben Reihenfolge die Mittelplätze kommen.

Kein Reisender darf einen anderen, als den ihm ertheilten Platz einnehmen. Auch vorausbezahlte Plätze solcher Reisenden, die erst an einem folgenden Orte die Post besteigen, dürfen selbst vorübergehend nicht eingenommen werden.

Geht unterwegs ein Reisender ab, so rücken die nach ihm folgenden Personen sämmtlich um eine Nummer in dem Hauptwagen und in den Beichaisen vor. Leistet ein Reisender bei einem unterwegs eintretenden Wechsel in den Plätzen auf das Vorwärtsrücken Verzicht, um den bei seiner Anmeldung gewählten oder ihm ertheilten bisherigen Platz zu behalten, so ist ihm dies, sobald er seinen ursprünglichen Platz im Hauptwagen

wagen hat, unbedingt, wenn sich jedoch der Platz in einer Beichaise befindet, nur so lange gestattet, als nach Maßgabe der Gesamtzahl der Reisenden noch Beichaisen gestellt werden müssen. Der erledigte Platz geht alsdann auf den in der Reihenfolge der Billets zunächst kommenden Reisenden über, dergestalt, daß bei weiterer Verzichtleistung der zuletzt angekommene Reisende verpflichtet ist, den sonst ledig bleibenden Platz einzunehmen. Ein Reisender, welcher auf das Vorrücken verzichtet hat, kann bei einer späteren Veränderung in der Personenzahl, und namentlich, wenn die Beichaisen ganz eingehen, auf die frühere Reihenfolge keinen Anspruch machen, sondern nur nach der freiwillig beibehaltenen Nummer vorrücken.

a. Bei dem Zugange auf einer unterwegs gelegenen Post-Anstalt.

Bei einer unterwegs belegenen Post-Anstalt hinzutretende Personen stehen den vom Course kommenden und weiter eingeschriebenen Reisenden in der Reihenfolge der Plätze nach. Läßt sich ein mit der Post angekommener Reisende zu derselben Post weiter einschreiben, so verliert er den bis dahin eingenommenen Platz, und muß den letzten Platz nach den dort hinzutretenden und bereits vor ihm angenommenen Reisenden einnehmen.

b. Bei dem Uebergange auf einen anderen Cours.

Bei dem Uebergange eines Reisenden von einem Course auf einen anderen steht derselbe den für den letzteren Cours bereits eingeschriebenen Reisenden hinsichtlich des Platzes nach. Etwaige Abweichungen hiervon bei combinirten Coursen richten sich nach den für dieselben gegebenen speciellen Bestimmungen.

c. Bei Reisen nach Zwischenorten.

Reisende, welche die Post nach einem zwischen zwei Stationen belegenen Orte benutzen wollen, müssen, sobald durch ihren Abgang unterwegs eine Beichaise eingenommen kann, allen bis zur nächsten Station eingeschriebenen Reisenden nachstehen, und die Plätze in der Beichaise einnehmen.

d. Bei Reisen von Halteplätzen.

Reisende, welche von den Conducteuren und Postkellern unterwegs an Halteplätzen aufgenommen worden sind, stehen bei der Weiterreise über die nächste Station hinaus den bei dieser zutretenden Reisenden hinsichtlich des Platzes nach.

Ueber Differenzen zwischen den Reisenden wegen der von ihnen einzunehmenden Plätze hat unterwegs der Conducteur, sonst aber der expedirende Beamte der Post-Anstalt nach den vorangeschickten Grundsätzen zu entscheiden. Beruhigen sich die Reisenden bei dieser Entscheidung nicht, so steht ihnen frei, die nochmalige Erörterung der Differenz bei dem Vorsteher der Post-Anstalt nachzusuchen, so fern solches, ohne den Lauf der Post zu verzögern, thunlich ist. Der getroffenen Entscheidung haben sich die betreffenden Reisenden, vorbehaltlich der Beschwerde, unterwerfen zu lassen.

§. 47.

Reisegepäck.

Jedem Reisenden ist die Mitnahme seines Reisegepäcks in so weit unbeschränkt gestattet, als die einzelnen Gegenstände zur Versendung mit der Post geeignet sind. (§§. 13. und 14.)

Kleine Reisebedürfnisse, als Arbeitsbeutel, Stöcke, Degen, Mäntel, Oberrocke, leere Fußsäcke, Sonn- und Regenschirme u. s. w., welche ohne Belästigung der übrigen Passagiere in den Nischen und Taschen des Wagens oder zwischen den Füßen und unter den Sitzen untergebracht werden können, dürfen die Reisenden unter eigener Aufsicht bei sich führen.

Andere Reiseeffecten, insbesondere Koffer, Kisten, Mantel-, Nacht- und Reise-Säcke, so wie Hutschachteln und Collis, müssen der Post-Anstalt zur Verladung übergeben werden. Die Uebergabe derselben an Conducteure und Postillone ist an Orten, an welchen sich Post-Anstalten befinden, unzulässig. Das Reisegepäck muß mit einer Signatur versehen sein, welche den Namen des Reisenden und das Ziel der Reise, bis zu welchem er eingeschrieben ist, enthält.

Das Reisegepäck, so weit dasselbe nicht aus den kleinen Reise-Bedürfnissen besteht, muß eine Stunde vor der Abfahrt der betreffenden Post, und zu den Posten, welche von 9 Uhr Abends bis 8 Uhr Morgens abgehen, bis 8 Uhr Abends, unter Vorzeigung des Passagier-Billets, bei den Post-Anstalten eingeliefert werden. Ausnahmsweise soll jedoch die Aufgabe des Reisegepäcks von Personen, welche mit den Posten weiterher kommen, oder von auswärts mit Privat-Fuhrwerken u. s. w. eintreffen, auch gegen die Zeit des Abganges der Posten, und längstens bis zu demselben Termine gestattet sein, welcher für die Meldung und Annahme solcher Personen nachgelassen worden ist. (§. 40.)

Der Reisende erhält über das eingelieferte Reisegepäck eine Bescheinigung (Bagagezettel). Der Reisende hat den Bagagezettel sorgfältig aufzubewahren. Die Rückgabe des Reisegepäcks, der Werth desselben mag declarirt sein oder nicht, erfolgt gegen Rückgabe des Bagagezettels.

§. 48.

Uebersracht-Porto.

Jedem Reisenden ist auf das der Post übergebene Passagiergepäck ein Freigewicht von 30 Pfunden, ohne Rücksicht auf den Personengeld-Satz und auf die Postengattung, bewilligt. Wo auf einzelnen Posten ein höheres Freigewicht auf Reisegepäck zugestanden ist, behält es bei den desfalligen speciellen Bestimmungen sein Verwenden.

Für das Mehrgewicht des Reisegepäcks ist nach Maßgabe der wirklichen mit der Post zurückzulegenden Entfernung, soweit das Personengeld entrichtet wird, bei der Einlieferung das tarifräßige Porto zu entrichten. Dieses Porto beträgt für jede fünf Pfund

Pfund und jede Meile $1\frac{1}{2}$ Pf. Dabei werden Gewichtsbeträge unter fünf Pfund für volle fünf Pfund, und Entfernungen unter einer Meile für eine volle Meile gerechnet.

Wird der Werth des Passagier-Gepäckes declarirt, so wird das Werthsporto nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen von dem ganzen declarirten Betrage erhoben.

Ist das Passagiergut mehrerer Reisenden, welche ihre Plätze auf ein Billet genommen haben, zusammengepackt, so ist bei Ermittlung des Ueberfracht-Porto das Freigewicht für die auf das Billet vermerkte Anzahl von Personen nur dann von dem Gesamt-Gewichte des Gepäcks in Abzug zu bringen, wenn letztere zu ein und derselben Familie oder zu ein und demselben Hausstande gehören.

Die Erstattung von Ueberfracht-Porto regelt sich nach denselben Grundsätzen, wie die Erstattung von Personengeld.

§. 49.

Disposition des Reisenden über das Reise-Gepäck unterwegs.

Dem Reisenden kann die Disposition über das der Post übergebene Reise-Gepäck nur während des Aufenthalts an Orten, wo sich eine Post-Anstalt befindet, und gegen Rückgabe oder Deponirung des Bagagezettels, gestattet werden. Reisende nach Zwischenorten müssen ihr Reise-Gepäck bei der vorliegenden Post-Anstalt in Empfang nehmen, von wo ab die Post-Verwaltung dafür Garantie nicht mehr leistet.

§. 50.

Passagierstuben.

Zur Bequemlichkeit der Post-Reisenden werden bei den Post-Anstalten Passagierstuben unterhalten. Der Aufenthalt in den Passagierstuben ist den Reisenden gestattet:

- 1) am Abgangs-Orte, eine Stunde vor der Abgangszeit;
- 2) auf der Reise mit derselben Post, während der Abfertigung auf jeder Station;
- 3) an den Endpunkten der Reise, eine Stunde nach der Ankunft, und
- 4) beim Uebergange von einer Post auf die andere während 3 Stunden.

Personen, welche die Reisenden bis zur Post begleiten, oder welche die Ankunft der Post erwarten wollen, kann der Aufenthalt in den Passagierstuben nur ausnahmsweise und in geringer Zahl gestattet werden.

Beschwerdebuch.

In jeder Passagierstube muß ein Beschwerdebuch nebst Schreibmaterial ausliegen, in welches der Reisende Beschwerden, wenn er solche nicht unmittelbar bei der Post-Behörde anbringen will, eintragen kann. Findet sich ein solches Beschwerdebuch in der Passagierstube nicht vor, so kann der Reisende dessen sofortige Vorlegung verlangen.

§. 51.

Verhalten der Reisenden auf den Posten.

Jeder Reisende steht unter dem Schutze der Post-Anstalt und des die Post begleitenden Conducteurs.

Andererseits ist es die Pflicht eines jeden Reisenden, sich in die zur Aufrechterhaltung des Anstandes, der Ordnung und der Sicherheit auf den Posten und in den Passagierstuben getroffenen Anordnungen zu fügen.

Das Tabakrauchen in den inneren Räumen des Postwagens ist nur gestattet, wenn sich in demselben Raume Personen weiblichen Geschlechts nicht befinden, die anderen Mitreisenden aber ihre Zustimmung zum Rauchen gegeben haben.

Passagiere, welche die für Aufrechterhaltung des Anstandes, der Ordnung und der Sicherheit auf den Posten und in den Passagierstuben getroffenen Anordnungen verletzen, können von der betreffenden Post-Anstalt, unterwegs von dem Conducteur, von der Mit- oder Weiterreise ausgeschlossen und aus dem Postwagen entfernt werden. Erfolgt die Ausschließung unterwegs, so haben dergleichen Reisende ihr Reise-Gepäck bei der nächsten Post-Anstalt abzuholen. Sie gehen des gezahlten Personengeldes und des Ueberfracht-Porto verlustig, und haben außerdem die im §. 44. des Gesetzes vom 5ten Juni d. J. angedrohte Strafe verwirkt.

§. 52.

Nebenkosten.

Außer dem Personengelde und dem Ueberfracht-Porto, welches die Post-Anstalten erheben, haben die Reisenden weder an den Conducteur noch an den Postillon für die Fahrt irgend eine Gebühr, Trinkgeld u. zu entrichten.

Dritter Abschnitt.

Von der Extrapost- und Courier-Beförderung.

§. 53.

Allgemeine Bestimmungen.

Die Bestellung von Extrapost- und Courierpferden kann nur auf den Straßen verlangt werden, auf welchen die Post-Verwaltung es übernommen hat, Reisende mit Extrapost- und Courierpferden zu befördern.

Auf diesen Straßen erstreckt sich die Verpflichtung der Posthalter zur Bestellung von Extrapost- und Courierpferden nur auf die Beförderung von Reisenden mit ihrem Gepäck.

Ausnahmsweise können jedoch auch zu Fuhren, bei welchen die Beförderung von Gegenständen die Hauptsache ist, Extrapost- und Courierpferde gestellt werden, so fern die Gegenstände von einer Person begleitet und beaufsichtigt werden.

Verboten ist dagegen die extrapost- und couriemäßige Beförderung von Menagerien,

gerien, von Schießpulver und anderen Gegenständen, deren Transport nicht ohne Gefahr bewerkstelligt werden kann.

Die Posthalter sind ferner nicht verpflichtet, zu den eigenen oder gemiethteten Pferden der Reisenden Vorspannpferde herzugeben.

§. 54.

Zahlungsätze.

a. Für die Pferde.

Als Vergütung für die Pferde ist auf die Meile zu zahlen:

für ein Extrapostpferd.....	12½ Sgr.,
für ein Courierpferd.....	17½ =

b. Wagenseld.

Das Wagenseld beträgt:

für einen offenen Stationswagen pro Meile.....	4 =
für einen offenen oder mit einem Leinwandverdeck versehenen Schlitten pro Meile.....	4 =
für einen ganz oder halb verdeckten, hinten und vorne in Federn hängenden oder auf Druckfedern ruhenden Stationswagen pro Meile.....	7½ =
für einen verdeckten, auf Schlittenkufen gestellten Chaisenkarren pro Meile.....	7½ =

Für diese Zahlung muß der Posthalter für seine Station zugleich die zur Befestigung des Reisegepäcks etwa erforderlichen Stricke herleihen.

Größere, als vierstellige Wagen oder Schlitten herzugeben, sind die Posthalter nicht verpflichtet. Denselben bleibt zwar unbenommen, den Wünschen der Reisenden in dieser Beziehung zu entsprechen, insofern aus der Benutzung der größeren Wagen nicht Verlegenheiten für die ordnungsmäßige und pünktliche Fortschaffung der mit den ordentlichen Posten reisenden Personen zu besorgen sind, indessen müssen die Posthalter sich in solchem Falle mit dem Vergütungsätze von 7½ Sgr. pro Meile begnügen.

Die Befugniß, Stationswagen zur Weiterreise über den Punkt hinaus zu benutzen, wo der nächste Pferdewechsel stattfindet, können Reisende nur durch ein Privat-Abkommen mit dem Posthalter erlangen, welcher den Wagen herzugeben sich bereit finden läßt, und dessen Sorge es überlassen bleibt, die Rückbeförderung des leeren Wagens auf seine Kosten zu bewirken.

c. Wagenmeister-Gebühr.

Die Wagenmeister-Gebühr oder das Bestellgeld beträgt für jeden Extrapost- oder Courier-Wagen auf jeder Station 4 Sgr.

Auf Relais und anderen Punkten, als den wirklichen Stationen, findet die Erhebung der Wagenmeister-Gebühr nicht statt.

d. Schmiergeld.

An Schmiergeld ist zu zahlen:

- a. wenn mit Fett geschmiert wird. 3 Sgr.;
b. wenn mit Theer geschmiert wird. 2 Sgr.

für jeden Wagen.

Dieser letztere Betrag von 2 Sgr. ist auch dann zu zahlen, wenn der Reisende das Material selbst hergiebt.

Das Schmiergeld wird übrigens nur gezahlt, wenn wirklich geschmiert und der Wagen nicht von der Post gestellt wird.

e. Erleuchtungs-Kosten.

Auf Verlangen der Reisenden sind die Posthalter verpflichtet, die Wagen zu erleuchten.

Für die Erleuchtung zweier Laternen werden 2 Sgr. für jede Stunde der reglementsmäßigen Beförderungszeit erhoben. Ueberschließende Minuten werden für eine halbe Stunde gerechnet, dergestalt, daß z. B. für 1 Stunde 5 Minuten der Betrag für 1½ Stunden, und für eine Stunde 35 Minuten der Betrag für 2 Stunden zu zahlen ist.

Die Erleuchtungskosten müssen stationsweise da, wo die Erleuchtung verlangt wird, von den Reisenden vor der Abfahrt mit den übrigen Gebühren berichtigt werden.

f. Chausseegeld.

Das Chausseegeld beträgt:

- für jedes bezahlte Extrapostpferd pro Meile. 1 Sgr.;
für jedes bezahlte Courierspferd vor einem Wagen pro Meile. 1 Sgr.;
für das Pferd eines reitenden Couriers oder dessen Vorreiters pro Meile. — Sgr. 4 Pf.

g. Communications-Abgaben.

Die übrigen Communications-Abgaben werden nach den zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Local-Tarifen bezahlt.

h. Postillon-Trinkgeld.

Das Postillon-Trinkgeld beträgt bei einer Bespannung

- mit 2 Pferden auf die Meile. 5 Sgr.;
mit 3 oder 4 Pferden auf die Meile. 7½ =
mit mehr Pferden für jeden Postillon auf die Meile.. 7½ =
für den einen reitenden Courier begleitenden Postillon pro Meile. 5 =

Unentgeltlich hergegebene Mehrbespannung kommt bei Berechnung des Chausseegelds und des Postillon-Trinkgeldes nicht in Betracht.

i. Be-

i. Bezahlung bei Rückbenutzung einer Extrapost.

Extrapost-Reisende, die sich am Bestimmungs-Orte ihrer Reise nicht über sechs Stunden aufhalten, haben, wenn sie mit den auf der Tourreise benutzten Pferden, resp. Wagen einer Station die Rückfahrt bis zu dieser Station bewirken wollen, und sich vor der Abfahrt darüber erklären, nur die Hälfte der unter a., b., c. und h. aufgeführten Sätze zu entrichten, sobald die Entfernung des Bestimmungs-Ortes $1\frac{1}{2}$ Meilen und darüber beträgt.

Bei Entfernungen unter $1\frac{1}{2}$ Meilen werden für die Tour- und Retourfahrt zusammen die gedachten Gebühren auf zwei volle Meilen erhoben. Chaussee-, Damm- und Brückengeld wird für die Tour- und Retourfahrt zum vollen Betrage gezahlt.

Eine Entschädigung für ein solches sechsständiges Stilllager des Gespannes und des Postillons ist nicht zu zahlen.

Der Eintritt der Rückfahrt darf erst nach Ablauf von so viel Stunden, als die Station Meilen hat, erfolgen.

Will der Reisende auf der Rückfahrt eine andere Straße nehmen, als auf der Tourfahrt, so wird die ganze Fahrt als eine Rundreise angesehen, auf welche vorstehende Bestimmungen nicht Anwendung finden.

Courier-Reisende sind von obiger Vergünstigung ausgeschlossen.

k. Bezahlung bei Vorausbestellung von Extrapost- und Courierrpferden.

Reisende können durch offene Requisitionen (Laufzettel) Extrapost- oder Courierrpferde vorausbestellen, so weit die vorhandenen Post-Verbindungen Gelegenheit dazu darbieten. Die Wirkung der Pferde-Bestellung beschränkt sich auf 24 Stunden, für welche der Reisende auch bei gänzlich unterbliebener Benutzung der Pferde nur das Wartegeld zu zahlen verbunden ist. In dem Laufzettel muß Ort, Tag und Stunde der Abfahrt, die Zahl der Pferde und die Reiseroute, mit Benennung der Stationen, angegeben, auch bemerkt werden, ob und mit welchen Unterbrechungen die Reise stattfinden soll. Die Abfassung solcher Laufzettel ist lediglich Sache des Reisenden. Die Post-Verwaltung hält sich an Denjenigen, welcher den Laufzettel unterschrieben hat. Ist der Reisende nicht am Orte anässig, oder sonst nicht hinlänglich bekannt, so muß er seinen Stand und Wohnort angeben, und erforderlichenfalls sich legitimiren.

Für Beförderung eines Laufzettels mit den Posten, Behufs Vorausbestellung, ist das einfache Briefporto nach Maßgabe der directen Entfernung vom Absendungs-Orte bis zum Bestimmungs-Orte bei der Aufgabe zu entrichten.

l. Wartegeld beim Aufenthalt der Reisenden unterwegs.

Jeder Extrapost-Reisende, welcher sich an einem unterwegs gelegenen Orte länger als eine halbe Stunde aufhalten will, ist verpflichtet, hiervon der betreffenden Post-Anstalt in der Regel vor der Abfahrt Nachricht zu geben, damit der Posthalter in den Stand gesetzt werde, den Postillon demgemäß zu instruiren, und wegen längerer Abwesenheit der Pferde die erforderlichen Dispositionen zu treffen.

Dauert der Aufenthalt über 1 Stunde, so ist von der fünften Viertelstunde an ein Wartegeld von $2\frac{1}{2}$ Sgr. pro Pferd und Stunde zu entrichten, welches jedoch den Betrag von 1 Rthlr. für jedes Pferd auf 24 Stunden nicht überschreiten darf.

Ein längerer Aufenthalt als 24 Stunden darf unter keinen Umständen stattfinden.

Wartegeld bei verspäteter Abfahrt.

Für vorausbestellte Pferde ist, wenn von denselben nicht zu der Zeit Gebrauch gemacht wird, zu welcher die Bestellung erfolgt ist, pro Pferd und Stunde ein Wartegeld von $2\frac{1}{2}$ Sgr. auf die Zeit des vergeblichen Wartens

a. bei weiter kommenden Reisenden von der 17ten Viertelstunde an gerechnet,

b. bei im Orte befindlichen Reisenden von der 5ten Viertelstunde an gerechnet, zu entrichten.

Auch in diesem Falle darf jedoch mehr als 1 Rthlr. pro Pferd auf einen Tag oder 24 Stunden nicht in Ansatz kommen.

m. Zahlung bei Abbestellung von Extraposten u.

Benutzt ein im Orte befindlicher Reisender die bestellten Extrapostpferde gar nicht, so hat derselbe, wenn die Abbestellung vor der Anspannung erfolgt, keine Entschädigung, wenn dagegen die Pferde zur Zeit der Abbestellung bereits angespannt waren, den Betrag des Extrapostgeldes für eine Meile, sowie das ganze Bestellgeld als Entschädigung zu entrichten.

n. Zahlung bei Entgegensehung von Extrapost- u. Pferden.

Der Reisende kann verlangen, daß ihm auf langen oder sonst beschwerlichen Stationen auf vorhergegangene schriftliche Bestellung Pferde entgegengesandt, und möglichst auf der Hälfte des Weges, insofern dort ein Unterkommen zu finden ist, aufgestellt werden. Die Bestellung muß die Stunden enthalten, zu welchen die Pferde auf den Relais bereit sein sollen. Trifft der Reisende später ein, so ist von der siebzehnten Viertelstunde an das reglementsmäßige Wartegeld zu zahlen. Für die Beförderung wird in solchen Fällen erhoben:

- 1) das einfache Bestellgeld, welches von der Post-Anstalt am Stations-Abgangs-orte der Extrapost zu berechnen ist;
- 2) das tarifmäßige Extrapostgeld,
 - a. wenn die Entfernung von einem Pferdewechsel zum anderen mehr als 2 Meilen beträgt, nach der wirklichen Entfernung,
 - b. wenn solcher weniger als 2 Meilen beträgt, nach dem Satze für zwei Meilen.

Für das Hinsenden der ledigen Pferde und Wagen wird

- 1) wenn mit solchen die Fahrt nach derjenigen Station, wohin die Pferde gehen, zurückgelegt wird, keine Vergütung gezahlt.

Geht aber

- 2) die Fahrt nach irgend einem anderen Orte, gleichviel, ob auf einer Postroute oder

oder außerhalb derselben, so müssen entrichtet werden:

- a. für das Hinsenden der ledigen Pferde und Wagen von der Station bis zum Orte der Abfahrt, die Hälfte des reglementsmäßigen Extrapost-Wagen- und Trinkgeldes nach der wirklichen Entfernung,
- b. für die Beförderung des Reisenden der volle Betrag der Extrapost-Gebühren,
- c. für das Zurückgehen der ledigen Pferde und Wagen von dem Orte ab, wohin die Extrapost gebracht worden ist, bis zu der Station, zu welcher die Pferde gehören, die Hälfte des reglementsmäßigen Extrapost-Wagen- und Trinkgeldes für denjenigen Theil des Rückweges, der übrig bleibt, wenn die Entfernung abgerechnet wird, auf welcher die Extrapost-Beförderung stattgefunden hat.

o. Zahlung für Extraposten, welche über eine Station hinaus benutzt werden.

Wenn die Reise sich an einem Orte oder Eisenbahn-Halte-Punkte endigt, welcher nicht über eine Meile hinter oder seitwärts einer Station liegt, so hat der Reisende nicht nöthig, auf der letzten Post-Station die Pferde zu wechseln, vielmehr müssen ihm auf der vorletzten Station die Pferde gleich bis zum Bestimmungs-Orte gegen Entrichtung der reglementsmäßigen Sätze für die wirkliche Entfernung gegeben werden.

Geht die Fahrt von einer Station resp. von einem Eisenbahn-Halte-Punkte ab, und über eine Station hinaus, welche nicht über eine Meile vom Abfahrts-Orte entfernt liegt, so kann über diese Station ohne Pferdewechsel, ebenfalls gegen Entrichtung der reglementsmäßigen Sätze für die wirkliche Entfernung, hinweggefahren werden.

Macht der Reisende von diesen Rechten keinen Gebrauch, sondern nimmt er auf der berührt werdenden Station frische Pferde, so tritt die folgende Bestimmung ein.

p. Zahlung für Extraposten u. nach Orten unter zwei Meilen.

Für Beförderung zwischen zwei Post-Anstalten — Stationen — bei welchen nach den bestehenden Bestimmungen Extrapostpferde — sei es auch nur für Extraposten, die im Orte entspringen — gegeben werden, oder bei Beförderungen zwischen einer Extrapost-Station und einem Eisenbahn-Halte-Punkte, findet die Erhebung der Gebühren nach der wirklichen Entfernung, jedoch mindestens für eine Meile statt. Ist der Bestimmungs-Ort nicht Stations-Ort oder Eisenbahn-Halte-Punkt, so ist für die wirkliche Entfernung, mindestens aber für zwei Meilen, Zahlung zu leisten. Ist dagegen ein solcher Bestimmungs-Ort auf einer Extrapost-Strasse gelegen, und der nächste hinterliegende Stations-Ort oder Eisenbahn-Halte-Punkt weniger als zwei Meilen vom Abgangs-Orte entfernt, so wird nur bis zu diesem Stations-Orte oder Eisenbahn-Halte-Punkte, mindestens aber auch wiederum für eine Meile, Zahlung geleistet.

q. Berechnung der Viertel-Meilen und der Bruchpfennige.

Nach Verhältniß der für eine Meile bestimmten Sätze ist für die überschießenden Vier-

Viertel = 12. Meilen die Zahlung zu leisten. Die überschießenden Bruchpfennige werden bei den einzelnen Beträgen für volle Pfennige gerechnet.

Bei Berechnung des ganzen Betrages des Postgeldes und der Nebenausgaben werden für 1 oder 2 überschießende Pfennige 3 Pf. oder $\frac{1}{4}$ Egr.;

= 4	= 5	=	= 6	=	= $\frac{1}{2}$	=
= 7	= 8	=	= 9	=	= $\frac{3}{4}$	=
= 10	= 11	=	= 12	=	= 1	=

angeseht.

r. Extrapost-Tarif.

In dem Post-Bureau einer jeden zur Bestellung von Extrapost- oder Courierpferden bestimmten Station befindet sich ein Extrapost-Tarif, dessen Vorlegung der Reisende verlangen und aus welchem derselbe den für jede Station zu zahlenden Betrag des Postgeldes und aller Nebenkosten genau ersehen kann.

§. 55.

Zahlung und Quittung.

Die Gebühren für die Extrapost- und Courier-Reisenden müssen, mit Ausschluß des Trinkgeldes, welches erst nach zurückgelegter Fahrt dem Postillon bezahlt zu werden braucht, in der Regel stationsweise vor der Abfahrt entrichtet werden.

Die Entrichtung der Extrapost- 12. Gelder für alle Stationen einer gewissen Route auf einmal bei der Abfahrt am Abgangs-Orte, findet nur auf solchen Coursen statt, auf welchen die Vorausbezahlung ausdrücklich nachgelassen worden ist.

Macht der Reisende von einer solchen Vergünstigung Gebrauch, so hat derselbe für die Besorgung der Cassen-, Buch- und Rechnungsführung, und zwar für jeden Transport, welcher die Ausstellung eines besonderen Begleitzettels erfordert, eine gleichzeitig mit dem Extrapostgelde zu erhebende Rechnungs-Gebühr zu zahlen. Dieselbe beträgt für Extraposten und Couriere

bis incl. 20 Meilen.....	10 Egr.;
über 20 = = 40 =	15 =
= 40 = = 60 =	20 =
= 60 Meilen	1 Rthlr.

Im Fall der Vorausbezahlung werden das Extrapost- 12. Geld und sämtliche Nebenkosten, als Wagensgeld, Bestellgeld, Chaussee-, Damm-, Brücken- und Fähr-geld, das Postillon-Trinkgeld jedoch nur dann, wenn dessen Vorausbezahlung von dem Reisenden gewünscht wird, von der Post-Anstalt am Abgangs-Orte für alle Stationen, so weit der Reisende solches wünscht, voraus erhoben. Nur das Schmiergeld wird da bezahlt, wo der Wagen des Reisenden wirklich geschmiert wird.

Auch auf den Zwischen-Stationen der ganzen Route hin- und herwärts kann die Vorausbezahlung des Extrapost-Geldes bis zu jedem beliebigen Stations-Orte der Route stattfinden.

Die geforderte Vorausbezahlung des Extrapost- 12. Geldes an der Abgangs-
Sta-

Station bindet die folgenden Stationen wegen der Pferdezahl in solchen Fällen nicht, wenn vom Abgangs-Orte die Extrapost mit weniger Pferden befördert worden ist, als das Reglement vorschreibt, oder wenn durch besondere Umstände eine Mehrbespannung nöthig werden, und solche durch das Reglement gerechtfertigt sein sollte. In diesen Fällen, und wenn ein Reisender unterwegs mehr Pferde nehmen will, als er am Abfahrts-Orte bezahlt hat, um vielleicht bei schlechtem Wege schneller fortzukommen u. s. w., hat der Reisende die Mehrkosten auf jeder Station besonders zu entrichten. Eben so hat er, wenn ihm am Abgangs-Orte ein Wagen mit mehr als vier Sitzplätzen gestellt worden ist, ein solcher aber auf den folgenden Stationen nicht hergegeben werden kann, die tarifmäßigen Beträge für die in Folge dessen etwa mehr gestellten Pferde und Wagen nachzuzahlen.

Findet der Reisende sich veranlaßt, unterwegs die ursprünglich beabsichtigte Route vor der Ankunft in dem Orte, bis wohin die Vorausbezahlung stattgefunden hat, zu verlassen, oder auf einer Zwischenstation zurückzubleiben, ohne die Reise bis zum Bestimmungs-Orte fortzusetzen, oder hält sich der Reisende auf einer Zwischen-Station länger als 72 Stunden auf, so wird das zuviel bezahlte Extrapostgeld u. ohne Abzug, jedoch mit Ausnahme der Rechnungs-Gebühr, dem Reisenden von derjenigen Post-Anstalt, wo derselbe seine Reise ändert oder einstellt, beziehungsweise sich länger als 72 Stunden aufhält, gegen Rückgabe der ihm ertheilten Quittung und gegen Empfangs-Bescheinigung über den zurückerstatteten Betrag restituirt.

Jedem Reisenden muß über die gezahlten Extrapostgelder und Nebenkosten aufgefodert eine Quittung ertheilt werden. Der Reisende muß sich auf Erfordern über die geschehene Bezahlung der Extrapostgelder und Nebenkosten durch Vorzeigung der Quittung legitimiren, und hat solche daher zur Vermeidung von Weitläufigkeiten bis zu dem Punkte bei sich zu führen, bis wohin die Kosten bezahlt sind. Unterläßt er solches, so setzt er sich der Gefahr aus, daß in zweifelhaften Fällen und namentlich dann, wenn der Begleitzettel zurückgeblieben oder verloren gegangen ist, seine Beförderung bis zur Aufklärung über die Höhe des eingezahlten Betrages unterbrochen, oder nochmalige Zahlung von ihm verlangt wird. Letzteren Falls hat die betreffende Post-Anstalt in der Quittung über den angeblich doppelt erhobenen Betrag die Versicherung aufzunehmen, daß solcher erstattet werden soll, sobald der Beweis über die früher bereits erfolgte Erhebung desselben nachträglich geliefert würde.

§. 56.

Bespannung.

Die Bespannung regulirt sich nach der Beschaffenheit der Wege und der Wagen, so wie nach dem Umfange und der Schwere der Ladung.

a. Wege.

Die Wege sind entweder chausfirt oder unchauffirt.

Den Chaussees werden gleich geachtet:

- 1) ganz feste, ebene, in polizeimäßigem Stande befindliche ganz trockene Wege

Wege in schwerem Boden;

2) ganz eben gefahrene, völlig feste Schnee- und Frostbahnen.

Den nicht chauffirten Wegen sind gleich zu achten:

1) Lehm-Chauffeen bei nasser Witterung;

2) Kies- und ähnliche Chauffeen, wenn solche durch anhaltendes Regenwetter und schweres Fuhrwerk aufgelöst und durchgefahren sind, und überhaupt keine feste Bahn bilden;

3) Stein-Chauffeen, wenn der größte Theil des Weges von einer Station zur anderen mit zerschlagenen Steinen neu beschüttet ist, und wenn in tiefem Schnee erst Bahn gefahren werden muß;

4) Wege, welche nur theilweise chauffirt sind.

b. Wagen.

Die Wagen werden in die unter Lit. d. angegebenen drei Gattungen eingetheilt. Bei allen Wagen ist bei der Fortschaffung auf nicht chauffirten Wegen zu berücksichtigen, ob sie die Wegespur halten.

c. Ladung.

Bei Ermittlung des Gewichts der Ladung wird, so viel die Personen betrifft: eine Person, welche das 16te Jahr zurückgelegt hat, zu 150 Pfund, eine Person von 13 bis incl. 16 Jahren zu 100 Pfund, eine Person von 5 bis 12 Jahren zu 50 Pfund angenommen. Ein oder zwei Kinder unter 5 Jahren werden nicht gerechnet; drei und vier Kinder unter fünf Jahren werden zu 100 Pfund veranschlagt. Die Angaben des Reisenden über das Alter sind ohne weiteren Beweis genügend.

Jeder Diensthote wird für eine Person gerechnet, ohne Unterschied, ob er seinen Platz auf dem Wagen hat.

Die Schwere des Reisegepäckes ist in der Regel nach folgenden Normen abzuschätzen:

1 Koffer wird zu..... 80 Pfund;

1 Vache zu..... 80 =

1 beweglicher Sitzkasten zu..... 50 =

1 Mantelsack zu..... 50 =

gerechnet. Sind die Verhältnisse leer, so kommen sie nicht in Anschlag.

Gutschachteln, Reise- und Nachtsäcke, so wie die kleinen Reise-Bedürfnisse, welche die Reisenden unterwegs im Wagen mit sich führen, werden bei Feststellung der Ladung ebenfalls nicht veranschlagt. In Betreff solcher Gegenstände, welche von ungewöhnlicher Schwere sind, bestimmt die Vorschrift unter Lit. c. das Nähere.

Die Ladung eines Wagens darf den in der folgenden Tabelle als Maximum angegebenen Gewichtsatz nicht überschreiten.

d. Pferdezahl.

Für die Bespannung der verschiedenen Gattungen von Wagen dienen folgende Bestimmungen zur Richtschnur:

Bei

Bei Extraposten.

W a g e n.	Chaussee.		Unchassirte Wege.			
	Ohne Unterschied der Wagenspur.		Für spurhaltende Wagen.		Bei nicht spurhaltenden Wagen.	
	Gewicht der Ladung. Pfd.	Zahl der Pferde.	Gewicht der Ladung. Pfd.	Zahl der Pferde.	Gewicht der Ladung. Pfd.	Zahl der Pferde.
Erste Gattung.						
Leichte, offene, oder mit einem Leinwand-Verdecke versehene, auf der Achse ruhende Kaleschen; Kaleschen mit bedeckten Einschnall-Stühlen; auch hinten in Federn hängende Chaisen, bei welchen es keinen Unterschied macht, ob der Vorder- und Rücksitz mit einem leichten, beweglichen Verdecke versehen sind oder nicht.	bis 800 über 800 bis 1200 über 1200 bis 1600	2 3 4	bis 500 über 500 bis 900 über 900 bis 1300 über 1300 bis 1700	2 3 4 4 5	bis 400 über 400 bis 700 über 700 bis 1000 über 1000 bis 1300 über 1300 bis 1700	2 3 4 4 5 6
Zweite Gattung.						
Chaisen, die hinten und vorn in Federn hängen, oder auf Druckfedern ruhen; auch leichte zweisitzige Batarde und verdeckte Posthalterei-Beischaisen für vier und mehr Personen; ferner zweisitzige, ganz verdeckte, hinten und vorn in Federn ruhende Wagen mit einem Vordersitze für einen Diener oder Mitreisenden neben dem Postillone.	bis 600 über 600 bis 900 über 900 bis 1200 über 1200 bis 1600	2 3 4 5	bis 350 über 350 bis 600 über 600 bis 900 über 900 bis 1200 über 1200 bis 1600	2 3 4 4 5 5 6	bis 450 über 450 bis 750 über 750 bis 900 über 900 bis 1150 über 1150 bis 1600	3 4 5 6 6 8
Dritte Gattung.						
Kutschen mit ganzem, festen Verdecke; auch Landbauer.	bis 600 über 600 bis 1000 über 1000 bis 1400 über 1400 bis 1800 über 1800 bis 2200 über 2200 bis 2600	3 4 5 6 6 7 8	bis 450 über 450 bis 600 über 600 bis 900 über 900 bis 1200 über 1200 bis 1500 über 1500 bis 2100	3 4 5 5 6 7 8	bis 500 über 500 bis 700 über 700 bis 1000 über 1000 bis 1400	4 5 6 6 8

Bei Courieren.

Bei Couriern werden die Ladungssäge um ein Dritteltheil geringer angenommen.

Ein Mehrgewicht bis 50 Pfund über die für jede Pferdezahl festgesetzte normalmäßige Ladung entscheidet nicht dafür, daß der Reisende ein Pferd mehr nehmen und bezahlen muß.

Bei sechs und mehr Pferden müssen zwei Postillone gestellt werden. Bei fünf Pferden hängt es von dem Willen des Reisenden ab, ob ein oder zwei Postillone gestellt werden sollen.

Werden, in Ermangelung von Postpferden, von Hülfs-Auspännern sogenannte Grasperde vorgelegt, so sollen in der Regel für die Bezahlung von zwei Stallpferden drei Grasperde, und für drei Stallperde fünf Grasperde hergegeben werden.

e. Differenz über die Zahl der erforderlichen Pferde.

Der Reisende kann hiernach selbst beurtheilen, wie viel Extrapostpferde er bedarf, und bestellt danach die Pferde. Findet der Wagenmeister oder der Posthalter die bestellte Anzahl Pferde nach den obigen Bestimmungen nicht ausreichend, so ist dieses zunächst dem Post-Beamten, und von diesem dem Reisenden vorzustellen. Kommt keine Vereinigung zu Stande, so steht dem Vorsteher der Post-Anstalt die Entscheidung zu, und bei dieser muß der Posthalter mit etwaigem Vorbehalte seiner bei der Ober-Post-Direction anzubringenden Beschwerde, sich beruhigen.

Der Posthalter darf sich mit dem Reisenden nicht in Erörterungen und Streitigkeiten einlassen, sondern hat seine etwaigen Bedenken und Erinnerungen bei dem Post-Beamten anzubringen.

Der Reisende ist jedoch, was die Gewichts-Abschätzung des Gepäcks betrifft, an die unter lit. c. hierüber gegebenen Normen auch auf die diesfällige Entscheidung der Post-Anstalt selbst, wenn solche für ihn günstiger ausfällt, als nach jenen Festsetzungen, nicht gebunden. Er kann verlangen, daß das gesammte Reise-Gepäck oder derjenige Theil desselben, dessen Schwere streitig ist, in seinem Beisein gewogen werde, was unweigerlich und unentgeltlich geschehen muß. Nach dem hierdurch ermittelten Gewichte wird alsdann die Schwere der Ladung festgesetzt, und dieses Gewicht wird, mittelst specieller Angabe des gewogenen Gepäcks, im Begleitzettel an-gemerkt. Auf Begehren des Reisenden muß die Post-Anstalt demselben auch eine Bescheinigung über die solchergestalt ermittelte Schwere seiner Bagage ertheilen.

Dagegen hat der Posthalter oder die Post-Anstalt nicht die Befugniß, von dem Reisenden zu verlangen, daß derselbe sein Gepäck wiegen lasse, mit alleiniger Ausnahme solcher Fälle, wo gegründete Vermuthung vorhanden ist, daß ein Theil des Reise-Gepäcks Gegenstände von ungewöhnlicher Schwere, als Gelo, Metalle oder solche Waaren enthalte, die nach Verhältniß ihres Umfangs sehr stark ins Gewicht fallen. Wenn der Reisende bei dergleichen Gegenständen unter seinem Gepäck sich mit einer

billigen, ungefähren Abschätzung des Gewichts derselben nicht zufriedenstellen läßt, so muß er sich gefallen lassen, daß sie gewogen werden.

Die Post-Beamten werden aber dafür verantwortlich gemacht, daß eine solche Maßregel gegen den Willen des Reisenden nicht angewendet werde, ohne daß die Vermuthung der unverhältnißmäßigen Schwere des Gepäcks durch erhebliche Gründe unterstützt wird.

f. Abweichung von den Normen:

aa. in Folge schlechten Weges.

Von den vorstehend gegebenen Bestimmungen wegen der Bespannung darf im Allgemeinen nur zu Gunsten des Reisenden abgewichen werden. In den seltenen Fällen, wo die ganz eigenthümliche und wesentliche Schwierigkeit des Postweges einer Station es erforderlich macht, die bestimmte Pferdezahl um 1 Pferd zu vermehren, sollen die betreffenden Post-Anstalten mit einer für diesen Stationsweg geltenden Autorisation der Ober-Post-Direction versehen werden, womit sie sich wegen der ausnahmsweisen Bestimmung zu justificiren haben.

Wenn die Poststraße durch ungewöhnliche Natur-Ereignisse unfahrbar geworden, z. B. ganz verschneit ist, und notorisch feststeht, daß auf derselben eine Beförderung mit der reglementsmäßigen Pferdezahl unmöglich ist, so wird dem Reisenden die Nothwendigkeit einer Mehrbespannung vorgehalten. Verlangt er dennoch nur mit der reglementsmäßigen Bespannung fortgeschafft zu werden, so ist der Posthalter für die sichere und prompte Beförderung nicht mehr verantwortlich, und der Reisende muß, wenn sich unterwegs die Unmöglichkeit bestätigt, die Extrapost fortzuschaffen, sich gefallen lassen, daß er auf dem Wege liegen bleibt, und der Postillon mit den Pferden zurückkehrt, um die erforderliche Mehrbespannung, welche der Reisende dann vom Stations-Orte ab bezahlen muß, zu beschaffen.

bb. in Folge einer Vereinbarung zwischen dem Reisenden und dem Posthalter.

Ohne Vereinigung des Reisenden und des Posthalters (durch Vermittelung der Post-Anstalt) dürfen nicht weniger Pferde vorgelegt werden, als das Reglement besagt. Diese Vereinigung geschieht entweder ausdrücklich — in Folge stattgehabter Erörterung oder Rücksprache zwischen dem Reisenden und dem betreffenden Post-Beamten — oder sie versteht sich stillschweigend von selbst, wenn der Reisende weniger Pferde bestellt, als er reglementsmäßig zu nehmen verpflichtet ist, und dem Verlangen ohne Einwendung willfahrt wird. Erfolgt eine solche Einigung, so ist die folgende Station nicht daran gebunden. Eben so wenig hat solche die Verpflichtung, Stations-Wagen mit mehr als vier Sitzplätzen einzustellen, wenn auch der Reisende mit einem solchen eingetroffen ist.

§. 57.

Abfertigung.

a. bei vorausbestellten Extraposten und Courieren.

Sind die Pferde, resp. Wagen, vorausbestellt worden, so müssen sie dergestalt bereit gehalten werden, daß zur bestimmten Zeit abgefahren oder abgeritten werden kann.

Für weiter herkommende Reisende müssen die Pferde schon vor der Ankunft aufgeschirrt stehen, und auf Stationen, auf welchen die Posthalterei über 200 Schritte vom Posthause entfernt liegt, in der Nähe des letzteren aufgestellt werden.

Die Abfertigung muß, sofern der Reisende sich nicht länger aufhalten will, bei solchen vorausbestellten Extraposten innerhalb zehn Minuten, bei Courieren innerhalb fünf Minuten erfolgen. Wird ein Stationswagen verwendet, so tritt diesen Fristen noch so viel Zeit hinzu, als zur ordnungsmäßigen Aufpackung und Befestigung des Reise-Gepäcks erforderlich ist.

b. bei nicht vorausbestellten Extraposten und Courieren.

Sind Pferde und Wagen nicht vorausbestellt worden, so müssen Extraposten, wenn der Reisende einen Wagen mit sich führt, innerhalb einer Viertelstunde, und wenn ein Stationswagen gestellt werden muß, innerhalb einer halben Stunde; Couriere dagegen, welche einen Wagen mit sich führen, oder reiten, innerhalb zehn Minuten, und wenn ein Stationswagen gestellt wird, innerhalb zwanzig Minuten weiter befördert werden.

Auf Stationen, die auf Nebenrouten liegen, wo selten Extraposten und Couriere vorkommen, und wo zu deren Beförderung Postpferde nicht besonders unterhalten werden können, müssen die Reisenden sich einen Aufenthalt bis zu einer Stunde gefallen lassen, wenn die Pferde nicht eher zu beschaffen sind.

c. Reihenfolge.

Die Abfertigung der Extraposten geschieht übrigens in der Reihenfolge, in welcher die Pferde bestellt worden sind.

Couriere gehen hinsichtlich der Abfertigung den Extraposten vor.

§. 58.

Beförderungszeit.

Die Beförderung muß in der, in nachstehender Tabelle angegebenen Frist, bewirkt werden:

T a b e l l e
über die Beförderungszeit für **Couriere** und **Extraposten**.

Mei- len.	C o u r i e r e .								E x t r a p o s t e n .							
	C h a u f f i r t .				U n c h a u f f i r t .				C h a u f f i r t .				U n c h a u f f i r t .			
	Bei ge- wöhnlichem Wege.		Bei sehr bergi- gem Wege oder in finsternen Nächten.		Bei ge- wöhnlichem Wege.		Bei sehr bergi- gem Wege oder in finsternen Nächten.		Bei ge- wöhnlichem Wege.		Bei sehr bergi- gem Wege oder in finsternen Nächten.		Bei ge- wöhnlichem Wege.		Bei sehr bergi- gem Wege oder in finsternen Nächten.	
	Stun. Min.	Stund. Min.	Stun. Min.	Stund. Min.	Stun. Min.	Stund. Min.	Stun. Min.	Stund. Min.	Stun. Min.	Stund. Min.	Stun. Min.	Stund. Min.	Stun. Min.	Stund. Min.	Stun. Min.	Stund. Min.
$\frac{1}{4}$	—	8	—	9	—	10	—	12	—	10	—	12	—	15	—	18
$\frac{1}{2}$	—	15	—	18	—	20	—	23	—	20	—	23	—	30	—	35
$\frac{3}{4}$	—	23	—	27	—	30	—	34	—	30	—	34	—	45	—	53
1	—	30	—	35	—	40	—	45	—	40	—	45	1	—	1	10
$1\frac{1}{4}$	—	38	—	44	—	50	—	57	—	50	—	57	1	15	1	28
$1\frac{1}{2}$	—	45	—	53	1	—	1	8	1	—	1	8	1	30	1	45
$1\frac{3}{4}$	—	53	1	2	1	10	1	19	1	10	1	19	1	45	2	3
2	1	—	1	10	1	20	1	30	1	20	1	30	2	—	2	20
$2\frac{1}{4}$	1	9	1	20	1	32	1	43	1	32	1	43	2	18	2	40
$2\frac{1}{2}$	1	18	1	30	1	43	1	55	1	43	1	55	2	35	3	—
$2\frac{3}{4}$	1	27	1	40	1	54	2	8	1	54	2	8	2	53	3	20
3	1	35	1	50	2	5	2	20	2	5	2	20	3	10	3	40
$3\frac{1}{4}$	1	47	2	4	2	20	2	38	2	20	2	38	3	30	4	5
$3\frac{1}{2}$	1	58	2	18	2	35	2	55	2	35	2	55	3	50	4	30
$3\frac{3}{4}$	2	9	2	32	2	50	3	13	2	50	3	13	4	10	4	55
4	2	20	2	45	3	5	3	30	3	5	3	30	4	30	5	20
Jede weitere $\frac{1}{4}$ Mei- le	—	12	—	14	—	15	—	18	—	15	—	18	—	20	—	25

Diejenigen Post-Stationen, welche für befugt zu erachten sind, die für sehr bergige Wege festgesetzte Beförderungszeit für die eine oder die andere Tour in Anspruch zu nehmen, sollen mit einer Autorisation der Ober-Post-Direction versehen werden, mit der sie sich gegen die Reisenden auszuweisen haben.

Bei theilweise chauffirten Straßen wird die Beförderungsfrist für den chauffirten und für den nicht chauffirten Theil nach obigen Bestimmungen, und zwar nach Maßgabe des Sazes für die ganze Stationslänge, besonders gerechnet, z. B. bei Extraposten für eine Station von zwei Meilen, wovon eine Meile chauffirt und eine Meile unchauffirt ist:

für die chauffirte Strecke die Hälfte des	
Sazes für 2 chauffirte Meilen mit...	— St. 40 M. resp. — St. 45 M.
für die unchauffirte Strecke die Hälfte des	
Sazes für 2 unchauffirte Meilen mit.	1 = — = = 1 = 10 =

überhaupt... 1 St. 40 M. resp. 1 St. 55 M.

Wenn außergewöhnliche Wegehemmungen eintreten, wodurch die reglementsmäßige Beförderung erschwert wird, so ist hierauf bei Berechnung der Beförderungszeit billige Rücksicht zu nehmen.

a. Anhalten unterwegs.

Beträgt der zurückzulegende Weg nicht über 3 Meilen, so darf der Postillon, ohne ausdrückliches Verlangen des Reisenden, unterwegs nicht anhalten. Bei größerer Entfernung ist ihm zwar gestattet, zur Erholung der Pferde einmal anzuhalten, jedoch darf dies nicht über eine Viertelstunde dauern. Auf diesen Aufenthalt ist bei Feststellung der Beförderungsfrist gerücksichtigt worden, und es muß daher einschließlich desselben die oben angegebene Beförderungszeit eingehalten werden. Während des Anhaltens darf der Postillon die Pferde nicht ohne Aufsicht lassen.

b. Beförderungszeit bei nicht normalmäßiger Bespannung.

Wird der Reisende auf sein Verlangen durch eine geringere Anzahl von Pferden, als das Reglement vorschreibt, befördert, so kann er auf das Einhalten der normalmäßigen Beförderungszeit keinen Anspruch machen.

§. 59.

Postillone.

a. Montur.

Der Postillon muß mit der vorschriftsmäßigen Montur bekleidet und mit der Post-Trompete versehen sein.

Die Hülfs-Anspanner haben zu ihrem Ausweis ein Armband von orangefarbenem Tuche mit dem Postschilde zu tragen.

b. Sitz des Postillons.

Bei zweispännigem Fuhrwerk gebührt dem Postillon ein Sitz auf dem Wagen. Ist kein Platz für ihn, so muß der Reisende ein drittes Pferd nehmen. Bei ganz
leich-

leichtem Fuhrwerk, als Droschken u., und wenn der leichte Wagen etwa nur mit einem Reisenden besetzt ist, der außer einem Reise- oder Nachtsack und kleineren Reisebedürfnissen kein Gepäck mit sich führt, wird indeß billige Rücksicht genommen, und kann in dergleichen Fällen bei kurzen Stationen eine zweispännige Beförderung auch dann stattfinden, wenn der Postillon vom Sattel fahren muß.

Bei drei- und mehrspännigem Fuhrwerk muß der Postillon vom Sattel fahren, wenn ihm der Reisende keinen Platz auf dem Wagen gestattet.

Bei Extraposten und Couriersfahrten, die mit vier und mehr Pferden bespannt sind, muß stets lang gespannt und vom Sattel gefahren werden, insofern nicht der Reisende das Fahren vom Boock verlangt.

c. Tabakrauchen.

Der Postillon darf sich bei der Beförderung nicht erlauben, Taback zu rauchen, darf auch die Reisenden um die Erlaubniß dazu nicht ansprechen.

d. Mitnahme von Futter für die Pferde.

Die Wagen der Reisenden dürfen nicht mit Futter für die Pferde belastet werden.

Es darf bei Beförderung nach einem Orte, wo keine Post-Station befindlich ist, höchstens nur so viel Futterkorn mitgenommen werden, als der Postillon beim Fahren vom Boock zwischen den Füßen verbergen kann.

e. Wechseln mit den Pferden.

Das Wechseln der Pferde darf, wenn eine Extrapost einer Post begegnet, gar nicht, bei sich begegnenden Extraposten aber nur mit ausdrücklicher Einwilligung der beiderseitigen Reisenden geschehen.

Der durch das Wechseln entstandene Aufenthalt muß bei der Fahrt wieder eingeholt werden.

Das Trinkgeld erhält derjenige Postillon, der den Reisenden auf die Station bringt.

f. Ausweichen der Extraposten u.

Extraposten und Couriere müssen sich einander zur Hälfte, anderen Gattungen von Posten aber ganz ausweichen. Alles Privat-Fuhrwerk muß den Extraposten und Courieren, gleichwie den übrigen Posten, ausweichen, sobald der Postillon mit der Trompete das Zeichen giebt.

g. Vorbeifahren der Extraposten.

Es ist erlaubt, daß eine leicht beladene Extrapost der schwereren, oder eine reglementsmäßig bespannte Extrapost der mit weniger, als der reglementsmäßigen Bespannung beförderten, vorbeifährt. Gegenseitiges Ueberfahren und Wettfahren darf nicht stattfinden.

h. das Vorfahren beim Post- oder Gasthause.

Der Reisende hat zu bestimmen, ob bei der Ankunft auf der Station beim Posthause oder bei einem Gasthause und bei welchem, oder bei einem Privathause vorgefahren.

fahren werden soll. Der Postillon muß hierin ohne Widerrede folgen. Den Postillon ist verboten, von den Gastwirthen für das Zubringen von Reisenden ein Trinkgeld anzunehmen. Wird nicht beim Posthause vorgefahren, so muß der Postillon, wenn der Reisende es verlangt, die Pferde zur Weiterreise bestellen.

i. Führung der Pferde.

Dem Postillon allein gebührt es, die Pferde zu führen. Wenn der Reisende oder dessen Leute an dem Postillon Thätlichkeiten verüben, so hat der Postillon die Befugniß, sogleich auszuspannen. Dasselbe gilt, wenn der Reisende selbst die Pferde durch Schläge antreiben sollte.

k. die Postillone müssen sich mit dem reglementsmäßigen Trinkgelde begnügen.

Die Postillone müssen sich, bei Vermeidung harter Strafe auf erfolgte Anzeige, mit dem reglementsmäßigen Trinkgelde begnügen, und dürfen sich auf keine Weise unzufrieden bezeigen. Gibt der Reisende ihnen ein Mehreres, so haben sie solches dankbar anzunehmen.

§. 60.

Begleitzettel.

Diejenige Post-Anstalt, woselbst ein Reisender mit Extrapost- oder Courierypferden seine Reise antritt, hat für jeden Wagen, beziehungsweise für jeden reitenden Courier, einen Begleitzettel auszufertigen, welcher Behufs der Controlle über den Verbleib desselben auf das Reiseziel, oder wenn daselbst eine Preussische Post-Anstalt sich nicht befindet, auf die letzte vorliegende Post-Anstalt zu richten ist, wo der Reisende sich länger als 24 Stunden aufzuhalten beabsichtigt.

Jeder Begleitzettel muß enthalten: den Namen, Stand und Wohnort des Reisenden, die Zahl und Gattung der Wagen und die Ladung an Personen und Gepäck.

In dem Falle, daß der Reisende auf die Innehaltung der reglementsmäßigen Beförderungszeit verzichtet hat, muß das desfallsige Anerkenntniß mit der eigenen Namens-Unterschrift des Reisenden in den Begleitzettel aufgenommen werden.

Jeder Extrapost-Reisende und Courier ist zu verlangen berechtigt, daß in seiner Gegenwart von der Post-Anstalt die Stunde der Ankunft und Abfahrt im Begleitzettel verzeichnet werde.

Erfolgt die Abfahrt von einem anderen Punkte, als von dem Posthause, auf Veranlassung des Reisenden später, als im Begleitzettel angegeben ist, und ist ein Post-Beamte bei der Abfahrt nicht gegenwärtig, so hat der Postillon den Reisenden zu ersuchen, die richtige Abfahrtszeit im Begleitzettel zu vermerken. Verweigert derselbe den Vermerk, und ist eine Post-Anstalt im Orte, so muß der Postillon vor das Posthaus fahren und dort den Begleitzettel berichtigen lassen.

Ueberschreitungen der Abfertigungs- und Beförderungszeiten sind mit Angabe der Veranlassung und der etwaigen Entschuldigungs-Gründe im Begleitzettel zu erörtern.

Die Begleitzettel müssen in Papier eingeschlagen, dem Postillon übergeben, und
von

von demselben in der Tasche der Reitjacke oder des Mantels verwahrt werden. Derselbe ist dafür verantwortlich, daß solcher gleich nach der Ankunft an seinem Bestimmungsorte, der Orts-Post-Anstalt, oder, wenn sich eine solche daselbst nicht befindet, dem Reisenden zum Vermerke der Ankunftszeit vorgezeigt wird.

Beschwerden können die Reisenden, wenn sie solche nicht unmittelbar bei einer Post-Behörde anbringen wollen, in den Begleitzettel oder in die in den Passagierstuben ausliegenden Beschwerdebücher eintragen.

§. 61.

Besondere Bestimmungen.

Die Post-Anstalten sind verpflichtet, auf den Extrapoststraßen, zur Beförderung reitender Couriere, Pferde zu stellen.

a. in Bezug auf reitende Couriere.

Jeder reitende Courier muß einen berittenen Postillon als Vorreiter mitnehmen, mithin auch für zwei Pferde Zahlung leisten. Hierzu gehören auch solche Couriere, welche von den mit Postpferden reisenden Herrschaften, Behufs der Pferde-, Quartier- u. Bestellung oder zu sonstigen Zwecken vorausgeschickt werden.

Nur in dem Falle, daß sich die Dienstleistung eines solchen Couriers auf unmittelbare Begleitung einer Extrapost beschränkt, in welchem Falle er solche unterwegs nicht verlassen und derselben nicht vorausseilen darf, ist der Reisende nicht verbunden, für einen berittenen Postillon zur Begleitung Zahlung zu leisten. Es hat dann der Postillon, welcher den von dem Courier begleiteten Wagen befördert, die Verpflichtungen zu erfüllen, welche einem zur Begleitung eines reitenden Couriers mitzugebenden Postillone obliegen.

Der Postillon, welcher einem reitenden Couriere vorreitet, ist dafür verantwortlich, daß der Ritt in der vorgeschriebenen Zeit bewirkt werde.

Der Courier ist weder befugt, schneller zu reiten, als der Postillon, noch letzteren zum schnelleren Reiten anzutreiben. Ueberschreitet der Courier diese Vorschrift und kommt früher als der Postillon auf der Station an, so kann er erst dann weiter befördert werden, wenn der später eingetroffene Postillon den Zustand des von dem Courier gerittenen Pferdes untersucht, und sich von dem unverletzten Zustande desselben überzeugt hat. Findet sich, daß das Pferd dadurch, daß der Courier die obigen Vorschriften nicht befolgt hat, beschädigt worden ist, so muß dem Eigenthümer des Pferdes vollständige Entschädigung nach obrigkeitlicher Abschätzung geleistet werden. Die betreffende Post-Anstalt darf den Courier nicht eher fortschaffen, bis derselbe Entschädigung oder hinlängliche Sicherheit dafür gewährt hat.

Der Courier kann seinen eigenen Sattel, muß aber das Zaumzeug des Posthalters benutzen.

An Gepäck darf der Courier nicht mehr als 30 Pfund in einem dem Pferde aufzulegenden Mantelsack mit sich führen.

Begleitet ein Courier eine Extrapost, so kommt bei der Beförderung das Zeitmaß für Extraposten in Anwendung.

Für die zum Courierritte gestellten Pferde wird die Zahlung nach denselben Sätzen, wie bei Couriersfahrten erhoben. Für ein Pferd, welches ein in unmittelbarer Begleitung einer Extrapost reitender Courier benutzt, wird ebenfalls nach dem Couriersatze Zahlung geleistet.

b. in Bezug auf extrapostmäßige Beförderung von Rennpferden.

Die extrapostmäßige Beförderung von Rennpferden ist nachgegeben auf chausfirten Straßen und auf solchen unchaussirten Wegen, welche den Chausseen gleich zu achten sind. Zur Beschaffung der Behältnisse Behufs der Beförderung von Rennpferden sind die Post-Anstalten nicht verpflichtet, vielmehr müssen solche von dem Eigenthümer der Rennpferde gestellt werden. Diese Behältnisse dürfen nur zu einem oder zwei Pferden eingerichtet sein. Zur Beförderung von mehr als zwei Rennpferden in einem Behältnisse ist die Post nicht verbunden.

Die Beförderung muß in der für Extraposten reglementsmäßig festgesetzten Zeit erfolgen.

In der Regel ist ein Behältniß mit einem Rennpferde und einem Begleiter, mit zwei Pferden, und ein Behältniß mit zwei Rennpferden und zwei Begleitern mit vier Pferden zu bespannen. Auf ganz ebenen Wegestrecken soll jedoch die Fortschaffung eines Behältnisses mit zwei Rennpferden und einem Begleiter auf Verlangen mit drei Pferden stattfinden, in diesem Falle aber die Einhaltung der reglementsmäßigen Beförderungszeit nicht in Anspruch genommen werden.

Gegenwärtiges Reglement tritt am 1sten Juni 1856. in Kraft.

Berlin, den 27. Mai 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
gez. von der Heydt.



Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 29.

Oppeln, den 17. Juli 1856.

Allgemeine Geseflsammlung.

N^o 36. u. 37. enthalten:

- (N^o 4468.) Den Vertrag zwischen Preußen, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Rußland, Sardinien und der Türkei. Vom 30sten März 1856.
- (N^o 4469.) Die Verordnung, betreffend die zwischen Preußen, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Rußland, Sardinien und der Pforte vereinbarte Erklärung vom 16ten April 1856. über Grundsätze des Seerechts. Vom 12ten Juni 1856.
- (N^o 4470.) Die Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Bestätigung des zweiten Nachtrages vom 4ten November 1855. zu den Statuten der unter der Firma „Kaltwasser-Heilanstalt im Raubachsthal bei Coblenz“ bestehenden Actien-Gesellschaft. Vom 19ten Juni 1856.
- (N^o 4471.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Mai 1856., betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von der Queßlinburg-Goppenstedter Staats-Chaussee bei Hedersleben über Haus-Reindorf, Friedrichsbaue, Schadeleben, Königsbaue, Winnigen, bis zur Wüßersleben-Egelter Staats-Chaussee.
- (N^o 4472.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 12ten Mai 1856., betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von der Halberstadt-Grönnirgen-Magdeburger Staats-Chaussee bei Halberstadt ab über Groß-Quenstedt und Schwanebeck, bis zu dem sogenannten Neuen Damme bei Neuwegerleben.
- (N^o 4473.) Das Privilegium, wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Hallescher Stadt-Obligationen zum Betrage von 200,000 Thln. Vom 17ten Mai 1856.

- (N^o 4474.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 28ten Mai 1856., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Posen bis zur Kreis-Grenze in der Richtung auf Obornik; und
- (N^o 4475.) Das Privilegium, wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis = Obligationen des Regenwälder Kreises, im Betrage von 60,500 Thalern. Vom 28ten Mai 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung:

Der in dem diesjährigen Kalender auf den 4ten August c. angeetzte Kram- und Viehmarkt zu Zauditz, ist auf

den 11ten September d. J.

verlegt worden. Oppeln, den 7. Juli 1856.

- N^o 168. In Ergänzung unserer Bekanntmachung vom 23ten Juni c. (Amtsblatt Stück 27. Pag. 177. Nr. 161.), betreffend den Transport von Leichen nach und aus den österreichischen Staaten, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß neuerer Anordnung zufolge in dem Gebiete der Kaiserlich Königlich Oesterreichischen Militair-Grenze als Behörden zur Ausstellung von Leichen = Pässen, die beiden Kaiserlich Königlichen Landes = General = Commandos in Ugram und Temesvar bestimmt worden sind.
- Oppeln, den 8. Juli 1856.

- N^o 169. In Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. ist die landespolizeiliche Erlaubniß zur Besorgung von Agentur = Geschäften ertheilt worden:
- 1) dem Kaufmann A. Engelke zu Ober-Glogau, für die Schleßische Feuer-Versicherungs = Gesellschaft in Breslau, und
 - 2) dem Kaufmann A. Weiß zu Cosel, für die Preussische National-Versicherungs = Gesellschaft in Stettin, wogegen der Buchdrucker Friedrich Radek daselbst diese Geschäfts = Führung niedergelegt hat;
 - 3) dem Gastwirth Robert Steffe zu Pleß, für die Magdeburger Feuer-Versicherungs = Gesellschaft, wogegen der Kaufmann Israel Wechselmann in Nicolai diese Geschäfts = Führung niedergelegt hat.
- Oppeln, den 11. Juli 1856.

Die Führung der Agentur = Geschäfte für die Magdeburger Lebens-Versicherungs = Gesellschaft durch den Kaufmann S. Fränkel in Ratibor, ist landespolizeilich genehmigt worden. Oppeln, den 11. Juli 1856.

Unter dem 3ten Juli 1856. ist dem Mechaniker Bialon in Berlin ein Patent, auf einen Mechanismus für Kalandern, zum Appretiren von Geweben, um die Arbeits- und Dampfwalzen an die Glättewalzen anzudrücken, oder den Druck aufzuheben und denselben von dieser Walze zu entfernen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung, und ohne Jemand in der Benutzung einzelner bekannter Theile zu beschränken, auf die Dauer von fünf Jahre, von den obigen Tagen an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden. Oppeln, den 11. Juli 1856.

Das dem Techniker Friedrich Kunze in Berlin, unter dem 4ten Juli 1855. erteilte Patent, auf eine Einrichtung an den Schornsteinen der Locomotiven zur Beförderung des Zuges in denselben, ist aufgehoben. Oppeln, den 11. Juli 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlichen Appellations-Gerichts zu Ratibor.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 6ten April 1854. (Extraordinaire Beilage zum Oppelner Regierungs-Amtsblatte pro 1854. Stück 19.) ad IX. machen wir ferner bekannt, daß die Ortschaften Mährengasse und Gräferei im Reisser Kreise, welche bisher zum 2ten Schiedsmanns-Bezirk der Stadt Reisse gehörten, dem 4ten Schiedsmanns-Bezirk der Stadt Reisse (Berliner Bezirk) zugeschlagen worden sind.

In dem bisherigen Substitutions-Verhältnisse des Berliner Schiedsmanns-Bezirks der Stadt Reisse tritt keine Veränderung ein.

Ratibor, den 10. Juli 1856.

Nr 170.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Auf Veranlassung des Herrn Finanz-Ministers, Excellenz, bringe ich hiermit die von dem Central-Bureau des Zoll-Vereins aufgestellte, hier nachstehende Uebersicht der Einnahmen von ausländischem Zucker und Syrop, so wie an Rüben-Zucker-Steuer, ferner der für ausgeführten raffinierten Zucker gezahlten Vergütungen in der Zeit vom 1sten April 1855. bis Ende März 1856., zur öffentlichen Kenntniß.

Breslau, den 1. Juli 1856.

Der Wirkliche Geheime Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Director.
v. Bigeleben.

Nr 171.

Uebersicht

der Einnahmen von ausländischem Zucker und Syrop, so wie an Rübenzucker-Steuer, ferner der für ausgeführten raffinierten Zucker gezahlten Vergütungen, beides in der Zeit vom 1sten April 1855. bis Ende März 1856., und Vergleichung des hiernach berechneten Einnahme-Solls, mit der in dem vorgedachten Zeitraume auf gekommenen wirklichen Einnahme.

Vereins-Staaten	Menge des zum Eingange verzollten Zuckers und Syrops.								Menge der zur Zuckerbereitung versteuerten Runkelrüben		Betrag der gewährten Rückvergütung für ausgeführten, resp. zur Ausfuhr nicht vergelegten Zucker.			
	Brod- u. Putz-, Randis- u. Zucker à Ctr. 10 Thlr.		Farin u. à Ctr. 8 Thaler.		Rohzucker für ausländische Siedereien à Ctr. 5 Thlr.		Syrop à Ctr. 2 Thaler.		à Ctr. 6 Sgr.		Rthl.		Sgr.	
	Gr	℔	Gr	℔	Gr	℔	Gr	℔	Gr	℔				
1) Preußen..	599	57 $\frac{4}{10}$	194	12 $\frac{3}{10}$	637,238	11 $\frac{6}{10}$	1,062	89 $\frac{3}{10}$	1844	1893	—	664,337	29	8
Außerdem:							a. 17,889	92 $\frac{6}{10}$						
Luxemburg	—	20 $\frac{2}{10}$	—	1 $\frac{3}{10}$	—	—	—	1 $\frac{45}{10}$	—	—	—	—	—	—
2) Bayern ..	246	88	25	93	6,477	84	41	83	323,822	—	—	—	—	—
3) Sachsen ..	118	75 $\frac{4}{10}$	3	81 $\frac{1}{10}$	663	97 $\frac{1}{10}$	625	43 $\frac{9}{10}$	93,243	23	—	—	—	—
4) Hannover.	572	95 $\frac{8}{10}$	97	81 $\frac{8}{10}$	142,161	62 $\frac{7}{10}$	a. 739	31 $\frac{2}{10}$	—	—	43,783	15	7	
5) Württemberg	17	61 $\frac{6}{10}$	—	—	—	—	a. 9,320	47 $\frac{2}{10}$	745,811	42 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—
6) Baden ...	176	8 $\frac{1}{10}$	7	44	17,473	59	a. 5	32 $\frac{2}{10}$	919,394	—	30,825	26	7	
7) Kurf. Hessen	31	25	1	57	6,944	84	1,079	8 $\frac{9}{10}$	30,608	—	—	—	—	—
8) Groß. Hessen	18	55	43	33	—	—	a. 1	75 $\frac{3}{10}$	—	—	—	—	—	—
9) Thüringen	29	34 $\frac{2}{10}$	4	51	—	—	—	—	150,760	11	—	—	—	—
10) Braun- schweig ...	15	18	—	24	5,634	45	a. 12	85 $\frac{1}{10}$	592,017	40	—	—	—	—
11) Oldenburg	76	90 $\frac{6}{10}$	10	23 $\frac{6}{10}$	—	—	a. 117	83	—	—	—	—	—	—
12) Nassau ...	2	82 $\frac{6}{10}$	—	7 $\frac{7}{10}$	—	—	a. 1,889	85 $\frac{6}{10}$	—	—	—	—	—	—
13) Freie Stadt Frankfurt.	31	96	1	4	—	—	a. —	70 $\frac{3}{10}$	—	—	—	—	—	—
Zusammen..	1,938	7 $\frac{9}{10}$	390	13 $\frac{8}{10}$	816,594	43 $\frac{4}{10}$	22,730	81 $\frac{5}{10}$	2129	7648	16 $\frac{1}{2}$	738,947	11	10
							a. 30,009	6 $\frac{2}{10}$						
							a. zu 4 Thaler pro Ctr.							

B e r e c h n u n g

I. des Einnahme=Colls.

1) Als jeweilige Bevölkerung ist nach dem Artikel 3. Abschnitt 1a. der Uebereinkunft vom 4ten April 1853. wegen Besteuerung des Rübenzuckers, für 1855. die Bevölkerung wie folgt zu ermitteln:

a. Nach der Zoll=Abrechnung für das Jahr 1855. und Seite 57. der Beilagen zum Haupt=Protocoll der ersten General=Conferenz, beträgt solche auf den Grund der Zählung Ende des Jahres 1852. und der bis 1855. erfolgten Berichtigungen, für:

1) Preußen	17,286,484	Köpfe.
Außerdem:		
Luxemburg.....	192,632	"
2) Bayern.....	4,565,256	"
3) Sachsen.....	1,987,612	"
4) Hannover	1,840,932	"
5) Württemberg.....	1,733,263	"
6) Baden.....	1,354,756	"
7) Churf. Hessen	727,323	"
8) Großh. Hessen.....	865,480	"
9) Thüringen.....	1,024,929	"
10) Braunschweig	247,461	"
11) Oldenburg.....	229,106	"
12) Nassau	429,060	"
13) Freie Stadt Frankfurt.	74,867	"

Zusammen... 32,559,161 Köpfe.

b. Hierzu tritt nach demselben Artikel der oben gedachten Uebereinkunft eine Vermehrung von $2\frac{1}{2}\%$ mit

813,979 "

Zusammen... 33,373,140 Köpfe.

B e r e c h n u n g

Transport... 33,373,140 Köpfe.

c. In der Uebersicht für die Zeit vom 1. April 1854. bis Ende März 1855. sind als Kopfszahl berechnet 33,047,560 =

Summa... 66,420,700 Köpfe.

d. Nach weiterer wörtlicher Bestimmung dieses Artikels ist sohin der Durchschnitt aus der Bevölkerungszahl beider Abschnitte mit 33,210,350 Köpfe der Berechnung des Einnahmesolls zum Grunde zu legen.

2) Nach dem Betrage von 6,⁰⁷⁶² Egr. vom Kopf, beträgt somit zufolge der angegebenen Stelle der Uebereinkunft vom 4ten April 1853. die Soll-Einnahme von 33,210,350 Köpfen 6,726,424 Thlr. 8 Egr. 8 Pf.

II. der wirklichen Einnahmen.

a. Eingangszoll und Rübenzucker-Steuer.

1) von 1,938 Ctr. $7\frac{9}{10}$ Pfd. Brod-, Gutz-, Kandis-Zucker u. à 10 Thlr.	19,380 Thl. 23 Egr. 8 Pf.
2) = 390 = $13\frac{8}{10}$ = Farin u. à 8 Thlr.	3,121 = 3 = 1 =
3) = 816,594 = $43\frac{4}{10}$ = Rohzucker für Siedereien à 5 Thlr.	4,082,972 = 5 = 1 =
4) = 22,730 = $81\frac{1}{10}$ = Syrop à 2 Thlr. pro Ctr.	45,461 = 18 = 10 =
5) = 30,009 = $6\frac{2}{10}$ = dergl. à 4 Thlr. pro Ctr.	120,036 = 7 = 4 =
6) 21,297,648 = $16\frac{1}{2}$ = Runkelrüben à 6 Egr. pro Ctr.	4,259,529 = 19 = — =

Zusammen... 8,530,501 = 17 = — =

b. Hiervon geht ab, der Betrag der gewährten Rückvergütung für ausgeführten, resp. zur Ausfuhr niedergelegten Zucker, mit..... 738,947 = 11 = 10 =

Bleiben... 7,791,554 = 5 = 2 =

c. In der Zeit vom 1sten April 1854. bis Ende März 1855. hat die ebenso berechnete Einnahme betragen..... 7,235,970 = 11 = 1 =

macht zusammen... 15,027,524 = 16 = 3 =

d. Der

Transport...	149 Rthlr.;
aus dem Kreise Groß-Strehlitz....	8 Rthlr.;
= = = Losi-Gleiwitz.....	10 =

Summa... 167 Rthlr.

Vorstehende Summe ist von dem Unterzeichneten an das Directorium der Hufe-landschen Stiftungen nach Berlin abgesendet worden, wovon die geehrten Mitglieder des Vereins benachrichtigt werden.

Oppeln, den 30. Juni 1856.

Dr. Citner,

Regierungs- und Medizinal-Rath.

Personal-Chronik.

Bekanntmachung.

In Folge der am 28sten vorigen Monats am königlichen Schullehrer-Seminar zu Münsterberg abgehaltenen Lehrerinnen-Prüfung, ist folgenden Prüflingen die Befähigung zur Uebernahme einer Lehrerinnenstelle zuerkannt worden:

- 1) Fräulein Helene From aus Breslau;
- 2) = Maria From aus Breslau;
- 3) = Leontine von Göbe aus Waldenburg;
- 4) = Maria Hennige aus Breslau;
- 5) = Maria Täsche aus Waldenburg;
- 6) = Mariane Kadach aus Waldenburg;
- 7) = Bertha Reuscher aus Waldenburg.

Breslau, den 2. Juli 1856.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Der seitherige Gymnasial-Lehrer in Krotoschin Dr. Herrmann, Gustav Höfig, und der Lehramts-Candidat Franz, Rudolph, Leo Adrian, sind zu ordentlichen Lehrern am Gymnasium zu Görlitz ernannt worden.

Druckfehler-Berichtigung.

Der Kaufmann Schlesinger in Landsberg, welchem nach der Bekanntmachung vom 24sten Juni c. (Amtsbl. Stück 26. Pag. 167.) die landespolizeiliche Erlaubniß zur Besorgung von Agentur-Geschäften für die Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft ertheilt worden, heißt mit dem Vornamen nicht S., sondern
S. (Silbius).

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude

Druck von J. Weilschäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 30.

Oppeln, den 24. Juli 1856.

Allgemeine Gesetzsammlung.

N^o 38. enthält:

(**N^o 4476.**) Das Statut der Genossenschaft für die Melioration der Niers-Niederung von Neuwerk bis Cän, in den Kreisen Gladbach, Kempen und Geldern, so wie der Niederung am Nord-Canale im Kreise Gladbach, des Regierungs-Bezirks Düsseldorf. Vom 16ten Juni 1856.; und

(**N^o 4477.**) Die Bekanntmachung, betreffend die unter dem 16ten Juni 1856. erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Actien-Gesellschaft unter dem Namen: „Ruhrortler Bergwerks-Actien-Verein“ mit dem Domicil in Ruhrort. Vom 1sten Juli 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichcn Regierung.

Im Verlage von August Hirschwald zu Berlin (69. unter den Linden) ist eine neue **N^o 173:**

Armen-Pharmakopöe

zum Gebrauche in der Lazareth- und Armen-Praxis in Gefangen-, Waisen-, und ähnlichen Anstalten, entworfen von dem Königlichcn Regierungs-Medicinal-Rath Dr. Citner hier, erschienen.

Auf diese Schrift machen wir insbesondere die Herren Landrätke und Gemeinde-Vorstände unsers Departements aufmerksam, welche ihrerseits den Aerzten und Apothekern die Beachtung der darin enthaltenen Vorschriften, namentlich bei der Behandlung der armen Kranken dringend zu empfehlen haben, damit die zur Fürsorge für

jene Armen verpflichteten Anstalten und Verbände, wie dieß die Schrift bezweckt, möglichst erleichtert werden. Der Preis dieser durch Vermittelung der Buch-Handlungen zu erlangenden Schrift ist auf 8 Sgr. festgesetzt.

Oppeln, den 7. Juli 1856.

N^o 174. Wir machen auf das in der Gesetz-Sammlung Seite 477. und folgende abgedruckte Gesetz vom 17ten Juni d. J., betreffend einige Abänderungen des Patents über die Errichtung der allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt vom 28sten December 1775. mit dem Bemerkten aufmerksam, daß in denjenigen Fällen, in welchen die Frau mehr als 10 Jahre älter ist, als der Mann, dieselben Beiträge zu entrichten sind, welche der Tarif für die Fälle festsetzt, in denen das Alter der Frau das des Mannes gerade um 10 Jahre übersteigt. Die Rechte und Verpflichtungen der bisherigen Theilnehmer der Anstalt werden durch das neu erschienene Gesetz nicht berührt, dagegen sind seine Bestimmungen für diejenigen verbindlich, welche am nächsten Reception's-Termin den 1sten October d. J. beitreten.

Oppeln, den 16. Juli 1856.

N^o 175. Der evangelische Bücher-Verein in Berlin hat eine Stereotyp-Ausgabe der heiligen Schrift nach der deutschen Uebersetzung Dr. Martin Luther's veranstaltet, welche mit 327 im Holzschnitt ausgeführten bildlichen Darstellungen geschmückt ist. Die Preise für diese Bilder-Bibel sind: ungebunden 1 Rthlr. 20 Sgr., Halbfranzband 2 Rthlr., Lederband 2 Rthlr. 5 Sgr., gepreßter Lederband mit Goldschnitt 2 Rthlr. 15 Sgr. Der überaus billige Preis, sowie die gelungene Ausführung, lassen diese Bibel-Ausgabe zu einer möglichst weiten Verbreitung unter dem evangelischen Volk vorzugsweise geeignet erscheinen. Auf Veranlassung des Herrn Cultus-Ministers wird dieß hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Oppeln, den 18. Juli 1856.

N^o 176. Dem Buchhändler Emil Bredell zu Rybnik, ist in Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. die landespolizeiliche Erlaubniß zur Besorgung von Agentur-Geschäften für die preussische National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin ertheilt worden.

Oppeln, den 21. Juli 1856.

Der in dem dießjährigen Kalender auf den 9ten und 10ten September d. J. angelegte Kram- und Viehmarkt zu Greußburg, ist auf den 8ten und 9ten September d. J. verlegt worden.

Oppeln, den 7. Juli 1856.

Dem Knopf-Fabrikanten Fr. Langenbeck zu Barmen, ist unter dem 11ten Juli 1856. ein Patent,

auf Stempel zur Herstellung bezogener Knöpfe, nach Anleitung vorgelegter Modelle, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf die Dauer von fünf Jahren, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staates erteilt worden. Oppeln, den 18. Juli 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Sinwiederum sind die beiden Kreise Ohlau und Leobschütz als diejenigen zu bezeichnen, in denen die Brandstiftungen in dem verflossenen ersten Semester dieses Jahres die größte Höhe erreichen. Die Provinzial-Land-Feuer-Societät mußte zur Deckung der dort in diesem Halbjahre an bei ihr versicherten Gebäuden vorgekommenen, im Kreise Ohlau durch 23 Brandfälle verursachten Schäden die Summe von 13,902 Rthlr. 25 Sgr. an selbigen, und an den Kreis Leobschütz für die durch 18 Brandfälle verursachten Schäden die Summe von 13,950 Rthlr. 10 Sgr. zahlen. Es traten aber auch die Kreise Cosel, Polnisch-Wartenberg, Breslau, Brieg und Frankenstein, von denen freilich der erstere Kreis mit einem umfangreichen Brande zu Reinschdorf am 29sten April c. betroffen wurde, welcher Brand allein eine Entschädigung von 9,727 Rtl. in Anspruch nahm, unerwartet mit höheren Forderungen auf, und es verlangten:

№ 177.

der Kreis Cosel in Folge von 2 Brandfällen	9,977 Rthlr. 20 Sgr.;		
= = P. Wartenberg in Folge von 15 bergleichen		9,330	=	—
= = Frankenstein	= = = 10	7,810	=	—
= = Brieg	= = = 11	7,606	=	—
= = Breslau	= = = 11	7,551	=	—

an Brandbonificationen vergütigt. Bei dieser übermäßigen Beanspruchung des Provinzial-Land-Feuer-Societäts-Fonds von Seiten dieser sieben Kreise ist ungeachtet der minderen Forderungen, welche aus den übrigen 51 Kreisen der Provinz gemacht wurden, der Bedarf der Ausschreibung der Beiträge, welcher zu Deckung der überhaupt für 254 Brandfälle angemeldeten Gesamt-Entschädigungs-Summe von

= 143,797 Rthlr. =

und des Aufwandes an Lösch- und anderen Prämien, an Kosten für die Aufnahme und Abschätzung der Brandschäden, für Feststellung der Taxen über zur Versicherung zugetretene Gebäude, Bureau-Unkosten und Tantieme-Vergütigungen für die Kreis-Feuer-Societäts-Directoren und Steuer-Einnehmer in den Kreisen erforderlich wird, auf derselben Höhe von

(4½) vier und einhalb Beitrags-simpla

35 *

fest-

festzusetzen, wie selbige im ersten Semester des Jahres 1855. veranlaßt werden mußte. Hiernach haben die Associaten auf jedes Hundert Versicherung:

in der ersten Klasse	3	Egr.;
in der zweiten Klasse	6	=
in der dritten Klasse	12	=
in der vierten Klasse	18	=

zu entrichten.

In Bezug der Vorschrift des §. 25. des Feuer = Societäts = Reglements vom 1sten September 1852. bestimme ich hierdurch, daß die Einziehung dieser Beiträge von den leistungspflichtigen Associaten und deren vollständige Ablieferung an das betreffende Kreis = Steuer = Amt im Laufe des Monats August und September c. erfolgen und bis spätestens den 30sten September 1856. bewirkt sein muß, welcher Tag als die äußerste Zahlungsfrist festgesetzt wird, nach deren Ablauf alle rückständigen Beiträge von den Restanten ohne weitere Verwarnung durch Execution beigetrieben werden müssen. Diese Restanten haben die Orts = Behörden dem Kreis = Steuer = Amte mittelst eines in duplo zu übergebenden Resten = Verzeichnisses innerhalb drei Tagen, nach Ablauf des äußersten Zahlungs = Termins nachzuweisen, widrigenfalls selbige zu erwarten haben, persönlich wegen Vertretung des nicht nachgewiesenen Restbetrages in Anspruch genommen zu werden. Breslau, den 15. Juli 1856.

Der Provinzial = Land = Feuer = Societäts = Director.
von Schleinig.

Personal = Chronik.

Das Königl. Consistorium für die Provinz Schlesien hat die Vocation für den bisherigen Pastor secundarius Meymann zu Sagan, zum ersten Pastor an der evangelischen Dreifaltigkeits = Kirche daselbst, bestätigt.

Dem Guts = Besitzer Weigel zu Schwammelnitz, Reisser Kreises, ist die erledigte 8te Polizei = Districts = Commissarius = Stelle — und dem Wirthschafts = Beamten Schindler zu Winzenberg, Grottkauer Kreises, die erledigte 2te derartige Stelle übertragen worden — der vormalige Bürgermeister Dalibor zu Kieferstädtel ist, gemäß der von der Stadtverordneten = Versammlung daselbst getroffenen Wahl, als Bürgermeister für eine fernere Amtsdauer von 12 Jahren bestätigt — dem seitherigen Lehrer zu Brinzig, Creutzburger Kreises, Daniel Kuka, ist die Schullehrerstelle zu Blumenthal, Oppelner Kreises — dem Lehrer Laxy zu Gieraltowitz ist die erste Lehrerstelle an der Schule zu Antonienhütte, Beuthener Kreises — dem seitherigen Schul = Adjunkten Alexander Brée ist die Schullehrerstelle zu Ruptawiez, Rybnicker Kreises — und dem

Adjuvanten Bieneck die Schullehrerstelle zu Kollanowitz, Oppelner Kreises, verliehen worden. —

Der practische Arzt Dr. Utting zu Grottkau ist zum Physikus des Kreises Grottkau — und der practische Arzt Dr. Kasper zu Reisse zum Physikus des Kr. Reisse ernannt worden — der vormalige Sergeant des 6ten combinirten Reserve-Bataillons zu Cosel, Carl Albe, ist als Aufseher in der königlichen Straf-Anstalt zu Ratibor angestellt — der seitherige Steueramts-Gehülfe Borzenski zu Falkenberg ist als Regierungs-Supernumerarius angenommen — und der Bühnenmeister und Waldwärter Kumor zu Oppeln ist pensionirt worden — der Kreis-Secretair Hallmann in Cosel, und der Militair-Supernumerarius Meyer, sind aus dem Dienste geschieden. —

Bei dem Regierungs-Collegio hieselbst sind die Justitiariats-Geschäfte bei der I. Abtheilung dem Regierungs-Rathe v. Göritz, und die Justitiariats-Geschäfte bei der II. Abtheilung dem Regierungs-Rathe v. Ernst übertragen — der bisherige Hütten-Bau-Inspector Schönfelder in Königshütte, ist zum Ober-Bau-Inspector in Oppeln befördert — der Feldmesser Hruziak zu Leobschütz, und der Kaufmann Albert Schödon zu Gleiwitz, sind als unbesoldete Rathsherrn bestätigt — der Pfarrer Kasim zu Pawlowitz ist zum Schulen-Inspector des Plesser Kreises I. Antheils ernannt — der Lehrerin Angelica Franklin zu Beuthen D. S. ist die Erlaubniß zur Errichtung einer Töchter Schule daselbst ertheilt — und der Lehramts-Aspirantin Bertha Wolff ist die Erlaubniß ertheilt worden, in Familien des hiesigen Regierungs-Bezirks eine Stelle als Lehrerin und Erzieherin anzunehmen. —

Verstorben sind:

der evangelische Schullehrer Schmidt zu Tiefensee, Grottkauer Kreises;
der Lehrer an der katholischen Stadtschule zu Oppeln, v. Beckert, und
der Pfarrer Deutschmannock zu Salesche, Groß-Strehlitzer Kreises.

Personal-Veränderungen

in dem Ressort des königlichen Ober-Berg-Amtes zu Breslau in dem I. Semester 1856., soweit solche Dienst-Beziehungen innerhalb des Departements der königlichen Regierung zu Oppeln berühren.

Bei dem königlichen Berg-Amte zu Tarnowitz:

- 1) der Bergamts-Asseffor und Markscheider Güttler ist pensionirt;
- 2) der Hütten-Inspector Lange, bisher auf Friedrichshütte bei Tarnowitz, zum Dirigenten des Hütten-Amtes zu Rybnik ernannt;

3) der

- 3) der Hüttenmeister **Leichmann**, bisher in Malapane, zum Hütten-Inspector der Friedrichshütte und zum Mitgliede des Berg-Amtes zu Tarnowitz;
- 4) der Schichtmeister-Gehülfe **Golombek** zum Hülfs-Schichtmeister bei der königlichen Steinkohlen-Grube „Königin Louise“ und dem „Haupt-Schlüßel-Stollen“;
- 5) der Steiger **Hammer** zum Hülfs-Schichtmeister bei dem königlichen Steinkohlen-Werk „Königsgrube.“

Bei dem königlichen Hütten-Amte zu Königshütte.

- 1) der Ober-Hütten-Inspector **Menzel** gestorben;
- 2) der Hütten-Inspector **Brand**, bisher in Rybnik, zum Ober-Hütten-Inspector auf Königshütte ernannt;
- 3) der Bau-Inspector **Schönfelder** ist zum Ober-Bau-Inspector bei der königlichen Regierung zu Oppeln ernannt, daher bei dem Hütten-Amte ausgeschieden;
- 4) der Hütten-Inspector **Breustedt**, bisher in Königshütte, zum Dirigenten des Hütten-Amtes zu Rybnik;
- 5) der Hüttenmeister **Scharff**, bisher auf dem Hütten-Werke Eisenspalterei, als Hütten-Inspector zu Königshütte.

Bei dem königlichen Hütten-Amte zu Rybnik:

- 1) der Hütten-Inspector **Lange** ist auf sein Ansuchen aus dem Staatsdienste geschieden;
- 2) der Hütten-Cassen-Rendant **Bönisch** gestorben;
- 3) der Ober-Berg-Amts-Assistent und Haupt-Cassen-Controleur v. **Marbach** zum Cassen-Rendanten in Rybnik.

Bei dem königlichen Hütten-Amte zu Kreuzburgerhütte:

- 1) der bisherige Hütten-Amts-Cassen-Rendant **Bannerth** zum Producten- und Materialien-Verwalter des Hütten-Amtes zu Malapane;
- 2) der Köhler-Gehülfe **Täfel** zum Cassen- und Producten-Verwalter der Kreuzburgerhütte.

N a c h w e i s u n g
der gewählten und bestätigten Schiedsmänner im Departement des Königl.
Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat Juni 1856.

Nr.	Namen der Ortschaften.	Kreis.	N a m e n und Wohnort der Schiedsmänner.
1	Bibiella, Brinnitz, Zendrisset, Truschütz, Groß- und Klein-Zyglin	Beuthen	Schullehrer Zaremböski zu Groß-Zyglin.
2	Alt- und Neu-Chechlaw, Reudetz, Orzech, Rudy-Piekar und Trockenberg	=	Schullehrer Sobel in Alt-Chechlaw.
3	Dürr-Kunzendorf	Neisse	Wirthschafts-Amtmann August Möse zu Dürr-Kunzendorf.
4	Ruschinowitz und Klein-Dronowitz	Publinitz	Schullehrer Johann Pasch zu Ruschinowitz.
5	Stadt und Schloß Guttentag	=	Bürgermeister Arndt zu Guttentag.
6	Rorok und Niewodnik	Falkenberg	Schullehrer Joseph Schalla zu Rorok.
7	Chorzow, Erdmannswille, Nieder- und Ober-Haydus	Beuthen	Lehrer Uherek zu Chorzow.
8	Mittel- und Ober-Lagiewnik	=	Kaufmann Heinze zu Ober-Lagiewnik.
9	Bogutschütz	=	Schichtmeister Weiß zu Normahütte.
10	Ignatzdorf	=	Steiger Barnasch zu Ignatzdorf.
11	Makoschau	=	Gemeinde-Schreiber Schütz zu Alt-Zabrze.
12	Striegendorf	Grottkau	Lehrer Julius Krause zu Striegendorf.
13	Stadt Zülz	Neustadt	Gerbermeister Joseph Spiller in Zülz.
14	Heinrichsfelde	Oppeln	Coloniestellen-Besitzer Robert Draub zu Heinrichsfelde.

N ^o	Namen der Ortschaften.	Kreis.	N a m e n und Wohnort der Schiedsmänner.
15	Dammratsch	Oppeln	Lehrer Dohn zu Liebenau.
16	Glowczyß, Goslawitz, Mendzin, Zwoß	Lublinß	Lehrer Nowak zu Glowczyß.

Nachtrag zu den Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Der Kaufmann Emanuel Hoppe in Cosel ist als Agent für die Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg landespolizeilich bestätigt worden. Oppeln, den 14. Juli 1856.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Dppeln.

Stück 31.

Dppeln, den 31. Juli 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 39. enthält:

- (**N^o 4478.**) Das Gefef, betreffend die Zertheilung von Grundftücken und die Gründung neuer Anfiedelungen in Neu-Vorpommern und Rügen. Vom 26ften Mai 1856.
- (**N^o 4479.**) Das Privilegium, wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Me-meler Stadt-Obligationen im Betrage von 300,000 Rthlr. Vom 16ten Juni 1856.
- (**N^o 4480.**) Die Genehmigungs- und Befätigungs-Urkunde, betreffend den Nach-trag zu dem Statut der Berlin-Anhaltifchen Eisenbahn-Gefellfchaft wegen Anlage von Zweig-Eisenbahnen von Wittenberg und Deffau über Bitterfeld nach Halle und Leipzig. Vom 25ften Juni 1856.; und
- (**N^o 4481.**) Das Privilegium, wegen Emission von Prioritäts-Obligationen der Berlin-Anhaltifchen Eisenbahn-Gefellfchaft, im Betrage von 4,500,000 Thalern, zum Bau von Zweigbahnen von Wittenberg und Deffau über Bitterfeld nach Halle und Leipzig. Vom 25ften Juni 1856.

Verordnungen der höchften Staats-Behöörden.

Nach §. 43. des unterm 27ften Mai c. erlassenen Reglements zum Gefefze über das Postwesen vom 5ten Juni 1852., foll für die Beförderung von Galteplätzen ab, so-fern die dort zugehenden Personen fich nicht etwa einen Plaz auf der vorliegenden Station gefichert haben, das Personengeld nach Maßgabe der wirklichen Ent-fernung bis zur nächften Station, oder wenn die Reisenden schon vorher an einem Zwischenorte abgehen, bis zu diesem erhoben werden.

Diese Bestimmung wird hierdurch dahin modificirt, daß künftighin in allen Fäl-len der gedachten Art als Minimum der Betrag für eine halbe Meile zur

N^o 178.

Erhebung kommen soll. Berlin, den 15. Juli 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

In Vertretung:

gez. von Pommer-Esche.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

N^o 179.

Die Fourage-Lieferung für die Königliche Gendarmerie des hiesigen Regierungs-Bezirks und zwar sowohl für die Pferde der in den nachstehend genannten Ortschaften stationirten Officiere, Wachtmeister und Gendarmen, als auch der künftig noch im diesseitigen Regierungs-Bezirk neu anzustellenden Glieder des Gendarmerie-Corps, mit alleiniger Ausnahme der zu Cosel, Reisse und Grottkau stationirten Gendarmen, soll für das Jahr 1857., entweder für jeden Kreis besonders, oder, wenn geeignete Anerbietungen erfolgen, für den ganzen Regierungs-Bezirk im Wege des Submissions- und event. Licitations-Verfahrens in Entreprise gegeben werden.

Die Königlichen Landraths-Ämter werden zu diesem Behufe in den Kreisblättern nach Vertlichkeit, Tag und Stunde näher anzugebenden Termine zwischen dem 10ten und 18ten October d. J. anberaumen, in welchem die Forderungen für diese Lieferungen, und zwar für den Scheffel Hafer, Centner Heu und das Schock Stroh, unter Zugrundelegung der Entreprise-Bedingungen, welche bei den Landraths-Ämtern so wie in unserer Polizei-Registratur einzusehen sind, werden entgegen genommen werden.

Portofreie, schriftliche und versiegelte Lieferungs-Anerbietungen werden von den landrathlichen Behörden bis vor Ablauf einer Stunde nach Beginn des Termins angenommen, demnächst aber wird unter den erscheinenden Bietungslustigen, welche sich über ihre Qualification und Cautionsfähigkeit auszuweisen haben, eine Licitation angestellt werden.

Es steht den Unternehmern frei, auch die Lieferung der Gendarmerie-Fourage für mehrere Kreise zu übernehmen und ihre hierauf bezüglichen Anerbietungen in gleicher Weise, wie für einzelne Kreise, und bis zu den vorerwähnten Terminen, bei den Landraths-Ämtern schriftlich abzugeben.

Ferner können versiegelte und portofreie Anerbietungen zur Entreprise der Gendarmerie-Fourage-Lieferung für den ganzen Regierungs-Bezirk auch unmittelbar an uns, und zwar bis zum 18ten October d. J., abgegeben werden.

Die Entscheidung über den uns vorbehaltenen Zuschlag der Anerbietungen, wird zum 18ten November d. J. erfolgen.

Schließlich wird noch bemerkt, daß die Entrepreneurs außer den sonstigen, in den Lieferungs-Bedingungen erwähnten Verpflichtungen einen verhältnismäßigen Antheil der Kosten der öffentlichen Bekanntmachung wegen der Lieferungs-Bedingung zu übernehmen haben.

Oppeln, den 22. Juli 1856.

Ver-

Verzeichniß

der Anzahl der Gendarmerie = Offiziere, Wachtmeister und berittenen Gendarmen,
welche gegenwärtig im Regierungs = Bezirk Oppeln stationirt sind.

Nr.	Bezeichnung der Stationß = Orte.	Deren Chargen.			Nr.	Bezeichnung der Stationß = Orte.	Deren Chargen.		
		Offi- ziere.	Wacht- meister.	Gen- dar- men.			Offi- ziere.	Wacht- meister.	Gen- dar- men.
1	Kreis Beuthen:				7	Kreis Leobschütz:			
	Naklo	—	—	1		Leobschütz	—	—	1
	Alt = Tarnowiß	—	—	1		Katscher	—	—	1
	Ruda	—	—	1		Piltsch	—	—	2
	Wieschowa	—	—	1	8	Kreis Lublini:			
	Wieschowitz	—	—	1		Lublini	—	—	2
	Kattowiß	—	—	1		Roschentin	—	—	1
	Radzionkau	—	—	1		Guttentag	—	—	1
2	Kreis Cosel:				9	Kreis Reisse:			
	Gnadenfeld	—	—	1		Oppersdorf	—	—	1
	Schlawenitz	—	—	1		Patschkau	—	—	1
3	Kreis Greuzburg:					Ziegenhals	—	—	1
	Greuzburg	—	—	2	10	Kreis Neustadt:			
	Constadt	—	—	1		Neustadt	—	—	1
4	Kreis Falkenberg:					Chrzeliß	—	—	1
	Falkenberg	—	—	1		Ober = Glogau	—	—	1
	Friedland	—	—	1		Zülz	—	—	1
5	Kreis Gleiwiz:					Klein = Strehliß	—	—	1
	Gleiwiz	—	1	1	11	Kreis Oppeln:			
	Kieserstädtel	—	—	1		Oppeln	1	1	2
	Kamieniz	—	—	1		Proskau	—	—	1
	Tost	—	—	1		Malapane	—	—	1
	Pangendorf	—	—	1	12	Kreis Pleß:			
3	Kreis Grottkau:					Pleß	—	—	1
	Rüschmalz	—	—	1		Gardawiz	—	—	1
	Ottmachau	—	—	1		Berun	—	—	1

Nr.	Bezeichnung der Stations-Orte.	Deren Chargen.			Nr.	Bezeichnung der Stations-Orte.	Deren Chargen.		
		Offi- ziere.	Wacht- meister.	Gen- dar- men.			Offi- ziere.	Wacht- meister.	Gen- dar- men.
13	Warschowitz	—	—	1	15	Bobland	—	—	1
	Zmielin	—	—	1		Kreis Rybnik:			
	Kreis Ratibor:					Rybnik	—	—	1
	Ratibor	1	1	1		Poslau	—	—	1
	Hultschin	—	—	1		Pilchowiz	—	—	1
14	Zauditz	—	—	1	16	Kr. Gr. = Strehlitz:			
	Kreis Rosenberg:					Groß = Strehlitz	—	—	2
	Rosenberg	—	1	1		Ziandowitz	—	—	1
	Bobzanowitz	—	—	1					

Anmerkung. Die Offiziere erhalten täglich 2 Rationen, die Wachtmeister und Gendarmen täglich 1 Ration.

Nr 180. Wir haben in Rydultau und Radlin, Rybniker Kreises, neue Präparanden-Bildungs-Stationen errichtet, und dieselben den Lehrern Küas und Kuske anvertraut. Junge qualifizierte Leute, welche sich für das Schullehrer-Seminar vorbereiten wollen, können daselbst sofort eintreten. Die Anmeldungen sind bei den gedachten Lehrern und den betreffenden Herren Pfarrern anzubringen.
Oppeln, den 8. Juli 1856.

Nr 181. Dem Maurermeister Carl Mode in Cosel, ist in Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. die Erlaubniß erteilt worden, für die Berliner Feuer-Versicherungsgesellschaft Agentur-Geschäfte zu besorgen, wogegen der Kaufmann W. Scherwin daselbst, diese Geschäfts-Führung niedergelegt hat.
Oppeln, den 18. Juli 1856.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 32.

Oppeln, den 7. August 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 40. enthält:

- (M 4482.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 4ten Juni 1856., betreffend die Verleihung der fisealischen Vorrechte zum hauffeemäßigen Ausbau und zur Unterhaltung der Straße von Oppeln nach Zellowa.
- (M 4483.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 25. Juni 1856., betreffend die Ausführung des Baues der Saarbrücken-Trier-Luxemburger Eisenbahn durch die Direction der Saarbrücker Eisenbahn zu Saarbrücken, so wie die Ertheilung des Expropriations-Rechtes für die in Rede stehende Bahn.
- (M 4484.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 25ten Juni 1856., betreffend die Auflösung der Königlichen Commission für den Bau der Cöln-Crefelder Eisenbahn.
- (M 4485.) Daß Privilegium, wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Strasburger Kreises, im Betrage von 120,000 Thalern. Vom 25ten Juni 1856.; und
- (M 4486.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 7ten Juli 1856., betreffend den Erlaß der herkömmlichen Prinzessinnen-Steuer bei der Vermählung der Prinzessin Luise, Königliche Hoheit.

N^o 41. enthält:

- (M 4487.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 30ten Juni 1856., betreffend die Bestätigung der in Magdeburg unter dem Namen: „Magdeburger Privatbank“ zum Betriebe von Bank-Geschäften gebildeten Actien-Gesellschaft.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung:

№ 183.

Nachdem der Steuer-Einnehmer a. D. Bittner in Grottkau die unter dem 8ten März 1855. landespolizeilich bestätigte Agentur für die preussische National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin niedergelegt hat, ist dem Maurermeister Carl Schrödel daselbst, in Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. die Erlaubniß erteilt worden, für die genannte Gesellschaft Agentur-Geschäfte zu besorgen.
Oppeln, den 24. Juli 1856.

Dem Deconomie-Inspector Hanke in Tarnowitz ist die Erlaubniß erteilt worden, für die Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg, Agentur-Geschäfte zu besorgen.
Oppeln, den 24. Juli 1856.

Am 18ten Juli d. J. ist dem Techniker C. E. Rost und dem Tuch-Fabrikanten F. A. Schrier zu Hungers Weinberg bei Meissen ein Einführungs-Patent,

auf eine mechanische Vorrichtung für Rauh-Maschinen, zum Rauhen nach der Breite, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf die Dauer von fünf Jahre. und

am 19ten Juli d. J. dem Leistenschneider Carl Bleschke in Berlin ein Patent, auf eine durch Modell und Beschreibung nachgewiesene Maschine Holz zu bearbeiten, namentlich Holzleisten für Schuhmacher anzufertigen, soweit dieselbe als neu und eigenthümlich befunden worden, und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

ebenfalls auf die Dauer von fünf Jahre, von den obigen beiden Tagen an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

Oppeln, den 31. Juli 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

№ 184

In dem Bezirke der hiesigen Ober-Post-Direction sind öfter Landbriefträger-, Postfußboten-, Packetträger- und sonstige contractliche Postdienststellen, mit denen in der Regel jährliche Löhnungen von 72 bis 120 Thalern verbunden sind, zu besetzen.

Versorgungsberechtigte Militair-Personen werden aufgefordert, sich, sofern sie bereit sind, eine derartige Dienststelle zu übernehmen, dieserhalb bei der Post-Anstalt ihres Wohnortes oder bei der ihrem Wohnorte zunächst belegenen Post-

Post.

Post-Anstalt zu melden. Außer den ihren Versorgungs-Anspruch begründenden Militair-Papieren haben sie bei ihrer Meldung auch alle über ihre Führung sprechenden Zeugnisse, insbesondere auch ein obrigkeitliches Attest beizubringen, welches über ihre Führung bis auf die neueste Zeit, d. i. bis zum Termine der Bewerbung, überzeugenden Aufschluß giebt.

Der Bewerber muß deutsch und polnisch lesen und schreiben können, auch im Rechnen einige Fertigkeit haben und eine Dienst-Caution von 50 Rthln. in Staatspapieren sogleich beim Antritt der Dienststelle erlegen können.

Durch die Annahme einer derartigen contractlichen Stelle wird übrigens der zur Versorgung berechnigte Militair-Invalide nicht behindert, eine spätere Anstellung als Post-Unterbeamte zu erstreben.

Oppeln, den 1. August 1856.

Der Ober-Post-Director.

In Vertretung:

Edardt.

Personal-Chronik.

Belobung.

Der Maurer Franz Tkoß zu Karlubich, Groß-Strehliger Kreises, hat bei Gelegenheit des am 23ten Mai d. J. bei dem Bauer Tkoß daselbst ausgebrochenen Feuers, ein Kind des Lehreren vom Erstickungstode — und der Mälersohn Johann Turaschek zu Prztychod, Neustädter Kreises, den Sohn des Halbbauers Franz Prztyklenk daselbst, vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Wegen der bewiesenen menschenfreundlichen Gesinnung und persönlichen Aufopferung wird dem ic. Tkoß und dem Turaschek die verdiente Anerkennung hierdurch ertheilt.

Im Amtsgebiete des königlichen Provinzial-Schul-Collegii ist der Seminar-Director Wöpkke in Weissenfels, in die Stelle des zum Regierungs- und Schul-Rath beförberten ic. Stolzenberg, zum Waisenhaus- und Seminar-Director in Buzlau ernannt worden.

Der Kürschner-Meister Eduard Gundrum zu Bülz, der Kaufmann Moriz Casslein und der Kreis-Gerichts-Actuarius Steger zu Landsberg, sind als unbesoldete Rathmänner erwählt und bestätigt worden. — Zur Auswahl der Mobilmachungs-Pferde im Kreise Pless wurden bestätigt:

der Guts-Besitzer Jänsch auf Zwitzlig, und
der Freiguts-Besitzer Wöhe zu Polnisch-Weichsel, { für den II. Bezirk,

der Schulze Goy in Biassowitz, für den III. Bezirk. — Der ehemalige Feldwebel Zehner zu Grottkau, ist als Diener und Executor bei der Königl. combinirten Steuer-Casse daselbst, angestellt worden — der katholische Schul-Adjutant Skowronek hat die Schullehrer-Stelle zu Czuchow, Rybniker Kreises, und — der kath. Schul-Adjutant August Ronge die Schullehrer-Stelle zu Niewe, Falkenberger Kreises, erhalten.

Der Lehrer Silvester Roskosch zu Ujest, Groß-Strehlitzer Kreises, hat auf seine Stelle resignirt.

Der katholische Lehrer Seidel zu Gr.-Strehlitz, — und der evangelische Lehrer Freude zu Marienfeld, Rosenberger Kreises, sind verstorben.



Extraordinaire Beilage
zum Amts-Blatt der Königl. Regierung zu Oppeln.
Stück 32.

Bestätigungs-Urkunde,

betreffend

die Errichtung einer Actien-Gesellschaft unter der Firma:

„Schlesische Bergwerks- und Hütten-Actien-Gesellschaft Vulkan“

vom 24sten April 1856.

Nachstehender Allerhöchster Erlaß wörtlich also lautend:

„Auf Ihren Bericht vom 8ten April d. J. will Ich hierdurch auf Grund des Gesetzes vom 9ten November 1843. die Errichtung einer Actien-Gesellschaft unter der Benennung: „Schlesische Bergwerks- und Hütten-Actien-Gesellschaft Vulkan“, mit dem Domicil zu Deuthen D. S., im Regierungs-Bezirk Oppeln, genehmigen, und die in den anliegenden gerichtlichen Acten vom 11ten Februar und 13ten März d. J. verlautbarten Gesellschafts-Statuten bestätigen. Sie, der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, haben hiernach das Weitere zu veranlassen.“

Charlottenburg, den 14. April 1856.

(gez.) **Friedrich Wilhelm.**

(gegengez.) von der Heydt. Simons.

An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und den Justiz-Minister.“

wird hierdurch in beglaubigter Form mit dem Bemerken ausgefertigt, daß die Urschrift desselben in dem Geheimen Staats-Archiv niedergelegt wird.

Berlin, den 24. April 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
von der Heydt.

Nr 182.

Statuten

der Schlesiſchen Bergwerks- und Hütten-Actien-Gesellſchaft „Vulkan“ in Beuthen D. S.

Erſter Abſchnitt.

Namen, Sitz und Geſchäft der Geſellſchaft.

§. 1.

Unter Vorbehalt der landesherrlichen Genehmigung, und in Gemäßheit der beſtehenden Geſetze, inſondere des Geſetzes vom 9ten November 1843., wird zwiſchen den, in der gerichtlichen Verhandlung d. d. Beuthen, den 17ten September 1855., als Theilnehmer der Geſellſchaft aufgeführten Perſonen — cfr. die Anlage — eine Actien-Gesellſchaft errichtet, welche den Namen:

„Schleſiſche Bergwerks- und Hütten-Actien-Gesellſchaft Vulkan“
führt. —

§. 2.

Die Geſellſchaft hat ihren Sitz und Gerichtsſtand in Beuthen in Oberſchleſien.

§. 3.

Der Zweck der Geſellſchaft beſteht excluſivlich darin, im oberſchleſiſchen Bergwerks-Diſtrict Bergbau auf allen Gruben, welche die Geſellſchaft erwerben oder pachten wird, zu betreiben, die ſelbſt gewonnenen oder angekauften Erze und Metalle zu verhütten, resp. zu verwerthen, inſondere Hohöfen zur Fabrication von Roheiſen zu errichten, und die Metalle im ausgedehnteſten Umfange für den Handel und das Conſumo weiter zu bearbeiten.

Der Hütten-Betrieb beſchränkt ſich nicht bloß auf die aus der Verarbeitung der aus eigenen, resp. aus angepachteten Förderungen oder aus erkauften Erzen erzeugten Metalle, ſondern es bleibt der Geſellſchaft unbenommen, Metalle zur weiteren Fabrication ſowohl im Inlande wie im Auslande anzukaufen.

§. 4.

Die Dauer der Geſellſchaft iſt auf fünfzig Jahre beſtimmt; ſie beginnt mit dem erſten Tage des Kalendermonats, welcher auf den Monat folgt, in welchem die amtliche Bekanntmachung der landesherrlichen Genehmigung dieſes Statuts erfolgt iſt.

Mit dem Ablaufe dieſer fünfzig Jahre ſoll die Geſellſchaft für einen neuen Zeitraum von fünfzig Jahren u. ſ. w. von je fünfzig zu fünfzig Jahren ſtillschweigend verlängert ſein und fortbeſtehen, wenn nicht in den erſten ſechs Monaten des fünfzigſten Jahres jeder der gedachten Perioden wenigſtens eine ein Fünftheil aller Actien in ſich vereinigende Zahl der Actionaire gegen dieſe Verlängerung Einſpruch erhoben hat. — cfr. §. 35. des Statuts. —

Dieſer Einſpruch muß dem fungirenden Verwaltungs-Rathe am Sitze der Geſell-

Gesellschaft gerichtlich oder außergerichtlich, jedoch schriftlich zugestellt, und gleichzeitig müssen die Actien der Opponenten bei dem Verwaltungs=Rathe, gegen Empfangs=Bescheinigung, hinterlegt werden.

Vor Ablauf der letzten drei Monate des fünfzigsten Jahres beruft alsdann der Verwaltungs=Rath eine außerordentliche General=Versammlung, um sie von dem erhobenen Einspruche in Kenntniß zu setzen, und falls die Besitzer von zwei Drittheil sämmtlicher Actien — cfr. §. 36. des Statuts — dem Einspruche sich anschließen, die Liquidirung der Gesellschaft zu bewerkstelligen.

Jede Verlängerung der Dauer der Gesellschaft über die ursprünglich festgesetzten fünfzig Jahre hinaus, bedarf übrigens der landesherrlichen Genehmigung.

Zweiter Abschnitt.

Gesellschafts=Capital, Einzahlungen und Actien.

§. 5.

Das Gesellschafts=Capital ist festgesetzt auf Eine Million Thaler, getheilt in 10,000 Actien von je 100 Rthlr., wovon jedoch nur 5000 Stück à 100 Rthlr. emittirt werden.

Die Ausgabe der reservirten Actien bis zum Belaufe von Einer Million wird durch die General=Versammlung beschlossen; ein solcher Beschluß bedarf jedoch der Genehmigung des Königlichen Handels=Ministerii.

Diese reservirten Actien dürfen nicht unter dem Nennwerthe ausgegeben werden.

Besitzer von ursprünglich emittirten Actien haben das Recht, die reservirten Actien zum Nennwerthe zu erwerben. — Von diesem Rechte muß aber innerhalb einer Präclusiv=Frift von vier Wochen, vom Tage der ersten Bekanntmachung des Beschlusses über die neue Emission von Actien, durch Anmeldung, resp. Angabe der Zahl der zu zeichnenden Actien, bei dem Verwaltungs=Rathe Gebrauch gemacht werden.

Die Zutheilung der neuen Actien erfolgt nach Verhältniß des Besitzes alter Actien, jedoch in der Art, daß darnach sich ergebende Ansprüche auf Theile von Actien keine Berücksichtigung finden.

§. 6.

Die Actionaire haben sofort nach Publication der landesherrlichen Genehmigung der vorliegenden Statuten auf jede Actie zehn Procent, und innerhalb des ersten Jahres mindestens noch zehn Procent einzuzahlen.

Die weiteren Einzahlungen werden nach Maaßgabe des vorschreitenden Baues ausgeschrieben, und die einzelnen Einzahlungen von dem zur Einzahlung als äußersten Termin bestimmten Tage bis zum 31sten December 1857. mit 5. Procent jährlich verzinst. — Erfolgt die Zahlung der ausgeschriebenen Raten nicht innerhalb der zur Einzahlung bestimmten Frist, so ist für jede innerhalb der nächsten vierzehn Tage erfolgende verspätete Einzahlung, pro Actie fünf Thaler Conventional=Strafe zu Gunsten der Gesellschaft zu erlegen.

Erfolgt die ausgeschriebene Einzahlung auch nicht innerhalb dieser vierzehn Tage, so werden die Nummern der Zeichnungen, welche im Rückstande sind, in den im §. 45. bezeichneten Zeitungen, resp. Blättern, veröffentlicht.

Vierzehn Tage nach dieser Veröffentlichung hat die Gesellschaft das Recht, die betreffenden Actien für Rechnung und Gefahr der Säumigen durch einen vereideten Makler wo es für gut befunden wird verkaufen zu lassen, es sei im Ganzen oder Einzelnen, an einem Tage oder zu verschiedenen Zeiten, ohne alle Klage oder eine gerichtliche Förmlichkeit.

Die Interims-Quittungen über die also verkauften Actien erlöschen von selbst, und den Käufern werden neue Interims-Quittungen unter denselben Nummern ausgestellt. —

Durch die der Gesellschaft im vorstehenden §. eingeräumten Befugnisse soll dieselbe nicht behindert sein, gleichzeitig die gewöhnlichen Rechtsmittel, namentlich auch wegen der verwirkten Conventionalstrafe, gegen die säumigen Actionaire in Anwendung zu bringen.

Nachdem die Vollzahlungen geleistet sind, werden die Actien ausgegeben; bis dahin erhalten die Actionaire Quittungsbogen — Beilage sub A. — auf den Namen lautend. Die Quittungsbogen sind übertragbar, jedoch bleiben die ursprünglichen Zeichner für die Vollzahlung ihrer Antheile so lange verhaftet, bis sie von dem Verwaltungs-Rathe ausdrücklich hiervon befreit werden, ohne daß indeß hierdurch etwas in Betreff ihrer gesetzlichen subsidieren Haltbarkeit geändert wird.

§. 7.

Die Actien werden in das Actien-Register der Gesellschaft unter laufenden Nummern nach Namen, Wohnort und Stand der Actien-Inhaber eingetragen.

§. 8.

Ueber jede volle Einzahlung für eine Actie wird ein mit ihrer Nummer bezeichneter Actienschein ertheilt, welcher auf den Namen lautet und die Unterschrift dreier Mitglieder des Verwaltungs-Raths und der Directoren der Gesellschaft trägt.

Der Actienschein wird nach dem diesen Statuten sub B. beigefügten Formulare, die demselben beizugebenden Dividendenscheine werden nach dem sub C. beigefügten Formulare ausgestellt.

§. 9.

Die Actie kann an jeden Andern übertragen werden; die Uebertragung tritt jedoch für die Gesellschaft erst mit dem Tage in Kraft, an welchem der neue Eigenthümer der Actie sich bei dem Verwaltungs-Rathe oder der Direction als solcher legitimirt hat. An demselben Tage erfolgt die Eintragung des neuen Eigenthümers in das Actien-Register der Gesellschaft, und gehen die mit der Actie verbundenen Rechte und Pflichten vollständig und untheilbar auf denselben über, mit alleinigem Ausschlusse des Stimmrechts. — cfr. §. 32. 33. des Statuts. —

Die Bescheinigung über die Eintragung in das Actien-Register wird auf dem Actienschne ertheilt.

§. 10.

Die Actie ist untheilbar; die Gesellschaft erkennt nur einen Eigenthümer für jede Actie an, und mehrere Repräsentanten oder Rechts-Nachfolger eines Actionairs können daher dessen Rechte nur zusammen durch eine Person wahrnehmen lassen.

§. 11.

Gehen Actien verloren, so werden den im Actienbuche verzeichneten Eigenthümern derselben an Stelle der Verlorenen neue Actien ausgestellt, sobald die Ersteren den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gemäß mortificirt worden sind.

§. 12.

Ueber den Betrag der Actie hinaus kann der Actionair nicht in Anspruch genommen werden. —

Dritter Abschnitt.

Verwaltung der Geschäfte durch den Gesellschafts-Verwaltungs-Rath, Directoren u.

§. 13.

Die Angelegenheiten und Geschäfte der Gesellschaft werden wahrgenommen:

- a. von der Gesamtheit der Actionaire in den General-Versammlungen;
- b. durch den Verwaltungs-Rath;
- c. durch zwei Directoren;
- d. durch sonstige Beamte.

§. 14.

Der Verwaltungs-Rath besteht aus sieben wirklichen und drei stellvertretenden Mitgliedern. — Die Stellvertreter haben in Abwesenheit oder Behinderungsfällen von wirklichen Mitgliedern Sitz und Stimme im Verwaltungs-Rathe, und müssen ihren Wohnsitz in Beuthen D. S. haben.

§. 15.

Für das erste Mal sind zu Mitgliedern des Verwaltungs-Rathes gewählt:

a. als Mitglieder des Verwaltungs-Rathes:

- 1) Herr Kaufmann Theodor Pyrkosch zu Ratibor;
- 2) Herr Commerzien-Rath Moritz Friedländer von hier;
- 3) Herr Regierungs-Rath v. Göritz zu Oppeln;
- 4) Herr Kaufmann Simon Löwi von hier;
- 5) Herr Gruhen-Besitzer Joseph Heinze zu Domb;
- 6) Herr Hütten-Director Wilhelm Negehl zu Breslau, und
- 7) Herr Kaufmann Carl Knobloch von hier;

b. als Vertreter der Mitglieder des Verwaltungs-Rathes:

- 1) Herr Rechts-Anwalt v. Garnier von hier;
- 2) Herr Rechts-Anwalt und Justiz-Rath Walter von hier;

3) Herr

3) Herr Kaufmann Michael Guttmann von hier, und bilden die genannten Personen den Verwaltungs-Rath, resp. die Vertreter, bis zur ordentlichen General-Versammlung im Jahre 1862.

§. 16.

Die Beschlüsse des Verwaltungs-Rathes werden durch zwei Directoren ausgeführt. — cfr. §. 25. —

§. 17.

Die nach den im §. 39. erwähnten Grundsätzen auszustellende Bilanz der Gesellschaft wird durch drei Rechnungs-Revisoren geprüft. — cfr. §. 34. 35. —

§. 18.

Die Mitglieder des Verwaltungs-Raths, sowie deren Stellvertreter, werden von der General-Versammlung der Actionäre mittelst geheimer Abstimmung mit absoluter Majorität gewählt; die Amtsdauer wird auf sechs Jahre bestimmt.

§. 19.

Nach Verlauf von drei Jahren endigen die Functionen von drei wirklichen und zwei stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungs-Raths. — Nach Verlauf von weiteren drei Jahren scheiden die übrigen vier wirklichen und das dritte stellvertretende Mitglied aus.

Ueber den ersten Austritt im Jahre 1865. entscheidet das Loos, während später die Dauer der Amts-Function den Austritt ordnet. — Die Austretenden sind wieder wählbar. —

§. 20.

Scheidet ein Mitglied des Verwaltungs-Rathes außerordentlich aus, so tritt der mit den meisten Stimmen gewählte Stellvertreter für dasselbe ein, welcher bis zur nächsten General-Versammlung als wirkliches Mitglied fungirt.

Der von der General-Versammlung neu erwählte Ersatzmann bleibt nur bis zu dem Tage im Amte, an welchem sein Vorgänger auszutreten gehabt haben würde.

§. 21.

Jedes Mitglied des Verwaltungs-Rathes muß Eigenthümer von zwanzig Actien der Gesellschaft sein; dieselben werden bei der Gesellschafts-Casse deponirt, und sind während der Amtsdauer unveräußerlich.

§. 22.

Der Verwaltungs-Rath wählt alljährlich einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. —

§. 23.

Der Verwaltungs-Rath versammelt sich auf Verufung durch den Vorsitzenden so oft, als die Wahrnehmung der Geschäfte es erheischt. — Die Verufung muß erfolgen, wenn zwei Mitglieder des Verwaltungs-Raths oder einer der Directoren es verlangen. —

In jeder Berufung zur Sitzung des Verwaltungs-Rathes müssen diejenigen Sachen, über welche Beschluß gefaßt werden soll, aufgeführt sein; über in der Vorladung nicht vermerkte Angelegenheiten kann kein gültiger Beschluß gefaßt werden, wenn nicht sämtliche sieben Mitglieder des Verwaltungs-Rathes anwesend sind.

§. 24.

Für die Gültigkeit eines Beschlusses ist im Verwaltungs-Rathe die Anwesenheit von fünf Mitgliedern erforderlich.

Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt; bei Gleichheit der Stimmen giebt die des Vorsitzenden den Ausschlag.

Das Sitzungs-Protocoll wird von den anwesenden Mitgliedern unterzeichnet.

§. 25.

Der Verwaltungs-Rath nimmt von allen Geschäften der Gesellschaft Kenntniß, beschließt über Alles, was dieselben betrifft, und kann jeden Verwaltungs-Act vornehmen; überhaupt hat der Verwaltungs-Rath alle Befugnisse, welche das Gesetz vom 9ten November 1843. dem Vorstande einer Actien-Gesellschaft beilegt. — Insbesondere hat der Verwaltungs-Rath die zwei Directoren zur Leitung der technischen und commerciellen Geschäfte zu ernennen und deren Anstellungs-Bedingungen zu bestimmen, dieselben zu entlassen und zu ersetzen. — Auf den Vorschlag der Directoren das übrige erforderliche Personal an Beamten und Werkmeister der Gesellschaft anzustellen und zu entlassen, sowie deren Salairirung und Provision zu bestimmen.

Ueber die von der Gesellschaft zu leistenden Zahlungen und die Anlegung der Fonds Anordnungen zu treffen und zu dem Ende über die der Gesellschaft gehörigen Werthe zu verfügen, namentlich auch Immobilien zu erwerben, zu verpfänden und zu veräußern, und hypothekarische Forderungen zu erwerben, zu übertragen und zu lösen. —

Die Erfordernisse, die Art und Bedingungen der zu machenden Anleihen, sowie der zu gebenden Credite festzustellen, Verträge und Vergleiche zu schließen und Compromisse einzugehen. —

Der Verwaltungs-Rath kann sich für ein bestimmtes Geschäft oder für mehrere bestimmte Geschäfte vertreten lassen; die desfalligen Vollmachten müssen von drei Mitgliedern unterzeichnet, und von den beiden Directoren contrasignirt sein.

Der Director, welcher die commerciellen Geschäfte leitet, vertritt die Gesellschaft in allen processualischen Angelegenheiten, und kann zu diesem Behufe Vollmachten mit dem Rechte der Substitution ertheilen.

§. 26.

Die Mitglieder des Verwaltungs-Rathes werden durch ein gerichtlich oder notariell aufzunehmendes Wahl-Protocoll legitimirt.

§. 27.

Zur Ernennung der Directoren sowohl als zu ihrer Entlassung, bedarf es der
Ver-

Vereinigung von fünf Stimmen des Verwaltungs-Rathes.

Die Directoren müssen jeder Eigenthümer von mindestens zwanzig Actien der Gesellschaft sein, welche bei der Gesellschafts-Casse deponirt bleiben und während ihrer Amtsdauer unveräußerlich sind; dieselben dienen gleichzeitig als Caution.

Die Directoren wohnen den Sitzungen des Verwaltungs-Rathes mit beratender Stimme bei; dem Verwaltungs-Rath ist aber das Recht beigelegt, in Angelegenheiten, welche die Directoren resp. deren persönlicher Vortheil oder Nachtheil betreffen, solche von der Berathung des Verwaltungs-Rathes auszuschließen.

Beide Directoren sind einander coordinirt, und erhalten ihre Instruction vom Verwaltungs-Rathe.

Alle von den Directoren ausgehenden Schriftstücke, namentlich die Vollmachten, Briefe, Wechsel, Anweisungen und Schlusszettel bedürfen, um für die Gesellschaft verbindend zu sein, der Unterschrift eines Mitgliedes des Verwaltungs-Rathes.

§. 28.

In Krankheits- oder Abwesenheitsfällen hat ein Director den Andern zu vertreten, oder werden dieselben nach dem Beschlusse des Verwaltungs-Rathes durch einen andern Beamten der Gesellschaft vertreten.

§. 29.

Die Directoren werden durch eine notariell oder gerichtlich aufzunehmende Erklärung legitimirt.

§. 30.

Die Jahres-Rechnungen werden durch die von der General-Versammlung in jedem Jahre zu wählenden drei Revisoren geprüft. Diese sind während der Zeit, in welcher ihnen die Bilanz vorliegt, befugt, die Cassé zu revidiren, die Bücher sich vorlegen zu lassen, und von jedem auf die Rechnung bezüglichen Acte der Verwaltung Kenntniß zu nehmen. — Die Monita, welche sie zu machen finden, theilen sie dem Vorsitzenden des Verwaltungs-Rathes mit, und erstatten der General-Versammlung von dem Resultate ihrer Revision Bericht, resp. beantragen die Decharge.

§. 31.

Die Mitglieder des Verwaltungs-Rathes und deren Stellvertreter beziehen fünf Thaler Diäten pro Tag und fünfzehn Silbergröschén Meilengelder bei Reisen im Interesse der Gesellschaft, und außerdem für ihre Mühwaltung gemeinschaftlich zur gleichmäßigen Vertheilung $3\frac{1}{2}$ Procent Tantième von dem reinen Gewinne.

Den Mitgliedern des Verwaltungs-Rathes, sowie den Directoren, ist es nicht gestattet, sich auf Lieferungs-Verträge mit der Gesellschaft einzulassen, oder sich bei solchen zu betheiligen.

Die beiden Directoren dürfen auch keine Nebengeschäfte treiben. —

Vierter Abschnitt.

General-Versammlung der Actionaire.

§. 32.

Die General-Versammlung, regelmäßig constituirt, stellt die Gesamtheit der Actionaire dar; ihre Entscheidungen sind für Alle, selbst für die Abwesenden, bindend.

Die General-Versammlung ist stets am Sitze der Gesellschaft abzuhalten; sie besteht aus allen Actionairen, welche seit länger als drei Monaten als Eigenthümer von mindestens einer Actie im Actien-Register verzeichnet sind. — Die nicht persönlich erscheinenden Actionaire können sich von stimmberechtigten Actionairen vertreten lassen. Zur Legitimation ist eine einfache Vollmacht genügend.

Fünf Actien geben das Recht auf eine Stimme;
zehn Actien geben das Recht auf zwei Stimmen;
zwanzig Actien geben das Recht auf drei Stimmen;
dreißig Actien geben das Recht auf vier Stimmen;
vierzig Actien geben das Recht auf fünf Stimmen;
fünfundzwanzig Actien geben das Recht auf sechs Stimmen;
sechszig Actien geben das Recht auf sieben Stimmen;
siebenzig Actien geben das Recht auf acht Stimmen;
achtzig Actien geben das Recht auf neun Stimmen;
neunzig bis hundert Actien geben das Recht auf zehn Stimmen. —

Zehn Stimmen bilden das Maximum der einem Actionair für seine eigenen Actien und für die etwa von ihm vertretenen Actionaire zustehenden Stimmen.

In allen Fällen, in welchen ein anderes Stimm-Verhältniß nicht besonders festgesetzt ist, werden die Beschlüsse in den General-Versammlungen durch absolute Stimmenmehrheit gefaßt. —

§. 33.

Die General-Versammlung tritt im Monat Mai jeden Jahres, jedoch an keinem Sonn- und Festtage, zu Leuthen D. S. zusammen. Der Tag der Versammlung wird den Actionairen ein Monat vorher durch zweimalige Insertion in die im §. 45. erwähnten Blätter bekannt gemacht, in der Art, daß zwischen der letzten Insertion und dem Tage der General-Versammlung eine vierzehntägige Frist offen bleibt.

§. 34.

Die gewöhnliche General-Versammlung hat folgende Function:

- 1) sie nimmt den Bericht, welchen der Verwaltungs-Rath ihr über den Stand der Geschäfte und Angelegenheiten des abgeschlossenen Jahres und über den Zustand der Gesellschaft erstattet, so wie den Bericht der Rechnungs-Revisoren entgegen;
- 2) sie beräth und beschließt über die etwa von den Rechnungs-Revisoren gezogenen und durch den Verwaltungs-Rath nicht erledigten Monita;

- 3) sie wählt die Rechnungs-Revisoren, und so oft es erforderlich, die Mitglieder des Verwaltungs-Rathes und deren Stellvertreter;
- 4) sie beräth und beschließt über die Vorschläge, welche der Verwaltungs-Rath zu machen hat, sowie über diejenigen, welche von einzelnen Actionairen ausgehen, insoweit der Vorschrift des §. 38. genügt ist;
- 5) sie ertheilt die Decharge;
- 6) sie beschließt über die lebenslängliche Anstellung der Directoren mit näher festzustellenden Pensions-Ansprüchen, welche übrigens erst nach sechsjähriger Dienstzeit der Directoren zum Gegenstande der Berathung gemacht werden kann. —

§. 35.

Die General-Versammlung kann durch den Verwaltungs-Rath zu jeder Zeit außergewöhnlich zusammenberufen werden; dies muß geschehen, sobald die Besitzer des fünften Theils sämmtlicher einregistrirter Actien dies verlangen.

Die Einladungen erfolgen wie im §. 33. bestimmt ist.

§. 36.

Ueber eine Veränderung der Statuten kann die General-Versammlung nur dann beschließen, wenn die anwesenden Actionaire, soweit sie stimmberechtigt sind, zwei Drittheil sämmtlicher Actien besitzen, resp. vertreten, und eine Majorität von zwei Drittheil der Stimmen für die Statuten-Veränderung sich ausspricht. — Wenn jedoch in dieser Versammlung nicht zwei Drittheil der Actien durch stimmberechtigte Actionaire vertreten sind, so wird innerhalb vier Wochen eine anderweitige General-Versammlung berufen, und faßt diese, ohne Rücksicht auf die Zahl der Actien, aber auch nur mittelst Majorität von zwei Drittheil der Stimmen, ihren Beschluß. —

Die vorzuschlagende Veränderung der Statuten muß, um in der General-Versammlung zur Berathung gestellt werden zu können, in der betreffenden Einladung kurz angedeutet sein, und die Beschlüsse, welche die General-Versammlung darüber faßt, bedürfen, soweit dadurch die bisherigen Statuten abgeändert werden sollen, zu ihrer Gültigkeit der landesherrlichen Genehmigung.

§. 37.

Den Vorsitz in den General-Versammlungen führt der Vorsitzende des Verwaltungs-Rathes. —

Das Sitzungs-Protocoll wird notariell oder gerichtlich aufgenommen, und nachdem es von der Versammlung genehmigt worden, von den anwesenden Mitgliedern des Verwaltungs-Rathes Namens der General-Versammlung unterzeichnet.

§. 38.

Ein nicht von dem Verwaltungs-Rathe ausgehender Vorschlag kann in der General-Versammlung nur dann in Berathung genommen und zur Beschlußnahme gebracht werden, wenn derselbe spätestens acht Tage vor der General-Versammlung dem

dem Verwaltungs-Rathe von einem stimmberechtigten Actionair schriftlich mitgetheilt worden war.

Fünfter Abschnitt.

Bilanz, Gewinn-Vertheilung, Reserve-Fonds.

§. 39.

Die Bücher der Gesellschaft werden jährlich mit dem 31sten December abgeschlossen, und die Rechnungen, resp. Bilanz, bis Ende Januar des künftigen Jahres gelegt und den Revisoren zugestellt. Die Revision hat innerhalb vier Wochen stattfinden. —

In der Bilanz werden alle Immobilien, Maschinen, Rohstoffe und Fabricate nach ihrem Werthe zur Zeit der Bilanz und Inventur, ausstehende, vom Verwaltungs-Rathe für sicher erachtete Forderungen nach dem Nennwerthe, zweifelhafte ausstehende Forderungen nur mit dem Werthe, der ihnen durch den Beschluß des Verwaltungs-Rathes beigelegt wird, zum Ansätze gebracht. Immobilien dürfen niemals über den Kostenpreis angesetzt werden. Der Ueberschuß der Activa über die Passiva bildet den Jahres-Gewinn der Gesellschaft.

§. 40.

Nach Abzug von 10 Procent zum Reserve-Fond und $3\frac{1}{2}$ Procent Zantleme für den Verwaltungs-Rath, wird die Höhe der aus dem jährlichen reinen Gewinne an die Actionaire zu zahlenden Dividenden durch den Verwaltungs-Rath festgestellt.

§. 41.

Zur Bildung eines Reserve-Fonds werden alljährlich vom reinen Gewinne zehn Procent so lange genommen, bis derselbe die Höhe von 25 Procent des ganzen Anlage-Capitals erreicht hat.

Der Reserve-Fond ist zur Bestreitung unvorgesehener Ausgaben bestimmt; er kann jedoch nur auf den besondern und von der General-Versammlung der Actionaire genehmigten Vorschlag des Verwaltungs-Rathes ganz oder theilweise zur Verwendung kommen.

Die nutzbare Anlegung desselben bleibt dem Verwaltungs-Rathe nach eigenem Ermessen überlassen. — Es können für den Reserve-Fond jederzeit, jedoch nur nach den ersten drei Jahren des Bestehens der Gesellschaft, sofern der Verwaltungs-Rath es nöthig findet, und nur nach Genehmigung der General-Versammlung, auch mehr als Zehn Procent aus dem Jahres-Gewinne genommen werden.

§. 42.

Alle binnen fünf Jahren nach den Fälligkeits-Terminen nicht erhobenen Dividenden, sind zum Vortheile der Gesellschaft verjährt.

Sechster Abschnitt.

Auflösung der Gesellschaft und Liquidation.

§. 43.

Sollte die gemäß §. 39. festgestellte Bilanz ergeben, daß sich das Grund-Capital der Gesellschaft um die Hälfte vermindert hat, so muß der Verwaltungs-Rath nicht nur dies unverzüglich den Actionairen bekannt machen, und der Königl. Regierung anzeigen, sondern auch sofort eine außerordentliche General-Versammlung zum Behufe der Beschlußnahme über die Auflösung der Gesellschaft, mit Vorbehalt der landesherrlichen Genehmigung, berufen. —

In der desfallsigen Bekanntmachung ist dieser Gegenstand der Verathung ausdrücklich hervorzuheben.

§. 44.

Die Gesellschaft kann unter besseren Umständen in einer außerordentlichen für diesen in der Einladung besonders zu erwähnenden Zweck berufenen General-Versammlung sich auflösen, aber nur, wenn in derselben die Eigenthümer, resp. Vertreter von drei Viertel des ganzen Actien-Capitals dies beschließen, und demnächst die landesherrliche Genehmigung zur Auflösung erteilt wird.

Dieselbe General-Versammlung, welche die Auflösung beschließt, hat die Art des Verkaufs der Anlagen und die Art der Liquidation festzustellen, und zu deren Bewirkung eine Commission von drei Mitgliedern und drei Stellvertretern zu ernennen, deren Namen durch die im §. 45. bezeichneten Blätter bekannt zu machen sind.

Die Liquidations-Commission besitzt die Befugnisse des Verwaltungs-Rathes, insofern nicht die General-Versammlung beschränkende Bestimmungen trifft.

Die Vertheilung des Gesellschafts-Vermögens darf nur in dem Maße erfolgen, als die Verpflichtungen der Gesellschaft gegen Dritte es gestatten, jedenfalls nicht vor der durch §. 29. des Gesetzes vom 9ten November 1843. vorgeschriebenen Frist.

Siebenter Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 45.

Die Gesellschaft bedient sich für die von ihr ausgehenden Bekanntmachungen des Staats-Anzeigers, der zu Berlin erscheinenden Börsen-Zeitung, der zu Breslau erscheinenden Breslauer und Schlesischen Zeitung und des Deuthener Kreisblattes. Geht eins dieser Blätter ein, so sollen die übrigen so lange genügen, bis die nächste ordentliche General-Versammlung an die Stelle des eingegangenen Blattes ein Anderes bestimmt. —

Der Königl. Regierung zu Oppeln bleibt es vorbehalten, die Wahl anderer Blätter zu fordern, event. solche vorzuschreiben.

§. 46.

Die Staats-Regierung ist befugt, zur Wahrnehmung ihres Aufsichtsrechts über die

die Gesellschaft einen oder mehrere Commissarien für immer oder für einzelne Fälle zu bestellen. Diese Commissarien können nicht nur den Verwaltungs-Rath und die General-Versammlung gültig berufen, sondern auch zu jeder Zeit von Büchern, Rechnungen, Registern und sonstigen Verhandlungen Einsicht nehmen.

§. 47.

Alle Streitigkeiten, welche zwischen Actionairen, gegenüber dem Verwaltungs-Rath, in Bezug auf die Gesellschaft oder deren Auflösung, entstehen möchten, sollen nicht auf dem gewöhnlichen Rechtswege, sondern durch Schiedsrichter entschieden werden. — Die Schiedsrichter, welche Actionaire der Gesellschaft nicht sein dürfen, müssen mit dem Hütten-Betriebe bekannte Kaufleute oder Fabrikanten, oder Besitzer oder Vorsteher von Hütten sein, im Bezirke des Königl. Ober-Berg-Amtes zu Breslau ihren Wohnsitz haben, und dürfen zu keinem der streitenden Theile in einem Verhältnisse stehen, welches sie gesetzlich hinderte, mit voller Kraft für oder wider beide Theile Zeugniß abzugeben.

Jeder Theil ernennt einen Schiedsrichter, und beide Schiedsrichter wählen allenfalls durch das Loos einen Obmann.

Dieses Schiedsgericht ist berechtigt und verpflichtet, sich in Beuthen D. S. zu constituiren, und daselbst zu verfahren, und die Partelen müssen gleichfalls vor dem Schiedsgerichte erscheinen, oder sich durch einen Bevollmächtigten, der sich zu Beuthen D. S. befindet, vertreten lassen, und letzteren dem Schiedsgerichte schriftlich anzeigen.

Nach der ersten Ladung, welche im Domicil der Partelen erfolgt, werden alle folgenden Erlasse des Schiedsgerichts den von der Partei benannten Bevollmächtigten, und in Ermangelung eines solchen durch Aushang im Geschäfts-Local der Gesellschaft zu Beuthen D. S. rechtsgültig insinuiert.

Wenn eine Partei den von ihr gewählten Schiedsrichter der Andern schriftlich anzeigt, ist letztere verpflichtet, binnen vierzehn Tagen nach Empfang dieser Anzeige ihren Schiedsrichter zu erwählen und der ersten Partei schriftlich anzuzeigen; geschieht dies nicht, oder wählt eine Partei einen Schiedsrichter, der nicht die vorgedachten Eigenschaften hat, so ernennt die andere Partei auch den zweiten Schiedsrichter allein und mit voller Kraft.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts, welches auch interimistische Festsetzungen treffen kann, findet keine Appellation statt.

Diese Bestimmungen vertreten die Stelle eines förmlichen Compromiß-Vertrages.

Die in vorstehendem Statute erwähnten Formulare sub litt. A. B. und C., betreffend den Quittungsbogen, die Acte und den Dividendenschein, sind von den Herren Comparenten übergeben und anerkannt worden.

Es wurde beantragt:

vorstehende Verhandlung, unter Vorheftung einer Ausfertigung der Verhandlung vom 17ten September pr. und der gedachten Formulare auszufer-

fertigen, und die Ausfertigung dem Herrn Regierungs-Rath von Göritz
zuzustellen, die Kosten aber vom Herrn Friedländer zu erfordern.
Hierauf ist die Verhandlung vorgelesen, genehmigt und unterschrieben worden.

Th. Pyrkosch.

von Göritz.

Moritz Friedländer.

v.

w.

o.

Kunisch,

Pomollk.

Kreis-Gerichts-Rath.

Formular A.

Quittungsbogen

der schlesischen Bergwerks- und Hütten-Actien-Gesellschaft „Vulkan“
im Jahre 185....

Nr.

über 100 Rthlr. Preuß. Courant.

Der.....
hat zur Gründung der schlesischen Bergwerks- und Hütten-Actien-Gesellschaft „Vulkan“
100 Rthlr. i. e. Ein Hundert Thaler Preuß. Cour. gezeichnet.

Die Einzahlungen auf diesen Quittungsbogen werden vier Wochen vor dem Zahlungs-Termine durch öffentliche Bekanntmachung in den zu Breslau erscheinenden Zeitungen und dem Staats-Anzeiger zu Berlin und dem Kreisblatte von Deuthen bekannt gemacht.

Bis zum Belauf von 40 Procent des Nominal-Betrages der Actie ist jeder Actien-Zeichner unbedingt und darüber noch subsidier verpflichtet, selbst wenn der Verwaltungs-Rath die Actien-Inhaber für den Ueberrest von dieser Verpflichtung entbunden hat.

Die gezahlten Einschüsse werden bis zum 31sten December 1857. mit jährlich fünf Procent verzinst. — Nach völliger Einzahlung von 100 Rthlr. Preuß. Cour. wird gegen Rückgabe dieses, sämtliche Theilzahlungen nachweisenden Quittungsbogens, dem darin benannten Zeichner oder Demjenigen, welcher sich durch die darauf vermerkte Cession als dessen rechtmäßigen Besitzer ausweist, die stempelfrei auszufertigende, auf seinen Namen lautende Actie ausgehändigt. — Die Richtigkeit der Cession zu prüfen ist die Gesellschaft zwar berechtigt, jedoch nicht verpflichtet. —

Erfolgt die Zahlung der ausgeschriebenen Raten nicht innerhalb der vom Verwal-

waltungs=Rathe ausgeschriebenen Frist, so treffen den Säumigen die im §. 6. der Statuten näher bezeichneten Nachtheile.

Beuthen D. S., den ten 185..

Der Verwaltungs=Rath.

Die Directoren.

Die 1ste Rate mit.....Thl. Pr. C. bez.	Die 2te Rate mit.....Thl. Pr. C. bez.
Die 3te Rate mit.....Thl. Pr. C. bez.	Die 4te Rate mit.....Thl. Pr. C. bez.
Die 5te Rate mit.....Thl. Pr. C. bez.	Die 6te Rate mit.....Thl. Pr. C. bez.
Die 7te Rate mit.....Thl. Pr. C. bez.	Die 8te Rate mit.....Thl. Pr. C. bez.
Die 9te Rate mit.....Thl. Pr. C. bez.	Die 10te Rate mit.....Thl. Pr. C. bez.

Formular B.

Revers.

Buch.....

N^o.....

Fol.....

A c t i e

der schlesischen Bergwerks = und Hütten = Actien = Gesellschaft „Vulkan“
welche

dem.

oder dessen Rechts = Nachfolger in Folge der gemachten Einlage von

Ein Hundert Thalern — 100 Rthlr. Pr. Cour.

alle Rechte und jenen Antheil an dem Fond und den Erträgnissen dieser Actien = Gesellschaft ertheilt, welche nach den Allerhöchst genehmigten Gesellschafts = Statuten jedem Actionair zukommen.

..... den ten 185..

Der Verwaltungs=Rath.

Die Directoren.

(L. S.)

Revers.

Uebertragen an	Unterschrift des Uebertragenden.				Eintragung des Verwaltungs = Rathes.	Gegenwärtig Actie der Bergwerks = und Hütten = Actien = Gesellschaft „Vulkan.“
Jahr. Mon. Tag.						

Vor-

Formular C.

Dividendenschein Nr. I.
der Actie Nr.

Gegen diesen Dividenden-Schein Nr. I. zahlt die Haupt-Casse der schlesischen Bergwerks- und Hütten-Actien-Gesellschaft „Vulkan“ in Beuthen D. S. dem Ueberbringer jene Dividende, welche für das Geschäftsjahr 185... bekannt gemacht werden wird. —

Der Verwaltungsrath. Die Directoren.



Amts-Blatt.

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 33.

Oppeln, den 14. August 1856.

Allgemeine Gesefssammlung.

N^o 42. enthält:

(N^o 4488.) Den Vertrag zwischen Preußen, Hannover und Kurhessen für sich, und in Vertretung der übrigen Staaten des Zoll-Vereins einerseits und der freien Hansestadt Bremen andererseits, wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrs-Verhältnisse. Vom 26. Januar 1856., und

(N^o 4489.) Den Vertrag zwischen Preußen, Hannover, Kurhessen und der freien Hansestadt Bremen, wegen Suspension der Weser-Zölle. Vom 26. Januar 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Vom 1sten September d. J. ab, werden die den Zeitraum vom 1sten October 1856. bis 30sten September 1860. umfassenden Zins-Coupons Serie III. zu den Schuldschreibungen der freiwilligen Staats-Anleihe vom Jahre 1848. bei der Controlle der Staats-Papiere hierselbst, Dranienstraße Nr. 92. parterre rechts, von 9 bis 1 Uhr Vormittag, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, so wie der drei letzten Tage jedes Monats, ausgereicht werden.

Zu diesem Behufe sind die Schuldschreibungen mit einem von dem Präsentanten zu unterschreibenden Verzeichnisse, worin sie nach Littera und Nummern aufzuführen und mit ihrem Capital-Betrage aufzurechnen sind, abzugeben.

Formulare hierzu werden von der Controlle der Staats-Papiere unentgeltlich verabreicht.

N^o 183:

Mit Auswärtigen kann sich weder die Controlle der Staats-Papiere, noch die unterzeichnete Behörde, in Schriftwechsel einlassen, vielmehr müssen diese ihre Schuld-Verschreibungen nach Maassgabe der von den königlichen Regierungen durch die Amts-Blätter zu erlassenden Bekanntmachung, unter dem portofreien Vermerk:

„Schuld-Verschreibungen der freiwilligen Staats-Anleihe von 1848.

zur Beifügung neuer Coupons,“

an die nächste Regieruugs-Haupt-Casse einsenden, von welcher sie dieselben mit den neuen Coupons portofrei zurückerhalten werden.

Diese Portofreiheit währt jedoch nur bis zum 1sten Mai 1857., und es werden von da ab dergleichen Sendungen auf Kosten der Einsender erfolgen.

Berlin, den 26. Juli 1856.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Natan. Gamet.

Die Inhaber solcher Schuld-Verschreibungen werden aufgefordert, dieselben jedoch ohne Coupons mit einem, mit deutlicher Namens-Unterschrift, Angabe des Standes und des Wohnsitzes versehenen doppelten Verzeichnisse an die hiesige Regieruugs-Haupt-Casse zu senden.

Uebrigens ist es den außerhalb Berlin wohnenden Inhabern solcher Schuld-Verschreibungen auch gestattet, dieselben durch dortige Einwohner bei der Controlle der Staats-Papiere abgeben zu lassen.

Oppeln, den 26. Juli 1856.

Königliche Regierung.

Dem Maschinen-Fabrikanten E. Dremiß zu Thorn, ist unter dem 4ten August 1856. ein Patent,

auf einen, durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten Apparat zur Rectification des erzeugten Weingeistes, soweit derselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist, und ohne Jemand in der Benutzung der bekannten Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

Oppeln, den 12. August 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

N 187. Das Ergebnis der von unserer Instituten-Haupt-Casse über Einnahme und Ausgabe der Provinzial-Städte-Feuer-Societäts-Casse von Schlesien für das Jahr 1855. gelegten Rechnung, wird nach Vorschrift des §. 94. des revidirten Reglements vom 1sten September 1852. hiermit nachstehend veröffentlicht.

Berz-

Versicherungen in der

in

Summa.

K l a s s e

Rth.

Rth.

Rth.

Rth.

Rth.

Rth.

Rth.

Ult. 1854. betrug die
Versicherung.....
Zugang pro 1855. .

13,775,720

829,920

1,143,020

2,291,910

860,380

4,216,710

23,117,660

705,740

29,650

53,390

41,550

10,400

113,610

954,340

Zusammen
Abgang pro 1854. .

14,481,460

859,570

1,196,410

2,333,460

870,780

4,330,320

24,072,000

606,950

70,290

93,850

157,930

98,210

298,350

1,325,580

Mithin bleibt ult. De-
cember 1855. Ver-
sicherung.....

13,874,510

789,280

1,102,560

2,175,530

772,570

4,031,970

22,746,420

und zwar:

im Regierungs-Bezirk
Breslau

5,672,150

361,710

595,250

924,230

472,800

1,719,920

9,746,060

im Regierungs-Bezirk
Pleignitz.....

4,153,320

321,460

417,300

316,520

186,090

1,125,800

6,520,490

88
* im Regierungs-Bezirk
Doppeln.....

4,049,040

106,110

90,010

934,780

113,680

1,186,250

6,479,870

Summa wie oben ..

13,874,510

789,280

1,102,560

2,175,530

772,570

4,031,970

22,746,420

Die Versicherungen von ganz massiven Gebäuden in der 1. Klasse haben sich auch pro 1855. wieder, und zwar um 98,790 Rthlr. vermehrt, dagegen die Versicherungen in den übrigen 5 Klassen, und namentlich der feuerunsicher bedachten, und ganz besonders die der ganz hölzernen Gebäude, zusammen um 470,030 Rthlr. vermindert.

In den Städten des hiesigen und des Oppelner Regierungs-Bezirks haben sich auch pro 1855. wieder die Versicherungen zusammen um..... 158,610 Rthlr. vermehrt, und demnach nur allein in den Städten des Liegnitzer Regierungs-Bezirks sich, und zwar um..... 529,850 Rthlr. vermindert, daher die gesammte Versicherung gegen das Jahr 1854. pro 1855. sich diesmal um..... 371,240 Rthlr. vermindert hat, auf welche Verminderung die für die Oberlausitz nach dem Reglement vom 26sten Juni 1854. errichtete Feuer-Societät unleugbar von Einfluß gewesen ist, da in den Städten der Oberlausitz in dem Jahre 1855., und zwar:

Görlitz	50,260 Rthlr.,
Hoyerswerda ...	580 =
Lauban.....	49,180 =
Marklissa.....	10,010 =
Muskau	1,910 =
Reichenbach.....	63,320 =
Rothenburg.....	600 =
Ruhland.....	13,250 =
Schönberg	5,530 =
Seidenberg.....	3,370 =
Wittichenau	800 =
zusammen....	<u>198,810 Rthlr.</u>

Versicherungen ausgeschlossen sind.

Nach der obigen Rechnung betrug:

I. Die Soll-Einnahme pro 1855.

A. Pro 1854. et retro.

1) Uebertragenen Bestand ex 1854.....	73,468 Rthlr.	25	fgt.	8	pf.
2) An Einnahme-Resten pro 1854. et retro.....	197	=	11	=	— =

B. Currente Einnahmen pro 1855.

3) An ordentlichen Beiträgen.....	37,717	=	27	=	2 =
4) An außerordentlichen Beiträgen	—	=	—	=	— =
5) An fixirten Jahres-Beiträgen.....	940	=	24	=	11 =

Latus..... 112,324 Rthlr. 28 fgt. 9 pf.

Trans-

	Transport....	112,324 Rtl.	28	fg.	9	pf.
6)	An Straf=Beiträgen.....	—	=	—	=	—
7)	An Ordnungs=Strafen.....	34	=	—	=	—
8)	An Zinsen von nutzbar angelegten Bestandsgeldern und des eisernen Fonds, und zwar:					
a.	von 40,000 Rthlr. Rentenbriefen à 4%					
	1600 Rtl. — fgr. — pf.					
b.	an Bank=Zinsen à 2%	953	=	14	=	—
c.	an Agio=Gewinn.....	1750	=	16	=	8
	Zusammen.....	4,304	=	—	=	8
9)	An Einnahme sub Titel „Insgemein“ (es ist das in den Jahren 1853. bis 1855. für Geldsendungen in Pro- vinzial-Städte=Feuer=Societäts-Angelegenheiten voraus- gabte Porto, zusammen mit).....	460	=	23	=	3
	zur verfolgten Zurückerstattung zur Solleinnahme gestellt worden.					

Summa aller Einnahmen. . 117,123 Rtl. 22 fgr. 8 pf.

II. Die Soll=Ausgabe betrug:

A. An Rest=Ausgaben aus den Vorjahren:

1) an Brandschaden=Abschätzungs=Gebühren

5 Rtlr. 2 fgr. 6 pf.

2) an übertragenen

Tantiemeresten 20 = 24 = 8 =

3) an Brandscha-

den=Bergüti-
gungen..... 645 = 10 = — =

4) an Spritzen-

Prämien..... 5 = — = — =

676 Rtl. 7 fgr. 2 pf.

B. Currente Ausgabe pro 1855.

I. An Verwaltungskosten für die Provin- zial=Direction:

1) für Hilfsarbeiter

u. fixirte Remu-
neration..... 745 Rtlr. 20 fg. 6 pf.

2) für Buchbinder-

Arbeiten..... 7 = — = 6 =

3) an Beitrag zu

752 = 21 = — =

Latus... 1428 Rtl. 28 fgr. 2 pf. 117,123 Rtl. 22 fgr. 8 pf.

Trans-

Transport: . . 1428 Rtl. 28 fgr. 2 pf. 117,123 Rtl. 22 fgr. 8 pf.

den Cassen = Verwaltungskosten	200 Rtl. — fgr. — pf.		
4) an Diäten und Reisekosten den Mitgliedern des Provinzialständischen Ausschusses, Behufs Prüfung und Abnahme der Rechnung pro 1854. . . .	100 =	15 =	— =
5) an Einhebungs-Gebühren an die Magistrate (§. 75. des revidirten Reglements) 1481	=	14 =	9 =
6) an Baubeamte und Bauhandwerk-Meister, an Tax-, Revisions- u. Brandschaden-Abschätzungs-Gebühren	110 =	25 =	— =
7) an Post = Porto (conf. Einnahme = Post. 9) . .	71 =	— =	3 =
zusammen	2716	=	16 = — =

Vergleichen Ausgaben werden übrigens nach dem Regulativ vom 12ten October v. J. (Amtsblatt S. 319.) nicht wieder in Ausgabe erscheinen.

- 8) II. An Brandschaden = Vergütungen
- a. an die Städte des Breslauer Regierungs-Bezirks 26907 Rtl. 18 fgr. 6 pf.
 - b. an die Städte des Plegnißer

Latins. . . 26907 Rtl. 18 fgr. 6 pf. 4145 Rtl. 14 fgr. 2 pf. 117,123 Rtl. 22 fgr. 8 pf.

Transport. . . 26907 Rtl. 18 sgr. 6 pf. 4145 Rtl. 14 sgr. 2 pf. 117,122 Rtl. 22 sgr. 8 pf.

Reg.-Bezirks 23078 = 15 = 3 =

c. an die Städte
des Doppelner

Reg.-Bezirks 22348 = 18 = 2 =

Zusammen. 72334 = 21 = 11 =

9) III. An Vergütung für beschä-
digte, resp. verloren gegangene
Feuerwehmer. 593 = 7 = 3 =

10) IV. An Spritzen Prämien. 237 = — = — =

11) V. An Prämien für besonders verdienstliche und ausgezeichnete
Handlungen einzelner Personen
beim Feuerlöschten und Retten 40 = — = — =

12) VI. An zufälligen Ausgaben. 6 = 15 = — =

Summa aller Ausgabe. 76,604 Rtl. 7 sgr. 4 pf.

Es sind hiernach am Jahres-Rechnungs-Abschlusse pro

1855. verblieben. 40,519 Rtl. 15 sgr. 4 pf.

Hiervon ab die Einnahme-Reste mit. 526 = 3 = 8 =

Es bleiben daher noch. 39,993 = 11 = 8 =

Dagegen treten zu an Ausgabe-Resten. 10 = 15 = — =

Der am Schlusse des Jahres 1855. verbliebene Bestand

beträgt daher. 40,003 Rtl. 26 sgr. 8 pf.

und zwar:

in Schlesischen Rentenbriefen. 40,000 Rtlr.

und in baarem Gelde. 3 = 26 sgr. 8 pf.

Zusammen wie oben. 40,003 = 26 = 8 =

Die Rentenbriefe per 40,000 Rthlr. gehören dem eisernen Fonds (§. 46. 1. c.).

Nach dem Course am 31sten December 1855. betrugen 40,000 Rthlr. Rentenbriefe

à 94¼ % 37,700 Rthlr.,

hierzu Zinsen vom 1sten October bis 31sten December 1855 à 4 % 400 =

Das Vermögen des eisernen Fonds hat daher am 31sten December 1855. zusammen. 38,100 Rthlr.
betragen.

Die Societät hat im Jahre 1855. und zwar:

im hiesigen Regierungs-Bezirk für 38

= Piegninger = = 30

Latus. . . . 68

Transport. . . .	68
und im Opperlner Regierungs-Bezirk für	23
Zusammen. . . .	91

Brandschäden zu vergütigen gehabt, durch welche

185 Wohnhäuser,
94 Ställe,
54 Scheuern,
1 Brauerei,
2 Kirchen,
4 Fabrik-Gebäude,
und 1 Rathhaus,

zusammen 341 Gebäude größten Theils gänzlich zerstört worden sind.

Von obigen Feuerschäden sind deren zwei geständig durch vorsätzliche Brandstiftung und einer durch Blitzstrahl verursacht worden. — Der Verdacht der vorsätzlichen Brandstiftung ist zwar öfter hervorgetreten, aber theils in Ermangelung bestimmter für die That der Brandstiftung sprechenden Indicien, theils nicht zum weitem Verfolg geeignet gewesen, theils ist der Ausgang der dieserhalb eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung noch nicht zu unserer Kenntniß gelangt. Die meisten Brandschäden haben im Jahre 1855. in nachbenannten Städten, und zwar:

in der Stadt Briesg	7,
= = = Strehlen . . .	4,
= = = Goldberg . .	4,
= = = Pöben	5,
= = = Polkwitz . . .	4,
= = = Lublinz . . .	5

stattgefunden. Der größte Brand war in der Stadt Leobschütz am 8ten Juni, dessen Vergütung 10,116 Rthlr. 6 Sgr. 3 Pf. betrug. Dagegen hat die Zahlung der Brandschaden-Vergütung in einem Falle wegen Demolirung nach gedämpftem Brande, gänzlich versagt werden müssen.

Es hat im Jahre 1855. den Associaten der Societät eine Begünstigung dadurch gewährt werden können, daß ihnen die Zahlung des gewöhnlichen feststehenden ordentlichen Beitrages, für das II. Semester gänzlich erlassen worden ist. Die Theilnehmer der Societät haben daher diesen zuletzt erwähnten Beitrag nur für das I. Semester, mithin für das Jahr 1855. überhaupt nur und zwar

in der 1. Klasse	2 Sgr.,
= = 2. =	4 "
= = 3. =	6 "
= = 4. =	8 "

in! der 5. Klasse 10 Sgr.,

und = = 6. = 12 =

mithin durchschnittlich pro Hundert 7 Sgr. zu zahlen gehabt.

Breslau, den 15. Juli 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Personal-Chronik.

Dem Deconomie-Inspector, Premier-Lieutenant a. D., Schörner zu Pallo-
wiz, ist die erledigte dritte Polizei-Districts-Commissarius-Stelle im Rybnicker Kr.
übertragen — der seitherige landrätliche Bureau-Gehilfe zu Leobschütz Julius Hus-
sarek, ist als Regierungs-Supernumerarius angenommen worden — der Cantor
Röhnekt zu Patschkau ist verstorben.

Personal-Veränderungen

im Departement des königlichen Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat
Juli 1856.

A. Bei dem Appellations-Gericht:

Ernannt:

der Auscultator Eduard Preys zum Appellations-Gerichts-Referendarius.

Bersezt:

die Auscultatoren Albalbert Wagner und Ignaz Szezasny aus dem Depar-
tement des Appellations-Gerichts Breslau in das hiesige Departement.

Ausgeschieden:

der Auscultator August Adamik, Behufs Uebertritts zur Militair-Verwaltung
und der Auscultator Salomon Königsberger.

B. Bei den Kreis-Gerichten:

I. Beim Kreis-Gericht zu Beuthen:

Übertragen:

dem Bureau-Assistenten Krebs aus Reisse die Verwaltung einer Secretairstelle
mit der Function als Sportel-Receptor bei der Gerichts-Commission zu
Tarnowitz.

Bersezt:

der Kreis-Richter und Gerichts-Commissar Hennig zu Myslowitz an das Kreis-
Gericht Cosel.

II. Beim Kreis-Gericht Cosel:

Bersezt:

der Kreis-Richter Graf von Strachwitz an das Kreis-Gericht zu Gleiwitz,

vom 1sten August 1856. ab.

Gestorben:

der Bureau-Assistent Herrmann.

III. Beim Kreis-Gericht zu Kreuzburg:

Berufen:

der Secretair Schirmer an das Kreis-Gericht Gleiwitz.

IV. Beim Kreis-Gericht Falkenberg:

Berufen:

der Kreis-Richter Basse von der zum Kreis-Gericht Zielenzig, im Appellations-Gerichts-Departement Frankfurth, gehörigen Gerichts-Deputation Sonnenberg, an das Kreis-Gericht zu Falkenberg, vom 1sten October 1856. ab.

V. Beim Kreis-Gericht zu Gleiwitz:

Berufen:

der Kreis-Richter Schultes an das Kreis-Gericht zu Oppeln;

der Bureau-Assistent Reuter vom Kreis-Gericht Gleiwitz an die Gerichts-Commission Tost.

VI. Beim Kreis-Gericht Grottkau:

Ernannt:

der Kreis-Richter Fischer zum Kreis-Gerichts-Rath.

VII. Beim Kreis-Gericht Leobschütz:

Ernannt:

der Civil-Supernumerar Actuar I. Klasse Paul Körner aus Ratibor zum Bureau-Assistenten, mit der Bestimmung seiner Function als Sportel-Receptor bei der Gerichts-Commission Ratibor.

Berufen:

der Bureau-Assistent Bendewitz zu Ratibor an das Kreis-Gericht Ratibor.

Entlassen:

der Rechts-Anwalt Hanke, zufolge rechtskräftigen Erkenntnisses.

VIII. Beim Kreis-Gericht zu Lublin:

Ernannt:

der Kreis-Richter Felbier bei der Gerichts-Commission Guttentag zum Kreis-Gerichts-Rath.

IX. Beim Kreis-Gericht Reisse:

Ernannt:

die Kreis-Richter Schmiedicke und Lesser zu Kreis-Gerichts-Räthen;
der Bureau-Diatar Actuar Carl Bernert aus Ratibor, zum Bureau-Assistenten;
der bisherige Hilfsbote und Executor Carl Rudolph, definitiv zum Boten und Executor.

X. Beim Kreis-Gericht Oppeln:

Ernannt:

der Kreis-Richter Böhm bei der Gerichts-Commission zu Krappitz, zum Kreis-Gerichts-Rath.

XI. Beim Kreis-Gericht Ratibor:

Ernannt:

die Kreis-Richter Eberhard und Jonas zu Kreis-Gerichts-Räthen;
der Hilfs-Gefangen-Wärter Franz Hellmann aus Reisse, definitiv zum Gefangen-Wärter.

Verfezt:

der Secretair Krüger an das Kreis-Gericht Greupburg.

XII. Beim Kreis-Gericht Rosenberg:

Ernannt:

der Hilfs-Unterbeamte Franz Murra, definitiv zum Gefangen-Wärter.

N a m e n

der gewählten und bestätigten Schiedsmänner im Departement des Königl. Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat Juli 1856.

N ^o .	N a m e n und Wohnort der Schiedsmänner.	Kreis.	Namen der Ortschaften.
1	Schullehrer Kluger zu Gorek	Doppeln	Gorek, Follwart und Wienau.
2	Schullehrer Daniel Koka zu Blumenthal	dito	Blumenthal.
3	Schullehrer Anton Mainka zu Salzbrunn	dito	Salzbrunn.
4	Schullehrer Theobald Gröger zu Stolzmuß	Leobschütz	Stolzmuß.
5	Oberamtmann Schwarz zu Lubschau	Lublinitz	Lubschau, Raminitz, Babitz, Psar, Ludwigsthal.
6	Kaufmann Welz zu Reisse	Reisse	Gräferei und Mährengasse.
7	Schullehrer Kittel zu Radstein	Neustadt	Radstein.
8	Schullehrer Wischkowski zu Mischline	Groß-Strehlitz	Groß- und Klein-Stanisich, Mischline und Garmerau.

Nach

Nachtrag zu den Bekanntmachungen der Königl.ichen Regierung.

Nr 158. Unter Berücksichtigung der diesjährigen Erndte-Verhältnisse, ist der Eröffnungs-Termin der kleinen Jagd auf
den 20sten d. Mts.
bestimmt worden.

Uebertretungen sind nach den gesetzlichen Bestimmungen zu verfolgen.
Oppeln, den 10. August 1856.

Dem Kaufmann Isaac Friedländer zu Guttentag, ist die Erlaubniß erteilt worden, für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft, Agentur-Geschäfte zu besorgen.
Oppeln, den 12. August 1856.

Extraordinaire Beilage

zum Amts-Blatt der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 33.

Bahn-Polizei-Reglement.

Für die unter Aufsicht des Königlichen Eisenbahn-Commissariats zu Breslau stehenden Eisenbahnen, als: N^o 185.

die oberschlesische Eisenbahn, einschließlich ihrer Abzweigungen im oberschlesischen Bergwerks-Reviere, ingleichen die Breslau-Posen-Glogauer Eisenbahn;

die Breslau-Schweidnitz-Freiburger- und

die Wilhelmsbahn, beide mit ihren verschiedenen Abzweigungen;

die Reisse-Brieger Eisenbahn, und

die niederschlesische Zweigbahn,

wird unter Genehmigung der Königlichen Ministerien des Handels und des Innern folgendes

Bahn-Polizei-Reglement

an Stelle des bisherigen Bahn-Polizei-Reglements vom 28sten März 1848. hierdurch bekannt gemacht.

Dasselbe gilt für alle breitspurigen Locomotivbahnen unbedingt, und für die schmalspurigen Locomotiv- und Pferdebahnen im oberschlesischen Bergwerks-Reviere so weit, als in dem Anhange zu diesem Reglement nicht Modificationen desselben festgesetzt sind.

I. Von den Bahn-Polizei-Beamten.

§. 1.

Jede Eisenbahn-Verwaltung ist verpflichtet, einen Betriebs-Director anzustellen, welchem unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit die Ausführung aller Maßregeln zur Sicherung des Betriebes obliegt. Vor der Anstellung des Betriebs-Directors ist die dazu bestimmte Person dem Königlichen Handels-Ministerium anzuzeigen, damit zuvor von deren gehöriger Qualifikation Kenntniß genommen werde.

§. 2.

Außer dem Betriebs-Director sind zur Ausübung der Bahn-Polizei unter ihrer Verantwortlichkeit berufen und verpflichtet:

die Betriebs-Inspectoren;
die Sections-Conducteurs, Oberbahnmeister und Bahnmeister;
die Bahnwärter und ihre Gehülfen (Hülfswärter);
die Stations-Vorsteher (Bahnhofs-Inspectoren, Bahnhofs-Aufscher und Bahnhofs-Wächter);
die Weichensteller (Weichenwärter);
die Zugführer, Packmeister und Schaffner.

Allen diesen Beamten, welche in der zur Sicherung des Betriebes erforderlichen Anzahl angestellt werden müssen, sind von der Direction über ihre Dienst-Verrichtungen und ihr gegenseitiges Dienst-Verhältniß schriftliche oder gedruckte, der Genehmigung des Königl. Eisenbahn-Commissariats unterliegende Instructionen zu ertheilen. —

§. 3.

Alle zur Ausübung der Bahn-Polizei berufenen Beamten müssen mindestens 21 Jahr alt und unbescholtenen Rufes sein, lesen und schreiben können und die onst zu ihrem besonderen Dienste erforderlichen Eigenschaften besitzen.

§. 4.

Die Bahn-Polizei-Beamten werden von der betreffenden Kreis-Polizei-Behörde (Polizei-Präsidium, Polizei-Direction oder Landraths-Amt) vereidigt. Sie treten alsdann in Beziehung auf die ihnen bei ihrer Anstellung übertragenen Dienst-Verrichtungen dem Publicum gegenüber in die Rechte der öffentlichen Polizei-Beamten. Sie müssen bei Ausübung ihres Dienstes die von der Eisenbahn-Direction unter Genehmigung des Königl. Handels-Ministeriums zu bestimmende Dienst-Uniform, resp. das festgestellte Dienst-Abzeichen tragen, oder mit einer Legitimation versehen sein.

§. 5.

Die Amts-Wirksamkeit der Bahn-Polizei-Beamten erstreckt sich, ohne Rücksicht auf den ihnen angewiesenen Wohnsitz, auf die ganze Bahn und die dazu gehörigen Anlagen, und außerhalb der Eisenbahn und deren Anlagen noch so weit, als solches zur Handhabung und Aufrechthaltung der für den Eisenbahn-Betrieb erlassenen oder noch zu erlassenden Polizei-Verordnungen erforderlich ist.

§. 6.

Die Bahn-Polizei-Beamten haben dem Publicum gegenüber ein besonnenes, und, soweit die Erfüllung der ihnen auferlegten Amtspflichten es zuläßt, möglichst rücksichtsvolles Benehmen zu beobachten, und sich insbesondere jedes herrischen und unfreundlichen Auftretens zu enthalten. Unzutmlichkeiten sind von ihren Vorgesetzten streng zu rügen und nöthigenfalls durch Ordnungsstrafen zu ahnden.

Diesenigen Bahn-Polizei-Beamten, welche sich als zur Ausübung ihres Dienstes ungeeignet zeigen, müssen sofort von der Verrichtung polizeilicher Functionen entfernt werden. Die Eisenbahn-Verwaltung ist verbunden, über jeden Bahn-Polizei-

Beamten Personal-Acten anzulegen und fortzuführen.

§. 7.

Die Königlichen, Städtischen und Dominiäl-Polizei-Beamten sind verpflichtet, auf Erfordern der Bahn-Polizei-Beamten dieselben in der Handhabung der Bahn-Polizei zu unterstützen. Ebenso sind die Bahn-Polizei-Beamten verbunden, den übrigen Polizei-Beamten innerhalb des im §. 5. bezeichneten Gebietes bei der Ausübung ihres Amtes Hülfe zu leisten, soweit dies die den Bahn-Polizei-Beamten obliegenden besonderen Pflichten zulassen.

II. Bestimmungen für das Publicum.

§. 8.

Die Eisenbahn-Reisenden müssen den allgemeinen Anordnungen nachkommen, welche von der Eisenbahn-Direction Behufs Aufrechthaltung der Ordnung bei der Beförderung der Personen und Sachen getroffen werden, und haben den dienstlichen Aufforderungen der vereidigten, mit Uniform oder Dienst-Abzeichen versehenen, oder eine besondere Legitimation führenden Bahn-Polizei-Beamten (§. 4.) unweigerlich Folge zu leisten.

§. 9.

Mit Ausnahme des Chefs der Militär- und Polizei-Behörden, die am Orte des Bahnhofes ihren Sitz haben, der executiven Polizei-Beamten und der in Ausübung ihres Dienstes befindlichen Steuer- und Post-Beamten, darf Niemand ohne Erlaubnißkarte die Bahnhöfe und die dazu gehörigen Gebäude außerhalb derjenigen Räume betreten, welche ihrer Bestimmung nach dem Publicum geöffnet sind; doch stehen die Festungs-Commandanten, Fortifications-Officiere und Fortifications-Beamte, welche durch ihre Uniform als solche kenntlich sind, den Militär- und Polizei-Chefs hiebei insofern gleich, als es ihnen gestattet ist, den Bahnkörper und die Bahnhöfe innerhalb des Festungs-Rayons jederzeit zu betreten.

Die Wagen, welche Reisende zur Bahn bringen oder von daher abholen, müssen auf den Vorplätzen der Bahnhöfe an den dazu bestimmten Stellen auffahren.

§. 10.

Das Planum der Bahn, die dazu gehörigen Böschungen, Dämme, Gräben, Brücken und sonstige Anlagen, dürfen vom Publicum nicht betreten werden. Das Ueberschreiten der Bahn ist nur an den zu Ueberfahrten oder Uebergängen bestimmten Stellen gestattet, so lange die Letzteren nicht durch Barrieren oder Einfriedigungen verschlossen sind, und ist dabei jeder unnöthige Verzug zu vermeiden. Das eigenmächtige Eröffnen oder Ueberschreiten der Barrieren und sonstigen Einfriedigungen ist untersagt.

§. 11.

Das Hinüberschaffen von Pflügen, Eggen und anderen Geräthschaften, sowie von Baumstämmen und schweren Gegenständen darf, sofern solche nicht getragen werden, nur auf Wagen oder untergelegten Schleifen erfolgen.

§. 12.

Für das Betreten der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen durch Vieh ist Derjenige verantwortlich, welcher die ihm obliegende Aufsicht über dasselbe vernachlässigt. —

§. 13.

Privat-Uebergänge dürfen nur von den Berechtigten unter den besonders vorgeschriebenen Bedingungen benutzt werden.

§. 14.

So lange die Ueberfahrten geschlossen sind, müssen Fuhrwerke, Reiter, Pferde, Kreiber und Vieh-Heerden auf den die Bahn kreuzenden Wegen in der durch Markspfähle zu bezeichnenden Entfernung von den Verschluss-Barrieren das Wiedereröffnen derselben abwarten. Fußgänger dürfen sich den geschlossenen Barrieren zwar nähern, dieselben aber nicht berühren.

§. 15.

Alle Beschädigungen der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen, mit Einschluß der Telegraphen sowie der Betriebsmittel nebst Zubehör, ingleichen das Auflegen von Steinen oder sonstigen hindernden Gegenständen auf das Planum der Bahn, sind verboten; ebenso die Erregung falschen Allarms, Nachahmungen von Signalen, Verstellung von Ausweiche-Vorrichtungen und überhaupt die Vornahme aller den Betrieb störender Handlungen.

§. 16.

Es ist verboten, feuergefährliche und solche Gegenstände, wodurch andere Transport-Gegenstände oder die Transportmittel selbst beschädigt werden könnten, in den Personen- oder Gepäckwagen mitzuführen, oder in den Güterwagen ohne Anzeige zu versenden. —

In Betreff des Transports von Chemikalien finden die Verordnungen vom 27. September 1846. und 29. März 1848. Anwendung.

§. 17.

Geladene Gewehre dürfen unter keinerlei Umständen mitgenommen werden. Die Schaffner sind befugt, vor dem Einsteigen die von den Reisenden geführten Schießgewehre zu untersuchen.

§. 18.

Das Tabakrauchen in anderen Wagenklassen oder Coupés als denjenigen, in welchen dasselbe nach den von der Direction getroffenen Anordnungen gestattet wird, ist verboten.

§. 19.

Hunde und andere Thiere dürfen Reisende in den Personenwagen nicht mit sich führen, ebensowenig solche Gepäckstücke, durch welche die Mitreisenden belästigt werden.

§. 20.

§. 20.

Trunkene Personen dürfen zum Mitfahren nicht zugelassen werden. Sind solche unbemerkt in die Wagen gelangt, so werden sie aus diesen ausgewiesen. Ein Gleiches findet statt, wenn sie in den Versammlungs-Sälen oder auf den Bahnhöfen und Haltestellen betroffen werden. Dergleichen Personen haben keinen Anspruch auf Ersatz des etwa gezahlten Fahrgeldes.

§. 21.

Wer die vorgeschriebene Ordnung nicht beobachtet, sich den Anordnungen der Bahn-Polizei-Beamten nicht fügt oder sich unanständig benimmt, wird gleichfalls zurückgewiesen und ohne Anspruch auf den Ersatz des bezahlten Fahrgeldes von der Mit- und Weiterreise ausgeschlossen.

§. 22.

Sichtliche Kranke und solche Personen, welche durch ihre Nachbarschaft den Reisenden augenscheinlich lästig werden würden, dürfen nur dann zur Mitfahrt zugelassen werden, wenn ein besonderes Coupé für sie gelöst wird, oder alle Reisende in einem anderen sich für die Mitnahme erklären.

§. 23.

Wer den in den §§. 8. bis 18. enthaltenen Verboten zuwiderhandelt, verfällt in eine polizeiliche Strafe bis zu 10 Thaler Geld, resp. verhältnismäßiges Gefängniß, sofern nicht nach den allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen, namentlich nach §. 294. — 298. des Strafgesetzbuchs vom 14ten April 1851. eine härtere Strafe stattfindet. —

§. 24.

Ein Abdruck der §§. 8. — 23. dieses Reglements, desgleichen die Fahrpläne sowie die Fahr- und Fracht-Tarife der einzelnen Bahnen, sind in allen Passagier-Zimmern auszuhängen.

§. 25.

Die zur Ausübung der Bahn-Polizei berufenen und verpflichteten Eisenbahn-Beamten (§. 2.) sind ermächtigt, jeden Uebertreter der obigen Vorschriften, sofern er unbekannt ist und sich über seine Person nicht auszuweisen vermag, oder in letzterem Falle nicht eine angemessene Caution erlegt, deren Höhe das Maximum der Strafe (§. 23.) jedoch in keinem Fall übersteigen darf, wenn er bei Ausführung der strafbaren Handlung oder gleich nach derselben betroffen wird, zu verhaften. Enthält die strafbare Handlung ein Verbrechen oder Vergehen, so kann sich der Schuldige durch eine Cautionsstellung der sofortigen Verhaftung nicht entziehen.

Jeder Verhaftete ist ungesäumt an die nächste Polizei-Behörde abzuliefern.

§. 26.

Im Falle einer Verhaftung ist den Bahn-Polizei-Beamten gestattet, die verhafteten Personen durch Mannschaften aus dem auf der Eisenbahn befindlichen Arbeits-

Per-

Personal in Bewachung nehmen, und an den Bestimmungs-Ort abliefern zu lassen. In diesem Falle hat der Bahn-Polizei-Beamte eine, mit seinem Namen und der Dienst-Qualität bezeichnete Verhaftungs-Karte mitzugeben, welche vorläufig die Stelle der über die Uebertretung aufzunehmenden Verhandlung vertritt, welche jedenfalls innerhalb 24 Stunden nach der Feststellung einer Uebertretung an die zuständige Polizei-Behörde eingesandt werden muß.

• III. Zustand, Unterhaltung und Bewachung der Bahn.

§. 27.

Die Bahn muß fortwährend in einem solchen baulichen Zustande gehalten werden, daß dieselbe ohne Gefahr, und, ausgenommen die in der Ausbesserung befindlichen Strecken, mit der durch (§. 53.) dieses Reglements festgestellten größten zulässigen Geschwindigkeit befahren werden kann. Diejenigen Strecken, welche nicht mit der größten zulässigen Geschwindigkeit befahren werden dürfen, sind als solche durch bestimmte, schon von Weitem sichtbare Signale zu bezeichnen.

§. 28.

Veränderungen in den Constructions-Verhältnissen der Bahn, sowie in wesentlichen Constructions-Verhältnissen der Betriebsmittel, dürfen ohne vorherige Zustimmung des Eisenbahn-Commissariats nicht vorgenommen werden.

§. 29.

Die zur Befahrung dienenden Bahnstrecken müssen fortwährend in solcher Breite freigehalten werden, daß Gegenstände, deren Oberfläche nicht mehr als Einen Fuß über den Schienen erhöht ist, mindestens 5 Fuß 3 Zoll, alle höhere Gegenstände aber mindestens 6½ Fuß von der Mittellinie des nächsten Gleises entfernt bleiben.

§. 30.

Die Vorrichtungen zum Stellen der Ausweichungen außer den Bahn- und Controll-Höfen, für welche keine besondere Wärter angestellt sind, müssen auf Bahnstrecken, auf denen Locomotiv-Betrieb stattfindet, wenn sie nicht gebraucht werden in solcher Weise verschlossen sein, daß sie nicht bewegt werden können. Auch sind auf allen Locomotiv-Bahnen Vorkehrungen zu treffen, daß der richtige Stand solcher Weichen außer den Bahnhöfen auf mindestens 1000 Fuß Entfernung vom Zuge aus zu erkennen ist.

§. 31.

Die Bahn muß, soweit es zur Abhaltung von Menschen und Thieren nothwendig erscheint, eingefriedigt werden.

Die Wege-Übergänge in gleicher Ebene mit der Bahn sind bei allen Eisenbahnen, auf denen Locomotiv-Betrieb stattfindet, mit starken, leicht sichtbaren Barrieren, welche mindestens von der Mitte des Bahngleises 12 Fuß entfernt sein müssen, zu versehen. Bei Dreh-Barrieren, welche nach der Bahn zu aufschlagen, sind für die geöffneten Barrieren-Flügel die Bestimmungen des §. 31. zu beachten.

Wenn

Wenn öffentliche Wege unmittelbar neben einer mit Locomotiven zu befahrenden Eisenbahn in gleicher Ebene mit derselben oder höher angelegt sind, so wird zwischen Weg und Eisenbahn die Anlegung von Schutzwehren erforderlich. Gräben und Seitenaufwurf sind als solche anzusehen.

§. 32.

Jede Bahn, auf welcher Betrieb mit Locomotiven stattfindet, muß so lange bewacht werden, als möglicherweise noch Züge oder einzelne Locomotiven auf derselben zu erwarten stehen.

Auf einer solchen Bahn werden mindestens fünf Minuten vor dem Eintreffen des Zuges die Barrieren der Weg-Uebergänge geschlossen. Ausnahmen in unmittelbarer Nähe der Bahnhöfe werden von der Direction besonders festgesetzt.

Privat- und Feldwege, welche nicht besonders bewacht sind, sollen verschlossen gehalten, dem Eigenthümer soll aber ein Schlüssel dazu gestattet werden. Der Wärter muß die Barrieren solcher Weg-Uebergänge, wenn er sie unverschlossen findet, zehn Minuten vor dem erwarteten Eintreffen des Zuges schließen.

Zehn Minuten vor dem erwarteten Eintreffen des Zuges dürfen Viehheerden nicht mehr über die Bahn getrieben werden.

Es müssen solche Einrichtungen getroffen werden, daß den Wärtern die Ankunft der Züge mindestens 5 Minuten vorher bekannt wird.

Wege-Uebergänge in gleicher Ebene mit der Bahn müssen bei Chausseen und stark befahrenen Communalstraßen im Dunkeln so lange erleuchtet werden, als die Barrieren geschlossen sind. Auf den Bahnhöfen sind mindestens $\frac{1}{2}$ Stunde vor und $\frac{1}{4}$ Stunde nach der Ankunft der Züge die Perrons und Anfahrten zu erleuchten.

An jedem Morgen muß jede Bahnstrecke, bevor der erste Zug darüber geht, genau nachgesehen werden, damit alle Hindernisse der Fahrt entfernt, und die nöthigen Anstalten zur Sicherung derselben getroffen werden.

Ausnahmen können unter Genehmigung des Eisenbahn-Commissariats besonderer Umstände wegen durch die Direction bestimmt werden; vor jedem Nachtzuge muß jedoch unbedingt eine Revision stattfinden.

§. 33.

Die Bahn ist mit Abtheilungs-Zeichen zu versehen, welche vom Zuge aus deutlich zu erkennen sind und Entfernungen von ganzen und $\frac{1}{100}$ Meilen angeben. Ebenso sind an den Wechsellpunkten der Gefälle Pfähle aufzustellen, an deren steigend oder fallend, oder horizontal angeordneten Armen die Neigungen der Bahn durch Angabe der Verhältnisse der Höhen zu den Längen deutlich erkennbar zu bezeichnen sind.

Bei Locomotivbahnen ist zwischen den zusammenlaufenden Schienen auch ein Markspahl aufzustellen, welcher die Grenze anzeigt, inwieweit in jedem Bahngleise Wagen vorgeschoben werden können, ohne den Durchgang auf dem anderen zu hindern.

Auch

Auch ist auf solchen Bahnen auf ein entsprechendes optisches und electromagnetisches Telegraphen-System zu halten.

IV. Die Einrichtung und der Zustand der Betriebsmittel.

§. 34.

Die Betriebsmittel müssen fortwährend in einem solchen Zustande gehalten werden, daß die Fahrten mit der größten zulässigen Geschwindigkeit ohne Gefahr stattfinden können.

§. 35.

Locomotiven dürfen erst in Betrieb gesetzt werden, nachdem sie einer technisch-polizeilichen Prüfung unterworfen und sicher befunden worden sind.

Die bei der Revision als zulässig erkannte Dampfspannung ist sichtlich auf der Maschine zu bezeichnen.

In den Locomotiv-Schuppen der Hauptstationen sind offene, hinreichend hohe Quecksilber-Manometer so anzubringen, daß der Dampfraum jeder geheizten Locomotive durch ein kurzes Ansaugrohr damit verbunden werden kann.

§. 36.

Es ist ein Verzeichniß über den, von jeder Maschine zurückgelegten Weg zu führen, nach welchem periodische Prüfungen dieser Maschinen erfolgen. Bei ganz neuen Maschinen oder solchen, die wenigstens neue Kessel haben, darf der zurückgelegte Weg bis zur Probe 10,000 Meilen, bei den übrigen Maschinen höchstens 5,400 Meilen betragen. Sobald diese Länge durchlaufen, ist der Dampfkessel bloß zu legen und in entsprechender Weise auf das Ein- und Einhalbfache des gestatteten Dampfdruckes zu probiren. Kessel, welche bei dieser Probe ihre Form ändern, dürfen nicht wieder in Gebrauch genommen werden.

Ueber diese Untersuchungen, mit welchen zugleich eine Prüfung aller Maschinentheile zu verbinden ist, werden regelmäßig Verhandlungen aufgenommen, in denen die Ergebnisse zu verzeichnen, und welche dem Königlichen Eisenbahn-Commissariate auf Erfordern vorzulegen sind.

Jede Locomotive muß mit Bahnräumen, mit einer Dampfpeife, mit der zur Speisung des Kessels und den zu der jederzeitigen Erkennung des Wasserstandes zweckdienlichen Vorrichtungen und wenigstens mit zwei Sicherheits-Ventilen versehen sein, von welchen das eine so eingerichtet sein muß, daß die Belastung desselben nicht über das bestimmte Maas gesteigert werden kann. Ebenso müssen sämtliche Locomotiven mit den wirksamsten Vorkehrungen zur Vorbeugung des Auswurfs von Funken versehen, auch die für diesen Zweck erfundenen Verbesserungen, sobald sie sich bewährt haben, sofort eingeführt werden.

§. 37.

Der mit der Locomotive verbundene Tender muß mit kräftigen Schraubenbremsen versehen sein, deren Handhaben dem Stande des Heizers so nahe liegen, daß sie von dem-

demselben aus leicht angezogen werden können. Die Bremsen müssen auf beiden Seiten des Tenders unmittelbar auf sämtliche Räder desselben wirken.

§. 38.

Alle in fahrplanmäßigen Zügen gehende Wagen sollen auf Federn ruhen und auf beiden Seiten mit Buffern versehen sein. Bei Personen-Wagen, so wie bei sechs- und achtradrigen Güterwagen, müssen die Buffer und Zughaken auf beiden Seiten elastisch sein. Bei vierradrigen Güterwagen muß dies wenigstens auf einer Seite der Fall sein; alle Räder, welche in Locomotiv-Zügen gehen, müssen schmiedeeiserne Radreifen haben, welche bei Locomotiv- und Tender-Rädern nicht unter $\frac{3}{4}$, bei Wagenrädern nicht unter $\frac{1}{2}$ Zoll stark sein dürfen.

Am Ende jedes Wagens müssen je zwei Sicherheits-Ketten angebracht werden. Dieselben dürfen nur so lang sein, daß sie beim freien Herabhängen noch zwei Zoll über der Oberfläche der Schienen bleiben.

§. 39.

In jedem Zuge müssen sovieler kräftig wirkende Bremsvorrichtungen vorhanden sein, daß bei Neigungen der Bahn, die nicht stärker als im Verhältniß von 1 : 240 sind, in den Personenzügen der vierte, in den Güterzügen der sechste Theil sämtlicher Räderpaare gehemmt werden kann. Bei stärkeren Neigungen bis zu 1 : 100, muß in Personenzügen der dritte, in Güterzügen der fünfte Theil sämtlicher Räderpaare gehemmt werden können.

Als eine kräftige Bremsvorrichtung ist diejenige zu betrachten, durch welche die Räder festgestellt werden können, wenn der beladene Wagen langsam auf der Bahn fortgezogen wird. Minder kräftige Bremsen müssen in doppelter Zahl vorhanden sein.

§. 40.

Die Personenwagen sind im Innern während der Fahrten im Dunkeln angemessen zu erleuchten. Sie müssen von den Passagieren geöffnet werden können, jedoch nur von außen. Jede Thür soll mit einem doppelten Verschuß versehen sein, worunter wenigstens ein Vorreiber sich befinden muß.

§. 41.

Alle mit leicht feuerfangenden Gegenständen beladene Güterwagen müssen mit einer angemessenen Bedeckung versehen sein.

§. 42.

Auf jeder Güter-Station soll, wenn nicht durch eine andere Einrichtung der Zweck eben so sicher erreicht wird, eine Vorrichtung angebracht sein, vermittelt welcher die Form der Ladung nach Höhe und Breite dergestalt geregelt wird, daß in den verschiedenen Durchfahrten ein Anstoßen derselben nicht stattfinden kann.

§. 43.

An jedem Güterwagen ist das eigene Gewicht desselben und dasjenige, mit welchem er beladen werden darf, sichtbar und dauerhaft zu verzeichnen.

§. 44.

Die Direction ist zur reglementsmäßigen Revision der Transport-Wagen, wobei die Untertheile auseinander zu nehmen sind, nach Maaßgabe des von jedem einzelnen Wagen zurückgelegten Weges, verpflichtet und gehalten, darüber in solcher Art Register zu führen, daß daraus jederzeit ersichtlich ist, wenn die letzte Revision stattgefunden, wie sich der Zustand ergeben hat, und welche Reparaturen vorgenommen sind. Jeder Wagen muß deshalb mit einer Ordnungs-Nummer bezeichnet, auch muß an demselben der Tag der letzten Revision bemerkt werden.

Die Direction soll die Länge des Weges nach dessen Zurücklegung, oder dem Zeitraum, nach dessen Ablauf jeder Wagen zu revidiren ist, bestimmen. Dieser Weg darf aber nicht über 2400 Meilen und beziehungsweise der Zeitraum nicht über drei Monate betragen.

V. Maßregeln zur Sicherung des Betriebes.

§. 45.

Die Direction muß beim Betriebe alle Einrichtungen treffen, welche nach bewährten Erfahrungen zur Verhütung von Unglücksfällen erforderlich sind. Sie hat für die Anstellung zuverlässiger und tüchtiger Maschinenmeister, Locomotivführer und Heizer Sorge zu tragen.

Hinsichtlich der Qualifikation der Locomotivführer und Heizer wird insbesondere bestimmt, daß Erstere eine einjährige Lehrzeit und eine, von dem Maschinenmeister in Gegenwart des Betriebs-Directors abzuhaltende, Prüfung bestanden haben, und Letztere mit der Einrichtung und Handhabung der Locomotiven wenigstens insoweit vertraut sein müssen, um dieselben erforderlichenfalls still- oder zurückstellen zu können.

§. 46.

Auf jeder wirklichen Station, die nicht bloß Haltestelle ist, soll eine große Uhr vorhanden sein, deren Zifferblatt von dem Zugange und von dem Perron aus deutlich sichtbar ist, und während des Dienstes im Dunkeln erleuchtet sein muß. Sämmtliche Uhren müssen die mittlere Zeit des Orts, an welchem sie sich befinden, zeigen. Nach diesen Uhren ist der Betrieb zu regeln. Zugführer, Locomotivführer und Bahnwärter müssen im Dienste beständig eine Uhr bei sich tragen, welche nach einer bestimmten, von der Eisenbahn-Direction ein für allemal festzusetzenden Normal-Uhr regulirt ist.

§. 47.

Auf doppelgleisigen Eisenbahnen, auch wenn dieselben nur streckenweise diese Eigenschaft haben, sollen die Züge immer das, von der Richtung des Zuges rechts liegende Gleise befahren. Diese Ordnung muß streng erhalten werden, und kann als Ausnahme nur der Fall gelten, wenn eine Hülfsmaschine von der Station gerufen worden, nach welcher der Zug bestimmt ist, und wenn es außer Zweifel ist, daß der Zug, welcher Hülfse verlangt, ein ankommender ist und anhält.

§. 48.

§. 48.

Auf eingleisigen und nur mit Doppelstrecken zum Ausweichen versehenen Eisenbahnen, fährt immer derjenige Zug in das Nebengleis, welcher dieses rechter Hand hat, während der andere Zug auf dem Hauptgleise bleibt.

Die Doppelstrecken in den Stationen sind unter dieser Bestimmung nicht mitbegriffen.

§. 49.

Das Schieben der Züge durch Locomotiven, wenn keine arbeitende Maschine sich an der Spitze des Zuges befindet, ist verboten. Nur in Nothfällen, wenn die zugführende Maschine dienstunfähig geworden ist und die Hülfsmaschine nicht vor den Zug gelangen kann, ist ein ausschließliches Fortschieben des Zuges unter der ausdrücklichen Bedingung gestattet, daß dabei die Geschwindigkeit von 16 Minuten auf die Meile nicht überschritten werden darf. In ähnlicher Art ist auch die gelegentliche Fortschaffung von Arbeitswagen statthast.

Befindet sich aber eine arbeitende Maschine an der Spitze des Zuges, so ist das Schieben einer Hülfsmaschine gestattet:

- a. bei stark geneigten Bahnstrecken;
- b. zur Ingangbringung der Züge in den Stationen;
- c. bei Hülfseistung bis zur nächsten dazu geeigneten Ausweichestelle, wo die Maschine an die Spitze des Zuges gestellt werden muß.

§. 50.

Die gleichzeitige Anwendung zweier Maschinen vor einem Zuge ist nur als Ausnahme gestattet. Wenn eine solche Ausnahme in Folge von Witterungs-Verhältnissen oder wegen Schwere des Zuges nothwendig wird, so ist die Anordnung so zu treffen, daß die Locomotive mit größeren Triebrädern, oder, wenn diese gleich sind, die kräftigere Maschine an die Spitze des Zuges gestellt wird und den Zug führt, die andere Maschine aber nur in dem erforderlichen Maße Hilfe leistet.

Der Tender der vorderen und der Vordertheil der folgenden Maschine müssen durch eine fest angebrachte Kuppelung verbunden sein.

In keinem Zuge dürfen sich über 180, und in keinem Zuge, mit welchem auch Personen befördert werden, über 150 Achsen befinden. Größere Züge sind jedesmal zu theilen.

§. 51.

Der Tender darf der Locomotive in der Regel nicht vorangehen. Ausnahmeweise kann dies nur stattfinden, wenn eine Hülfsmaschine einem kommenden Zuge entgegengefandrt wird, bei Arbeits-Zügen, Bahn-Revisionen, auf den Bahnhöfen und beim Einpumpen von Wasser in den Locomotiv-Kessel.

In dem zuerst erwähnten Falle muß außer dem Maschinisten und dem Heizer ein

besonderer Wächter, der mit der Bedeutung der Signale und Handhabung der Bremse genau bekannt ist, auf dem Tender angestellt werden.

§. 52.

Kein Zug darf von einer Station oder Haltestelle aus, und während der Fahrt einem anderen Zuge in derselben Richtung eher als bei Tage nach fünf und bei Dunkelheit nach zehn Minuten folgen. Beim gleichzeitigen Ablassen von Güter- und von Personenzügen muß allemal der Personenzug dem Güterzuge vorangehen. Die betreffenden Beamten und Bahnwärter haben auf die richtige Beobachtung dieser Folgezeit zu halten, und sind demgemäß von der Direction mit specieller Instruction zu versehen.

§. 53.

Die größte Geschwindigkeit, mit welcher die Bahn befahren werden darf, wird auf 8 Minuten für die Meile festgesetzt, und ist selbst diese Schnelligkeit nur dann zulässig, wenn der Zug in der in dem §. 55. beschriebenen Weise beschaffen und zusammengesetzt ist.

Für Züge, bei denen diese Voraussetzung, insbesondere rücksichtlich der Bremsen, nicht zutrifft, welche aber immerhin mit den in §§. 37. — 39. beschriebenen Bremsvorrichtungen versehen sind und versehen sein müssen, ist 10 Minuten auf die Meile die größte zulässige Geschwindigkeit. Langsamer muß unter allen Umständen gefahren werden:

- a. wenn Menschen, Thiere oder sonstige Hindernisse auf der Bahn bemerkt werden;
- b. beim Uebergange über Drehscheiben und Ausweichungen;
- c. bei Schneeestöber und starkem Nebel, überhaupt wenn die Signale nicht deutlich zu erkennen sind;
- d. in langen Tunnels;
- e. auf den in Reparatur befindlichen Strecken (§. 27.);
- f. wenn das Langsamfahren vom Wärter signalisirt wird.

In allen diesen Fällen muß so langsam gefahren werden, als die Umstände zur Vorbeugung einer möglichen Gefahr erfordern.

§. 54.

Bei der Einfahrt in Stationen, aus Hauptbahnen in Zweigbahnen und umgekehrt, sowie überhaupt auf dem Uebergange aus einem Gleise in das andere, muß so langsam gefahren werden, daß der Zug auf eine Länge von 300 Fuß zum Stillstand gebracht werden kann. Nähern sich zwei Züge von verschiedenen Seiten einem solchen Punkte, so müssen beide so lange anhalten, bis der Wärter das Zeichen giebt, für welchen von ihnen die Durchfahrt frei ist.

§. 55.

Bei Schnell- und Extrazügen, bei denen die im §. 53. angegebene höchste Fahr-Geschwindigkeit von 8 Minuten auf die Meile zur Anwendung kommen soll, müssen sich die Betriebsmittel in einem vorzugsweise tüchtigen Zustande befinden.

Außer-

Außerdem müssen:

- a. sämtliche Wagen doppelt elastische Buffer haben;
- b. die Fahrzeuge unter sich sowie mit dem Tender so fest gekuppelt sein, daß sämtliche Zug- und Buffer-Federn etwas angespannt sind;
- c. die in §§. 37. — 39. dieses Reglements vorgeschriebene Zahl der Bremsen muß in jedem solchen Zuge um eine vermehrt werden;
- d. in einem solchen Zuge dürfen nicht mehr als 30 Wagenachsen höchstens befördert werden.

Auch ist bei einem solchen, sowie bei jedem anderen Zuge, darauf zu halten, daß die vorgeschriebene Anzahl Bremsen im Wesentlichen gleichmäßig vertheilt ist.

§. 56.

Verlorene Zeit darf durch Vermehrung der Fahr-Geschwindigkeit über die durch dieses Reglement vorgeschriebene Grenze hinaus nicht eingebracht werden.

Die Dauer der Fahrzeit zwischen den einzelnen Stationen und Haltepunkten ist durch die Fahrpläne und die demgemäß zulässige Maximal-Geschwindigkeit für die einzelnen Strecken der Bahn durch eine besondere Tabelle geregelt.

Jeder Zugführer ist mit einem Stundenzettel zu versehen, in welchem die Dauer der Fahrt von einem Anhaltepunkte bis zum andern genau zu verzeichnen ist. Die Locomotivführer, welche nach diesem Stundenzettel mit einer größeren als der im §. 53. und 55. gestatteten Geschwindigkeit von resp. 8 und 10 Minuten auf die Meile gefahren sind, werden bestraft.

§. 57.

In jedem Zuge, mit welchem Personen befördert werden, muß mindestens ein mäßig belasteter Wagen ohne Personen zunächst auf den Tender folgen. In diesem Wagen sind auch diejenigen Geräthschaften stets mitzuführen, mittelst deren während der Fahrt bei vorkommenden Brüchen und anderen Unfällen die erforderliche Hülfe geleistet, und die Weiterfahrt des Zuges gesichert werden kann.

§. 58.

Extra-Züge dürfen nur gestattet werden, wenn:

- a. durch dieselben der Gang der regelmäßigen Züge nicht gestört wird, und
- b. die Benachrichtigung, daß ein Extrazug kommen werde, durch die ganze betreffende Bahnstrecke allen Wärtern und allen Stations-Aufsehern zugegangen ist.

§. 59.

Arbeitszüge oder einzelne Locomotiven, außer den in Nothfällen herbeigerufenen, dürfen nur auf Anordnung des Betriebs-Directors oder der Betriebs-Inspectoren innerhalb der ihnen zur Verwaltung überwiesenen Bahnstrecken auf der Bahn befördert werden. Den Führern ist ausdrücklich die Bahnstrecke und der Zeitraum zu bezeichnen, für welche die Fahrt gestattet ist; auch müssen wenigstens die Vorsteher der be-

den

den angrenzenden Stationen von der Bewegung solcher Arbeitszüge oder Locomotiven Kenntniß erhalten.

Mindestens eine Viertelstunde vor der fahrplanmäßigen Ankunft der regelmäßigen oder der angesagten Extrazüge, muß das betreffende Bahngleis von Arbeitszügen, einzelnen Locomotiven und Wagen geräumt sein.

Alle Arbeitszüge werden gleich den regelmäßigen Zügen signalisirt. Auch müssen außer den Bewegungen, welche die Locomotiven auf und dicht bei den Bahnhöfen zum Einnehmen von Wasser und zur Vermehrung der Dämpfe machen, alle Bewegungen von Locomotiven auf der Bahn gehörig signalisirt werden.

Wegekreuzungen dürfen von den Führern solcher Maschinen nur langsam und mit der Bremse in der Hand durchfahren werden, wenn die Barrieren nicht augenscheinlich geschlossen sind.

Nächtliche Arbeitszüge sind eben so zu beleuchten, wie die übrigen regelmäßigen Züge.

§. 60.

Zum Brechen des Glattesses und zum Fortschaffen des Schnees ist das Vorscheiben eines Transportwagens, resp. eines Schneepfluges, in unmittelbarer Verbindung mit dem Zuge nur unter der Bedingung gestattet, daß nicht mit einer größeren Geschwindigkeit als 16 Minuten auf die Meile gefahren wird, und daß der Wagen, resp. der Schneepflug, mindestens 100 Centner schwer ist. Wo diese letztere Bedingung nicht erfüllt werden kann, darf zum Brechen des Glattesses und zum Wegräumen des Schnees mit dem Schneepfluge nur eine besondere Locomotive mit einem Vorsprunge von 500 Ruthen vor dem Zuge gebraucht werden.

§. 61.

Ohne Special-Erlaubniß des Betriebs-Directors, der Betriebs-Inspectoren, des Ingenieurs und des Maschinenmeisters, darf außer dem Locomotivführer und dem Heizer Niemand auf der Locomotive mitfahren.

§. 62.

Bei jeder in einem Bahnhofe stehenden angeheizten Locomotive muß der Dampf-Regulator geschlossen, die Steuerung in Ruhe gesetzt und die Bremse des Tendern, wenn derselbe mit der Maschine verbunden ist, angezogen sein.

§. 63.

Jede im Dunkeln sich bewegende Locomotive muß an ihrem Vordertheil mit zwei weitleuchtenden Laternen, und jeder im Dunkeln fahrende Personenzug mindestens mit vier außerhalb der Wagen angebrachten brennenden Laternen versehen sein.

Außerdem muß der letzte Wagen eines jeden im Dunkeln fahrenden Zuges auf der hinteren Seite eine große brennende Laterne führen.

Geht ausnahmsweise der Tender der Locomotive voran, so muß er statt der Locomotive mit zwei brennenden Laternen versehen werden.

§. 64.

§. 64.

Die Bahnwärter müssen dem herannahenden Zuge folgende Signale geben können:

- 1) die Bahn ist fahrbar, d. h., es ist kein Hinderniß auf der Bahn, die Ausweichungen sind richtig gestellt;
- 2) Langsamfahren;
- 3) Stillhalten.

§. 65.

Die Zugführer und Schaffner müssen das Signal zum Halten geben können.

§. 66.

Die Locomotivführer müssen folgende Signale geben können:

- 1) Achtung geben;
- 2) Bremsen anziehen;
- 3) Bremsen loslassen.

§. 67.

Die Bahn entlang müssen nach beiden Richtungen folgende Signale gegeben werden können:

- 1) der Zug ist von der nächsten Station abgegangen;
- 2) es soll eine Hülfsmaschine kommen;
- 3) der Zug geht nicht ab.

§. 68.

Jeder Zug, welchem ein anderer in kurzer Zeit folgen soll, muß mit einem Signale versehen sein, welches die Bahnwärter an den Wegeübergängen, die Arbeiter und die in Seitenbahnen haltenden Züge u. davon benachrichtigt, um die nöthigen Einrichtungen danach treffen zu können.

§. 69.

An der Drehachse der Ausweichenstellen in den Hauptbahn-Gleisen müssen solche Zeichen angebracht werden, daß sowohl bei Tage als im Dunkeln zu erkennen ist, welches Gleis dem kommenden Zuge geöffnet ist.

§. 70.

Es müssen solche Einrichtungen getroffen werden, daß eine allezeit sichere Communication zwischen dem Zugführer und dem Maschinisten, und den Schaffnern und Bremsern stattfindet. Zu diesem Zwecke soll bei allen Zügen eine über den ganzen Zug hinweggehende, und mit der Dampfpeife der Locomotive verbundene Zugleine angebracht sein.

§. 71.

Wenn es zweifelhaft ist, ob ein gegebenes Signal erkannt und weiter gegeben ist, muß der Wärter in der Richtung, wohin dasselbe gehen soll, zum nächsten Wärter laufen und mündlich das Nöthige bestellen.

§. 72.

§. 72.

Den Weichenstellern vor der Einfahrt in größere Stationen und an den Zweigbahnen, und ebenso den Locomotivführern, Heizern und Bremswärtern während der Fahrt, dürfen Nebengeschäfte nicht aufgetragen oder gestattet werden.

§. 73.

Schaffner und Bremswärter dürfen während der Fahrt nicht in verdeckten Wagen Platz nehmen, sondern müssen zur wirksamen Beaufsichtigung des Zuges und Erkennung der Signale außerhalb derselben in zweckentsprechender Art aufgestellt werden.

VI. Aufsicht über die Bahn-Polizei.

§. 74.

Dem Königlichen Commissariat liegt die Aufsicht über die Ausführung dieses Reglements ob. Dasselbe kann gegen die im §. 2. genannten Personen, mit Ausnahme des Betriebs-Directors, so wie gegen Locomotivführer und Heizer, Ordnungsstrafen bis zur Höhe von 10 Thln. verhängen. Die Festsetzung höherer Ordnungsstrafen bleibt dem Königlichen Handels-Ministerium ausschließlich vorbehalten. Diese Ordnungsstrafen fließen zu den bei den einzelnen Bahn-Verwaltungen gebildeten Unterstützungsfonds.

§. 75.

Das Königliche Eisenbahn-Commissariat ist befugt, bei erheblichen Dienst-Vernachlässigungen oder groben Pflichtwidrigkeiten die Entfernung der Bahn-Polizei-Beamten aus ihren polizeilichen Functionen, sowie der Locomotivführer und Heizer von ihren Diensten bei der Maschine zu verlangen. In solchen Fällen kann das Königliche Eisenbahn-Commissariat die sofortige Suspension vom Dienste anordnen.

§. 76.

Beschwerden gegen die Eisenbahn-Directionen aus Anlaß der ihnen durch das Eisenbahn-Gesetz vom 3ten November 1838. übertragenen Handhabung der Bahn-Polizei, sind bei dem Eisenbahn-Commissariat anzubringen, gegen dessen Entscheidung der Recurs an das Königliche Handels-Ministerium stattfindet.

§. 77.

Es bleibt vorbehalten, die Bestimmungen des gegenwärtigen Reglements, mit Rücksicht auf die Ergebnisse weiterer Erfahrungen, abzuändern oder zu ergänzen.

Anhang.

Besondere und abweichende Bestimmungen für die Zweigbahnen im ober-schlesischen Berg- und Hütten-Reviere, auf denen blos Betrieb mit Pferden oder schmalspurigen Locomotiven stattfindet.

Zu §. 2.

Den in diesem §. genannten Personen treten auf den hier in Rede stehenden Zweigbahnen noch:

der für diese Bahnen etwa zu ernennende besondere Betriebs-Dirigent,
die Controleure,
Fahrmelster,
Fahrer und
Wagenmeister

hinzü.

Statt §. 8. 11. und §. 14. des vorstehenden Reglements.

Auch auf den blos mit Pferden betriebenen Eisenbahnen darf die Ueberschreitung der Bahn nur an den für das Publicum bestimmten Uebergängen erfolgen, welche auf den zugleich auch für Locomotiven-Betrieb eingerichteten Strecken mit Barrieren und Markirpfählen versehen sein müssen, und nur passirt werden dürfen, wenn diese Barrieren geöffnet sind.

Bei den offenen Uebergängen an den blos mit Pferden betriebenen Bahnstrecken, müssen Fuhrwerke, Reiter, Treiber und Viehheerden ebenfalls stillhalten, sobald das mit der Signalfeiße gegebene Zeichen des Führers eines auch blos mit Pferden bespannten Eisenbahnzuges ertönt, und diesen Zug erst vorbei passiren lassen.

Ausnahmen bei Truppenmärschen und dergleichen besonderen Fällen werden von der Direction unter Verständigung mit dem Eisenbahn-Commissariate besonders festgesetzt.

Statt §. 25.

Das Aushängen eines Abdrucks der §§. 8. bis 23. des Bahn-Polizei-Reglements erfolgt in den sg. Bahn- und Control-Häusern.

Statt §. 30.

gilt hier nur die allgemeine Bestimmung, daß die Bahngleise nach beiden Seiten zu fortwährend in solcher Breite freigehalten werden müssen, daß die darüber fahrenden Züge keine neben dem Gleise liegenden Materialien, Geräthe oder andere Erhebungen berühren können.

Zu §. 33.

Dieser §. hat auf die Zweigbahnen im ober-schlesischen Berg- und Hütten-Reviere, nur insoweit dieselben mit Locomotiven betrieben werden, eine allgemeine An-

wendung und auf diese nur mit denjenigen Modificationen, welche der Mangel eigentlicher Bahnhöfe auf dieser Bahn, in Betreff der Erleuchtung der Perrons und Anfahrten, mit sich bringt.

Auf die bloß mit Pferden betriebenen Bahnstrecken erleiden nur die Vorschriften, wegen Revision der Bahn vor und nach dem Durchgange der Züge, eine entsprechende Anwendung.

Nichtverschlossene Wege-Übergänge (§. 8.) dürfen nur nach gegebenen anhaltenden Zeichen mit der Signalfarbe und auch mit keiner größeren Geschwindigkeit als 60 Minuten auf die Meile durchfahren werden.

Zu §. 34.

Auf die Pferdebahn erleiden nur die Bestimmungen wegen der Herstellung von Abtheilungs- Zeichen und Gefällweisern Anwendung.

Ob und welche Bahnstrecken auch mit optischen oder electro-magnetischen Telegraphen zu versehen, bleibt den Bestimmungen des königlichen Eisenbahn-Commissariats in jedem einzelnen Falle vorbehalten.

Zu §. 38.

Dieser §. findet auf die schmalgleisigen Bahnen im ober-schlesischen Berg- und Glitten-Reviere, auf denen keine Personen befördert werden, vorläufig keine Anwendung.

Zu §. 39.

Die Zahl der anzuwendenden Bremsen wird auf dieser Bahn dahin modificirt, daß bei Pferdezügen die Hälfte, bei Locomotivzügen aber der vierte Theil der im Zuge befindlichen Räderpaare mittelst kräftig wirkender Brems-Vorrichtungen müssen gehemmt werden können.

Die §§. 40. — 42.

kommen hier fürerst nicht in Anwendung.

Zu §. 44.

wird der Direction zur Vermeidung von Unglücksfällen eine möglichst häufige Revision der Transportwagen auch auf den Pferdebahnen zur Pflicht gemacht. Nähere Bestimmungen der Perioden, in denen diese Revisionen zu geschehen haben, bleiben jedoch weiterer Erfahrung vorbehalten.

Statt §. 45.

gilt folgende Bestimmung:

Die Direction muß beim Betriebe alle Einrichtungen treffen, welche nach bewährten Erfahrungen zur Verhütung von Unglücksfällen erforderlich sind.

Sie hat für Anstellung zuverlässiger und tüchtiger Beamten Sorge zu tragen.

Rücksichtlich der Qualifikation der Locomotivführer und Heizer gelten auch rück-sichtlich dieser Zweigbahnen die allgemeinen Bestimmungen.

Bei bloßen Pferdezügen gehören zu jedem Pferde, welches einzeln vor einen Achsräder-, zwei Vierräder- oder mehrere kleinere Fahrzeuge gespannt ist, wenigstens Ein

Fahr-

Fahrer; werden dagegen zwei oder mehrere Pferde zusammen vor einen Zug gespannt, so ist der Fahrer zur Leitung der Pferde, zum Bremsen der Wagen aber noch ein besonderer Bremsen erforderlich.

§. 46.

fällt hier ganz weg.

§§. 47. — 51.

gelten nur für die mit Locomotiven befahrenen Bahnstrecken. Auf doppelgleisigen Bahnstrecken müssen aber auch bloße Pferdezüge immer rechts fahren.

§. 52.

gilt in der Fassung des Reglements nur für die Locomotivzüge.

Pferdezüge müssen stets eine Distance von 100 Schritt halten. Außerdem ist bei diesen Zügen noch Folgendes zu beobachten:

Die Fahrer dürfen nur im Schritt fahren, müssen während der Fahrt bei ihren Zügen bleiben, dürfen sich auch beim Anhalten nicht von denselben entfernen.

Das Ueberschreiten der Uebergänge muß ungesäumt geschehen, damit Personen, Fuhrwerke u. s. w., welche diese Uebergänge passiren wollen, nicht unnütz aufgehalten werden.

Die erforderlichen Signale dieser Züge, namentlich bei den nicht verschließbaren Wege-Uebergängen (sfr. Zusatz zu §. 33.) sind in angemessenen Entfernungen mit einer Signalfarbe zu geben.

Die Fahrmeister und Fahrer haben, soweit dies im Vorüberfahren geschehen kann, die Bahnwärter zu controliren und bemerkte Unregelmäßigkeiten oder Beschädigungen der Bahn dem nächsten Controleur anzuzeigen.

Die Bahnwärter müssen bei Tage durch eine Fahne, im Dunkeln oder bei Nebel durch eine Laterne das Zeichen zum Halten geben können.

Zu §§. 53. bis 56.

Die größte Geschwindigkeit, mit welcher diese Bahn mit Locomotiven befahren werden darf, wird auf 2 Meilen in der Stunde, ausschließlich der zum Anhalten auf den Stationen bestimmten Zeit, festgesetzt.

Die Schnelligkeit der bloßen Pferdezüge ist bereits in dem Zusatz zu §. 52. bestimmt. Alle übrigen Bestimmungen der §§. 53. bis 56. des Reglements gelten auch für die Locomotiv-Züge auf den Zweigbahnen.

Die §§. 57. 58. und 60.

fallen vorläufig hier weg.

§. 59.

Kommt bei Locomotiv-Zügen und einzelnen Locomotiven ebenfalls in Anwendung.

Im §. 61.

treten den genannten Beamten noch der etwaige besondere Betriebs-Dirigent der Bahn, so wie die Controleure hinzu.

Die §§. 62. bis 73.

gelten auch für den Locomotiv-Betrieb auf den Zweigbahnen.

Von den Fahrmeistern und Fahrern gilt hierbei Alles, was das Reglement, selbst rücksichtlich der Oberschaffner (Zugführer) und Schaffner, vorschreibt.

Die §§. 74. bis 77.

erleiden auf die Zweigbahnen volle Anwendung.

D p p e l n , den 29. Jult 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.



Amts-Blatt

der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 34.

Oppeln, den 21. August 1856.

Allgemeine Gesetzsammlung.

N^o 43. enthält:

- (N^o 4490.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 30sten Juni 1856., betreffend die Umschreibung der nach dem Allerhöchsten Privilegium vom 20sten August 1853. ausgefertigten, aber noch nicht ausgegebenen Kreis-Obligationen des Schlawer Kreises über 1000 Rthlr. und über 500 Rthlr., in Apoints von 200 Rthlr., 100 Rthlr. und 50 Rthlr.
- (N^o 4491.) Den Vertrag zwischen Preußen und Waldeck, wegen Bestellung des Ober-Tribunals in Berlin zum obersten Gerichtshofe in Civil-Prozesssachen für die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont. Vom 5ten Juli 1856.; ratificirt am 18ten Juli 1856.
- (N^o 4492.) Die Bestätigungs-Urkunde, betreffend den vierten Nachtrag zu den Statuten der Wilhelmsbahn-Gesellschaft. Vom 9ten Juli 1856.
- (N^o 4493.) Das Privilegium, wegen Ausgabe von Zwei Millionen Thalern auf den Inhaber lautender, vier- und einhalbprocentiger Prioritäts-Obligationen der Wilhelmsbahn-Gesellschaft. Vom 9ten Juli 1856.
- (N^o 4494.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 9ten Juli 1856., betreffend die Genehmigung zur Ausdehnung des Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Unternehmens auf die Anlage und Benutzung einer Eisenbahn von Reichenbach nach Frankenstein.
- (N^o 4495.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 21sten Juli 1856., betreffend die Zulassung sardinischer Schiffe zur Küstenfrachtfahrt von einem preussischen Hafen nach einem andern inländischen Plaze; und
- (N^o 4496.) Den Zweiten Nachtrag zu dem Regulativ vom 6ten September 1848., die Anlage von Dampffesseln betreffend. Vom 6ten August 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

N^o 190. Nachstehendes Ministerial-Rescript:

Bei den Staats-Eisenbahnen — und zwar zur Zeit bei der Ostbahn, der Niederschlesisch-Märkischen, der Westphälischen, der Saarbrücker und der Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Eisenbahn — sind Pensions- und Unterstützungs-Cassen für die Eisenbahn-Beamten, deren Wittwen und Kinder errichtet worden.

Für die bei diesen Cassen von den betheiligten Beamten beizubringenden Tauf-, Trau- und Todtenscheine haben des Königs Majestät die Stempelfreiheit zu bewilligen geruht. Zugleich habe ich, im Einverständnisse mit dem Evangelischen Ober-Kirchen-Rathe, beschlossen, die Vorschrift des §. 38. des Allerhöchsten Patents vom 28sten December 1775., nach welcher für jeden bei der Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt einzureichenden Tauf-, Trau- und Todtenschein von dem Pfarrgeistlichen nicht mehr als 7½ Sgr. an Gebühren erhoben werden dürfen, auf die gleichen Bescheinigungen für die Mitglieder der Staats-Eisenbahn-Pensions- und Unterstützungs-Cassen auszudehnen.

Die Königliche Regierung beauftrage ich demgemäß in Gemeinschaft mit dem Königlichem Consistorium der Provinz, welches Abschrift dieses Erlasses erhält, die evangelische Pfarrgeistlichkeit ihres Bezirks mit Anweisung zu versehen.

Berlin, den 4. Juni 1856.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.
(gez.) von Raumer.

An
sämmliche Königliche Regierungen, incl. Sigmaringen,
desgleichen an sämmliche Königliche Consistorien.

Nr. 439. K. II. Ang.

wird hierdurch der gesammten evangelischen Pfarrgeistlichkeit des Regierungs-Bezirks Oppeln mit der Anweisung bekannt gemacht, sich in vorkommenden Fällen dasselbe zur Richtschnur dienen zu lassen.

Oppeln, den 11. August 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung
des Innern.

Breslau, den 5. August 1856.

Königliches Consistorium für die
Provinz Schlesien.

N^o 191. Am 1sten October d. J. wird ein neuer Cursus für Civil-Eleven an der Königlich Central-Turn-Anstalt hierselbst beginnen. Die näheren Mittheilungen über Einrichtung und Zweck dieser Anstalt und die in ihr zu erreichende Ausbildung in der Gymnastik, sind in der Bekanntmachung vom 15ten Juli 1854. (Nr. 14,885.) abgedruckt in Nr. 169. des Staats-Anzeigers, enthalten.

Vorzugsweise zur Aufnahme geeignet sind junge Schulmänner, welchen später der Unterricht in der Gymnastik an Gymnasien, Real- und Bürgerschulen und an Schul-lehrer-Seminarien übertragen werden kann, oder solche bereits fungirende Turnlehrer, welche sich weiter vervollkommen und mit dem Betrieb einer pädagogisch-rationalen Gymnastik näher bekannt machen wollen. Dieselben können nach den bisher gemachten Erfahrungen ihren Aufenthalt in Berlin auch zu ihrer Vervollkommenung in andern Disciplinen des pädagogischen Gebietes mit benutzen.

Sofern für einzelne Eleven die Nothwendigkeit und Angemessenheit einer ihnen den Aufenthalt hieselbst möglich machenden Unterstützung nachgewiesen wird, kann ihnen eine solche bewilligt werden.

Die Anmeldungen zum Eintritt in den diesjährigen Cursus der Central-Turn-Anstalt sind an die betreffenden königlichen Provinzial-Schul-Collegien, resp. Regierungen zu richten und zu beschleunigen.

Berlin, den 4. August 1856.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.
(gez.) von Raumer.

Vorstehendes Rescript wird zur Kenntniß solcher Lehrer gebracht, die sich für den Turn-Unterricht in Real-Schulen und Schullehrer-Seminarien auszubilden wünschen, mit der Aufforderung, sich wegen ihrer Zulassung zu der Central-Turn-Anstalt in Berlin spätestens bis zum 10ten September c. bei uns anzumelden.

Doppel, den 9. August 1856.

1. Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

I n s t r u c t i o n

N^o 192.

des Justiz-Ministers, des Ministers des Innern und des Ministeriums für die land-wirthschaftlichen Angelegenheiten, vom 1sten Juli 1856., — betreffend die Erläuterung und Anwendung einiger Bestimmungen der Feldpolizei-Ordnung vom 1. November 1847.

(Gesetz-Sammlung Seite 376.)

Strafgesetzbuch §§. 339. 344. 347. 349.

Gesetz vom 14ten Mai 1852. (Ges.-Samml. S. 245.)

Die Feldpolizei-Ordnung vom 1sten November 1847. hat sowohl in materieller Beziehung als auch in ihren Bestimmungen über das Verfahren durch mehrere neuere Gesetze wesentliche Aenderungen erfahren.

Obwohl es vorbehalten bleiben muß, über das Bedürfniß einer noch weiteren Revision nähere Ermittlungen anzustellen, so hat es doch schon jetzt, um den mit der Handhabung der Feldpolizei beauftragten Local-Polizei-Behörden die Uebersicht des zur Zeit bestehenden Rechtszustandes zu erleichtern, zweckmäßig geschienen, eine amtliche Ausgabe der Feldpolizei-Ordnung mit den dieselbe abändernden Gesetzen herauszuge-

ben, welche nicht nur in einem besonderen Anhange die mit der Feldpolizei zusammenhängenden Bestimmungen des Strafgesetzbuchs, sondern auch zu den einzelnen Paragraphen besondere ergänzende und erläuternde Anmerkungen enthält, auf welche hiermit verwiesen wird.

Im Allgemeinen ist Folgendes zu bemerken.

Art. 1.

Die Feldpolizei-Ordnung enthält an mehreren Orten Hinweisungen auf Local-Verordnungen und bestimmt die Form des Erlasses derselben, so z. B. in den §§. 2. 25. 73. Diese Local-Verordnungen sind jetzt in Gemäßheit des Gesetzes vom 1ten März 1850. über die Polizei-Verwaltung (Ges.-Samml. S. 265.) nur in den durch dieses letztere Gesetz in den §§. 5. ff. vorgeschriebenen Formen zu erlassen.

Art. 2.

Die §§. 41. bis 46. der Feldpolizei-Ordnung sind durch den Artikel 1. des Gesetzes vom 13ten April 1856. umgeändert.

Außer den Bestimmungen der Feldpolizei-Ordnung sind bei Handhabung der Feldpolizei auch die Vorschriften des Strafgesetzbuchs in den §§. 344. Nr. 5.; 347. Nr. 1. 2. 7. 8. 10.; 349. Nr. 1. 2. zu beachten.

Art. 3.

Für die Verjährung der Uebertretungen der Feldpolizei kommt der §. 339. des Strafgesetzbuchs und der §. 9. des Gesetzes vom 14ten Mai 1852. über die vorläufige Straffestsetzung wegen Uebertretungen in Betracht. Es verjähren danach alle Uebertretungen dieser Art in drei Monaten, ohne Unterschied, ob die Vorschrift, gegen welche gefehlt ist, in der Feldpolizei-Ordnung oder in dem Strafgesetzbuch enthalten ist.

Art. 4.

In den Fällen, in welchen die Feldpolizei-Ordnung unterscheidet, ob eine Wegnahme von Feldfrüchten oder anderen Gegenständen in gewinnstüchtiger Absicht erfolgt ist oder nicht, ist dies nach den Verhältnissen jedes einzelnen Falles zu beurtheilen, insbesondere nach der Menge und Art des Entwendeten, nach der Persönlichkeit des Thäters und nach dem Zweck, zu welchem das Entwendete dienen sollte. Dabei ist jedoch nicht unbeachtet zu lassen, daß die sonst erschwerenden Umstände, unter denen eine ohne eigentliche gewinnstüchtige Absicht verübte Entwendung ausgeführt worden ist, z. B. das Einskriechen über Hecken und Zäune, die Anwendbarkeit der Feldpolizei-Ordnung nicht ausschließen, daß es ferner fortan in dieser Beziehung gleichgültig ist, ob Jemand einen Strauch oder Baum mit der Wurzel oder ohne dieselbe entwendet hat. In beiden Fällen trifft ihn die Strafe des Diebstahls, wenn eine gewinnstüchtige Absicht anzunehmen ist; in beiden Fällen die Strafe einer Uebertretung der Feldpolizei-Ordnung, wenn eine gewinnstüchtige Absicht nicht obgewaltet hat.

Art. 5.

Was das Verfahren in Feldpolizei-Sachen betrifft, so kommen für die Fälle, in

in welchen es sich, wie bei den einfachen Hütungsfreveln, nur um die Festsetzung von Pfandgeld, Kosten oder Ausmittelung des Schadens handelt, die Bestimmungen der Feldpolizei-Ordnung (§§. 53. — 67.) unverändert zur Anwendung.

Art. 6.

Dagegen ist für das Verfahren bei Untersuchung und Entscheidung über die mit Strafe bedrohten Uebertretungen eine wesentliche Aenderung der Bestimmungen der Feldpolizei-Ordnung (§§. 68. und 69.) eingetreten.

Nach dem Artikel VIII. des Einführungs-Gesetzes zum Strafgesetz-Buch vom 14ten April 1851. steht in solchen Fällen die Untersuchung und Entscheidung den Einzelelnrichtern zu, bei welchen der Polizei-Anwalt Anklage zu erheben hat. Diesem haben deshalb die Local-Polizei-Behörden von jeder Uebertretung einer feldpolizeilichen Strafvorschrift Anzeige zu machen, es sei denn, daß sie von der ihnen durch das Gesetz vom 14ten Mai 1852. beilegelegten Ermächtigung, solche Strafen vorläufig festzusetzen, Gebrauch machen wollen. In diesem letzteren Fall kommen indeß folgende Grundsätze zur Anwendung:

- 1) der Polizei-Verwalter darf sich dieser Befugniß nur bedienen, wenn wirklich eine Uebertretung, also eine Handlung vorliegt, welche die Gesetze im höchsten Maaße nur mit Gefängnißstrafe bis zu sechs Wochen oder mit Geldbuße bis zu Fünfzig Thalern bedrohen; handelt es sich um ein Vergehen oder Verbrechen, wie z. B. Diebstahl, oder böswillige Beschädigung (§. 8. a. a. D.), so ist darüber dem Staats-Anwalt des Bezirks Anzeige zu erstatten;
- 2) er darf keine höhere Strafe als Fünf Thaler Geldbuße oder dreitägiges Gefängniß aussprechen (§. 1. a. a. D.); erachtet er eine höhere Strafe für angemessen, so muß er die Verfolgung dem Polizei-Anwalt überlassen (§. 1. a. a. D.);
- 3) gegen die Straf-Verfügung des Polizei-Verwalters findet kein Recurs an dessen vorgesetzte Behörde statt, sondern dem Angeschuldigten steht nur frei, innerhalb zehn Tagen, vom Tage der Insinuation der Verfügung an, bei dem Polizei-Verwalter, dem Polizei-Richter oder dem Polizei-Anwalt auf gerichtliche Entscheidung anzutragen (§. 5. a. a. D.);
- 4) dem Antragenden muß eine Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung kostenfrei erteilt werden (ebend.)

Art. 7.

Nach dem Vorstehenden wird auch in den Fällen, wo es sich um eine mit Strafe bedrohte Uebertretung handelt, in der Regel dieselbe Polizei-Behörde vorläufig die Strafe festsetzen können, welcher die Entscheidung zusteht, sobald es sich nur um die Kosten, Pfändung oder Schadenermittlung handelt (Artikel 5.). Es wird sich dies Verfahren überall empfehlen, wo der Polizei-Verwalter bei einer Uebertretung keine höhere Strafe als Fünf Thaler Geldbuße oder dreitägiges Gefängniß für angemessen

erachtet. Erst in den späteren Stadien unterscheidet sich das Verfahren.

Der Recurs gegen die Entscheidung der Polizei-Behörde über Pfandgeld und Kosten geht nach §. 67. an die Regierung, resp. an das Gericht, welches in den Formen des Civil-Prozesses entscheidet.

Der Einspruch gegen die Straffessetzung des Polizei-Verwalters geht immer an das Gericht, und zwar an den die Strassachen entscheidenden Einzelrichter, welcher unter Zuziehung des Polizei-Verwalters zu erkennen hat.

Mit Rücksicht auf diese Verschiedenheiten aber sind von vorn herein die auf die Straffessetzung bezüglichen Schriftstücke von denjenigen getrennt zu halten, welche sich auf die Kosten, Pfändung oder den Schadenersatz beziehen, damit das weitere Verfahren in beiden Richtungen durch die Vereinigung der Acten nicht aufgehalten werde.

Berlin, den 1. Juli 1856.

Der Justiz-Minister.

Der Minister des Innern.

Simons.

von Westphalen.

Für den Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten.
von Manteuffel.

N^o 193. Das auf Grund des Gesetzes für das Postwesen vom 5ten Juni 1852. — §. 20. — erlassene Reglement vom 27sten Mai 1856., gestattet im §. 15. die Versendung von gedruckten Ankündigungen und Anzeigen unter Streif- oder Kreuzband. Aus den übrigen im §. 15. genannten Kategorien ergiebt sich jedoch, daß hier nur solche Ankündigungen und Anzeigen gemeint sind, welche, wenn sie auch an eine bestimmte Person adressirt zur Post gegeben werden, doch, ihrem Inhalte nach, eben so, wie die im §. 15. speciell angeführten Musikalien, Kataloge, Prospective, Preis-Courante und Lotterie-Gewinnlisten, ein allgemeines Interesse haben, also nicht für eine bestimmte Person, oder für eine beschränkte Anzahl von Personen bestimmt und lediglich für diese von Interesse sind. Es sind demnach gedruckte Anzeigen über die an eine bestimmte Person erfolgte Absendung von Waaren, Bestellungen von Büchern und anderen Gegenständen, Einladungen zu Familienfesten und andere dergleichen gedruckte Mittheilungen zur Versendung unter Streif- oder Kreuzband nicht geeignet.

Diese bereits durch Entscheidung des Königlichen Ober-Tribunals als richtig anerkannte Auslegung des §. 15. des gedachten Reglements, wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 9. August 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

In Vertretung:

(gez.) von Pommer-Esche.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Die Kaiserlich Königl. Statthalterei in Prag hat dem Königl. Ober-Präsidium der Provinz die Mittheilung gemacht, daß, wegen des Ausbruchs der Rinderpest auf dem angrenzenden Preussischen Gebiete, Preussisches Vieh blos gegen Gesundheits-Certificate nach Böhmen eingelassen wird. N^o 194.

Diese Maassregel besteht, obwohl die in den Kreisen Gubrau, Steinau und Böhmlau ausgebrochen gewesene Rinderpest erloschen ist, und nirgends weiter auf dieseitigem Gebiete grassirt, noch fort, was wir zur Nachachtung hierdurch bekannt machen.

Die Herren Landräthe und Landrath-Amts-Verweser wollen dies auch in den Kreis-Blättern veröffentlichen.

Oppeln, den 7. August 1856.

Nachdem es für zweckmäßig anerkannt worden, den für die Elbschiffer eingeführten Dienstbüchern eine Anwendung auch für den dieseitigen Verwaltungs-Bezirk zu geben, wird nachstehende Ministerial-Verordnung, welche von den landrätlichen und städtischen Behörden durch die Kreis- und Stadtblätter sofort bekannt zu machen ist, hiermit zur Nachachtung publicirt. N^o 195.

Oppeln, den 12. August 1856.

Verordnung

wegen Einführung von Dienstbüchern für die Schiffsleute im Regierungs-Bezirk Oppeln.

Auf Grund des §. 6. litt. b. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850., wird zur besseren Beaufsichtigung der Schiffsleute auf Preussischen Flußschiffen und zur Hebung der Disciplin Nachstehendes angeordnet:

§. 1.

Jeder Dienstmann auf einem Preussischen Flußschiffe oder Floße — Lehrling, Junge, Schiffsknecht, Zugknecht, Heizer, Geselle, Matrose, Bootsmann, Steuermann — muß mit einem Dienstbuche versehen sein und dasselbe auf jeder Reise bei sich führen.

§. 2.

Die Dienstbücher werden nach dem anliegenden Muster gedruckt. Sie gewähren Raum zur Eintragung von 6 Dienst-Attesten und sind bei denjenigen Königl. Zoll- und Steuer-Ämtern käuflich zu haben, welche demnächst werden bezeichnet werden.

§. 3.

Wer nach den Bestimmungen dieser Verordnung mit einem Dienstbuche versehen sein muß, hat solches der Polizei-Behörde seines Wohnorts, Behufs der Ausfertigung und Eintragung des Signalements, vorzulegen. Die Eintragung erfolgt kostenfrei.

§. 4.

§. 4.

Schiffbeigner, Schiffs- oder Floßführer haben bei jeder Annahme eines Dienstmannes sich dessen Dienstbuch vorlegen zu lassen, und darin über das einzugehende Dienst-Verhältniß das Erforderliche einzutragen. In Beziehung auf die schon vor Publication der gegenwärtigen Verordnung eingegangenen Dienst-Verhältnisse, ist die Befolgung dieser Vorschriften binnen drei Monaten nachzuholen.

§. 5.

Der Dienstmann darf in seinem Dienstbuche keine Aenderungen oder Zusätze machen, oder durch Unberechtigte machen lassen.

§. 6.

Das Dienstbuch muß sowohl dem Dienstherrn, als einer jeden Polizei- Behörde auf Verlangen jederzeit vorgelegt werden.

Die nach dem Muster zu §. 2. vorschriftsmäßig ausgefüllten Dienstbücher gelten für ihre Inhaber, sofern sie Preussische Unterthanen sind, in den diesseitigen Staaten als genügender persönlicher Ausweis und vertreten die Stelle der paß-polizeilichen Legitimationen.

§. 7.

Den Polizei- Behörden liegt es ob, Beschwerden des Dienstmannes über ein, demselben ertheiltes oder verweigertes Zeugniß zu erlebigen und die dadurch etwa herbeigeführten Aenderungen und Zusätze im Dienstbuche nachzutragen.

§. 8.

Auf jedem Preussischen Flußschiffe ist ein Verzeichniß der Personen, welche auf demselben in Dienst getreten sind, zu führen und aufzubewahren. Dem Namen jedes entlassenen Dienstmannes ist eine Bemerkung über Anfang und Ende seiner Dienstzeit und eine wörtliche Abschrift des ihm bei seinem Abgange ertheilten Zeugnisses beizusetzen.

Dieses Verzeichniß ist jeder Schiffahrt- und Polizei- Behörde auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen.

§. 9.

Uebertretungen der obigen Vorschriften werden mit Geldstrafen bis zu dem Betrage von 10 Rthlr. und in Unvermögensfällen mit verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe geahndet.

§. 10.

Die gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1sten Februar 1857. in Kraft.
Berlin, den 8. Juli 1856.

Der Minister des
Innern.

Der Finanz- Minister.

Der Minister für Handel, Ge-
werbe und öffentliche Arbeiten.

v. Westphalen.

v. Bodelschwingh.

In Vertretung:
von Pommer- Esche.

S c h e m a.

<p align="center">(Titelblatt.)</p> <p align="center">Dienstbuch</p> <p align="center">für den</p> <p align="center">(Schiffsgesellen, Schiffsjungen u.)</p> <p>Ausgefertigt zu..... den.....18..</p> <p align="center">(Unterschrift der ausfertigenenden Behörde.)</p>	<p align="center">(Seite 2. vacat.)</p>	<p align="center">(Seite 3.)</p> <p align="center">Bezeichnung des Inhabers.</p> <hr/> <p>Name: Geburtsort: Alter: Größe: Haare: Augen: Besondere Kennzeichen: Eigenhändige Unterschrift d. Inhabers: (Vor- und Zuname.)</p> <p>Unterzeichnet in Gegenwart und at- testirt von dem Beamten.</p>
<p align="center">Seite 4. u. 5.)</p> <p>Abdruck der Verordnung wegen Einführung von Dienstbüchern für die Schiffsleute vom</p>	<p align="center">(Seite 6.)</p> <p align="center">Zeugniß:</p> <p>Name des Schiffseigners oder Schiffsführers (Floßführers) und des von ihm geführten Schiffs.</p> <p>Angabe der Nummer, welche das Fahrzeug bei der Vermessung erhalten hat. Ist dasselbe zugleich für die Befahrung der Elbe mit einem Schiffs-Patente versehen, so ist zu vermerken, unter welchem Datum und von welcher Behörde das Patent erteilt ist.</p> <p>Tag des Dienstantritts.</p> <p>Inhaber dient als..... auf die Zeit von..... gegen einen Lohn von.....</p> <p>Tag der Dienstbeendigung.</p> <p>Angabe des Entlassungs-Grundes.</p> <p>Eigenhändig mit vollem Namen zu unterschreibendes Zeugniß des Schiffseigners oder Schiffsführers (Floßführers) über Betragen und Tätigkeit des Dienstmannes.</p> <p>Bemerkungen der Polizei-Behörde.</p>	<p align="center">(Seite 7.)</p> <p>Nr.....</p> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <p align="center">(Seite 8.)</p> <p align="center">Zeugniß, Nro.</p> <p align="right">Die</p>

Nr 196. Die dem Kaufmann Siegmund Löwenthal zu Guttentag unterm 19ten Januar d. S. ertheilte Erlaubniß zur Vermittelung von Verträgen wegen Beförderung von Auswanderern über Bremen direct nach den vereinigten Staaten von Nordamerika, nach Canada, nach Südamerika und nach Australien für den Schiffs-Makler Eduard Sohn zu Bremen, ist von demselben zurückgegeben worden.

Unter Bezugnahme auf die §. 11. und folgende des Reglements vom 6ten September 1853. (Amtsblatt für 1853. Seite 262.), wird solches mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Personen, welche Ansprüche gegen den gedachten Agenten geltend zu machen haben, deren Deckung aus der von demselben bestellten Caution beantragt wird, solche längstens binnen 12 Monaten, vom Tage der Publication der gegenwärtigen Bekanntmachung ab, geltend machen müssen.

Oppeln, den 9. August 1856.

Nr 197. Nach amtlichen Berichten ist zu Sarnow, im Königreiche Polen, nur eine Meile von der diesseitigen Landesgrenze entfernt, die Rinderpest ausgebrochen.

Wir sehen uns deshalb genöthigt, die im §. 3. und 4. des Gesetzes vom 27ten März 1836. zur Abwendung von Viehseuchen enthaltenen Bestimmungen längs der diesseitigen Landes-Grenze mit dem Königreich Polen in Anwendung zu bringen und auf die Kreise Beuthen, Lublin, Rosenberg und Greunburg, so wie auch auf den Kreis Plesz auszudehnen.

Demgemäß dürfen aus Polen:

- a. Hornvieh, Schaafe, Schweine, Ziegen, Hunde und Federvieh, frische Rinder- und andere Thierhäute, Hörner und ungeschmolzenes Talg, ferner Rindfleisch, Dünger, Rauchs Futter und gebrauchte Stall-Geräthe jeder Art gar nicht eingelassen werden;
- b. auch unbearbeitete Wolle, trockene Häute und thierische Haare (excl. Borsten) sind zurückzuweisen, wenn Gründe zu der Annahme vorhanden sind, daß solche aus inficirten Orten herkommen; auch sind
- c. nur solche Personen ohne Weiteres einzulassen, von welchen nach den Umständen anzunehmen ist, daß sie entweder in gar keinem inficirten Orte gewesen, oder doch daselbst mit dem inficirten Rindvieh nicht in unmittelbare Berührung gekommen sind.* Alle Personen dagegen, bei denen, nach ihren Verhältnissen, die Beschäftigung und der Verkehr mit Rindvieh vorauszusetzen ist, z. B. Vieh- und Federhändler, Fleischer, Gerber, Abdecker, werden zurückgewiesen, oder müssen sich, wenn sehr erhebliche Gründe für die Zulassung sprechen, zuvörderst einer sorgfältigen, unter polizeilicher Aufsicht vorzunehmenden Reinigung unterwerfen.

Die vorgedachte Maaßregel wird bis zur gänzlichen Untersagung alles und jedes Verkehrs mit den inficirten Grenz-Orten ausgedehnt.

Hier-

Hiernach haben die betreffenden Polizei-Behörden und Grenz-Zoll-Ämter sofort zu verfahren, auch die Gewerbetreibenden sich genau zu achten.
Oppeln, den 13. August 1856.

Dem Mechaniker Hermann Prothmann zu Königsberg i. Pr. ist unter dem 10ten August 1856. ein Patent,
auf einen electro-magnetischen Inductions-Apparat, insoweit derselbe nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtet worden ist,
auf die Dauer von fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.
Oppeln, den 18. August 1856.

Zu folgenden Agenturen ist die landespolizeiliche Genehmigung ertheilt worden, und zwar: 1) des Eduard Müller in Gleiwitz, für die Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg, wogegen der Kaufman Isaac Karfunkel baselbst diese Agentur-Geschäfte niedergelegt hat, und
2) des Rent-Amts-Secretairs Goldt in Carlsruhe, für die Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.
Oppeln, den 18. August 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Da das mittelft Bekanntmachung vom 16ten October v. J. Amtsblatt pro 1855. Stück 44. Seite 331. veröffentlichte Verzeichniß der Uebergangs-Straßen für den Verkehr mit Brannwein zwischen dem Herzogthum Nassau und den angrenzenden Vereins-Staaten, und den an diesen Straßen bestehenden Uebergangs-Stellen, einzelne Abänderungen erlitten hat, so ist ein anderweitiges Verzeichniß aufgestellt, welches nachfolgend zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Breslau, den 2. August 1856.

Der Wirkliche Geheime Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Director.

In Vertretung:

Der Ober-Regierungs-Rath. Dantel.

Nr 198.

Verzeichniß

der Uebergangs=Strassen für den Verkehr mit Branntwein zwischen dem Herzogthum Nassau und den angrenzenden Vereins=Staaten und der an diesen Strassen bestehenden Uebergangs=Steuer=Stellen.

Ordnungs=Nummer.	Bezeichnung der Uebergangs=Strassen.	Uebergangs=Steuerstellen		
		im Herzogthum Nassau.	in den übrigen Vereins=Staaten.	
			Staat.	Ort.
1	Von Buzbach nach Brand- oberndorf.....	Brandoberndorf.	Großh. Hessen.	Buzbach.
2	Von Friedberg nach Ufingen und Wehrheim	Ufingen.	= =	Obernödten.
3	Von Frankfurt und Hom- burg nach Wehrheim....	Wehrheim.	= =	Homburg.
4	Von Homburg nach Oberursel	Oberursel.	= =	Homburg.
5	Von Rödelheim über Nied nach Höchst	Höchst.	= =	Rödelheim.
6	Von Frankfurt über Nied nach Höchst	Höchst.	Frankfurt.	Frankfurt.
7	Auf dem { nach Höchst Main { = Flörsheim.. { = Hochheim..	Höchst. Flörsheim. Hochheim.	Großh. Hessen.	{ Kellerebach. Rüsselsheim. Kostheim. Castel.
8	Von Mainz, Castel und Kost- heim nach Hochheim	Hochheim.	= =	Castel.
9	Von Mainz, Castel und Kost- heim nach Biebrich und Wiesbaden.....	Biebrich.	= =	Castel.
10	Auf der { nach Höchst ... Taunuszei- { = Flörsheim. senbahn { = Hochheim. { = Biebrich.. { = Wiesbaden	Höchst. Flörsheim. Hochheim. Biebrich. Wiesbaden.	{ Frankfurt. Großh. Hessen.	{ Frankfurt. Castel.

Ordnungs-Nummer.	Bezeichnung der Uebergangs-Strassen.		Uebergangs-Steuerstellen	
			im Herzogthum Nassau.	in den übrigen Vereins-Staaten.
				Staat. Ort.
11	Auf dem Rhein	nach Biebrich.... = Eltville.... = Desfrich.... = Geisenheim.. = Rüdesheim..	Biebrich. Eltville. Desfrich. Geisenheim. Rüdesheim.	Großh. Hessen. Mainz. Castel. Budenheim. Freiweinhelm. Bingen.
12	Auf dem Rhein	= Taub..... = St. Goarshausen = Braubach.. = Oberlahnstein = Niederlahnstein	Taub. St. Goarshausen. Braubach. Oberlahnstein. Niederlahnstein.	Preußen. Bacharach. Oberwesel. St. Goar. Boppard. Coblenz. Chrenbreitstein.
13	B. Coblenz n. Niederlahnstein		Niederlahnstein.	
14	= = = Ems.....		Ems.	Preußen. Chrenbreitstein.
15	= = = Montabaur..		Neuhäusel.	
16	Von Dierdorf nach Herschbach		Marienhäusen.	Preußen. Dierdorf..
17	B. Altenkirchen n. Herschbach		Wahlrod.	Preußen. Altenkirchen.
18	= = = Hachenburg		Hachenburg.	
19	Von Siegen nach Dillenburg		Allendorf.	Preußen. Wilsdorf.
20	= Biedenkopf n. =		Eibelshausen.	Großh. Hessen. Simmersbach.
21	= Bischoffen nach Herborn		Offenbach.	Bischoffen.
22	= Weplar = Herborn		Sinn.	Ebingen.
23	= = = Weilburg		Weilburg.	Preußen. Braunsfels.

L e c t i o n s - P l a n

der Königl. staats- und landwirthschaftlichen Academie zu Elbena bei Greifswald
pro Winter-Semester 18⁵⁶/₅₇!

N^o 189.

Die Vorlesungen an der hiesigen Königl. staats- und landwirthschaftlichen Academie werden für das nächste Winter-Semester am 15ten October beginnen und sich auf folgende Unterrichts-Gegenstände beziehen:

1) Ein-

1) Ein- und Anleitung zum academischen Studium; 2) Volks-:Wirthschafts-:Lehre; 3) Volks- und staatswirthschaftliche Statistik, Director Professor Dr. Baumstark; 4) Encyclopädische Einleitung in das Landwirthschaftsrecht, Professor Dr. Beseler; 5) Geschichte der Landwirthschaft; 6) Landwirthschaftliche Betriebslehre; 7) landwirthschaftliches Practicum und Conversatorium, Professor Dr. Segniß; 8) Rindviehzucht; 9) Schaafzucht; 10) über den hiesigen Wirthschafts-:Betrieb und practische landwirthschaftliche Demonstrationen, Administrator Rohde; 11) Gemüse-:Garten-:Bau, Garten-:Inspector Fühke; 12) Pflege der Gesundheit der landwirthschaftlichen Hausthiere; 13) Anatomie und Physiologie der Hausfaugethiere, Departements-:Thierarzt Dr. Fürstenberg; 14) Forstwirthschaftliche Betriebs-:Lehre, academischer Forstmeister Wiese; 15) Landwirthschaftliche Technologie nebst Demonstrationen in der Fabrik; 16) Anorganische Experimental-:Chemie; 17) Analytische Chemie und Anleitung zu chemischen Untersuchungen im chemischen Laboratorium, Professor Dr. Trommer; 18) Anatomie und Physiologie der Pflanzen; 19) Uebungen in der Pflanzen-:Anatomie; 20) Naturgeschichte der landwirthschaftlich schädlichen Thiere und Lehre von den Krankheiten der Pflanzen, Dr. Feszen; 21) Landwirthschaftliche Baukunst, Universitäts-:Baumeister Müller; 22) Practische Stereometrie, ebene Trigonometrie und einzelne Hauptstücke aus der practischen Arithmetik; 23) Mechanik und Maschinenlehre, Professor Dr. Grunert.

Elbena, im August 1856.

Der Director der Königlichen staats- und landwirthschaftlichen Academie.
Dr. E. Baumstark.

Personal-:Chronik.

Am 15ten Juni c. hat der 17jährige Sohn des Bahnwärters Laqua aus Sacrau, Kreis Groß-:Strehlitz, mit Vornamen Carl, den Bahnwärter Leon Lissek aus Colonie Wygoda, bei Gogolin, aus dem Sacrauer Teiche beim Baden vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Diese löbliche That bringen wir zur öffentlichen Kenntniß.

Oppeln, den 11. August 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-:Gebäude.

Druck von F. Weisskhäuser in Oppeln.

Extraordinaire Beilage

zum Amts-Blatt der Königl. Regierung zu Oppeln.
Stück 34.

Instruction

zur Ausführung des Gesetzes vom
21. Mai 1855.

In Gemäßheit des Art. 16. des Gesetzes vom 21sten Mai 1855., betreffend die Ergänzung der Gesetze vom 31sten December 1842., bezüglich der Aufnahme neu anziehender Personen und der Verpflichtung zur Armenpflege, hat der Herr Minister des Innern unter dem 24sten April d. J. die zur Ausführung dieser Gesetze erforderliche Instruction erlassen, deren wesentliche Bestimmungen hiermit bekannt gemacht werden.

Zu Art. 1.

Den gemachten Erfahrungen zufolge, ist der sehr erhebliche Uebelstand eingetreten, daß die polizeilichen Meldungen, von denen nach §. 8. des Gesetzes vom 31sten December 1842. über die Aufnahme neu anziehender Personen die Erwerbung eines Wohnsitzes abhängig ist, häufig unterlassen werden, indem in den meisten Fällen weder der Anziehende, noch die Gemahlinde des Anzugs-Ortes, noch endlich die Gutsherrschaft ein Interesse haben, daß die Meldung erfolge, der Letzteren vielmehr aus dem Unterbleiben der Meldung Vortheil erwächst.

Um diesem Uebelstande zu begegnen, ist

Instrukcja .

do wykonania prawa z dnia 21. Maja
1855.

W miarę art. 16. prawa z dnia 21 Maja 1855. dotyczącego się uzupełnienia praw z dnia 31. Grudnia 1842. względem przyjmowania osób nowo osiadających i obowiązku do opieki dla ubogich wydał Jmć Pan Minister spraw wewnętrznych pod dn. 24. Kwietnia r. b. Instrukcyę potrzebną do wykonania tychże praw, z której główne rozporządzenia niniejszém do wiadomości podajemy.

Nr 189.

Do Art. 1.

Podług doświadczeń dotychczasowych wykazała się ta wielka niedogodność, że często opuszczano policyjne zameldowania, od których podług §. 8. prawa z dnia 31. Grudnia 1842. względem przyjmowania osób nowo osiadających nabywanie prawa do miejsca mieszkalnego zależało, ponieważ prawie zawsze ani przyjmującego na nowe mieszkanie, ani gminy miejsca, do którego obcy który przyjmowany, ani dominium to nie obchodzi, czy zameldowanie następuje, ostatniemu raczej z tąd wypływa korzyść, jeżeli się to oznajmienie zaniecha.

Aby téj zapobiedz niedogodności po-

es erforderlich, einerseits die Meldung und zwar an denselben Orten, wo die Polizei-Verwaltung ihren Sitz nicht hat, zu erleichtern, andererseits aber diejenigen, denen dieselbe obliegt, zur Erfüllung ihrer Verpflichtung mit Nachdruck anzuhalten.

Behufs Erleichterung der Meldung hat der Herr Minister bestimmt:

„daß dieselbe erfolgen soll:

- 1) in den Städten bei der Polizei-Obrigkeit (dem Magistrate),
- 2) auf dem platten Lande und zwar
 - a. an denselben Orten, wo die Polizei-Obrigkeit oder deren Vertreter ihren Sitz haben, bei dieser,
 - b. an denselben Orten, wo die Polizei-Obrigkeit oder deren Vertreter ihren Sitz nicht haben, bei dem Orts-Vorstände (Gribschulzen, Schulzen u. dergl.).“

Ueber die erfolgte Meldung ist dem Meldenden sofort eine Bescheinigung zu erteilen und die Meldung gleichzeitig in eine über die Anziehenden zu führende Liste einzutragen. Außerdem haben die Orts-Vorstände, welchen in den Fällen unter 2 b. die Meldung zu machen ist:

- a. der vorgesezten Polizei-Obrigkeit von der Meldung in kürzester Frist Anzeige zu erstatten,
- b. dieser Anzeige die Erklärung beizufügen, ob ihrerseits gegen die Gestattung des Aufenthalts etwas zu erinnern sei oder nicht (§. 10. des Gesetzes).

Zu den Bescheinigungen, zu der Liste der Anziehenden, wie zu den Anzeigen, sind Formulare nach den beifolgenden Mustern zu verwenden.

Um nun aber diejenigen, welchen die

treba, aby zjednej strony ułatwić zameldowanie, a to na tych miejscach, gdzie władza policyjna nie ma swego pobytu, z drugiej zaś przytrzymać ostro tych, na których to przypada, do dopełnienia tego obowiązku.

Aby ułatwić zameldowanie Jmśc Pan Minister rozporządził:

„że zameldowanie ma nastąpić:

- 1) *po miastach* u władzy policynej (magistratu),
- 2) *po wsiach*, a to
 - a. po miejscach, w których władza policyjna, albo zastępca tejże, ma siedzenie, u tejże władzy,
 - b. po miejscach, w których władza policyjna, albo zastępca tejże *nie* ma siedzenia, u przełożenia miejscowego (sołtysa dziedzicznego sołtysa, fojta i. t. d.).“

Zameldującemu się natychmiast należy wystawić poświadczenie, jako się zameldował, a zameldowanie razem trzeba wpisać w wykaz przybywających, który się ma prowadzić. Prócz tego przełożenia miejscowe, do których w przypadkach pod 2. b. zameldowania dochodzą, są obowiązane:

- a. w jak najkrótszym czasie donieść o takim zameldowaniu przełożonej władzy policynej,
- b. a przy tém doniesieniu razem oświadczyć, czy ze swęj strony mają co przeciw dozwoleńu pobytu lub nie (§. 10. prawa wspomnionego).

Do poświadczeń, do wykazu przybywających na mieszkanie jako do doniesień mają się używać formularze połączzonego wzoru.

Mel=

Meldung obliegt, zur Erfüllung ihrer Verpflichtung mit Nachdruck anhalten zu können, haben wir unter dem heutigen Datum die nachstehend publicirte Polizei-Verordnung erlassen, wonach das Unterbleiben der Meldung fortan mit einer Polizei-Estrafe von 10 Egr. bis 5 Rthlr. geahndet werden soll.

Den Polizei-Obrigkeiten, sowie den Orts-Vorständen liegt es ob, darüber zu wachen, daß Jeder, welcher hiernach zur Meldung verpflichtet ist, diese auch bewirke. Insbesondere haben sie die Meldung alsdann sofort herbeizuführen, wenn sie amtlich oder außeramtlich von dem Anzuge der dazu verpflichteten Personen Kenntniß erlangen. Die Nichtbeachtung dieser Bestimmung, sowie der Vorschriften über die Führung der Listen, Ertheilung der Bescheinigungen und Abstattung der Anzeigen, muß nach der Bestimmung des Herrn Ministers gegen die Polizei-Obrigkeiten und Orts-Vorstände, abgesehen von deren Regresspflichtigkeit, in den geeigneten Fällen durch Verweise und nach Befinden durch angemessene Ordnungsstrafen gerügt werden.

Zum Zwecke der gleichmäßigen Anwendung der Vorschrift des Art. 1. des Gesetzes und zur Beseitigung von Zweifeln, hat der Herr Minister sodann Folgendes angeordnet.

„A. Für die Beurtheilung der Frage: ob der Meldende einen Wohnsitz im rechtlichen Sinne erworben, d. h. sich niedergelassen, oder ob derselbe nur einen vorübergehenden Aufenthalt genommen habe, ist die Erklärung des Meldenden zwar in Betracht zu ziehen, jedoch nicht als

Aby zaś tych, którzy powinni zameldować, przytrzymać ostro do tego oznajmienia, wydaliśmy pod dzisiejszą datą następujące Rozporządzenia policyjne, podług którego zaniechanie zameldowania podpada ułtąd pod karę policyną od 10 sgr. aż do 5 talarów.

Władze policyjne i przełożenstwa miejscowe powinny czuwać nad tém, aby każdy, mający obowiązek zameldowania ten obowiązek też dopełnić. Szczególnie powinny wtedy skutecznie zameldowanie, jak tylko urzędownie albo innym sposobem się dowiedzą o przybyciu osób do zameldowania się obowiązanych. Zaniechanie tego rozporządzenia, jako też przepisów względem prowadzenia wykazów, udzielania poświadczeń i nakazanego doniesienia podług rozkazu Jmści Pana Ministra ma się odwetować na władzach policyjnych i przełożonych miejscowych, ominiawszy że podpadają. powinności do regresu, w stósownych przypadkach, naganną i podług położenia rzeczy odpowiednimi karami porządkowymi.

Celem jednakowego postępowania podług przepisu Art. 1. prawa i zapobiegienia wątpliwości Jmść P. Minister dalej, co następuje, rozporządził.

A. Do osądzenia pytania: czyli zameldujący się nabył miejsce mieszkalne w sensie prawnym, t. j. czyli osiadł, albo czyli pobyt na niejaki czas obrał, należy oświadczenie zameldującego się brać na rozagę; przecież podług oświadczenia tego jeszcze się

maßgebend zu erachten, da die Entscheidung darüber, ob Jemand als wirklicher Einwohner des Orts und als Gemeinde-Mitglied anzusehen und zu behandeln sei oder nicht, lediglich der betreffenden Behörde gemäß der bestehenden Gesetze zusteht, nicht aber von der Willens-Erklärung des Betheiligten abhängig gemacht werden kann.

- B. In denjenigen Orten, in welchen die Polizei-Obrigkeit oder deren Vertreter ihren Sitz nicht haben, soll die Meldung bei dem Orts-Vorstande als eine der Vorschrift des §. 8. des Anzugs-Gesetzes vom 31sten September 1842. entsprechende angesehen werden und danach in Verbindung mit einem einjährigen Wohnsitz die Verpflichtung zur Armenpflege begründen.
- C. Die gesetzliche Wirkung der Meldung ist weder von der Form oder Fassung noch von der der Behörde aufgetragenen Ertheilung eines Melde-Scheines abhängig; auch versteht es sich von selbst, daß aus der Ertheilung desselben, welche sofort nach der Meldung erfolgen soll, eine Bewilligung der Niederlassung oder eine Verzichtleistung auf die der Polizei- oder Gemeinde-Behörde gegen den Anzug etwa zustehenden Einwendungen, niemals hergeleitet werden kann. Der Melde-Schein hat nur den Zweck, die Thatsache der Meldung zu constatiren, also festzustellen, daß der Anzug zur Kenntniß der Behörde gelangt und diese dadurch in den Stand gesetzt worden ist, zu prüfen, ob gesetzliche Gründe der Zurückweisung des Neuanziehenden vorliegen oder nicht.

nie nie postanawia, ponieważ decyzyja, czy kto za istotnego mieszkańca w miejsca i za członek gminy się ma uważać i za takiego się brać, czy nie podług praw dotychczasowych do dotyczącej się należy władzy i nie zawisła od odświadczenia się przybywającego.

- B. W miejscach, w których władza policyjna albo zastępca tejże *nie* ma siedzenia, zameldowanie u przełożenstwa miejscowego ma się uważać za odpowiadające przepisowi §. 8. prawa względem przybywających na mieszkanie z dnia 31. Grudnia 1842. u podług tego, jeżeli do tego mieszkanie jednoroczne się przyłącza, stanowiąc obowiązek do opieki ubogich.
- C. Skutek prawny zameldowania nie zależy ani od formy albo wyrażenia, ani od udzielenia poświadczenia zameldowania od władzy poruczonego; także samo przez się rozumie się, że z udzielenia tego poświadczenia, które natychmiast po zameldowaniu nastąpić ma nie można nigdy wnioskować dozwolenia na osiadanie albo też, że władza policyjna albo gminna zrzeka się kiedy by prawo do tego służyło odmówić osiadanie. Zaświadczenie meldowania tym celem się tylko wystawia, aby poświadczyć, że meldowanie istotnie nastąpiło, więc aby ustalić, że osiadanie jakiej osoby do znajomości władzy doszło, i że ta otrzymała tak sposobność do osądzenia, czy są jakowe prawne przyczyny do oddalenia nowo osiadłego, czy nie.

D. Die

D. Die Frage:

mit welchem Termine der Zeitraum des einjährigen Wohnsitzes beginne? ist von dem Königlichem Ministerium dahin entschieden worden, daß dieser Zeitraum vom Tage der Meldung, oder wenn diese nicht innerhalb der vorgeschriebenen 14 tägigen Frist nach dem Anzuge bewirkt worden, vom Tage des Ablaufs dieser Frist zu berechnen sei."

Zu Art. 5.

Der Art. 5. hat, um entstandenen Zweifeln und versuchten Umgehungen des Gesetzes zu begegnen, das in dem aufgehobenen §. 32. des Armenpflege-Gesetzes enthaltene Erforderniß des Dienst-Verhältnisses als eines festen beseitigt.

Von einer erschöpfenden Aufzählung der Kategorien von Personen, auf welche die Vorschrift Anwendung finden soll, ist auch in diesem Gesetze abgesehen worden. Das „u. s. w.“ schließt, außer den bezeichneten Personen, auch andere ein, welche sich im Dienste befinden, insbesondere Fabrik-Arbeiter und andere Arbeiter, sofern sie in einem Dienst-Verhältnisse stehen, was zuweilen vorkommen kann.

Der Bestimmung des zweiten Absatzes dieses Art. liegt die Absicht zu Grunde, die Verpflichtung der Gemeinde des Dienstorts, welche nach dem aufgehobenen §. 32. bis zur Wiederherstellung fort dauerte, auf den in sich bestimmten Zeitraum von drei Monaten zu beschränken. Mit dem Ablaufe dieses Zeitraums geht daher bei gehöriger Benachrichtigung, die Fürsorge auf den sonst verpflichteten Armen-Verband über, und es tritt mit diesem Zeitpunkte für den Armen-Verband des Dienstorts dasselbe Verhältniß

D. Zapytanie:

z którym terminem się czas jednorocznego pobytu mieszkalnego się rozpoczyna?

przez Król. Ministeryum tak rozwiązane zostało, że ten czas ma się rachować od dnia zameldowania, albo jeżeli to w przeciągu przepisanego frysztu 14. dniowego po osiadaniu uskutecznione nie zostało, od dnia, z którym ten fryszt się kończy.

Do Art. 5.

Art. 5. aby zapobiedz wynikłym wątpliwościom i unikaniom, na jakie się zdobywa, prawa, usunął wymaganie, zawarte w zniesionym §. 32. prawa względem opieki dla ubogich, aby stosunek służebny był stały. I w tym prawie nie miano względu na zupełne wyliczenie kategorii owych osób, do których przepis się ma zastosować. Znaki i. t. d. zawierają w sobie, oprócz wymienionych i inne osoby, które w służbie się znajdują, szczególnie robotników we fabrykach i innych robotników, jeżeli się znajdują w stosunku służbowym, co się czasem zdarzyć może. Przepis drugie oddziału tego art. do tego zamierza, aby ograniczyć obowiązek gminy miejsca służbowego, który podług zniesionego §. 32. trwał aż do przywrócenia zdrowia na przeciąg czasu w sobie objęty 3 miesiące. Z upłynieniem tego przeciągu czasu przy należytem uwiadomieniu przechodzi opieka na związek do opieki ubogich inaczej zobowiązany i dla związku do opieki ubogich zobowiązanego w miejscu służbowym z tym terminem ten sam nastaje

ein,

ein, welches in Beziehung auf jeden andern fremden Kranken obwaltet.

Der Kranke muß also, wenn sein Zustand die Ueberweisung in den verpflichteten Armen-Verband gestattet, von diesem übernommen, andern Falles aber, mit Vorbehalt des Anspruchs auf Kosten-Erstattung, am Orte der Erkrankung bis dahin verpflegt werden, daß die Ueberweisung erfolgen kann (§§. 25. seq. des Armenpflege-Gesetzes vom 31sten December 1842.).

Es versteht sich übrigens von selbst, daß durch die Bestimmung, wonach Schwangerschaft an sich als eine Krankheit im Sinne des Art. 5. nicht anzusehen ist, in der Verpflichtung des Armen-Verbandes des Dienstorts wie jedes anderen Armen-Verbandes zur vorläufigen Fürsorge für hilfsbedürftige Schwangere (§. 26. seq. des Armen-Gesetzes vom 31. December 1842.) nichts geändert worden ist.

Zu Art. 6.

Der Art. 6. hat der Verwaltungs-Behörde die Befugniß beigelegt, auf den Antrag des Armen-Verbandes die näher bezeichneten Personen zu der ihnen gesetzlich obliegenden aber unerfüllt gelassenen Verpflichtung der nothdürftigen Unterstützung des verarmten Angehörigen anzuhalten.

Bei der Anwendung dieses Art. ist zunächst zu beachten:

- 1) daß unter mehreren Personen, welche in einem verschiedenen Familien-Verhältnisse zu dem Verarmten stehen und nicht gleichmäßig zur Unterstützung ver-

stösunek, w jakim się do niego znajduje każdy inny obcy chory.

Chory więc, jeżeli położenie jego dozwala na przeprowadzenie do związku do opieki ubogich w takim razie obowiązane, od tego przyjmować się powinien, w innym zaś przypadku ma, przecież ze zastrzeżeniem prawa na zwrocenie kosztów, w miejscu, w którym zachorował, dopóki otrzymać opatrowanie aż go przeprowadzić można. (§§. 25. seq. prawa względem opieki ubogich z dnia 31. Grudnia 1842.)

Samo się rozumie, że przez postanowienie, wedle którego brzemiennosc (ciąża) *sama przez się* za chorobę w myśl art. 5. uważana bydz nie ma, nie narusza obowiązku związku do opieki ubogich miejsca służebnego, jako i też żadnego innego takiego związku do poprzedniego opatrowania osoby ciężarnej pomocy potrzebującej. (§. 26. prawa względem opieki dla ubogich z dnia 31. Grudnia 1842.)

Do Art. 6.

Art. 6. przypisał władzy administracynej upoważnienie, aby na wniosek związku do opieki dla ubogich przytrzymali bliżej oznaczone osoby do *przypadającego na nie prawnie* ale nie wykonanego obowiązku wspierania potrzebnego zubożałych swojaków. (Krewnych, powinowatych.)

Przy wykonaniu tego art. najprzód na to zważać należy,

- 1) aby między kilkoma osobami, które w rozmaitym się znajdują stosunku familijnym do zubożalego i do rownego wsparcia nie są obowiązane, pflich-

pflichtet sind, der principaliter Verpflichtete vor dem subsidiarisch Verpflichteten heranzuziehen ist.

- 2) Der Abfassung des Resoluts muß eine Feststellung der dabei in Betracht kommenden factischen Umstände vorausgehen. Es muß also in der Regel der in Anspruch Genommene über das die Verpflichtung begründende Verwandtschafts-Verhältniß *zc.*, über seine Mittel zur Gewährung der Unterstützung, die Art und Weise, sowie den Umfang und Betrag der letzteren gehörig vernommen, sowie über seine etwaigen Einwendungen gehört werden. Auf eine gütliche Regulirung der Sache ist bei der Verhandlung vorzugsweise Bedacht zu nehmen.

Auch ist hierbei die Vorschrift der Declaration vom 21sten Juli 1843. (Gesetz: Samml. S. 296.), wo solche Geltung hat, zu beachten, wonach zur Begründung des Unterstützungs-Anspruchs ein besonderer Nachweis darüber,

daß der Verpflichtete hinreichende Kräfte oder Vermögen besitze, um die nothdürftige Unterstützung gewähren zu können, nicht erforderlich ist, dem Verpflichteten jedoch unbenommen bleibt, die aus seinen persönlichen und Vermögens-Verhältnissen zu entnehmenden, dem Anspruche entgegenstehenden Gründe als Einwendungen geltend zu machen.

- 3) In dem Resolute kann, wenn der Anspruch für begründet erachtet worden, die Leistung des Verpflichteten bestimmt ausgesprochen und, wenn die Unter-

stützung hauptsächlich obowiazany *przed* pomocniczo obowiazanymi przytrzymanym został.

- 2) Przed wydaniem rezolutu należy wprzód rozważać dotyczące się rzeczywiste okoliczności. Potrzeba więc regularnie wysłuchać pociągniętego do udzielenia wsparcia co do stopnia pokrewieństwa, na którym się jego zasada obowiazek i. t. d. co do środków do wsparcia, co do sposobu, co do obiętości i kwoty tegoż, jako i też co ekscypcyi mogących się przez niego podać. Szczególnie trzeba do tego dążyć, aby rzecz uporządkować przy tem poszukaniu dobrowolnym sposobem.

Należy przy tém zważać także na przepis Declaracyi z dnia 21. Lipca 1843. (Zbiór prawa str. 296.) gdzie ta ma ważność, podług której do uzasadnienia prentesy na wsparcie osobnego wykazu, jako obowiazany dostateczne siły albo zamożność do udzielenia nieodzownego wsparcia posiada, nie potrzeba, obowiazanemu zaś zostawia się, wymówić się na zasadzie osobistych albo majątkowych stosunków, przeciwiących się pretensyi rozszczanej do niego.

- 3) W rezolucie można, jeżeli prentesja uważa się za usadnioną, to co od obowiazanego się wymaga, dostatecznie wyrazić i jeżeli wspar-

stłżung

stłżkung in Gelde gewährt werden soll, d en Betrag und der Zahlungs-Termin festgesetzt werden. Auch steht nichts entgegen, die Verpflegung oder die Zahlung eines bestimmten Geldbetrages alternativ nach der Wahl des Verpflichteten anzuordnen.

Hat eine gütliche Einigung über die zu gewährende Unterstützung stattgefunden, so sind die aus dieser Einigung hervorgehenden Verpflichtungen in dem Resolute auszusprechen.

- 4) In dem Resolute müssen die die Entscheidung motivirenden Gründe angegeben werden.

Am Schlusse desselben ist des den Betheiligten nach Art. 6. dagegen offenen stehenden Recurses und der Frist zu dessen Einlegung, sowie des nach Art. 7. zulässigen Rechtsweges ausdrücklich zu gedenken.

Sowohl dem Armen-Verbande als den in Anspruch Genommenen ist eine Ausfertigung des Resoluts zuzustellen. Der Tag der Aushändigung muß aus den Acten erhellen.

Zu Art. 12.

Hier ist der allgemeine Ausdruck „Obzrkeit“ um deswillen gewählt worden, weil darunter sowohl die Polizei-, als die Communal-Obzrkeit (Orts-Vorstand) begriffen sein soll.

Zu Art. 11—15.

Nach Art. 14. ist der Landrath, in den näher bezeichneten Städten der Gemeinde-Vorstand, befugt,

die Ueberweisung der in den Art. 11—13. bezeichneten Arbeitszcheuen an eine Arbeits-Anstalt mittelst Resoluts anzuordnen.

rcie ma się udzielać w gotowych pieniądzech, oraz i kwotę i termin do opłacania wymienić. Nie ma się przeciwko temu nic, ustalić kolejno podług wyboru obowiazanego wyżywienie albo opłacanie pewnej kwoty piennieżnej.

Jeżeli nastąpiła dobrowolna ugoda względem wsparcia mającego się udzielać, wtedy obowiązki z tego zjednoczenia wypływające w rezolucie wyrazić potrzeba.

- 4) W rezolucie należy wymienić powody, na których tenże się Zasada.

Na końcu ma się wzmiankować wyraźnie rekurs służyący dotyczącym się osobom i fryst do założenia go podług art. 6. i drógi prawnej mającej się przypuścić podług art. 7.

I związkowi do opieki dla ubogich jako też pociągnionemu do udzielenia wsparcia ma się dostawić wygotowany egsemplarz rezolutu. Dzień wręczenia w aktach zakonować należy.

Do art. 12.

Tu używano powszechnego wyrazu „zwierzchność“ dla tego, aby w nim objąć tak policyiną, jak komunalną zwierzchność (przełożęnstwo miejscowe).

Do Art. 11.—15.

Podług art. 14. lantrat, w bliziej zaś oznajmionych miastach przełożęnstwo gminy ma upoważnienie

do zadysponowania, aby wymienionych w art. 11.—13. leniących się pracy na mocy rezoluta oddać do domu roboczego.

Dabei ist zu beachten, daß die Competenz der gedachten Behörde zur Abfassung des Resoluts noch nicht die Befugniß einschließt, die Ablieferung an die Arbeits-Anstalt ohne Weiteres zu verfügen. Denn eine unbedingte Verpflichtung der fraglichen Anstalten zur Aufnahme der solchergestalt im Administrations-Wege in die Arbeits-Anstalt zu versetzenden Individuen, ist im Gesetze nicht ausgesprochen, mithin von dem Zwecke, den Statuten oder Reglements der betreffenden Anstalten abhängig.

Die Vollstreckung kann erst dann erfolgen, wenn von derjenigen Behörde, welche die Verwaltung der zur Aufnahme bestimmten Arbeits-Anstalt führt, oder welche über die Einlieferung in dieselbe zu bestimmen hat, die Zustimmung zu dieser Einlieferung ertheilt oder deren Verweigerung von der vorgesetzten Behörde für unbegründet befunden ist.

Was namentlich die Landarmen- und Corrections-Anstalten betrifft, so bleibt den Königlich-Regierungen, beziehungsweise den Herren Ober-Präsidenten überlassen, mit Rücksicht auf die besonderen, die Verwaltung dieser Anstalten regelnden Bestimmungen, hierunter die erforderlichen näheren Vorschriften zu erlassen. Aus dem Art. 15. folgt übrigens, daß die Kosten der Unterhaltung der bezeichneten Personen in den Arbeits-Anstalten, sowie die Kosten des Transports von den verpflichteten Armen-Verbänden getragen werden müssen, sowie es sich auch von selbst versteht, daß die Einlieferung auf diejenigen Personen, gegen welche das Resolut ergangen ist, zu beschränken, eine Einlieferung der Familien derselben auf Grund dieses Resoluts aber unstatthaft ist.

Przy tém na to zważać należy, że upoważnienie wspomnionych władz do wydania rezolutu, nie zawiera, w sobie i upoważnienia, zadysponować bez wszystkiego, aby kto oddany został do domu roboczego. Bezwarunkowy bowiem obowiązek wspomnionych zakładów do przyjmowania osób, takim sposobem na drodze administracyjnej osądzonych do domu roboczego, prawo nie ustanawia; zależy zatem od przeznaczenia, statutów albo regulaminów wspomnionych Zakładów.

Wykonanie takiego rezolutu wtedy dopiero nastąpić może, gdy władza, która zawiaduje zakładem robotniczym do przyjęcia przeznaczonym, albo której służy prawo; decydować względem oddawania, przystaje na to przyjęcie, albo gdy odmowna tejże decyzja od przełożonej władzy za nie uzasadnioną uznana została.

Co się tyczy zakładów dla krajowo ubogich i domów poprawczych zostawia się Królewskim Rejencyom i odnośnie I. W. Pana Prezesowi naczelnemu, w téj mierze wydać potrzebne przepisy z uwzględnieniem szczególnych, do zawiadywania temi zakładami wydanych rozporządzeń. Z art. 15. wypływa resztą, że koszta utrzymania wzmienionych osób w domach robotniczych, równie i koszta transportu przypadają na dotyczące się związki do opieki dla ubogich, jako się i samo przez się rozumie, że oddawanie do zakładów takich powinno się ograniczyć na te osoby, przeciw którym wydany został rezolut, i że nie wolno oddać familii ich na mocy rezolutu do domu takiego.

Indem wir die Behörden des Departements beauftragen, zur Ausführung der vorstehenden Anordnungen das Erforderliche zu verfügen, machen wir dieselben noch auf das bereits mehrfach angeregte Bedürfnis aufmerksam, bei der Verwaltung des öffentlichen Armenwesens zwischen der bürgerlichen und kirchlichen Armenpflege, wo letztere besteht, diejenige wechselseitige Verbindung und Mitwirkung eintreten zu lassen, welche den Interessen der bürgerlichen Gemeinden und der Armen nicht minder, als dem Interesse der Kirche selbst entspricht.

Auch wird es in der Regel für zweckmäßig zu erachten sein, bei der Wahl der mit der Armen-Verwaltung und insbesondere mit der Austheilung der Armen-Expensen zu beauftragenden bürgerlichen Organe auch die betreffenden Orts-Geistlichen zuziehen, von deren Orts- und Personal-Kennntniß und von deren Einwirkung auf die Armen gedeßliche Erfolge erwartet werden dürfen. Endlich werden die landrätlichen und städtischen Behörden angewiesen, nicht allein diese Instruction, sondern auch die nachfolgende Polizei-Verordnung ohne Zeitverlust in ihre Kreis- und Stadtblätter aufzunehmen und dadurch zu verbreiten. Dppeln, den 31. Juli 1856.

Königliche Regierung.

Nakazując władzem departamentowem, aby rozporządzali, co potrzeba, do wykonania niniejszych przepisów, zwracamy uwagę ich na potrzebę kilkakrotnie już wynurzona, aby przy zawiadywaniu sprawami ubóstwa publicznemi wprowadzili między opieką nad ubogimi cywilną i kościelną, gdzie takowa istnieje, zapolne porozumienie się i wzajemne współdziałanie, jakie odpowiada i zamiarom cywilnych gmin i ubogich, również i zamiarom kościoła.

Zwyczajnie do rzeczy będzie, przy wyborze pośredników przy zawiadywaniu sprawami ubóstwa a szczególnie przy rozdzielaniu jałmużny wezwać i dotyczących się księży miejscowych, z których znajomości stosunków i miejscowych i osobistych i z których działania na ubogich błogie obiecywać sobie można skutki. Na końcu rozkazujemy władzom lantrackim i miejskim, aby nie tylko niniejszą Instrukcją, lecz i następujące Rozporządzenie Policyjne *bez odwołki* umieszczali i tém rozszerzali w swoich tygodnikach powiatowych i miejskich.

Opole, dnia 31. Lipca 1856.

Królewska Rejencya.

I.

Meldefchein.

Dem (der) wird hierdurch bescheinigt, daß er (sie) sich zum Behuf der Niederlassung zu bei der unterzeichneten Behörde gemeldet, und über seine (ihre) persönliche Verhältnisse mit Rücksicht auf die Vorschriften des Anzugs-Gesetzes vom 31. December 1842. §. 1. — 4. und §. 6. die erforderliche Auskunft gegeben hat.

Ueber die Gestattung oder Versagung der Niederlassung bleibt weitere Bestimmung vorbehalten.

(Siegel)

(Datum)

(Unterschrift der Behörde.)

II.

Anzeige der erfolgten Meldung

des
aus
Der (die) aus im Kreise
hat sich zum Behuf der Niederlassung zu bei dem unterzeichneten Schulzen
gemeldet, und über seine (ihre) persönliche Verhältnisse, mit Rücksicht auf die Vor-
schriften des Anzugs-Gesetzes vom 31. December 1842. §. 1. — 4. und §. 6., die
erforderliche Auskunft gegeben.

Seitens des Orts-Gerichts wird die Niederlassung aus folgenden Gründen ge-
nehmigt (verweigert)

1)

2)

(Datum)

(Unterschrift des Schulzen.)

III.

Liste für die neu anziehenden Personen.

Name, Stand und Alter der Anziehenden und der mitanziehenden Familien = Glieder.	Bisheriger Wohn- und Auf- enthalt = Ort.	Tag des Anzugs.	Tag der Meldung.	Schließliche Entscheidung über polizeiliche Bewilligung oder Versagung der Niederlassung.	Tag dieser Entscheidung.

Polizei = Verordnung.

Rozporządzenie policyjne.

Auf Grund des §. 11. des Gesetzes vom 11ten März 1850. haben wir nachstehende Na mocy §. 11. prawa z dnia 11. Ma-
11ten März 1850. haben wir nachstehende rea 1850. wydaliśmy następujące

Polizei = Verordnung

Rozporządzenie policyjne

für den Umfang des Regierungs-Bezirktes na cały obwód naszego departamentu.
erlassen. §. 1.

§. 1.

Ein jeder Neuanziehende, welcher an dem Orte, wo er seinen Aufenthalt nimmt, einen neuen Hausstand begründet oder überhaupt solche Einrichtungen trifft, aus welchen auf die Absicht geschlossen werden kann, einen dauernden Aufenthalt zu nehmen, hat in Gemäßheit des §. 8. des Gesetzes über die Aufnahme neu anziehender Personen vom 31sten December 1842., seinen Anzug längstens binnen 14 Tagen nach demselben po-
lizeilich zu melden.

Każdy nowo osiadający, który na mie-
jscu, na którym osiada, własne zakłada
gospodarstwo, albo ogólnie tak się urzą-
dza, że z tąd można wnioskować za-
miar, obrania sobie trwałego pobytu,
powinien w miarę §. 8. prawa co do
przyimowania nowo osiadających osób
z dnia 31. grudnia 1842. najdłużej w
przeciągu dwóch tygodni po wprowa-
dzeniu się osiadanie swoje policyjnie
zameldować.

§. 2.

Ein jeder Hausbesitzer, Vermiether, Aſter-Vermiether, Dienſtherr, überhaupt jeder Wohnungs-Geber, welcher ſolchen neu anziehenden Perſonen eine Wohnung oder ein Unterkommen gewähren, oder dieſelben in Schlafſtelle bei ſich aufnehmen, haben nach Maßgabe des §. 9. des bezogenen Geſetzes nicht allein darauf zu halten, daß dieſe Meldung geſchehe, ſondern ſie ſind auch ihrerſeits verpflichtet, den geſchehenen Anzug ſpäteſtens binnen 14 Tagen nach demſelben polizeilich zu melden.

§. 3.

Hausbeſitzer, Vermiether, Aſter-Vermiether u. a. m., welche dieſer Verpflichtung nicht nachkommen, ingleichen alle Neuanziehenden ſelbſt (§. 1.), welche dieſe Meldung binnen der angegebenen Friſt zu machen unterlaſſen, verfallen dadurch in eine Polizei-Etrafe von 10 Sgr. biß 5 Rthlr.

Rückſichtlich der Form dieſer Meldung verweiſen wir auf die heute vorſtehend publicirte Inſtruction zu dem Geſetze vom 21. Mai 1855. ad Art. 1.

§. 4.

Die Vorſchriften wegen der polizeilichen Meldungen beim Fremden-Verkehr und bei ſtattfindenden Wohnungs-Veränderungen innerhalb der Gemeinde (insbeſondere die Amtsblatt-Verordnung vom 22ſten März 1838.), bleiben nach wie vor in Kraft.

Inſoweit jedoch das Unterlaſſen der Meldung eines Neuanziehenden zugleich eine Verlegung jener ſtraſſpolizeilichen Vorſchriften enthält, kommt die in der heutigen Verordnung angedrohte höhere Etrafe zur Anwendung. Oppeln, den 31. Juli 1856.

Königliche Regierung.

§. 2.

Každy poſiedziciel domu, wynajmujący mieszkanie, wynajmujący najęte mieszkanie, trzymający ſłużebników, ogólnie každy dający pomieszkanie, który nowo osiadającym mieszkanie albo przytułek udziela, albo ich do ſiebie przyjmuje na ſpanie, powinni w miarę §. 9. wspomnionego prawa nie tylko wymagać, aby to zameldowanie naſtąpiło, lecz i ze ſwojej ſtrony zobowiązują ſię, wprowadzenie ſię obcej oſoby najdalej w przeciągu dwóch tygodni potem na policyi zameldować.

§. 3.

Posiedziście domów, wynajmujący mieszkanie, wynajmujący najęte mieszkanie i. t. p. którzy tego nie wypełniają obowiązku, również i wſzyſcy nowo osiadający (§. 1.) którzy w przeciągu frysztu wspomnionego tego zameldowania zaniechają, wpadają przez to w karę policyiną od 15 sgr. — 5 tal.

Co do formy tego zameldowania wſkazuujemy na Instrukcyą do prawa z dnia 21. Maja 1855. ad Art. 1. dziś poprzednio wydaną.

§. 4.

Przepisy względem policyinych zameldowań przy obrotach z obcymi i przy zdarzających ſię zmianach mieszkania w gminie ſamęj (ſzczególnie zaś rozporządzenie w Dzienniku urzędowym z dnia 22. Marca 1838.) i nadal ſą ważne.

O ile zaś zaniechanie zameldowania jakiej osiadającej oſoby nadweręża owe przepisy policyino - karne, ma ſię wymierzać zagrożona w dzisiejszem rozporządzeniu wyższa kara.

Opole dnia 31. Lipca 1856.

Królewska Rejencya.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 35.

Oppeln, den 28. August 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Nachdem der Kaufmann Horzela in Nicolai die am 21sten April v. J. landespolizeilich bestätigte Agentur für die Berlinische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt hat, ist dem Kaufmann Heinrich Simon in Pleß, in Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. die Erlaubniß ertheilt worden, für diese Gesellschaft Agentur-Geschäfte zu besorgen.

Oppeln, den 12. August 1856.

Nachdem der Kaufmann Julius Goldberger in Leobschütz die unterm 12ten November v. J. landespolizeilich bestätigte Agentur für die Berlinische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt hat, ist dem Kaufmann Julius Breslauer daselbst, in Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. die Erlaubniß ertheilt worden, für diese Gesellschaft Agentur-Geschäfte zu besorgen.

Oppeln, den 12. August 1856.

Dem Maurermeister P u b o w s k i zu Gleiwitz, ist in Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. die Erlaubniß ertheilt worden, für die Berlinische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Agentur-Geschäfte zu besorgen.

Oppeln, den 12. August 1856.

Die Kaufleute Wilhelm Dombrowski und Samuel Lichtwitz hieselbst, haben die mit polizeilicher Genehmigung vom 9ten December 1853. übernommene Agentur für die Eisenbahn- und Allgemeine Rück-Versicherungs-Gesellschaft „Thuringia“ in Erfurt niedergelegt.

Oppeln, den 16. August 1856.

Der am 8ten October d. J. zu Krappitz anstehende Kram- und Viehmarkt, ist auf den 6ten October d. J. verlegt worden.

Oppeln, den 19. August 1856.

Der am 29sten September d. J. zu Myslowitz anstehende Kram- und Viehmarkt ist auf den 22sten September d. J. verlegt worden.

Oppeln, den 19. August 1856.

Personal-Chronik.

Im Amts-Bereiche des Königlichen Consistorii für die Provinz Schlesien, sind folgende Vocationen bestätigt worden:

für den bisherigen Diaconus und Rector in Löwen, Heinrich Rudolph, zum Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Groß-Tschirnau, Guhrauer Kreises;

für den bisherigen Pfarr-Vicar Carl, Egidiusmund Hennig, zum Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Loslau, Rybnicker Kreises;

für den bisherigen Pastor Menzel zu Groß-Rosen, zum Pfarrer der evangelischen Gemeinden in Laugwitz-Bäzsdorf, Brieger Kreises, und

für den bisherigen Pastor prim., Superintendenten Herrmann, Rudolph, Theodor Meisner in Bunzlau, zum Pfarrer der evangelischen Gemeinde zu Ubedsdorf, Goldberg-Haynauer Kreises.

Des Königs Majestät haben allergnädigst geruht, dem Domainen-Rentmeister und Forst-Cassen-Rendanten Weber zu Proskau den Character als Domainen-Rath zu verleihen — dem seitherigen Regierungs-Supernumerarius Scholz L. ist die Kreissecrétair-Stelle des Coseler Kreises verliehen — der katholische Schul-Adjutant Joseph Gwin ist als Organist und Schullehrer zu Gentawa, Groß-Strehliger Kreises — und der katholische Schul-Adjutant August Neumann, ist als Lehrer an der Stadtschule zu Grottkau angestellt worden.

Die evangelischen Lehrer

Snay zu Nassabel, und
Lampel zu Simmenau, } Kreuzburger Kreises,

sind verstorben.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von F. Wellshäuser in Oppeln.

Extraordinaire Beilage

zum Amts-Blatt der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 35.

Allerhöchster Cabinets-Befehl.

Gesetz, betreffend die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie. Vom 14ten April 1856. Nr 200.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie, zur Ergänzung der Gesetze über die Gemeinde-Verfassungen in den ländlichen Ortschaften der sechs östlichen Provinzen, insbesondere der Vorschriften, welche darüber in dem Allgemeinen Landrecht Theil II. Titel 7. Abschnitt 2., in den beiden Verordnungen vom 31sten März 1833. (Gesetz-Sammlung Seite 61. und 62.), in dem Gesetze vom 31sten December 1842. (Gesetz-Sammlung für 1843. S. 8.), in dem Gesetze vom 3ten Januar 1845. (Gesetz-Sammlung S. 25.), sowie in dem Gesetze vom 24sten Mai 1853. (Gesetz-Sammlung S. 241.) enthalten sind, für die gedachten Provinzen hierdurch was folgt:

§. 1.

Veränderung von Gemeinde- und Guts-Bezirken.

Den Bezirk einer ländlichen Gemeinde oder eines selbstständigen Gutes bilden alle diejenigen Grundstücke, welche demselben bisher angehört haben.

Jedes Grundstück, welches bisher noch keinem Gemeinde- oder selbstständigen Guts-Bezirk angehört hat, ist nach Vernehmung der Betheiligten und nach Anhörung des Kreistags, durch den Ober-Präsidenten mit einem solchen Bezirk zu vereinigen. Eignet sich ein solches Grundstück nach seinem Umfange und seiner Leistungsfähigkeit zu einem besondern Gemeinde- oder selbstständigen Guts-Bezirk, so kann dasselbe mit Unserer Genehmigung dazu erklärt werden.

Die Vereinigung eines ländlichen Gemeinde-Bezirks oder eines selbstständigen Guts-Bezirks mit einem anderen Bezirk kann nur unter Zustimmung der betheiligten Gemeinden und des betheiligten Guts-Besizers, nach Anhörung des Kreistags, mit Unserer Genehmigung erfolgen.

Die Abtrennung einzelner Grundstücke, Abbaue, Colonien von einem Gemeinde- oder selbstständigen Guts-Bezirk, und deren Vereinigung mit einem andern solchen Bezirk kann, wenn die betheiligten Gemeinden- oder Guts-Besitzer, und die Besitzer jener Grundstücke darin einwilligen, mit Genehmigung des Ober-Präsidenten gesche-

hen; soll aber aus dergleichen Grundstücken ein besonderer Gemeinde-Bezirk oder ein selbstständiger Guts-Bezirk gebildet werden, so ist die Anhörung des Kreistags und unsere Genehmigung erforderlich. In diesem letzteren Wege können Bezirks-Veränderungen der vorbezeichneten Art, welche im öffentlichen Interesse nothwendig sind, selbst dann vorgenommen werden, wenn die Betheiligten nicht darin eingewilligt haben. —

In allen vorstehend bezeichneten Fällen ist den Betheiligten der Beschluß des Kreistags vor Einholung der höheren Genehmigung mitzutheilen.

Wird in Folge einer Bezirks-Veränderung eine Auseinandersetzung zwischen den Betheiligten nothwendig, so ist dieselbe im Verwaltungswege zu bewirken; zu ihrer Feststellung genügt, wenn die Betheiligten einig sind, die Genehmigung der Regierung; entstehen Streitigkeiten dabei, so entscheidet solche der Ober-Präsident. Privatrechtliche Verhältnisse dürfen durch dergleichen Veränderungen niemals gestört werden.

Eine jede Bezirks-Veränderung ist durch das Amtsblatt bekannt zu machen.

Der §. 9. der Verordnung vom 31sten März 1833. (Gesetz-Sammlung S. 62.) ist aufgehoben.

§. 2.

Wenn ein bis dahin selbstständiger Guts-Bezirk, oder ein in keinem Gemeinde-Verbande stehendes großes geschlossenes Wald-Grundstück mit einem Gemeinde-Bezirk vereinigt wird, oder bereits vereinigt worden ist, so sind durch ein zu errichtendes Statut Festsetzungen über das Verhältniß zu treffen, in welchem der Besitzer und die übrigen Bewohner des Guts-Bezirks oder Wald-Grundstücks an den Rechten und Pflichten der Gemeinde Theil zu nehmen haben.

Insbesondere ist in dem Statute zu bestimmen:

- a. ob und inwieweit dem Guts- oder Wald-Besitzer, nach Maaßgabe des größeren Umfangs oder Werths seines Besitzthums, besondere Rechte beigelegt werden sollen, namentlich das Recht:
 - in der Gemeinde-Versammlung den Vorsitz oder auch mehrere Stimmen zu führen, —
 - bei der Wahl von Gemeinde-Verordneten Einen oder Mehrere derselben allein zu wählen, oder an deren Versammlungen selbstständig Theil zu nehmen, —
 - in der Versammlung der Gemeinde oder deren Verordneten sich durch Pächter, Wirthschafts- oder Forst-Beamte seiner Grundstücke vertreten zu lassen;
- b. ob und inwieweit die Wiederauflösung der Vereinigung des Guts-Bezirks oder Wald-Grundstücks mit dem Gemeinde-Bezirk von dem einseitigen Antrage des Guts- oder Wald-Besizers, oder von dem der übrigen Gemeinde-Glieder abhängig sein soll.

Ein solches Statut ist nach den Erklärungen der Betheiligten von dem Landrathe zu entwerfen, dem Kreistage zur Aeußerung darüber und alsdann mit dem Gutachten der Regierung dem Ober-Präsidenten zur Bestätigung vorzulegen.

§. 3.

Stimmrecht.

Die Theilnahme an dem Stimmrechte und die Art der Ausübung desselben in der Gemeinde-Versammlung wird durch die bestehende Orts-Versaffung bestimmt.

§. 4.

Ergiebt sich das Bedürfniß einer neuen Feststellung oder Regelung der Stimmrechte, weil die Orts-Versaffung darüber dunkel oder zweifelhaft ist, oder weil danach wesentliche Mängel in Ansehung der Theilnahme an dem Stimmrechte, namentlich erhebliche Mißverhältnisse gegen die Theilnahme an den Gemeindelaften bestehen, so ist eine solche Ergänzung oder Abänderung der Orts-Versaffung unter Beachtung der Vorschriften der §§. 5. und 6. durch einen von der Regierung zu bestätigenden Gemeinde-Beschluß herbeizuführen.

Kommt ein solcher Beschluß nicht zu Stande, so ist die Regierung befugt, nach Anhörung des Kreistags und mit Genehmigung des Ministers des Innern, die in Ansehung des Stimmrechts erforderliche Ergänzung oder Abänderung der Orts-Versaffung nach Maafgabe der §§. 5. und 6. vorzuschreiben.

§. 5.

- 1) Zur Theilnahme am Stimmrechte dürfen nur solche Einwohner des Gemeinde-Bezirks verstattet werden, welche einen eigenen Hausstand haben und zugleich in dem Bezirke mit einem Wohnhause angeschlossen sind.
- 2) Wenn aber Jemand in dem Gemeinde-Bezirke ein Grundstück besitzt, welches wenigstens den Umfang einer die Haltung von Zugvieh zu ihrer Bewirthschaftung erfordernden Aekernahrung hat, oder auf dem sich eine Fabrik oder eine andere gewerbliche Anlage befindet, deren Werth dem einer Aekernahrung mindestens gleichkommt, so ist derselbe zur Theilnahme am Stimmrechte auch dann zuzulassen, wenn er nicht Einwohner des Gemeinde-Bezirks ist (Forense). Dasselbe gilt auch von juristischen Personen, welche Grundstücke von einem solchen Umfange im Gemeinde-Bezirke besitzen.
- 3) Den Besitzern solcher Grundstücke, welche die übrigen an Werth oder GröÙe erheblich übersteigen, kann mehr als eine Stimme beigelegt werden.
- 4) Auch können die Gemeinde-Glieder in Ansehung ihrer Theilnahme am Stimmrechte in verschiedene Klassen getheilt werden.
- 5) Die Stimmen der Besitzer derjenigen kleineren Grundstücke, welche zu ihrer Bewirthschaftung kein Zugvieh erfordern, können zu Gesamtstimmen (Collectivstimmen) verbunden werden. Dergleichen Besitzer haben alsdann das Stimmrecht in der Gemeinde-Versammlung durch Abgeordnete auszuüben,

welche sie aus ihrer Mitte auf mindestens drei und höchstens sechs Jahre wählen.

§. 6.

In der Ausübung des Stimmrechts, zu welchem ihr Grundbesitz befähigt, können vertreten werden:

- 1) Minderjährige durch ihren Vater, Stiefvater oder Vormund;
- 2) die Ehefrau durch ihren Ehemann, -
sofern zu 1. und 2. der Vater, der Stiefvater, der Vormund und der Ehemann im Gemeinde-Bezirk wohnt, der Stiefvater das zum Stimmrecht befähigte Grundstück bewirthschaftet und der Vormund im Gemeinde-Bezirk Grund-Besitzer ist; fehlen bei einer dieser Personen diese Vorbedingungen, so kann dieselbe die Vertretung einem Stimmberechtigten aus der Klasse des zu Vertretenden oder aus der nächst angrenzenden übertragen;
- 3) unverheirathete Besitzerinnen;
- 4) auswärts wohnende und juristische Personen,
zu 3. und 4. durch Stimmberechtigte derselben oder der nächst angrenzenden Klasse, — zu 4. aber auch durch Pächter oder Nießbraucher der zum Stimmrechte befähigenden Grundstücke.

§. 7.

Die Vorschriften der §§. 5. und 6. finden auch Anwendung, wenn in Folge der Zertheilung von Grundstücken oder der Bildung neuer Ansiedelungen, Colonien oder Gemeinden über die Theilnahme der Bewohner am Stimmrechte zu beschließen ist.

§. 8.

Bildung einer gewählten Gemeinde-Vertretung.

Auf den Antrag einer Gemeinde kann an die Stelle der Gemeinde-Versammlung eine Vertretung derselben durch gewählte Gemeinde-Verordnete eingeführt werden.

Wo dies geschehen soll, sind zuvor durch ein Statut die dazu erforderlichen Festsetzungen zu treffen, insbesondere über die Gesamtzahl der Gemeinde-Verordneten, die Wahlperiode, die etwaige Klassen-Eintheilung der Wähler, die hierbei aus jeder Klasse zu wählende Zahl von Gemeinde-Verordneten und die Wahl-Ordnung.

Ueber ein solches von der Gemeinde, unter Mitwirkung der Orts-Obrigkeit und des Landraths, zu entwerfendes Statut, ist der Kreistag zu hören, und dasselbe dann mit dem Gutachten der Regierung und des Ober-Präsidenten, dem Minister des Innern zur Bestätigung vorzulegen.

§. 9.

Der Minister des Innern ist befugt, eine Gemeinde-Verordneten-Versammlung aufzulösen und eine Neuwahl anzuordnen.

§. 10.

Form der Gemeinde=Beschlüsse, Urkunden, Vollmachten *zc.*

1) Zu einer schriftlichen, einen Gemeinde=Beschluß betreffenden Verhandlung ist erforderlich, daß darin die Namen der bei der Beschlußfassung gegenwärtig gewesenen Gemeinde=Mitglieder angegeben sind, und die Verhandlung außer von dem Schulzen (Scholzen, Richter) und den anwesenden Schöppen (Gerichtsmännern, Gerichts- oder Dorfschworenen), auch noch von mindestens drei anderen der gegenwärtig gewesenen angefahrenen Gemeinde=Mitglieder unterschrieben ist.

2) Urkunden über Rechtsgeschäfte, welche die Gemeinde gegen Dritte verbinden sollen, müssen im Namen der Gemeinde von dem Schulzen und den Schöppen unterschrieben und mit dem Gemeindesiegel bedruckt sein; der dem Abschlusse des Geschäftes zum Grunde liegende Gemeinde=Beschluß und die dazu etwa erforderliche Genehmigung oder Entscheidung der betreffenden Aufsichts=Behörde, müssen der Urkunde in beglaubigter Form beigelegt sein.

3) Vollmachten verbinden die Gemeinde, wenn sie Namens ihrer, unter Bedrückung des Gemeindesiegels, von dem Schulzen und den Schöppen unterschrieben sind, und dabei von diesen Personen bescheinigt ist, daß die Vollmacht auf den Grund eines ordnungsmäßigen Gemeinde=Beschlusses, zu welchem alle Stimmberechtigte gehörig eingeladen worden, ausgestellt sei. Eine solche Vollmacht ist auch dann ausreichend, wenn die Gesetze sonst eine gerichtliche oder Notariats=Vollmacht erfordern. Die §§. 40. bis 42. Titel 3. Theil 1. der Allgemeinen Gerichts=Ordnung sind aufgehoben.

4) Zu dem Nachweise, daß von einer Gemeinde bei der Erwerbung oder Veräußerung von Grundstücken oder denselben gleichstehenden Gerechtigkeiten die den Gemeinden gesetzlich vorgeschriebenen besonderen Formen beobachtet sind, genügt eine Bescheinigung der Regierung.

§. 11.

Vertheilung der Gemeinde=Abgaben *zc.*

Wenn in Ansehung des Maassstabs der Vertheilung der Gemeinde=Abgaben oder Dienste die Orts=Verfassung dunkel, zweifelhaft oder nicht mehr passend ist, insbesondere hergebrachte Gewohnheit (§§. 31. 39. Titel 7. Theil II. Allgemeinen Landrechts) dabei keinen sicheren Anhalt gewährt, oder zu erheblichen Mißverhältnissen führt, so ist eine Ergänzung oder Abänderung der Orts=Verfassung hierüber, unter Beachtung der Vorschrift des §. 12., durch einen von der Regierung zu bestätigenden Gemeinde=Beschluß herbeizuführen.

Kommt ein solcher Beschluß nicht zu Stande, so ist die Regierung befugt, nach Anhörung des Kreistags, mit Genehmigung des Ministers des Innern, die in Ansehung der Vertheilung der Abgaben oder Dienste erforderliche Ergänzung oder Abänderung der Orts=Verfassung vorzuschreiben.

§. 12.

Bei einer solchen neuen Vertheilung der Gemeindelaften (§. 11.) ist darauf zu achten, daß dieselbe mit Berücksichtigung der in der Gemeinde stattfindenden Abstufungen des Grund-Besitzes und des Klassen-Verhältnisses geschehe, und die den einzelnen Gemeinde-Gliedern, oder den Klassen derselben, aufzuerlegenden Anthelle an den Lasten, in ein angemessenes Verhältniß zu den Rechten und Vortheilen treten, welche dieselben in dem Gemeinde-Verbande genießen.

§. 13.

Die Vorschrift des §. 12. findet auch Anwendung, wenn in Folge der Zertheilung von Grundstücken oder der Bildung neuer Ansiedelungen, Colonien oder Gemeinden, über die Theilnahme der Bewohner an den Gemeindelaften zu beschließen ist.

§. 14.

Besteuerung der Staatsdiener.

Insoweit die Staatsdiener nach den bestehenden Gesetzen zu den Gemeindelaften in ländlichen Ortschaften herangezogen werden können, finden daselbst die Vorschriften des Gesetzes vom 11ten Juli 1822. (Gesetz-Sammlung S. 184.) und der Cabinets-Order vom 14ten Mai 1832. (Gesetz-Sammlung S. 145.) Anwendung.

§. 15.

Gemeinde-Waldungen sind auch fernerhin dieser Bestimmung zu erhalten. Eine Verwandlung derselben in Acker oder Wiesen, sowie außerordentliche Holzschläge, können nur mit Genehmigung der Regierung vorgenommen werden.

Die wegen Behandlung der Gemeinde-Waldungen für einzelne Landestheile erlassenen Gesetze und Bestimmungen bleiben in Kraft.

§. 16.

Die Vorschriften im §. 3. Nr. 14. des Gesetzes vom 2ten März 1850. (Gesetz-Sammlung S. 77.) sind aufgehoben.

§. 17.

Wir behalten Uns vor, Landgemeinden, in denen ein Bedürfniß dazu obwaltet, die Annahme der Städte-Ordnung, ingleichen Stadtgemeinden, unter derselben Voraussetzung, die Annahme der Landgemeinde-Verfassung, in beiden Fällen mit den etwa erforderlichen Maaßnahmen zu gestatten.

Ueber jedes Gesuch dieser Art ist zuvor der Kreistag und der Provinzial-Landtag zu hören.

§. 18.

Der Minister des Innern hat die zur Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Charlottenburg, den 14. April 1856.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

v. d. Heydt. Simons. v. Raumer. v. Westphalen.

v. Bodelschwingh. Gr. v. Waldersee. Für den Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten:

v. Manteuffel.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

I n s t r u c t i o n

vom 14. Juli 1856.

N^o 201.

zur Ausführung des Gesetzes vom 14. April 1856., betreffend die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie.

Auf den Grund des §. 18. des Gesetzes vom 14ten April 1856., betreffend die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen der Monarchie, wird zur Ausführung dieses Gesetzes nachstehende Instruction ertheilt:

Artikel 1.

Nachdem der Artikel 105. der Verfassungs-Urkunde durch das Gesetz vom 24sten Mai 1853. (Gesetz-Sammlung Nr. 3751.) und die Gemeinde- u. Ordnung vom 11ten März 1850. durch das Gesetz vom 24sten Mai 1853. (Gesetz-Sammlung Nr. 3755.) aufgehoben, und die früheren Gesetze und Verordnungen über die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen wieder hergestellt resp. aufrecht erhalten worden sind, worüber bereits nähere Erläuterung in der Instruction vom 5ten Juni 1853. (Ministerial-Blatt für die gesammte innere Verwaltung de 1853. Seite 116. ertheilt ist,

nachdem ferner wegen Erhaltung und Ergänzung der mit den ländlichen Communal-Verfassungen in den östlichen Provinzen in wesentlichen Beziehungen stehenden ländlichen Polizei-Verfassung die Gesetze vom 14ten April d. J., betreffend die Abänderung des Artikels 42. und Aufhebung des Artikels 114. der Verfassungs-Urkunde (Gesetz-Sammlung Nr. 4412.) und vom 14ten April d. J., betreffend die ländlichen Orts-Brigaden in den sechs östlichen Provinzen (Gesetz-Sammlung Nr. 4413.) ergangen sind, —

be-

bezweckt das gegenwärtige Gesetz vom 14ten April d. J., betreffend die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen (Gesetz-Sammlung Nr. 4114.), die im Artikel 3. des Gesetzes vom 24ten Mai 1853. vorbehaltene Fortbildung der Landgemeinde-Verfassungen durch ergänzende Bestimmungen zu den darüber bestehenden Gesetzen.

Die wichtigsten Vorschriften auf diesem Gebiet, welche insbesondere nach Inhalt des gegenwärtigen Gesetzes vom 14ten April d. J. eine Ergänzung erfahren haben, sind im Eingange desselben aufgeführt.

Eine Uebersicht des gesamten älteren Rechtszustandes in Ansehung des ländlichen Gemeindewesens gewähren die unter dem 29ten October 1855. von dem Minister des Innern erlassenen provinziiellen Zusammenstellungen der Bestimmungen und Anleitungen, betreffend die Landgemeinde-Verfassungen.

Dieser Paragraphe in diesen Zusammenstellungen, welche über Punkte handeln, die durch das nunmehr verkündigte Gesetz vom 14ten April d. J. betroffen werden, fallen hinweg oder modificiren sich gemäß den Vorschriften des letzteren. Unter dieser Maassgabe sind jedoch auch fernerhin die erwähnten Zusammenstellungen anzuwenden und als ein Hülfsmittel, um das gegenwärtige Gesetz im organischen Zusammenhange mit dem gesamten älteren Rechtszustande und den wirklichen Verhältnissen und Bedürfnissen gemäß practisch in Ausführung zu bringen, zu benutzen.

Artikel 2.

Behufs Anwendung der dispositiven Vorschrift im ersten Satz des Alinea 2. §. 1. des gegenwärtigen Gesetzes haben die Regierungen durch die Landräthe unter Mitwirkung der Orts-Obrikeiten und Zuziehung der Schulzen und Schöppen diejenigen Grundstücke, welche bisher noch keinem Gemeinde- oder selbstständigen Guts-Bezirk (z. B. Domainengut, Rittergut, Stiftsgut, Kammereigut, Freigut, königlichem Gut) angehört haben, namentlich dergleichen Mühlen, Krüge, Schmieden, Forst-Grundstücke, Wüstungen 2c. mit Benutzung der landrätlichen Voracten über solche Realitäten, der Orts-Register, Regulirungs- und Separations-Acte, Urbarien u. s. w. ermitteln und nach protocollarischer Vernehmung der Betheiligten, namentlich des Besitzers der Grundstücke, der betreffenden Gemeinden oder Gutsbesitzer, sich Vorschläge darüber machen zu lassen, mit welchem Gemeinde- oder Guts-Bezirk solche Grundstücke nach Lage, Prästations-Verhältnissen u. s. w. am zweckmäßigsten zu vereinigen sein werden.

Sobald eine verhältnißmäßig erhebliche Anzahl solcher Verhandlungen mit den nöthigen Beweisstücken in dem betreffenden Kreise gesammelt sein wird, hat die Regierung den Landrath zu beauftragen, dem nächst anstehenden Kreistage die gehörig vorbereiteten und ausgearbeiteten Vorschläge zur Prüfung und Begutachtung mitzutheilen. Von dem Landrathe ist demnächst dieses Gutachten nebst den Acten an die Regierung berichtlich einzusenden, und von dieser der Gegenstand nach ressortmäßiger Prüfung

fung mit ihrem Gutachten zur Entscheidung des Ober-Präsidenten zu bringen. Ueber jedes Grundstück, dessen Vereinigung mit einem Gemeinde- oder Guts-Bezirk in Frage steht, ist in der Regel ein besonderer Bericht an die Regierung resp. den Ober-Präsidenten zu erstatten und von diesem besondere Entscheidung zu ertheilen.

Bei Beurtheilung der Frage, ob ein Grundstück bisher schon einem Gemeinde- oder Guts-Bezirk angehört habe oder nicht, ist überall mit gründlicher Erörterung und vorsichtiger Würdigung der bestehenden Verhältnisse und ihres Entwicklungsganges in Ansehung der Ausbildung und Begrenzung der Gemeinde- und Guts-Bezirke zu verfahren. Was insbesondere die Kirchen-, Pfarr- und Schul-Grundstücke betrifft, so hat sich deren Verbindung mit den Gemeinde- und Guts-Bezirken größtentheils schon dergestalt geordnet, daß hierüber im Allgemeinen von Amtswegen keine weiteren Verhandlungen anzuregen sind. Vorkommendenfalls aber hat der Ober-Präsident, bevor über eine für nothwendig erachtete neue Vereinigung solcher Grundstücke mit einem Gemeinde- oder Guts-Bezirk Entscheidung getroffen wird, mir Anzeige zu erstatten, damit über die hierbei in Betracht kommenden Parochial- und Patronats-Verhältnisse mit den Ressort-Behörden in Communication getreten werden könne.

In Ansehung der Bestimmungen in Alinea 3 und 4 des §. 1. sind die Anträge Behufs Einleitung von Verhandlungen abzuwarten; jedoch nach Rücksprache mit den Betheiligten wieder aufzunehmen, wenn bezüglich Anträge schon aus früherer Zeit vorliegen, aber bisher bloß aus Rücksicht auf das zu erwartende, nunmehr ergangene Gesetz über die Landgemeinde-Verfassungen zurückgestellt worden sind.

Wird die Vereinigung eines Gemeinde-Bezirks mit einem Guts-Bezirk gemäß Alinea 3 §. 1. nachgesucht, so ist den Behufs Einholung der Allerhöchsten Genehmigung durch Vermittelung der Regierung und des Ober-Präsidenten einzureichenden Verhandlungen gleichzeitig das in diesem Falle nach §. 2. zu errichtende Statut, nachdem dasselbe vom Ober-Präsidenten zur Bestätigung geeignet befunden worden, zur diesseitigen Kenntnissnahme beizufügen.

Überall ist bei Anwendung der Bestimmungen des §. 1. des gegenwärtigen Gesetzes das Verhältniß zu dem polizei-obrigkeitlichen Bezirke, nach näherer Vorschrift des §. 11. des Gesetzes vom 14ten April d. J., betreffend die ländlichen Orts-Obrigkeiten in den sechs östlichen Provinzen, imgleichen, in vorkommenden Fällen, zu den Stadt-Bezirken, nach §. 2. der Städte-Ordnung vom 30sten Mai 1853., mit zu beachten.

Artikel 3.

Wenn im §. 2. für gewisse Fälle die Errichtung eines Statuts dispositiv vorgeschrieben, ferner die in den §§. 4., 7., 8., 11., 13. und 17. besondere Bestimmungen über die Ausübung autonomischer Befugnisse der Gemeinden gegeben sind, so hat dadurch die den Landgemeinden, unter Mitwirkung der Aufsichts-Behörden, nach älterer Verfassung und Gesetzgebung hinsichtlich der inneren Communal-Angelegenhei-

ten überhaupt zutreffende Autonomie nur für einzelne Gegenstände eine Ergänzung durch nähere Präcisirung, resp. Erweiterung erfahren. Es bleiben daher für andere, durch die Vorschriften dieses Gesetzes nicht betroffene Gegenstände des Communal-Wesens die statutarischen Befugnisse der Landgemeinden, wie solche sich sonst aus der bestehenden Verfassung und Gesetzgebung nach den in dem Rescript und den Zusammenstellungen vom 29sten October 1855. §. 8. u. fgd. aufgeführten Bestimmungen näher ergeben, unberührt.

Uebrigens entspricht es der Stellung der Orts-Obrigkeiten, daß dieselben auch bei Anwendung der §§. 2., 4., 7., 11., 13. und 17., insbesondere vor bezüglicher Einholung des Gutachtens des Kreistages, mit ihren Erklärungen vernommen werden.

Artikel 4.

In Betreff des Stimmrechts bildet die an die Spitze gestellte Vorschrift des §. 3., wonach die Theilnahme an dem Stimmrechte und die Art der Ausübung desselben in der Gemeinde-Versammlung durch die bestehende Orts-Verfassung bestimmt wird, die Grundlage, dergestalt, daß erst in dem Falle, wenn in einer Gemeinde über das Stimmrecht neue Anordnungen gemäß §. 4. sich als ein Bedürfniß ergeben und getroffen werden müssen; die in den §§. 5. und 6. enthaltenen Normen über die Zulassung zum Stimmrechte und über die Vertretung in der Ausübung desselben zur Anwendung kommen.

Nr. 1. des §. 5. setzt für den Fall solcher neuen Anordnung den Besitz eines Wohnhauses im Gemeinde-Bezirk nur als Grenze fest, von welcher bei Verstattung zum Stimmrecht nicht abgegangen werden soll, was aber nicht ausschließt, nach Befinden der Umstände auch neben dem Hausbesitze noch einen Landbesitz von einem gewissen Umfange als Maaßgabe festzustellen. Außerdem bietet aber auch die Vorschrift unter Nr. 5. des §. 5. Hülfsmittel dar, um einen nachtheiligen Einfluß des den bloßen Hausbesitzern eingeräumten Stimmrechts, den Besitzern von Acker-Nahrungen gegenüber, zu vermeiden.

Bei eventueller Anwendung der Nr. 4. des §. 5. sind die in der Gegend bereits üblichen Einrichtungen wegen Eintheilung der Gemeindeglieder in Klassen und die sich hiernach und nach den besonderen localen Verhältnissen empfehlende angemessene Vertheilung der Stimmen auf die Gemeindeglieder nach Quoten (z. B. ganze, halbe, viertel Stimmen etc.), ferner die Beziehung und Verhältnißmäßigkeit der gewährten Rechte und Vortheile zu dem Maße und zu der Vertheilung der Lasten in dem Gemeinde-Verbande mit Berücksichtigung der Grundsätze des §. 12. sorgfältiger Erwägung zu unterwerfen.

Die Bestimmung des §. 6., wonach in der Ausübung des Stimmrechts Minderjährige durch ihren Stiefvater, sofern derselbe im Gemeinde-Bezirk wohnt und das zum Stimmrecht befähigende Grundstück bewirtschaftet, vertreten werden können, wird

der besonderen Aufmerksamkeit im Interesse des bekannten Verhältnisses der sogenannten „Interims-Wirthschaft“ empfohlen.

Die Bestimmungen des §. 7. und, im Zusammenhange hiermit, des §. 13. enthalten insbesondere die im Eingange des gegenwärtigen Gesetzes angekündigte Ergänzung der Gesetze vom 3ten Januar 1845. und vom 24sten Mai 1853.

Artikel 5.

Ergiebt sich das Bedürfniß der Einführung einer dauernden Gemeinde-Vertretung durch gewählte Gemeinde-Verordnete für eine Commune nach den aus früherer Zeit bereits vorliegenden, in Erwartung des gegenwärtigen Gemeinde-Gesetzes zurückgestellten Anträgen oder sonst durch bestimmt hervortretende Zustände, und geht zufolge §. 8. des gegenwärtigen Gesetzes von selbst ein Antrag der Gemeinde auf Einführung einer gewählten Gemeinde-Vertretung nicht ein, so kann die Regierung die Gemeinde durch den Landrath auffordern lassen, gleichzeitig mit dem Vorschlage eines Statuts über die erforderlichen Festsetzungen, den Antrag wegen Einführung einer gewählten Gemeinde-Vertretung zum Gegenstande der Verathung und Beschlußnahme zu machen.

Bevor jedoch die Regierung ihrerseits eine solche Anregung geben läßt, sind die betreffenden Verhältnisse einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen, wobei unter gehöriger Würdigung der in dem Wahl-Stimmrecht der Gemeindeglieder von Alters her begründeten Vorzüge des ländlichen Gemeindelebens der nach Local-Verhältnissen verschiedenen Bedeutung der Vermögens-Objecte der Gemeinden, wie auch der übrigen Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes zum Zweck der Vereinfachung der Communal-Verwaltung, besonders des §. 5. Nr. 4. und 5., betreffend die Klassen-Eintheilung und Einführung von Gesamt-Stimmen (Collectiv-Stimmen), und des §. 10. wegen Erleichterung und näherer Feststellung der Form schriftlicher Gemeinde-Beschlüsse, Urkunden, Vollmachten u. s. w., die Bedürfnisfrage einer gründlichen Erwägung zu unterziehen ist.

Artikel 6.

Wegen Einführung der städtischen Verfassung für Landgemeinden in Gemäßheit des §. 17. in dazu geeigneten Fällen sind die desfalligen Anträge abzuwarten, oder, wo dergleichen aus letzterer Zeit etwa bereits vorliegen, hierüber die betreffenden Landgemeinden durch den Landrath anderweitig unter Erwägung der Bedürfnisfrage, mit Rücksicht auf den Einfluß des gegenwärtigen Gesetzes auf die Regelung der Communal-Verhältnisse des Orts, zu vernehmen.

Hält die Regierung den Antrag wegen Einführung der städtischen Verfassung in einer Landgemeinde, durch die Ausbildung eines etwa bereits eingetretenen überwiegend städtischen Lebens, mit Rücksicht auf den Umfang ihrer Bevölkerung, die Blüthe und Bedeutung der vorhandenen gewerblichen und Verkehrs-Verhältnisse, die Lage an Verbindungsstraßen, frühere historische Verhältnisse u. s. w. für begründet, so hat sie
durch

durch den Landrath einen Entwurf der für den Fall der Einführung der Städte-Ordnung vom 30sten Mai 1853. etwa erforderlichen Modification derselben aufstellen und die betreffende Landgemeinde hierüber näher vernehmen zu lassen. Es wird dabei in der Regel nach Analogie der Bestimmung im §. 1. Alinea 2. der Städte-Ordnung die einfachere städtische Verfassung ohne collegialischen Gemeinde-Vorstand in Gemäßheit des Titels VIII. zum Grunde zu legen sein.

Der Landrath hat demnächst die Verhandlungen, unter gründlicher Darstellung der statistischen Verhältnisse, dem Kreistage zur gutachtlichen Erklärung vorzulegen, und diese der Regierung einzureichen, welche darüber an den Ober-Präsidenten berichtet. Letzterer hat hierauf den Antrag, sobald derselbe zur Einholung des Gutachtens des Provinzial-Landtags hinreichend vorbereitet erscheint, an den Minister des Innern zu befördern.

Artikel 7.

Weitere Instructionen zur Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes, welches durch den Anschluß an einen bekannten Rechtszustand die Anwendung der in übersichtlicher Form gewährten ergänzenden Bestimmungen erleichtert, bleiben vorbehalten, insofern sich dazu bei der practischen Handhabung desselben und Entscheidung specieller Fälle ein Bedürfniß ergeben sollte, namentlich in Ansehung der Vertheilung der Gemeinde-Lasten und Besteuerung der Staatsdiener (§. 11. bis 14.); eben so mit Rücksicht auf die besondern und eigenthümlichen Verhältnisse einzelner Landestheile.

Berlin, den 14. Juli 1856.

Der Minister des Innern.
v. Westphalen.



Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 36.

Oppeln, den 4. September 1856.

Allgemeine Gesehsammlung.

N^o 44. enthält:

- (N^o 4497.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 7ten Juni 1856., betreffend die Aufhebung der in der Land-Feuer-Ordnung für das platte Land in Vor- und Hinter-Pommern vom 24sten Mai 1756. getroffenen Bestimmungen, hinsichts der Anlage von Schmieden durch polizeiliche Bestimmungen.
- (N^o 4498.) Die Uebereinkunft zwischen Preußen und den Niederlanden, wegen der Zulassung Preussischer Consuln in den Niederländischen Colonien, d. d. Haag, den 16ten Juni 1856.
- (N^o 4499.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 15ten Juli 1856., betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussée von Altenhausen, im Kreise Neuhaldensleben, Regierungs-Bezirk Magdeburg, bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Calbörbe.
- (N^o 4500.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 18ten Juli 1856., betreffend einige Abänderungen des revidirten Reglements der Land-Feuer-Societät für die Kurmark Brandenburg (mit Ausschluß der Altmark), für das Markgrafenthum Niederlausß und die Districte Züterbogk und Belzig, vom 15ten Januar 1855.
- (N^o 4501.) Die Bestätigungs-Urkunde, betreffend einen Nachtrag zu dem Statut der Kottbus-Schwielochseer Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 22sten Juli 1856., und
- (N^o 4502.) Die Bekanntmachung über die unterm 15ten Juli 1856. erfolgte

Allerhöchste Befätigung der Statuten der „Vaterländischen Hagel-
Versicherungsgesellschaft zu Elberfeld.“ Vom 13ten August 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

N^o 206. Da die Beaufsichtigung des Betriebes beweglicher Dampffessel (Locomobilen), welche zum Betriebe des Bergbaus verwendet werden, nach den bei den stehenden Dampf-Maschinen gemachten Erfahrungen am zweckmäßigsten durch die Berg-Be-
hörden erfolgt, so bestimme ich, in Bezug auf den Erlaß vom 13ten März 1855., daß in dergleichen Fällen der Betrieb der Locomobilen fortan durch das betreffende Berg-Amt beaufsichtigt werden soll. Die Ober-Berg-Ämter sind veranlaßt, das Erforderliche dieserkhalb anzuordnen.

In Betreff der Prüfung der Locomobilen, Behufs Ertheilung der polizeilichen Genehmigung zu deren Inbetriebsetzung überhaupt, welche am Orte ihrer Verfertigung zu geschehen pflegt, bewendet es bei der Bestimmung des Erlasses vom 13ten März 1855. Berlin, den 4. August 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

In Vertretung:

(gez.) von Pommer-Esche.

An die königliche Regierung zu Oppeln. IV. 6681. V. 4301.

Den vorstehenden Erlaß bringen wir, unter Hinweisung auf unsere Verordnung vom 24sten Juli v. J. (Amtsblatt pro 1855. Stück 33. Seite 255 — 257.), zur allgemeinen Kenntniß.

Oppeln, den 18. August 1856.

N^o 207. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die nach der Allerhöchsten Verordnung vom 18ten d. Mts., vom 1sten November d. J. ab, wieder zu gewährende Steuer-Bergütung für ausgehenden Branntwein mit Allerhöchster Genehmigung auf Zehn Pfennige für das Quart zu 50 Procent Alcohol nach Tralles, der Bestimmung in der Bekanntmachung vom 11ten October 1854. entsprechend festgesetzt worden ist, da die weitere Erhöhung dieses Satzes nach dem Resultat der über den Brennerei-Betrieb angestellten Erörterungen nicht hat für statthaft erachtet werden können.

Berlin, den 29. August 1856.

Der Finanz-Minister.

In Vertretung:

(gez.) Röhmernann.

Ver-:

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Nach dem Allerhöchst genehmigten Hausir-Regulativ vom 28ten April 1824., ist **Nr 208.** der umherziehende Gewerbebetrieb im Grenzzoll-Bezirk nur ausnahmsweise gestattet. Bei dieser Ausnahme hat es auch fernerhin sein Bewenden; allein im Einverständniß mit dem Herrn Provinzial-Steuer-Director, Geheimen Ober-Finanz-Rath von Biegen bringen wir hiermit die Waaren und Gegenstände zur öffentlichen Kenntniß, mit denen Inländern ein Gewerbebetrieb im Umherziehen zu gestatten ist, welchen Controllen die Gewerbetreibenden dabei unterworfen sind, und genau zu beachten haben.

§. 1.

Im Grenzzoll-Bezirk zerfällt der umherziehende Gewerbebetrieb, nach Verschiedenheit der Gegenstände, in drei Abtheilungen.

§. 2.

Zur ersten Abtheilung gehören:

- a. das Umherreisen mit Waarenmustern, um Bestellungen zu suchen;
- b. das Gewerbe umherziehender Musikanten, und die übrigen im §. 18. des Hausir-Regulativs vom 28ten April 1824. benannten Gewerbe, welche bloß Schaustellungen zum Gegenstande haben;
- c. der Handel mit Eiern, frischen Fischen, Krebsen, frischen Gartengewächsen, Gemüse, Kartoffeln, Rüben, mit Brennholz, Nugholz, Besen, Milch, frischem Obst, Flachs, Hanf, Theer, Pech, Kienruß, kleinen Wildpret aller Art, Vögeln und mit lebendigen Thieren, für welche kein Steuer-Tarif-Satz ausgeworfen ist;
- d. die Gewerbe:
 - 1) der Aschensammler;
 - 2) der Scheerenschleifer;
 - 3) der Siebmacher;
 - 4) der Feinklapperer;
 - 5) der Topfbinder;
 - 6) der Ziegelofenseher;
 - 7) der Kesselflicker, und
 - 8) der Zinngießer.

Die in dieser Abtheilung benannten Gewerbe sind keiner Steuer-Controle unterworfen. Sie können also, wenn die Erlaubniß dazu im Gewerbschein ausdrücklich ertheilt worden ist, auch in dem Grenz-Bezirk unter denselben Bedingungen wie an andern Orten betrieben werden.

§. 3.

Zur zweiten Abtheilung gehört der Handel im Umherziehen mit:

- a. Samereien und Hülsenfrüchten;
- b. rohem Leinen = Garn;
- c. irdenen Pfeifen, Schleifsteinen und Schiefertafeln;
- d. Schnürriemen und Stiefelwichse;
- e. Bast, Strohmatte und Bettfedern;
- f. groben Holzwaaren, als grobe Böttcher-, Drechsler-, Tischler-, Korbflechter- und alle rohen oder bloß gehobelten Holzwaaren, Wagenarbeiten und Werkzeugen von Holz;
- g. groben Bürstenbinder-Waaren, Schreibfedern, Knochen, Federabfällen und gemeinen Töpferwaaren;
- h. Wachfiguren, Sieben, Hecheln und Maufesallen, papiernen Schachteln, Kupferstichen, Gipsfiguren, Gips und Kalk;
- i. Holz- und Steinkohlen;
- k. Pumpen, Fellen, Borsten und Roßhaaren;
- l. Korbstöpseln, gemeinen Seiler- und anderen Hanfwaaren;
- m. Honig, Wachs und Wallrath;
- n. Wachholbersaft und Harzschwamm;
- o. mit optischen Instrumenten, Barometern und Thermometern.

Die Personen, welche mit diesen Waaren vermöge der ihnen im Gewerbschein ertheilten Erlaubniß, im Grenzbezirk umherziehend handeln wollen, müssen sich sogleich bei oder kurz vor ihrem Eintritt in den Grenzbezirk bei dem nächsten Zoll- oder Steuer-Amte oder außerhalb des Grenzbezirks bei der zur Ertheilung von Legitimations-Scheinen vorhandenen Stelle mit einem Legitimations-Schein versehen, in welchem die Menge und Gattung der Waaren, der Weg, welchen die Gewerbetreibenden nehmen wollen, und die Zeit des Aufenthalts bemerkt wird.

Mit diesen Legitimations-Scheinen müssen sie sich über den Transport der Waaren bei jedem zur Nachfrage befugten Beamten oder Gendarmen ausweisen, und die in §. 8. der Zollordnung bestimmten Transportstunden genau einhalten.

Diese Stunden sind in den Monaten Januar, Februar, October, November und December von 7 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, in den Monaten März, April, August und September von 5 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends, und in den Monaten Mai, Juni, Juli von 4 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Von Einhaltung dieser Tagesstunden findet nur eine Ausnahme statt, wenn in außerordentlichen Fällen die Erlaubniß des betreffenden Hauptzoll- oder Steuer-Amtes 1. Klasse, soweit dies zur Anfertigung der Waaren-Transporte befugt ist, vor der Ueberschreitung der Binnen-Linie ertheilt wird.

In dieser Erlaubniß muß der Waarenführer, die Waaren selbst, die Straße und die Zeit, für welche solche gilt, benannt werden.

§. 4.

Die Händler mit Häuten, Fellen, Koffhaaren und Lumpen müssen überdies die Gegenstände ihres Handels, welche sie bei sich führen, nebst dem Legitimations-Schein bei jedem Zoll- oder Steuer-Amte im Grenz-Bezirk zur Aufsicht stellen, auch im Fall des Minderbefundes gegen den Inhalt des Legitimations-Scheins, sich über den Abgang gehörig ausweisen, damit sich das Amt von der Uebereinstimmung mit dem Legitimations-Schein überzeugen, und darauf die vorhandene Quantität der Waaren bemerken kann.

§. 5.

In die dritte Abtheilung gehört der Hausirhandel mit:

- a. leinen Band, Zwirn und Strümpfen;
- b. wollenen Garn;
- c. groben Blech und inländischen mit Fabrikzeichen versehenen Eisenwaaren aus geschmiedetem Eisen, Eisenblech, Stahl- und Eisenbrath, die nicht zu den Abtheilungen II. Nro. 6. d.³, Nro. 19c. und Nro. 20. der Erhebungs-Rolle vom 30sten October 1831. genannten Waaren gehören;
- d. Steingut, Fayence und groben weißen Porzellan, und
- e. mit Butter, Käse und Wolle.

Die Personen, welche in ihrem Gewerbschein die Erlaubniß erhalten, mit diesen Gegenständen auch im Grenzbezirk hausirend zu handeln, haben nicht nur die oben §. 3. enthaltenen Vorschriften zu befolgen, sondern es müssen auch die Waaren vor dem Eintritt in den Grenzbezirk durch ein Zoll- oder Steueramt unter vollständig sichern Blei- oder Siegelverschluß gelegt werden. Sie dürfen ferner im Grenzbezirk nur in solchen verschlossenen Packeten geführt und die Packete nur durch ein Zollamt geöffnet und zerlegt werden, alsdann aber wird durch dieses Amt das Packet für den weitem Transport aufs Neue unter Siegel- oder Bleiverschluß gestellt werden.

Diesjenigen Gegenstände, welche sich nach ihrer Beschaffenheit nicht wohl in Packeten bringen lassen, werden, z. B. Sensen, Sichel, Futtererschneiden, einzeln mit daran befestigten Pack- oder Bleisiegeln versehen.

Für die Verbleiung hat der Hausirer die gesetzliche Gebühr, nämlich 1 Sgr. für das Blei zu zahlen, zur Versiegelung aber das Material selbst zu liefern.

§. 6.

Mit allen andern, als der in den §§. 2., 3. und 5. genannten und insbesondere mit den im §. 38. des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 30sten Mai 1820. vom Hausirhandel überhaupt ausgeschlossenen Gegenständen, ist der Handels- und Gewerbebetrieb im Umherziehen im Grenzbezirk unbedingt verboten.

§. 7.

Wer die in den §§. 3., 4. und 5. vorgeschriebenen Steuer-Controll-Bedingungen nicht gehörig erfüllt, verfällt gemäß den §§. 17. und 123. der Zollordnung vom 26sten

26sten Mai 1818. entweder in die, durch den §. 111. der letztern und folgenden bestimmten Strafen, oder wenn der durch den §. 124. der Zollordnung nachgelassene Beweis geführt wird, in die dort bestimmte Ordnungsstrafe von 1 bis 10 Rthlr.

§. 8.

Um aber die vorsehend angezogenen Vorschriften der Zollordnung, erneuert in Erinnerung zu bringen, haben wir dieselben hierunter abdrucken lassen, und weisen die Landrätthe und die betreffenden Magisträte an, dieselben zur größtmöglichsten Deffentlichkeit zu bringen, und insbesondere diejenigen Personen, welche ein umherziehendes Gewerbe betreiben, oder einen Gewerbschein mit Einschluß des Grenzbezirks nachsuchen, von Amtswegen darauf zu verweisen. Oppeln, den 20. August 1856.

Auszug

A. aus der Zoll- und Verbrauchssteuer-Ordnung vom 26sten Mai 1818.

§. 17.

Innerhalb des Grenzbezirks können früher bestandene Gewerbe mit verbrauchssteuerpflichtigen fremden oder gleichnamigen inländischen Gegenständen nur fortgesetzt und neue nur angefangen und betrieben werden, unter Beobachtung derjenigen Vorschriften, welche die Regierung nach der Verthilichkeit anordnen wird, um das Gewerbs- und Abgaben-Interesse zu sichern.

Die deshalb zu erlassenden Verfügungen sollen von beiden Abtheilungen der Regierungen gemeinschaftlich erwogen werden.

§. 111.

Wer es unternimmt, Waaren oder Sachen, deren Einfuhr oder Ausfuhr der Staat verboten hat, dem Verbote zuwider, ins Land zu bringen oder herauszuschaffen, oder bei der Einfuhr oder Ausfuhr an sich erlaubter Waaren, die dem Staate zukommenden Zoll- und Verbrauchssteuer-Gefälle, demselben zu entziehen, der hat außer der Confiscation der Waaren oder Sachen, wovon die Contravention verübt worden, eine Geldstrafe verwirkt, welche für die verbotenen Gegenstände dem doppelten Werth derselben, oder wenn dieser weniger als zehn Thaler beträgt, dieser Summe gleichkommend, für die erlaubten Gegenstände aber den vierfachen Betrag der betrüglicherweise vorenthaltenen Gefälle ausmachen soll. Diese Gefälle sind überdem von der Strafe unabhängig, nach dem Tarife zu entrichten.

§. 113.

Im Wiederholungsfalle, nach vorhergegangener Bestrafung, soll die für das neue Vergehen eintretende Geldbuße verdoppelt, anstatt derselben aber jedesmal den Schuldigen eine verhältnismäßige Gefängniß-, Zuchthaus- oder Festungsstrafe, die jedoch eine zehnjährige Dauer nicht überschreiten darf, auferlegt werden.

§. 114.

Im dritten Falle soll der Uebertreter, nachdem er sich durch zweimalige Bestrafung nicht

nicht hat abhalten lassen, mit zwei- und zehnjähriger Zuchthaus- und Festungsstrafe belegt, für einen, der aus dergleichen betrügerischen Handlungen ein Gewerbe macht, angesehen, und seiner etwanigen Befugniß zur Treibung des Gewerbes, wobei das Verbrechen begangen worden, verlustig erklärt werden.

Auch soll in diesem Falle auf die öffentliche Bekanntmachung seines Namens, jedoch nur vom Richter, erkannt, und selbige bei Vollstreckung des Straferkenntnisses bewirkt werden.

§. 115.

Bei weiteren Wiederholungen des Verbrechens, ist zwar die Strafe zu schärfen, doch soll eine zehnjährige Zuchthaus- oder Festungsstrafe das höchste Maafß bleiben.

§. 123.

Bei dem Waaren-Transporte soll die Waaren-Contrabention als vollbracht angenommen werden, und die im §. 111. und den folgenden bestimmte Strafe eintreten, sobald dem ersten Declarirungsamte vorübergefahren, oder der Transport auf einem von demselben abführenden Seitenwege betroffen worden, oder auch, wenn der Waarenführer in dem Grenzbezirke außer der Tageszeit (§. 8.) oder auf Nebentwegen zur Tageszeit sich befindet, ohne auf die vorgeschriebene Art sich legitimiren zu können.

§. 124.

Kann jedoch in vorgenannten Fällen (§. 123.) der Waarenführer einen vollständigen Beweis darüber führen, daß er nicht Gegenstände, die mit einem Verbote betroffen sind, ein- oder auszuführen, oder dem Staate Gefälle entziehen gewollt oder gekonnt habe, so soll nur eine nach den Umständen zu ermessende Ordnungsstrafe von einem bis zu zehn Thalern, oder verhältnismäßige Gefängnißstrafe, Statt finden.

B. Aus der Verordnung wegen der Erhebungsbolle der Abgaben und wegen Ergänzung der Zollordnung. Vom 19ten November 1824.

Zu §. 124.

Die Strafe von 1 — 10 Thaler ist auch wider jede Uebertretung der Vorschriften der Zollordnung und der in Gefolge derselben gehörig bekannt gemachten Verwaltungsvorschriften, anzuwenden, worauf eine besondere Strafe nicht gesetzt worden.

Die vorstehenden Verordnungen werden zur sorgfältigen Beachtung in Erinnerung gebracht. Oppeln, den 20. August 1856.

Wir bringen zur allgemeinen Kenntniß, daß in Neustadt D. S. ein Wuchungs-Amt errichtet worden ist, und daß dasselbe mit dem 1sten October d. J. in Wirksamkeit treten wird. Oppeln, den 20. August 1856. N^o 208.

Wir machen darauf aufmerksam, daß eine amtliche Ausgabe der Feldpolizei-Ordnung vom 1sten November 1847., nebst der im Amtsblatt pro 1856. Stück 34.

Seite 33. bis 36. aufgenommenen Instruction vom 1sten Juli d. J., erschienen ist, und Exemplare zum Kostenpreise von 3 Sgr. pro Stück durch den Buchhandel zu beziehen sind. Dppeln, den 21. August 1856.

Der im diesjährigen Kalender irrthümlich zum 1sten October c. angelegte 4te Krammarkt zu Dttmachau, wird
am 1sten December d. J.
abgehalten werden. Dppeln, den 23. August 1856.

Nr 210. Die Dppeln = Zellowaer Chaussee ist an den Dppelner Kreis = Verband übergegangen, und es ist demselben zugleich die von dem Königl. Fiscus bisher ausgeübte Berechtigung zur Geld = Erhebung auf dieser Chaussee nach dem jederzeit für die Staats = Chausseen geltenden Tarife, einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, so wie der sonstigen, die Erhebung betreffenden, zusätzlichen Vorschriften, überlassen worden.
Dppeln, den 26. August 1856.

Es sind nachstehende Agenturen landespolizeilich bestätigt worden, als:

- 1) des Kaufmanns Isaac Friedländer in Guttentag, für die Lebens = Pensions = und Leibrenten = Versicherungs = Gesellschaft „Iduna“ in Halle a. d. S.;
- 2) des Kaufmanns August Pache in Zülz, für die Magdeburger Vieh = Versicherungs = Gesellschaft und für die Lebens = Pensions = und Leibrenten = Versicherungs = Gesellschaft „Iduna“ in Halle a. d. S.;
- 3) des Kaufmanns Colmar Reichmann in Constadt, für die Magdeburger Vieh = Versicherungs = Gesellschaft „Ceres,“ für die Hagelschäden = Versicherungs = Gesellschaft daselbst und für die Lebens = Pensions = und Leibrenten = Versicherungs = Gesellschaft „Iduna“ in Halle a. d. S., wogegen der Gemeinde = Einwohner Fiedler in Constadt die Agentur = Geschäfte für die Magdeburger Vieh = Versicherungs = Gesellschaft niedergelegt hat;
- 4) des ehemaligen Lehrers F. G. Kunze in Borsig bei Ratibor, für die Magdeburger Vieh = Versicherungs = Gesellschaft und für die Hagelschäden = Versicherungs = Gesellschaft „Ceres“ ebendaselbst.

Dppeln, den 2. September 1856.

Unter dem 13ten August 1856. ist dem Besitzer der Wilhelms = Hütte Adolph Meßtern zu Wilhelms = Hütte bei Sprottau ein Patent,
auf eine hydraulische Presse zur Gewinnung des Saftes aus Zucker = Rüben und Pressung, und gleichzeitiger Maceration in der durch Zeichnung und Beschreibung

Schreibung nachgewiesenen Zusammensetzung,
von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt
worden.

Oppeln, den 2. September 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Appella- tions-Gerichts zu Ratibor.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 6ten April 1854. (Extraordinaire Beilage zum Oppelner Regierungs-Amtsblatte pro 1854. Stück 19. ad IV.), machen wir ferner bekannt, daß der Schiedsmanns-Bezirk Brande № 38. des Falkenberger Kreises mit dem aus den Ortschaften: Schloß Falkenberg, Weshelle, Czeppanowik, Lippen und Springsdorf bestehenden Schiedsmanns-Bezirke № 36. vereinigt worden ist. Das Substitutions-Verhältniß wird dahin anderweitig regulirt, daß der vereinigte Bezirk № 36. und der aus den Ortschaften Rosßdorf und Petersdorf bestehende Bezirk № 24., ferner die Bezirke № 37. (Guschwig) und 9. (Groß- und Klein-Mangersdorf) einander gegenseitig vertreten, wogegen das bisher bestandene Substitutions-Verhältniß der Bezirke № 9. (Groß- und Klein-Mangersdorf) und 27. (Silbersdorf) aufhört.

№ 211.

Ratibor, den 23. August 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Zur Lehrerinnen-Prüfung am Seminar zu Steinau a. d. O. ist ein Termin auf den 29ten und 30ten September d. J. angesetzt. Die Gesuche um Theilnahme sind bis zum 17ten September c. bei der unterzeichneten Behörde einzureichen und den Gesuchen folgende Papiere anzuschließen:

№ 212.

- 1) ein ärztliches Attest über den Gesundheitszustand;
- 2) Nachweise und Zeugnisse über die genossene Erziehung und Bildung überhaupt und über die Vorbereitung zum Schul-Amte insbesondere;
- 3) Zeugnisse der Orts-Behörde oder des Pfarrers, resp. des Superintendenten über den bisherigen Lebenswandel und Qualification zum Schul-Amte, und
- 4) ein Lebenslauf, auf dessen Titel anzugeben ist: a. Tag, Jahr, Ort und Kreis der Geburt; b. Wohnort und Kreis-Stadt; c. wo und zu welcher Zeit die Lehrerin vorgebildet ist.

Die an der Prüfung Theilnehmenden melden sich beim Seminar-Director Jung-

Klaß in Steinau am 28sten September c., Nachmittag um 5 Uhr, persönlich.
Breslau, den 18. August 1856.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium von Schlesien.

Nr 213. Zum Zweck der Completirung der Schiffsjungen-Compagnie der unterzeichneten Station, sollen zum 1sten October c. wiederum 76 Schiffsjungen eingestellt werden.

Demzufolge werden diejenigen jungen Leute, die eine solche Einstellung wünschen und den nachstehend aufgeführten Bedingungen entsprechen, resp. deren Eltern oder die Stellvertreter der Letzteren aufgefordert, ihre Aufnahme-Gesuche bis spätestens den 15ten September c. an das unterzeichnete Commando portofrei einzureichen.

Die Annahme als Schiffsjunge bedingt:

- a. ein Lebensalter von wenigstens 14 bis höchstens 17 Jahren;
- b. körperliche Tauglichkeit;
- c. gute Führung;
- d. erfolgte Confirmation;
- e. genügende Schulkennntnisse;
- f. die mit Genehmigung der Eltern eingegangene Verpflichtung, 12 Jahre in der königlichen Marine zu dienen.

Dem Aufnahme-Gesuche ist beizufügen:

- a. Taufschein;
- b. Impfschein;
- c. ärztliches Attest über Gesundheit und dem Alter angemessene Entwicklung der Körperkräfte;
- d. Zeugniß über bisherige Führung, vom Prediger, event. von der Polizei ausgestellt;
- e. Confirmationsschein;
- f. Zeugniß über den früher genossenen Schul-Unterricht;
- g. die von der Polizei-Obrigkeit zu bescheinigende Genehmigung der Eltern oder deren Stellvertreter, Betreffs der im Falle der Aufnahme einzugehenden Verpflichtung zu einer 12 jährigen Dienstzeit in der königlichen Marine.

In dem Gesuche selbst ist anzugeben, ob und seit wie lange der Betreffende ein Handwerk zu erlernen angefangen hat, und ob Derselbe nicht für den Seebienst, sondern für ein Handwerk, und event. für welches ausgebildet zu werden wünscht. Die Wahl des Handwerks muß sich indessen auf ein zum Schiffs- resp. Maschinenbau gehörendes erstrecken, und bleibt es von dem Ermessen der Station und dem Bedürfniß an den resp. Lehrlingen abhängig, den Betreffenden, welcher ohnehin eine gewisse Zeit zur See gefahren haben muß, bevor er als Lehrling eingestellt wird, dennoch zum Seebienste heranzuziehen und zu verwenden.

Die vorläufige Untersuchung und Prüfung der angemeldeten und nach den eingereichten

reichsten Attesten für die Annahme qualificirt befundenen jungen Leute durch eine Commission, wird in dem letzten Dritttheil des Monats September c. stattfinden, Ort und Tag hierfür jedem Einzelnen aber noch näher bezeichnet werden.

An diesem noch zu bezeichnenden Orte müssen die Betreffenden der Commission durch einen ihrer Angehörigen vorgestellt werden, wogegen die Beförderung nach dem Haupt-Station-Orte „Danzig,“ wo dieselben noch einer Super-Revision unterworfen werden, durch die Königliche Marine bewirkt wird.

Bemerkt wird noch, wie die Schiffsjungen keine Aussicht haben, zum Offizier zu avanciren.

Danzig, den 19. August 1856.

Die Marine-Station der Ostsee.

Vom 1sten September d. J. ab, wird in dem an der Dppeln-Creuzburg- resp. Rosenberg-Strasse belegenen Orte Königshuld eine Post-Expedition II. Klasse eingerichtet werden. Die Relais-Station in Czarnowanz wird aufgehoben, und der Land-briefträger Kerger daselbst in Königshuld stationirt werden. N^o 214.

Dppeln, den 27. August 1856.

Der Ober-Post-Director.

In Vertretung:
Eckardt.

Personal-Chronik.

Zur Personal-Chronik

des Ober-Post-Directions-Bezirks Dppeln.

Im Bezirke der hiesigen Ober-Post-Direction sind folgende Personal-Veränderungen eingetreten:

Angestellt und bestätigt:

der frühere Post-Expediteur Fedor Böhme in Dppeln als Post-Expedient bei dem hiesigen Post-Amte; der frühere Post-Expeditions-Gehülfe Gustav Hartel aus Kandrzin, als Post-Expedient und Vorsteher der Post-Expedition in Königshütte, und der Landbriefträger Gottlieb Klapek in Beuthen D. S., als Padvote bei dem Post-Amte daselbst.

Versezt:

der Post-Secretair Kauffmann von Stettin nach Ratibor; der Wagenmeister Jensch aus Ratibor, als Briefträger nach Grottkau; der Post-Conducteur Pelz

Pelz aus Reisse, als Wagenmeister nach Ratibor, und der Post-Expeditieur
Tussek von Zabrze nach Dzieschowiz.

Ausgeschieden:

der Post-Expeditieur Weber in Dzieschowiz, und der Briefträger Adam in
Grottkau.

Oppeln, den 30. August 1856.

Der Ober-Post-Director.

In Vertretung:

Edardt.

Im Amtsbereiche des königlichen Consistorii für die Provinz Schlesien ist der
bisherige Diaconus zu Marklissa Rudolph Christoph als Diaconus und zweiter
Prediger in Schönberg, Laubaner Kreises, angestellt worden.

Dem Pfarr-Administrator Lonzig zu Zellowa, Oppelner Kreises, ist die dor-
tige Pfarrstelle verliehen — der Kaufmann Albert Hildebrandt in Reisse ist zum
Rathsherrn erwählt und bestätigt — und die bisher interimistisch angestellten Lehrer:
Hentke zu Buchelsdorf, Neustädter Kreises, und Geilke zu Rogau, Falkenberger
Kreises, sind definitiv angestellt worden.

Der Kreis-Wundarzt Drosß zu Reisse ist verstorben.

Der königliche Markscheider Hugo Soung in Königshütte ist auf Grund der
bestandenen Prüfung als Feldmesser — und der Bauführer Gustav Dittrich aus
Seibendorf bei Frankenstein als solcher vereidete worden.

Der der Baukunst Befähigte Franz, Daniel Lattke in Gleiwitz, ist auf Grund des
Qualifications-Zeugnisses zum Bauführer ernannt und als solcher vereidete worden.

Extraordinaire Beilage

zum Amts-Blatt der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 36.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

I n s t r u c t i o n

vom 30. Juli 1856.

Nr 205.

zur Ausführung des Gesetzes vom 14. April 1856., betreffend die ländlichen Orts-Obrigkeiten in den sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie.

Auf den Grund des §. 25. des Gesetzes vom 14ten April 1856., betreffend die ländlichen Ortsobrigkeiten in den sechs östlichen Provinzen der Monarchie, wird zur Ausführung dieses Gesetzes nachstehende Instruction ertheilt:

Artikel 1.

Die in dem gegenwärtigen Gesetze abwechselnd gebrauchten Bezeichnungen „Orts-obrigkeit,“ „Polizei-Obrigkeit,“ „ortsobrigkeitliche“ und „polizeibrigkeitliche Gewalt,“ umfassen, nach dem Begriffe der „Polizei“ im weiteren Sinne, die außerhalb des Gebiets der gerichtlichen Competenz liegenden verfassungs- und vorschriftsmäßigen Rechte und Pflichten innerhalb des Ressorts der verschiedenen Verwaltungszweige, als den Gegenstand dieses Gesetzes.

Die im Eingange desselben erwähnte Verordnung vom 3ten Januar 1849. hat in Abschnitt V. nur hinsichtlich der Wahrnehmung der Polizei-Gerichtsbarkeit in den eigentlichen Strafsachen (vergl. §. 61. Th. II. Tit. XVII. des Allg. Landrechts) durch Königl. Behörden Bestimmungen getroffen, den übrigen Bestand der älteren Polizei-Verfassung aber nicht berührt.

Artikel 2.

Den Regierungen bleibt überlassen, für die Fälle, in welchen nach dem gegenwärtigen Gesetze und dieser Instruction eine Mitwirkung des Kreistags stattfindet (§§. 2., 3., 4., 5., 11. und 16. des Gesetzes; Artikel 7. der Instruction), nach Bedürfnis, die Wahl einer vorbereitenden kreisständischen Commission herbeizuführen.

Nur stimmberechtigte Mitglieder des Kreistags, welche selbst, oder deren Machtgeber Inhaber der polizeibrigkeitlichen Gewalt sind, dürfen der Commission, in welcher der Landrath den Vorsitz führt, angehören.

Artikel 3.

Von der dem Staate beigelegten Befugniß zur Uebernahme der polizeiobrigkeitlichen Gewalt in den Fällen des §. 2. ist nur nach vorhergegangener Prüfung der besonderen Verhältnisse in den bezeichneten Fällen Gebrauch zu machen, allerdings aber auch nöthigenfalls gegen den Willen des Inhabers, da nur dessen „Anführung“ erforderlich ist, damit zu verfahren.

In den Fällen unter Nr. 1. und 2. des §. 2., wird es der Uebernahme der polizeiobrigkeitlichen Gewalt auf den Staat der Regel nach dann nicht bedürfen, wenn der bisherige Inhaber auch sonst noch, z. B. als Besitzer eines anderen Guts, oder als juristische Person, Magistrat, Corporation, Stift &c., die polizeiobrigkeitliche Gewalt ordnungsmäßig auszuüben im Stande ist.

Bei Nr. 1. kommt das Verhältniß zu den Vorschriften über Veränderung von Guts- und Gemeinde-Bezirken im §. 1. des Gesetzes vom 14ten April d. J., betreffend die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen, in Betracht. Der Verlust der Eigenschaft eines Ritterguts durch Zerstückelung fällt nicht unter Nr. 1., so lange noch die Eigenschaft eines selbstständigen Gutsbezirkles fortbesteht (vergl. auch §. 1. des gegenwärtigen Gesetzes und §. 6. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. — Gesetz-Samml. S. 99.).

Ist der Fall unter Nr. 2. nicht durch freiwillige Handlungen des Inhabers der polizeiobrigkeitlichen Gewalt herbeigeführt, so empfiehlt sich bei der Anwendung des Gesetzes jede, mit dem Erforderniß einer ordnungsmäßigen Verwaltung vereinbare Berücksichtigung des Besitzers.

In den Fällen unter Nr. 3. wird in der Regel von der, dem Staate beigelegten Befugniß Gebrauch zu machen sein, zur Aufrechthaltung der Stellung der ortsobrigkeitlichen Instanz. Auch ist bei Nr. 3. die Allerhöchste Cabinets-Order vom 25ten Januar 1831., betreffend die Erwerbung von Rittergütern durch Dorf-Gemeinden oder von Mitgliedern derselben (Gesetz-Samml. S. 5.) und die hierzu ergangene Instruction vom 18ten December 1832. (v. R am p f Annalen Band 16. S. 914.) zu beachten.

Artikel 4.

Die Vorschriften des §. 3. finden nicht allein, wenn die polizeiobrigkeitliche Gewalt nach §. 2. auf den Staat übernommen ist, sondern gemäß §. 4. auch da Anwendung, wo dem Staate die polizeiobrigkeitliche Gewalt über ländliche Gemeinde- oder Guts-Bezirke bereits zusteht, oder künftig zufällt.

Vornämlich in der Provinz Posen, in den zum Regierungs-Bezirk Marienwerder gehörigen Landestheilen des ehemaligen Herzogthums Warschau, nämlich in den Kreisen Culm, Thorn, Strassburg und Löbau, dem größten Theile des Graudenz und einem kleinen Theile des Flatower Kreises, desgleichen in Neu-Vorpommern und Rügen, in welchen Landestheilen, zufolge früherer Umgestaltungen, der Verwaltungs-Organisation durch die allgemeine Gesetzgebung der damaligen Landes-Regierungen die

polizeiobrigkeitliche Gewalt dem Staate zugefallen ist, bieten daher die Bestimmungen des §. 3. die Mittel und Wege dar, um hinsichtlich der Wahrnehmungen der polizeiobrigkeitlichen Gewalt, mit den entsprechenden Abänderungen der bestehenden Verwaltungs-Einrichtungen die geeigneten Anordnungen zu treffen.

Für die Provinz Posen werden in dieser Beziehung besondere Instructionen ergehen, bis dahin die Vorschrift im §. 4. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850. maßgebend bleibt.

Der Ausdruck „Staat“ im §. 4. begreift die „Staats-Regierung“ und bezieht sich nicht auf den Königlich Domainen-Fiscus. Die völlige Gleichstellung des Königlich Domainen-Fiscus in seinen Rechten und Pflichten als Inhaber der ortsobrigkeitlichen (polizeiobrigkeitlichen) Gewalt mit allen anderen, zur ortsobrigkeitlichen (polizeiobrigkeitlichen) Gewalt berechtigten Gutsbesitzern versteht sich von selbst.

Artikel 5.

Wird bei Anwendung des §. 3. die polizeiobrigkeitliche Gewalt einem Gute verliehen, so werden in der Verleihungs-Urkunde die entsprechenden näheren Bestimmungen festgesetzt: z. B. für den Fall des Besitzwechsels, ähnlich wie in den Urkunden über neue Verleihung der Ritterguts-Eigenschaft.

Es kann ferner, nach Verschiedenheit der Fälle (vergl. §. 2.), bei Anwendung des §. 3. in dem Gebiete des §. 4., die polizeiobrigkeitliche Gewalt mit dem Besitze eines Gutes nicht allein über die dazu gehörigen Grundstücke, sondern auch über andere Realitäten und Ortschaften verbunden, ebenso kann sie als unbefoldetes Ehrenamt einem Grundbesitzer auch außerhalb der Grenzen seines Besitzthums aufgetragen werden.

Die Anhörung des Kreistags ist durch Alinea 2. des §. 3. nur geboten, wenn die Regierung selbst nach vorgängiger Erkundigung Niemanden gefunden hat, der zur Annahme des polizeilichen Ehrenamts geeignet und bereit ist. Sie kann auch durch bloße Umfrage bei den Kreisständen zur geeigneteren Erreichung des Zwecks erfolgen.

Artikel 6.

Die Bestimmung des §. 5. bezweckt, den aus der zu entfernten Lage eines Theils des polizeiobrigkeitlichen Bezirks von dem Sitze des berechtigten Guts sich ergebenden objectiven Schwierigkeiten für eine ordnungsmäßige Verwaltung, denen weder durch die persönliche Thätigkeit des Inhabers, noch durch Bestellung eines Stellvertreters wohl abzuheffen ist, durch anderweitige Uebertragung der polizeiobrigkeitlichen Gewalt über solche entlegene Gebietsheile die nöthige Abhülfe zu verschaffen. Es handelt sich auch hierbei um bleibende Veränderungen des polizeiobrigkeitlichen Bezirks. Von dem Mittel solcher Uebertragungen wird vornämlich in den Fällen Gebrauch zu machen sein, wenn entlegene kleinere Ortschaften, einzelne Etablissements, Colonien, Forst-Grundstücke, auf welchen besondere Stellvertreter oder eigene Beamte nicht wohl gehalten werden können, in Betracht kommen.

Artikel 7.

Bei Ausführung des §. 7., welcher in Ergänzung der Verordnung vom 31sten März 1838. und des Gesetzes vom 24sten April 1846., dem Inhaber der polizeibrigkeitlichen Gewalt neben der dort ausgesprochenen Berechtigung zur Bestellung eines Stellvertreters, auch die Verpflichtung auferlegt, einen Stellvertreter zu ernennen, wenn entweder die Ausdehnung des Polizei-Bezirks dies erforderlich macht, oder wenn er aus einem in seiner Person liegenden Grunde an der ordnungsmäßigen Ausübung der Polizei-Verwaltung behindert wird, ist grundsätzlich davon auszugehen, daß es dem Wesen des gesammten Instituts als ein besonderer Vorzug desselben entspricht, wenn die Inhaber der polizeibrigkeitlichen Gewalt sich der Ausübung derselben so viel als möglich persönlich unterziehen.

Ob die Ausdehnung des Polizei-Bezirks die Ernennung eines Stellvertreters in der That erforderlich macht, ist wesentlich nach den obwaltenden besonderen Local-Verhältnissen in dem einzelnen Falle zu ermessen. Zu den Behinderungs-Gründen, welche in der Person des Inhabers der polizeibrigkeitlichen Gewalt liegend, die Ernennung eines Stellvertreters nothwendig machen, gehören Minderjährigkeit, weibliches Geschlecht, lange dauernde Abwesenheit, anhaltende Krankheit, besondere in der Person vorhandene Gründe, welche nach den vorliegenden Thatfachen nachhaltig an einer gehörigen Geschäftsführung hindern.

In den Fällen aber, wo die Ernennung eines Stellvertreters erfolgt, verbleibt dem Inhaber der polizeibrigkeitlichen Gewalt, insofern er nicht des Rechts zur Ausübung derselben, resp. der Befugniß zur Ernennung eines Stellvertreters verlustig gegangen, die Leitung des Stellvertreters, sowie die Befugniß, persönlich ebenfalls an der Verwaltung Theil zu nehmen und einzelne Acte unter eigener Verantwortlichkeit an sich zu ziehen.

Unter Umständen kann es sich als eine zweckmäßige Einrichtung empfehlen, daß mehrere Inhaber der polizeibrigkeitlichen Gewalt dieselbe Person zum Stellvertreter für verschiedene, an einander grenzende Polizei-Bezirke ernennen, auch, daß auf die Vereinigung der Stellvertretung mit den Geschäften der Polizei-Anwaltschaft in derselben Person Bedacht genommen wird, wie ebenfalls, nach Bewandniß der Umstände, im Interesse einer ordnungsmäßigen Polizei-Verwaltung und einer mit dem Zwecke vereinbaren Kostenersleichterung die Bestellung eines gemeinschaftlichen Executiv-Personals, die Beschaffung und Unterhaltung gemeinschaftlicher Gefängniß-Localien u. s. w. liegen kann, natürlich unbeschadet des selbstständigen Rechts-Verhältnisses jedes einzelnen theilhabenden Inhabers der polizeibrigkeitlichen Gewalt und jedes Polizei-Bezirks.

Diejenigen Fälle, auf welche sich §. 8. bezieht, sind wegen der erheblichen praktischen Bedeutung für eine ordnungsmäßige Polizei-Verwaltung, möglichst bald zu ermitteln und zu ordnen, wobei vorzüglich dahin zu wirken ist, daß Einer von den verschiedenen Inhabern der polizeibrigkeitlichen Gewalt die Polizei-Verwaltung über die ganze

ganze Ortschaft übernimmt, oder, wenn dies nicht gelingt, ein in dem Orte oder möglichst in der Nähe wohnender gemeinschaftlicher Stellvertreter, welcher mit Rücksicht auf §. 2. der Allerhöchsten Verordnung vom 31sten März 1838. geeignet erscheint, bestellt wird.

Die Entscheidung der Aufsichts- Behörde, welche von der Regierung des Bezirks zu treffen ist, tritt nach §. 9. erst ein, wenn die Inhaber der polizeibrigkeittlichen Gewalt nicht von selbst aus freien Stücken in den Fällen der §§. 7. und 8., wo die Nothwendigkeit sich ergiebt, von der Befugniß zur Ernennung von Stellvertretern Gebrauch machen.

Der Regierung bleibt überlassen, nach Bewandniß der Umstände, für die Anrechnung und Herstellung der in diesem Artikel berührten Vereinigungen und gemeinschaftlichen Einrichtungen im Interesse der Polizei- Verwaltung die Vermittelung des Kreis- tags in Anspruch zu nehmen; imgleichen denselben, im Falle des Widerspruchs des Inhabers der polizeibrigkeittlichen Gewalt bei seiner Vernehmung gemäß §. 9., über die zu treffende Anordnung zu hören.

Artikel 8.

Handelt es sich um die Verleihung der Eigenschaft eines Ritterguts, so können im Interesse einer zweckmäßigen Einrichtung der Polizei- Verwaltung die Verhandlungen nach §. 10. auch darauf gerichtet werden, die dem Gute beizulegende polizeibrigkeittliche Gewalt noch auf andere, als zu dem Gute gehörige, namentlich auch die in derselben Dorf- Feldmark belegenen oder angrenzenden Grundstücke auszudehnen.

Artikel 9.

Bei der nach den örtlichen Verhältnissen sich als Bedürfniß ergebenden Abgrenzung der polizeibrigkeittlichen Bezirke in Verbindung mit den Veränderungen eines bestehenden Gemeinde- oder Guts- Bezirkes nach §. 11., ist das Verhältniß zu den Bestimmungen des §. 1. des Gesetzes vom 14ten April d. J., betreffend die Landgemeinde- Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen und Artikel 2. der dazu erlassenen Instruction des Ministers des Innern vom 14ten Juli d. J., imgleichen, in vorkommenden Fällen, zu §. 2. der Städte- Ordnung vom 30sten Mai 1853. mit zu beachten.

Artikel 10.

Während durch §§. 12., 13. und 14. die Inhaber der polizeibrigkeittlichen Gewalt und deren Stellvertreter wegen einer solchen Handlung, die bei einem Beamten die Natur eines Verbrechens oder Vergehens im Amte haben würde, den Strafgesetzen unterworfen sind, gewährt ihnen auch §. 20. den Schutz, welchen die Beamten genießen, durch Anwendung der Vorschriften des Gesetzes vom 13ten Februar 1854., betreffend die Conflictte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen.

Es ist folgerweise ebenmäßig in Ansehung der Inhaber der polizeibrigkeittlichen Gewalt und deren Stellvertreter das an die Regierungen ergangene Circular- Rescript vom 8ten September 1854. über Erhebung des Competenz- Conflictts zu beachten, in-
dem

dem auch auf den Inhalt des im Justiz-Ministerialblatt Nr. 15. Seite 90. abgedruckten Erkenntnisses des Königl. Gerichtshofes zur Entscheidung der Competenz-Conflicte vom 12ten Januar 1856. verwiesen wird.

Gegenstand des richterlichen Erkenntnisses nach §§. 13. und 14. ist auch die neben der gesetzlich angedrohten Strafe dort vorgesehene Entziehung von Rechten.

Die Inhaber der polizeibrigkeittlichen Gewalt dienen nach der Natur ihres Rechts (§. 1.) dem Staate nicht als Beamte vermöge einer Anstellung, und sind daher auch nicht den für die unmittelbaren oder mittelbaren Beamten ergangenen Disciplinar-Vorschriften unterworfen; sie unterliegen vielmehr bei Ausübung ihrer polizeibrigkeittlichen Rechte und Pflichten dem allgemeinen Aufsichts-Rechte des Staats (conf. §. 1. des gegenwärtigen Gesetzes und der dort mitallegirte §. 22. Titel 17. Th. II. des Allg. Landrechts), und den besonderen auf das Institut der gutherrlichen Polizei bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen.

Vermöge des allgemeinen Aufsichtsrechts des Staats ist die Regierung berechtigt, jeden Inhaber der polizeibrigkeittlichen Gewalt erforderlichen Falls im Wege der administrativen Execution unter Androhung und event. Einziehung von Geldstrafen anzuhalten, die verabsäumten, im Interesse der Polizei-Verwaltung sich als nothwendig ergebenden Anordnungen zu treffen, resp. auszuführen, und, wenn dies fruchtlos bleibt oder Gefahr im Verzuge ist, das Erforderliche auf Kosten desselben ausführen zu lassen. (conf. §. 20. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850. und §. 100. des Gesetzes vom 21sten Juli 1852.)

Ungleich kann die Regierung bei vorkommenden Versäumnissen und Ordnungswidrigkeiten in der Ausübung der polizeibrigkeittlichen Gewalt gegen den Inhaber Vorhaltungen, Ermahnungen und Verwarnungen eintreten lassen, endlich aber auch nach §§. 7. und 9. des gegenwärtigen Gesetzes und Artikel 7. dieser Instruction die Ernennung eines Stellvertreters herbeführen.

Abgesehen hiervon, bieten noch die besonderen Vorschriften der §§. 15. und 16. in den hiernach geeigneten Fällen Mittel, gegen Inhaber der polizeibrigkeittlichen Gewalt außerhalb des gerichtlichen Weges einzuschreiten.

Geldbußen als nachträgliche Ahndung (disciplinarische Strafen) können aber gegen Inhaber der polizeibrigkeittlichen Gewalt, da auf sie das nur für die im unmittelbaren oder mittelbaren Staatsdienste stehende Beamte ergangene Disciplinar-Gesetz vom 21sten Juli 1852. (conf. §. 1. desselben) nicht anwendbar ist, nicht verhängt werden.

Ebenso wenig empfiehlt es sich, gegen denjenigen, welchem die Polizei-Verwaltung als ein unbefoldetes Ehrenamt aufgetragen ist (§§. 3. bis 5. des gegenwärtigen Gesetzes), dergleichen Geldbußen, welche hier zwar an sich gesetzlich nicht unzulässig sein würden, eintreten zu lassen, vielmehr wird es bei der Eigenthümlichkeit dieses Verhältnisses

nicht-

nisses im Allgemeinen rathsam sein, wenn andere geeignetere, in dem Aufsichtsrechte liegende Mittel zur Herstellung einer ordnungsmäßigen Polizei-Verwaltung nicht zum Ziele führen, auf Anwendung des §. 18. Bedacht zu nehmen.

Ueberhaupt muß den Behörden vertraut werden, daß sie bei Ausübung des Aufsichtsrechts die richtigen Formen und Modalitäten anwenden werden, welche im wohl-erwogenen Interesse der Sache, sowohl nach der eigenthümlichen Stellung der ihre polizeibrigkeitsliche Gewalt persönlich verwaltenden Inhaber, als derjenigen, welchen dieselbe als ein unbefoldetes Ehren-Amt aufgetragen ist, sich als angemessen und nothwendig ergeben.

Gegen die von den Inhabern der polizeibrigkeitslichen Gewalt ernannten Stellvertreter, welche sich, vermöge dieser dienstlichen Anstellung, im Sinne und nach Analogie des §. 69. Titel 10. Theil II. des Allg. Landrechts und gemäß ihrer Vereidigung nach dem Gesetze vom 24ten April 1846. in dem Verhältniß mittelbarer Beamten befinden, können im Disciplinarwege geeigneten Falls Geldbußen verhängt werden, insofern es die Regierung nicht vorzieht, die Entlassung des Stellvertreters zu verfügen, welche von ihr nach §. 2. der Allerhöchsten Verordnung vom 31ten März 1838. aus bewegenden Gründen, worüber sie nur allein der vorgesetzten Behörde auf Erfordern Rechenschaft zu geben hat, zu jeder Zeit angeordnet werden kann.

Artikel 11.

Durch §. 21. ist in Ansehung der Bestellung der Schulzen und der Schöppen überall die Bestätigung durch den Landrath eingeführt.

Im Uebrigen behält es nach Inhalt des §. 21. hinsichtlich der Bestellung der Schulzen und der Schöppen bei den bestehenden Observanzen oder sonstigen Rechtsnormen sein Bewenden, und nur für den Fall, daß hiernach etwas Anderes nicht feststeht, ist auf die Regel, daß die Ernennung durch den Inhaber der Ortsobrigkeit nach Anhörung der Gemeinde erfolgt, hingewiesen.

Wo daher z. B. nach bisheriger Observanz oder sonstiger Rechtsnorm die Ernennung des Schulzen und der Schöppen durch den Inhaber der Orts-Obrigkeit ohne Anhörung der Gemeinde, oder eine Wahl Seitens der letzteren, stattgefunden hat, bewendet es hierbei, vorbehaltlich der Bestätigung durch den Landrath, auch fernerhin.

Wo eine Wahl durch die Gemeinde stattfindet, ist das Resultat von dem Inhaber der Orts-Obrigkeit mit dessen gutachtlicher Erklärung dem Landrath, Behufs der Bestätigung, anzuzeigen. Im Falle des Widerspruchs Seitens des Inhabers der Orts-Obrigkeit, hat der Landrath, vor Ertheilung der Bestätigung, die Entscheidung der Regierung einzuholen.

Artikel 12.

Der Landrath kann die nach §. 22. vorzunehmenden Vereidigungen nach Umständen auch den betreffenden Inhabern der Orts-Obrigkeit, Domainen-, Instituts-, Stifts-Verwaltungen, Magisträten, Corporations-Behörden auf tr a g s w e i s e überlassen.

Die

Die Verweisung auf einen bereits früher geleisteten Eid kann event. auch auf den Homagialeid erfolgen.

Die Rechte und Pflichten des Amts beginnen von der Anstellung an, auch schon vor der Sanction durch die Eidesleistung.

Artikel 13.

In Gemäßheit des §. 23. ist die Polizei=Verfassung in den ehemals mittelbaren Städten, wie solche zur Zeit des Erlasses der Gemeinde=Ordnung vom 11ten März 1850. bestand, als Grundlage Behufs Anwendung des gegenwärtigen Gesetzes in Kraft zu erhalten, beziehungsweise auf den Grund der §§. 4. und 3. wieder herzustellen.

Artikel 14.

Weitere Instructionen zur Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes bleiben vorbehalten, insoweit dazu bei der practischen Handhabung desselben und mit Rücksicht auf die besonderen und eigenthümlichen Verhältnisse einzelner Landestheile ein Bedürfniß hervortritt.

Berlin, den 30. Juli 1856.

Der Minister des Innern.
v. Westphalen.



Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 37.

Oppeln, den 11. September 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 45. enthält:

- (N^o 4503.) Die Bekanntmachung der Erklärung vom 7ten Juli 1856., betreffend die Ausdehnung der im Handels- und Schiffahrts-Vertrage zwischen den Staaten des Zoll-Vereins und dem Königreich der beiden Sicilien, vom 27sten Januar 1847. für die directe Fahrt verabredeten Vergünstigungen hinsichtlich der Zoll- und Schiffahrts-Abgaben auf die indirecte Fahrt. Vom 20sten August 1856.
- (N^o 4504.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 11ten Juli 1856., betreffend die Bewilligung der fiscalischen Vorrechte für den Bau verschiedener Chaussees im Kreise Brilon, Regierungs-Bezirk Arnberg.
- (N^o 4505.) Das Privilegium, wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Kreises Brilon, Regierungs-Bezirks Arnberg, zum Betrage von 100,000 Thaler. Vom 11ten Juli 1856.
- (N^o 4506.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 9ten August 1856., betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rhein-Provinz vom 15ten Mai 1856. an die Gemeinden Mühlheim und Glabbach, im Kreise Mühlheim, Regierungs-Bezirks Köln; und
- (N^o 4507.) Die Verordnung, betreffend die Aufhebung der Verordnung vom 26sten November 1855., wegen zeitweiser Aufhebung der Steuer-Bergrütung für ausgehenden Branntwein. Vom 18ten August 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

Nr 215. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 28ten v. Mts. zu genehmigen geruht, daß der Landtag für die Provinz Schlessen und das Markgrafthum Oberlausitz

auf Sonntag den 5ten October dieses Jahres, zur Erledigung von Geschäften zusammenberufen werde, und bin ich von dem Herrn Minister des Innern beauftragt worden, wegen Einberufung der Herren Stände die erforderlichen Einleitungen zu treffen.

Die Eröffnung des Landtages wird nach vorangegangenem Gottesdienste in den noch zu bestimmenden evangelischen und katholischen Kirchen, im Ständehause hier selbst an gedachtem Tage um 12 Uhr Mittags, erfolgen.

Breslau, den 4. September 1856.

Der Königliche Wirkliche Geheime Rath und Ober-Präsident
der Provinz Schlessen.
v. Schleinitz.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Nr 216. Dem Kaufmann J. B. Schnapka zu Beuthen, ist in Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. die Erlaubniß ertheilt worden, für die Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt Agentur-Geschäfte zu besorgen.
Oppeln, den 20. August 1856.

Dem Kaufmann A. Braun in Rosenberg ist die landespolizeiliche Genehmigung zur Besorgung von Agentur-Geschäften für die Leipziger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft ertheilt worden.

Oppeln, den 20. August 1856.

Nr 217. Die dem Kupferschmiede-Meister A. Engelle in Ober-Glogau unter dem 23sten Juni d. J. ertheilte Concession zur Führung von Agentur-Geschäften für die Schlessische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Breslau, wird auf Grund der uns nach §. 10. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. zustehenden Befugniß, hiermit zurückgenommen; — dagegen ist dem Emanuel Hoppe in Cosel in

Gemäßheit des §. 12. des obigen Gesetzes, die Erlaubniß erteilt worden, für die vaterländische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Elberfeld Agentur-Geschäfte zu besorgen. **Dppeln, den 25. August 1856.**

Der Kaufmann August Möcke zu Reisse hat die mit polizeilicher Genehmigung vom 13ten Februar 1854. übernommene Agentur für die Eisenbahn- und Allgemeine Rück-Versicherungs-Gesellschaft „**Thuringia**“ in Erfurt niedergelegt.

Dppeln, den 26. August 1856.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850. (Ges.-S. pro 1850. S. 265.) wird hierdurch von uns für das Fluß-Gebiet der Viele, von der Oesterreichischen Landes-Grenze ab bis zur Einmündung der Viele in die Reisse, und insbesondere für die Stadt- und Land-Gemeinden und die Gutsherrschaften zu Walddorf, Ziegenhals, Ober- und Nieder-Langendorf, Rothfest, Winsdorf, Deutschwette, Polnischwette, Preiland, Mohrau, Bielau, Rosshof, Kupferhammer, Neumühl und Reisse, folgende Polizei-Verordnung erlassen.

§. 1.

Wem die Unterhaltung der Ufer des Viele-Flusses, so wie die Räumung des Viele-Flusses obliegt, der kann zu den erforderlichen Ufer-Befestigungen, so wie zur Räumung des Flußbettes, polizeilich angehalten werden, sobald aus der Vernachlässigung der Ufer-Befestigung und Flußbett-Räumung Nachtheil für die Besitzer anderer Grundstücke oder nutzbarer Anlagen, oder auch für die persönliche Sicherheit und das Leben der Anwohner entsteht. Die Bestimmung, wann und wie die Ufer-Befestigung und Räumung bewirkt werden soll, gehört, mit Ausschluß des Rechtsweges, zur Cognition des Landraths-Amtes zu Reisse, und jeder Unterhaltungs-Pflichtige muß sich derselben unbedingt unterwerfen, vorbehaltlich des Recurses an die Königliche Regierung, welcher innerhalb einer vierwöchentlichen, mit dem nächsten Tage nach der Mittheilung der Entscheidung des Landraths-Amtes beginnenden präklusivischen Frist, bei der Königlichen Regierung angemeldet und gerechtfertigt werden muß.

§. 2.

In allen Fällen, in welchen zur Regulirung oder Wiederherstellung des ordentlichen Lauses des genannten Flusses das Begräumen oder Durchstechen von Inseln, von An- und Zuwächsen der Ufer, von Erbzungen, Kiesel- und Sandbänken erforderlich wird, desgleichen in allen Fällen, in welchen, Behufs Regulirung des Flusses, das alte Flußbett zu verengen, zuzulanden oder zu erweitern, und dem Flusse durch Uferabstiche oder Durchstiche ein neues Bett anzuweisen ist,

müssen sich die betreffenden Grundbesitzer dergleichen Maaßregeln unweigerlich gefallen lassen. Ueber die Nothwendigkeit und die Modalitäten der Fluß-Regulirung, insbesondere auch über die Richtung, die Breite und Tiefe der Durchstiche, entscheidet, mit Ausschluß des Rechtsweges, das Landraths-Collegium zu Reife, vorbehaltlich des Recurses an die Königl. Regierung, welcher innerhalb der im §. 1. bestimmten Frist bei derselben angemeldet und gerechtfertigt werden muß.

§. 3.

Ist es ungewiß oder streitig, wer zur Ufer-Befestigung oder Räumung des Flußbettes, zur Regulirung des Flusses oder zur Wiederherstellung des alten Flußbettes nach §. 1. und 2. dieser Polizei-Verordnung verpflichtet sei, so kann die Königl. Regierung die Leistungen interimistisch von Denjenigen fordern, welche von den zu treffenden Maaßregeln Nutzen haben.

Entsteht unter den Interessenten darüber Streit, für welche Grundstücke und in welchem Umfange die angeordneten Maaßregeln von Nutzen sind, so entscheidet hierüber die Königl. Regierung, mit Ausschluß des Rechtsweges. Kann die Ermittlung dieser Grundbesitzer nicht so schnell geschehen, als die Dringlichkeit des Falles es erfordert, so steht der Königl. Regierung frei, die sämmtlichen Guts herrschaften und Grundbesitzer derjenigen Ortschaften, in deren Orts-Feldmark oder Gemeinde-Bezirke die anzuordnenden Bauten und Arbeiten auszuführen sind, zu den nöthigen Leistungen anzuhalten.

§. 4.

Die Königl. Regierung setzt in einem solchen Falle (§. 3.) durch ein Resolut fest, wer die Kosten des Unternehmens interimistisch zu tragen hat, und wie die Beiträge zu vertheilen sind.

Gegen ein solches Resolut der Königl. Regierung ist der Recurs an das Königl. Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten zulässig. Derselbe muß jedoch innerhalb einer vierwöchentlichen, mit dem nächsten Tage nach der Mittheilung des Resoluts beginnenden präclusivischen Frist bei der Königl. Regierung angemeldet und gerechtfertigt werden.

Erfolgt innerhalb dieser Frist nur die Anmeldung, so sind die Verhandlungen ohne Weiteres zur Entscheidung über den Recurs an das Königl. Ministerium einzusenden, und später angebrachte neue Thatsachen oder Ausführungen nicht zu berücksichtigen.

Die Vollstreckung des Resolutes wird durch die Einlegung des Recurses nicht aufgehalten.

§. 5.

Den zur Uferbefestigung oder zur Räumung des Flußbettes, sowie zur Regulirung und Wiederherstellung des Flußlaufes interimistisch Herangezogenen bleibt vorbehalten, ihre Ansprüche auf Erstattung ihrer Beiträge oder des Werthes ihrer Leistungen

gen im Rechtswege geltend zu machen, falls den Herangezogenen Subicate, Verträge, Urbarien oder andere specielle Rechts-Titel zur Seite stehen, aus denen die Verpflichtung Anderer hervorgeht.

Ob für das zur Fluß-Regulirung erforderliche Terrain eine Entschädigung zu zahlen sei, bleibt, mit Ausschluß des Rechtsweges, der Entscheidung der Königlichen Regierung vorbehalten. In Betreff der Höhe der Entschädigung, welche vorläufig von der Königlichen Regierung festgesetzt wird, bleibt den Betheiligten der Rechtsweg unbenommen.

§. 6.

Zur Ueberwachung der gegenwärtigen Polizei-Verordnung werden für jeden Fluß-Bezirk besondere Schau-Commissionen gebildet. Dieselben bestehen aus einem von der Königlichen Regierung widerruflich zu ernennenden Vorsitzenden und zwei Deputirten, welche von den betheiligten Guts herrschaften und Gemeinde-Vorstehern aus der Zahl sachkundiger Grundbesitzer alle drei Jahre durch Stimmen-Mehrheit neu zu erwählen sind. Die Abgrenzung der Bezirke erfolgt durch die Königliche Regierung.

Die Einrichtungen der Schau-Commission sind unentgeltlich. Die abgehenden Deputirten sind wiederum wählbar. Bei allen nach §. 1. und 2. dieser Polizei-Verordnung auszuführenden Arbeiten ist genau nach den Anweisungen der Schau-Commissionen zu verfahren, welche unter Aufsicht des Landraths-Amtes stehen. Den Schau-Commissionen bleibt überlassen, die etwa erforderliche technische Beihülfe sich zu verschaffen, und in Ermangelung gütlicher Einigung gegen die Widerstrebenden polizeiliche Hülfe bei dem Königlichen Landraths-Amte in Anspruch zu nehmen. Die Schau-Commissionen haben den Biele-Fluß alljährlich im Frühjahr und im Herbst, und außerdem so oft es nöthig ist, zu begehen, einen genauen Befund-Bericht über den Zustand des Flusses aufzustellen und dem Landraths-Amte einzureichen. Die Ertheilung einer Geschäfts-Instruction für die Schau-Commission bleibt der Königlichen Regierung vorbehalten.

§. 7.

Wer die in Ausführung dieser Polizei-Verordnung von der Königlichen Regierung und der Polizei-Behörde erlassenen Anordnungen übertritt, insbesondere wer die zur Regulirung und Aussteckung des Flußbettes erforderlichen Zeichen fortnimmt oder unkenntlich macht, die Ufer-Befestigungen und Fluß-Bauten beschädigt oder zerstört, die angestellten Arbeiter in ihren Einrichtungen hindert, oder den Anweisungen der Schau-Commissionen entgegen handelt, wird in jedem Contraventions-Falle, vorbehaltlich der etwa sonst verwirkten härteren Strafe und der Verpflichtung zum Schadenersatz, mit einer Geldbuße bis zu 10 Rthlr., oder im Falle des Unvermögens mit verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe bestraft.

Außerdem hat Derjenige, welcher unterläßt, die in Ausführung dieser Polizei-Verordnung von den Polizei-Behörden oder den Schau-Commissionen angeordneten

Ar-

Arbeiten in der bestimmten Frist auszuführen, zu gewärtigen, daß dieselben auf seine Kosten ohne weitere Aufforderung zur Ausführung gebracht werden.
Oppeln, den 27. August 1856.

Dem Kaufmann und Fabrikanten Julius Consentius zu Magdeburg ist unter dem 26sten August 1856. ein Patent,
auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte Maschine zum Spalten und Schneiden verschiedener Substanzen in Würfel-Form, so weit dieselbe als neu und eigenthümlich anerkannt ist,
auf die Dauer von fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.
Oppeln, den 1. September 1856.

Daß den Technikern Gustav Dremel und Friedrich Schmidt in Magdeburg unter dem 30sten September 1855. ertheilte Patent,
auf eine Vorrichtung zum Pressen von Thon-Röhren mit Muffen,
wird hierdurch aufgehoben. Oppeln, den 1. September 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Nr 219. Die Präparanden-Prüfung im unterzeichneten Seminar wird hiermit auf den 2ten und 3ten October c. anberaumt. Am 2ten October haben die Prüflinge sich des Morgens 7 Uhr bei dem Seminar-Director persönlich vorzustellen, nachdem sie bis zum 28sten September ihre schriftlichen Meldungen und nachstehende Ausweise eingesendet:

- 1) ein Lauf-Zeugniß;
- 2) ein Führungs-Attest von dem Pfarrer des dormaligen Aufenthalts-Ortes;
- 3) ein Zeugniß über die zur Aufnahme ins Seminar erhaltene Vorbildung;
- 4) ein versiegeltes Zeugniß über Leistungen und Qualification zum Lehr-Unte von dem betreffenden Kreis-Schulen-Inspector;
- 5) ein in Gemäßheit des Rescripts vom 11ten Mai 1840. (Ministerialblatt 1840., Seite 231.) ausgestelltes Gesundheits-Attest nebst einer Bescheinigung über mit Erfolg wiederholte Impfung;
- 6) eine schriftliche, von der Orts-Behörde beglaubigte Erklärung der Eltern, Vormünder oder Pfleger, daß dieselben für den Unterhalt des Aufgenommenen während der Seminarzeit sorgen werden, und
- 7) einen Lebenslauf mit Angabe der Gründe des Entschlusses, sich dem Schul-

fache

sache zu widmen. Auf dem Titelblatte dieser Lebensbeschreibung ist kurz angegeben: der Tauf- und Familien-Name des Präparanden; das Alter und der Geburts-Ort nebst Angabe des Kreises, in welchem derselbe liegt; Stand, Beruf, Wohnort des Vaters, und ob die Eltern noch am Leben sind; bei wem der Prüfling sich zuletzt vorgebildet, und ob derselbe an einer Präparanden-Prüfung bereits Theil genommen.

Ober-Glogau, den 27. August 1856.

Königliches Katholisches Schullehrer-Seminar.

Tüttner.

Verzeichniß

der Vorlesungen des Winter-Semesters 18⁵⁶/₅₇. bei der Königlichen Höheren landwirthschaftlichen Lehr-Anstalt in Proskau.

N^o 220.

- | | |
|---|--|
| 1) Volkswirthschafts = Lehre..... | Geh. Regierungs = Rath
Heinrich. |
| 2) Allgemeiner Acker = und Pflanzenbau..... | } Deconomie = Rath
Settegast. |
| 3) Wollkunde..... | |
| 4) Demonstrationen im Felde oder in der Hofwirthschaft,
Unterweisung im Classificiren der Schaafse und Sortiren der Wolle..... | |
| 5) Allgemeine Thier = und Rindviehzucht..... | } Lehrer der Landwirthsch.
Wenz. |
| 6) Specielle Geräthekunde mit Demonstrationen..... | |
| 7) Oryctognosie und Geognosie..... | } Professor Dr. Heitzel. |
| 8) Anatomie und Physiologie der Pflanzen..... | |
| 9) Land = und forswirthschaftl. Insectenkunde..... | |
| 10) Unorganische Chemie..... | } Professor
Dr. Krock. |
| 11) Physik..... | |
| 12) Uebungen in landwirthschaftlich = chemischen Arbeiten
im Laboratorio..... | |
| 13) Mathematik..... | } Baumeister Runge. |
| 14) Landwirthschaftliche Baukunde..... | |
| 15) Landwirthschaftliche Buchführung..... | Rendant Schneider. |
| 16) Forst = Taxation und Forst = Benützung..... | Oberförster Wagner. |
| 17) Anatomie und Physiologie der Hausthiere..... | } Depart. = Thierarzt
Lützens.
Instituts Gärtner
Hannemann. |
| 18) Pferde = und Schweinezucht..... | |
| 19) Gemüse = und Hopfenbau..... | |

Die

Die Vorlesungen beginnen den 1sten November c. Anmeldungen zur Aufnahme Studirender oder sonstige, die landwirthschaftliche Lehr-Anstalt betreffende Anfragen sind entweder mündlich oder schriftlich an den Unterzeichneten zu richten, der jede gewünschte Auskunft gern ertheilen wird.

Proßkau, den 24. August 1856.

Der Director der Königlichen landwirthschaftlichen Lehr-Anstalt.
Geheimer Regierungs-Rath. (gez.) Heinrich.

N 221. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß an dem hiesigen Königlichen kath. Schullehrer-Seminar

den 6ten und 7ten October c.

1) die Commissions-Prüfung für die außerhalb der Seminare gebildeten Schulamts-Bewerber, sowie

2) die Nachprüfung für die frühern Seminaristen stattfinden werde.

Die Gesuche um Theilnahme an der Commissions-Prüfung sind bei dem Königl. Provinzial-Schul-Collegium, die in Betreff der Nachprüfung bei derjenigen Königl. Regierung, in deren Verwaltungs-Bezirk die Prüflinge sich zur Zeit aufhalten, einzureichen.

Den Gesuchen um Theilnahme an der Commissions-Prüfung ist beizulegen:

1) ein Attest des Königl. Kreis-Physicus über normalen Gesundheitszustand, namentlich daß der Bewerber nicht an Gebrechen leidet, welche ihn an der Ausübung des Lehr- und Erziehungs-Geschäftes hindern werden;

2) ein selbstverfaßter Lebenslauf, aus welchem der bisherige Bildungsgang zu ersehen ist;

3) die Nachweise über genossene Bildung überhaupt und über die Vorbereitung zum Schul-Amte insbesondere;

4) ein Zeugniß des Orts-Pfarrers über den bisherigen Lebenswandel;

für die Nachprüfung dagegen nur:

1) daß beim Abgange vom Seminare erhaltene Zeugniß;

2) ein vom Revisor ausgestelltes und vom Kreis-Schulen-Inspector bestätigtes Attest über sittliche Führung und Leistungen während der Amtsführung.

Die erlangte Genehmigung haben die Betreffenden, gleichzeitig mit der vorschriftsmäßigen Anmeldung zur Prüfung, bis zum 1sten October hieher einzureichen und sich alsdann den 6ten, früh um 7 Uhr, im Musik-Saale des Seminars gemeinschaftlich vorzustellen.

Peiskretscham, den 27. August 1856.

Königliches katholisches Schullehrer-Seminar.

Der Director. Banjura.

Die öffentlichen Verhandlungen vor dem Schwur-Gericht zu Reisse werden
den 6ten October c.
beginnen. Reisse, den 1. September 1856.

Nr 222.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Die fünfte diesjährige Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts wird den
6ten October d. J. beginnen.

Ratibor, den 2. September 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Die fünfte diesjährige Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts beginnt am
6ten October d. J.

Gleinitz, den 3. September 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Die fünfte diesjährige Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts, beginnt am
6ten October.

Oppeln, den 4. September 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Personal-Chronik.

Bekanntmachung.

In Folge der zuletzt stattgefundenen theologischen Prüfung erhielt das Zeugniß
der Wählbarkeit zu einem geistlichen Amte in der evangelischen Kirche der Candidat:

Bernhard, Otto Schmalz aus Rückersdorf, im Kreise Sprottau. 27½ Jahr alt.
Die Erlaubniß zu predigen ward nachbenannten Candidaten zuerkannt:

- 1) Ulrich, Maximilian Fiedler aus Samitz bei Haynau;
- 2) Friedrich, Adolph Kriele aus Groß-Leuthen bei Lübben;
- 3) Carl, Gustav Penschner aus Thiemendorf bei Lauban;
- 4) Friedrich, Gotthold Meymann aus Ulbersdorf bei Goldberg.

Breslau, den 25. August 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

Im Amts-Bereiche des Königlichen Provinzial-Schul-Collegii ist den beiden

Collegen am Gymnasium zu St. Elisabeth in Breslau, Hänel und Reide, der Titel „Ober-Lehrer“ verliehen worden.

Für die Kreis-Ersatz-Commission des Coseler Kreises für die Jahre 1857/59. sind bestätigt worden:

a. als Mitglieder:

der Freiherr v. Boß auf Penkau;
der Bürgermeister Foitzick zu Cosel;
der ehemal. Kammerer Stephan daselbst;
der Kreis-Schulze Nicolaßschetz. Mechnitz;

b. als Stellvertreter:

der Gutsbes. v. Schimonstky auf Stöblau;
der Beigeordnete Siebler zu Cosel;
der Apotheker Schlimm daselbst;
der Kreis-Schulze Brilka zu Nutischkau.

Die Kaufleute Heinrich Kaps und Friedrich Alder in Ziegenhals, sind als unbesoldete Rathmänner erwählt und bestätigt — an der kathol. Stadt-Schule zu Guttentag, ist der seitherige 3te Lehrer Bartholomäus Musiol in die zweite Lehrers-
stelle aufgerückt — und die dadurch ledig gewordene dritte Lehrersstelle dem seitherigen
Schul-Adjunkten Eichy aus Koschmieder verliehen worden — der Kreisbote Kaifig
zu Lublinz, scheidet mit dem 1sten October d. J. aus dem Dienste — der katholische
Schullehrer Wollny zu Malino, Oppelner Kreises, ist verstorben.

Personal-Veränderungen

im Departement des Königl. Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat
August 1856.

A. Bei dem Appellations-Gericht:

Ernannt:

der Auscultator Israel Steinitz zum Appellations-Gerichts-Referendarius.

Berufen:

der Ober-Staats-Anwalt Meyer an das Königl. Appellations-Gericht zu
Breslau;

der Referendarius von Münchow aus dem Departement des Kammer-Gerichts
zu Berlin, und

der Auscultator August Weber aus dem Departement des Appellations-Gerichts
zu Breslau in das hiesige Departement.

Ausgeschieden:

der Referendarius Paul Hilde, Behufs Uebertritts in das Departement des
Kammer-Gerichts zu Berlin.

Gestorben:

der Referendarius Victor Barthelmann.

B. Bei

B. Bei den Kreis-Gerichten:

I. Beim Kreis-Gericht Cosel:

Ernannt:

der Civil-Supernumerar Actuar Joseph Schindler zum Bureau-Assistenten.

II. Beim Kreis-Gericht Leobschütz:

Versetzt:

der Rechts-Anwalt und Notar König vom Kreis-Gericht Militsch, im Appellations-Gerichts-Departement Breslau, an das Kreis-Gericht Leobschütz, unter Beilegung des Notariats für das diesseitige Departement.

III. Beim Kreis-Gericht Neustadt O. S.:

Ernannt:

der Civil-Supernumerar Actuar erster Klasse Ferdinand Ritter zum Bureau-Assistenten, unter Bestimmung seiner Function bei der Gerichts-Commission Ober-Ologau.

IV. Beim Kreis-Gericht Oppeln:

Ernannt:

der Civil-Supernumerar Actuar erster Klasse Franz, Xaverius Strascheß zum Bureau-Assistenten;

der Gefangen-Aufscher Vincent Janoscheß, definitiv zum Boten und Executor.

V. Beim Kreis-Gericht Rosenberg:

Ernannt:

der Bureau-Assistent Schirmeisen zum Kreis-Gerichts-Secretair.

VI. Beim Kreis-Gericht Rybnick:

Ernannt:

der Bureau-Assistent März aus Ober-Ologau zum Kreis-Gerichts-Secretair.

Nachweisung
der gewählten und bestätigten Schiedsmänner pro Monat August 1856.

N.	Namen der Ortschaften.	Kreis.	N a m e n und Wohnort der Schiedsmänner.
1	Naclo	Beuthen	Steiger A. Gasch zu Naclo.
2	Borkendorff	Neisse	Gärtner Alois Schädler zu Borkendorff.
3	Schloß Falkenberg, Weschelle, Czep- panowiß, Lippen, Springsdorf und Brande	Falkenberg	Polizei-Verwalter Reichelt zu Schloß Falkenberg.
4	Heidenau	Neisse	Scholze Hofrichter zu Klein- Briesen.
5	Boblowiß	Leobschütz	Gerichtsmann Joseph Lebnig zu Boblowiß.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von F. Weisshäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 38.

Oppeln, den 18. September 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 46. enthält:

(N^o 4508.) Die Befätigungs-Urkunde, betreffend die Errichtung einer Actien-Gesellschaft unter dem Namen: „Sieg-Rheinischer Bergwerks- und Hütten-Actien-Verein“ mit dem Domicil zu Cöln. Vom 9ten August 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Nachdem der Kaufmann Eduard Saullich in Leobschütz die am 5ten August 1854. landespolizeilich bestätigte Agentur für die Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin niedergelegt hat, ist in Gemäßheit des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. und dessen 12ten §., dem Agenten Herrmann Friedländer daselbst zur ferneren Geschäfts-Besorgung für diese Gesellschaft die Erlaubniß ertheilt worden.

N^o 226.

in Oppeln, den 29. August 1856.

Regulativ,

betreffend das Verfahren bei Einziehung der Heizungs-, Reinigungs- und Verpflegungskosten für die in den gerichtlichen Gefängnissen detinirten städtischen Polizeigefangenen.

N^o 227.

I.

Die Stadt-Gemeinden, deren Gefängnisse auf Grund der im §. 5. B. des Gesetzes vom 1sten August 1855. enthaltenen Vorschrift in das Eigenthum der Justiz-

Verwaltung übergegangen sind, haben für die Aufnahme ihrer Polizei=Gefangenen in dieselben an die Gerichts=Behörden zu entrichten:

A. als Heizung=, Reinigungs= und Verpflegungskosten:

- 1) wenn die Verpflegung der Inhaftaten durch die Gerichts=Behörden mit gewöhnlicher Gefangenkost erfolgt:
 - a. für jeden Tag der Haft, welcher in die Zeit vom 16ten April bis 15ten October fällt..... 4 Sgr.;
 - b. für jeden Tag in dem übrigen Theile des Jahres..... 5 =
- 2) wenn die Verpflegung durch die Gerichts=Behörden, in Rücksicht auf den körperlichen Zustand des Inhaftaten, mit besserer, als der gewöhnlichen Gefangenkost erfolgt, oder neben der letzteren noch andere Speisen oder anderes Getränk verabreicht werden muß:
 - a. für jeden Tag der Haft, welcher in die Zeit vom 16ten April bis 15ten October fällt..... 6 Sgr.;
 - b. für jeden Tag in dem übrigen Theile des Jahres..... 7 =
- 3) wenn dem Gefangenen ausnahmsweise die Selbstbeköstigung gestattet ist:
 - a. für jeden Tag der Haft, welcher in der Zeit vom 16ten April bis 15ten October fällt..... 1 Sgr.;
 - b. für jeden Tag in dem übrigen Theile des Jahres..... 2 =

Für die Tage, an denen die Haft angetreten oder beendet wird, kommen die vollen vorstehend gedachten Beträge zum Ansage; bei der Liquidation der für die Transport=Gefangenen entstehenden Haftkosten sind indeß dieselben für diejenigen Tage, an welchen die Aufnahme oder Entlassung eines Transportaten auf der Transport=Station stattfindet, nur zur Hälfte in Rechnung zu stellen.

B. Die durch ärztliche Behandlung erkrankter Polizei=Gefangenen und durch die Anschaffung der dazu nothwendigen Heilmittel entstehenden Kosten.

Die wegen ärztlicher Behandlung solcher Gefangenen und wegen Anschaffung der dazu nothwendigen Heilmittel erforderlichen Anordnungen können den städtischen Polizei=Verwaltungen, soweit es die Haus=Ordnung gestattet, selbst überlassen werden; sind aber von denselben dieserhalb Vorkehrungen nicht getroffen, so werden die Kosten der ärztlichen Behandlung den Stadt=Gemeinden nach denselben Grundsätzen in P h= nung gestellt, welche für die Liquidation jener Kosten gegen vermögende Gerichts=Gefangene maassgebend sind.

C. Die baaren Auslagen für dauernd zu verabreichende Bekleidungs=Gegenstände.

Außer diesen vorstehend gedachten Beträgen sind den städtischen Polizei=Behörden andere Kosten nicht in Rechnung zu stellen.

Dagegen haben die zur Berichtigung der Detentionskosten verpflichteten und zahlungsfähigen Inhaftaten außer den oben gedachten Pausch=Quanten, noch

D. an Gefängniß=Gebühren:

a. Eins

- a. Ein- und Ausschreibe-Gebühren zusammen..... 10 Sgr.;
 b. Sitz-Gebühren täglich..... 1 „

zu entrichten.

(Allgemeine Verfügung vom 30sten Juni 1856. J. M. Bl. S. 182.)

II.

Ueber die Frage: ob die Haus-Ordnung eines Gefängnisses es gestatte, den städtischen Polizei-Verwaltungen die wegen ärztlicher Behandlung der erkrankten Polizei-Gefangenen und wegen Anschaffung der dazu nothwendigen Heilmittel erforderlichen Anordnungen selbst zu überlassen, entscheidet lediglich das unterzeichnete Appellations-Gericht, ohne daß der städtischen Polizei-Verwaltung dagegen ein Widerspruch zusteht.

Diese Entscheidung wird alsbald getroffen, und nicht erst der Fall einer Erkrankung abgewartet werden.

Fällt diese Entscheidung dahin aus, daß die vorgedachten Anordnungen der städtischen Polizei-Verwaltung selbst überlassen werden können, so wird der letzteren, sobald ein Polizei-Gefangener erkrankt, unverzüglich von der Gerichts-Behörde Mittheilung gemacht, und bleibt der Polizei-Behörde überlassen, alsbald die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Geschieht dies nicht innerhalb 24 Stunden, und in bringenden Fällen binnen 6 Stunden, oder können der Polizei-Verwaltung die erforderlichen Anordnungen nicht selbst überlassen werden, so werden die Polizei-Gefangenen durch den gerichtlichen Gefangen-Arzt behandelt, und die dadurch entstehenden Kosten, wie oben sub I. B. bestimmt, in Rechnung gestellt.

III.

Die durch die Aufnahme städtischer Polizei-Gefangenen in die gerichtlichen Gefängnisse entstehenden Kosten, werden nach Maafgabe der oben sub I. getroffenen Bestimmungen, von den Gerichts-Behörden auf Grund der Gefangenliste zusammengestellt, und den städtischen Polizei-Behörden, nach erfolgter Entlassung der Polizei-Gefangenen aus den gerichtlichen Gefängnissen, durch Zufertigung einer vollständigen Kosten-Rechnung mit der Auflage notificirt, den liquidirten Betrag binnen 14 Tagen, bei Vermeidung der Rechtshülfe, zur Salarien-Casse des Gerichts einzuzahlen. Erfolgt die Zahlung in dieser Frist nicht, so werden diese Kosten, wie andere Gerichtskosten, auf dem gesetzlichen Wege beigetrieben.

Oppeln und Ratibor, den 4. September 1856.

Königliche Regierung.

Pückler.

Königliches Appellations-Gericht.

Wenzel.

Der auf den 8ten October d. J. anstehende Krammarkt zu Verun, ist auf den 7ten October d. J.

verlegt worden.

Tagd vorher findet Viehmarkt statt.

Oppeln, den 9. September 1856.

Ver-

Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlichen Appella- tions-Gerichts zu Ratibor.

N^o 228. Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 6ten April 1854. (Extraordinaire Beilage zum Doppelner Regierungs-Amtsblatte pro 1854. Stück 19.) ad VI. machen wir ferner bekannt, daß der Schiedsmanns-Bezirk Rogau N^o 27. des Grottkauer Kreises, dem Bezirke N^o 31. — Nieder-Rüschmalz — zugeschlagen worden ist.

Das Substitutions-Verhältniß wird dahin festgestellt, daß der vergrößerte Schiedsmanns-Bezirk N^o 31., und der aus den Ortschaften Petersheide, Schönheide, Erdwertsheide und Königswalde bestehende Bezirk N^o 32. einander gegenseitig vertreten, und daß ferner der Schiedsmanns-Bezirk N^o 29. — Zindel — den Bezirk N^o 28. — Striegendorff — vertritt.

Ratibor, den 8. September 1856.

N^o 229. Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 6ten April 1854. (Extraordinaire Beilage zum Doppelner Regierungs-Amtsblatte pro 1854. Stück 19.) ad I. machen wir ferner bekannt, daß der Schiedsmanns-Bezirk N^o 16. des Beuthener Kreises in zwei Bezirke getheilt worden ist, nämlich:

N^o 16a. Schwientochlowitz und Charlottenhof,

N^o 16b. Chropaczow und Pniaty.

Das Substitutions-Verhältniß wird dahin anderweitig regulirt, daß die Bezirke 16a. und 16b. einander gegenseitig vertreten, ferner daß der aus den Ortschaften Chorzow, Erdmannswille, Nieder-Haiduf und Ober-Haiduf bestehende Schiedsmanns-Bezirk N^o 17a. den Bezirk N^o 25. — Königshütte — vertritt, ohne daß dieser letztere einem anderen Bezirke substituirt wird.

Ratibor, den 8. September 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

N^o 230. Durch das Ableben des Königlichen Superintendenten Pastor prim. Patrunky zu Beuthen a. d. O., ist das dortige evangelische Pfarr-Amt erledigt worden.

Dasselbe gewährt ein Einkommen von circa 850 Rthlr., und übt die Patronats-Rechte der Herr Fürst zu Carolath-Beuthen aus.

Breslau, den 5. September 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von F. Weisshäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 39.

Oppeln, den 25. September 1856.

Allgemeine Gesefzsfammlung.

N^o 47. enthält:

- (N^o 4509.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 9ten Juli 1856., betreffend die Bildung und Verwaltung eines für die evangelischen Geistlichen der Provinz Pommern, Behufs der Unterstützung ihrer Emeriten, zu gründenden Fonds.
- (N^o 4510.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 9ten August 1856., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Kreis=Chaussée von Bünde, im Kreise Herford, nach Holzhausen, im Kreise Lübbecke.
- (N^o 4511.) Die Concessions= und Bestätigungs=Urkunde, betreffend die Anlage einer Eisenbahn von Stargard nach Cöslin, mit einer Zweigbahn nach Colberg, durch die Berlin=Stettiner Eisenbahn=Gesellschaft. Vom 18ten August 1856.
- (N^o 4512.) Das Privilegium, wegen Ausgabe von sieben und einer halben Million Thaler in vierprocentigen Prioritäts=Obligationen der Berlin=Stettiner Eisenbahn=Gesellschaft, Behufs des Baues einer Eisenbahn von Stargard nach Cöslin, mit einer Zweigbahn nach Colberg. Vom 18ten August 1856.
- (N^o 4513.) Das Privilegium, wegen Emission auf den Inhaber lautender Prioritäts=Obligationen zweiter Serie der Aachen=Mastrichter Eisenbahn=Gesellschaft, im Betrage von Einer Million Thaler. Vom 18ten August 1856.
- (N^o 4514.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 18ten August 1856., betreffend die

Verleihung der Städte-Ordnung für die Rhein-Provinz, vom 15ten Mai 1856. an die Gemeinden Cleve, Burscheid, Goch, Geldern, Xanten, Lüttringhausen, Burg und Solingen, Regierungs-Bezirk Düsseldorf; und

- (N^o 4515.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 28ten August 1856., betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rhein-Provinz, vom 15ten Mai 1856., an die Gemeinden Neuwied, im Regierungs-Bezirk Coblenz, und Rattlingen, Ronsdorf und Ueberdingen, im Regierungs-Bezirk Düsseldorf.

N^o 48. enthält:

- (N^o 4516.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 18ten August 1856., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussée von Quedlinburg nach Blumenhaus, im Kreise Hagen.
- (N^o 4517.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 18ten August 1856., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte zum Bau und zur Unterhaltung einer Chaussée von der Erfurt-Urnstädter Chaussée oberhalb des Steigermalbes, über Egstedt und Werningsleben nach der Landes-Grenze, in der Richtung auf Gügleben.
- (N^o 4518.) Die Concessions- und Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Anlage einer Zweig-Eisenbahn von der Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipziger Eisenbahn bei Schönebeck nach Straßfurt, nebst Gleis-Verbindungen nach der Saline zu Schönebeck und dem Salzschachte zu Straßfurt, so wie einer Zweigbahn von Straßfurt nach dem Braunkohlen-Bergwerke bei Lödderburg. Vom 28ten August 1856.
- (N^o 4519.) Das Privilegium, wegen Ausgabe von zwei Millionen Thalern Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 28ten August 1856.
- (N^o 4520.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 28ten August 1856., betreffend mehrere Abänderungen des revidirten Reglements der landschaftlichen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft für Westpreußen; und
- (N^o 4521.) Die Bekanntmachung, betreffend die unter dem 18ten August 1856. erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Actien-Gesellschaft unter dem Namen: „Magdeburger Actien-Gesellschaft für Mineralöl- und Paraffin-Fabrication“ mit dem Domicil zu Magdeburg. Vom 8ten September 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

Nachdem unter den Regierungen der Zoll-Vereins-Staaten die Vereinbarung getroffen worden ist, daß die durch die Bekanntmachung vom 19ten September v. J. bis Ende September laufenden Jahres angeordnete Einstellung der Erhebung des Eingang-Zolls für Getreide und Hülsenfrüchte, Mehl daraus und andere Mühlen-Fabrikate, nämlich: geschrotete und geschälte Körner, Graupe, Grieß und Grütze, in gleichen gestampfte oder geschälte Hirse, bis Ende December 1856. ausgedehnt werde, wird diese Erweiterung der Zoll-Freiheit hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 16. September 1856.

Der Finanz-Minister.
gez. von Bodelschwingh.

In der am heutigen Tage öffentlich stattgehabten Verloosung sind von den Schuldschreibungen der Staats-Anleihen aus den Jahren 1848., 1850., 1852., 1854. und 1855. A. die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden, welche den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt werden, den darin verschriebenen Capital-Betrag vom 1sten April k. J. ab, in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr, entweder bei der Staats-Schulden-Tilgungs-Casse hier selbst, Dranienstraße Nr. 94., oder bei der nächsten Regierunghaupt-Casse, gegen Quittung und Rückgabe der Schuldschreibungen mit den dazu gehörigen, erst nach dem 1sten April k. J. fälligen Zins-Coupons, baar in Empfang zu nehmen.

Der Gelbbetrag der etwa fehlenden, unentgeltlich mit abzuliefernden Zins-Coupons wird von dem zu zahlenden Capital zurückbehalten.

Da die gezogenen Schuldschreibungen nicht sämmtlich an Einem Tage geprüft und ausgezahlt werden können, so können dieselben schon vom 1sten März k. J. ab zur Prüfung bei den gedachten Cassen vorgelegt werden; auch werden dort Formulare zu den Quittungen unentgeltlich verabfolgt.

Auf der Anlage sind zugleich die Nummern der aus früheren Verloosungen noch rückständigen und nicht mehr verzinslichen Schuldschreibungen der Anleihen aus den Jahren 1850., 1852. und 1854. mit abgedruckt, und es werden die Inhaber derselben, zur Vermeidung weiteren Zinsen-Verlustes, an die Erhebung ihrer Capitalien erinnert.

Die Nummern-Verzeichnisse der aus den sechs ersten Verloosungen der freiwilligen Anleihe vom Jahre 1848. noch rückständigen Schuldschreibungen können bei der Controlle der Staats-Papiere und bei den königlichen Regierunghaupt-Cassen eingesehen werden.

Berlin, den 8. September 1856.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

N^o 233. Bei der heutigen öffentlich stattgehabten zweiten Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855. sind die 30 Serien:

N^o 42. 55. 79. 81. 169. 180. 182. 211. 245. 316. 319. 390. 391. 392.
411. 443. 469. 542. 715. 722. 765. 815. 855. 859. 863. 936. 968.
1,131. 1,209. und 1,403.

gezogen worden.

Die Besitzer der zu diesen Serien gehörigen 3000 Schuld-Verschreibungen werden aufgefordert, den Prämien-Betrag von 110 Rthlr. für jede Schuld-Verschreibung vom 1sten April 1857. ab, Vormittag von 9 bis 1 Uhr, entweder bei der Staats-Schulden-Eilungs-Casse hieselbst, Oranienstraße Nr. 94., oder bei der nächsten Regierungs-Haupt-Casse, gegen Quittung und Rückgabe der Schuld-Verschreibungen nebst den dazu gehörigen Coupons Serie I. Nr. 2. bis 8. über die Zinsen vom 1sten April 1856. ab, welche nach dem Inhalte der Schuld-Verschreibungen unentgeltlich abzuliefern sind, zu erheben.

Der Betrag der etwa fehlenden Coupons wird von der Prämie zurückbehalten.

Die Schuld-Verschreibungen können übrigens schon vom 1sten März 1857. ab zur Prüfung bei den gedachten Cassen vorgelegt werden; auch werden dort Quittungs-Formulare unentgeltlich verabfolgt.

Von den in Folge der ersten Verloosung zum 1sten April 1856. gekündigten Schuld-Verschreibungen sind die Nummern:

N^o 2,827. 2,836. 36,533. 36,571. 41,938. 41,954. 41,991. 51,692. 60,658.
60,660. 92,301. — 92,400. 109,813. 109,823. 109,861. 127,851. 127,865.
127,878. 132,741. 135,508. — 135,510. 135,515. 135,536. 135,565.
135,573. 135,574. 135,590. 141,702. 141,703. 141,726. 141,799. 141,800.
144,004. 144,006. 144,007. 144,036. 144,051. 144,084. 144,089. 149,545.
149,566.

noch rückständig, und es werden die Inhaber derselben, zur Vermeidung weiteren Zins-Verlustes, an die Erhebung ihrer Prämien erinnert.

Berlin, den 15. September 1856.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

N^o 234. Auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850., erlassen wir für den ganzen Umfang unseres Regierungs-Bezirks nachstehende Polizei-Verordnung.

Vom 1sten Januar 1857. an, ist auf öffentlichen Straßen der Gebrauch der einfaches

sachen Feinen bei Personen-Fuhrwerken jeder Art verboten, den Fuhrwerks-Führern vielmehr nur das Fahren mit Kreuzleinen, und bei Einspännern mit Doppel-leinen gestattet.

Zu widerhandlungen gegen diese Bestimmung werden an dem Wagenführer mit Gelbbusse bis zu Zehn Thalern, oder im Falle des Unvermögens mit verhältniß-mäßiger Gefängnißstrafe geahndet.

Außerdem trifft den Eigenthümer des Fuhrwerks die nämliche Strafe, wenn die Uebertretung obiger Vorschrift durch ihn veranlaßt oder verschuldet worden ist.

Dppeln, den 6. September 1856.

Zum 1sten October d. J. kann ein Stipendium von 200 Rthlr. jährlich, zum Be- N^o 235
suche des Königlichen Gewerbe-Instituts, für den hiesigen Regierungs-Bezirk verge-
ben werden.

Unter Bezugnahme auf das in unserem Amtsblatte pro 1855. (Seite 197/202.)
abgedruckte Rescript des Königlichen Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche
Arbeiten vom 5ten März v. J., fordern wir junge Leute, welche ihre gewerbliche
Ausbildung in dem Gewerbe-Institute vollenden wollen, zur Bewerbung um das
Stipendium auf.

Dem Gesuche, welches bis zum 15ten October d. J. bei uns eingehen muß,
sind die unter Nr. 5. des vorerwähnten Rescripts vorgeschriebenen Zeugnisse beizufügen.
Dppeln, den 16. September 1856.

Mit Bezug auf die Amtsblatt-Bekanntmachung vom 13ten v. Mts., wird hierdurch N^o 233.
zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die zu Sarnow, im Königreich Polen, ge-
herrschte Rinderpest, vollständig erloschen ist.

Demzufolge werden die in der gedachten Amtsblatt-Bekanntmachung erlassenen
Verbote hinsichtlich des Grenz-Verkehrs und des Einlasses der im §. 2. und 3. der
Verordnung vom 27sten März 1836. bezeichneten Gegenstände, hiermit aufgehoben.

Dppeln, den 18. September 1856.

Dem Kaufmann A. Weiß in Ratibor, ist in Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes N^o 237.
vom 8ten Mai 1837. die Erlaubniß ertheilt worden, für die Versicherungs-Gesell-
schaft „Thuringia“ in Erfurt Agentur-Geschäfte zu besorgen.

Dppeln, den 20. September 1856.

Der Kaufmann Friedrich Holzhausen in Gleiwitz hat die Agentur-Geschäfte für
die Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Leipzig, wozu demselben unter dem 14ten
August 1854. die landespolizeiliche Genehmigung ertheilt worden, nunmehr niedergelegt.

Dppeln, den 20. September 1856.

Der Kaufmann E. J. Weigert zu Rosenberg, hat die Agentur-Geschäfte für die Magdeburger Vieh-Versicherungs- und für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ zu Halle an der Saale niedergelegt.

Oppeln, den 20. September 1856.

Dem Kaufmann C. A. Grüttner in Ratibor ist die landespolizeiliche Erlaubniß ertheilt worden, für die niederrheinische Güter-Affecuranz-Gesellschaft in Wesel Agentur-Geschäfte zu besorgen; desgleichen dem Krämer Carl Kuschke in Alt-Grottkau für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ in Halle an der Saale.

Oppeln, den 20. September 1856.

Dem Bau-Unternehmer Winand Pöpler in Düren, ist unter dem 17ten September 1856. ein Patent

auf eine Ziegel-Presse in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in Anwendung bekannter Theile zu hindern,

und dem Kaufmann J. H. F. Prillwitz zu Berlin, ist unter dem 17ten September 1856. ein dergleichen

auf ein Verfahren, Metalle zu verziern, soweit dasselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist und ohne Jemand in der Anwendung bereits bekannter Methoden zu gleichen Zwecken zu behindern,

beide Patente auf die Dauer von fünf Jahren, von den obigen Tagen an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Oppeln, den 20. September 1856.

Dem Ingenieur Otto Seyrig zu Berlin, sind unter dem 8ten September 1856. zwei Patente, das eine

auf eine Centrifugal-Waschmaschine, soweit dieselbe nach vorgelegter Zeichnung und Beschreibung als neu und eigenthümlich erkannt ist;

das zweite

auf eine Centrifugal-Maschine zum Auspressen des Rüben-Saftes, in ihrer ganzen durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, jedes derselben auf die Dauer von fünf Jahre, vom obigen Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Oppeln, den 20. September 1856.

Dem Pferdewärter W. Rothe zu Berlin ist unter dem 14ten September 1856. ein Patent,

auf ein durch Modell als neu und eigenthümlich nachgewiesenes Instrument gegen das Krippenreiten der Pferde, ohne Jemand in Anwendung bekannter Theile zu behindern,

auf die Dauer von fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Oppeln, den 20. September 1856.

Das dem Handelsmann J. Siebert zu Frankfurt a. M. unter dem 27sten November 1855. ertheilte Patent,

auf eine Vorrichtung an Percussions-Gewehren zum selbstthätigen Aufseßen der Zündhütchen,

ist erloschen. Oppeln, den 20. September 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Steinau a. D. wird pro M 238. 1856.:

- 1) die Rectorats-Prüfung am 27sten und 28sten October c.;
- 2) die Commissions-Prüfung für die außerhalb der Seminarien gebildeten Schulamts-Bewerber, so wie die Nach-Prüfung der dazu verpflichteten früheren Seminar-Zöglinge sowohl, als der früheren Commissions-Prüflinge, am 28sten und 29sten October stattfinden.

Die Gesuche um Zulassung zur Rectorats- und Commissions-Prüfung sind bei der unterzeichneten Behörde, die in Betreff der Nachprüfung bei der betreffenden königlichen Regierung spätestens bis zum 18ten October einzureichen.

Den Gesuchen der Candidaten, welche an der Prüfung theilnehmen wollen, sind beizulegen:

- 1) das Universitäts-Abgangs-Zeugniß;
- 2) das Zeugniß der ersten oder zweiten theologischen oder der philologischen Prüfung, sofern sie diese gemacht und bestanden haben;
- 3) ein Führungs-Zeugniß vom Superintendenten ihrer Diocese;
- 4) ein selbstverfertiger Lebenslauf;

den Gesuchen um Zulassung zur Commissions-Prüfung:

- 1) ein ärztliches Attest über den Gesundheitszustand;
- 2) ein selbstverfertiger Lebenslauf;

3) Nach-

- 3) Nachweise und Zeugnisse über genossene Erziehung und Bildung überhaupt, und über die Vorbereitung zum Schulamte insbesondere;
 4) Zeugnisse von der Orts-Behörde und dem Pfarrer, über den bisherigen Lebenswandel und über die Qualification zum Schulamte;
 für die Nachprüfung dagegen nur:

- 1) das beim Abgange vom Seminar, oder das bei der bereits gemachten Commissions- oder Nachprüfung erhaltene Zeugniß;
- 2) ein vom Revisor ausgestelltes und vom Superintendenten bestätigtes Zeugniß über sittliche Führung und über die Leistungen während der Amtsführung.

Außerdem ist bei den Meldungen zu den genannten Prüfungen auf dem Titel-Blatte des Lebenslaufes anzugeben:

- 1) der vollständige Name;
- 2) Tag, Ort und Kreis der Geburt;
- 3) Wohnort und Kreisstadt;
- 4) bei wem und wo der Aspirant vorgebildet ist.

Die an der Rectorats-Prüfung Theilnehmenden melden sich bei dem Königl. Seminar-Director Jungklaß am 26ten October c., Nachmittag um 5 Uhr; die Nachprüflinge und Schulamts-Bewerber am 27ten October c., Nachmittags 5 Uhr.

Breslau, den 6. September 1856.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium von Schlesien.

Nr 239. Die öffentlichen Verhandlungen der fünften Schwurgerichts-Sitzung vor dem Schwurgericht zu Neisse, beginnen den 20sten October d. J.
 Neisse, den 15. September 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von F. Weisshäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 40.

Oppeln, den 2. October 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

Nachdem bereits früher Preussische Gerichte mehrfach auf Vernichtung einzelner Nummern der Augsburger Allgemeinen Zeitung nach Massgabe der Vorschriften des §. 50. des Gesetzes über die Presse vom 12ten Mai 1851., erkannt haben, wird gegenwärtig, auf Grund des §. 52. dieses Gesetzes, die fernere Verbreitung der genannten Zeitung, bei Vermeidung der ebendasselbst im §. 53. angedrohten Strafen, hiermit untersagt. Berlin, den 25. September 1856.

Nr 240.

Der Minister des Innern.
v. Westphalen.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Order vom 22sten September c. Sr. Durchlaucht den Herrn Herzog von Ratibor, Fürsten von Corvey, Prinzen zu Hohenlohe-Waldenburg-Schillingfürst, zum Marschall; den Königlichen Geheimen Regierungs-Rath und ersten Director des Königlichen Credit-Instituts für Schlesien, Herrn Freiherrn von Gaffron zum Stellvertreter des Marschalls, mich aber zum Commissarius für den zum 5ten October c. nach Breslau einberufenen Provinzial-Landtag des Herzogthums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgrafthums Ober-Lausitz zu ernennen geruht.

Nr 241.

Indem ich dies, mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 4ten d. Mts., zur öffentlichen Kenntniß bringe, bemerke ich gleichzeitig, daß der, der Eröffnung des Provinzial-Landtages vorangehende Gottesdienst, am 5ten October c. in der evangelischen Haupt-Pfarrkirche zu St. Maria-Magdalena, und in der katholischen Pfarrkirche zu St. Adalbert hierselbst stattfinden wird. Breslau, den 26. September 1856.

Der Königliche Landtags-Commissarius, Wirkliche Geheime Rath
und Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

v. Schleinitz.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Nr 242. Im Verfolg unserer Bekanntmachung vom 16ten September 1851. (Amtsblatt pro 1851. Seite 280.) bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß wir in Schlawenzbüz, Coseler Kreises, eine Präparanden-Bildungs-Anstalt errichtet, und dieselbe dem Lehrer Mücke anvertraut haben.

Junge Leute, welche sich für das Schullehrer-Seminar vorbereiten wollen, können sich, Behufs ihrer Aufnahme in diese Bildungs-Anstalt, bei dem genannten Lehrer und dem Orts-Pfarrer melden.

Oppeln, den 14. September 1856.

Nr 243. Durch Verfügung des Königl. Ministerii der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 25ten September d. J., ist der Tarpreis eines Blutegeß für die Zeit vom 1sten October c. bis ult. März f. J. auf 2 Sgr. 6 Pf. festgesetzt worden. Oppeln, den 28. September 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Appellations-Gerichts zu Ratibor.

Nr 244 In Gemäßheit des §. 26. der Verordnung vom 30sten April 1847. ist ein Theil der Mitglieder des Ehren-Rathes unter den Rechts-Anwälten und Notarien im hiesigen Departement und ihrer Stellvertreter, nach sechsjähriger Verwaltung des Amtes ausgeschieden, und für die Ausgeschiedenen eine Neuwahl erfolgt. Es besteht nunmehr der Ehren-Rath aus folgenden Personen:

A. Mitglieder:

- 1) Justiz-Rath Klapper hierselbst, Vorsitzender;
- 2) Justiz-Rath Engelmann hierselbst;
- 3) Justiz-Rath Gründel hierselbst;
- 4) Rechts-Anwalt Grünig hierselbst;
- 5) Rechts-Anwalt Horzeßki hierselbst;
- 6) Rechts-Anwalt Aneusel hierselbst;
- 7) Rechts-Anwalt Wigenhusen zu Oppeln.

B. Stellvertreter:

- 1) Rechts-Anwalt Fröhlich zu Cosel;
- 2) Rechts-Anwalt Langer zu Oppeln;
- 3) Rechts-Anwalt Schmiedel hierselbst;

4) Rechts-

4) Rechts-Anwalt Fischer zu Leobschütz.
Ratibor, den 22. September 1856.

Der Erste Präsident des Königlichen Appellations-Gerichts.
Mikulowski i. B.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Die geehrten Interessenten der Berliner allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungs-Casse werden hierdurch ergebenst benachrichtigt, daß zur Ergänzung der theils gestorbenen, theils reglementsmäßig auscheidenden Mitglieder des Curatorii und deren Stellvertreter, zum 1sten Januar 1857. Neuwahlen von zwei Herren Curatoren und zwei Herren Stellvertretern, nach Vorschrift des §. 23. litt. d. bis g. des Reglements der Anstalt vom 3ten September 1836., zu vollziehen sind. Zu diesem Behufe werden wir die erforderlichen Wahlzettel den geehrten Interessenten bei Ausreichung der Beitrags-Quittungen, zu dem mit dem 1sten December d. J. beginnenden Zahlungs-Termine zugehen lassen.

N^o 245.

Berlin, den 4. September 1856.

Direction der Berliner allgemeinen Wittwen-Pensions- und
Unterstützungs-Casse.

Die sechste diesjährige Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts, beginnt am 20sten October d. J.

N^o 246.

Gleiwitz, den 20. September 1856.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Vom 1sten October d. J. ab, wird die Post-Expedition auf dem Bahnhofe in Reisse aufgehoben werden.

N^o 247.

Von diesem Tage ab, findet die Annahme von Geld- und Packet-Sendungen, sowie von recommandirten Briefen, auf dem Bahnhofe nicht mehr statt. Gewöhnliche Briefe können in den an dem Bahnhofe-Gebäude befindlichen Brief-Kasten gelegt werden, welcher kurz vor Abgang jedes Zuges geleert werden wird.

Oppeln, den 24. September 1856.

Der Ober-Post-Director.

In Vertretung:
Eckardt.

Personal-Chronik.

Für die Kreis-Spaar-Casse in Grottkau ist der königliche Landrath Herr von Maubeuge zum Director, der Landschafts-Director Herr Graf von Sierstorpff auf Koppitz, und der Erbscholtisei-Besitzer Herr Hante zu Weiselsdorf als Beisitzer des Curatorii, so wie der Herr Graf Alexander von Sierstorpff auf Endersdorf, der Landes-Älteste Herr Großer auf Nieder-Sierdorf, und der Erbscholtisei-Besitzer Klimm in Klein-Neudorf zu deren Stellvertretern gewählt und von uns bestätigt worden.

Der Feldmesser Theodor v. Hippel aus Oppeln, ist als solcher vereidigt worden.

Dem zeitherigen Pfarrer Neukirchner zu Casimir, ist die Pfarrei zu Leobschütz — und dem Erzpriester und Kreis-Schulen-Inspector Reimann zu Bodzanowitz, die Pfarrei zu Saleche, Groß-Strehlitzer Kreises, verliehen worden — der approbirte Schul-Amts-Candidat Samuel Cracauer zu Beuthen D. S. hat die Erlaubniß zur Errichtung einer jüdischen Privat-Elementar-Schule daselbst erhalten — der Ritterguts-Besitzer und Landes-Älteste Elsner von Gronow auf Pniow, Loß-Gleiwitzer Kreises, ist als Volontair bei der königlichen Regierung hier selbst eingetreten — der seitherige Kammer-Gerichts-Auscultator Beyer ist zum Regierungs-Referendarius hier selbst ernannt — der bisherige zweite Lehrer an der katholischen Schule zu Sohrau, Anton Sage, ist als Oberlehrer und erster Choralist bei der katholischen Schule zu Rybnick angestellt — und dem früheren Corpsjäger Krietschil ist die Forst-Aufscherstelle zu Wolfschans, Oberförsterei Dambrowka, verliehen worden.

Der bisherige Rector an der Haupt- und Pfarr-Kirche zu St. Maria-Magdalena, Emil Sommer, ist als Pfarrer der evangelischen Gemeinde zu Grottkau angestellt — und der Prorector Guttmann, am Gymnasium zu Schweidnitz, ist zum Professor ernannt worden.

Der evangelische Schul-Adjutant Slotta zu Warschowitz, Pleßer Kreises, ist verstorben.

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 41.

Oppeln, den 9. October 1856.

Allgemeine Geseflsammlung.

N^o 49. enthält:

(N^o 4522.) Die Concessions- und Bestätigungs-Urkunde für die Rhein-Nahe-Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 4ten September 1856.; und

(N^o 4523.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 4ten September 1856., betreffend die Einsetzung einer besonderen öffentlichen Behörde unter der Firma: „Königliche Direction der Rhein-Nahe-Eisenbahn.“

N^o 50. enthält:

(N^o 4524.) Die Verordnung, betreffend die Revision der Reich- und Ufer-Ordnung für das Amt Grossen, vom 14ten Februar 1766., so wie den Erlaß eines neuen Statutes für den Grosseuer Deich-Verband. Vom 18ten August 1856.

(N^o 4525.) Die Bestätigungs-Urkunde, betreffend den Nachtrag zu den Gesellschafts-Statuten der Schlesischen Actien-Gesellschaft für Bergbau und Zinkhütten-Betrieb. Vom 3ten September 1856.

(N^o 4526.) Die Bestätigungs-Urkunde, betreffend den siebenten Nachtrag zu dem Statut der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 6ten September 1856.; und

(N^o 4527.) Die Bekanntmachung über die unter dem 9ten August 1856. erfolgte Allerhöchste Genehmigung der von der General-Versammlung der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft beschlossenen Aenderung des §. 4. des unterm 31sten October 1853. genehmigten neuen Gesellschafts-Planes. Vom 9ten September 1856.

N^o 51. enthält:

(N^o 4528.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 18ten August 1856., betreffend die Ver-

leihung der fiscalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von der Dorniker Kreis-Grenze in der Richtung von Dornik über Samter, Lipnica und Sekowo an die Berlin-Posener Staats-Chaussee; und

(N^o 4529.) Die Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Errichtung einer Actien-Gesellschaft unter dem Namen: „Actien-Gesellschaft für Fabrication von Eisenbahn-Bedarf,“ mit dem Domicil zu Berlin. Vom 28sten August 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

N^o 248. Die dem Kaufmann Joseph Scharffenberg in Guttentag unterm 25sten März d. J. ertheilte Erlaubniß zur Vermittelung von Verträgen Behufs der Beförderung von Auswanderern über Bremen nach Nord- und Süd-Amerika und Süd-Australien für das Handlungshaus Pottrantz und Comp. in Bremen, ist von demselben zurückgegeben worden.

Unter Bezugnahme auf §. 11. u. f. des Reglements vom 6ten September 1853. (Amtsblatt pro 1853. Seite 262.) wird dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Personen, welche Ansprüche gegen den genannten Agenten geltend zu machen haben, deren Deckung aus der von demselben bestellten Caution beantragt wird, solche längstens binnen zwölf Monaten, vom Tage der Publication der gegenwärtigen Bekanntmachung ab, anmelden müssen.

Oppeln, den 23. September 1856.

N^o 249.

Bekanntmachung

wegen des diesjährigen Eintritts in die neu errichtete Muster-Zeichnen-Schule beim Königlichen Gewerbe-Institut hierselbst.

Auf Verfügung Sr. Excellenz des Herrn Handels-Ministers vom 16ten September 1856. bringe ich die Eröffnung der neuerrichteten Muster-Zeichnen-Schule am hiesigen Königlichen Gewerbe-Institut zum 1sten k. Mts. hiermit zur öffentlichen Kenntniß, und fordere Diejenigen, welche den Eintritt in dieselbe beabsichtigen, unter Hinweisung auf die Bestimmungen der §§. 10., 11. und 12. des nachfolgenden, höhern Orts genehmigten Reglements, auf, sich bei mir schriftlich zu melden.

Berlin, den 18. September 1856.

Der interimistische Director des Königlichen Gewerbe-Instituts.

(gez.) Manger, Professor.

Reglement der Muster=Zeichnen=Schule hieselbst.

§. 1.

Die beim Königl.ichen Gewerbe=Institut hieselbst errichtete Muster=Zeichnen=Schule hat den Zweck, Zeichner zu bilden, welche nach vollendeter Lehrzeit fähig sind, sowohl in Fabriken als Muster=Zeichner zu wirken, als insbesondere selbstständigen Kunst= Werkstätten, in welchen Muster (Dessins) für Fabriken gefertigt werden, vorzustehen und in diesen wiederum junge Leute zu gleichem Zweck heranzubilden. Der Unterricht wird sich erstrecken auf die Darstellung von Mustern für Tapeten, für bunte Wachseleinwand und Wachstücher; für Zeugdruck in Seide, Wolle und Baumwolle, für Damast= und Bunt=Webereien in Seide, Wolle, Leinen und Baumwolle, sowohl zu Bekleidungs=Stoffen und Bändern, wie auch zu Meubles=Stoffen und Teppichen; für Spitzen und Ranten.

§. 2.

Die Muster=Zeichnen=Schule steht unter der speciellen Leitung eines besonderen technischen Vorstehers und unter der Ober=Aufsicht des Directors des Königl.ichen Gewerbe=Instituts.

§. 3.

Der Unterricht im Zeichnen wird in zwei Klassen ertheilt, in einer Vorbereitungs=Klasse und in einer Muster=Zeichnen=Klasse. Gemeinschaftlicher Unterricht für die Schüler beider Klassen findet statt: in der Farben=Lehre, in der Kenntniß der Druck=Vorrichtungen und in der Zusammensetzung der Webestühle. Auch wird den einzelnen Schülern in der ersten Zeit des Besuchs der Anstalt Unterweisung in der practischen Weberei und der Kunst des Patronirens, soweit die Kenntniß davon für das Muster=Zeichnen nothwendig ist, ertheilt werden.

§. 4.

Der Unterricht in der Vorbereitungs=Klasse beginnt mit dem Zeichnen von Ornamenten nach Modellen und schließt mit dem Zeichnen ganzer menschlicher Figuren nach der Antike. Die Lehrlinge dieser Klasse werden in einem gemeinschaftlichen Raume ohne Rücksicht auf die Dauer ihres Schulbesuchs, nach Maßgabe des Grades der Ausbildung jedes Einzelnen unterrichtet.

§. 5.

Der Unterricht in der Muster=Zeichnen=Klasse beginnt mit der Zeichnung von Blumen und Blattwerk nach der Natur und geht dann, um den Schüler in den mechanischen Fertigkeiten und in der Colorirung der Muster=Zeichnungen zu üben, zur Copirung von Mustern über. Die Haupt=Aufgabe dieser Klasse ist die Composition, d. i. die Zusammenstellung und Erfindung neuer Muster, und zwar weniger durch Zusammentragen verschiedener Motive vorhandener Muster, als durch Auffuchung neuer

Motive aus der Natur und durch deren Verwendung zu neuen Mustern.

Die Schüler dieser Klasse werden ebenso, wie in der Vorbereitungs-Klasse, zwar in einem gemeinschaftlichen Raume, aber nach Maßgabe des Grades ihrer Ausbildung unterrichtet.

§. 6.

Die Versetzung der Schüler aus der Vorbereitungs- in die Muster-Zeichnen-Klasse, ist an bestimmte Jahres-Abschnitte nicht gebunden. Sie findet zu jeder Zeit statt, sobald nach dem Urtheil des Vorstehers der Anstalt die Ausbildung eines Schülers in der Vorbereitungs-Klasse den erforderlichen Grad erreicht hat.

Schüler, welche bei ihrem Eintritt in die Anstalt eine ausreichende Fertigkeit im Zeichnen der für die Vorbereitungs-Klasse bestimmten Gegenstände besitzen, treten sofort in die Muster-Zeichnen-Klasse.

Die Dauer des Unterrichts in der Muster-Zeichnen-Klasse ist mindestens 3 Jahre.

§. 7.

Die Anzahl der täglichen Unterrichtsstunden in der Vorbereitungs-Klasse wird vorläufig auf sechs, in der Muster-Zeichnen-Klasse auf acht festgesetzt. Die Ferien fallen mit denen des Gewerbe-Instituts vom 15ten August bis 1sten October, zu Weihnachten und Ostern mit jedesmal zehn Tagen zusammen.

§. 8.

Das Lehrer-Personal wird bestehen:

- 1) aus dem Lehrer der Muster-Zeichnen-Klasse, welcher zugleich Vorsteher der Anstalt ist;
- 2) aus einem Zeichnen-Lehrer der zweiten Klasse;
- 3) aus einem Lehrer für die Farben-Lehre;
- 4) aus einem Lehrer der mechanischen Vorrichtungen zum Drucken und Weben;
- 5) aus einem Lehrer der practischen Weberei und der Patronirung.

§. 9.

Um von den Fortschritten der Schüler ein öffentliches Zeugniß abzulegen, soll jährlich während der Sommer-Ferien eine Ausstellung von Zeichnungen, welche aus der Anstalt hervorgegangen sind, stattfinden, und deren Zeitpunkt jedesmal durch die öffentlichen Blätter bekannt gemacht werden.

§. 10.

Die Aufnahme in die Anstalt findet in der Regel mit Beginn des Sommer- und Winter-Halbjahres am 1sten April und 1sten October jeden Jahres statt; doch soll in besonderen Fällen die Aufnahme zu jeder anderen Zeit zulässig sein. — Eine Aufforderung zur Anmeldung wird in den Monaten Februar und August jeden Jahres erfolgen.

§. 11.

Zur Aufnahme in die Anstalt ist erforderlich:

- 1) daß

- 1) daß der Schüler mindestens 14 Jahr alt und confirmirt sei;
- 2) daß derselbe Gedrucktes mit deutschen und lateinischen Lettern in deutscher Sprache lesen und dabei eine, seinem Gesichtskreise entsprechendes Buch verstehen könne;
- 3) daß derselbe deutsch, ohne grobe Verstöße gegen die Rechtschreibung, leserlich zu schreiben verstehe;
- 4) daß derselbe die Rechnungen mit ganzen Zahlen und gewöhnlichen Brüchen, auch ihre Anwendung auf die gewöhnlichen Rechnungs-Aufgaben kenne;
- 5) daß er im Zeichnen mit Bleistift und schwarzer Kreide mindestens einen Anfang gemacht habe.

§. 12.

Mit dem schriftlichen Antrage des Aufzunehmenden oder dessen Vaters oder Vormundes zur Aufnahme in die Anstalt an den Director des Gewerbe-Instituts, sind folgende Zeugnisse und Beilagen einzusenden:

- 1) der Geburts-Schein;
- 2) der Confirmations-Schein;
- 3) das Schul-Zeugniß oder die Zeugnisse der betreffenden Lehrer über genossenen Privat-Unterricht;
- 4) im Fall der Minderjährigkeit eine Bescheinigung des Vaters oder Vormundes darüber, daß der aufzunehmende Schüler mit ihrer Uebereinstimmung in die Anstalt tritt und daß sie für den Unterhalt und das Unterrichtsgeld einstehen.

§. 13.

Ungehorsame oder unfleißige Schüler werden aus der Anstalt entfernt, ohne daß sie einen Anspruch auf Rückgabe des Schulgeldes haben. — Der Vater oder Vormund eines solchen Schülers, von welchem keine ersprießliche Folge in seiner Ausbildung erwartet werden kann, erhält, sobald sich bei diesem ein Mangel an Neigung oder Fähigkeiten herausstellt, — gleichviel, in welchem Grade seiner Ausbildung er sich befindet — hierüber Nachricht, um spätestens mit Ablauf des nächsten Halbjahres denselben aus der Anstalt zu nehmen.

§. 14.

Kein Schüler darf, bei sofortigen Verlust des Anrechts des ferneren Schulbesuchs, von den durch ihn gefertigten Studien-Blättern und Mustern zu seinem Vortheil irgend einen Gebrauch machen, oder zu deren Anfertigung durch dritte Personen Anleitung geben. Ebenso wenig ist es ihm gestattet, für dritte Personen in und außer der Schulzeit irgend eine Arbeit im Muster-Zeichnen, bei sofortiger Entlassung aus der Anstalt, zu verrichten.

Die in der Anstalt während der Lehrzeit gefertigten Studien-Blätter und Muster-Zeichnungen, werden nach der Vollendung dem Schüler abgenommen. — Ein Theil davon verbleibt nach der Auswahl des Vorstehers der Anstalt als Eigenthum, die

die übrigen erhält der Schüler bei seinem Austritt aus der Anstalt zurück.

§. 15.

Die Aufrechterhaltung der Disciplin in der Anstalt liegt dem Vorsteher ob. — Die Entfernung eines Schülers aus der Anstalt bedarf der Zustimmung des Directors des Gewerbe-Instituts.

§. 16.

Das Unterrichts-Geld ist halbjährlich mit 12 Thalern für sämtliche Lehr-Gegenstände im Voraus an die Cassé des Gewerbe-Instituts abzuführen.

§. 17.

Insofern sich Schüler durch sittliches Betragen, Gehorsam, Fleiß und gute Anlagen auszeichnen und zu Erwartungen einer guten Fortbildung berechtigen, kann das Unterrichts-Geld für sie auf ihren Antrag unter Nachweis der Bedürftigkeit, von dem Director des Gewerbe-Instituts ermäßigt oder ganz erlassen werden.

§. 18.

Ueber die vollendete Ausbildung der Schüler als Muster-Zeichner wird denselben ein Zeugniß der Reife erteilt.

Schüler, welche die Anstalt vor ihrer vollendeten Ausbildung verlassen, erhalten bei ihrem Abgange ein Zeugniß über den Umfang ihrer Leistungen.

Berlin, den 8. September 1856.

Der interimistische Director des Königlichen Gewerbe-Instituts.

gez. Manger, Professor.

So erfreuliche Fortschritte die Preussische Industrie in Bezug auf die Solidität ihrer Erzeugnisse im Laufe der Zeit gemacht hat, so läßt sich doch nicht verkennen, daß sie in manchen Zweigen, hinsichtlich der Wahl und Darstellung gefälliger Muster und Formen und der äußeren Ausschmückung, nicht gleichmäßig vorangegangen ist. Nicht mit Unrecht wird den einheimischen Fabrikanten der Vorwurf gemacht, daß sie, in mancher Beziehung der Geschmacks-Richtung des Auslandes folgend, es an Originalität und an selbstschöpferischer Thätigkeit in der Erfindung und Darstellung der Muster fehlen lassen. Die Annahme, als gebreche es in Preußen an Talenten für diese bestimmte Sphäre künstlerischen Schaffens, erscheint als eine unberechtigte, wenn man auf die hervorragenden Leistungen in anderen, zum Theil so nahe verwandten Zweigen der Kunst hinblickt. Die Gründe der Erscheinung sind vielmehr in der Abneigung der Künstler gegen eine unmittelbare Wirksamkeit für die Industrie, besonders aber in dem Mangel geeigneter Bildungs-Anstalten für Musterzeichner zu suchen. Zur Widerlegung jener Auffassung wird es genügen, auf die Stellung der französischen Dessinateurs zu verweisen, welche sich den ausgezeichneten Künstlern Frankreichs würdig an die Seite reihen, um an die zu industrieller Vielfältigung bestimmt gewesenen Productionen der vorzüglichsten Maler und Modelleure des Mittelalters zu erinnern.

uern. Sie wird aber um so eher einer bessern Ueberzeugung Raum gewähren, je mehr die Gewerbtreibenden darauf Bedacht nehmen werden, der Verwendung fremdländischer Vorbilder zu entsagen und den Werth originaler einheimischer Muster anzuerkennen.

Mit dem 1sten October d. J. wird bei dem Königlichen Gewerbe-Institut zu Berlin, unter Leitung eines tüchtigen, in Paris ausgebildeten und practisch bewährten Vorstehers, eine Anstalt eröffnet werden, in welcher junge Leute in der Kunst der Musterbildung für gewebte und gedruckte Waaren, Spitzen, Kanten, Papier-Tapeten u. s. w. Unterweisung erhalten sollen.

Es wird jetzt nicht nur darauf ankommen, junge Leute zum Besuch der Muster-Zeichnen-Schule anzuregen, sondern es handelt sich vornehmlich darum, ärmeren befähigten Schülern den Besuch der Schule durch Unterstützungen möglich zu machen und ihnen demnächst die Mittel zur Etablirung als selbstständige Musterzeichner sicher zu stellen. Dies kann am zweckmäßigsten durch Begründung von Stipendien-Fonds an allen denjenigen Orten geschehen, welche von dieser Einrichtung Nutzen zu erwarten haben.

Demnach fordern wir die Magisträte unseres Geschäfts-Bezirktes auf, die hierbei interessirten Gewerbtreibenden und Fabrik-Besitzer zur Bildung eines Stipendien-Fonds aufzufordern und diese Aufforderung nach Bedürfniß alljährlich zu wiederholen. Sollte insbesondere bei der Damastweberei, der Teppich-Fabrikation und der Tuchmacher-Gewerbe ein als Musterzeichner befähigter Lehrling sich finden, so wird darauf Bedacht zu nehmen sein, die Ausbildung eines solchen Musterzeichners für die theiligten Ortsschaften möglichst zu begünstigen.

Oppeln, den 27. September 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Der auf den 29sten October d. J. anberaumte Kram- und Viehmarkt zu Ziegenhals, ist auf den 3ten November d. J. verlegt worden.

Oppeln, den 26. September 1856.

Dem Brauerei-Pächter S. Cassirer zu Schloß-Gemeinde Ober-Glogau und dem Kaufmann Michael Steiner junior zu Pleß, ist in Gemäßheit des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. die Erlaubniß ertheilt worden, für die Schlesische Feuer-Versicherungs-Anstalt in Breslau, und resp. für die Versicherungs-Gesellschaft „Thuringia“ in Erfurt, Agentur-Geschäfte zu besorgen.

Oppeln, den 1. October 1856.

Es sind nachstehende Agentur-Geschäfte landespolizeilich bestätigt worden, und zwar:

1) des

- 1) des Bureau = Assistenten Soika in Rybnik, für die Lebens = Pensions = und Leibrenten = Versicherungs = Gesellschaft „Iduna“ zu Halle a. d. S., für die Hagelschäden = Versicherungs = Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg und für die Vieh = Versicherungs = Gesellschaft ebendaselbst;
 - 2) des Kaufmanns Johann Josaph in Cosel, für die Versicherungs = Gesellschaft „Thuringia“ in Erfurt;
 - 3) des Kaufmanns Gerson Königsberger in Lublin, für die Leipziger Lebens = Versicherungs = Gesellschaft, und
 - 4) des Kupferschmiede = Meisters A. Engelle zu Ober = Glogau, für die Erfurter Hagelschäden = Versicherungs = Gesellschaft.
- Oppeln, den 1. October 1856.

Dem Kaufmann J. H. J. Prillwitz in Berlin, ist unter dem 18ten September 1856. ein Patent,

auf mechanische Mittel zur Bewegung von Jacquard = Maschinen und Schützen = kasten an Webestühlen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,

auf die Dauer von fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

Oppeln, den 4. October 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

N 252.

Verzeichniß

auf der Universität Breslau im Winter = ^{der}Semester 18⁵⁶/₅₇. vom 15ten October an zu haltenden Vorlesungen.

(Die mit * bezeichneten Vorlesungen werden öffentlich oder unentgeltlich gehalten.)

Theologie.

A. Katholische Facultät.

* Lateinische Schreib = und Disputirübungen über theologische Gegenstände, Herr Prof. Lic. Stern. * Fortsetzung der positiven Einleitung in die gesammte Theologie bis zu Ende, Hr. Prof. Dr. Balzer. Allgemeine und specielle Einleitung in die heiligen Bücher des Neuen Testaments, Hr. Prof. Dr. Friedlieb. * Leben Jesu, Derselbe. * Neutestamentliche exegetische Uebungen im Königl. kathol. Seminar, Derselbe.

selbe. Der Kirchengeschichte erster Theil, Hr. Prof. Dr. Ritter. *Erklärung der Philosophumena des Origenes im Königl. kathol. Seminar, Derselbe. *Geschichte des Investiturstreites, Hr. Prof. Dr. Reinkens. *Repetitorium und Disputatorium über die vorzüglichsten Capitel der Kirchengeschichte, Hr. Prof. Dr. Ritter. Der kathol. Dogmatik erster Theil, Hr. Prof. Dr. Balzer. Der kathol. Dogmatik dritter Theil, Hr. Prof. Dr. Reinkens. *Dogmatische Uebungen im Königl. kathol. Seminar, Hr. Prof. Dr. Balzer. *Erklärung des General-Concils von Trient in seinen dogmatischen Hauptstücken, Hr. Prof. Dr. Bittner. Der katholischen Moral-Theologie specieller Theil, Derselbe. Moral-Theologie, Hr. Prof. Lic. Stern. *Practische Theologie, Hr. Prof. Dr. Pohl. *Repetitorium über practische Theologie, Derselbe. Katechetik, Derselbe.

Die Uebungen im Königlichen katholisch-theologischen Seminar leiten die Herren Professoren **DDr. Ritter, Balzer, Friedlieb.**

B. Evangelische Facultät.

Theologische Encyclopädie und Methodologie, Hr. Lic. Dr. Hahn. Einleitung ins Alte Testament, Hr. Prof. Dr. Schulz. Erklärung des Jesaias, Hr. Prof. Dr. Middeldorpf. *Erklärung auserlesener Capitel des Jeremias, Hr. Prof. Dr. Rabiger. *Die Prophetie des Micha wird mit besonderer Berücksichtigung der Grammatik entweder selber erklären oder erklären lassen Hr. Prof. Dr. Schulz. Erklärung der Psalmen, Derselbe. Historisch-kritische Einleitung in das Neue Testament, Hr. Prof. Dr. Middeldorpf. Erklärung des Evangeliums und der Apostelgeschichte des Lucas, Hr. Prof. Dr. Gaupp. Erklärung des Evangeliums Johannis, Hr. Lic. Dr. Hahn. Erklärung des Briefes an die Römer, Hr. Prof. Dr. Rabiger. *Theologische Auslegung der petrinischen Briefe, Hr. Prof. Dr. Böhmer. *Uebungen in der Erklärung des Neuen Testaments, Hr. Lic. Dr. Hahn. Leben Jesu Christi, Hr. Prof. Dr. Semisch. Erster Theil der Kirchengeschichte, Hr. Prof. Dr. Rabiger. Kirchengeschichte, zweite Hälfte, Hr. Prof. Dr. Semisch. Die christliche Dogmengeschichte, Herr Prof. Dr. Hahn. System des christlichen Glaubens (christliche Dogmatik), Hr. Prof. Dr. Böhmer. *Prolegomena zur Dogmatik, Hr. Prof. Lic. Meuß. Dogmatik, Derselbe. *Privatissime: Repetitorium und Disputatorium über Dogmatik, Derselbe. Der practischen Theologie zweiter Theil (Homiletik, Pastoral-Theologie und Katechetik), Hr. Prof. Dr. Gaupp.

*Theologisches Seminar: Exegetisch-kritische Uebungen über das Alte Testament, Hr. Prof. Dr. Middeldorpf; dieselben über das Neue Testament, Hr. Prof. Dr. Böhmer; kirchenhistorische Uebungen, Hr. Prof. Dr. Hahn;

dogmenhistorische Uebungen, Hr. Prof. Dr. Semisch.

* Practisches Institut: Homiletische und catechetische Uebungen, Hr. Prof. Dr. Gaupp;
homiletische Uebungen, Hr. Prof. Lic. Neuf.

Rechtswissenschaft.

Encyclopädie und Methodologie der Rechtswissenschaft, Hr. Prof. Dr. Gaupp.
Naturrecht und Rechts-Philosophie, Hr. Prof. Dr. Abegg. Geschichte und Institutionen des Römischen Rechts, Hr. Prof. Dr. Huscke und Hr. Dr. Schirmer.
* Geschichte des römischen Civilverfahrens, Hr. Prof. Dr. Huscke. * Erklärung aus-
erlesener Stellen der Römischen Rechtsquellen, Hr. Dr. Schirmer. Pandecten, Hr.
Prof. Dr. Gizler und Hr. Prof. Dr. Mommsen. Erbrecht, Hr. Prof. Dr. Giz-
ler. * Exegetisch-practische Uebungen aus dem Römischen Recht, Hr. Prof. Dr.
Mommsen. Gemeines Deutsches Privatrecht, mit besonderer Berücksichtigung des
Preussischen Landrechts, Hr. Prof. Dr. Gaupp. * Handels-, Wechsel- und Seerecht,
Derselbe. Katholisches und evangelisches Kirchenrecht, Hr. Prof. Dr. Gizler. * Ehe-
recht, katholisches und evangelisches, Derselbe. Criminalrecht, gemeines und Preuss-
isches, Hr. Dr. Eberth. * Die peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V., Derselbe.
Gemeiner und Preussischer Criminal-Proceß, Hr. Prof. Dr. Abegg. * Examinato-
rium über Criminalrecht und Civilproceß mit practischen Uebungen, Derselbe. * Ge-
meiner und Preussischer Concursproceß, Derselbe. Preussisches Landrecht, Hr. Prof.
Dr. Gaupp.

Heilkunde.

Die gesammte Anatomie des Menschen, Hr. Prof. Dr. Barkow. Knochen-
und Bänderlehre, Hr. Dr. Grosser. Secirübungen, Hr. Prof. Dr. Barkow.
* Histologie (theoretischer Theil), Hr. Prof. Dr. Reichert. Microscopisch-anatomis-
cher Cursus, Derselbe. Microscopische Uebungen der normalen und pathologischen Hi-
stologie, Hr. Dr. Aubert. Der zweite Theil der speciellen Physiologie des gesunden
menschlichen Körpers, Hr. Prof. Dr. Reichert. * Geschichte des Fötus, Hr. Prof.
Dr. Barkow. * Die Lehre von der Zeugung, Hr. Prof. Dr. Reichert. Physio-
logische und microscopische Uebungen, Derselbe. * Streifzüge im Gebiete der Physio-
logie, mit Experimenten und Demonstrationen, Hr. Dr. Aubert. Ueber die neueren
Arzneimittel, Hr. Dr. Seidel. * Ueber Arzneimittel aus dem Thierreiche, Derselbe.
Die gesammte Heilmittel-Lehre, Hr. Dr. Rega. * Rezeptirkunst, Derselbe. Spe-
cielle Pathologie und Therapie, Hr. Prof. Dr. Frerichs. * Ausgewählte Capitel der
Pathologie, Derselbe. Ueber syphilitische Krankheiten, Hr. Dr. Heymann. * Herz-
krankheiten, Derselbe. * Ueber syphilitische Krankheiten, Hr. Dr. Paul. * Ueber Er-
kennung und Heilung der Seelenstörungen, Hr. Dr. Neumann. * Irrenstatistik,
Der-

Derselbe. Practische Anleitung zur gerichtlichen Psychologie, Derselbe. Ueber Auscultation und Percussion, Hr. Dr. Rühle. Der zweite Theil der Chirurgie und Operationslehre, Hr. Prof. Dr. Benedict. *Examinatorium über Chirurgie, Derselbe. Augenheilkunde, Derselbe. Chirurgie und Operationslehre erster Theil, Hr. Prof. Dr. Middeldorpf. *Ueber Fracturen, Derselbe. *Knochenkrankheiten, Hr. Dr. Klose. Chirurgische Pathologie, Derselbe. Geburtshilfe, Hr. Prof. Dr. Betschler. *Geburtshilfliche Operationen, Derselbe. Ueber Weiberkrankheiten, Hr. Dr. Burhard. Examinatorium über Geburtshilfe, nebst Operationsübungen, Derselbe. *Geburtshilfliche Erforschungslehre, Derselbe. Gerichtliche Medizin, Hr. Prof. Dr. Betschler. Gerichtliche Medizin, Hr. Dr. Klose. Gerichtliche Medizin, Hr. Dr. Paul. Medizinische Klinik und Poliklinik, Hr. Prof. Dr. Frerichs. Klinik für Geburtshilfe und Frauen- und Kinderkrankheiten, Hr. Prof. Dr. Betschler. Chirurgisch-äugenärztliche Poliklinik, Hr. Prof. Dr. Middeldorpf.

Herr Dr. Kuh wird, durch Krankheit verhindert, in diesem Semester keine Vorlesungen halten.

Philosophische Wissenschaften.

*Encyclopädie der Philosophie, Hr. Dr. Dginski. Psychologie, Hr. Prof. Dr. Elvenich. Psychologie und Logik, Hr. Prof. Dr. Braniff. Philosophie der Religion, Hr. Dr. Dginski. Geschichtliche Entwicklung der Gottesidee, Hr. Dr. Gröger. Ethik, Hr. Prof. Dr. Braniff. Aesthetik, Hr. Prof. Dr. Kahlert. Grundsätze der Erziehung und des Unterrichts in ihrem wissenschaftlichen Zusammenhange, Hr. Dr. Suchow. Geschichte der Philosophie bis 500. nach Christus, Hr. Dr. Dginski. *Ueber die Philosophie des Cartesius und Spinoza, Hr. Prof. Dr. Elvenich. *Characteristik des 19ten Jahrhunderts, in Bezug auf Religion, Staat, Kunst, Philosophie, Hr. Dr. Gröger. *Philosophisches Disputatorium, Hr. Prof. Dr. Elvenich. *Philosophisches Disputatorium, Hr. Prof. Dr. Braniff. *Philosophisches Disputatorium, Hr. Dr. Dginski.

Mathematische Wissenschaften.

Einleitung in die Analysis des Unendlichen, Hr. Dr. Schröter. Differentialrechnung, Hr. Prof. Dr. Joachimsthal. Anwendung der Differential- und Integralrechnung auf die allgemeine Theorie der Flächen und Linien doppelter Krümmung, Derselbe. *Ueber mechanische Quadratur, Hr. Prof. Dr. Galle. *Die Theorie der elliptischen Functionen, Hr. Dr. Schröter. Theoretische Astronomie, Hr. Prof. Dr. Galle. *Mathematische Uebungen, Hr. Prof. Dr. Joachimsthal.

Naturwissenschaften.

System der Physik, Hr. Prof. Dr. Frankenheim. *Optik, Derselbe. *Physik

italische Uebungen, privatissime und unentgeltlich, Derselbe. * Repetitorium der Physik, Hr. Dr. Marbach. Technische Mechanik, Derselbe. Anorganische Experimental-Chemie, Hr. Prof. Dr. Löwig. Pharmaceutische Chemie, Hr. Prof. Dr. Duflos. * Die Elemente der chemischen Analyse, Derselbe. * Stöchiometrie, Hr. Prof. Dr. Löwig. Pharmacognosie, Hr. Prof. Dr. Duflos. Arbeiten im chemischen Laboratorium, Hr. Prof. Dr. Löwig. * Pharmaceutisch-chemisches Repetitorium, Hr. Prof. Dr. Duflos. Allgemeine Naturgeschichte, Hr. Dr. Körber. Mineralogie, Hr. Dr. Scharenberg. * Krystallographie, Derselbe. Geognosie, Hr. Prof. Dr. Römer. * Naturgeschichte der metallischen Fossilien oder Erze, Derselbe. Wissenschaftliche Botanik, Hr. Dr. Cohn. * Ueber kryptogamische Pflanzen, erläutert durch microscopische Demonstrationen, Hr. Prof. Dr. Göppert. Ueber die schlesische phanerogamische Flora, Derselbe. Anatomie und Physiologie der Gewächse, Derselbe. Microscopische Uebungen aus dem Gebiete der Botanik, privatissime, Hr. Dr. Cohn. * Pflanzengeographie, Derselbe. Botanisches Repetitorium, Hr. Dr. Körber.

Staats- und Kameral-Wissenschaften.

Staats-Wirthschaft und Finanz-Wissenschaft, Hr. Prof. Dr. Tellkamp. Politische Deconomie, Hr. Dr. Bergius. Statistik der wichtigsten Staaten, Hr. Prof. Dr. Tellkamp. * Disputationen über Fragen der Politik, Derselbe. * Oekonomische Politik, Hr. Dr. Bergius.

Geschichte und deren Hilfswissenschaften.

* Einleitung in das Studium der Geschichte, Hr. Dr. Cauer. Die Geschichte der alten Welt, Hr. Prof. Dr. Röpell. * Geschichte der Colonien und Missionen seit dem XI. Jahrhundert, Hr. Prof. Dr. Junkmann. Geschichte der neueren Zeit seit dem XVI. Jahrhundert, Derselbe. Die Geschichte der neuesten Zeit seit 1815., Hr. Prof. Dr. Röpell. * Uebungen des historischen Seminars, Derselbe. * Disputationum über die Geschichte des Mittelalters, privatissime und gratis, Hr. Prof. Dr. Junkmann. Geographie von Palästina, Hr. Dr. Grünhagen.

Litteratur und Philologie.

1) Orientalische.

Grammatik der hebräischen Sprache, Hr. Dr. Magnus. Hebräische Grammatik, verbunden mit practischen Uebungen, Hr. Rector Dr. Neumann. Uebungen im Uebersetzen des Alten Testaments, verbunden mit einer Wiederholung der hebräischen Formenlehre, Hr. Dr. Magnus. * Erklärung der Bücher Samuelis, Hr. Rector Dr. Neumann. * Grammatik der samaritanischen Sprache und Erklärung der samaritanischen Paraphrase zum Pentateuch (nach Uhlemann Institutiones linguae Samaritanae Lips. 1837.), Hr. Dr. Magnus. * Fortsetzung der Erklärung der syrischen

Chres-

Chrestomathie von Kirsch, Hr. Prof. Dr. Bernstein. *Grammatik der arabischen Sprache, Hr. Dr. Magnus. *Arabische Schriftsteller, Hr. Prof. Dr. Schmöl-
ders. *Erklärung der Hamäsa, Hr. Prof. Dr. Bernstein. *Erklärung der ara-
bischen Einleitung in das Kitab ol Fuma, d. i. die arabisch geschriebene Grammatik
der hebräischen Sprache, von Ibn Djannah (nach Munk's Texte dieser Einleitung
in: Notice sur Abou'l Walid u. s. w. Paris 1851.), verbunden mit einer gleich-
zeitigen Erläuterung der Rabbinischen Uebersetzung des genannten Stückes von Ibn
Tibbon (in Goldberg's Sefer harikma, grammaire hébraïque de Jona l. Gan-
nach, traduite de l'arabe en hébreu par Ibn Tabbon, Frankf. 1856.), Hr. Dr.
Magnus. Encyclopädie und Archäologie der arabischen Litteratur; erster Theil, Hr.
Prof. Dr. Schmölbers. *Sabis Gulistan, Hr. Prof. Dr. Stenzler. Vergleich-
ende Grammatik der Indogermanischen Sprachen, Derselbe. *Sanskrit-Grammatik,
Derselbe. *Erklärung von Sanskritstellen, Hr. Prof. Dr. Schmölbers.

2) Classische.

Methodik des philologischen Studiums und Unterrichts, Hr. Prof. Dr. Haase.
Thucydides drittes Buch, nebst Einleitung über Leben und Character des Schriftstel-
lers, Derselbe. Euripides' Hippolyt, nebst Einleitung über des Dichters Leben, Wir-
ken und Schriften, Hr. Prof. Dr. Wagner. *Aesthetische Lehren der griechischen
Philosophen und Erklärung von Aristoteles' Poetik, Hr. Dr. Bernays. Persus'
Satiren nach vorausgeschickter Einleitung über des Dichters Leben und Kunst, Hr.
Prof. Dr. Wagner. *Uebungen des philologischen Seminars, Hr. Prof. Dr. Haase.
*Philologische Uebungen, privatissime und gratis, Derselbe. *Uebungen im Lateinisch-
Sprechen und Schreiben, Hr. Prof. Dr. Wagner.

3) Neuere.

Alt-sächsishe Grammatik und Erklärung des Heliand, Hr. Dr. Rumpelt. Alt-
nordische Grammatik und Erklärung der jüngern Edda, Hr. Dr. Pfeiffer. *Ge-
schichte der deutschen volksmäßigen Poesie, Hr. Prof. Dr. Rücker. Geschichte der
deutschen Litteratur im Mittelalter, Hr. Dr. Pfeiffer. *Ueber Schiller und Gothe,
Hr. Prof. Dr. Kahler. Die Gedichte des Walther von der Vogelweide, Hr. Prof. Dr.
Rücker. Darstellung der deutschen Alterthümer, gestützt auf die Erklärung der Ger-
mania des Tacitus, Derselbe. Unterricht im Angelsächsischen oder Gothischen, priva-
tissime, Derselbe. *Altdeutsche Uebungen, Hr. Dr. Pfeiffer. Practische Uebungen
im deutschen Stil und Vortrag, privatissime, Hr. Dr. Rumpelt. Encyclopädie
und Hodegetik des deutschen Unterrichts auf Gymnasien, Derselbe. Die spanische
Grammatik nach seinem Lehrgange zur Erlernung der spanischen Sprache, Hr. Dr.
Neuffer. *Italienische Grammatik und Erklärung der Florentinischen Geschichten
des Machiavelli, nach Vorausschickung eines gedrängten Abrisses des Lebens, des
Cha

Character und der Schriften dieses Autors, Hr. Dr. Karow. Uebungen in der italienischen Grammatik, Hr. Rector Marochetti. *Dante's göttliche Comödie, nebst einem Abriß des Lebens und der Schriften des Dichters, Hr. Dr. Karow. *Fortsetzung der Erklärung schwieriger Stellen aus den vorzüglichsten didactischen Dichtungen der Italiener im 16ten Jahrh., Hr. Rector Marochetti. Ueber Geist und Character des Geschichtswerkes von Casare Cantù, Derselbe. *P. Corneille's Tragödie „le Cid“, Hr. Rector Böckel. Uebungen im Französisch-Sprechen und Schreiben, wobei Göthe's Egmont (Fortsetzung) ins Französische übersetzt wird, Derselbe. *Die neugriechische Grammatik, Hr. Dr. Peucker. *Drei Cursus der polnischen Sprache, Hr. Rector Dr. Krainöski. *Polnische Grammatik, nebst mündlichen und schriftlichen Uebungen nach seinem Elementar-Buche, Hr. Rector Friß. *Uebungen im Polnischen für schon Geübtere nach einem noch zu bestimmenden Buche, Derselbe. *Polnische Literatur, Hr. Rector Dr. Krainöski. *Canzel-Berechsamkeit in polnischer Sprache, Derselbe.

Schöne und gymnastische Künste.

*Harmonielehre, zweiter Theil, Hr. Dr. Baumgart. *Compositions-Lehre, privatissime und gratis, Derselbe. *Stimmbildungs-Lehre, theoretisch-practisch, Hr. Musikdirector Dr. Mosewius. *Evangelischer Kirchengesang, geschichtliche Uebersicht seiner Tonbilder, verbunden mit practischer Uebung ihrer Gesänge, Derselbe. *Uebungen in vierstimmigen Gesängen, Derselbe. *Orgelspiel, Hr. Dr. Baumgart. Zeichnenkunst, Hr. Siegert. Zeichnenkunst naturwissenschaftlicher Gegenstände, Hr. Weiß. Reitskunst, Hr. Stallmeister Preusse. Fechtkunst, Hr. Löbeling. Tanzkunst, Hr. Arene.

Besondere academische Anstalten und wissenschaftliche Sammlungen.

Die Universitäts-Bibliothek wird alle Montage, Mittwoche, Donnerstage und Sonnabende von 2—4 Uhr, alle Dienstage, Mittwoche, Freitage und Sonnabende aber von 11—12 Uhr geöffnet, und werden daraus Bücher, theils zum Lesen in dem dazu bestimmten Zimmer, theils zum häuslichen Gebrauche gegeben. Die Bedingungen zeigt ein Anschlag an der Thür des Lese-Zimmers. Die Studenten-Bibliothek ist Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend von 2—5 Uhr geöffnet. Auch stehen die drei Stadt-Bibliotheken an bestimmten Tagen zum öffentlichen Gebrauche offen.

Die bei der Universität befindlichen Sammlungen von Natur-Gegenständen und Präparaten, von physicalischen Instrumenten u. s. w., so wie das Archiv, das Münz-Cabinet, das Alterthümer-Museum und die Gemälde-Sammlung, werden den Liebhabern auf Verlangen gezeigt. Das zoologische Museum insbesondere ist für die Studirenden Mittwochs von 11—1 Uhr, für das übrige Publicum Montags von 11—12 Uhr geöffnet; eben so die Sternwarte, Mittwochs und Sonnabends von 9—11 Uhr Vormittags.

Der botanische Garten ist dem größeren Publicum jeden Freitag geöffnet. Studirende und andere Freunde der Pflanzenkunde erhalten auf Verlangen für das Sommer-Semester

meister von dem Director des Instituts Einlaß-Karten, mit welchen sie täglich, den Sonntag ausgenommen, den Garten besuchen können. Der botanische Gärtner darf wöchentlich einmal gegen ein Honorar eine bestimmte Anzahl Pflanzen-Exemplare zum Einlegen an Studierende abgeben.

Die sechste diesjährige Sitzungs-Periode des hiesigen Schour-Gerichts, beginnt am 20sten October d. J. Oppeln, den 2. October 1856. № 253

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Personal-Chronik.

Personal-Veränderungen

im Departement des Königlichen Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat
September 1856.

Ernannt:

die Auscultatoren August Erbs, Friedrich von Reichenstein und Carl Brzosa
zu Appellations-Gerichts-Referendarien.

Versezt:

die Referendarien Wilhelm Brauer und Herrmann Hecke, und die Auscultatoren Paul Suckel und Wilhelm Beer aus dem Departement des Königl. Appellations-Gerichts zu Breslau in das hiesige Departement.

Ausgeschieden:

die Referendarien Eduard Bittmann und Maria, Balduin Tiffé, Behufs Uebertritts in das Departement des Appellations-Gerichts Breslau.

Nachweisung
der gewählten und bestätigten Schiedsmänner pro Monat September 1856.

N ^o	Namen der Ortschaften.	Kreis.	N a m e n und
			Wohnort der Schiedsmänner.
1	Adrnitz, Gzefai und Neuhof	Neustadt	Schullehrer Bartelmus zu Adrnitz.
2	Hogau	Grottkau	Freistellen-Besitzer Robert
3	Klobebach	Grottkau	Taßsch zu Nieder-Kühlschmalz. Gärtner Johann Heinze zu Klobebach.

Die Magistrate und die Herren Kreis-Secretaire des hiesigen Regierungs-Departements werden ganz ergebenst ersucht, sich auch pro 1856. der Subscribenten-Sammlung zum Amtsblatt-Sach-Register in der bisherigen bekannten Art zu unterziehen, und das Ergebniß im Monat December c. gefällig anher anzeigen zu wollen. Oppeln, im Monat October 1856.

Die Amtsblatt-Redaction.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 42.

Oppeln, den 16. October 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 52. enthält:

(N^o 4530.) Die Bestätigungs-Urkunde, betreffend die unter dem Namen „Cöln-Müsener Bergwerks-Actien-Verein“ mit dem Domicil zu Cöln, errichtete Actien-Gesellschaft. Vom 7. September 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

Zweiter Nachtrag zu dem Regulativ vom 6ten September 1848., die Anlage von Dampfkesseln betreffend. Vom 6. August 1856.

N^o 254.

Da sich das Bedürfnis ergeben hat, einige Bestimmungen des Regulativs vom 6ten September 1848., die Anlage von Dampfkesseln betreffend (Gesef-Sammlung für 1848. Seite 321.) zu ergänzen, so wird hierdurch folgendes bestimmt:

1) Zu §. 11.

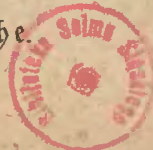
An allen Manometern muß die in der polizeilichen Genehmigung zur Benutzung des Dampfkessels zugelassene höchste Dampfspannung durch eine in die Augen fallende Marke bezeichnet sein. Außerdem muß an dem Kessel selbst der nach dieser Genehmigung zulässige Ueberschuß der Dampfspannung über den Druck der äußeren Atmosphäre, in leicht erkennbarer Weise angegeben sein.

2) Zusätzliche Bestimmung.

An jedem Dampfkessel muß der Name des Fabrikanten, die laufende Fabrik-Nummer und das Jahr der Anfertigung, in einer leicht sichtbaren und dauerhaften Weise angegeben sein. Berlin, den 6. August 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

In Vertretung:
von Pommer-Esche



Vorstehende Verordnung wird mit dem Beifügen publicirt, daß binnen drei Monaten bei allen bereits im Betriebe befindlichen Dampfkesseln die Befolgung der gegebenen Vorschriften gewärtigt wird.

Die betreffenden Aufsichts-Beamten werden angewiesen, bei den Revisionen der Dampfkessel, auf die Befolgung obiger Verordnung zu halten.

Duppeln, den 6. October 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Nr 255. Um etwanigen Wünschen der Inhaber der am 8ten v. Mts. ausgeloseten Schuld-Verschreibungen der freiwilligen Anleihe vom Jahre 1848., so wie der Staats-Anleihen vom Jahre 1850., 1852., 1854. und 1855. A., welche durch unsere Bekanntmachung vom 8ten September d. J. zur baaren Rückzahlung der Capitalien am 1sten April 1857. gekündigt sind, zu genügen, sollen diese Schuld-Verschreibungen schon vom 1sten November d. J. ab, sowohl bei der Staats-Schulden-Tilgungs-Casse als auch bei den Regierungs-Haupt-Cassen eingelöst, und die vom 1sten October d. J. ab, laufenden Zinsen à 4½ pro Cent bis zum 15ten und beziehungsweise bis zum Schlusse des Monats, in welchem die Schuld-Verschreibung bei den gedachten Cassen eingereicht wird, gegen Ablieferung der am 1sten April 1857. und später fälligen Zins-Coupons baar vergütet werden.

Wird jedoch die Schuld-Verschreibung erst in dem Zeitraum vom 16ten März bis zum 1sten April 1857. präsentirt, so ist der am 1sten April 1857. fällige Zins-Coupon davon zu trennen, und für sich allein in gewöhnlicher Art zu realisiren.

Formulare zu den hiernach über das Capital und die Zinsen auszustellenden Quittungen, werden von den gedachten Cassen unentgeltlich verabreicht. Dieselben können sich jedoch auf schriftliche Gesuche um Auszahlung der Capitalien und Zinsen nicht einlassen, sondern werden solche unberücksichtigt und portopflichtig den Bittstellern zurücksenden.

Mit dem 1sten April 1857. hört die Verzinsung der gedachten Schuld-Verschreibungen gänzlich auf und es wird daher derjenige Zinsen-Betrag, welcher auf später fällige Zins-Coupons dennoch erhoben sein sollte, bei demnächstiger Vorlegung der Schuld-Verschreibungen vom Capital gekürzt werden.

Berlin, den 6. October 1856.

Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Verordnung,

Nr 256.

betreffend das Verfahren bei Vollstreckung der, wegen Diebstahls an Holz und anderen Wald-Producten, erkannten Strafen.

Mit Bezug auf §. 14. des Gesetzes vom 2ten Juni 1852., den Diebstahl an Holz und anderen Wald-Producten betreffend (Gesetz-Sammlung Seite 308.), und unser gemeinschaftliches Regulativ, betreffend das den Forststraf-Arbeitern aufzuerlegende, bestimmte Arbeits-Maß für einen Tag, Seite 176. seq. des Amtsblatts pro 1853., werden hierdurch über die Straf-Vollstreckung selbst noch folgende nähere Bestimmungen erlassen:

§. 1.

1) Allgemeine Bestimmungen.

Die Vollstreckung des Urtheils geschieht in Gemäßheit des §. 41. des Gesetzes vom 2ten Juni 1852. von Amtswegen, wie bei anderen Straf-Erkenntnissen, also ausschließlich durch das Gericht, welches die Untersuchung geführt hat (§. 536. Criminal-Ordnung). Demselben bleibt überlassen, wenn der Verurtheilte zu der Gemeinde gehört, welcher die erkannte Entschädigung und Geldbuße zufällt, von der im §. 43. des Gesetzes vom 2ten Juni 1852. bezeichneten Befugniß, die Beitreibung der Entschädigung und Geldbuße, nebst den Kosten, der Gemeinde-Behörde des Verurtheilten aufzutragen, in den geeigneten Fällen Gebrauch zu machen.

§. 2.

Nach §. 12. des Gesetzes vom 2ten Juni 1852., soll an die Stelle einer Geldbuße, welche wegen Unvermögens des Verurtheilten und des etwa für haftbar Erklärten nicht beigetrieben werden kann, oder eines Theils der Geldbuße, welcher sich nicht Beitreiben läßt, Gefängniß-Strafe treten. Statt der Gefängniß-Strafe kann, nach §. 13. des Gesetzes, während der für dieselbe bestimmten Dauer, der Verurtheilte, auch ohne daß seine Einschließung in einer Gefangen-Anstalt erfolgt, zu Arbeiten, welche seinen Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen sind, angehalten werden.

Demgemäß ist vor Allem darauf zu halten, daß bei der executivischen Einziehung der principaliter erkannten Geldbuße mit Sorgfalt und Strenge verfahren werde. Erst, nachdem die Nichteinziehbarkeit der Geldstrafen durch fruchtlose Vollstreckung der Execution gegen die Verurtheilten und die etwa für haftbar Erklärten festgestellt worden ist, findet die Freiheits-Strafe Anwendung.

§. 3.

Die beigetriebenen Geldbußen, so wie die erkannten Entschädigungen (Ersatz-Gelder), werden bei den gerichtlichen Salarien-Cassen vereinnahmt und verbleiben denselben definitiv, wenn sie wegen Diebstahls in Königl. Forsten erkannt sind. Da-

gegen fließen diejenigen, welche wegen Diebstahls in Gemeinde- oder Privat-Försten erkannt sind, den Bestohlenen zu. Sie werden daher bei den Salarien-Cassen nur als durchlaufende Posten behandelt und vierteljährlich nach einem aufzustellenden Verzeichnisse an die Bestohlenen abgeführt.

Die nach §. 17. des Gesetzes vom 2ten Juni 1852. eintretende Confiscation von Werkzeugen, welche zur Verübung des Holz-Diebstahls gebraucht worden sind, erfolgt in allen Fällen für den Fiscus; ihr Verkauf geschieht daher durch die Gerichte, und der Erlös fließt zu den Salarien-Cassen.

§. 4.

In Stelle der nach §. 12. des Gesetzes vom 2ten Juni 1852., im Falle des Unvermögens des Verurtheilten und des etwa für haftbar Erklärten eintretenden Gefängnißhaft, kann auch eine Abbüßung durch Straf-Arbeit nach folgenden Bestimmungen eintreten.

§. 5.

Dem Waldeigenthümer steht die Befugniß zu, bei dem die Execution leitenden Gericht ein- für allemal zu beantragen, daß die Verurtheilten zu gereichenden Arbeiten angehalten werden. Ist dies nicht geschehen, so muß ein hinsichtlich specieller Straffälle hierauf gerichteter Antrag für den künftigen Fall der Nichteinziehbarkeit der Geldbuße, in der Regel schon am Forstgerichts-Tage, besonders schriftlich eingereicht werden, und ist später nur dann zu berücksichtigen, wenn er eingeht, bevor das Gericht die Verfügung wegen anderweiter Vollstreckung der Strafe erlassen hat. Eine besondere Benachrichtigung des Wald-Eigenthümers über den fruchtlosen Ausfall der Execution und eine Aufforderung desselben zur Anweisung von Arbeiten, finden nicht statt.

Ist ein Antrag des Wald-Eigenthümers nicht angebracht worden, so veranlaßt das Gericht die Verwendung des Sträflings zu Arbeiten im Interesse der öffentlichen Verwaltung.

§. 6.

Bei Vollstreckung der Straf-Arbeit wird ein Arbeitstag einer Gefängniß-Strafe von 24 Stunden gleichgeachtet. Ist die Straf-Arbeit nur zum Theil geleistet worden, so tritt für den noch übrigen Theil der erkannten Freiheits-Strafe die Gefängnißhaft ein.

§. 7.

2) Besondere Bestimmungen über das Verfahren bei der Straf-Arbeit im Interesse des Wald-Eigenthümers.

Soll der Sträfling im Interesse des Wald-Eigenthümers zu Arbeiten verwendet werden, so wird derselbe zu diesem Zwecke von Seiten des Gerichts bei Königlichen Försten den betreffenden, d. h. demjenigen Königlichen Oberförster, in dessen Liste der Fall aufgenommen war, bei Privat-Försten der betreffenden Orts-Polizei-Behörde mit der Aufforderung überwiesen, binnen sechs Monaten über die erfolgte Vollstreckung der Straf-Arbeit, oder, daß von derselben wieder abstrahirt worden ist, dem Gericht eine

eine amtliche Bescheinigung einzufenden. (§. 14.)

Die Ueberweisung geschieht in Ansehung derselben Königl. Oberförsterei, so wie bei mehreren, derselben Polizei=Behörde untergebenen Sträflingen, rücksichtlich aller, in eine Liste aufgenommenen Fälle, durch eine zusammengefaßte Verfügung.

Die Bestellung der Sträflinge zu den Arbeiten mit den ihnen näher zu bezeichnenden Geräthschaften, erfolgt durch das Dorf=Gerecht oder die städtische Polizei=Behörde, und zwar unter der Warnung: daß, im Fall des nicht durch ärztliche oder andere Krankheits=Atteste bei der Orts=Polizei=Behörde, beziehungsweise der Königl. Oberförsterei, genügend entschuldigtem Ausbleibens nach dem Antrage des Wald=Eigenthümers, entweder zunächst die zwangsweise Sistrung zur Arbeit durch die städtische Polizei=Behörde, oder das Dorf=Gerecht, oder die Vollstreckung der Gefängniß=Strafe stattfinden werde.

Von der geschehenen Bestellung haben die damit beauftragten Behörden die betreffende Königl. Oberförsterei, beziehungsweise den Wald=Eigenthümer oder seine Forst=Beamten, in Kenntniß zu setzen.

Sind Sträflinge ohne genügende Entschuldigung ausgeblieben, so haben die Wald=Eigenthümer sogleich den weiteren Antrag nach dem Obigen bei der Orts=Polizei=Behörde anzubringen, die Königl. Oberförster aber die Dorf=Gerechte mit der Sistrung zu beauftragen, beziehungsweise die städtische Polizei=Behörde deshalb zu requiriren.

Verweigert ein zwangsweise sistrirter Sträfling die Arbeit, so ist er zu entlassen und gegen ihn sodann die Gefängniß=Strafe zu vollstrecken.

§. 8.

Der Wald=Eigenthümer kann den Sträfling entweder bei angemessener Forst=Arbeit beschäftigen, oder ihm gewisse Tagewerke auferlegen.

Im ersten Falle muß der Sträfling während der nach der Gewohnheit jedes Orts für Lohnarbeiten hergebrachten Stundenzahl, mit Gewährung der ortsüblichen Ruhestunden, und in Ermangelung einer unstreitigen Gewohnheit von Sonnen=Aufgang bis Sonnen=Untergang arbeiten, wobei er zum Frühstück, zum Mittagessen und zur Vesper jedesmal eine Ruhestunde genießt.

Im Winter fällt die Ruhestunde zur Vesper fort. Die zur Zurücklegung des Weges vom Wohnorte des Sträflings bis zum Arbeits=Orte gewöhnlich erforderliche Zeit, wird in die Arbeitszeit eingerechnet.

Wird dem Sträfling ein gewisses Tagewerk angewiesen, so ist die von ihm zu verrichtende Forst=Arbeit nach dem Regulativ vom 11^{ten} Mai 1853. (Amts=Blatt Seite 176 folg.) zu berechnen, dergestalt, daß der Sträfling, wenn er früher mit der ihm angewiesenen Arbeit zu Stande kommt, auch früher zu entlassen ist, dagegen bei Trägheit und üblen Willen über die bestimmte Strafzeit hinaus und bis zur ordentlichen Vollbringung sich der ihm angewiesenen Arbeit zu unterziehen hat.

§. 9.

§. 9.

Der Wald-Eigenthümer ist berechtigt, den Sträfling statt zu Forst=Arbeiten auch zu anderen seinen Fähigkeiten und Verhältnissen angemessenen Arbeiten der Land- und Haus=Wirthschaft zu verwenden.

Entstehen hierüber Streitigkeiten, so entscheidet das Gericht.

Hierbei hat der Sträfling entweder in Gemeinschaft mit anderen Lohn=Arbeitern, oder nach dem Maßstabe der gewöhnlichen Kräfte und Leistungen der letzteren, die nämliche Arbeit von gleicher Zeitdauer zu verrichten, oder wenn es an einer bestimmten Gewohnheit darüber ermangelt, die ihm aufgetragenen Arbeiten während der im §. 8. bestimmten Zeit=Fristen zu leisten.

§. 10.

Die zu den Forst- und landwirthschaftlichen Arbeiten erforderlichen Geräthschaften hat der Sträfling mitzubringen, wenn er sich in deren Besitze befindet, widrigenfalls er zur Leistung der Arbeit nicht zugelassen wird. Bei der Bestellung müssen die Dorf-Gerichte und Polizei=Behörden sich überzeugen, ob der Sträfling die Utensilien besitzt und davon dem Wald-Eigenthümer oder seinem Forst=Beamten Kenntniß geben. Befindet sich der Sträfling nicht im Besitze der nöthigen Geräthschaften, so müssen ihm dieselben von dem Wald-Eigenthümer geliefert werden.

§. 11.

Während der Arbeitszeit steht der Sträfling in einem Subordinations=Verhältnisse zu den königlichen Forst=Beamten, beziehungsweise zu dem Forst-, Wirthschafts- oder sonstigen Beamten des Privat-Wald-Eigenthümers, durch welchen die Waldbung beaufsichtigt wird und hat deren Anordnungen unbedingt Folge zu leisten. Die Arbeit muß von ihm selbst, ohne Beihülfe seiner Angehörigen, oder eines Anderen, verrichtet werden.

§. 12.

Für ihre Beköstigung während der Straf=Arbeit haben die Sträflinge selbst zu sorgen. Sind sie dazu nach der Bescheinigung der Orts=Gemeinde=Behörde nicht im Stande, so werden ihnen, jedoch nur, nachdem sie die Arbeit fleißig begonnen haben, von dem Wald-Eigenthümer nach dessen Wahl zwei Pfund Brod, oder der Geldwerth des letzteren nach dem jedesmaligen Markt=Preise der nächsten Markt=Stadt verabfolgt.

§. 13.

Wenn Sträflinge die ihnen gelieferten Geräthschaften oder andere dem Wald-Eigenthümer gehörige Gegenstände muthwillig beschädigen, bei angemessener Arbeit schlecht und nachlässig arbeiten, oder sich ungebührlich betragen und den Anordnungen widersetzen, so sollen sie (vorbehaltlich der etwa verwirkten gesetzlichen Ahndung im Wege eines förmlichen Untersuchungs=Verfahrens) nach stattgefundener summarischer Erörterung des Hergangs wegen einer solchen Contravention bei der Straf=Arbeit,
nach

nach dem Ermessen des die Execution leitenden Gerichts mit einer derjenigen Disciplinar-Strafen belegt werden, welche im §. 27. der Gefängniß-Instruction vom 24sten October 1837. (Justiz-Ministerial-Blatt von 1839. Seite 277.) für Contraventionen der Gefangenen angeordnet sind.

Dem Wald-Eigenthümer bleibt übrigens unbenommen, derartige widerspenstige Sträflinge sofort aus der Arbeit zu entlassen und die Vollstreckung der Gefängniß-Strafe für den durch die Arbeit noch nicht abgebüßten Theil der Strafe nebst der Bestrafung wegen der vorgefallenen Ungehörlichkeit bei dem Gericht zu beantragen.

§. 14.

Innerhalb sechs Monaten nach der Ueberweisung des Sträflings, muß die erfolgte Vollstreckung der Straf-Arbeit oder die Erklärung des Wald-Eigenthümers, daß er dieselbe aufgegeben habe, dem Gericht nachgewiesen werden.

Der Nachweis geschieht bei königlichen Forsten durch eine amtliche Bescheinigung des Oberförsters, bei Privat-Forsten durch ein auf Grund der Vernehmung des Wald-Eigenthümers oder seines Beamten auszustellendes Attest der Orts-Polizei-Behörde (§. 7.).

Geht die Anzeige dahin, daß die Straf-Arbeit noch nicht vollzogen worden, oder daß der Wald-Eigenthümer die Verwendung des Sträflings zur Straf-Arbeit nicht mehr beabsichtigt, so wird die Gefängniß-Strafe zur Vollstreckung gebracht.

Geht die Anzeige nicht in der sechsmonatlichen Frist ein, so wird der Privat-Wald-Eigenthümer zur Einreichung mit achttägiger Frist unter der Warnung aufgefodert, daß nach fruchtlosem Verlauf dieser Frist ein Beamter beauftragt werden wird, auf Kosten des Säumigen an Ort und Stelle die angeordnete Vernehmung vorzunehmen.

§. 15.

Hat nur eine theilweise Vollziehung der Straf-Arbeit stattgefunden, oder ist bei deren Leistung eine der im §. 13. erwähnten Contraventionen vorgefallen, so muß dies in dem Atteste ausdrücklich bemerkt werden, damit im ersten Falle die Gefängniß-Haft für den noch residirenden Theil der erkannten Strafe, im zweiten Falle aber neben der letzteren oder besonders die im §. 13. bezeichnete Contraventions-Strafe zur Anwendung kommt.

§. 16.

3) Besondere Bestimmungen über das Verfahren bei der Straf-Arbeit im Interesse der öffentlichen Verwaltung.

Behufs der Verwendung der Verurtheilten zu Arbeiten im Interesse der öffentlichen Verwaltung, werden dieselben durch das Gericht dem Kreis-Landrathe überwiesen.

Dieser hat die Verurtheilten zu Begebauten, Graben-, Ufer- und anderen öffentlichen Arbeiten entweder unmittelbar, oder durch die der Arbeit benötigten Orts-Polizei-Behörden des Kreises verwenden zu lassen. Es finden in dieser Beziehung die

die Bestimmungen in den §§. 8., 10—13. der gegenwärtigen Verordnung Anwendung. Die Bescheinigung über die theilweise oder gänzliche Vollstreckung der Straf-
Arbeit (§§. 14. 15.) geschieht durch eine amtliche Benachrichtigung des Gerichts von
Seiten des Landraths. Der Landrath hat im Falle des ungehorsamen Ausbleibens
die zwangsweise Sistrung der Sträflinge zur Arbeit selbst zu veranlassen.

§. 17.

Wenn sich innerhalb sechs Wochen nach der Ueberweisung der Verurtheilten an
den Landrath eine Gelegenheit zur Straf-
Arbeit im öffentlichen Interesse nicht erge-
ben hat, so wird das Gericht hiervon durch denselben in Kenntniß gesetzt, damit als-
dann die Gefängniß-
Hast zur Vollstreckung gebracht werde.

§. 18.

4) Kosten der Gefängniß-
Strafe.

Die durch Vollstreckung der Gefängniß-
Hast und durch die Unterhaltung des
Sträflings im Gefängnisse erwachsenden Kosten, fallen der Gerichtsbarkeit des Wohn-
orts der Sträflinge zur Last.

Oppeln, den 7. October 1856.

Königliche Regierung.
Pücker.

Ratibor, den 27. September 1856.

Königliches Appellations-
Gericht.
Wenzel.

Dem Maurermeister Franz Henke in Rosenberg, ist die landespolizeiliche Genehmi-
gung zur Führung von Agentur-
Geschäften für die Versicherungs-
Gesellschaft „Thuringia“ in Erfurt ertheilt worden; dagegen haben die Agentur-
Geschäfte niedergelegt:
der Kaufmann Raschdorf in Ober-
Glogau für die Berliner Hagel- und für
die Feuer-
Versicherungs-
Gesellschaft „der deutsche Phönix“, und
der Kaufmann J. H. Schüler hierselbst für die Lebens-
Pensions-
Versicherungs-
Gesellschaft „Janus“ in Hamburg.
Oppeln, den 11. October 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlichen Appella- tions- Gerichts zu Ratibor.

Nr. 257. Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 6ten April 1854. (Extraordinaire Bei-
lage zum Oppelner Regierungs-
Amtsblatte pro 1854. Stück 19.) ad IV. machen
wir ferner bekannt, daß die Schiedsmanns-
Bezirke:

Nr. 12., bestehend aus der Ortschaft Jagdorf, und

Nr. 24., bestehend aus den Ortschaften Rosßdorf und Petersdorf,
des Falkenberger Kreises, mit dem aus den Ortschaften Schloß Falkenberg, Weschelle,
Gzep-

Ozeppanowiz, Lippen, Springsdorf, und Brande bestehenden Schiedsmanns-Bezirke Nr. 36. vereinigt worden sind.

Das Substitutions-Verhältniß wird dahin festgestellt, daß nunmehr der vergrößerte Schiedsmanns-Bezirk Nr. 36. und der Bezirk Nr. 30., Stadt Falkenberg, einander gegenseitig vertreten. Ratibor, den 9. October 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

In dem Bezirke der hiesigen Ober-Post-Direction sind öfter Landbriefträger-, Postfußboten-, Packetträger- und sonstige contractliche Postdienststellen, mit denen in der Regel jährliche Löhnungen von 72 bis 120 Thalern verbunden sind, zu besetzen.

Versorgungsberechtigte Militair-Personen werden aufgefordert, sich, sofern sie bereit sind, eine derartige Dienststelle zu übernehmen, dieserkalb bei der Post-Anstalt ihres Wohnortes oder bei der ihrem Wohnorte zunächst belegenen Post-Anstalt zu melden. Außer den ihren Versorgungs-Anspruch begründenden Militair-Papieren haben sie bei ihrer Meldung auch alle über ihre Führung sprechenden Zeugnisse, insbesondere auch ein obrigkeitliches Attest beizubringen, welches über ihre Führung bis auf die neueste Zeit, d. i. bis zum Termine der Bewerbung, überzeugenden Aufschluß giebt.

Der Bewerber muß deutsch und pölnisch lesen und schreiben können, auch im Rechnen einige Fertigkeit haben und eine Dienst-Caution von 50 Rthln. in Staatspapieren sogleich beim Antritt der Dienststelle erlegen können.

Durch die Annahme einer derartigen contractlichen Stelle wird übrigens der zur Versorgung berechtigte Militair-Invalide nicht behindert, eine spätere Anstellung als Post-Unterbeamte zu erstreben. Oppeln, den 1. October 1856.

Der Ober-Post-Director.

In Vertretung:
Eckardt.

Mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 1sten October 1853., bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß als weitere Uebergangs-Straße für den Verkehr mit controle- und übergangs-abgabepflichtigen Gegenständen in dem Königreiche Württemberg vom 1sten October d. J. ab, die durch den Grenz-Ort Thalheim, Cameral-Amts Wurmkingen und Ober-Amts Tuttlingen führende Straße eröffnet worden ist. Breslau, den 6. October 1856.

Der Wirkliche Geheime Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Director.

In Vertretung:
Der Ober-Regierungs-Rath. Daniel.

Personal-Chronik.

Im Amtsbereiche des Königl. Provinzial-Schul-Collegii, haben folgende Personal-Veränderungen stattgefunden:

der Oberlehrer Raboth am Königl. kath. Gymnasium zu Breslau, ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand getreten — der ordentliche Lehrer Dr. Br-
lig am Königl. kath. Gymnasium zu Leobschütz ist an das Königl. kath. Gym-
nasium zu Breslau versetzt — der Lehr-Amts-Candidat Mohr ist an die
Stelle des, an die höhere Bürgerschule in Frankfurt a. O. als Lehrer abge-
gangenen seitherigen Collaborators Ulbrich, als solcher bei dem Königl.
kath. Gymnasium zu Breslau angestellt — und die am Königl. kath. Gym-
nasium zu Gleiwitz neu errichtete Collaboratur ist dem Lehr-Amts-Candida-
ten Schneider in Reiffe verliehen worden.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, den seitherigen Landraths-
Amts-Verweser, Regierungs-Referendarius Stanislaus Freiherr v. Seherr-Thoss,
zum Landrathe des Kreises Pless zu ernennen.

Personal-Veränderungen

im Bereich der Königl. Intendantur des 6ten Armee-Corps.

Ernannt: der Appellations-Gerichts-Auscultator Lampe zum Intendantur-Re-
ferendarius;

der Intendantur-Secretair, Lieutenant Hoffmann, zum Geheimen expediren-
den Secretair und Calculator im Kriegs-Ministerium.

Wieder angestellt: der Intendantur-Secretariats-Assistent Frohmann.

Versetzt: der Montirungs-Depot-Rendant Laube von Graudenz nach Breslau;

der Garnison-Verwaltungs-Controllleur Schimmel, bisher in Wesel, als Vor-
stand der Garnison-Verwaltung zu Silberberg;

der Casernen-Inspector Pienemann in Breslau, als Lazareth-Inspector in
Silberberg;

der Casernen-Inspector Werth, von Düsseldorf nach Breslau.

Pensionirt: der mit der Wahrnehmung der Lazareth-Inspector-Stelle in Silber-
berg beauftragt gewesene Garnison-Verwaltungs-Controllleur Hartweck, auf
sein Ansuchen.

Verstorben: der Vorstand der Garnison-Verwaltung zu Silberberg, Casernen-In-
specteur Sauer.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von F. Weilschäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 43.

Oppeln, den 23. October 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Die Quittungs-Bescheinigungen der Staats-Schulden-Tilgungs-Casse über die im Kaufe des 2ten Quartals d. J. eingezahlten Domainen-Veräußerungs- und Abföhrungs-Capitalien und Zinsen, sind von uns an die betreffenden Special-Cassen gesandt worden, was den Einzählern Behufs Empfangnahme derselben bekannt gemacht wird. N^o 260.
Oppeln, den 14. October 1856.

Wir setzen das Publicum, im Verfolg der im Amtsblatt Stück 10. pag. 56. Nr. 51. abgedruckten Ministerial-Verfügung vom 18ten Februar d. J. fernerweit in Kenntniß, daß die in Gemäßheit des Gesetzes vom 11ten März 1854. emittirten Fürstlich Schwarzburg-Sondershausenschen Cassen-Anweisungen zu 1 und 5 Rthlr., nach einer fernerer Mittheilung des Fürstlich Schwarzburgischen Ministeriums zu Sondershausen, vom 1sten d. Mts. bis zum Schlusse dieses Jahres, mit welchem Zeitpunkte sie ihre Gültigkeit verlieren, nur noch bei der Fürstlichen Staats-Haupt-Casse zu Sondershausen umgetauscht werden können. N^o 261.
Oppeln, den 19. October 1856.

Daß dem Feldmesser und Markscheider-Assistenten Immeckenberg zu Halberstadt, unter dem 2ten Januar 1856. ertheilte Patent,

auf eine Einrichtung an Horizontal-Kreisen zur Messung von Höhen-Winkeln, und daß dem Johann Zimmermann zu Chemnitz unter dem 27sten December 1855. ertheilte Patent,

auf eine Einrichtung an Drehbänken, zum Abdrehen der Eisenbahn-Wagen-Räder,
sind beide erloschen. Oppeln, den 20. October 1856.

Zur Führung von Agentur-Geschäften ist die landespolizeiliche Genehmigung ertheilt worden:

- 1) dem Buchhändler Samuel Breitbarth zu Ujest, für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherungs-Gesellschaft „Iduna“ in Halle a. d. S., für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft und für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ ebendaselbst;
 - 2) dem Privat-Secretair Funke in Lublinitz, für die Magdeburger Vieh-Versicherungs-Gesellschaft, und
 - 3) dem Kaufmann M. B. Reszczyński in Gleiwitz, für die Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Leipzig.
- Doppeln, den 20. October 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

N^o 262. Bei der am 29sten und 30sten v. Mts. am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Steinau a. D. abgehaltenen Lehrerinnen-Prüfung ist dem Fräulein Subirge, aus Freiburg in Schlessen gebürtig, die Befähigung zur Leitung einer Privat-Lehr-Anstalt, und den Fräulein

- 1) Marie Anders aus Brieg,
- 2) Maria von Briesen aus Breslau,
- 3) Hedwig Gaupp aus Breslau,
- 4) Virginie Hacke aus Domsel, z. Z. in Breslau,
- 5) Ida Koch aus Piegritz,
- 6) Louise Koch aus Piegritz,
- 7) Wilhelmine Korb aus Breslau,
- 8) Constanze Mittelsädt aus Wirobsky, z. Z. in Breslau,
- 9) Auguste Menzel aus Hirschberg,
- 10) Emma Röhlcke aus Breslau, z. Z. in Steinau a. D.
- 11) Anna Schmidt aus Breslau,
- 12) Pauline Schott dto.,
- 13) Adeline Thiele dto.,
- 14) Erna Werther aus Landsbut,

die Befähigung zur Uebernahme einer Lehrerinnen-Stelle an einer Töchter-Schule zuerkannt worden. Breslau, den 6. October 1856.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.
Schleinitz.

N^o 263. In Gemäßheit der Vorschrift des §. 92. des revidirten Feuer-Societäts-Reglements vom 1sten September 1852., werden die Ergebnisse der gelegten Rechnung über die im Jahre 1855. bei der Schlesschen Provinzial-Landfeuer-Societät vorgekommenen Einnahmen und Ausgaben hiermit in Nachstehendem veröffentlicht:

Die

Die Gesamt-Versicherung betrug am Schlusse des Jahres 1855.:

	in den Klassen				Summa aller Klassen.
	I.	II.	III.	IV.	
	R _h	R _h	R _h	R _h	R _h
im Regierungs-Bezirk Breslau	3,994,390	1,636,910	1,821,870	9,849,250	17,302,420
im Regierungs-Bezirk Piemont	1,591,310	736,320	561,760	3,344,140	6,233,530
im Regierungs-Bezirk Obern	1,454,530	230,790	903,760	6,165,210	8,754,290
Uebersicht...	7,040,230	2,604,020	3,287,390	19,358,600	32,290,240
Ende des Jahres 1854. betrug die Gesamt-Ver- sicherung	6,026,890	2,242,070	3,215,740	19,034,120	30,518,820
Diese hat sich mithin im Jahre 1855. erhöht, um	1,013,340	361,950	71,650	324,480	1,771,420
bis zum 1sten Juli 1856. hat sich solche noch weiter gesteigert um.....					553,380
und es wird das Kataster am 1. Juli 1856. abschließen mit einer Summe von.					32,843,620

Nach der vorbemerkten Rechnung betrug:

I. Die Soll-Einnahme pro 1855.:

A. An Bestand und Rückständen aus Vorjahren:

	Betrag.			Einschließlich der am Jahreschlusse 1855. ver- bliebenen Reste	
	R _h	Gr.	S	R _h	Gr.
1) Uebersetzer Bestand aus dem Jahre 1854.....	—	—	—	227,209	5 9
2) Uebersetzer Reste aus dem Jahre 1854. et retro:					
Latus...	227,209	5	9	—	—
54 *			Trans-		

			Betrag.			Einschließlich der am Jahreschlusse 1855 verbliebenen Reste von		
	Rth.	Ggr. S.	Rth.	Ggr. S.		Rth.	Ggr. S.	
Transport. . .	—	—	227,209	5	9	—	—	—
a. aus dem Vermögen später überführter Brandstifter zu erstattende Brandgelber . .	3,288	15	—	—	—	—	—	—
davon sind von den Ständen des 11ten Provinzial-Landtages zur Niederschlagung genehmigt und in Abgang gestellt worden								
3120 Rthl.								
dagegen war ein Zugang von 14 Sgr. 5 Pf.								
bleibt Abgang. . .	3,119	15	7					
b. an Feuer-Societäts-Beiträgen ex 1853. et retro. .	482	18	1	168	29	5	80	—
ex 1854.	112,439	16	2					
	112,922	4	3					
hiervon sind theils als inexigibel, theils als indebite zum Soll gestellt in Abgang gekommen.	62	27	3					
c. an zu erstattenden Mandatarien-Gebühren u. . . .	44	—	6	112,859	7	—	326	5
welche als unerreichbar in Abgang gestellt worden.								
An dergleichen war aber ein Zugang von	—	—	—	—	8	—	—	—
B. An currenten Einnahmen:								
3) an Feuer-Societäts-Beiträgen pro 1855. .				206,153	19	7	70,177	26
4) an Strafgeldern nach §. 34. des Reglements				—	—	—	—	—
5) an Zinsen von nutzbar angelegten Bestands-Geldern und des Reserve-Fonds.				9,968	3	5	—	—
Latus.				556,359	13	2	70,584	1

	Betrag.			Einschließlich der am Jahreschlusse 1855. verbliebenen Reste von		
	Rth.	Ggr.	S.	Rth.	Ggr.	S.
Transport.	556,359	13	2	70,584	1	10
6) zurückzuerstattende Brandgelder	236	22	—	24	3	—
7) dergleichen Mandatarien = Gebühren	25	22	—			
8) der erstattete snb 7. der Ausgabe aufgeführte Betrag einer, in einem Prozesse nothwendig gewordenen Arrest = Caution per	50	—	—			
9) zufällige Einnahme	—	29	6	—	—	—
10) das im vorigen Jahre verausgabte Kaufgeld für ein von der Societät zu Rettung eines im Rechtswege erstrittenen Brandgelder = Ersatzes subhasta erstandenes Grundstück, nach dessen Wiederverkaufe mit	340	—	—	—	—	—
Summa aller Einnahmen	561,380	4	1	116,254	19	9

II. Soll = Ausgabe pro 1855.

A. An Resten aus Vorjahren:

	Rth.	Ggr.	S.		Rth.	Ggr.	S.
1) übertragene Reste an Brandgeldern pro 1854.	—	—	—	40,843	10	9	—
Zugang an dergleichen, welche erst im Jahre 1855. nachträglich zur Liquidation und Anweisung gekommen sind:							
im Regier.-Bezirk Breslau	9,876	28	4				
= " " Piegritz	10,091	27	10				
= " " Oppeln	3,105	2	6				
2) übertragene Tantieme = Reste pro 1853. et retro	36	15	3	23,073	28	8	—
= 1854.	9	19	8				
	46	4	11				
Abgang.	—	12	3	45	22	8	18 7 10
Latus.	—	—	—	63,963	2	1	18 7 10

Trans-

	Betrag.			Einschließlich der am Jahreschlusse 1855. verbliebenen Reste von		
	Rfl.	Ggr.	S.	Rfl.	Ggr.	S.
Transport...	—	—	—	63,963	2	1
B. An currenten Ausgaben pro 1855.:						
3) an Brandbonificationen:						
im Regier.: Bezirk Breslau ..	100,763	20	6			
= " " " Liegnitz ..	48,416	15	1			
= " " " Oppeln ..	40,035	7	3			
4) an Prämien:				189,215	12	10
a. für Spritzen und Wasserwagen.....	1,113	15	—			
b. für verdienstliche Handlungen beim Feuerlöschn...	43	—	—			
c. für Entdeckung von Brandstiftern	265	—	—			
d. an Vergütungen für beim Feuerlöschn verloren gegangene Wassereimer	31	17	—			
5) an Verwaltungskosten:				1,453	2	—
I. bei der Provinzial-Direction.						
a. Gehälter der angestellten Beamten.....	2,200	—	—			
b. Beitrag zum Pensionsfonds von unbefetzten Etatsstellen	11	15	—			
c. Remunerationen für Arbeitsaushülfen und Kanzlei-Arbeiten	703	1	—			
d. Miete für das Geschäftslocal	360	—	—			
e. für die Beheizung desselben	31	15	—			
f. für die Beleuchtung =	19	14	—			
g. für Schreibmaterialien ..	92	19	3			

Latus. . . 3,418 4 3 254,631 16 11 32,500 16 7

Trans-

	Betrag.			Einschließlich der am Jahreschlusse 1855. verbliebenen Reste von					
	Rth.	Sgr.	S.	Rth.	Sgr.	S.	Rth.	Sgr.	S.
Transport. . .	3,418	4	3	254,631	16	11	32,500	16	7
h. für Drucksachen.	15	17	10						
i. für sonstige Amtsbedürfnisse	107	3	6						
II. Verwaltungskosten bei der Haupt-Casse.	—	—	—	3,540	25	7	—	—	—
				800	—	—	—	—	—
III. Verwaltungskosten in den Kreisen:									
a. Bureaukosten-Entschädigungen an 57 Landräthe als Kreis-Feuer-Societäts-Directoren.	3,175	—	—						
b. an dieselben, resp. an die Kreis-Feuer-Societäts-Commissarien Meilengelder für Reisen zur Feststellung vorgewesener Brandschäden und zu örtlicher Prüfung von neu angemeldeten Versicherungen.	1,254	26	5						
c. an Bauhandwerker für örtliche Abschätzung partieller Brandschäden	193	26	9						
d. an Bauinspectoren für örtliche Tax-Revisionen	33	2	6						
e. an 57 Kreis-Steuer-Einnehmer für Erhebung und Abführung der Feuer-Societäts-Beiträge 2 Sgr. Lantieme promille, der am 1sten Januar in jedem Kreise bestandenen Versicherungs-Summe nach §. 68. des Reglements vom 1sten September 1852. . . .	2,034	17	8	6,691	13	4	90	18	1
							Lantieme		
Latus. . .	265,663	25	10	32,591	4	8			

Trans-

	Betrag.			Einschließlich der am Jahreschlusse 1855. verbliebenen Reste von		
	Rth.	Sgr.	S.	Rth.	Sgr.	S.
Transport...	265,663	25	10	32,591	4	8
6) Schiedsgerichts-Prozess- und Mandatarien-Kosten	110	15	10			
7) der in einem Prozesse verausgabte Betrag einer Arrest-Caution per	50	—	—			
welcher sub Nro. 8. der Einnahme wieder zurückgezahlt worden.						
8) Zinsen für zeitweise, aus anderen Fonds bei der Königlichen Instituten-Haupt-Casse entnommenen baaren Geld-Vorschüsse....	127	29	4			
9) Reisekosten und Diäten an die Mitglieder des Provinzial-ständischen Ausschusses, Be- hufs Prüfung und Abnahme der Societäts- Rechnung pro 1854.	44	10	—			
10) aus Billigkeits-Rücksichten restituirtes Porto u.	1	3	—			
Summa aller Ausgaben...	265,997	24	—	32,591	4	8
Abschluß.						
Die Gesamt-Einnahme beträgt	557,012	26	8	70,608	5	1
Die Gesamt-Ausgabe beträgt	265,997	24	—	32,591	4	8
Es verbleibt hiernach am Schlusse des Jahres 1855. ein Vermögen der Societät von	291,015	2	8	38,017	—	5
Wird die Rest-Ausgabe von der Rest-Einnahme abgezogen, und die verbleibende Rest-Ein- nahme-Summe per	38,017	—	5			
von dem Vermögens-Bestande abgerechnet, so ergibt sich der am Jahres-Schlusse 1855. vorhanden gewesene Cassen-Bestand von ...	252,998	2	3			
welcher besteht:						
in Hypotheken	102,336	Rth.	25 Sgr. — Pf.;			
in schlesischen Pfandbriefen	65,960	—	—			
in schlesischen Rentenbriefen	18,000	—	—			
in oberschlesischen Eisenbahn-Prioritäts-Actien..	56,700	—	—			
Latus...	242,996	Rth.	25 Sgr. — Pf.;			
Trans-						

Transport...	242,996 Rtl. 25 Sgr. — Pf.;
in Bank=Obligationen	8,000 = — = — =
in Silbergeld	2,001 = 7 = 3 =
find...	<u>252,998 Rtl. 2 Sgr. 3 Pf.</u>

Von dem nachgewiesenen Vermögens=Bestande per . 291,015 = 2 = 8 =
 gehen jedoch noch ab, die erst im Jahre 1856. nachträg-
 lich liquidirten und verausgabten Brandbonificationen aus
 dem Jahre 1855. mit..... 10,248 Rtl. 2 Sgr. 8 Pf.
 und an Beiträgen pro II. Se-
 mester 1855..... 264 = 25 = — =
 welche gegen die erst nach Ab-
 schluß der Rechnung pro 1855.
 festgestellte Heberolle nach einem
 vorläufigen Ueberschlage zu viel
 als Soll vorgetragen wurden,

beisammen also... 10,512 Rtl. 27 Sgr. 8 Pf.

es ist mithin das Vermögen der Societät Ende des Jah-
 res 1855. kaum auf Höhe von..... 280,502 Rtl. 5 Sgr. — Pf.
 anzunehmen, da noch mehrere Brandgelber=Zahlungen aus dem Jahre 1855. zur Fest-
 setzung und Anweisung in Aussicht stehen.

Unter den gesammten Einnahme=Resten von 70,608 Rthlr. 5 Sgr. 1 Pf. find
 rückständige Beiträge enthalten:

aus dem Jahre 1854. et retro	326 Rtl. 5 Sgr. 3 Pf.,
aus der ersten Ausschreibung pro 1855.....	213 = 26 = 7 =
und der ganze Betrag der erst kurz vor Abschluß der Rechnung erfolgten 2ten Ausschreibung pro 1855. mit 69,964 = — = — =	

Diese Reste sind gegenwärtig bis auf den geringen, noch ausstehenden Betrag
 von..... 183 Rtl. 12 Sgr. 7 Pf.
 eingegangen.

Die Provinzial=Landfeuer=Societät hatte im Jahre 1854.:

im Regierungs=Bezirk Breslau...	249,
= = = Piegnitz	58,
= = = Oppeln	140,
beisammen...	<u>447</u>

Brandschäden zu vergütigen gehabt, durch welche

495 Wohn- und
 720 Wirthschafts=Gebäude,

überhaupt... 1,215 Gebäude von 639 Besitzern,

größtentheils gänzlich zerstört worden sind. Unter diesen Gebäuden befinden sich 11/ Do-
minial-Gebäude, welche durch 8 Brände zerstört und mit 11,479 Rthlr. entschädigt
wurden; außerdem

- 2 Gemeinde-Armenhäuser,
- 4 Bock- und eine holländische Windmühle,
- 2 Wasser- und eine Oelmühle,
- 9 Schulen,
- 1 Pfarrthei,
- 2 Schmieden,
- 1 Ziegelei und
- 21 Schank- und Gastwirthschaften.

Von den vorbemerkten Bränden sind, außer einem Zerschmetterungs-Schaden
durch kalten Blitzstrahl, fünf durch zündenden Blitz, siebenzehn durch Flugfeuer aus un-
versicherten oder bei Actien-Societäten asscurirten Gehöften entstanden, vier von Kin-
dern durch unvorsichtigen Gebrauch von Streichzündhölzern, zwei ebenfalls durch Kin-
der, denen die Ofen-Feuerung anvertrauet war, einer von einem Knaben, welcher
Schwamm entzündet, an einen Peitschenstock gebunden und der vom Winde auf ein
Strohdach getragen ward, fünfzehn erweislich durch böswillige Individuen, welche die
gesetzliche Strafe für ihre Verbrechen getroffen, und unter denen zwei Damnicaten,
die sonach die Bonification nicht gezahlt erhalten haben, zwei erweislich durch Fahr-
lässigkeit herbeigeführt worden. Unter den vorbemerkten fünfzehn böswilligen Brand-
stiftern sind wiederum drei Knaben enthalten, welche im Lande bettelnd umherzogen
und verschiedene Brände gestiftet haben, wo ihnen Gaben versagt wurden. Vier An-
dere, der Brandstiftung zwar geständig, wurden wegen ihres jugendlichen Alters von
Strafe entbunden und in Besserungs-Anstalten untergebracht. Vier Individuen, ein-
schließlich eines Damnicaten, wurden von der auf vorsätzliche Brandstiftung erhobenen
Anklage von Schwurgerichten freigesprochen und zwei, darunter ein Greis von 74 Jah-
ren, waren der Verübung dieses Verbrechens zwar geständig, starben aber vor ihrer
Aburteilung. Außerdem ist der Verdacht der vorsätzlichen Brandstiftung zwar noch öf-
terer hervorgetreten, theils ist aber die gerichtliche Anklage wegen unzureichenden Be-
weises unterblieben, theils der Ausgang der gerichtlichen Untersuchung noch nicht bekannt.

An Beiträgen zu Deckung der Brandbonificationen zc. zc. mußte im Jahre 1855.
von den Theilnehmern der Societät pro Hundert Versicherungs-Summe,

in der ersten Klasse	4	Sgr.	6	Pf.,
in der zweiten Klasse	9	=	—	=
in der dritten Klasse	18	=	—	=
in der vierten Klasse	27	=	—	=

durchschnittlich aller vier Klassen 14 Sgr. 7½ Pf.,

entrichtet werden.

Breslau, den 26. September 1856.

Der Provinzial = Landfeuer = Societäts = Director.
Schleinitz.

Personal-Chronik.

Das Königl. Consistorium für die Provinz Schlesien hat folgende Vocationen bestätigt:

- für den bisherigen dritten Pastor bei der Dreifaltigkeits-Kirche zu Sagan, Theodor Hennicke zum zweiten Pastor an derselben Kirche;
- für den bisherigen Pastor zu Wahlstadt. Superintendenten Stiller, zum Pfarrer der evangelischen Gemeinden von Koischwitz und Greibnitz, Liegnitzer Kreises;
- für den bisherigen Pfarr-Verweser Nürnbergger zum Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Zobten a. B., Schweidnitzer Kreises;
- für den seitherigen Rector an der Haupt- und Pfarr-Kirche zu St. Elisabeth in Breslau, August Moers zum zweiten Prediger an der Filial-Kirche zu St. Barbara daselbst;
- für den bisherigen Predigt-Amts-Candidaten Röhsche zum Pfarrer in Cunersdorf und Diakonus in Ebersbach, Rothenburger Kreises, und
- für den seitherigen Rector und Predigt-Amts-Candidaten Johann Lehmann aus Weissenberg, zum Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Merzdorff, Hoyerswerdaer Kreises.

An dem evangelischen Gymnasium zu Gr.-Glogau, ist der Schul-Amts-Candidat Dr. Paul als vierter ordentlicher Lehrer angestellt und dem Lehrer Stridde der Titel „Ober-Lehrer“ ertheilt worden.

Dem pensionirten Bürgermeister Kölle zu Loslau, ist die erledigte Stelle eines Polizei-Districts-Commissarii für den VI. Bezirk des Rybnitzer Kreises übertragen — der bisherige zweite Lehrer an der evangelischen Knappschafts-Schule zu Greusburgerhütte, Theodor Hennig, ist zum zweiten Lehrer an der evangelischen Knappschafts-Schule zu Malapane vocirt — der seitherige Lehrer an der Typhus-Waisen-Anstalt zu Georgenflur, Franz Nickel, ist zum Organisten und Schullehrer zu Pawlau, Ratiborer Kreises, ernannt — dem Lehrer Mazner zu Königshütte ist die erste Lehrersstelle an der evangelischen Schule zu Gleiwitz verliehen und der dritte Lehrer an der gedachten Lehr-Anstalt Carl Funke, ist zum zweiten Lehrer befördert worden — der interimistische Kreis-Cassen-Diener und Executor Huch zu Reisse, ist ausgeschieden und in seine Stelle der ehemalige Vice-Feldwebel Grapke getreten.

Nach

Nachbenannte katholische Schul-Adjuvanten sind als Schullehrer angestellt worden:
Melchior Kempa zu Knizenitz, Rybnicker Kreises,
Joseph Nerlich zu Dombrowka, Tost-Gleiwitzer Kreises,
Joseph Wolf zu Kröschendorf, Neustädter Kreises,
August Meiß zu Reinschdorff, Coseler Kreises, und
Joseph Krist zu Grunau, Reisser Kreises.

Durch den Abgang des Train-Lieutenants Senftleben, ist die Stelle des Polizei-Commissarius in der Stadt Reisse erlediget worden.

Dem interimistischen Königl. Ober-Steuer-Controllleur und Landwehr-Lieutenant Ergahn zu Deutsch-Rasselwitz, im Kreise Neustadt, ist für die durch ihn mit eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung des Grenz-Aufsehers Krömer und des Dieners Carl Lindner, vom Tode des Ertrinkens, die Erinnerungs-Medaille von dem Königl. Ministerio des Innern verliehen worden.

Der Pferdejunge Carl Botta aus Pogorz, ist für die Rettung des Gärtnersohns Duda vom Tode des Ertrinkens, sowie der Tagelöhner August Schneider in Tiefensee, Kreis Grottkau, für die Rettung des dreijährigen Sohnes der unverheiratheten Caroline Hutter, vom Tode des Ertrinkens, mit Geld-Prämien theilhaftig worden.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 44.

Oppeln, den 30. October 1856.

Allgemeine Gesefsammlung.

N^o 53. enthält:

- (N^o 4531.) Die Bestätigungs-Urkunde, betreffend den mit der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft unter dem 17ten September 1856. abgeschlossenen Betriebs-Ueberlassungs-Vertrag. Vom 13ten October 1856.; und
- (N^o 4532.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 13ten October 1856., betreffend die Einsetzung einer besondern Behörde für die Verwaltung und den Betrieb der Oberschlesischen Eisenbahn.

N^o 54. enthält:

- (N^o 4533.) Das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Marienwerder Kreises, im Betrage von 100,000 Thalern. Vom 3ten September 1856.
- (N^o 4534.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 4ten September 1856., betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rhein-Provinz vom 15ten Mai 1856., an die Gemeinden Birtscheid, St. Bith, Montjoie, Stolberg, Düren, Malmedy und Gemünd, Regierungs-Bezirks Aachen und Saarlouis, Regierungs-Bezirks Trier.
- (N^o 4535.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 4ten September 1856., betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rhein-Provinz vom 15ten Mai 1856., an die Gemeinden Wall, Gräfrath, Leichlingen, Hühnscheid, Dorp und Kalbenkirchen, Regierungs-Bezirks Düsseldorf.
- (N^o 4536.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 11ten September 1856., betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rhein-Provinz vom 15ten Mai 1856., an die Gemeinde Prüm, Regierungs-Bezirks Trier.

- (N^o 4537.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 24ten September 1856., betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rhein-Provinz vom 15ten Mai 1856., an die Gemeinden Rheydt, Kadervornwald, Dahlen, Merscheid, Odenkirchen und Bevelinghofen, Regierungs-Bezirks Düsseldorf.
- (N^o 4538.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 3ten October 1856., betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rhein-Provinz vom 15ten Mai 1856., an die Gemeinde Oberwesel, Regierungs-Bezirks Koblenz; und
- (N^o 4539.) Die Concessions- und Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Anlage einer Eisenbahn von Hagen resp. Herbede nach Siegen, von Seiten der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 13ten October 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

N^o 264.

Mit Rücksicht auf das, unter Nr. 4461. der Gesetz-Sammlung publicirte Gesetz vom 17ten Mai d. J., betreffend die Einführung eines allgemeinen Landes-Gewichts, ist der in unserer Amtsblatt-Bekanntmachung vom 12ten September v. J. (S. 297.) bis auf den 1sten Januar 1857. hinausgerückte Termin, von welchem an alle, Behufs der Justirung mit Löchern am Boden versehene Gewichte von den Mischungs-Behörden zurückgewiesen werden sollen, von dem Königl. Handels-Ministerio durch Rescript vom 30sten v. Mts. bis zum 1sten August 1858. als demjenigen Zeitpunkt verlängert worden, bis zu welchem nach §. 13. des gedachten Gesetzes die Mischung der neu eingeführten Gewichts-Stücke, bei gleichzeitiger Vorlegung alter gestempelter Gewichte gebührenfrei, resp. zu ermäßigten Sätzen erfolgt.

Oppeln, den 16. October 1856.

N^o 265.

Nach dem Erlaß der Königl. Ministerien des Innern und der Finanzen vom 12ten Januar 1833., sollen sämtliche Anmeldungen des Gewerbe-Betriebes mit zollpflichtigen, fremden oder gleichnamigen, inländischen Waaren im Grenz-Bezirk von den Landrärthen, resp. Magisträten, dem Bezirks-Ober-Zoll- oder Ober-Steuer-Inspecteur mitgetheilt werden. Diese Bestimmung ist indessen nicht immer befolgt und die Zoll-Behörde hat von dem Entstehen einzelner Gewerbe im Grenz-Bezirk erst durch Entdeckung fraudulöser Handlungen Kenntniß erhalten.

Indem wir daher den betreffenden Gewerbe-Steuer-Veranlagungs-Behörden die sorgfältige Beachtung jener Vorschrift zur Pflicht machen, weisen wir dieselben zugleich an, von jeder Anmeldung eines nach §. 35. des Zoll-Gesetzes vom 23ten Januar 1838.

1838.

1838. controllpflichtigen Handels im Grenz-Bezirk, dem betreffenden Ober-Inspector Mittheilung zu machen, auch denselben von jeder derartigen Handels-Abmeldung zu benachrichtigen, damit die von der Zoll-Behörde geführten Verzeichnisse der Gewerbetreibenden hiernach berichtigt werden können.

Oppeln, den 29. April 1853.

Vorstehende Verordnung wird zur sorgfältigen Beachtung hierdurch in Erinnerung gebracht. Wir bemerken zugleich, daß die in unserm diesjährigen Amtsblatte, Stück 36. Seite 249. u. f., wiederholte Amtsblatt-Verordnung vom 5ten September 1833., nebst den angehängten Auszügen, durch die spätere Verordnung vom 28sten Juni 1842. (Amtsblatt S. 150.) in mehrfacher Beziehung modificirt worden ist, weshalb wir auch diese letztere Verordnung nachsichend republiciren.

In Folge der unterm 23sten Januar 1838. ergangenen Zoll-Ordnung und der inzwischen veränderten Verkehrs-Verhältnisse, ist es nothwendig geworden, die, wegen des Hausir-Verkehrs im Grenz-Bezirk, unterm 5ten September 1833. erlassene Amtsblatt-Bekanntmachung aufzuheben und an deren Stelle Folgendes bekannt zu machen:

Durch das Allerhöchst genehmigte Hausir-Regulativ vom 28sten April 1824. ist der umherziehende Gewerbe-Betrieb im Grenz-Bezirk nur ausnahmsweise gestattet, und durch das Regulativ vom 4ten December 1836. in dieser Beziehung nichts geändert worden. Bei dieser Ausnahme hat es daher auch fernerhin sein Bewenden; allein im Einverständniß mit dem Herrn Provinzial-Steuer-Director, Wirklichen Geh. Ober-Finanz-Rath v. Bigeleben, bringen wir hiermit die Waaren und Gegenstände zur öffentlichen Kenntniß, mit denen Inländern ein Gewerbe-Betrieb im Umherziehen zu gestatten ist, welchen Controllen die Gewerbetreibenden dabei unterworfen sind und genau zu beachten haben.

§. 1.

Im Grenz-Bezirk zerfällt der umherziehende Gewerbe-Betrieb, nach Verschiedenheit der Gegenstände, in drei Abtheilungen.

§. 2.

Zur ersten Abtheilung gehören:

- a. das Umherreisen mit Waaren-Mustern, um Bestellungen zu suchen;
- b. das Gewerbe herumziehender Musikanten und die übrigen im §. 18. des Hausir-Regulativs vom 28sten April 1824. benannten Gewerbe, welche bloß Schaustellungen zum Gegenstande haben;
- c. der Handel mit Eiern, frischen Fischen, Krebsen, frischen Garten-Gewächsen, Gemüse, Kartoffeln, Rüben, Saamen von Waldbölzern, Brennholz, Nugholz, Besen, Milch, frischem Obst, Flach, Hanf, Werg, Heede, Theer, Pech, Riensch, Kien- und Terpentinöl, auch Daggert, Steinkohlen, Wagenschmiere, kleinem Wildpret aller Art, Vögeln, lebendigen Thieren, für welche kein Ta-

riffaß ausgeworfen ist, und mit Gegenständen, welche nach der ersten Abtheilung des jedesmaligen Zolltarifs unbedingt keiner Abgabe unterworfen sind;

d. die Gewerbe:

- 1) der Aschensammler,
- 2) = Scheeren= Schleifer,
- 3) = Siebmacher,
- 4) = Feinflapperer,
- 5) = Topfbinder,
- 6) = Ziegel= Ofensezer,
- 7) = Kesselflicker,
- 8) = Zinngießer und
- 9) = Vieh= Castrierer.

Die in dieser Abtheilung bezeichneten Gewerbe sind, mit Ausnahme des Handels mit Flachß, Hanf, Berg, Heede, Theer, Pech, Kienruß, Daggert und Holzäsche, der gewöhnlichen Transport=Controlle nicht unterworfen. Sie können also, wenn die Erlaubniß dazu im Gewerbeschein ausdrücklich erteilt worden ist, auch in dem Grenz=Bezirk unter denselben Bedingungen, wie an andern Orten, betrieben werden. Personen aber, welche Flachß, Hanf, Berg, Heede, Theer, Pech, Kienruß, Daggert und Holzäsche in steuerpflichtigen Mengen transportiren wollen, müssen sich mit einem Legitimationscheine versehen (conf. §. 3.). Auch sind hierzu die unter litr. d. bezeichneten Gewerbetreibenden verpflichtet, insofern sie zum Verkauf bestimmte Waaren in steuer= und bezettelungspflichtiger Menge bei sich führen.

§. 3.

Zur zweiten Abtheilung gehört der Handel im Umherziehen mit:

- a. Sämereien, Hülsenfrüchten, Hopfen und Delsaat;
- b. rohem Feinen= Garn;
- c. irdenen Pfeifen, Schleiffsteinen und Schiefertafeln;
- d. Schnürriemen und Stiefelwische;
- e. Bast= und Strohmatte und Bettfedern;
- f. groben Holzwaaren, als: groben Böttcher=, Drechsler=, Tischler=, Korbflechter= und allen rohen oder bloß gehobelten Holzwaaren, Wagenarbeiten und Werkzeugen von Holz;
- g. groben Bürstenbinder= Waaren, Schreibfedern, Knochen, Federabfällen und gemeinen Töpferwaaren;
- h. Wachßfiguren, Sieben, Hecheln und Mausfallen, papiernen Schachteln, Kupferstichen, Lithographien, Gipsfiguren, Gips und Kalk;
- i. Holzkohlen;
- k. Lumpen, Fellen, Borsten, Federposen, Wolle und Rosshaaren;
- l. Korbstöpseln, gemeinen Seiler= und Hanswaaren;

- m. Honig, Wachs, Wallrath und Käse;
- n. Wachholderfaß, Harz und Schwamm;
- o. mit optischen Instrumenten, Barometern und Thermometern;
- p. Steingut, Fayence und groben weißen Porzellan.

Die Personen, welche mit diesen Waaren, vermöge der ihnen im Gewerbeschein erteilten Erlaubniß im Grenz-Bezirk umherziehend handeln wollen, theilen sich in zwei Klassen, nämlich solche, welche ihre Waaren verkaufen und solche, welche Waaren aufkaufen. Die Ersteren, also Diejenigen, welche die Waaren verkaufen, müssen sich sogleich bei oder kurz vor ihrem Eintritt in den Grenzbezirk bei dem nächsten Zoll- oder Steuer-Amte, oder außerhalb des Grenz-Bezirks bei den zur Ertheilung von Legitimations Scheinen vorhandenen Stellen mit einem Legitimations Scheine versehen, in welchem die Gattung und Menge der Waaren, der Weg, welchen die Gewerbetreibenden nehmen wollen und die Zeit des Aufenthalts bemerkt wird. Die Zweiten, welche Waaren im Grenz-Bezirk aufkaufen, haben über jede, an einem Orte aufgekaufte Waare sich mit einem Ursprungs- Zeugnisse von der Orts- Behörde zu versehen, mit Abgabe dieses Zeugnisses und unter Gestellung der Waare zur Revision einen nur bis zur nächsten Abfertigungs- Stelle gültigen Legitimations Schein zu extrahiren, und so oft eine Amtsstelle im Grenz-Bezirk berührt wird, derselben die Waaren zur Vergleichung mit dem Legitimations Scheine und zur Ausfertigung einer neuen Bezeichnung für den etwaigen weitem Transport vorzuführen. Mit diesen Legitimations Scheinen müssen beide Arten von Häuflern über den Transport der Waaren bei jedem zur Nachfrage befugten Beamten oder Gendarmen sich ausweisen, und die im §. 86. der Zoll-Ordnung vom 23ten Januar 1838. bestimmten Transportstunden genau einhalten. Diese Stunden sind in den Monaten Januar und December von 7 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, in den Monaten Februar, October und November von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, in den Monaten März, April, August und September von 5 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends, und in den Monaten Mai, Juni und Juli von 4 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Von Einhaltung dieser Tagesstunden findet nur eine Ausnahme statt, wenn in außerordentlichen Fällen die Erlaubniß des betreffenden Haupt-Zoll- oder Neben-Zoll-Amtes erster Klasse, soweit dies zur Abfertigung der Waaren-Transporte befugt ist, vor der Ueberschreitung der Binnen-Linie ertheilt wird.

In dieser Erlaubniß muß der Waaren-Führer, die Waaren selbst, die Straße und die Zeit, für welche solche gilt, benannt werden.

§. 4.

Die Händler mit Häuten, Fellen, Roßhaaren, Wolle und Pumpen, müssen überdies nicht allein die Gegenstände ihres Handels, welche sie bei sich führen, nebst dem Legitimations- Scheine, bei jedem Zoll- oder Steuer-Amte im Grenz-Bezirk zur Ansicht stellen, sondern auch im Fall des Minderbefundes gegen den Inhalt des Legitimations- Scheins,

Scheins, sich über den Abgang gehörig ausweisen. Es gilt aber auch hier, was §. 3. wegen der Aufkäufer bestimmt ist.

§. 5.

In die dritte Abtheilung gehört der Hausir-Handel mit

- a. Leinen, Band und Zwirn und leinenen Strümpfen, Leinwand und anderen leinenen Waaren ohne Vermischung mit anderen Stoffen;
- b. wollenes Garn;
- c. groben Blech- und inländischen mit Fabrikzeichen versehenen Eisenwaaren, Waaren aus geschmiedetem Eisen, Kupfer, Eisenblech, Stahl und Eisendrath, die nicht zu den in dem jedesmaligen Zoll-Tarif unter feine Eisenwaaren, Waaren aus Kupfer und Messing, und unter kurze Waaren classificirten Gegenstände gehören;
- d. Regen- und Sonnenschirme aus Leinwand, Baumwolle oder Wachseleinen;
- e. hölzerne Wand-Uhren;
- f. Butter und ungeschmolzenes Fett.

Die Personen, welche in ihrem Gewerbeschein die Erlaubniß erhalten, mit diesen Gegenständen auch im Grenz-Bezirk hausirend zu handeln, haben nicht nur die oben §. 3. enthaltenen Vorschriften zu befolgen, sondern es müssen auch die Waaren der hausirenden Verkäufer vor dem Eintritt in den Grenz-Bezirk durch ein Zoll- oder Steuer-Amt, bei den hausirenden Aufkäufern aber die Waaren durch das nächste Zoll- oder Steuer-Amt unter vollständig sicheren Blei- oder Siegel-Verschuß gelegt werden. Sie dürfen ferner im Grenz-Bezirk ihre Waaren nur in verschlossenen Packeten führen, und die Pakete zum Zwecke des Verkaufs nur durch ein Zoll-Amt öffnen und zerlegen lassen, alsdann aber wird durch dieses Amt das Packet für den weiteren Transport aufs Neue unter Siegel oder Blei-Verschuß gestellt werden.

Diejenigen Gegenstände, welche sich nach ihrer Beschaffenheit nicht wohl in Pakete bringen lassen, z. B. Sensen, Sichel, Futterschneiden, werden einzeln mit daran befestigten Pack- oder Blei-Siegeln versehen. Regen- und Sonnenschirme werden mit einem haltbaren Faden durchzogen, und dessen Enden auf ein untergelegtes Papier mit dem Dienststempel angehängt. Für die Verbleiung hat der Hausirer die gesetzliche Gebühr, nämlich 1 Sgr. für das Blei zu zahlen, zur Versiegelung aber das Material selbst zu liefern.

Was aber den Hausir-Handel im Aufkauf betrifft, wie z. B. Butter, ungeschmolzenes Fett u., so werden die localen Zoll- und Steuer-Stellen wegen Anlegung des Verschlusses, sei es der einzelnen Ankäufe, oder des ganzen Transports, das Erforderliche in jedem einzelnen Falle anordnen.

§. 6.

Mit allen anderen als den, in den §§. 2. 3. und 5. genannten und insbesondere mit den im §. 38. des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 30sten Mai 1820. vom Hau-

fir-Handel überhaupt ausgeschlossenen Gegenständen; ist der Handels-Gewerbe-Betrieb im Umherziehen unbedingt verboten.

§. 7.

Wer die in den hier §§. 2. 3. 4. und 5. vorgeschriebenen Steuer-Controll-Bedingungen nicht gehörig erfüllt, verfällt in die, in dem Gesetz wegen Untersuchung und Bestrafung der Zoll-Vergehen vom 23ten Januar 1838. §§. 1. bis 6. bestimmten Strafen, oder in die §. 18. bestimmte Ordnungs-Strafe.

§. 8.

Um aber die vorstehend angezogenen Vorschriften der Zoll-Ordnung erneuert in Erinnerung zu bringen, haben wir dieselben hierunter abdrucken lassen, und weisen die Herren Landräthe und die betreffenden Magistrate an, dieselben zur größtmöglichen Deffentlichkeit zu bringen, und insbesondere diejenigen Personen, welche ein umherziehendes Gewerbe betreiben, oder einen Gewerbeschein mit Einschluß des Grenz-Bezirks nachsuchen, von Amtswegen darauf zu verweisen.

Doppelu, den 28. Juni 1842.

Auszug

aus dem Gesetz wegen Untersuchung und Bestrafung der Zollvergehen vom 23ten Januar 1838.

§. 1.

Wer es unternimmt, Gegenstände, deren Ein- oder Ausfuhr verboten ist, diesem Verbote zuwider, ein- oder auszuführen, hat die Confiscation der Gegenstände, in Bezug auf welche das Vergehen (die Contrebande) verübt worden ist, und insofern nicht in speciellen Gesetzen eine höhere Strafe festgesetzt ist, zugleich eine Geldbuße verwirkt, welche dem doppelten Werthe jener Gegenstände, und, wenn solcher nicht Zehn Thaler beträgt, dieser Summe gleich kommen soll.

§. 2.

Wer es unternimmt, dem Staate die Ein-, Aus-, oder Durchgangs-, oder an der Grenze eines Zoll-Vereins-Staates zu erhebenden Ausgleichungs-Abgaben zu entziehen, hat die Confiscation der Gegenstände, in Bezug auf welche das Vergehen (die Zoll-Defraudation) verübt worden ist, und zugleich eine, dem vierfachen Betrage der vorenthaltenen Abgaben gleichkommende Geldbuße, welche jedoch niemals unter einem Thaler betragen soll, verwirkt. Diese Abgaben sind außerdem nach dem Zoll-Tarife zu entrichten.

§. 3.

Im Wiederholungsfalle, nach vorhergegangener rechtskräftiger Verurtheilung, wird die nach §. 1. und 2., außer der Confiscation der Gegenstände, des Vergehens eintretende Geldbuße verdoppelt.

Sobald eine Geldbuße von dem Verurtheilten wegen seines Unvermögens nicht bei-

beizutreiben ist, tritt an deren Stelle eine verhältnismäßige Gefängniß-, Zuchthaus- oder Festungs-Arrest-Strafe, welche jedoch im ersten Falle des Vergehens die Dauer von einem und bei dem nächsten Rückfall die Dauer von zwei Jahren nicht übersteigen soll.

§. 4.

Jeder fernere Rückfall ist mit der Confiscation der Gegenstände der Uebertretung, mit dem doppelten der §. 3. bestimmten Geldbuße, sowie auf die Dauer von 1 — 5 Jahren mit Verlust des Rechts zum Betriebe desjenigen Gewerbes zu ahnden, bei dessen Ausübung die Contrebande oder Defraudation begangen worden ist. In der Regel aber soll in diesen Fällen statt der Geldbuße, auf verhältnismäßige Gefängniß-, Festungs-, Arrest- oder Zuchthausstrafe erkannt werden, deren Dauer aber niemals länger, als 4 Jahre, beim dritten oder ferneren Rückfall dagegen nicht unter einem halben Jahre Festungs-Arrest oder Zuchthausstrafe zu bestimmen ist.

Ausnahmsweise kann aber auch nach richterlichem Ermessen, mit Berücksichtigung aller Umstände des vorliegenden und der vorausgegangenen Fälle, auf die oben bezeichnete Geldbuße erkannt werden, und die Unterjagung des Gewerbe-Betriebes unterbleiben.

Diese Ausnahme findet aber niemals Statt, wenn der Angeklagte

- a. das Contrebandiren oder Defraudiren erwerbsmäßig betreibt, oder
- b. eine der frühern oder die letzte Uebertretung unter erschwerenden Umständen (§§. 11.—14.), oder in betrügerlicher Absicht begangen hat.

Neben der Geldbuße ist in dem Erkenntniß zugleich, für den Fall des Unvermögens des Verurtheilten, eine verhältnismäßige Freiheitsstrafe nach den obigen Bestimmungen festzusetzen.

§. 5.

Die Strafen des Rückfalls (§. 3., 4.) treten auch dann ein, wenn die frühere Verurtheilung des Angeklagten nicht im Inlande, sondern in einem andern der Zoll-Bereins-Staaten erfolgt ist. Auch macht es dabei keinen Unterschied, ob die frühere, gegen den Angeklagten erkannte Strafe eine ordentliche oder außerordentliche war.

Ferner sind bei Beurtheilung der Frage, ob ein Rückfall vorliegt? die Contrebande und die Zoll-Defraudation als ganz gleichartige Vergehen zu betrachten, dergestalt, daß z. B. Derjenige, welcher früher einer Zoll-Defraudation schuldig befunden ist und dann eine Contrebande verübt, mit der Strafe des Rückfalls belegt werden muß.

§. 6.

Die Contrebande oder Zoll-Defraudation wird als vollbracht angenommen:

- 1) wenn bei der Anmeldung an der Zollstätte:

- a. Gewerbetreibende und Frachtführer verbotene oder abgabepflichtige Gegenstände gar nicht, oder in zu geringer Menge, oder in einer Beschaffenheit, die

- die eine geringere Abgabe würde begründet haben, declariren, oder
- b. andere Personen dergleichen Gegenstände wider besseres Wissen unrichtig declariren oder bei der Revision verheimlichen;
 - 2) wenn beim Transport verbotener oder abgabepflichtiger Gegenstände im Grenz-Bezirk:
 - a. die Zollstätte, bei welcher dieselben bei dem Ein- oder Ausgange hätten angemeldet oder gestellt werden sollen, ohne solche Anmeldung überschritten oder ganz umgangen;
 - b. die vorgeschriebene Zollstraße oder der im Zoll-Ausweise bezeichnete Weg nicht inne gehalten;
 - c. der Transport ohne Erlaubniß der Behörde außer der gesetzlichen Tageszeit bewirkt wird, oder
 - d. Gegenstände ohne den vorschriftsmäßigen Zollaussweis betroffen werden, oder mit diesem nicht übereinstimmen;
 - 3) wenn über verbotene oder abgabepflichtige Gegenstände, welche aus dem Auslande eingehen, vor der Anmeldung und Revision bei der Zollstätte, oder, wenn über derartige, zur Durchfuhr oder zur Versendung nach einer öffentlichen Niederlage anstatt declarirte, oder sonst unter Zoll-Controle befindliche Gegenstände auf dem Transporte eigenmächtig verfügt wird;
 - 4) wenn Gewerbetreibende im Grenz-Bezirk sich nicht in Gemäßheit der nach §. 35. des Zollgesetzes getroffenen Anordnungen über die erfolgte Besteuerung oder die steuerfreie Abstammung der vorgefundenen Gegenstände ausweisen können;
 - 5) wenn unverzollte Waaren aus einer Anstalt zur Niederlage derselben ohne vorschriftsmäßige Declaration (Abmeldung) entfernt werden.

Das Dasein der in Rede stehenden Vergehen und die Anwendung der Strafe derselben wird in den vorstehend, unter 1. bis 5. angeführten Fällen lediglich durch die daselbst bezeichneten Thatsachen begründet. Kann jedoch in den unter 2., 3., 4., angeführten Fällen der Angeschuldigte vollständig nachweisen, daß er eine Contrebande oder Zoll-Defraudation nicht habe verüben können oder wollen, so findet nur eine Ordnungsstrafe nach Vorschrift des §. 18. statt.

§. 18.

Die Uebertretung der Vorschriften des Zoll-Gesetzes und der Zoll-Ordnung, so wie der in Folge derselben öffentlich bekannt gemachten Verwaltungs-Vorschriften, für welche keine besondere Strafe angedroht ist, wird mit einer Ordnungsstrafe von einem bis zehn Thaler geahndet. Oppeln, den 18. October 1856.

Zum Betrieb von Agentur-Geschäften für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft „Ceres“ in Magdeburg, und für die Lebens-Pensions- und Leibrenten-Versicherung

sicherungsgesellschaft „Iduna“ in Halle a. d. S., hat der Privat-Secretair Funke in Lublinz, die landespolizeiliche Genehmigung erhalten.

Oppeln, den 26. October 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Nr 266. In Gemäßheit des Publicandums des Herrn Chefs der Preuß. Bank vom heutigen Tage, bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Bank-Commandite in Nordhausen am 1sten November d. J. ihre Wirksamkeit beginnen wird.

Die von der Bank-Commandite zu betreibenden Geschäfte bestehen in:

- 1) Discontirung von Wecheln auf Nordhausen und Ankauf von Wecheln auf Berlin und andere inländische Plätze, an welchen sich Filial-Anstalten der Preuß. Bank befinden, so wie von ausländischen Wecheln, welche an der Berliner Börse einen Cours haben;
- 2) Ertheilung von Darlehen gegen Unterpfand von edlen Metallen, inländischen Staats-, Communal-Ständischen und andern öffentlichen, auf jeden Inhaber lautenden Papieren, und dem Verderben nicht ausgesetzten leicht verkäuflichen Landes-Producten und Waaren;
- 3) Ausstellung von Anweisungen auf die Haupt-Bank und deren Filial-Anstalten in den Provinzen, so wie Einlösung der Anweisungen dieser Anstalten auf die Bank-Commandite;
- 4) Besorgung des An- und Verkaufs von öffentlichen Papieren für Rechnung öffentlicher Behörden und Anstalten;
- 5) Annahme von Wecheln und sonstigen zahlbaren Effecten zur Einziehung;
- 6) Annahme der zur zinsbaren und unzinbaren Belegung bei dem Bank-Comtoir zu Magdeburg bestimmten Gelder von Behörden, Anstalten und Privat-Personen worüber die Anträge auf Ausfertigung der Bank-Obligationen aber Seitens der Deponenten direct an das genannte Bank-Comtoir zu richten sind.

Die Verwaltung der Bank-Commandite ist dem Bank-Buchhalter Kottb und dem Bank-Rendanten, Magistrats-Calculator Wedler gemeinschaftlich übertragen worden, und sind daher Beider Unterschriften bei allen rechtsverbindlichen Erklärungen und Ausfertigungen der Bank-Commandite erforderlich.

Berlin, den 13. October 1856.

Königlich Preussisches Haupt-Bank-Directorium.

Zur Anmeldung des diesjährigen Wein-Gewinns, wird in Ausführung des §. 5. des Gesetzes vom 25ten September 1820. die Zeit vom 1sten bis 14ten November d. J. , letztern Tag mit eingeschlossen, hierdurch bestimmt. N^o 267.

Breslau, den 19. October 1856.

Der Wirkliche Geheime Ober-Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Director.
v. Bigeleben.

Breslau-Posener Eisenbahn.

Die Eröffnung des Betriebes auf der neuen Bahnlinie von Breslau bis Posen für den Verkehr mit Personen und Gütern, findet am 29sten dieses Monats Statt. Die Expedition der Personen und der Fracht-Güter erfolgt hieselbst auf dem Oberschlesischen Bahnhofe in den für den Verkehr auf der Oberschlesischen Bahn bestimmten Amts-Localien, und in Posen auf dem Bahnhofe der Posen-Stargarder Bahn. N^o 268.

Vom Tage der Betriebs-Eröffnung der Breslau-Posener Bahn treten sowohl für diese, als auch für die Oberschlesische Bahn, ein neues, durch Rescript des Königl. Handels-Ministerii vom 21sten d. Mts. bestätigtes Betriebs-Reglement vom 10ten September 1856. sowie ein neuer, durch Rescript desselben Ministerii vom 13ten October 1856. genehmigter Tarif vom 2ten September d. J. in Kraft. — Druck-Exemplare des Betriebs-Reglements und des Tarifs sind zu dem Preise von 2½ Sgr. pro Stück bei sämmtlichen Expeditionen der Oberschlesischen und Breslau-Posener Bahn zu haben.

Der Fahr-Plan für die zwischen Breslau und Posen verkehrenden Züge wird besonders bekannt gemacht werden. Breslau, den 22. October 1856.

Das Directorium der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Personal-Chronik.

Der Gerber-Gefelle Ernst Holleczet zu Gultschin, ist für die mit eigener persönlicher Gefahr bewirkte Rettung des in einen Brunnen gefallen 12 jährigen Knaben August Weczorek, so wie der Einlieger Carl Macharzinski zu Wichrau, Kreis Rosenberg, für die mit großer Anstrengung bewirkte Rettung des Knechts Marcus Wiczorek vom Tode des Ertrinkens, mit Geld-Prämien theilhaftig worden.

Der hieselbst verstorbene emeritirte Gymnasial-Professor Anton Schnaubelt hat dem hiesigen Königl. katholischen Gymnasio 500 Rthlr. als ein Stipendien-Capital zur Unterstützung katholischer Schüler, welche Theologie zu studiren beabsichtigen, letztwillig vermacht.

Das

Das königliche Consistorium für die Provinz Schlesiē hat folgende Vocationen bestätigt:

für den Pfarr-Vicar Dreßler zum Diaconus an der evangelischen Kirche in Schönberg, Laubaner Kreises;

für den bisherigen Predigt-Amts-Candidaten Dihn zum Pfarrer der evangelischen Gemeinde zu Kunzendorf am kahlen Berge, Löwenberger Kr., und

für den bisherigen Pastor zu Mlietsch, Heinrich Leitloff, zum Pfarrer der evangelischen Gemeinde in Röchlitz, Goldberg-Hainauer Kr.;

ferner hat das königliche Ministerium der geistlichen Angelegenheiten auf Grund Allerhöchster Cabinets-Order in Folge Antrages des königlichen Consistorii, den Pastor Barthold in Glatz die Bestallung zum Superintendenten der Diöcese Glatz-Münsterberg ertheilt.

Dem seitherigen Pfarr-Administrator in Groß-Grauden Kreis-Vicar Rduch, ist die Pfarrei in Alt-Budkowitz, Oppelner Kreises, — und dem zeitherigen Erzprie-ster Pfarrer Orzeska zu Himmelwitz, die Pfarrei zu Konzniß, Neustädter Kreises, verliehen worden — dem Bürgermeister Schnurpfeil zu Ober-Glogau, Kreis Neustadt, sind für seine Amtsdauer die Geschäfte eines Syndicus der Stadt übertragen — der frühere Wirthschafts-Director Wollmann zu Loslau, Rybnicker Kreises, der Apotheker Hausleutner zu Nicolai, Pleßer Kreises, der Kaufmann Julius Menzel zu Bütz, Neustädter Kreises, sind als unbesoldete Rathmänner bestätigt — und der seitherige Schul-Adjutant Anselm Gura, ist als Schullehrer, Küster und Organist zu Haatsch, Leobschützer Kreises, angestellt worden.

Außerordentliche Beilage des Regierungs = Amtsblattes.

Allerhöchster Landtags = Abschied

für die im Jahre 1854

versammelt gewesenen Provinzial = Stände des Herzogthums Schlesien, der
Grafschaft Glatz und des Markgrafthums Ober = Lausitz.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u.
entbieten Unsern getreuen Ständen des Herzogthums Schlesien, der Grafschaft Glatz und des
Markgrafthums Ober = Lausitz Unsern gnädigsten Gruß, und ertheilen hiermit auf die Uns vorgelegten
Gutachten und Anträge des im Jahre 1854 versammelt gewesenen Provinzial = Landtages den nach =
stehenden Bescheid:

I. Auf die gutachtlichen Erklärungen über die Propositionen.

1) Zerstückelung von Grundstücken und Gründung neuer Ansiedelungen.

Daß von Unsern getreuen Ständen über den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes,
betreffend die Zerstückelung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen vom 3. Januar
1845 und des Ergänzungs = Gesetzes vom 24. Mai 1853, unter dem 14. Oktober 1854 abgegebene
Gutachten wird bei den diesfälligen weitem legislativen Verhandlungen über diesen Gegenstand be =
nutzt werden.

2) Ergänzungen zur Städte = Ordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853.

Die gutachtliche Aeußerung Unserer getreuen Stände in Ansehung der lebenslänglichen Wahl
der Bürgermeister ist bei Erlass des inzwischen hierüber ergangenen Gesetzes vom 25. Februar d. J.,
betreffend die Ergänzung des § 31 der Städte = Ordnung für die sechs östlichen Provinzen vom
30. Mai 1853 (Ges. = Samml. S. 120), zur Berücksichtigung gekommen.

Die Behufs der Ergänzung der §§ 5 und 7 der Städte = Ordnung vom 30. Mai 1853 begut =
achteten Fragen wegen Ertheilung und Entziehung des Bürgerbriefes sind mit Rücksicht auf die in =
zwischen über andere Gemeindegesetze stattgefundenen verwandten legislativen Verhandlungen einst =
weilen noch nicht zum weiteren Austrag gebracht worden.

Was endlich die hinsichtlich der Verwandlung des Gemeindeglieder = Vermögens (Bürgervermögen)
in Kämmerer = Vermögen in Frage gekommene Ergänzung des § 49 der Städte = Ordnung vom
30. Mai 1853 betrifft, so sind Verhandlungen darüber eingeleitet, inwiefern der beabsichtigte Zweck
im Wesentlichen sich im Verwaltungswege wird erreichen lassen.

3) Abänderung der Artikel III. und IV. der Schlesischen Ufer-, Ward- und Hegungs-Ordnung vom 12. September 1763.

Die Petition wegen Abänderung der Artikel III. und IV. der Schlesischen Ufer-, Ward- und Hegungs-Ordnung vom 12. September 1763 hat durch die inzwischen publizierte Deklaration vom 25. Juni 1855 ihre Erledigung gefunden. Die von Unsern getreuen Ständen gegen den Entwurf dieser Deklaration angeführten Bedenken haben nicht für begründet und die Anträge auf eine weiter gehende Abänderung der erwähnten Ufer-, Ward- und Hegungs-Ordnung nicht für zulässig erachtet werden können, wie dies in den, bei Vorlage des Gesetzentwurfes in den weiteren legislativen Stadien mitgetheilten Motiven zu demselben näher ausgeführt ist.

4) Verfahren bei Pfarrauseinanderetzungen in den vormals Königlich Sächsischen Landestheilen.

Die gutachtlichen Äußerungen Unserer getreuen Stände haben bei der weiteren Berathung die entsprechende Berücksichtigung, und durch das Gesetz vom 10. Mai 1855 (Ges.-Sammlung S. 267) ihre Erledigung gefunden.

5) Verbindlichkeit der Mitbelehnten zur Anmeldung ihrer Rechte an denjenigen Lehnen, auf welche das Sächsische Lehnrecht ausschließlich oder subsidiarisch Anwendung findet.

Die gutachtlichen Erklärungen Unserer getreuen Stände sind bei der weiteren legislativen Berathung zur Berücksichtigung gekommen und durch das Gesetz vom 18. April 1855 (Ges.-Sammlung S. 222) erledigt worden.

II. Auf die ständischen Petitionen.

1) Ständische Provinzial-Darlehn-Kasse.

Der mit der Petition vom 16. Oktober 1854 Uns vorgelegte Entwurf des Statuts für die Ständische Provinzial-Darlehn-Kasse ist unter dem 5. Dezember 1854 (Ges.-Sammlung S. 609) von Uns genehmigt worden und die Darlehn-Kasse demnächst auf Grund dieses Statuts und des von Unserm Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien unter dem 8. Januar 1855 bestätigten Geschäfts-Reglements in's Leben getreten.

2) Betriebsfonds der Ständischen Provinzial-Darlehn-Kasse.

Dem Antrage Unserer getreuen Stände in der Petition vom 19. Oktober 1854, die Hälfte der Zinsen des Provinzial-Hilfs-Kassen-Fonds, welche in den der Bestätigung des Provinzial-Hilfs-Kassen-Statuts vorausgegangenen Jahren angesammelt sind, der ständischen Provinzial-Darlehn-Kasse als einflussweiligen Betriebsfonds zinsfrei zu überweisen, haben Wir mittels Unseres Erlasses vom 5. Dezember 1854 stattgegeben.

3) Herstellung der im § 4 des revidirten Reglements vom 1. September 1852 der Provinzial-Städte-Feuer-Sozietät verliehenen Portofreiheit für Geldsendungen.

Die Petition vom 20. Oktober 1854 wegen Herstellung der im § 4 des revidirten Reglements vom 1. September 1852 der Provinzial-Städte-Feuer-Sozietät verliehenen Portofreiheit für Geldsendungen hat durch ein zwischen den Ministerien für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und des Innern vereinbartes, und den Post-Anstalten, sowie den betreffenden Feuer-Sozietäts-Direktionen inzwischens zur Nachachtung bekannt gemachtes Regulativ vom 12. Oktober 1855 über die Portofreiheit der öffentlichen Immobilien-Feuer-Sozietäten die geeignete Erledigung gefunden.

4) Beschleunigung der Ober-Regulirung.

Den Antrag Unserer getreuen Stände auf Beschleunigung der Ober-Regulirung anlangend, so lässt sich, falls nicht etwa die Provinz ihr Interesse bei der Sache durch Kostenbeiträge bethätigt, mit

Rücksicht auf die in allen Landestheilen aus den disponiblen Fonds zu befriedigenden Bedürfnisse eine schnellere Durchführung dieser Strom-Regulirung nicht in Aussicht stellen; es wird indessen diesem wichtigen Gegenstande, nach wie vor, die größte Aufmerksamkeit zugewendet bleiben und die Oder-Regulirung, soweit es die verfügbaren Mittel irgend gestatten, fortgesetzt werden.

5) Abänderungen einiger Bestimmungen des revidirten Reglements für die Provinzial-Land-Feuer-Sozietät vom 1. September 1852.

Der Antrag Unserer getreuen Stände in der Petition vom 21. August 1854 wegen Abänderung einiger Bestimmungen des revidirten Reglements für die Feuer-Sozietät des platten Landes der Provinz Schlesien, der Grafschaft Glatz und des Markgraethums Ober-Lausitz vom 1. September 1852 (Ges.=Samml. 1852 S. 621 ff.) hat inzwischen durch Unsern Erlaß vom 2. April 1855 (Ges.=Samml. S. 219) seine Erledigung gefunden.

6) Abänderung der §§ 12 und 51 des revidirten Provinzial-Städte-Feuer-Sozietäts-Reglements.

Die Anträge Unserer getreuen Stände in der Petition vom 23. Oktober 1854, betreffend die Abänderung der §§ 12 und 51 des revidirten Provinzial-Städte-Feuer-Sozietäts-Reglements vom 1. September 1852 werden, da über die Revision der Bestimmungen sämtlicher Feuer-Sozietäts-Reglements, welche sich auf die Rechtsverhältnisse zu den Real-Interessenten versicherter Gebäude beziehen, allgemeinere Verhandlungen stattfinden, bei der Beschlußnahme über den Gegenstand zum Austrage gebracht werden.

7) Abwehr der Rinder-Pest.

Auf den Antrag in der Petition vom 23. Oktober 1854, den zur Bewachung der Grenze im Fall einer zur Abwehr der Rinder-Pest angeordneten Grenzsperrre verwendeten Wachtmannschaften der betreffenden Kreise eine Vergütung aus Staatsfonds zu bewilligen, können Wir nicht eingehen, müssen es vielmehr bei Unserem, diesen Antrag ablehnenden Bescheid vom 27. Dezember 1845 belassen. Dagegen haben Wir nach dem eventuellen Antrage Unserer getreuen Stände genehmigt, daß den zur Grenzbewachung herangezogenen Gemeinden bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regulirung des Gegenstandes aus dem provinziellen Vieh-Affekuranzfonds eine billige Entschädigung für die Wachtmannschaften und für das denselben zu verabreichende Feuerungs-Material gewährt werde. Die anderweitige gesetzliche Regulirung des Gegenstandes wird gleichzeitig mit der bereits in Angriff genommenen Revision des Patents wegen Abwendung der Viehseuchen vom 2. April 1803 bewirkt werden.

8) Modus der Wahlen für die von dem Provinzial-Landtage zu bestellenden Kommissionen.

Auf den Antrag in der Petition vom 23. Oktober 1854, den Provinzial-Stände-Versammlungen die freie Regulirung des Wahl-Modus für die von ihnen zu bestellenden Kommissionen zu überlassen, eröffnen Wir Unsern getreuen Ständen, wie der Zweck der Abkürzung des Verfahrens bei jenen Wahlen ohne Abänderung des Reglements vom 22. Juni 1842 durch Handhabung der Geschäfts-Ordnung in der Weise erzielt werden kann, daß, wie anderweitig bereits stattfindet und sich bewährt hat, diese ständischen Wahlen nach Maßgabe der vorher in den betreffenden Ausschüssen aufgestellten Vorschläge, insofern dies angemessen erscheint, einfach durch Akklamation im Plenum des Landtags vollzogen werden, die Förmlichkeiten des Reglements vom 22. Juni 1842 jedoch stets eintreten, wenn von irgend einer Seite darauf angetragen oder sonst Veranlassung dazu gegeben wird.

9) Subsidarische Verpflichtung der Städte zur Aufbringung der Kriminal-Kosten.

Die Anträge Unserer getreuen Stände in der Petition vom 23. Oktober 1854

um Beschleunigung der Emanation des Gesetzes wegen Beseitigung der subsidiarischen Verpflichtung der Städte zur Aufbringung der Kriminal-Kosten haben durch das Gesetz vom 1. August 1855 (Ges.-Samml. S. 579) und die von den beteiligten Departements-Chefs zu dessen Ausführung erlassenen Instruktionen ihre Erledigung gefunden.

10) Bergbauliche Mitbau-Verhältnisse.

Auf die Petition vom 23. Oktober 1854 eröffnen Wir Unsern getreuen Ständen, daß Wir uns nicht bewogen finden können, einen Vorschlag zur legislativen Regulirung der bergbaulichen Mitbau-Verhältnisse in Schlesien an die beiden Häuser des Landtages gelangen zu lassen.

11) Einschätzung der Weinländereien in der Provinz Schlesien und Veranlagung der Stadt und Feldmark Beuthen a. O. in die niedrigste Steuerstufe.

Bei Ausführung des Gesetzes wegen Einführung der Weinststeuer vom 25. September 1820 sind die Schlesischen Weinländereien übereinstimmend zur vierten Steuerstufe eingeschätzt worden, weil sie im Ganzen als von nicht wesentlich verschiedener Güte angesehen wurden, weil man dafür hielt, daß sie den entsprechenden Steuersatz durchweg ohne Unbilligkeit und ohne Ueberbürdung des Kulturzweiges tragen könnten, und weil die im Einzelnen vorhandenen geringen Verschiedenheiten der Lage, des Bodens u. s. w. den Behörden keinen genügenden Anhalt zur Einschätzung in verschiedenen Klassen, mit noch zwei Abstufungen von nur 2½ Sgr. für den Eimer oder ½ Pfennig für das Quart darzubieten schienen. Da diese Gründe noch gegenwärtig als zutreffend anzuerkennen sind, da ferner die Verhältnisse der Weinbau treibenden Bevölkerung Schlesiens sich gegen damals nicht verschlechtert, sondern in Folge der in anderen Wein erzeugenden Ländern eingetretenen ungünstigen Umstände und der durch die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollvereine herbeigeführten Erweiterung des Absatzgebietes eine noch erfreulichere Gestalt angenommen haben, und da endlich mit Rücksicht auf die Uebergangs-Abgabe von vereinsländischem Wein, welche namentlich den geringeren einheimischen Weinen zum Schutze gereicht, jede Herabsetzung der Weinststeuer vermieden werden muß, so hat dem durch die Bitte der Stadt Beuthen a. O. hervorgerufenen Antrage auf Anordnung einer Revision der bisherigen Einschätzung der Weinländereien in der Provinz Schlesien und um Berücksichtigung der genannten Stadt und deren Feldmark durch Einschätzung in die niedrigste Steuerstufe nicht entsprochen werden können.

12) Eisenbahn über Cottbus nach Kobau oder Bauken ic.

Ueber die Zulässigkeit und die Richtungslinie der für die Lausitz angeregten Eisenbahn-Verbindungen schweben die Verhandlungen noch und werden dabei die in der Petition vom 23. Oktober 1854 vorgetragenen Wünsche und Anträge Unserer getreuen Stände der gebührenden Erwägung unterzogen werden.

Zu Urkunde dieser Unserer gnädigsten Bescheidung haben Wir den gegenwärtigen Landtags-Abschied Höchst eigenhändig vollzogen und verbleiben Unsern getreuen Ständen in Gnaden gewogen.

Gegeben Carlruhe, den 30. September 1856.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gggez.) v. Manteuffel. v. d. Heydt. Simons. v. Naumer. v. Westphalen.
v. Bodelschwingh. Graf v. Waldersee. Für den Minister für die landwirthschaftl. Angelegenheiten.
(gez.) v. Manteuffel.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 45.

Oppeln, den 6. November 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Nachstehende Patente sind ertheilt worden, und zwar:
unter dem 24sten October 1856.:

- 1) dem Königlichen Ruff- Director Friedr. Wilh. Wieprecht und der Wittwe des Königlichen Hof- Instrumentenmachers Moriz in Berlin,
auf ein durch vorgelegtes Modell nachgewiesenes, in seiner ganzen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkanntes Claviatur-Contra-Fagott;
- 2) dem Fabriken-Commissarius Hofmann zu Breslau,
auf Verbesserung einer Maschine, um Papier ohne Ende in Bogen von verschiedener Breite und Länge zu schneiden, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung und ohne Jemanden in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken;
- 3) dem Maschinen-Fabrikanten George Baucke in Berlin,
auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Maschine zur Anfertigung von Sand-Formen für Eisengießereien, soweit dieselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist;

unter dem 26sten October 1856.: dem Kaufmann C. F. Wappenhaus in Berlin,

auf eine Vorrichtung, um Flaschen und andere Gefäße, behufs Verpackung zu umhüllen, in der durch Modell, Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung,

sämmtliche auf die Dauer von fünf Jahre, von den obigen Tagen an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats.

Oppeln, den 3. November 1856.

Dem Buchhändler Wilhelm Clar hieselbst ist die landespolizeiliche Genehmigung zur Besorgung von Agentur-Geschäften für die Lebens- und Pensions-Versicherungsgesellschaft „Janus“ in Hamburg ertheilt worden.

Ppeln, den 3. November 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Uebersicht

N 269. der Verwaltungs-Resultate bei der allgemeinen Unterstützungs-Anstalt für evangelische Elementar-Schullehrer-Wittwen und Waisen in der Provinz Schlesien pro 1855.

Die Anstalt zählte am Schlusse des Jahres 1855. überhaupt 2,303 beitragende Mitglieder und zwar: 2,236 Mitglieder mit vollen Beiträgen zu $2\frac{2}{3}$ Thlr. und 67 Mitglieder mit halben Beiträgen zu $1\frac{1}{2}$ Thlr., von welchen drei Mitglieder mit ganzen und drei mit halben Beiträgen in Rest verblieben.

Pensionsberechtigte Wittwen und Waisen waren am Schlusse des Jahres 1855. überhaupt 398 vorhanden, und

229	Wittwen ohne Kinder mit ganzen Pensions-Raten à 16 Rthlr.,
18	dto. dto. mit halben Pensions-Raten à 8 =
104	dto. mit Kindern mit ganzen Pensions-Raten à 16 =
17	dto. dto. mit halben Pensions-Raten à 8 =
11	Waisen mit ganzen Pensions-Raten..... à 16 =
17	dto. mit halben Pensions-Raten..... à 8 =
2	dto. mit halben Pensionen von jährlich 8 Rthlr. auf $\frac{1}{2}$ Jahr mit 4 Rthlr.

Die Einnahme der Cassé betrug:

Tit.	I.	An	Zinsen von Capitalien.....	4268	Rthlr.	5	Sgr.	6	Pf.;
=	II.	=	Kirchen-Collecten-Geldern....	435	=	15	=	—	=
=	III.	=	Antritts-Geldern.....	190	=	—	=	—	=
=	IV.	=	fixirten Beiträgen.....	6040	=	—	=	—	=
=	V.	=	Straf-Geldern.....	3	=	—	=	—	=
=	VI.	=	Alters-Differenz-Quote bei Ver- heirathungen.....	5	=	—	=	—	=
=	VII.	An	Geschenken und Vermächtnissen.	135	=	25	=	11	=
=	VIII.	Insgemein	1	=	21	=	9	=	=
=	IX.	An	zurückgezahlten und neu angeleg- ten Capitalien	5076	=	—	=	—	=

Summa... 16,155 Rthlr. 8 Sgr. 2 Pf.

Latus....

Trans-

Transport... 16,155 Rthlr. 8 Sgr. 2 Pf.

Hierzu:

Bestand aus dem vorigen Jahre ..	335	=	24	=	5	=
An Resten	215	=	—	=	—	=
Summa aller Einnahme...	16,706	=	2	=	7	=

Die Ausgabe betrug:

Tit. I. An Verwaltungs-Kosten.....	236	=	26	=	3	=
= II. An Pensionen	5928	=	—	=	—	=
= III. An neu angelegten Capitalien.....	9956	=	25	=	—	=
= IV. Insgemein	1	=	20	=	—	=

Summa aller Ausgabe... 16,123 Rthlr. 11 Sgr. 3 Pf.

Balance.

Die Gesamt-Einnahme betrug..	16,706	=	2	=	7	=
Die Gesamt-Ausgabe betrug ...	16,123	=	11	=	3	=

Mithin blieb baarer Bestand.. 582 Rthlr. 21 Sgr. 4 Pf.

Das Vermögen der Anstalt bestand:

1) In dem baaren Bestande von.....	582 Rthlr. 21 Sgr. 4 Pf.
2) In den angelegten Capitalien (Schlesische Pfandbriefe incl. eines Activums von 99 Rthlr.).....	123,599 = — = — =
3) In Resten von.....	400 = 10 = 10 =

Ueberhaupt in... 124,582 Rthlr. 2 Sgr. 2 Pf.

Vorstehende Uebersicht wird in Gemäßheit der Bestimmung des §. 42. des Reglements der Anstalt hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Breslau, den 18. October 1856.

Königliche Regierung.

Abtheilung für die Kirchen-Verwaltung und das Schul-Wesen.

Durch das Ableben des Pastors Schneider zu Peterswaldbau, Kreis Reichenbach, ist das dortige Primariat erledigt worden. Dasselbe gewährt ein Einkommen von 700 Thlr. und übt das Patronats-Recht der Majoratsherr Herr Graf Friedrich zu Stolberg-Wernigerode aus.

Breslau, den 22. October 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

Nr 270:

**Zur Personal = Chronik
des Ober = Post = Directions = Bezirks Oppeln.**

Im Bezirke der hiesigen Ober = Post = Direction sind folgende Personal = Veränderungen eingetreten :

- 1) Ernannt : der Ober = Post = Secretair Bachmünd in Beuthen D. S. zum Postmeister.
- 2) Angestellt und bestätigt : der frühere Relais = Aufseher, Hütten = Rendant Rothe in Königsbühl, als Post = Expeditieur daselbst; der Post = Expeditious = Gehilfe August Pech aus Gr. = Strehlitz, als Post = Expeditieur in Peshniz; der Schullehrer Johann Heisig aus Raden, als Post = Expeditieur in Tropelowitz.
- 3) Versetzt : der Post = Expeditieur Filiz von Krzizanowiz nach Gr. = Peterwitz; der Post = Conducteur Ehrenberg von Reisse nach Leobschütz; der Packbote Tiepe aus Gleiwitz als Post = Conducteur nach Rybnik; der Packbote Persike aus Plesz als Briefträger nach Gleiwitz; der Packbote Pelka von Beuthen D. S. nach Plesz.

Pensionirt : der Briefträger Kunze in Gleiwitz.

Ausgeschieden : die Post = Expeditiure Weymann in Peshniz und Müller in Tropelowitz und der Wagenmeister = Gehilfe Heisler in Reisse.

Oppeln, den 1. November 1856.

Der Ober = Post = Director.

In Vertretung :

Eckardt.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs = Gebäude.

Druck von F. Weisshäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 46.

Oppeln, den 13. November 1856.

Allgemeine Gesefssammlung.

N^o 55. enthält:

(N^o 4540.) Den Beschluß des Königlichen Staats-Ministeriums, betreffend die Abänderung der Nr. 14. der Instruction vom 15ten Mai 1838. zur Bildung der in den §§. 17. und 31. des Gesetzes zum Schuß des Eigenthums an Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung vom 11ten Juni 1837. (Gesefssammlung S. 165. u. f.) erwähnten Vereine von Sachverständigen. Vom 15ten October 1856.; und

(N^o 4541.) Das Privilegium, wegen Emission von 12,250,000 Thalern Prioritäts-Obligationen III. Serie der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 20sten October 1856.

N^o 56. u. 57. enthalten:

(N^o 4542.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 13ten October 1856., betreffend die Bestätigung der in Königsberg i. Pr. unter dem Namen „Königsberger Privat-Bank zum Betriebe von Bank-Geschäften gebildeten Actien-Gesellschaft.

(N^o 4543.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 22sten September 1856., betreffend die Verleihung der fisealischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der im Kreise Lübbede gelegenen Chaussees: 1) von der Lübbede-Bündener Straße über Schnathorst bis zur Grenze des Mindener Kreises bei Siedinghausen, zum Anschluß an die Chaussee von Bergkirchen nach Nehme; 2) von Frotheim bis zur hannoverschen Grenze, in der Richtung auf Diepenau; 3) von Rahden über Ströhen bis zur hannoverschen Grenze, in der Richtung auf Wagen-

feld; 4) von Altwede bis Blasheim; 5) von Rahden bis zur han-
noverschen Grenze bei Diepenau.

- (N^o 4544.) Die Bekanntmachung, betreffend die unterm 13ten October 1856.
erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Actien-Gesell-
schaft unter dem Namen: „Bergbau-Actien-Gesellschaft Glückauf“
mit dem Domicil zu Mülheim a. d. Ruhr. Vom 24sten October
1856.
- (N^o 4545.) Die Bekanntmachung, betreffend die unterm 13ten October 1856.
erfolgte Allerhöchste Bestätigung der Statuten einer Actien-Gesell-
schaft unter dem Namen: „Broicher Bergwerks-Actien-Verein“
mit dem Domicil zu Mülheim a. d. Ruhr. Vom 24sten October 1856.
- (N^o 4546.) Die Verordnung wegen Abänderung des Vereins-Zoll-Tarifs. Vom
27sten October 1856.; und
- (N^o 4547.) Die Verordnung wegen Abänderung des Mahl- und Schlachtfeuer-
Gesetzes vom 30sten Mai 1820. Vom 27sten October 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Bekanntmachung.

Dem Schmiedegehilfen Joseph Pichen zu Bziniz, Kreis Lubliniz, ist für die, mit
eigener Lebensgefahr am 30sten September d. J. ausgeführte Rettung des Knaben
Johann Schoppa vom Tode des Ertrinkens, eine Geld-Prämie bewilligt worden.
Oppeln, den 8. November 1856.

Der Kaufmann Eöbel Schlesinger in Ratibor, hat die Agentur-Geschäfte der
Stettiner Strom-Versicherungs-Gesellschaft, wozu demselben unter dem 15ten April
1852. die landespolizeiliche Genehmigung ertheilt worden, niedergelegt.
Oppeln, den 8. November 1856.

Nachstehende Patente sind verliehen worden:

unter dem 3ten October 1856.: dem Gussstahl-Waaren-Fabrikanten Gu-
stav Brüninghaus zu Dortmund,
auf ein Verfahren, Roheisen zu feinen (fein zu machen), insoweit dasselbe
für neu und eigenthümlich erkannt worden ist und ohne Jemand in der
Anwendung bekannter Mittel und Verfahrensweisen zu beschränken, und
unter dem 1sten November 1856.: dem Tischlermeister Tiz zu Mariaweller
bei Dören,

auf

auf eine Jacquard-Maschine, in der durch Modell, Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung,
beide Patente auf die Dauer von fünf Jahre, von den obigen Tagen an gerechnet,
und für den Umfang des Preussischen Staats.
Oppeln, den 8. November 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Die erste Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts für das Geschäfts-Jahr 1856/57. beginnt am 1sten December d. J. Oppeln, den 30. October 1856. **Nr 271.**
Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Die erste Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts für das Geschäfts-Jahr 1857., beginnt am 1sten December c. Gleiwitz, den 30. October 1856. **Nr 272.**
Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Bei dem Königlichen Kreis-Gericht zu Reisse, beginnt die nächste Schwur-Gerichts-Sitzung den 1sten December d. J. Reisse, den 30. October 1856. **Nr 273.**
Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Die erste Sitzungs-Periode des hiesigen Schwur-Gerichts für das Geschäfts-Jahr 1857., wird den 1sten December c. beginnen. Ratibor, den 31. October 1856. **Nr 274.**
Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Personal-Chronik.

Der bisherige Schulamts-Candidat August Gassa, ist als Collaborator am Gymnasium zu Dels angestellt worden.

Personal-Veränderungen

im Departement des Königlichen Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat October 1856.

A. Bei dem Appellations-Gericht:

Ernannt: die Rechts-Candidaten Hilary, Norbert, Rzepnicki und Ludwig Löwe zu Auscultatoren.

Versetzt: der Auscultator Alexander Philipp aus dem Departement des Appellations-

tions- = Gerichts Breslau in das hiesige Departement.
Ausgeschieden: der Referendarius Freiherr Friedrich von Reizenstein Behufs Uebertritts in das Departement des Appellations- = Gerichts Raumburg, und die Referendarien Ferdinand Kleiber und Franz Klein, Behufs Uebertritts in das Departement des königlichen Appellations- = Gerichts Breslau.

B. Bei den Kreis- = Gerichten:

I. Beim Kreis- = Gericht Cosel:

Berufen: der Kreis- = Richter von Siegroth an das Kreis- = Gericht Bentzen, vom 1sten Januar 1857. ab.

II. Beim Kreis- = Gericht Gleiwitz:

Gestorben: der Secretair Schtomer.

III. Beim Kreis- = Gericht Leobschütz:

Gestorben: der Bote und Executor Seibel.

IV. Beim Kreis- = Gericht Rosenberg:

Gestorben: der Bote und Executor Doleschky.

**Nachweisung
der gewählten und bestätigten Schiedsmänner pro Monat October 1856.**

N ^o	Namen und Wohnort der Schiedsmänner.	Kreis.	Namen der Ortschaften.
1	Ganzlist Gußel in Groß- Strehlitz	Groß- = Strehlitz	Adamowitz, Neuborf, Stephans- hahn und Walzhäuser.
2	Schullehrer August Scholz zu Seiffersdorf	Grottkau	Seiffersdorff bei Grottkau.
3	Gutsbesitzer Hugo Baucke zu Hermsdorf	Reiße	Hermsdorf bei Weidenau.
4	Schullehrer Bogt zu Guhrau	Plesß	Guhrau und Zawadka.
5	Lehrer Meßner zu Constadt- Ellguth	Creuzburg	Constadt- = Ellguth u. Sophienthal.
6	Scholze Gottlieb Schubert zu Alt- = Wundschütz	Creuzburg	Alt- = Wundschütz, Neu- = Wundschütz, Jeroltshütz und Brinnige.
7	Polizei- = Verwalter Reichelt zu Falkenberg	Falkenberg	Lagdorf, Rosßdorf und Petersdorf.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs- = Gebäude.

Druck von F. Weisshäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 47.

Oppeln, den 20. November 1856.

Allgemeine Gesefssammlung.

N^o 58. enthält:

- (N^o 4548.) Das Statut des Aken-Rosenburger Deich-Verbandes. Vom 28sten August 1856.
- (N^o 4549.) Den Vertrag zwischen der Königlich Preussischen und der Herzoglich Anhalt-Deffau-Cöthenschen Regierung, wegen Bildung eines Deich-Verbandes für die Niederung von Aken bis Rosenberg. Vom 22sten Mai 1856.
- (N^o 4550.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 23sten October 1856., betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856. an die Gemeinde Wipperfürth, Regierungs-Bezirks Cöln, und
- (N^o 4551.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 23sten October 1856., betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856. an die Gemeinden Süchtelen, Kronenberg, Velbert, Wälf-rath und Mettmann, Regierungs-Bezirks Düsseldorf.

N^o 59. enthält:

- (N^o 4552.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 13ten October 1856., betreffend die Verleihung der ficalischen Vorrechte für die zu chausfrende Straße von Frankenstein bis zur Kreis-Grenze in der Richtung auf Mün-flerberg.
- (N^o 4553.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 23sten October 1856., betreffend die Verleihung der ficalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhal-tung der Kreis-Chausseen im Kreise Preuß. Holland: 1) von Pr. Holland bis zur Mohrungener Kreis-Grenze in der Richtung auf

Liebstadt, mit einer Zweig-Chaussee, welche bei Behlenhof nach dem Bahnhofe Schlobitten abführt; 2) von Mühlhausen nach dem dortigen Bahnhofe und von dort bis zur Kreis-Grenze zwischen Baar-den und Schlobitten; 3) von der Elbing-Preuß.-Holländer Chaussee zwischen Preuß. Holland und Schönwiese bis zur Grenze des Kreises Mohrungen, in der Richtung auf Saalfeld; 4) von Preuß. Holland nach Schönau.

(N^o 4554.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 23ten October 1856., betreffend die Verleihung der fisciatischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chausseen im Kreise Mohrungen: a. von Liebstadt über Gudnick nach der Preuß.-Holländer Kreis-Grenze auf Sommerfeld; b. von Maldeuten nach Saalfeld; c. von Saalfeld über Geiseln nach der Preuß.-Holländer Kreis-Grenze, und d. von Taabern oder Mißwalde nach Altstadt.

(N^o 4555.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 25ten October 1856., betreffend die Beilegung der Benennung: „Ostpreussisches Tribunal“, für das Appellations-Gericht zu Königsberg; und

(N^o 4556.) Die Verordnung wegen Einberufung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie. Vom 11ten November 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

N^o 275. In Folge eines Rescriptes des Königlichen Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und des Königlichen Finanz-Ministeriums vom 22ten v. Mts., wird unter Hinweisung auf die Amtsblatt-Befugungen vom 6ten Februar 1835. und vom 28ten December 1842., welche zur Ausführung der Bestimmungen im Artikel 18. der Zoll-Vereins-Verträge von 1833. und ff. — erneuert durch den Vertrag vom 4ten April 1853. — im Artikel 14. des Vertrages vom 8ten Februar 1842. wegen Anschlusses des Großherzogthums Luxemburg an den Zoll-Verein — verlängert durch die Verträge vom 2ten April 1847. und 26/31ten December 1853. — und im Artikel 9. der Verträge vom 18ten October 1841. und vom 11ten December d. J., wegen Anschlusses des Fürstenthums Lippe und des Fürstenthums Waldeck in Beziehung auf das Fürstenthum Pyrmont an den Zoll-Verein — verlängert, beziehungsweise durch das Protocoll d. d. Berlin, den 31ten December 1852. — und den Vertrag vom 3ten September 1853. — hinsichtlich des gewerbesteuerfreien Aufsuchens von Waaren-Bestellungen und des Waaren-Auffaßes erlassen worden sind; ferner mit Bezug auf den Artikel 9. des Vertrages vom 20ten December 1853., wegen Fortdauer des Anschlusses der Herzogthümer Anhalt-Deßau-

Röthen und Anhalt-Bernburg an das Zoll-System Preußens, Folgendes zur Nachachtung bekannt gemacht.

Im Herzogthume Luxemburg werden die Legitimationen Behufs Erlangung steuerfreier Gewerbe-Scheine in anderen Vereins-Ländern nach dem Muster A. und B. gegenwärtig von dem Großherzoglich Luxemburgischen General-Verwalter der Finanzen ausgestellt; Handels-Reisende aus anderen Vereins-Ländern, welche im Großherzogthum Luxemburg Waaren aufkaufen oder Bestellungen suchen wollen, bedürfen dazu auch jetzt keiner besonderen Erlaubniß.

Im Fürstenthume Lippe erfolgt die Ausstellung dieser Legitimations-Zeugnisse sowohl, als die der steuerfreien Gewerbe-Scheine für Handels-Reisende aus anderen Vereins-Ländern, durch die Magisträte in den Städten Detmold, Lemgo, Blomberg, Horn, Salzkusten, Barntrup und Lage, durch die Justiz- und Verwaltungs-Ämter Detmold, Lage, Derlinghausen, Schötmar, Barenholz, Hohenhausen, Brake, Sternberg, Blomberg, Schieder, Schwalenberg, Horn und Lipperode.

In den Fürstenthümern Waldeck und Pyrmont werden die gedachten Legitimationen, so wie die steuerfreien Gewerbe-Scheine nach dem Muster C. durch die Kreis-Räthe zu Mengershausen, Korbach, Wildungen und Pyrmont ertheilt.

Im Herzogthume Anhalt-Deßau-Röthen geschieht die Ertheilung der Gewerbe-Legitimationen durch die Kreis-Steuer-Ämter zu Deßau, Röthen und Zerbst und durch die Unter-Steuer-Ämter, die Ausstellung der steuerfreien Gewerbe-Scheine durch die erstgedachten Kreis-Steuer-Ämter.

Im Herzogthum Anhalt-Bernburg werden die Gewerbe-Legitimations-Zeugnisse und die steuerfreien Gewerbe-Scheine von der Herzoglichen Regierung, Abtheilung des Innern, ausgestellt. Dppeln, den 6. November 1856.

Durch den am 6ten d. M. erfolgten Tod des Königl. Kreis-Thierarztes Lomak zu Pless, ist die Kreis-Thierarzt-Stelle für die Kreise Pless und Rybnick erledigt worden. M 276

Wir fordern daher qualifisirte und der polnischen Sprache kundige Bewerber auf, sich mit Einreichung des Lebenslaufes und der Fähigkeits-Zeugnisse längstens innerhalb vier Wochen bei uns zu melden.

Dppeln, den 11. November 1856.

Dem Königl. Kreis-Gerichts-Actuar Carl Nydam in Leobschütz, ist zur Führung von Agentur-Geschäften für die große Vereins-Sterbe-Casse zu Berlin, die landespolizeiliche Genehmigung ertheilt worden.

Dppeln, den 18. November 1856.

Nachstehende Patente sind erloschen:

- 1) des Königl. Regierung= und Bau=Raths Rosenthal in Magdeburg vom 11ten Februar 1854.,
auf eine atmosphärische Eisenbahn;
- 2) des Technikers Theodor Kessler zu Sudenburg=Magdeburg vom 30sten September 1855.,
auf eine Repressions=Pumpe für hydraulische Pressen; und
- 3) des Kaufmanns J. H. F. Prillwitz in Berlin vom 29sten Januar 1856.,
auf Vorrichtungen zum Stimmen von Saiten=Instrumenten.

Dagegen sind folgende Patente verliehen worden:

- unter dem 8ten November 1856. dem Artillerie-Hauptmann a. D. Schmidt in Berlin,
auf ein durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenes Zündnadel=Gewehr=Schloß, soweit dasselbe in seiner ganzen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkannt ist;
- unter dem 11ten November 1856. dem Uhren=Fabrikanten Carl, Friedrich Thiemcke in Berlin,
auf eine Vorrichtung an Taschen=Uhren, zum Aufziehen derselben ohne Schlüssel, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Art der Ausführung;
- unter dem 12ten November 1856. dem Robert, Heinrich Böcker, Heinrich und Wilhelm Lange zu Remscheid zwei Patente,
daß eine
auf eine mechanische Vorrichtung zur Zuschärfung der Messerflingen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung,
daß andere
auf die nach der vorgelegten Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtete Anwendung eines Lothes zum Zusammenlöthen von Stahl und Eisen.
- Diese vier Patente auf die Dauer von fünf Jahre, von den obigen Tagen an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats.
Oppeln, den 18. November 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Nr 277. Die Provinzial=Städte=Feuer=Societät von Schlessen ist in dem II. Semester d. J. bereits von zahlreichen und theilweise bedeutenden Brandschäden betroffen worden. Zu deren Vergütung muß nunmehr die in unserer Amtsblatt=Bekanntmachung vom 6ten Juni d. J. vorbehaltene Ausschreibung eines außerordentlichen Beitrages eintreten, wel-

welcher mit Rücksicht auf den Bedarf auf die Höhe des halbjährigen ordentlichen Beitrages pro II. Semester c. hiermit festgestellt wird. Dieser außerordentliche Beitrag muß sofort eingezogen und bis zum 1sten December c. bei unserer Instituten-Haupt-Casse eingegangen sein.

Indem wir die Magisträte hierzu anweisen, bemerken wir gleichzeitig, daß dieser Ausschreibung durchgehends das am 1sten Juli c. vorläufig festgestellte Soll an ordentlichen Beiträgen zum Grunde zu legen ist, während die seit dieser Zeit genehmigten Zugänge und der hiervon in gleicher Höhe zu entrichtende außerordentliche Beitrag in der Haupt-Veränderungs-Liste pro II. Semester c., resp. erst nach deren Feststellung zur Berechnung und Zahlung kommen.

Breslau, den 7. November 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Auf Grund der am 27sten und 28sten v. M. am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Steinau a. D. bestandenen Prüfung pro rectoratu ist: M 278

- 1) dem Lehrer Gottlieb Arndt zu Beuthen D. S.;
 - 2) dem Pfarr-Vicar Carl, Alexander Rßmann zu Köwen;
 - 3) dem Predigt-Amts-Candidaten Wilhelm, Heinrich, Bernhard Hilgenfeld in Steinau a. D.;
 - 4) dem Candidaten der Philologie Friedrich, Julius John zu Petranowitz bei Wohlau;
 - 5) dem Candidaten der Philologie Emil, Hugo, Ludwig Kreisler zu Krotoschin;
 - 6) dem Candidaten der Theologie Heinrich, Friedrich Lange zu Breslau, und
 - 7) dem Candidaten der Philologie Friedrich, August Heinrich zu Breslau,
- in Folge der dargezogenen wissenschaftlichen und practischen Tüchtigkeit, die Qualifikation zur Uebernahme von Rector-Stellen ertheilt worden ist.

Breslau, den 3. November 1856.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

Personal-Chronik.

Der Steiger Scheliga auf der Henrietten-Grube bei Bielschowitz, im Kreise Beuthen, hat die durch böse Wetter in einer Grube verunglückten Arbeiter Valentin Tainitz und Stephan Chwaszcza, mit eigener Lebensgefahr aus der Grube herausgeholt.

Für die hierbei an den Tag gelegte Entschlossenheit und persönliche Aufopferung, ist dem ic. Scheliga das Verdienst-Ehrenzeichen für Rettung aus Gefahr, von des Königs Majestät verliehen worden.

Dem Häusler Albert Adamieß aus Groß-Döbern, ist für die mit eigener Lebensgefahr vollführte Rettung des Knaben Thomas Zonet und eines dreijährigen Mädchens aus einem brennenden Hause, so wie dem Bauer Sebastian Sabaß für die Rettung des vorerwähnten Adamieß aus den brennenden Trümmern des Hauses, beiden eine Geld-Prämie bewilliget worden.

Er. Majestät der König haben den Pfarrer Stosch zu Kogenau, für die Diocese Lüben I. und den Pfarrer Winter in Sprottau für die Diocese Sprottau, zu Superintendenten zu ernennen — auch die Wahl des bisherigen Archidiaconus und Seniors an der evangelischen Haupt- und Pfarr-Kirche zu St. Elisabeth in Breslau, Gottlob Girth, zum pastor primarius an denselben zu genehmigen geruht.

Dem seitherigen Pfarrer Petschardt in Lenschütz, Coseler Kreises, ist die Pfarrei zu Salesche, Gr.-Strehlitzer Kreises, verliehen worden; da der für die genannte Pfarrstelle (Seite 286 des Amtsbl.) bezeichnete Erzpriester Reimann zu Bobzanowitz darauf verzichtet hat — der interimistische Domainen-Rentmeister Altdorfer zu Rybnik, ist als Polizei-Districts-Commissarius für den ersten Polizei-Bezirk des Rybniker Kreises bestätigt — der Regierungs-Supernumerarius Schindler ist als Kreis-Secretair des Rosenberger Kreises angestellt — und dem vormaligen Unter-Officier Weiß ist die Executorstelle bei dem Rent-Amte zu Smielin, Plesser Kreises, übertragen worden — der Lehrer Duczek zu Tost, ist an der kath. Schule zu Sarnau, Tost-Gleiwitzer Kreises, angestellt — dem kath. Schul-Adjunkten Krause, ist die Organisten- und Schullehrer-Stelle zu Petersheide, Grottkauer Kreises — dem seitherigen Lehrer in Jagdorf Joseph Seiffert, ist die katholische Schullehrerstelle zu Brande, Falkenberger Kreises — und dem seitherigen Conrector Richter die zweite Lehrersstelle an der kath. Schule zu Patschkau verliehen worden.

Verstorben sind:

der katholische Lehrer Hoffmann zu Reisse, und
der Rent-Amts-Executor Hezel zu Smielin, Plesser Kreises.

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 48.

Oppeln, den 27. November 1856.

Allgemeine Gesetzsammlung.

N^o 60. enthält:

(N^o 4557.) Das Statut des Soldiner Entwässerungs-Verbandes. Vom 13ten October 1856., und

(N^o 4558.) Das Statut für den Verband zur Regulirung der untern Ohle im Regierungs-Bezirk Magdeburg. Vom 13ten October 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden:

Unter Bezugnahme auf die Seite 944. der diesjährigen Gesetz-Sammlung sub Nro. 4556. publicirte Allerhöchste Verordnung vom 11ten d. M., durch welche die beiden Häuser des Landtags der Monarchie auf den 29ten d. M. einberufen sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über die Zeit und den Ort der Eröffnungs-Sitzung in dem Bureau des Herrenhauses (Leipziger Straße Nr. 3.) und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten (Leipziger Straße Nr. 55.) am 27ten und 28ten d. M. in den Stunden von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends und am 29ten d. M. in den Morgenstunden offen liegen wird. In diesen Bureaus werden auch die Eintritts-Karten zu der Eröffnungs-Sitzung ausgegeben, wie auch sonst etwa noch erforderliche Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Berlin, den 20. November 1856.

Der Minister des Innern.
v. Westphalen.

N^o 279

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

- Nr 280.** Nachdem die von der hiesigen Regierungshaupt-Casse pro 1855. gelegte Rechnung über Einnahme und Ausgabe des Fonds der Hornvieh-Assuranz-Societät des hiesigen Regierungs-Bezirks gemäß des §. 38. der Ausführungs-Verordnung vom 15ten December 1841. von der ständischen Commission revidirt und bechargirt worden ist, wird nach Vorschrift des §. 39. a. a. O. zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß
- | | |
|--|------------------------------------|
| 1) der Baarbestand aus dem Jahre 1854. | 539 Rthlr. 5 Sgr. 10 Pf. beträgt, |
| 2) Einnahmen nicht stattgefunden haben und | |
| 3) die Ausgaben sich auf | 138 Rthlr. 14 Sgr. — Pf. belaufen. |
- Within verblieben Ende 1855. . . . 400 Rthlr. 21 Sgr. 10 Pf. im baaren Bestande. Oppeln, den 15. November 1856.

- Nr 281.** Nachdem es für zweckmäßig anerkannt worden, den für die Elbschiffer eingeführten Dienstbüchern eine Anwendung auch für den diesseitigen Verwaltungs-Bezirk zu geben, wird nachstehende Ministerial-Verordnung, welche von den landrätlichen und städtischen Behörden durch die Kreis- und Stadtblätter sofort bekannt zu machen ist, hiermit zur Nachachtung publicirt. Oppeln, den 15. November 1856.

Verordnung

wegen Einführung von Dienstbüchern für die Schiffsleute im Regierungs-Bezirk Oppeln.

Auf Grund des §. 6. litt. b. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11ten März 1850., wird zur besseren Beaufsichtigung der Schiffsleute auf Preussischen Flußschiffen und zur Hebung der Disciplin Nachstehendes angeordnet:

§. 1.

Jeder Dienstmann auf einem Preussischen Flußschiffe oder Floße — Lehrling, Junge, Schiffsknecht, Zugknecht, Heizer, Geselle, Matrose, Bootsmann, Steuermann — muß mit einem Dienstbuche versehen sein und dasselbe auf jeder Reise bei sich führen.

§. 2.

Die Dienstbücher werden nach dem anliegenden Muster gedruckt. Sie gewähren Raum zur Eintragung von 6 Dienst-Attesten und sind bei denjenigen königlichen Zoll- und Steuer-Ämtern käuflich zu haben, welche demnächst werden bezeichnet werden.

§. 3.

Wer nach den Bestimmungen dieser Verordnung mit einem Dienstbuche versehen sein muß, hat solches der Polizei-Behörde seines Wohnorts, Behufs der Ausfertigung und Eintragung des Signalements, vorzulegen. Die Eintragung erfolgt kostenfrei.

§. 4.

§. 4.

Schiffseigner, Schiffs- oder Floßführer haben bei jeder Annahme eines Dienstmannes sich dessen Dienstbuch vorlegen zu lassen, und darin über das einzugehende Dienst-Verhältniß das Erforderliche einzutragen. In Beziehung auf die schon vor Publication der gegenwärtigen Verordnung eingegangenen Dienst-Verhältnisse, ist die Befolgung dieser Vorschriften binnen drei Monaten nachzuholen.

§. 5.

Der Dienstmann darf in seinem Dienstbuche keine Aenderungen oder Zusätze machen, oder durch Unberechtigte machen lassen.

§. 6.

Das Dienstbuch muß sowohl dem Dienstherrn, als einer jeden Polizei-Behörde auf Verlangen jederzeit vorgelegt werden.

Die nach dem Muster zu §. 2. vorschriftsmäßig ausgefüllten Dienstbücher gelten für ihre Inhaber, sofern sie Preussische Unterthanen sind, in den diesseitigen Staaten als genügender persönlicher Ausweis und vertreten die Stelle der paß-polizeilichen Legitimationen.

§. 7.

Den Polizei-Behörden liegt es ob, Beschwerden des Dienstmannes über ein, demselben ertheiltes oder verweigertes Zeugniß zu erledigen und die dadurch etwa herbeigeführten Aenderungen und Zusätze im Dienstbuche nachzutragen.

§. 8.

Auf jedem Preussischen Flußschiffe ist ein Verzeichniß der Personen, welche auf demselben in Dienst getreten sind, zu führen und aufzubewahren. Dem Namen jedes entlassenen Dienstmannes ist eine Bemerkung über Anfang und Ende seiner Dienstzeit und eine wörtliche Abschrift des ihm bei seinem Abgange ertheilten Zeugnisses beizusetzen.

Dieses Verzeichniß ist jeder Schifffahrt- und Polizei-Behörde auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen.

§. 9.

Uebertretungen der obigen Vorschriften werden mit Geldstrafen bis zu dem Betrage von 10 Rthlr. und in Unvermögensfällen mit verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe geahndet.

§. 10.

Die gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1sten Februar 1857. in Kraft.
Berlin, den 8. Juli 1856.

Der Minister des
Innern.

Der Finanz-Minister.

Der Minister für Handel, Ge-
werbe und öffentliche Arbeiten.

In Vertretung:

v. Westphalen.

v. Bodelschwingh.

von Pommer-Esche.

Dem

Dem Kaufmann G. H. F. Prillwitz in Berlin ist unter dem 16ten November 1856. ein Patent

auf eine Vorbereitung des Mehls zum Brodtbacken, soweit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist, und

dem Adolph Poy ebendaselbst unter dem 18ten November 1856. ein dergleichen auf einen doppeltwirkenden Selbst-Regulator für Gaswerke, in seiner ganzen, durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne Jemand in der Anwendung der bekannten Theile zu beschränken,

beide Patente auf die Dauer von fünf Jahre, von den obigen beiden Tagen an gerechnet, und für den ganzen Preussischen Staat verliehen worden.

Oppeln, den 23. November 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Nachstehende Verhandlung:

Verhandelt auf der Königl. Rentenbank zu Breslau, den 19. November 1856.

Nr 282.

In Gegenwart der Abgeordneten der Provinzial-Vertretung

- 1) des Königl. Geheimen Regierungs-Raths und General-Landschafts-Representanten Herrn Freiherrn von Wechmar;
- 2) des Banquiers Herrn Stadt-Raths Franck, so wie
- 3) des Notars Herrn Justiz-Raths Beyer von hier,

erfolgte im heutigen Termin auf Grund eines bei den Acten niedergelegten speciellen Verzeichnisses und nachdem die Löschung der einzelnen Apoints in den Stammbüchern und Lösch-Registern erfolgt ist, die Vernichtung der aus den früheren Verloosungen in dem letzten Halbjahr zur Zahlung präsentirten und resp. eingelösten Rentenbriefe der Provinz Schlesien nebst den dazu gehörigen Coupons, und zwar:

68	Stück	Litt. A.	à	1000	Rthlr.	im	Werthe	von	68,000	Rthlr.,
19	=	=	B.	à	500	=	=	=	9,500	=
50	=	=	C.	à	100	=	=	=	5,000	=
44	=	=	D.	à	25	=	=	=	1,100	=
45	=	=	E.	à	10	=	=	=	450	=

zusammen 226 Stück im Werthe von..... 84,050 Rthlr.

Die Vernichtung geschah durch Feuer, welches in Gemäßheit der §§. 46. u. 48. des Rentenbank-Gesetzes vom 2ten März 1850. hiermit registrirt wird.

B. g. u.

Hr. v. Wechmar. Franck.

(L. S.) Carl, Ernst, Georg Beyer, Notar zu Breslau.

a. u. s.

Koch.

Greiff.

Partowicz.

wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Breslau, den 19. November 1856.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Schlesien.

Nr 283. Durch den Tod des Pastors Falke in Daubitz, Kreis Rothenburg, ist das bortige evangelische Pfarr = Amt erlediget worden. Dasselbe gewährt ein Einkommen von circa 760 Rthlr., und übt die Patronats = Rechte das Dominium aus.

Breslau, den 17. November 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs = Gebäude.

Druck von F. Weisshäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Ouppeln.

Stück 49.

Ouppeln, den 4. December 1856.

Allgemeine Geseßsammlung.

N^o 61. enthält:

- (N^o 4559.) Das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Greifenberger Kreises, im Betrage von 100,000 Rthlr. Vom 23sten October 1856.
- (N^o 4560.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 23sten October 1856., betreffend die Verleihung der fisciatischen Vorrechte zum Bau und zur Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussée von der neuen Mühle bei Worbis über Gernrode bis zur Heiligenstadt-Mühlhausener Staatsstraße oberhalb Ammern.
- (N^o 4561.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 23sten October 1856., betreffend die Verleihung der fisciatischen Vorrechte zum Bau und zur Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussée von Eschbach nach Roesrath im Kreise Mühlheim, Regierungs-Bezirks Köln, mit einer Zweigstraße von Roesrath nach Höheberg.
- (N^o 4562.) Das Statut für die Genossenschaft zur Melioration der Ländereien am Goplo-See, im Bachorze-Bruche und im Montwei-Thale. Vom 24sten October 1856.
- (N^o 4563.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 2ten November 1856., betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856. an die Gemeinde Münstererfeld, Regierungs-Bezirks Köln; und
- (N^o 4564.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 2ten November 1856., betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15ten Mai 1856. an die Gemeinde Ballendar, Regierungs-Bezirks Koblenz.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

284. Nachdem gegen mehrere Hefte der in München erscheinenden Zeitschrift:
 „G. Philips und G. Görres historisch-politische Blätter für das katholische
 Deutschland“, redigirt von Jos. Edmund Jörg,
 gemäß §. 50. des Preß-Gesetzes vom 12ten Mai 1851. auf Vernichtung des straf-
 gesetzwidrigen Inhalts der betreffenden Hefte gerichtlich erkannt worden ist, wird auf
 Grund des §. 52. des gedachten Gesetzes die fernere Verbreitung der vorerwähnten
 Zeitschrift im Reich des Preuß. Staats, unter Hinweisung auf die im §. 53. des-
 selben Gesetzes verordneten Strafen, hiermit verboten.
 Berlin, den 16. November 1856.

Der Minister des Innern.
 gez. v. Westphalen.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Nachstehende Agenturen, und zwar:

- 1) des Kaufmanns Anton Ulter zu Beuthen D. S., für die Lebens-Renten-,
 Aussteuer-, Spaar-, Cassen-, Transport-Versicherungs-Gesellschaft „Thu-
 ringia“ in Erfurt;
- 2) des Kaufmanns Wilhelm Striekel zu Greuzburg, für dieselbe Gesellschaft,
 wogegen derselbe die Agentur-Geschäfte für die Lebens- und Pensions-Ver-
 sicherungs-Gesellschaft „Janus“ zu Hamburg niedergelegt hat;
- 3) des Rentmeisters Carl Baaz zu Grottkau, für die Lebens- und Pensions-
 Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg; und
- 4) des Rechnungsführers Johann Kapuste zu Dost, für die Leipziger Lebens-
 Versicherungs-Gesellschaft,

sind von uns landespolizeilich bestätigt worden.

Oppeln, den 1. December 1856.

Unter dem 23sten November 1856. ist dem G. Hambruch zu Elbing ein Patent,
 auf einen Regulator für Dampf-Maschinen in Schrauben-Schiffen in der
 durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfügung und ohne
 Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken,
 auf die Dauer von fünf Jahre, von dem obigen Tage an gerechnet und für den Un-
 fang des preussischen Staats verliehen worden.

Oppeln, den 1. December 1856.

Das dem Bergbeamten George, August P o ß zu Immendorf bei Ehrenbreitstein unter dem 5ten October 1855. ertheilte Patent,
auf eine als neu und eigenthümlich erkannte, zum Austragen des abgepoch-
ten Erzes dienende Erzpoch = Sohle,
ist aufgehoben. O p p e l n , den 1. December 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Nach der unter den Zoll = Vereins = Staaten getroffenen Vereinbarung, hört die Ein- N 235
stellung der Erhebung des Eingang = Zolles von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl dar-
aus und anderen Mühlen = Fabrikaten mit Ablauf dieses Jahres auf und es kommen
vom 1sten Januar 1857. an, die durch die Verordnung vom 27sten October d. J. (Ges. =
Sg. für 1856. Nummer 57.) bestimmten ermäßigten Zollsätze zur Erhebung, woge-
gen die aus dem freien Verkehr Oesterreichs eingehenden vergleichenden Gegenstände bis
auf weitere Bestimmung nach wie vor zollfrei abgefertigt werden.

Breslau, den 24. November 1856.

Der Wirkliche Geheime Ober = Finanz = Rath und Provinzial = Steuer = Director.
v. Bigeleben.

Personal - Chronik.

Bekanntmachung.

Als Ergebnis der zuletzt stattgehabten beiden theologischen Prüfungen erhielten:

a. das Zeugniß der Wählbarkeit zu einem geistlichen Amte, die Candidaten
des Predigt = Amtes

- 1) Emil, Otto Born aus Ober = Möllern bei Raumburg a. S.;
- 2) Carl, Julius Ender aus Görlitz;
- 3) Friedrich, Wafa, Ludwig Gössel aus Gunnersdorf bei Görlitz;
- 4) Gottlieb Guschall aus Tarnowitz bei Brieg;
- 5) Gustav, Adolph, Heinrich Strempel aus Raumburg a. D.;
- 6) Albert, Theodor Süßenbach aus Schmiedeberg;

b. die Erlaubniß zum Predigen, die Candidaten:

- 1) Bernhard, Gottlob, Herrmann Nebert aus Heibau bei Parchwitz;
- 2) Paul, Georg, Woldemar Böltz aus Forst;
- 3) Adolph, Robert Günther aus Görlitz;
- 4) Philipp, August Lindner aus Nieder = Linda, Kreis Lauban;

6) Theo =

- 5) Theodor, Martin Schulze aus Krisha bei Reichenbach o. L.;
 - 6) Carl, August, Eduard Schumann aus Stroppen.
- Breslau, den 16. November 1856.

Königliches Consistorium für die Provinz Schlesien.



Amts-Blatt

der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 50.

Oppeln, den 11. December 1856.

Allgemeine Gesefssammlung.

N^o 62. enthält:

- (N^o 4565.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 13ten October 1856., betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung nachstehender Kreis-Chausséen im Kreise Berent: 1) von Neufrug im Anschluß an die Staats-Chaussée von Berent nach Danzig über Eipfschin, Plachte, Illowniza, Gladau, Deka und Wenzkau nach Schöneck; 2) von Schöneck in der Richtung nach Dirschau über Neuguth und Demlin bis zur Kreisgrenze bei Gardschau; 3) von Berent in der Richtung nach Conitz über Eubjahren, Kalisch, Dzimianen und Raduhn bis zur Kreisgrenze bei Lamk.
- (N^o 4566.) Den Allerhöchsten Erlaß vom 27sten October 1856., betreffend die Verleihung der fiscalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussée von Hornburg über Osterode und Beltheim bis zur Herzoglich braunschweigischen Landesgrenze in der Richtung auf Hessen und jenseits derselben über Rohrsheim und Gedeleben.
- (N^o 4567.) Die Bestätigungs-Urkunde, betreffend die Statuten der unter dem Namen „Actien-Bau-Gesellschaft Alexandra-Stiftung“ mit dem Domicil zu Berlin errichteten Actien-Gesellschaft. Vom 31sten October 1856., und
- (N^o 4568.) Die Bekanntmachung über die unterm 10ten November 1856. erfolgte Allerhöchste Bestätigung des Statuts des Actien-Vereins für die Dels-Namslau-Kreuzburger Chaussee. Vom 23sten November 1856.
-

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

N^o 286. Die Rentdantur-Verwaltung des Rent-Amtes Cosel ist vom 1sten Januar l. J. ab mit der Königl. Domainen-Rent-Casse in Oppeln vereinigt, und an Stelle der Ersteren in Cosel eine „Königliche Domainen-Unter-Receptur“ errichtet worden, was hierdurch mit dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß alle Domainen-Gefälle von den Einfassen des ehemaligen Domainen-Rent-Amtes Cosel an die errichtete Unter-Casse daselbst nach wie vor zu zahlen sind, und in der Polizei- und Forst-Cassen-Verwaltung keine Aenderung eintritt.

Oppeln, den 29. November 1856.

N^o 287. Vom 1sten Januar künftigen Jahres ab, sollen neue Formulare zu beschränkten Reise-Routen und zwar in verschiedener Form, insofern deren Ertheilung, anstatt Einleitung des Transports, erfolgt, oder insofern durch die Reiseroute der Inhaber der polizeilichen Aufmerksamkeit auf der ihm vorgezeichneten Tour empfohlen wird, nach der Bestimmung des Königl. Ministerii des Innern angewendet werden.

Von der Königl. Staats-Druckerei ist uns eine größere Anzahl dieser Formulare mitgetheilt worden.

Die Herren Landräthe haben diese neue Anordnung sofort durch die Kreisblätter noch besonders zu veröffentlichen und uns den Bedarf an Reise-Routen für das Königl. Landraths-Amt und die ländlichen Orts-Polizei-Behörden des Kreises anzuzeigen, welche wir gegen Verichtigung der Kosten von 10 Sgr. pro Buch den Herren Landräthen und den Magisträten übersenden werden. Letztere haben sich wegen Erlangung der gedachten neuen Formulare an uns direct zu wenden.

Oppeln, den 30. November 1856.

N^o 288. Die Preise vom Getreide und Rauchs Futter an Martini 1856., sind in den Kreis-Städten unseres Verwaltungs-Bezirktes durch die gezogene Fraction auf

3	Rthlr.	—	Sgr.	9	Pf.	für den	Scheffel	Weizen,
1	=	24	=	10	=	=	=	Roggen,
1	=	14	=	9	=	=	=	Gerste,
—	=	29	=	—	=	=	=	Hafer,
—	=	29	=	3	=	=	=	Centner Heu, und
5	=	—	=	10	=	=	=	das Schock Stroh,

Preussisch Maasß und Gewicht festgestellt worden.

Oppeln, den 2. December 1856.

N^o 289. Die im diesseitigen Verwaltungs-Bezirkte sich aufhaltenden Felomeßer haben die vor-

geschriebene Nachweisung über ihre persönlichen und Dienst-Verhältnisse für das laufende Jahr spätestens bis ultimo dieses Monats an uns einzureichen.

Oppeln, den 6. December 1856.

Nachstehende Agentur-Geschäfte sind landespolizeilich bestätigt worden, und zwar:

- 1) des pensionirten Lehrers Friedrich, Gottbold Kunze zu Bosak, im Kreise Ratibor, für die niederrheinische Güter-Versicherung-Gesellschaft zu Wesel;
- 2) des Kammerers Robert Renner in Sohrau D. S., 3) des Apothekers H. Telke in Greunburg und 4) des Kaufmanns Hermann Liebig in Patschkau, diesen drei letztern für die Lebens-Versicherung-Gesellschaft in Leipzig;
- 5) des Oeconomie-Inspectors R. Hanke in Tarnowitz für die Lebens-Renten-Aussteuer-Spar-Cassen-Transport-Versicherung-Gesellschaft „Thuringia“ in Erfurt, wogegen Derselbe die Agentur-Geschäfte für die Lebens-Versicherung-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg niedergelegt hat;
- 6) des Maurermeisters Carl Mode zu Cosel für die deutsche Lebens-Versicherung-Gesellschaft in Lübeck.

Oppeln, den 8. December 1856.

Dem Kaufmann F. H. F. Prillwitz in Berlin ist unter dem 16ten November 1856. ein Patent

auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte Construction von Feuerungs-Anlagen, soweit sie als neu und eigenthümlich erkannt worden sind, und ohne Jemand in der Benutzung einzelner Theile derselben zu behindern,

auf die Dauer von fünf Jahre, von dem obigen Tage an gerechnet, und für den ganzen Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

Oppeln, den 8. December 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

In dem Bezirke der hiesigen Ober-Post-Direction sind öfter Landbriefträger-, Postfußboten-, Packetträger- und sonstige contractliche Postdienststellen, mit denen in der Regel jährliche Ehnungen von 72 bis 120 Thalern verbunden sind, zu besetzen.

Versorgungsberechtigte Militair-Personen werden aufgefordert, sich, sofern sie bereit sind, eine derartige Dienststelle zu übernehmen, dieserhalb bei der Post-Anstalt ihres Wohnortes oder bei der ihrem Wohnorte zunächst belegenen Post-Anstalt zu melden. Außer den ihren Versorgungs-Anspruch begründenden Militair-Papieren haben sie bei ihrer Meldung auch alle über ihre Führung sprechenden

den Zeugnisse, insbesondere auch ein obrigkeitliches Attest beizubringen, welches über ihre Führung bis auf die neueste Zeit, d. i. bis zum Termine der Bewerbung, überzeugenden Aufschluß giebt.

Der Bewerber muß deutsch und polnisch lesen und schreiben können, auch im Rechnen einige Fertigkeit haben und eine Dienst-Cautio von 50 Rthln. in Staatspapieren sogleich beim Antritt der Dienststelle erlegen können.

Durch die Annahme einer derartigen contractlichen Stelle wird übrigens der zur Versorgung berechnete Militair-Invalide nicht behindert, eine spätere Anstellung als Post-Unterbeamte zu erstreben.

Oppeln, den 1. December 1856.

Der Ober-Post-Director.

Zu Vertretung:

Edardt.

Personal-Chronik.

Zu Mitgliedern der Kreis-Ersatz-Commission des Ost-Gleiwitzer Kreises für das Triennium 1857/59. sind gewählt und bestätigt worden:

- 1) der Ritterguts-Besitzer Hauptmann von Gröling auf Ellguth;
- 2) der Bürgermeister Kachel in Ost;
- 3) der Bürgermeister Küng in Peiskretscham, und
- 4) der Schulze Starostzik in Rarchowitz.

Zu Stellvertretern:

- 1) der Ritterguts-Besitzer Guido von Raczek auf Preiswitz;
- 2) der Syndicus Roschützki in Gleiwitz;
- 3) der Bürgermeister Dalbor in Kieferstädtel, und
- 4) der Schulze Kachel aus Boguschütz.

Der Regierungs-Assessor Emmerich ist von dem hiesigen zum Regierungs-Collegium in Stralsund versetzt. Die Wahl des Ritterguts-Besizers Graf Bethusy auf Bankau, zum Kreis-Deputirten für den Greukburger Kreis, in Stelle des Premier-Leutenants a. D., Mitbesitzer von Groß-Deutschen, Herrmann von Wiffel, ist bestätigt worden. Als Mitglieder der Commission zur Auswahl der Mobilmachungs-Pferde im Ost-Gleiwitzer Kreise, sind gewählt worden: im ersten Bezirke als Stellvertreter, Inspector Skottz zu Ost; im zweiten Bezirke als Commissarius, Wirtschaft-Director Fellingner zu Schwieben und als Stellvertreter: Gutsbesitzer Kuschel zu Langendorf. Die Vocation für den bisherigen Pfarr-Vicar Dr. Friedrich, Wilhelm, Andreas Hübner zum Pastor secund. in Neumarkt, ist bestätigt, und dem Pfarr-Administrator Gawende in Gr.-Gorzich bei Loslau, die provisorische Ver-

Verwaltung des erzpriesterlichen Amtes im Koslauer Sprengel übertragen worden. Der Forst-Aufscher Kritschel zu Wolfshaus, ist zum Förster in Biesitzinnik, Doppelner Kr., befördert worden — der seitherige Appellat.-Ger.-Ref. Debié ist zum Regier.-Referendar ernannt.

Nachbenannte kath. Schul-Adjunkten sind als Schullehrer angestellt worden:

Johannes Schneider zu Jagdorf, Falkenberger Kr., Robert Ronge in Köd-ling, Leobschützer Kr., Stephan Bulla zu Sucholona, Gr.-Strehliker Kr., Joseph Engel zu Rosen, Leobschützer Kr. Bei der neuen katholischen Knappschafts-Schule zu Königshütte, ist der bisherige Lehrer Werner als erster, der Adjutant Joseph Haase als zweiter, der bisherige Lehrer Wilsch als dritter, und der bisherige Lehrer an der Typhus-Waisen-Anstalt zu Rybnik, Oscar Dürschlag, als vierter Lehrer angestellt worden. Der seitherige fünfte Lehrer der katholischen Stadtschule zu Ujest, Groß-Strehliker Kreises, Joseph Wilsch, ist zur vierten Stelle aufgerückt.

Gestorben ist der kath. Lehrer Franz Grzegorz zu Elguth-Weischnik, Publi-nizer Kreis, und der kath. Lehrer Anton Weiß zu Weischelsdorf, Grottkauer Kreises.

Personal-Veränderungen

im Departement des Königl. Appellations-Gerichts zu Ratibor pro Monat
November 1856.

A. Bei dem Appellations-Gericht:

Ernannt:

der Staats-Anwalt Hantelmann aus Thorn zum Ober-Staats-Anwalt, der Referendarius Max Friedländer zum Gerichts-Assessor und der Auscultator Carl Henkel zum Appellations-Gerichts-Referendarius.

Berufen:

die Auscultatoren Paul Reinisch, Joseph Clemenz und der Referendarius Max Friedländer aus dem Departement des Appellations-Gerichts zu Breslau in das hiesige Departement.

Ausgeschieden:

der Appellations-Gerichts-Referendarius Debié, Behufs Uebertritts zum Refort der Verwaltung, die Appellations-Gerichts-Referendarien Ferdinand, Theodor Methner und Albert Gläsel und der Auscultator Hilarius Rzepnicki, Behufs Uebertritts in das Departement des Königl. Appellations-Gerichts zu Breslau und der Auscultator Joachim Richtarski auf seinen Antrag.

Gestorben:

der Appellations-Gerichts-Referendarius von Münchow.

B. Beim Kreis-Gericht Grottkau:

Versetzt:

der Bote und Executor Eduard Thomas in gleicher Eigenschaft an das Kreis-
Gericht Leobschütz.

Nachweisung

der gewählten und bestätigten Schiedsmänner pro Monat November 1856.

N.	N a m e n und Wohnort der Schiedsmänner.	Kreis.	Namen der Ortschaften.
1	Schullehrer Langer zu Steu- berwitz	Leobschütz	Staubertwitz und Ködnitz.
2	Schullehrer Carl Täsche zu Zedlitz	Oppeln	Zedlitz und Neuwedel.
3	Bürgermeister Pytlík zu Be- run	Ples	Berun, Kopiez und Diassowitz.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von F. Weisshäuser in Oppeln.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Oppeln.

Stück 51.

Oppeln, den 18. December 1856.

Verordnungen der höchsten Staats-Behörden.

Unter Bezugnahme auf den Artikel 18. des zwischen Preußen, Hannover und Kurhessen für sich und in Vertretung der übrigen Staaten des Zoll-Vereins einerseits und der freien Hansestadt Bremen andererseits abgeschlossenen Vertrages vom 26sten Januar d. J., wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrs-Verhältnisse (Gesetz-Sammlung für 1856. Nr. 42.), wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Anfang der Wirksamkeit des Vertrages und der demselben beigefügten Uebereinkünfte auf den 1sten Januar 1857. festgesetzt ist. N^o 292.

Die Eröffnung der im Art. 7. des Vertrages erwähnten Zoll-Vereins-Niederlage zu Bremen, bleibt für jezt ausgesetzt, und wird über den Zeitpunkt ihrer Eröffnung eine weitere Bekanntmachung erfolgen. Zugleich wird unter Bezugnahme auf den Artikel 1. des Vertrages zwischen Preußen, Hannover, Kurhessen und der freien Hansestadt Bremen, wegen Suspension der Weser-Zölle am 26sten Januar d. J. (Ges. = Samml. für 1856. Seite 691.), hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der zuletzt gedachte Vertrag gleichfalls mit dem 1sten Januar 1857. in Wirksamkeit tritt. Berlin, den 30. November 1856.

Der Finanz-Minister.
gez. von Bodelschwingh.

Mit Bezug auf den Allerhöchsten Erlaß vom 13ten October d. J. (Gesetz-Sammlung für 1856. Seite 864.) bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die für die fernere Verwaltung und Betriebs-Führung der Oberschlesischen Eisenbahn unter dem Namen: „Königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn“ bestimmte Behörde mit dem Sitze in Breslau, aus dem Königlichen Eisenbahn-Director Maybach, als ersten Mitgliede und commissarischen Vorsitzenden, dem zeitigen Ober-Ingenieur N^o 293.

der Oberschleßischen Eisenbahn-Gesellschaft, Königl. Bau-Rathe Rosenbaum, als zweiten und dem Königl. Gerichts-Assessor Bene, als dritten Mitgliede be-
stehen und mit dem Schlusse des laufenden Jahres ihre Wirksamkeit beginnen wird.

Berlin, den 3. December 1856.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
(gez.) von der Heydt.

N^o 294. Nachdem gegen die in Hamburg unter der Redaction von A. Glasbrenner er-
scheinende Zeitschrift: „Ernst Heiter. Deutsche Sonntags-Zeitung“ und deren Bei-
blatt: „der Tartar“ auf Vernichtung gemäß §. 50. des Presß-Gesetzes vom 12ten
Mai 1851. gerichtlich erkannt worden ist, wird auf Grund des §. 52. dieses Gesetzes,
die fernere Verbreitung der genannten Zeitschrift im Bereiche des Preussischen Staates
unter Hinweisung auf die im §. 53. desselben Gesetzes verordneten Strafen hiermit
verboten. Berlin, den 8. December 1856.

Der Minister des Innern.
gez. v. Westphalen.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

N^o 295. Nachtrag
zur Nachweisung der Bauhandwerker im Bezirke der Königl. Regierung
zu Oppeln pro 1856.

N ^o	Kreis.	Gewerbe.	Namen der Bauhandwerker.	Wohnort.
1	Grottkau	Blitzableiter-Vorfertiger	Joseph Rischer	Ottmachau.
2	Neustadt	dito	Gottlieb Morsching	Ober-Glogau.
3	dito	dito	August Poremba	dito.

Oppeln, den 1. December 1856.

N^o 296. Allerhöchste Cabinets-Order.

Unter den Mir vorgetragenen Umständen will Ich ausnahmsweise genehmigen, daß
die Invaliden-Pension 4ter Klasse, und in Gemäßheit meiner Order vom 21sten De-
cember 1848. nach zurückgelegten 60sten Lebens-Jahre selbst die erhöhte Invaliden-Pen-
sion,

flon, denjenigen Combattanten der Feldzüge von 1812. bis 1815. zugestanden werden darf, welche entweder

1) als halbinvalide anerkannt worden sind und den erworbenen Anspruch auf Versorgung bei Garnison-Truppen nicht geltend gemacht, sondern die Entlassung in die Heimath vorgezogen haben,

oder

2) als ganz invalide ohne die durch längere Dienstzeit bedingten Versorgungs-Ansprüche ausgeschieden und größtentheils erwerbsunfähig sind, auch eine Dienstzeit erreicht haben, die sich bei Unterofficieren auf mindestens 4 Jahre, und bei Gemeinen auf mindestens 6 Jahre belaufen muß.

Es sollen jedoch hinsichtlich beider vorgenannter Kategorien die Pensions-Bewilligungen von dem Nachweis der Bedürftigkeit abhängig bleiben.

Ich überlasse Ihnen, hiernach das Erforderliche zu verfügen.

Sanssouci, den 13. November 1856.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gegengez.) Graf von Waldersee.

An den Kriegs-Minister.

Vorstehende Allerhöchste Cabinets-Order bringen wir mit dem Bedeuten zur allgemeinen Kenntniß, daß diejenigen Invaliden, welche danach einen Pensions-Anspruch begründen zu können glauben, sich an das betreffende Landwehr-Bataillons-Commando mit dem ersten Antrage, keinen Falls aber an eine andere Militair- oder Civil-Behörde zu wenden haben. Oppeln, den 2. November 1856.

Dem Gerichtsmann Jacob Juraschczik zu Ellguth, Rybniker Kreises, ist auf Grund des §. 7. des Gesetzes vom 13ten Februar 1843. die Befugniß erteilt worden, für die Einfassen der Gemeinde Ellguth mit den Antheilen Paruschowiß und Karstenhütte, welche Pferde verkaufen, vertauschen, verschenken oder sonst veräußern wollen, die vorgeschriebenen Legitimations-Atteste stempel- und kostenfrei auszufertigen.

Oppeln, den 6. December 1856.

Die Quittungs-Bescheinigungen der Staatsschulden-Zilgungs-Casse, über die im Laufe des III. Quartals d. J. eingezahlten Domainen-Veräußerungs- und Ablösungs-Capitalien und Zinsen, sind von uns an die betreffenden Special-Cassen gesandt worden, was den Einzahlern Behufs Empfangnahme derselben bekannt gemacht wird.

Oppeln, den 8. December 1856.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 3ten November v. J. bringen wir zur Kennt-

N^o 297.

N^o 298.

N^o 299.

Kenntniß, daß, nachdem die zweite Meile der Straße von Falkenberg auf Friedland zu auf Kosten des Verbandes des Falkenberger Kreises chausséemäßig ausgebaut worden ist, die Erhebung des Chaussée-Geldes für die zweite Meile an der bei Nummer-Stein 2,480 unweit des Tillowiger-Lawnik-Teiches errichteten Hebestelle nach den Bestimmungen des Chaussée-Geld-Tarifes vom 29ten Februar 1840. stattfinden wird.

Der von Tillowitz nach Guschwitz und von Guschwitz nach Tillowitz gehende Verkehr ist der Abgabe an der genannten Hebestelle nur für eine halbe Meile unterworfen.
Oppeln, den 9. December 1856.

Nr 300. Wir bringen zur Kenntniß, daß, nachdem der von den Ständen des Groß-Strehliker Kreises unternommene Bau der Chaussée von Groß-Strehlitz über Himmelwitz bis Malapartus, Behufs Anschlusses an die Gräflich von Renard'sche Chaussée von Oppeln nach Tarnowitz, beendet ist, die Erhebung des Chaussée-Geldes für die zweite Meile an der bei Wierchlesche errichteten Hebestelle, nach den Bestimmungen des Chaussée-Geld-Tarifes vom 29ten Februar 1840., erfolgen wird.

Oppeln, den 10. December 1856.

Nr 301. Dem Maurermeister A. Franke in Neustadt, ist in Gemäßheit des §. 12. des Gesetzes vom 8ten Mai 1837. die Erlaubniß erteilt worden, für die Versicherungs-Gesellschaft „Deutscher Phönix“ in Frankfurt am Main, Agentur-Geschäfte zu besorgen.

Oppeln, den 14. December 1856.

Zur Besorgung von Agentur-Geschäften haben die landespolizeiliche Bestätigung erhalten:

- 1) der Kaufmann Theodor Klingauf in Lublinik,
 - a. für die deutsche Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu Lübeck, und
 - b. für die Magdeburger Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft; und
- 2) der Secretair Becker in Falkenberg,
für die Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ in Hamburg.

Die Agentur-Geschäfte haben dagegen niedergelegt:

- 1) der Buchhändler E. Roth in Lublinik, für die Magdeburger Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft, und
- 2) der Kaufmann Louis Epstein ebendaselbst, für die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft zu Erfurt.

Oppeln, den 14. December 1856.

Unter dem 7ten December 1856. ist dem Civil-Ingenieur F. Bathe zu Breslau, ein Patent,

auf eine Vorrichtung an Ziegel-Pressen, soweit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt worden ist, und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu behindern,

auf die Dauer von fünf Jahre, von dem obigen Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats, ertheilt worden.

Oppeln, den 14. December 1856.

Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlichen Appellations-Gerichts zu Ratibor.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 6ten April 1854. (Extraordinaire Beilage zum Oppelner Regierungs-Amtsblatte pro 1854. Stück 19.) ad II. machen wir ferner bekannt, daß der aus den Ortschaften Radoschau, Dobischau, Klein-Elguth, Polnisch-Neukirch, Müllowitz und Throst bestehende Schiedsmanns-Bezirk Nr. 27. des Kreises Cosel, in zwei Bezirke getheilt ist, nämlich

Radoschau, Dobischau und Throst, welcher die Nr. 27. beibehält, und Klein-Elguth, Polnisch-Neukirch und Müllowitz, welcher die Nr. 37. erhält.

Die Bezirke 27. und 37. werden einander gegenseitig substituirt, wogegen das bisher bestandene Substitutions-Verhältniß der Bezirke 27. und 24. aufhört, da der Bezirk Nr. 24. bereits mit dem Bezirke Nr. 25. in einem gegenseitigen Substitutions-Verhältniß steht.

Ratibor, den 11. December 1856.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

Zu Reisse ist eine Telegraphen-Station errichtet worden, welche hierdurch vom 15ten December c. ab, dem öffentlichen Verkehr übergeben wird.

Dieselbe wird beschränkten Tages-Dienst haben, d. h., Depeschen von und nach Reisse werden an Wochentagen nur von 9—12 Uhr Vormittag und von 2—7 Uhr Nachmittag, an Sonntagen nur von 2—7 Uhr Nachmittag befördert.

Im Uebrigen gelten für die Annahme und Beförderung von Depeschen nach resp. von Reisse, die Bestimmungen des Reglements vom 1sten November 1855.

Berlin, den 3. December 1856.

Königliche Telegraphen-Direction.

N 304. Zur Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit im Post-Dienstbetriebe bei dem ungewöhnlich starken Verkehr während der Weihnachtszeit, liegt es eben so sehr im Interesse der Post-Verwaltung als des correspondirenden Publicums, daß Seitens des Letzteren die Bestimmungen über die Verpackung, Signirung und den Verschluß der Paket- und Geld-Sendungen auf das Genaueste beachtet werden.

Ich sehe mich deshalb veranlaßt, die in der nachstehenden Bekanntmachung des Königlichen General-Post-Amtes vom 20sten Juli d. J. enthaltenen Bestimmungen über die Verpackung, Verschließung und Signirung der mit der Post zu versendenden Pakete und Gelder, hierdurch in Erinnerung zu bringen.

Oppeln, den 8. December 1856.

Der Ober-Post-Director.

Zu Vertretung:

Edardt.

Bekanntmachung.

Durch Mängel bei der Verpackung, Verschließung und Signatur der Pakete werden Beschädigungen und andere Nachtheile herbeigeführt, zu deren Abwendung den Versendern hauptsächlich folgende Bestimmungen in Erinnerung gebracht werden:

1) Gewöhnliche Pakete.

Die Verpackung muß nach Maßgabe der Weite des Transports, des Umfangs der Sendung und der Beschaffenheit des Inhalts haltbar eingerichtet sein.

Bei Gegenständen von geringerem Werth, welche nicht unter Druck leiden und nicht Fett oder Feuchtigkeit abgeben, genügt im Allgemeinen bis zu ungefähr sechs Pfd. und bei kurzer Transportstrecke eine Emballage von starkem Packpapier mit Verschnürung. Schwerere, oder auf größere Entfernungen zu versendende Gegenstände müssen mindestens in mehrfache Umschläge von starkem Packpapier verpackt sein.

Sendungen von bedeutenderem Werthe, insbesondere solche, welche durch Nässe, Reibung oder Druck leicht Schaden nehmen, müssen in genügend sicherer Weise in Wachseleinwand, Pappe (Pappdeckel) oder nach Umständen in Kisten, Fässern u. s. w. verpackt sein. Wild kann, wenn es nicht mehr blutet, unverpackt aufgegeben werden. Sollen aber z. B. mehrere Rehe, oder Hasen, oder Fasanen u. s. w. als Ein Paket angesehen werden, so müssen sie nicht nur an den Enden, sondern auch in der Mitte, und zwar hier mittelst eines starken, versiegelten Leinwandstreifens, fest zusammengebunden, oder überhaupt in Netze, Kisten u. s. w. verpackt sein. In dem einen, wie dem andern Falle kommt es auf die Angabe der Kopfhahl nicht an. Werden die gedachten Gegenstände nicht, wie oben, vereinigt, so dürfen sie überhaupt nicht an einander befestigt sein, können aber zu demselben Begleitbrief als mehrere einzeln signirte Pakete gehören.

Pak=

Päckete, die nicht vernäht sind, Schachteln und Kober, müssen stets verschnürt sein. Sonst ist eine Verschnürung auch dann anzuwenden, wenn sie zur Verstärkung der Haltbarkeit, oder zur leichteren Handhabung der Sendung nöthig erscheint.

Der Verschuß einer jeden Postsendung muß darauf berechnet sein, daß ohne Beschädigung oder Eröffnung desselben dem Inhalte nicht beizukommen ist.

Die Signatur muß entweder:

aus der vollständigen Adresse, oder aus mehreren großen, lesbaren Buchstaben oder Zeichen,

darf aber niemals aus Nummern allein bestehen, und muß den Bestimmungs-Ort übereinstimmend mit dem Begleitbriefe enthalten.

Die Signatur muß haltbar sein. Ein Aufkleben der Signatur mittelst eines Stückes Papier u. s. w. ist unzulässig.

Bei Geflügel in Netzen, bei Fleischwaaren, welche leicht Fett absetzen, und bei Beuteln mit Hefe, muß die Signatur auf einem hinlänglich großen und gut befestigten Stück Holz oder Leder angebracht sein.

2) Päckete mit Geld oder declarirtem Werth.

Die Signatur von Päcketen mit Geld oder andern Gegenständen, deren Werth declarirt wird, muß auch den Betrag der Werths-Declaration enthalten.

Geldsendungen bis 3 Pfd. dürfen in Päcketen von starkem, mehrfach umschlagenem, gut verschnürtem Papier versendet werden, wenn der Werth bei Papiergeld nicht 3000 Rthlr., und bei baarem Gelde nicht 300 Rthlr. übersteigt. Werthvollere oder schwerere Sendungen müssen in haltbares Leinen, Wachseleinwand oder Leder verpackt, gut verschnürt und vernäht, auch die auswendigen Rätze versiegelt sein.

Geldbeutel müssen wenigstens von doppeltem Leinen sein; ihre Naht darf nicht auswendig und der Kropf nicht zu kurz sein. Die Schnur muß durch den Kropf selbst hindurchgezogen sein; das Siegel muß da, wo der Knoten geschürzt ist, und außerdem auf beide Schnur-Enden deutlich aufgedrückt sein. Dergleichen Sendungen sollen nicht über 50 Pfd. schwer sein.

Geldfässer müssen gut bereift sein. Die Schlußreifen müssen angenagelt und an beiden Böden dergestalt verschnürt und versiegelt sein, daß ein Öffnen des Fasses ohne Verletzung der Umschnürung oder des Siegels nicht möglich ist.

Das Gewicht eines Geldfasses soll 100 Pfd. nicht erheblich übersteigen. Bei Päcketen mit baarem Gelde in größeren Beträgen muß der Inhalt gerollt sein. Gelder in Fässern dürfen ebenfalls nicht lose, sondern müssen in Beuteln oder Päcketen verpackt sein.

3) Der Begleitbrief.

Der Begleitbrief kann:

ein

ein förmlich verschlossener Brief, oder eine bloße Adresse sein.

Letztere muß aber mindestens aus einem zusammengelegten Viertelbogen Papier gefertigt sein. Der Begleitbrief (oder die Begleit-Adresse) muß mit einem Abdruck desselben Pechschafts versehen sein, mit welchem die Sendung verschlossen ist.

Auf dem Begleitbrief muß:

die äußere Beschaffenheit der dazu gehörigen Sendung (z. B. ob es eine Kiste bloß, eine Kiste in Leinen, ein Packet in Papier, ein Faß, ein Koffer u. s. w. ist);

die Signatur und

wenn der Werth der Sendung declarirt wird, auch der Betrag der Werths-Declaration

genau bezeichnet sein.

Der Begleitbrief zu einem Packete darf niemals mit Geld, oder Gegenständen von declarirtem Werthe beschwert sein.

Zu einem Begleitbriefe können übrigens mehrere Packete, nicht aber zugleich Packete mit und Packete ohne Werths-Declaration gehören.

4) Nachhülfe bei der Signirung u. s. w.

Bedient sich der Absender zu der Signirung, Verpackung oder Verschließung einer Sendung der Hülfe der Post-Anstalt am Aufgabs-Orte, so muß derselbe die Kosten dafür selbst und sogleich entrichten. Die Vorsteher der Post-Anstalten haben darüber zu wachen, daß die Post-Unterbeamten, welche sich mit einer derartigen Hülfe nur in so weit, als es ohne Benachtheiligung ihres eigentlichen Dienstes geschehen kann, befaßt dürfen, keine unverhältnismäßige Vergütung dafür in Anspruch nehmen; die Entscheidung darüber, ob die Signirung, Verpackung u. s. w. genügend oder unzulänglich sei, darf bei der Post-Anstalt nicht durch den Unterbeamten erfolgen, sondern muß jedes Mal durch den expedirenden Beamten des Annahmegeschäfts getroffen werden.

Berlin, den 20. Juli 1856.

General-Post-Amt.

Schmückert.

Der Mendant der königlichen Straf-Anstalt zu Ratibor, Weissflog, ist als Ober-Beamter der Straf-Anstalt in Mewe versetzt worden.

Bekanntmachung.

Dem 14jährigen Ignaz Neugebauer zu Ujest, ist für die vollführte Rettung des Knaben Carl Lazarek vom Tode des Ertrinkens, eine Geld-Prämie bewilliget worden.

Redaction des Amtsblattes im Regierungs-Gebäude.

Druck von F. Wellshäuser in Oppeln.



Extraordinaire Beilage

zum Amts-Blatt der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 51.

Nachdem die für den Bau einer Chaussee von Dels durch Ramlau nach Greusburg zusammengetretene Actien-Gesellschaft unterm 10ten vorigen Monats von des Königs Majestät Allerhöchst genehmigt worden ist, werden in Gemäßheit des §. 3. des Gesetzes vom 9ten November 1843., über die Actien-Gesellschaften, die Statuten des Vereins hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Oppeln, den 4. December 1856.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Statut

des

Dels-Ramlau-Greusburger Chaussee-Bau-Vereins.

Unter Genehmigung des Staates ist ein Verein zusammengetreten, welcher den Bau, die Unterhaltung und Benutzung einer chausseemäßigen Straße von Greusburg über Constadt, Ramlau und Bernstadt nach Dels zum Anschluß an die Dels-Breslauer Chaussee, in einer Ausdehnung von circa $8\frac{1}{4}$ Meilen, zum Zweck hat.

Das nachstehende Statut setzt die näheren Bestimmungen über die Ausführung des Unternehmens, sowie die Verfassung des Vereins, fest.

Erster Abschnitt.

Name, Character der Gesellschaft, nähere Bezeichnung ihrer Thätigkeit.

§. 1. Der Verein wird unter dem Namen:

„Der Actien-Verein für die Dels-Ramlau-Greusburger Chaussee“ von Actionairen gebildet. Derselbe hat die Eigenschaft einer juristischen Person nach Maßgabe des §. 8. des Gesetzes vom 9ten November 1843. über die Actien-Gesellschaften. Bei der Erwerbung der zur Anlage der Chaussee nebst Zubehör erforderlichen Grundstücke steht dem Vereine das Expropriations-Recht, vorbehaltlich der Entscheidung des königlichen Ministeriums über seine Anwendung, zu. Ebenso werden ihm die Befugnisse des Fiskus in Ansehung der Gewinnung der Materialien zum Chausseebaue, nach Maßgabe der Allerhöchsten Cabinets-Order vom 11ten Juni 1825., eingeräumt.

§. 2. Dem Vereine steht das Recht zu, auf der Straße das Chausseegeld nach dem derzeit für die Staatsstraßen bestehenden Tarife zu erheben. (cf. §. 8. f.)

§. 3. Der Verein wird nach den in diesem Statut enthaltenen näheren Bestimmungen durch ein Directorium repräsentirt. Ramlau ist der Sitz seiner Verwaltung, das königliche Kreis-Gericht daselbst sein Gerichtsstand.

§. 4. Die Chaussee beginnt zu Greusburg und folgt mit unbedeutenden Abweichungen

dem gegenwärtigen Straßenzuge über Constadt, Namslau und Bernstadt nach Dels zur Herstellung der Chaussee-Verbindung mit Breslau. Die Länge der zu erbauenden Straße beträgt ungefähr $8\frac{1}{4}$ Meilen. Die Ausführung des Baues erfolgt nach den höheren Ortes genehmigten Anschlägen.

§. 5. Zum Baue der Straße gehört die Errichtung und Unterhaltung der zur künftigen Sollbarmachung der Straße erforderlichen Hebestellen.

F o n d s.

§. 6. Zur Ausführung des Baues ist nach dem Anschlage, einschließlich seiner Leitung und der Verwaltung der Vereins-Angelegenheiten, sowie des erforderlichen Betrages zur Verzinsung der Einzahlung während des Baues, vorbehaltlich der Aenderung des Anschlages bei der Revision höheren Ortes, ein Capital von 163,834 Thlr. 14 Egr. 9 Pf. erforderlich. Dieses Capital wird aufgebracht:

- | | |
|--|-------------------|
| 1) durch die vom Staate zugesicherte Prämie von 9000 Thlrn. für jede Meile, also für circa $8\frac{1}{4}$ Meile zusammen | 74,250 Thlr., |
| 2) durch das vom Königlichen Domainen- und Forst-Fiscus zugesicherte Actien-Capital von | 10,000 " |
| 3) durch successive Einzahlung von 130 Actien zu 25 Thlr. 3250 Thlr.,
durch successive Einzahlung von 804 Actien zu 100 " | 80,400 " |
| | <hr/> |
| | in Summa 83,650 " |

Summa Summarum... 167,900 Thlr.

Sollte wider Erwarten das angenommene Anlage-Capital nicht ausreichen, so ist der Verein verpflichtet, das Fehlende durch Vermehrung des Actien-Capitals unter Genehmigung des Staats bis zu dem in §. 8. litt. a. für die Vollendung der Straße bestimmten Termine aufzubringen.

Der Königliche Domainen-Fiscus theiligt sich jedoch mit dem sub 2. angegebenen Capital an dem Unternehmen nur unter der Bedingung, daß derselbe von der von der Gesellschaft übernommenen Verpflichtung zur Aufbringung des zur Ausführung des Baues etwa über das angenommene Anlage-Capital hinaus erforderlich werdenden Mehrbetrages ausgeschlossen bleibt.

Derjenige Betrag, um welchen die vorhandenen Mittel das oben angenommene Anlage-Capital übersteigen, und welcher nicht durch Ausfälle an Actien-Zeichnungen oder Mehrkosten des Baues absorbiert wird, soll zur Verminderung der Actien-Zeichnungen der Stadt-Commune Namslau und Bernstadt von resp. 16,500 Thlrn. und 16,000 Thlrn. nach Verhältniß dieser Actien-Zeichnungen verwendet werden.

Zweiter Abschnitt.

Verhältnisse des Vereins zum Staate.

§. 7. Die Verhältnisse des Vereins zum Staate werden nach den betreffenden Landes-Gesetzen, namentlich dem Gesetze vom 9ten November 1843. über Actien-Gesellschaften, geregelt.

§. 8. Der Verein hat insbesondere die Verpflichtung:

- a. die Straße, nach dem vom Staate genehmigten Plane und Anschlage, unter Leitung eines vom Staate geprüften Technikers und unter Aufsicht der Staats-Behörde, vorbehaltlich größerer Beschleunigung, innerhalb vier Jahren nach Allerhöchster Bestätigung

gung des Statuts zu vollenden, falls nicht unvorhergesehene und unvermeidliche Hindernisse, namentlich längere Verzögerung durch die Verhandlungen über Expropriationen, ohne Verschulden des Vereins eintreten sollten, wo dann nach Maßgabe des auf solche Weise herbeigeführten Zeitverlustes eine billige Verlängerung der Frist gestattet werden wird;

- b. die Interimswege während des Baues anzulegen und zu unterhalten — indem zugleich die provinzialgesetzlich den Abjacenten und resp. den Dorf-Gemeinden obliegende Verbindlichkeit zur Unterhaltung des Weges rücksichtlich jedes Bau-Abschnittes aufhört, sobald derselbe in Angriff genommen worden ist;
- c. die Bestimmung der Staats-Behörde wegen der auf Kosten des Vereins zu bewirkenden Herstellung und Unterhaltung der Communications-Anlagen für die benachbarten Grundstücke, sowie wegen der Punkte, an welchen die Wegegeld-Hebestellen angebracht werden sollten, zu befolgen, wobei jedoch die Wünsche des Vereins berücksichtigt werden sollen, sofern sie dem allgemeinen Interesse nicht zuwiderlaufen;
- d. die im Zuge der Chaussee liegenden Pflasterstreßen und Brücken, welche zur Zeit wegen der Zoll-Erhebung noch von anderen Personen unterhalten werden — wenn nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gegen Aufhebung des Zolles ihre Unterhaltung auf den Staat übergehen sollte — gegen eine, den Kosten der Unterhaltung und resp. von Zeit zu Zeit erforderlichen neuen Herstellung der Pflasterstreßen und Brücken entsprechende Entschädigung auf Verlangen des Staates in Unterhaltung zu übernehmen;
- e. die Straße ohne Rücksicht auf den Betrag der Einnahme in vollkommen tüchtigem, zu allen Jahreszeiten bequem fahrbarem Zustande zu unterhalten, wobei er sich den Bestimmungen und der Controlle der Staats-Behörde, ev. der sofortigen Execution durch Bewirkung der Reparatur für seine Rechnung unterwirft, wenn solche nicht innerhalb der gestellten Frist begonnen und ausgeführt wird. Jedes gerichtliche Verfahren bleibt hierbei gänzlich ausgeschlossen, und dem Vereine steht gegen desfallsige Verfügungen der Königlichen Regierung nur der Recurs an das Königliche Ministerium frei;
- f. zur Feststellung der Remunerationen für die Directoren und übrigen Beamten des Vereins, mit Ausnahme der Chausseegeld-Erheber, die Genehmigung der Königlichen Regierung einzuholen, über Einnahme und Ausgabe vollständige Rechnung zu führen, deren Einsicht der Behörde jederzeit frei steht, auch alljährlich den vollständigen Nachweis der Einnahme und Ausgabe, so wie des Zustandes des Reservefonds (§. 27.) der Königlichen Regierung einzureichen. Sollte die letztere eine unwirthschaftliche Verwaltung wahrnehmen, so ist sie befugt, abändernd einzuschreiten und zur Durchführung ihrer Anordnungen äußersten Falls die Hebestellen unter Sequestration zu setzen;
- g. bei Erhebung des Chausseegeldes die zu jeder Zeit geltenden Vorschriften und Gesetze für die Staats-Chausseen zur Norm zu nehmen — also namentlich sich Herabsetzungen, welche der Tarif für Staats-Chausseen erleiden sollte, ohne Entschädigung gefallen zu lassen; — der Staat wird jedoch solche Herabsetzungen ohne Entschädigung jedoch nur in dem Maasse in Anspruch nehmen, daß die Unterhaltungskosten und landübliche

Zinsen des Anlage-Capitals durch die Einnahme auskömmlich gedeckt werden.

§. 9. Die für die Staats-Chausséen geltenden polizeilichen Bestimmungen, so wie die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften wegen Defraudationen finden auf diese Straße ebenfalls Anwendung.

§. 10. Die Erhebung des Chauffeergeldes für die erste Meile beginnt, sobald nach Allerhöchster Bestätigung des Statuts der Bau dieser ersten Meile vollendet, von Seite der Staats-Behörde vermessen und für tüchtig und anschlagsmäßig anerkannt worden ist; eben so findet die weitere Chauffeergeld-Erhebung nach Vollendung jeder ferneren Meile statt.

§. 11. Der Verein erhält für jede Meile anschlagsmäßig erbauter Chaussee die vom Staate mit 9000 Thlr. bewilligte Prämie nach Verhältniß der Ruthenzahl der Chaussee.

Die erste Prämie wird nach festgestellter anschlagsmäßiger Vollendung der ganzen Straße gezahlt. Von der ersten Prämie wird der dem Vereine zu den Veranschlagungskosten von Seiten der Königlichen Regierung geleistete Vorschuß in Abzug gebracht.

Dritter Abschnitt.

Rechte und Pflichten der Actionäre.

Actien.

§. 12. Die Actien werden in Höhe von 100 Thln. und von 25 Thlr. Preussisch Courant auf den Namen des Actionärs nach dem Schema A. nach Vorschrift des §. 12. des Gesetzes vom 9ten November 1843. über die Actien-Gesellschaften ausgefertigt. Es darf keine Actie eher ausgegeben werden, als bis der volle Betrag derselben zur Vereins-Casse eingezahlt ist.

Mit jeder Actie wird eine angemessene Anzahl Dividenden-Scheine nach dem Schema B. ausgegeben, auf welche der Betrag nach §. 22. bei der Vereins-Casse erhoben werden kann.

Sind diese Dividenden-Scheine eingelöst, so sind den Actionären neue auszustellen, und es ist dies auf den Actien zu vermerken.

Quittungen.

§. 13. Ueber die geleisteten einzelnen Zahlungen werden Quittungen auf besondere Vogen unter derjenigen Nummer ausgefertigt, welche die künftig nach §. 12. auszustellende Actie erhält. Jeder Actionär empfängt mithin so viele auf seinen Namen lautende Quittungsbogen, als Actien von ihm gezeichnet worden sind.

Einzahlungen.

§. 14. Auf jede Actie werden nach vorausgegangener 14 tägiger Aufforderung Seitens des Vereins-Directorii zuerst 10 Procent zur Vereins-Casse gezahlt.

Die Höhe der späteren Zahlungen bestimmt das Bedürfniß.

§. 15. Die Aufforderung zur Zahlung erfolgt mindestens 14 Tage vor dem jedesmal zu bestimmenden spätesten Zahlungs-Termine entweder durch zwei in Breslau erscheinende Zeitungen und die Kreisblätter zu Dels, Namslau und Greußburg, oder durch besondere Aufforderung an die Actionäre.

Dauer der Verpflichtung der ersten Actionäre.

§. 16. Die ursprünglichen Actionäre sind für die Zahlung des ganzen von ihnen gezeichneten Betrages verhaftet und können sich durch Uebertragung ihrer Rechte und Pflichten auf einen

einen anderen von dieser Verpflichtung nicht befreien. Dem Vereine ist es jedoch vorbehalten, die Freilassung der ursprünglichen Actionäre von der ferneren Verhaftung zu beschließen.

Folgen und Strafen nicht prompter Zahlung der Einschüsse.

§. 17. Zahlt ein Actionär einen eingeforderten Einschuss nicht spätestens 4 Wochen nach Ablauf des letzten Zahlungs-Tages kostenfrei zur Vereins-Casse ein, so verfällt er für jede Actie, für welche der geforderte Einschuss nicht berichtigt worden ist, in eine Conventional-Strafe von 5 Procent des Nennwerths, welche die Gesellschaft außer der rückständigen Rate und den gesetzlichen Verzugs-Zinsen gerichtlich von ihm einzuziehen befugt ist.

§. 18. In wiederholten Fällen steht dem Vereine zugleich frei, den Nominal-Betrag sämmtlicher von dem Actionär gezeichneten Actien sofort auf einmal gegen ihn gerichtlich einzuklagen und einzuziehen.

Interims-Quittung.

§. 19. Kann ein Actionär bei einer Einzahlung den Quittungs-Bogen nicht vorlegen, so empfängt er über die geleisteten Zahlungen Interimsbescheinigungen, welche auf den Namen des Zahlenden ausgestellt, und gegen deren Rückgabe die Quittungen auf den später vorgelegten Bogen vermerkt werden.

Verlust der Quittungsbogen, Actien und Dividenden-Scheine.

§. 20. Verlorene, vernichtete oder sonst abhanden gekommene Quittungsbogen, Actien oder Dividenden-Scheine müssen in der für andere Urkunden ähnlicher Art gesetzlich vorgeschriebenen Form aufgeboten und mortificirt werden.

Für dergestalt rechtskräftig mortificirte oder sonst unbrauchbar gewordene, dem Vereine zurückgelieferte und gänzlich zu cassirende Quittungsbogen u. s. w. werden dem letzten rechtmäßigen Inhaber, der das Aufgebot extrahirt hat, oder sonst nach §. 12. legitimirt erscheint, andere neue Quittungsbogen u. s. w. unter neuen Nummern ausgefertigt und übergeben.

Sind in dem jedesmal mit abzureichenden Mortifications-Erkenntnisse aber anderen Personen Rechte vorbehalten, so wird das neu ausgefertigte Document zum gerichtlichen Verwahr-sam eingesandt.

Verzinsung.

§. 21. Die Einschüsse der Actionäre werden von dem letzten für die Einzahlung bestimmten Tage ab bis zur völligen Berichtigung des ganzen Betrages der Actien mit 4 Procent jährlich verzinsset.

Dividenden.

§. 22. Vom Verfalltage der letzten Theilzahlung an werden für das alsdann voll eingezahlte Capital 4 Procent nur bis zu dem Zeitpunkte gezahlt, an welchem die Benutzung der Chauffee auf der ganzen Strecke anfängt. Von da ab treten statt der Zinsen die aus dieser Benutzung und dem dafür zu erhebenden Chauffeegeld entstehenden Dividenden ein, d. h. die verhältnismäßigen Antheile an der Einnahme, nach Abzug aller für die Unterhaltung schon gemachten oder doch zum ablaufenden Rechnungsjahre noch gehörigen und der etwa zu berücksichtigenden künftigen Ausgaben, so wie der in dem §. 27. bestimmten Beiträge zur Bildung des Reserve-Fonds.

Die Vertheilung der Dividenden findet jährlich nach der im §. 31. Nr. 9. angeordneten Feststellung derselben statt.

§. 23.

Legitimation der Actionäre.

§. 23. Die Aufforderung zur Erhebung der Dividenden erfolgt durch zwei in Breslau erscheinende Zeitungen und die Kreisblätter zu Dels, Namslau und Greusburg. Nur der dem Directorio angezeigte und in dem Actienbuche eingetragene Besitzer der Actien ist zur Erhebung legitimirt.

Verlust der Dividende.

§. 24. Dividenden, welche innerhalb vier Jahren nach dem zu ihrer Erhebung festgesetzten Termine nicht erhoben worden sind, verfallen der Vereins-Casse.

§. 25. Jeder Actionair hat nach Verhältniß der Zahl seiner Actien Antheil an dem gesammten Eigenthume, dem Gewinne und Verluste des Vereins, er haftet jedoch — mit Ausnahme des in §. 6. gedachten Falles einer etwa nothwendigen Vermehrung des Actien-Capitals zur Vollendung der ersten Anlage der Chaussee — für Verbindlichkeiten des Vereins nur mit dem Betrage seiner Actien. Zu weiteren Zuschüssen, also zur Verhaftung mit seinem übrigen Vermögen oder den schon erhobenen Dividenden, ist er nicht verbunden, sofern er sich dazu nicht in jedem einzelnen Falle besonders verpflichtet hat. (cf §. 56.)

§. 26. Ist daher auch nur über künftige Einnahmen disponirt worden (§. 56.), so sind doch diejenigen Mitglieder, welche dies durch Stimmenmehrheit beschlossen haben, allein mit ihrem Vermögen persönlich insoweit verhaftet, als bei einer etwa nach §. 68. stattfindenden Auflösung des Vereins die Verbindlichkeit aus der Einnahme noch nicht getilgt sein sollte.

Reserve-Fonds.

§. 27. Zur Deckung außerordentlicher Reparatur-Kosten, wie bei Reuschüttungen, ungewöhnlichen Wasserschäden u. , wird ein Reserve-Fonds angelegt. Derselbe wird gebildet:

- a. durch die bei der Ausführung des Baues etwa zu machenden Ersparnisse von der Anschlags-Summe;
- b. durch jährlichen Zuschuß von 1800 Thlrn. von der Einnahme der Chaussee;
- c. durch die von allen diesen Geldern auffommenden Zinsen.

Sobald und so lange in dem Reserve-Fonds

25,000 Thlr.

vorhanden sind, werden keine weiteren Zuschüsse aus den Einnahmen gemacht, auch die Zinsen der im Fonds vorhandenen 25,000 Thlr. mit der übrigen Einnahme vertheilt.

Ohne Genehmigung der Königlichen Regierung darf der Reserve-Fonds nicht angegriffen werden.

Vierter Abschnitt.

Verfassung des Vereins und Verwaltung seiner Angelegenheiten.

General-Versammlungen.

§. 28. Das Interesse des Vereins wird wahrgenommen:

- a. durch die Actionäre unmittelbar in den General-Versammlungen;
- b. durch ein gewähltes Directorium (§. 45.);
- c. durch einen Verwaltungs-Rath (§. 63.);
- d. durch besondere Beamte, als Baumeister, Rechts-Anwalt u. s. w.

§. 29. General-Versammlungen der Actionäre werden von dem Directorium einberufen

und

und in Namslau gehalten. Regelmäßig finden sie jährlich im Monat Mai oder Juni statt, außerordentliche nur dann, wenn das Directorium sie für nöthig hält.

Einladung.

§. 30. Die Einladung zu den General-Versammlungen erfolgt durch zwei in Breslau erscheinende Zeitungen und durch die Kreis-Blätter zu Oels, Namslau und Creuzburg, und zwar zu den ordentlichen General-Versammlungen ohne Angabe der darin zu verhandelnden Geschäfte, zu den außerordentlichen mit kurzer Andeutung derselben.

Die Bekanntmachung in Betreff der ordentlichen, so wie der außerordentlichen General-Versammlungen muß wenigstens 14 Tage vor dem Termine in den gedachten Zeitungen und Kreisblättern erlassen werden.

Gegenstände der General-Versammlungen.

§. 31. Der Beschluß einer General-Versammlung ist erforderlich:

- 1) zu Abweichungen von der einmal angenommenen Straßenlinie, insofern die Chaussee dadurch eine ganz andere Richtung erhält, Verlegung der Chausseehäuser, sofern solche Veränderungen nicht durch eine nach §. 1. erfolgte Entscheidung des königlichen Ministeriums nothwendig werden;
- 2) zur Vermehrung des Actien-Capitals, wenn der Zweck der Gesellschaft solche erfordern sollte, sei es zur Vollenbung des Baues, sei es zur Erfüllung der gegen den Staat bestehenden Verpflichtung zur Unterhaltung der Straße (§. 8. e.);
- 3) zu Abänderungen und Ergänzungen des Statuts, abgesehen von der in diesen Fällen (§. 1. — 3.) überdies einzuholenden Genehmigung des Staates;
- 4) zur Wahl der Directoren, deren Stellvertreter, des Verwaltungsrathes und des Baumeisters, so wie zur Bestimmung ihrer Remunerationen (cf. §. 8. f. und §. 46.);
- 5) zur Feststellung der Bedingungen, unter welchen die übrigen bleibenden Beamten, als Chausseegelb-Einnehmer, Wege-Aufseher u., von dem Directorio angestellt und entlassen werden dürfen;
- 6) zur Bestimmung der Bureau-Bedürfnisse des Directorii und der Beamten, so wie zur Bewilligung außerordentlicher Gratificationen;
- 7) zur Aufhebung früherer Beschlüsse der General-Versammlung und Ueberschreitung der dem Directorio in §. 51. und ferner eingeräumten Befugnisse;
- 8) bei Disponirung über künftige Revenüen (§. 56.), so wie zu Beschlüssen über die eigene Administration oder Verpachtung der Wegegelb-Einnahme, also mit Ausnahme der Bestimmungen über die Chaussee-Nebennutzungen, — als Verpachtung der Obstbäume, der Doffrungen u.;
- 9) zur Feststellung der Dividenden nach Maaßgabe des §. 22. nach dem Vorschlage des Directorii;
- 10) bei der Frage über die Auflösung des Vereins (§. 68.).

§. 32. Der General-Versammlung steht es auch zu, einen vom Directorio angenommenen Beamten wider den Willen des ersteren zu entlassen, wenn sie solches im Interesse des Vereins für angemessen hält.

Stimmfähigkeit der Actionäre.

§. 33. Jeder Inhaber von 100 Thlr. Actien-Capital hat Stimmfähigkeit in der General-

ral-Versammlung, dergestalt, daß jeder Actionär so viel Stimmen repräsentirt, als wie viel er 100 Thlr. Actien-Capital besitzt, so daß:

100 Thlr. zu einer Stimme,
200 Thlr. zu zwei Stimmen,
300 Thlr. zu drei Stimmen

und so fort berechnen.

Besitzer von weniger als 100 Thlr. Actien-Capital können dergestalt zusammentreten, daß sie durch einen Bevollmächtigten für je 4 Actien à 25 Thlr. eine Stimme ausüben lassen.

Jeder Actionär ist übrigens befugt, an den General-Versammlungen Theil zu nehmen, hat indeß, sofern er nicht mindestens eine Actie à 100 Thlr. oder 4 Actien à 25 Thlr. besitzt, nur eine beratende Stimme.

§. 34. Frauenspersonen sind von dem persönlichen Erscheinen ausgeschlossen, können daher ihr Stimmrecht nur durch einen Bevollmächtigten ausüben.

§. 35. Bevormundete und juristische Personen können in der General-Versammlung durch ihre Vormünder und resp. Repräsentanten, auch wenn diese nicht Actionäre sind, andere Actionäre aber nur durch Actionäre vertreten werden. Kein Bevollmächtigter kann mehr als fünf verschiedene Actionäre bei Ausübung des Stimmrechts vertreten und überhaupt nicht mehr als 20 Stimmen außer seiner eigenen geltend machen, wenn nicht der einzelne Machtgeber selbst vermöge der Zahl seiner Actien zur Abgabe von mehr als 20 Stimmen berechtigt ist, in welchem Falle der Bevollmächtigte die vollen Rechte seines Mandanten ausübt, aber keine weitere Vertretung übernehmen kann.

Der Bevollmächtigte bedarf zu seiner Legitimation keiner gerichtlichen, wohl aber einer schriftlichen Vollmacht, deren nähere Prüfung dem Directorio vorbehalten bleibt.

Legitimation.

§. 36. Nur die in dem Actienbuche der Gesellschaft als Actionäre verzeichneten Personen sind zum Erscheinen in der General-Versammlung und resp. Ausübung des Stimmrechts berechtigt; es hat daher Jeder, welcher das Eigenthum einer Actie von einem Anderen erwirbt, dies zur Vermerkung im Actienbuche dem Directorio anzumelden. (§. 12. des Gesetzes vom 9ten November 1843.)

Leitung der Versammlung.

§. 37. In der General-Versammlung führt der jedesmalige Präses des Verwaltungsrathes (§. 63.) oder dessen Stellvertreter den Vorsitz; diesem übergiebt das Directorium das Verzeichniß der zur Berathung kommenden Gegenstände.

Verfahren.

§. 38. Ueber die Verhandlungen wird ein Protocoll von dem Vorsitzenden aufgenommen, in welchem die Actionäre resp. deren Stellvertreter namentlich aufgeführt und die Beschlüsse aufgenommen werden; nach erfolgter Vorlesung wird dasselbe von sämtlichen Actionären unterschrieben und von den Vorsitzenden nebst dem Directorio vollzogen. Das solchergestalt aufgenommene Protocoll hat für die Mitglieder des Vereins, sowohl untereinander, als in Beziehung auf ihre Vertreter, volle Beweiskraft.

§. 39. In den regelmäßigen General-Versammlungen erstattet das Directorium den Bericht über die Geschäfte des verflossenen Jahres, es veranlaßt der Vorsitzende die nöthigen

Wah-

Wahlen der Directoren, der Mitglieder des Verwaltungs-Rathes, so wie den Vortrag aller zur Verathung vorliegenden Gegenstände.

§. 40. Jedem Actionär ist gestattet, in der General-Versammlung seine Ansichten über die Interessen des Vereins zu entwickeln, Vorschläge zu machen und speciellc Anträge zu for-
miren.

§. 41. Die Beschlüsse werden durch die absolute Stimmenmehrheit der anwesenden Actionäre nach §. 33. gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimmenmehrheit des Directoriums. Wird bei vorkommenden Wahlen die absolute Stimmenmehrheit durch zwei Abstimmungen nicht erreicht, so wird der Beschluß über die zu wählende Person dadurch herbeigeführt, daß die dritte Abstimmung nur über diejenigen Candidaten erfolgt, welche bei der zweiten Abstimmung die relativ meisten Stimmen gehabt haben. Daß ein Director oder Stellvertreter bei solchen Verathungen, in welchen es sich um seine Verantwortlichkeit handelt, nicht mitstimmen darf, versteht sich von selbst.

Folgen des Ausbleibens.

§. 42. Actionäre, welche nach erfolgter Bekanntmachung der General-Versammlung und des Gegenstandes der Verathung nicht erscheinen, auch keine mit hinreichender Vollmacht versehene Vertreter für sich erscheinen lassen, werden der Stimmenmehrheit für beitreten erachtet.

§. 43. In beiden Fällen (§. 41. und 42.) ist jedoch die Verbindlichkeit der Beschlüsse der Mehrheit für die Minderzahl und resp. die Ausgebliebenen mit Rücksicht auf die Bestimmungen der §§. 25., 26. und 56. zu beurtheilen.

§. 44. Wenn es sich jedoch um die Auflösung des Vereins handelt, so soll auch eine, das Fortbestehen des Vereins beabsichtigende Minderzahl befugt sein, diese Fortbauer gegen den Willen der Auflösung verlangenden Mehrzahl zu erzwingen, wenn die sämmtlichen, diese Mehrzahl bildenden Mitglieder des Vereins den Nennwerth ihrer Actien, nebst den bis zum Tage der beabsichtigten Auflösung fälligen Dividenden sofort baar auszahlt und dadurch die ersten aus dem Vereine ausschließt. Auf den Reserve-Fonds haben die Ausscheidenden keinen Anspruch.

Fünfter Abschnitt.

Directorium.

§. 45. Das Directorium besteht aus drei Mitgliedern, welche aus den Actionären gewählt werden. Von diesen übernimmt derjenige, welchen die General-Versammlung dazu bestimmt, die Geschäftsführung, also die speciellc Leitung aller Vereins-Angelegenheiten nach den Beschlüssen des Gesamt-Directorii, und hat während der Bauzeit dem Verwaltungs-Rathe monatlich unaufgefordert Bericht über die Lage des Baues zu erstatten.

Der zweite von der General-Versammlung zur Cassenföhrung zu bestimmende Director hat sich besonders dem Cassenwesen zu widmen und vollständige Rechnung zu föhren.

Die Cassc befindet sich an dem vom Directorio dazu zu wählenden, hinlänglich sicheren Verwahrungs-Orte unter depositalmäßigem Verschlusse, dergestalt, daß jeder der Directoren einen Schlüssel zu einem der drei verschiedenen Schösser der Cassc föhrt, daß also nur von sämmtlichen Directoren und resp. den etwa für sie eintretenden Stellvertretern Gelder aus der Cassc entnommen oder in dieselbe hineingelegt werden können.

Jede Zahlung aus der Vereins-Casse ist :

- a. durch eine von allen drei Directoren und resp. den eintretenden Stellvertretern zu unterschreibende Verfügung zur Zahlung,
- b. durch die Quittung des Empfängers zu belegen.

Quittungen über die an die Vereins-Casse geleisteten Zahlungen, sind ebenfalls von allen drei Directoren, resp. ihren Stellvertretern zu unterschreiben.

Dem Directorio steht zur Seite der ausführende Baumeister.

§. 46. Der erste und der cassensführende Director erhalten während der Dauer des Baues ein von der General-Versammlung ein- für allemal bestimmtes Honorar als Gesamt-Entschädigung für ihre Bemühungen und Auslagen, welches ihnen, auf die angenommene vierjährige Bauzeit vertheilt, in halbjährigen Raten *postnumerando* ausgezahlt wird. Sollte der Bau früher vollendet werden, so erfolgt die Zahlung des Restes des Honorars bei Beendigung des Baues; ergiebt sich dagegen, daß der Bau länger dauern wird, so werden nach Maßgabe der wahrscheinlichen Verzögerung ein- oder mehrjährige Raten des Honorars zurückgehalten und erst nach Beendigung des Baues gezahlt. Auf die Beachtung dieser Bestimmungen hat der Verwaltungs-Rath zu sehen, ohne dessen Anweisung keine Honorar-Zahlung an die Directoren erfolgen darf.

Der dritte Director erhält nur bei Reisen zu den Directorial-Verhandlungen eine von der General-Versammlung näher festzustellende Reise-Vergütung. Für andere Reisen in Angelegenheiten des Vereins hat derselbe oder sein Stellvertreter nichts zu fordern, da dieselben dem geschäftsführenden Director obliegen, welcher eventuell auch bei seiner Vertretung die Kosten dafür zu tragen hat. Die Festsetzung der Gehälter nach beendigtem Baue bleibt späterer Beschlußfassung vorbehalten (cf. §. 8. f. und §. 31. ad 4.).

Dauer des Directoriums.

§. 47. Das erste Directorium wird für die Dauer des Baues bis zu dessen Vollendung, die späteren alle drei Jahre in einer der regelmäßigen General-Versammlungen neu gewählt. Die gewesenen Mitglieder sind zwar wieder wählbar, jedoch nicht verpflichtet, die Wahl anzunehmen.

§. 48. Ohne Entschuldigungs-Gründe, welche von der Uebernahme einer Vormundschaft befreien, kann kein Mitglied des Vereins die Wahl ausschlagen, noch sein Amt vor Ablauf der Wahl-Periode niederlegen. Die Rendantur ist jedoch Niemand anzunehmen gezwungen.

§. 49. In Verhinderungsfällen werden die Directoren durch die von der General-Versammlung zu wählenden drei Stellvertreter ersetzt. Ihr Eintritt in die Stellvertretung erfolgt nach der durch die Stimmenzahl bei der Wahl bestimmten Reihenfolge.

Der erste so wie der cassensführende Director wird jedoch zunächst durch den dritten Director vertreten, und ein Stellvertreter tritt für den letzteren ein.

§. 50. Treten im Laufe des Jahres Vacanzen ein, so fungirt der Stellvertreter so lange, bis bei der nächsten General-Versammlung eine neue Wahl veranlaßt worden ist.

Befugnisse des Directoriums.

§. 51. Das Directorium, welches nach §. 3. den Verein in allen Beziehungen nach Außen repräsentirt, ist das Organ, wodurch Alles, was in dem Zwecke des Vereins liegt, zur Ausführung gebracht wird; es hat also — soweit dazu nicht im §. 31. der Beschluß der General-Versammlung vorbehalten worden ist — selbstständig Alles zu veranlassen, was zur

Aus-

Ausführung des Unternehmens, Unterhaltung und Benützung der StraÙe erforderlich ist, namentlich die nöthigen Grundstücke zu erwerben und etwa wieder zu veräußern, die Arbeiter und Sachverständigen anzunehmen und sich mit ihnen über den ihnen zu bewilligenden Lohn zu vereinigen, die bleibenden Beamten, Zoll-Einnnehmer, Wege-Aufseher u. s. w. unter den von der General-Versammlung nach §. 31., Nr. 5. festgestellten Bedingungen anzustellen und zu entlassen, das Vermögen des Vereins zu verwalten, die Vertheilung der Dividenden zu bewirken, den Verein in gerichtlichen, streitigen und nicht streitigen Angelegenheiten zu vertreten und über etwaige Anstrengung von Processen zu beschließen.

§. 52. Zu seiner Legitimation dient eine gerichtlich oder notariell beglaubigte Abschrift des von einem Gerichte oder Notarius aufgenommenen Wahl-Protocolls.

§. 53. Zu allen Vorstellungen und Erklärungen gegen die Staats-Behörde, so wie zu schriftlichen Verpflichtungen, deren Gegenstand in Gelde zu schätzen ist und den Betrag von 300 Thln. an Werth nicht übersteigt, genügt die Unterschrift des ersten, bei dessen Behinderung des zweiten Directors und so weiter herab, bis zu den Stellvertretern einschließlic.

§. 54. Das Directorium verbindet durch seine Handlungen im Zweck des Vereins den letzteren unbedingt bis auf den Betrag der durch die gezeichneten Actien zugesicherten und der im Reserve-Fonds und den schon eingegangenen, so wie den bis zum Schlusse des Rechnungsjahres noch eingehenden Einnahmen, vorhandenen Mittel.

§. 55. Darlehne kann dasselbe nur insoweit aufnehmen, als dies durch dringende Umstände geboten wird, und entweder zugleich die Mittel zur Deckung schon vorhanden, nur nicht sogleich disponibel sind, oder doch die Rückzahlung durch die Einnahmen des nächsten halben Jahres nach Abzug der Unterhaltungskosten und des Beitrages zum Reserve-Fonds u. s. w. zuverlässig bewirkt werden kann.

§. 56. Zur Eingehung von Verpflichtungen, welche die in den §§. 54. und 55. gestellten Grenzen überschreiten, ist der Beschluß der General-Versammlung und, insofern dabei nicht blos über künftige Einnahmen disponirt, sondern die Actionäre zu einer weiteren Verhaftung verpflichtet werden sollen, die Einwilligung jedes Einzelnen erforderlich (§§. 6. und 25).

Pflichten des Directorii.

§. 57. Zu den besonderen Obliegenheiten des Directoriums gehört: vollständige Rechnungsführung über die Geschäfte des Vereins, Beaufsichtigung aller Angelegenheiten desselben und jährliche Inventur des Vereins-Vermögens nach Vorschrift des §. 24. des Gesetzes vom 9ten November 1843. über die Actien-Gesellschaften.

§. 58. Die Rechnung, welche das Directorium legt, wird von der jährlichen General-Versammlung nach der von dem Verwaltungs-Rathe zuvor erfolgten Prüfung (§. 63. f.) abgenommen.

Versammlung des Directoriums.

§. 59. Das Directorium versammelt sich zu allgemeinen Berathungen während des Baues regelmäßig alle 14 Tage, nach Vollendung des Baues vierteljährlic.

Verhältnisse der Directoren unter sich.

§. 60. Der erste Director führt den Vorsitz in den Directorial-Versammlungen und giebt den Ausschlag, wenn alle Directoren verschiedener Meinung sind. Die Beschlüsse des Directorii werden in einem Protocolle niedergeschrieben.

§. 61. Alle an die Directoren gerichteten Sachen übernimmt der erste Director und besorgt deren Erledigung.

Zu diesem Zwecke ist er befugt, Directorial-Versammlungen zu berufen, so oft es ihm nöthig erscheint, oder das Votum der Mitdirectoren schriftlich zu erfordern. Auch hat derselbe für sichere depositalmäßige Aufbewahrung der Cassengelder, Cassen-Documente, Bücher und Beläge, bei eigener Verantwortung, zu sorgen und zugleich das besondere Geschäft eines Cassen-Revisors zu übernehmen, welcher die Cassen-Verwaltungen genau controliren, die Cassen allmonatlich ordinär revidiren, die **au porteur** lautenden Documente unter der Firma der Direction außer Cours setzen und die Revisions-Protocolle den übrigen Directoren mittheilen muß. Auch liegt ihm die Aufbewahrung der Vereins-Actien re. und die Expedition aller schriftlichen Arbeiten ob. In allen schleunigen Fällen kann er bis auf weitere Beschlußfassung das Erforderliche allein verfügen.

§. 62. In Processen ist das Directorium berechtigt, sich durch einen Rechts-Anwalt vertreten zu lassen.

Sechster Abschnitt.

Verwaltungsrath.

§. 63. Unabhängig vom Directorio besteht ein Verwaltungsrath, welcher aus sieben in der General-Versammlung zu wählenden Mitgliedern des Vereins gebildet wird. Auch für sie werden sieben Stellvertreter gewählt. Die Bestimmung dieses Verwaltungsrathes ist, das Verfahren des Directoriums im Allgemeinen zu controliren, insbesondere die Rechnungen derselben, als auch die Vereinscasse durch seinen Vorsitzenden oder ein Mitglied jährlich wenigstens zwei Mal extraordinär zu revidiren.

Das Directorium hat dem Verwaltungsrathe jederzeit auf Verlangen vollständige Auskunft über die Angelegenheiten des Vereins zu geben.

§. 64. Die Mitglieder des Verwaltungsrathes verwalten ihr Amt unentgeltlich und werden auf drei Jahre gewählt, nach deren Ablauf sie zwar immer wieder wählbar, aber die Wahl anzunehmen nicht verpflichtet sind. Jedoch tritt diese Verpflichtung nach Ablauf von drei Jahren wieder ein. Bei der Wahl gelten die in §. 47. angegebenen Entschuldigungsgründe.

§. 65. Sie wählen unter sich einen Vorsitzenden, welchem die vom Directorio gefertigte Vereins-Rechnung bis Ende Februar jeden Jahres mit allen dazu gehörigen Belägen zu übergeben ist.

§. 66. Jedem Mitgliede des Verwaltungsrathes liegt die Pflicht ob, die Rechnung einer strengen und gewissenhaften Revision zu unterwerfen, weshalb solche Jedem abgesondert vorzulegen ist. Die hiernach gezogenen Monita werden von dem Vorsitzenden gesammelt, sodann gemeinschaftlich berathen und in ein Revisions-Protocoll zusammengefaßt, welches dem Directorio bis zum 1sten April jeden Jahres zu übergeben ist.

§. 67. Das Directorium hat die gezogenen Monita zu beantworten resp. zu erledigen und demnächst die Rechnung mit dem Revisions-Protocoll der General-Versammlung nach den §§. 31. und 58. vorzulegen, welche über die unerledigten Monita zu entscheiden und Decharge

zu ertheilen hat. Der Verwaltungs-rath hat endlich nach §. 46. die Anweisung zur Zahlung des Honorars an die Directoren zu den bestimmten Terminen zu erlassen.

Siebenter Abschnitt.

A u f l ö s u n g d e s V e r e i n s.

§. 68. Kann der Verein mit den vorhandenen Einnahmen und dem Reserve-Fonds die im §. 31. unter d. vorgeschriebene Instandhaltung der Straße nicht bewirken, und erklärt er sich auch innerhalb 6 Wochen nach Erhaltener desfallsiger Aufforderung der Staatsbehörde nicht unter Nachweisung der Mittel im Stande oder nicht Willens, die geforderte Instandsetzung durch extraordinären Zuschuß oder Aufnahme eines Darlehns ins Werk zu setzen, — so kann er zwar nicht zu etwas Mehrerem angehalten werden, muß sich aber gefallen lassen, daß die Behörde die Einnahme sofort unter ihre Administration stellt, und der Staat das Eigenthum der Straße mit dem Rechte der Chauffeegeld-Erhebung nebst den zur Zeit der ersten Aufforderung vorhanden gewesenen und seitdem ferner entstandenen Einnahmen und dem Reserve-Fonds ohne alle Entschädigung für die bis dahin auf die Anlage und Unterhaltung verwendeten Kosten übernimmt.

§. 69. Ohne derartige Veranlassung soll der Staat erst dreißig Jahre nach dem in §. 8. a. für die Vollendung der Straße bestimmten Termine und unter vorangegangener einjähriger Kündigung zur Abnahme der Chaussee nebst Zubehör und der Chauffeegeld-Erhebung befugt sein. Eine Entschädigung ist der Staat alsdann dem Vereine zu geben nur in dem Falle verbunden, wenn die durchschnittliche Einnahme der letzten drei Jahre die durchschnittliche Ausgabe der letzten zehn Jahre an allen Unterhaltungs-Kosten und Verwaltungs-Kosten übersteigt. Der 25fache Betrag dieses Reinertrages bildet das Entschädigungs-Capital, welches jedoch das erweislich und anschlagsmäßig verwendete Anlage-Capital nach Abrechnung der dazu gewährten Staats-Unterstützung nicht übersteigen darf und eventuell auf diesen Betrag ermäßigt wird.

§. 70. Bei der Abnahme der Straße hat der Verein dieselbe in gut fahrbarem Stande zu übergeben. Das zur Unterhaltung angefahrne Material wird, wenn es für gut zu achten ist, nach dem in der Gegend üblichen Preise dem Vereine bezahlt.

§. 71. Der Verein ist nicht schuldig, in dem Jahre nach erfolgter Kündigung Haupt-Reparaturen vorzunehmen, wenn die Straße ohne solche in bequiem fahrbarem Zustande erhalten werden kann.

§. 72. Bei der Uebernahme der Chaussee Seitens des Staates ist der letztere nicht verbunden, die vom Vereine angenommenen Beamten beizubehalten, weshalb der Verein sich bei den mit denselben über ihre Anstellung einzugehenden Verträgen darnach zu achten hat.

Namslau, den 8. December 1851.

Verhandelt Namslau, den 26sten April 1856.

Im Verfolg der Verfügung der Königlichen Regierung zu Breslau vom 26sten Februar (A. I. XII. 1975.) war zur Behebung der seitens des Königlichen Ministerii gegen §. 8. des Statuts des Nels-Namslau-Greuzburger Chaussee-Vereins gezogenen Monita eine General-Versammlung der Actionäre auf heute hierselbst statutenmäßig ausgeschrieben, und es wurde die-

dieselbe zur bestimmten Zeit abgehalten. Dazu hatten sich an Actionären eingefunden oder waren bei der General-Versammlung durch Bevollmächtigte vertreten:

1) Herr Rittergutsbesitzer Premierlieutenant Willeit auf Giesdorf, Präsident des Verwaltungs-Raths, mit	20 Stimmen,
2) Herr Justizrath Bürgermeister v. Hippel aus Bernstadt für die Stadt Bernstadt	160 "
3) Herr Bürgermeister Mende aus Namslau für die Commune Namslau	163 "
4) Herr Kammer-Rath Kleinwächter aus Dels für sich, den Herrn Kreis-Gerichts-Rath Kleinwächter zu Dels und die Stadt Dels.	52 "
5) Herr Ritterguts-Besitzer Methner jun. aus Stimmelnitz, für seinen Vater dortselbst	10 "
6) Herr Forstmeister Ulbrich aus Dels	1 "
7) Herr Freiguts-Besitzer Langner aus Deutsch-Marchwitz	2 "
8) Herr Rechts-Anwalt und Notar Lange aus Creuthburg für sich und Creuthburg	61 "
9) Herr Rechnungs-Rath, Steuer-Inspector Thomas aus Namslau.	1 "
10) Herr Bau-Inspector Bergmann aus Breslau	1 "

473 Stimmen.

Anschließend:

- 1 Vollmacht für Herrn Bürgermeister v. Hippel in Bernstadt.
- 1 Vollmacht für Herrn Bürgermeister Mende in Namslau.
- 1 Vollmacht für Herrn Rechtsanwalt Lange in Creuthburg.
- 1 Vollmacht für Herrn Kammerrath Kleinwächter in Dels.
- 1 Vollmacht für Herrn Ritterguts-Besitzer Methner jun. in Stimmelnitz.

Die genannten Herrn Actionäre, insoweit sie andere vertreten, hatten die bezüglichlichen Vollmachten theils früher zu den Acten des Directorii gebracht, theils bei der heutigen Versammlung abgegeben.

Die Versammlung wurde von dem Herrn Präsidenten des Verwaltungs-Rathes eröffnet und dabei angeführt:

daß die außerordentliche Einberufung derselben durch ein Monitum der hohen Ministerien gegen S. 8. Lit. d. des Vereins-Statuts veranlaßt worden sei, und daß das Directorium der Versammlung die weitere Ausführung über diesen Gegenstand geben werde.

Letzteres trug der Versammlung die hohen Ministerial-Rescripte vom 7ten Juni pr. und 10ten October pr. vor. Es wurde dabei gleichzeitig auf den ausführlichen Bericht vom 8ten December pr. zurückgegangen, in welchem das Directorium der Königl. Regierung in Betreff der von Chauffee-Vereine durch die gedachten Ministerial-Rescripte angeordneten Uebernahme der künftigen Unterhaltung der Pflasterstrecken und Brücken in und bei Namslau und am Anfange der Namslauer Vorstadt zu Constadt seine Aufsicht entwickelt hat.

Zu dem Berichte vom 8ten December pr. hat das Directorium sich mit der Uebernahme der Unterhaltung der qu. Communications-Anlagen, vorbehaltlich eines herbeizuführenden diesfälligen Beschlusses der General-Versammlung, einverstanden erklärt, wenn die Fluthbrücke über den Schleusengraben und die Schloßbrücke über den Weidfluß bei Namslau, erstere bisher von der Stadt-Commune Namslau, letztere bisher von dem Königl. Fiskus unterhalten, ebenso die Brücke am Anfange der Namslauer Vorstadt in Constadt, welche bisher von dem mauthberechtigten Dominium Brünitz unterhalten worden, von der Uebernahme der künftigen Unterhaltung, Seitens des Actien-Vereins, ausgeschloffen bleiben; ferner, wenn die Betreffs der Chauffeegeld-Erhebung bei den Hebestellen zu Bernstadt und in Constadt-Elguth zur Zeit bestehenden Vorschriften, durch welche das Interesse des Vereins benachtheiligt ist, auch die Sicherung der nothwendigen Mittel zur vorschristlichen Unterhaltung des 8½ Meilen lan-

gen Chausseezuges als gefährdet erachtet werden muß, unter Berücksichtigung der Local-Verhältnisse einer nochmaligen höheren Erwägung unterzogen und eine demgemäße Aenderung dieser Vorschrift verfügt; und endlich wenn in die Verlegung der Hebestelle zu Wilkau an den von der Chaussee abweigenden Weg nach Deutsch-Marchwitz gewilligt wird.

In letzterer Beziehung hat die Königl. Regierung dem dahin gehenden Antrage des Directorii deshalb die Genehmigung versagt, weil an Stelle der bisherigen Mauth in Namslau die Erhebung eines besondern Brückenzolles treten sollte. Das qu. Mauth-Verhältniß wird jedoch in anderer Art erledigt und damit zugleich der Grund beseitigt, auf welchen die Versagung der Zulässigkeit des erwähnten Antrages zurückgeführt wurde.

Die General-Versammlung erklärt sich einstimmig:

mit der Auffassung des hier erörterten Sachverhältnisses durch das Directorium völlig einverstanden.

Auf den weiteren ausführlichen Vortrag des vorsitzenden Directors darüber, daß bei gehöriger Erwägung aller Verhältnisse, bei richtiger Würdigung der Liberalität des Hohen Ministerii, welche letztere sich durch die von demselben übernommene Entschädigung an die Mauthberechtigten documentire, und bei der Erwartung, welche der Verein hegen dürfte, daß die vorgeordnete hohe Behörde auch die Ausnahme-Bestimmungen und Lage der beregten Chausseegeld-Hebestellen nochmals prüfen und nach Recht und Billigkeit darüber anderweit bestimmen werde, die Aufhebung des monirten Passus §. 8. Lit. d. des Vereins-Statuts als unumgängliches Erforderniß hervorträte, wird mit Ausnahme des Herrn Kammerraths Kleinwächter, als Vertreter der Stadt-Commune Dels für diese und für sich selbst, also mit 421 gegen 52 Stimmen oder einer Majorität von 421 Stimmen von der General-Versammlung beschlossen:

den monirten Passus §. 8. Lit. d. des Vereins-Statuts aufzuheben und an Stelle dieses Passus durch notarielle Verhandlung im Vereins-Statut folgende Erklärung treten zu lassen: daß, da das Hohe Ministerium Betreffs der im Chausseezuge liegenden Pflasterstrecken und Brücken bei und in der Stadt Namslau und in der Deutschen Vorstadt zu Confladt, welche bisher, gegen Bezug einer Mauth, von andern Personen unterhalten worden sind, die Abfindung der Mauthberechtigten übernommen hat, der Chaussee-Actien-Verein die Verpflichtung eingeht, diese Pflasterstrecken und Brücken, mit Ausschluß der sogenannten Flußbrücke über den Schlenfengraben und der sogenannten Schloßbrücke über die Weide vor Namslau, für seine Rechnung fernerweit zu unterhalten, resp. von Zeit zu Zeit neu herzustellen;

endlich beschließt dieselbe Majorität:

die Uebernahme der bezüglichlichen Pflasterstrecken und Brücken von Seiten des Vereins durch das Directorium desselben;

auch genehmigt die General-Versammlung einstimmig:

daß bei der von der Königl. Regierung zu veranlassenden Uebergabe der mehrerwähnten Communications-Anlagen an den Chaussee-Actien-Verein dieser durch seinen vorsitzenden Director vertreten werde, welcher hiernach die betreffenden Verhandlungen Namens des Actien-Vereins unterschrisftlich zu vollziehen hat.

Bei der heutigen General-Versammlung war der Verwaltungs-Rath nur durch zwei Mitglieder vertreten, weshalb das Directorium die Beantwortung der von dem Verwaltungs-Rath gezogenen Notaten gegen die Vereins-Rechnung pro 1854. nicht zur Erledigung vorlegen und Decharge der Rechnung beantragen konnte. Die Versammlung ist damit einverstanden, daß die qu. Notaten-Beantwortung bei der nächsten General-Versammlung vorgelegt und Decharge der Rechnung herbeigeführt werde. Ueber das Resultat der in Folge des Beschlusses der General-Versammlung vom 1sten März c. nach Berlin entsandten Deputation an des Herrn Handels-Ministers von der Heydt Excellenz, wegen der Nachtheile, welche dem Chaussee-Verein durch die beabsichtigte Anlage einer Eisenbahn auf dem rechten Ufer von Dels bis

Greutz

Greuzburg möchten zugefügt werden, referirte der
Sekten der zu concessionirenden Eisenbahn-Gesell-
schaften würden. Die Anwesenden behielten sich
darüber zu verhandeln.

Vorgelesen.
Wilkert. Mende. Thomas. Methner. Klei
(Herr v. Dangler hatte sich vo

a.

u.

für eine Entschädigung von
Jee-Verein keine Rücksichten
elegenheit weitem Beschluß
rschreiben.

ppel. Ulbrich. Dange.
tfernt.)

Rau.

Nachstehender, wörtlich also lautender Allerhöch-
„Auf Ihren Bericht vom 29ten October 1
Statut des Actien-Vereins für die Dels-
rungs-Bezirk Breslau, de dato Namslau,
angehängten Verhandlung vom 26ten Ap
Modification unter nachstehenden Maßgaben

len die Befugnisse des Fiskus in Ansehung der Gewinnung der Chausseebau-Materia-
lien nach Maßgabe der für die Staats-Chausseen geltenden Bestimmungen zustehen.
Zu §. 12. Das Formular B. zu den Dividendenscheinen ist durch die Verweisung
auf die Verjährung der Dividenden in vier Jahren (§. 24.) zu vervollständigen. Zu
§§. 15., 23. und 30. Alle öffentlichen Bekanntmachungen des Vereins erfolgen durch
die Schleßische Zeitung und durch die Breslauer Zeitung, welche zu Breslau erschei-
nen, ferner durch die Kreisblätter zu Dels, Namslau und Greuzburg. Sollte eins
dieser Blätter eingehen, so bestimmt die Direction ein anderes an dessen Stelle, bis die
nächste General-Versammlung darüber entscheidet. Auch ist die Regierung befugt,
durch eine, in dem Amtsblatte bekannt zu machende Verfügung vorzuschreiben, welche
Blätter an die Stelle der obengenannten treten sollen. Zu §. 30. Soll in der Ge-
neral-Versammlung über Gegenstände der in §. 31. unter Nr. 1. bis 3. und Nr. 10.
bezeichneten Art Beschluß gefaßt werden, so bedarf es in der Einladung zu der Ge-
neral-Versammlung stets der Andeutung der zu verhandelnden Geschäfte. Zu §. 38.
Das Protocoll über die Verhandlungen der General-Versammlungen ist gerichtlich
oder notariell aufzunehmen und von dem Vorsitzenden und drei durch ihn zu bezeich-
nenden anwesenden Actionairen zu vollziehen. Zu §. 41. Bei Stimmengleichheit in
den General-Versammlungen entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Zu §. 42.
Die hier bestimmte Annahme des Beitritts der Ausbleibenden und auch nicht durch
Bevollmächtigte Vertretenen zu der Stimmenmehrheit tritt ein, wenn die General-Ver-
sammlung statutenmäßig berufen worden ist. Sanssouci, den 10. November 1856.

(gez.) F r i e d r i c h W i l h e l m.

An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche (gez.) von der Heydt. Simons.
Arbeiten und den Justiz-Minister."

dessen Original an das Geheime Staats-Archiv abgegeben worden, wird hierdurch für den ge-
dachten Chaussee-Bau-Actien-Verein in beglaubigter Form ausgefertigt.

Berlin, den 23. November 1856.

(L. S.)

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten
von der Heydt.

Bestätigungs-Urkunde
des Statuts des Actien-Vereins für die Dels-
Namslau-Greuzburger Chaussee.